

Telefon: 16 - 9 28 65
Telefax: 16 - 2 59 11

Stadtkämmerei
HA II/12

Jahresabschluss der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2014; Rechenschaftsbericht

Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 03529

Anlagen

Datenblätter
Zielerreichung

Band 2 zur Beschlussvorlage des **Finanzausschusses** am 28. Juli 2015 (VB)
und der **Vollversammlung** am 29. Juli 2015
Öffentliche Sitzung

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorbemerkung	3
1. Das Wesentliche in Kürze	4
1.1 Vergleich Rechnungsabschluss zum 2. Nachtrag 2014	4
1.2 Vergleich Rechnungsabschluss 2014 zum Rechnungsabschluss 2013	8
1.3 Entwicklung der Haushalte - Schaubilder	11
1.4 Zielerreichung 2014	21

	Seite
2. Haushalt 2014 im Vollzug - Gesamthaushalt	21
2.1 Finanzrechnung	21
2.2 Ergebnisrechnung	24
2.3 Übertragene Haushaltsermächtigungen und Restefonds	27
2.4 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung	28
3. Haushalt 2014 Vorjahresvergleich	28
3.1 Finanzrechnung	28
3.2 Ergebnisrechnung	31
3.3 Dauernde Leistungsfähigkeit	33
4. Vermögenslage und Entwicklung Eigenkapital	34
5. Mittelfristige Finanzplanung, Chancen und Risiken	38
6. Nachbericht	39
7. Gesamtstädtische Zielerreichung 2014	40
8. Entwicklung der Zentralen Ansätze	41
8.1 Zentrale Ansätze gesamt	41
8.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei	46
8.3 Entwicklung der wichtigsten Steuern und des Schuldenstandes im 5-Jahresvergleich einschl. der Darstellung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Jahresergebnis	57
9. Entwicklung in den Referaten (einschl. Zentrale Ansätze der Referate)	60
Direktorium	60
Baureferat	73
Kommunalreferat	90
Kreisverwaltungsreferat	111
Kulturreferat	143

	Seite
Personal- und Organisationsreferat	173
Referat für Arbeit und Wirtschaft	195
Referat für Gesundheit und Umwelt	215
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	252
Referat für Bildung und Sport	275
Sozialreferat	322
Stadtkämmerei	373
Revisionsamt	392

Vorbemerkung:

Gemäß § 80 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 87 der Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik (KommHV-Doppik) ist dem Jahresabschluss ein Rechenschaftsbericht beizufügen, in dem u.a. der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die erheblichen Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutert werden.

1. Das Wesentliche in Kürze

1.1 Vergleich Rechnungsabschluss zum 2. Nachtrag 2014

Finanzrechnung

Im Finanzhaushalt erhöht sich der **Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit** gegenüber dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 von 723 Mio. € um 458 Mio. € auf 1.181 Mio. €.

Dies errechnet sich aus 523 Mio. € höheren Einzahlungen und 65 Mio. € höheren Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Auf der **Einzahlungsseite** sind insbesondere folgende Erhöhungsfaktoren zu nennen:

- Steuereinzahlungen + 342 Mio. €
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen + 15 Mio. €
- Sonstige Transfereinzahlungen + 13 Mio. €
- Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte + 11 Mio. €
- Kostenerstattungen und -umlagen + 105 Mio. €
- Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit + 32 Mio. €

Bei den Steuern ist dies in erster Linie auf die höheren Einzahlungen bei der Gewerbesteuer von 329 Mio. € und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 7 Mio. € zurückzuführen.

Die Mehreinnahmen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind hauptsächlich auf die höheren Beträge beim Referat für Bildung und Sport in Höhe von 8 Mio. € zurückzuführen, insbesondere auf die Zuweisungen vom Land. Daneben verteilen sich die Mehreinnahmen auf verschiedene Referate.

Das Plus bei den sonstigen Transfereinzahlungen ist dem Sozialreferat geschuldet. Dabei erhöhen sich die Erstattungen von Sozialleistungen vom Bund (Grundsicherung) um rd. 26 Mio. €, dagegen reduzieren sich die Erstattungen vom Bezirk um rd. 6 Mio. € und die Erstattungen der Kosten für Unterkunft in Beherbergungsbetrieben aufgrund von Verrechnungen mit zu leistenden Rückzahlungen um 9 Mio. €.

Die Erhöhung bei den öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten ist auf viele Einzelpositionen in den jeweiligen Referaten zurückzuführen.

Bei den Kostenerstattungen und -umlagen ist ein Grund für die höheren Einzahlungen die Veränderung bei der Konzernsteuerumlage der Stadtwerke München GmbH (SWM GmbH). Nach Reduzierung zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 um 11 Mio. € auf 102 Mio. € ergibt sich zum Jahresabschluss ein Plus von rd. 77 Mio. €.

Ein weiterer Grund sind die höheren Kostenerstattungen beim Referat für Bildung und Sport um rd. 21 Mio. € (insbesondere für die Gastschulbeiträge).

Bei den sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entfallen auf höhere Zinsen gemäß § 233a Abgabenordnung (AO) bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei rd. 23 Mio. €. Die stadtweiten Einzahlungen aus Wohnungsverwaltung können Mehreinzahlungen von rd. 10 Mio. € verbuchen (insbesondere beim „Allgemeinen Grundvermögen“).

Die **Auszahlungsseite** hat folgende Veränderungen:

• Personalauszahlungen	- 22 Mio. €
• Versorgungsauszahlungen	+ 14 Mio. €
• Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 21 Mio. €
• Transferauszahlungen	+ 11 Mio. €
• Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verw.tätigkeit	+ 41 Mio. €

Die Personalauszahlungen reduzieren sich bei den Zentralen Ansätzen des Personal- und Organisationsreferats um rd. 14 Mio. € und beim Referat für Bildung und Sport um rd. 7 Mio. €.

Dagegen erhöhen sich bei den Zentralen Ansätzen des Personal- und Organisationsreferats die Versorgungsauszahlungen um 14 Mio. €.

Die gestiegenen Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen sind auf eine Vielzahl von Einzelpositionen mit teilweise gegenläufigen Entwicklungen zurückzuführen. Die größte Abweichung befindet sich beim Baureferat mit rd. 17 Mio. €. Hier wird beispielsweise bei der Position „Gemeindestraßen, Straßenbaumaßnahmen konsumtiv“ der Ansatz um fast 11 Mio. € überschritten.

Bei den Transferauszahlungen erhöhen sich die Gewerbesteuerumlagen um 48 Mio. €. Im Sozialreferat sind Mehrauszahlungen von rd. 22 Mio. € ausgewiesen, die neben einem Saldo aus zum Teil gegenläufigen Positionen, u. a. den Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen (+ 16 Mio. €) geschuldet sind. Im Einzelnen wird auf die Ausführungen unter Ziffer 9 zu den Transferauszahlungen des Sozialreferates verwiesen.

Dagegen reduzieren sich im Referat für Bildung und Sport die Transferauszahlungen um rd. 26 Mio. €, dies fast ausschließlich im Bereich der Kindertageseinrichtungen für Verbände der freien Gesundheits- und Wohlfahrtspflege. Weitere Reduzierungen befinden sich bei den Zuweisungen und sonstigen Zuschüssen für laufende Zwecke beim Referat für Arbeit und Wirtschaft mit rd. 19 Mio. €. Hier ist vor allem der geringere Zuschuss an die Gasteig München GmbH in Höhe von rd. 8 Mio. € zu nennen. Weitere Minderungen von 13 Mio. € ergeben sich beim Direktorium, da von den im 2. Nachtrag veranschlagten Zuweisungen im Zusammenhang mit dem IT - Rathaus (MIT-Konkret) in 2014 nichts abgeflossen ist.

Die höheren sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit stehen einerseits mit rd. 76 Mio. € im Zusammenhang mit den Konzernbeziehungen zu der SWM GmbH, andererseits reduzieren sich insbesondere die Auszahlungen bei den Verwaltungskostenerstattungen an das Land im Bereich der Zentralen Ansätze des Personal- und Organisationsreferates um rd. 15 Mio. € (Abwicklung der Polizei) und die Verwaltungskostenerstattungen an die Städtische Klinikum München GmbH um rd. 11 Mio. €.

Detaillierte Erläuterungen zu diesen sowie zu weitergehenden Veränderungen sind unter den Ziffern 8 und 9 dargestellt.

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** erhöhen sich gegenüber dem 2. Nachtrag 2014 von 551 Mio. € um 36 Mio. € auf 587 Mio. €. Diese Mehreinzahlungen ergeben sich aus höheren Einzahlungen für die Veräußerung von Sachvermögen in Höhe von 38 Mio. € (hauptsächlich bei den Zentralen Ansätzen des Kommunalreferates) und Zuweisungen, Beiträge und Zuschüsse in Höhe von 7 Mio. €, die sich auf verschiedene Referate verteilen. Demgegenüber reduzieren sich die Beträge für die Veräußerungen von Finanzanlagen um 9 Mio. € bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei.

Der Ansatz für **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** betrug zum 2. Nachtragshaushaltsplan 1.382 Mio. €. Unter Einschluss übertragener Haushaltsreste aus dem Vorjahr wurden 1.222 Mio. € verausgabt.

Der Rechnungsabschluss beinhaltet für das Haushaltsjahr 2014 keine neuen Kredite und weist für die Tilgung einen Betrag von 60 Mio. € aus. Damit ergibt sich eine gleich hohe Entschuldung und ein Schuldenstand von rd. 906 Mio. € (Vorjahr rd. 968 Mio. €). Zu den geleisteten Tilgungen wurden in 2014 zusätzlich Darlehen in Höhe von 1,3 Mio. € in Zuschüsse umgewandelt.

Der **Finanzmittelbestand**, reduziert sich im 2. Nachtragshaushaltsplan um 168 Mio. € und erhöht sich zum Rechnungsabschluss um 486 Mio. € (rd. 484 Mio. € ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zu der SWM GmbH). Zur Veränderung des Finanzmittelbestandes tragen jedoch auch die zunächst nicht im Haushalt abzubildenden Vorgänge bei, die auf Verrechnungskonten gebucht werden. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um durchlaufende Posten, fremde Gelder (wie z.B. Ein- und Auszahlungen der Eigenbetriebe und selbstständigen Stiftungen), Verwahrgelder und nicht taggleich zuordenbare Zahlungen. Unter Einschluss dieser Vorgänge erhöht sich der Finanzmittelbestand um 468 Mio. € (rd. 466 Mio. € ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zu der SWM GmbH).

Der Endstand an Finanzmitteln beträgt rd. 1.066 Mio. € (Vorjahr rd. 598 Mio. €).

Ergebnisrechnung

Im Ergebnishaushalt (einschließlich interne Leistungsverrechnungen, die bei der Gesamtergebnisrechnung konsolidiert sind) erhöhen sich die Erträge gegenüber dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 um 799 Mio. € auf 7.516 Mio. €, und die Aufwendungen um 714 Mio. € auf 7.041 Mio. €.

In der konsolidierten Gesamtergebnisrechnung steigen die Erträge um 760 Mio. € auf 6.480 Mio. € und die Aufwendungen um 675 Mio. € auf 6.005 Mio. €.

Die um 760 Mio. € höheren **Erträge** resultieren im Wesentlichen aus:

• Steuern und ähnliche Abgaben	+ 123 Mio. €
• Privatrechtliche Leistungsentgelte	+ 20 Mio. €
• Kostenerstattungen und -umlagen	+ 87 Mio. €
• Sonstige ordentliche Erträge	+ 507 Mio. €

Bei den Steuern ist die Erhöhung hauptsächlich auf Mehrerträge bei der Gewerbesteuer in Höhe von 110 Mio. € und bei der Einkommensteuer in Höhe von 7 Mio. € zurückzuführen.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte weisen einen Zuwachs von rd. 13 Mio. € bei den Ersätzen und rd. 10 Mio. € bei den stadtweiten Erträgen aus Miet- und Pachteinnahmen, Erbbauzinsen und Dienstbarkeiten (Benutzungsrechte) aus.

Bei den Kostenerstattungen und -umlagen ist der Hauptgrund für die höheren Erträge die Veränderung bei der Konzernsteuerumlage der Stadtwerke München GmbH (SWM GmbH). Nach Reduzierung zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 um 11 Mio. € auf 102 Mio. € ergibt sich zum

Jahresabschluss ein Plus von rd. 77 Mio. € im Teilergebnishaushalt des Baureferats.

Der Anstieg bei den sonstigen ordentlichen Erträgen ist mit 454 Mio. € überwiegend auf die Zentralen Ansätze zurückzuführen. Dabei sind vor allem die Mehrerträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 281 Mio. € und die Mehrerlöse aus dem Abgang von unbeweglichen Sachanlagen in Höhe von rd. 214 Mio. € zu nennen. Im Sozialreferat erhöhen sich die sonstigen ordentlichen Erträge um rd. 25 Mio. €, überwiegend betrifft dies die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die **Aufwandsseite** erhöht sich um 675 Mio. €; im Einzelnen handelt es sich dabei um:

• Personalaufwendungen	- 42 Mio. €
• Versorgungsaufwendungen	- 34 Mio. €
• Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 33 Mio. €
• Planmäßige Abschreibungen	+ 32 Mio. €
• Transferaufwendungen	+ 29 Mio. €
• Sonstige ordentliche Aufwendungen	+ 613 Mio. €
• Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	+ 44 Mio. €

Die geringeren Personalaufwendungen sind insbesondere im Bereich der Zentralen Ansätze mit rd. 26 Mio. € festzustellen.

Die Versorgungsaufwendungen reduzieren sich in erster Linie bei den Zentralen Ansätzen um rd. 78 Mio. €. Dagegen erhöhen sie sich in vielen Teilhaushalten; die größte Position befindet sich im Referat für Bildung und Sport mit 19 Mio. €. Die Planung der Pensions- und Beihilferückstellungen läßt sich nur schwer prognostizieren, da Todesfälle und Austritte einerseits und Neueinstellungen und Beförderungen andererseits nur schwer bzw. nicht vorhersehbar sind.

Die höheren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergeben sich überwiegend beim Baureferat für Aufwendungen für Instandhaltungen mit 21 Mio. € und beim Kommunalreferat mit 9 Mio. €.

Die Erhöhung bei den planmäßigen Abschreibungen betreffen eine Vielzahl von Referaten. Die größte Position befindet sich beim Referat für Bildung und Sport mit rd. 23 Mio. €, davon überwiegend Abschreibungen auf Sachanlagen.

Die Steigerung bei den Transferaufwendungen beruht auf einer Vielzahl von Saldierungen in den jeweiligen Teilhaushalten. Die größten Positionen sind bei den Zentralen Ansätzen, bedingt durch die höheren Gewerbesteuerumlagen mit 46 Mio. € und beim Sozialreferat mit einem Plus von 29 Mio. € zu nennen. Dagegen reduzieren sich beim Referat für Bildung und Sport die Zuwendungen für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen um rd. 37 Mio. € und im Direktorium verringern sich die Aufwendungen für geleistete Zuwendungen um rd. 13 Mio. €.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich im Referat für Gesundheit und Umwelt um rd. 375 Mio. €. Ursächlich hierfür ist die Rückstellung für die Städtische Klinikum GmbH in Höhe von 382 Mio. €.

In der Teilergebnisrechnung des Baureferats ergibt sich bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen eine Steigerung von rd. 57 Mio. €. Dies ist hauptsächlich den Finanzbeziehungen zur SWM GmbH/BgA U-Bahn-Bau geschuldet. Hier ist der Aufwand für die Kapitalertragssteuer aus Vorjahren in Höhe von rd. 39 Mio. € zu nennen. Dagegen vermindert sich der Aufwand für die

Gewerbesteuer für das laufende Jahr gegenüber dem Ansatz im 2. Nachtrag um 23 Mio. €. Der nicht veranschlagte Aufwand für die Körperschaftsteuer beträgt 33 Mio. €.

Bei den Zentralen Ansätzen erhöhen sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 149 Mio. €. Dies ist insbesondere auf die Bildung von Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 138 Mio. € zurückzuführen. Im Referat für Bildung und Sport erhöht sich das Ergebnis gegenüber dem Ansatz 2. Nachtragshaushalt um rd. 11 Mio. €.

Im Zusammenhang mit den Finanzbeziehungen zur SWM GmbH bzw. dem BgA U-Bahn-Bau steigt beim Baureferat die Verzinsung von Steuernachzahlungen in Höhe von 45 Mio. €.

Detaillierte Erläuterungen zu diesen bzw. zu weitergehenden Veränderungen sind unter Ziffer 8 und 9 dargestellt.

Zum Rechnungsabschluss weist der Ergebnishaushalt einen **Überschuss** von 475 Mio. € aus, während sich zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 ein Überschuss von 390 Mio. € errechnete. Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zu der SWM GmbH würde sich im Rechnungsabschluss ein Überschuss von rd. 299 Mio. € ergeben.

1.2 Vergleich Rechnungsabschluss 2014 zum Rechnungsabschluss 2013

Finanzrechnung

Im Finanzhaushalt erhöht sich der **Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit** gegenüber dem Vorjahresergebnis um 185 Mio. € auf 1.181 Mio. € und übersteigt damit – wie schon in den Jahresabschlüssen 2009 und 2011 - die Milliardengrenze. Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH würde sich dieser auf 983 Mio. € (Vorjahr 854 Mio. €) erhöhen.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit steigen dabei um 407 Mio. € auf 6.149 Mio. €. Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit verzeichnen einen Zuwachs um 222 Mio. € auf 4.968 Mio. €.

Der **Einzahlungsanstieg** ergibt sich aus Vielzahl von Einzelpositionen, wobei hier insbesondere

- die Gewerbesteuer (58 Mio. €),
- der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (68 Mio. €),
- die Schlüsselzuweisungen (53 Mio. €),
- die Zuweisungen vom Land (30 Mio. €),
- die Erstattungen von Sozialleistungen vom Bund (70 Mio. €),
- die Konzernsteuerumlage der SWM GmbH (einzahlungs- und auszahlungseitig über 50 Mio. €) und
- die Gewinnausschüttung der SWM GmbH (44 Mio. €), welche jedoch zu gleich hohen Mehrauszahlungen auf der Investitionsseite (Kapitalrückführung an die SWM GmbH) führt,

zu nennen sind.

Gleiches gilt für die Mehrungen auf der **Auszahlungsseite** in Höhe von 222 Mio. €. Sie beruhen schwerpunktmäßig auf Steigerungen bei

- den Personalauszahlungen (42 Mio. €),
- den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (107 Mio. €),
- den Transferauszahlungen (53 Mio. €) und
- den sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (61 Mio. €).

Die Steigerung bei den Personalauszahlungen wird im Wesentlichen durch die Entwicklung im Referat für Bildung und Sport (+ 35 Mio. €) bestimmt. Der deutliche Anstieg der Auszahlungen für

Sach- und Dienstleistungen beruht auf Mehrungen in Höhe von insgesamt rd. 25 Mio. € beim Unterhalt für Grundstücke und bauliche Anlagen sowie den um 81 Mio. € höheren Leistungen für oder durch Dritte, insbesondere den IT-Leistungen von [it@M](#). Bei den Transferauszahlungen sind nahezu im gesamten Sozialbereich Zuwächse festzustellen (Sozialreferat + 91 Mio. €). Demgegenüber reduziert sich die Bezirksumlage um 31 Mio. €. Der Zuwachs bei den sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ist in erster Linie der Konzernsteuerumlage mit einem Plus von über 52 Mio. € (s. Einzahlungen) geschuldet.

Den höheren Auszahlungen steht eine Minderung bei den Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen in Höhe von 45 Mio. € gegenüber. Hier kommen in erster Linie die Effekte der Sondertilgungen vergangener Jahre zum Tragen.

Die Einzahlungen aus **Investitionstätigkeit** (ohne Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit) erhöhen sich um 29 Mio. € auf 587 Mio. €. Hier steht dem Plus bei der Veräußerung von Sachvermögen in Höhe von 143 Mio. € ein Minus bei der Veräußerung von Finanzanlagen (89 Mio. €) sowie bei den Zuweisungen, Beiträgen, Zuschüssen u.a. (25 Mio. €) gegenüber.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit weisen eine Erhöhung um 71 Mio. € auf 1.222 Mio. € aus. Hier steigen die Auszahlungen für Investitionen (121 Mio. €), den Erwerb von beweglichem Vermögen (19 Mio. €) und die Kapitalrückführung an die SWM GmbH (44 Mio. €), wogegen sich die Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen um 113 Mio. € vermindern.

Kreditaufnahmen erfolgten - ebenso wie im Vorjahr - nicht, so dass sich auf Basis der Tilgungsleistungen in Höhe von 60 Mio. € (2013: 393 Mio. €) eine Netto-Entschuldung in gleicher Höhe ergibt. Die Landeshauptstadt München kann sich damit im fünften Jahr in Folge entschulden.

Rein rechnerisch erhöht sich der **Finanzmittelbestand** (s. auch Ziffer 1.1) um 486 Mio. € (Vorjahr 10 Mio. €). Der Endbestand 2014 an liquiden Mitteln auf Bankkonten und Bargeld beträgt - unter Einschluss der in der Gesamtfinanzzrechnung noch dargestellten Vorgänge - letztendlich rd. 1.066 Mio. € (Vorjahr: rd. 598 Mio. €). Damit ergibt sich eine Erhöhung gegenüber 2013 um rd. 468 Mio. €.

Ergebnisrechnung

Im Ergebnishaushalt (einschließlich interne Leistungsverrechnungen, die bei der Gesamtergebnisrechnung konsolidiert sind) erhöhen sich die Erträge um 443 Mio. € auf 7.516 Mio. €, ebenso erhöht sich die Aufwandsseite, und zwar um 771 Mio. € auf 7.041 Mio. €.

Ohne die Interne Leistungsverrechnung, die gegenüber dem Vorjahr aufwands- und ertragsseitig um jeweils 166 Mio. € zunimmt, errechnet sich eine Ertragserhöhung um 277 Mio. € und ein Aufwandsanstieg um 605 Mio. €.

Nachdem der Aufwandsanstieg um 328 Mio. € über dem Zuwachs bei den Erträgen liegt, vermindert sich der **Überschuss** im Ergebnishaushalt gegenüber dem Vorjahresergebnis (803 Mio. €) um diesen Betrag auf 475 Mio. €. Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH würde sich der Überschuss von 761 Mio. € um 462 Mio. € auf 299 Mio. € verringern.

Der Anstieg der **Erträge** ist in erster Linie den Zuwächsen bei den sonstigen ordentlichen Erträgen (175 Mio. €) und bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (117 Mio. €)

geschuldet. Ein weiterer Anstieg ergibt sich bei den sonstigen Transfererträgen (38 Mio. €), den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (66 Mio. €) sowie den Finanzerträgen (49 Mio. €).

Demgegenüber erfahren die Steuern und ähnlichen Abgaben eine Minderung um 167 Mio. €, wobei diese Entwicklung maßgeblich vom Rückgang der Gewerbesteuererträge (237 Mio. €) geprägt wird.

Die **Aufwandsseite** verzeichnet bei sämtlichen ordentlichen Aufwandsarten der Gesamtergebnisrechnung Zuwächse. Der Anstieg um insgesamt 605 Mio. € ist größtenteils durch die Entwicklung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen bedingt. Hier ergibt sich per Saldo eine Steigerung um 393 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, die in erster Linie einer Rückstellung für die Städtische Klinikum GmbH in Höhe von 382 Mio. € geschuldet und im Referatsteil des Referates für Gesundheit und Umwelt (Ziffer 9) im Einzelnen erläutert ist. Dementsprechend ergibt sich beim Referat für Gesundheit und Umwelt eine Erhöhung um 378 Mio. €. Den um 122 Mio. € höheren sonstigen ordentlichen Aufwendungen bei den Zentralen Ansätzen steht ein Rückgang beim Baureferat in Höhe von 102 Mio. € gegenüber.

Des Weiteren erhöhen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen um insgesamt 74 Mio. €, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen um 85 Mio. € und die Transferaufwendungen nehmen um 31 Mio. € zu.

Weitergehende Ausführungen und Übersichten zum Vergleich des Jahresabschlusses 2013 zum Jahresabschluss 2014 sind unter Ziffern 3, 8 und 9 dargestellt.

1.3 Entwicklung der Haushalte - Schaubilder

Gesamtfinanzhaushalt 2014

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. HPL)

in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen				Auszahlungen			
2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis	2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis
5.633	5.633 + 0,0 %	5.626 - 0,1 %	6.149 + 9,2 %	4.749	4.749 + 0,0 %	4.903 + 3,2 %	4.968 + 4,6 %
Sonstige Einnahmen 2.039	Sonstige Einnahmen 2.039	Sonstige Einnahmen 1.992	Sonstige Einnahmen 2.170	Direktorium 93	Direktorium 93	Direktorium 105	Direktorium 80
Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5	Revisionsamt 6	Revisionsamt 5
Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 150	Gr.Erw.St. 153	Baureferat 399	Baureferat 399	Baureferat 410	Baureferat 498
Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 315	Kommunalref. 142	Kommunalref. 142	Kommunalref. 149	Kommunalref. 163
Anteil a.d. Eink.St. 930	Anteil a.d. Eink.St. 930	Anteil a.d. Eink.St. 950	Anteil a.d. Eink.St. 957	Kreisverw.ref. 204	Kreisverw.ref. 204	Kreisverw.ref. 216	Kreisverw.ref. 220
Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.329	Kulturreferat 174	Kulturreferat 174	Kulturreferat 186	Kulturreferat 181
Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 145	POR (Referat) 50	POR (Referat) 50	POR (Referat) 51	POR (Referat) 47
				Ref.f.Arb.u.Wirt. 100	Ref.f.Arb.u.Wirt. 100	Ref.f.Arb.u.Wirt. 104	Ref.f.Arb.u.Wirt. 81
				Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 106	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 106	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 121	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 116
				Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 52	Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 52	Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 57	Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 53
				Ref. f. Bildung u. Sport 1.079	Ref. f. Bildung u. Sport 1.079	Ref. f. Bildung u. Sport 1.158	Ref. f. Bildung u. Sport 1.135
				Sozialreferat 1.071	Sozialreferat 1.071	Sozialreferat 1.119	Sozialreferat 1.140
				Stadtkämmerei 39	Stadtkämmerei 39	Stadtkämmerei 44	Stadtkämmerei 43
				Zentrale Ansätze KommR 22	Zentrale Ansätze KommR 22	Zentrale Ansätze KommR 31	Zentrale Ansätze KommR 27
				Zentrale Ansätze POR 443	Zentrale Ansätze POR 443	Zentrale Ansätze POR 389	Zentrale Ansätze POR 374
				Zentrale Ansätze StK 752	Zentrale Ansätze StK 752	Zentrale Ansätze StK 739	Zentrale Ansätze StK 784
				Stiftungen o. e. R. 18	Stiftungen o. e. R. 18	Stiftungen o. e. R. 18	Stiftungen o. e. R. 21
				Überschuss lfd. Verw.tät. 884	Überschuss lfd. Verw.tät. 884	Überschuss lfd. Verw.tät. 723	Überschuss lfd. Verw.tät. 1.181

Investitionstätigkeit / Finanzmittelbedarf

Einzahlungen				Auszahlungen			
2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis	2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis
1.457	1.461 + 0,3 %	1.274 - 12,6 %	1.768 + 21,4 %	1.358	1.420 + 4,6 %	1.442 + 6,2 %	1.282 - 5,6 %
Überschuss lfd. Verw.tät. 884	Überschuss lfd. Verw.tät. 884	Überschuss lfd. Verw.tät. 723	Überschuss lfd. Verw.tät. 1.181	Tilgung Inn. Darl. 60	Tilgung Inn. Darl. 60	Tilgung Inn. Darl. 60	Tilgung Inn. Darl. 60
Kredite Inn. Darl. 60	Kredite Inn. Darl. 60	Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Investitionen 749	Investitionen 778	Investitionen 855	Investitionen 711
Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 78	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 87	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 100	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 107	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 67	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 100	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 112	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 96
Veräußerung von Finanzanl. 223	Veräußerung von Finanzanl. 223	Veräußerung von Finanzanl. 223	Veräußerung von Finanzanl. 214	Stadtwerke Kapitalrückführung 267	Stadtwerke Kapitalrückführung 267	Stadtwerke Kapitalrückführung 196	Stadtwerke Kapitalrückführung 196
Veräußerung von Sachverm. 212	Veräußerung von Sachverm. 207	Veräußerung von Sachverm. 228	Veräußerung von Sachverm. 266	Erwerb von Finanzanlagen 215	Erwerb von Finanzanlagen 215	Erwerb von Finanzanlagen 219	Erwerb von Finanzanlagen 219

Nachrichtlich:

Saldo aus Investitionstätigkeit:

2014 (HPL): - 785 Mio. €

2014 (1. NHPL): - 843 Mio. €

2014 (2. NHPL): - 831 Mio. €

2014 (Ergebnis): - 635 Mio. €

Veränderung des Finanzmittelbestandes **+ 99***

Veränderung des Finanzmittelbestandes **+ 41***

Veränderung des Finanzmittelbestandes **- 168***

Veränderung des Finanzmittelbestandes **+ 486***

Veränderung des Finanzmittelbestandes inkl. Verrechnungskonten **+ 468***

- *) Der Finanzhaushalt stellt eine reine Geldflussrechnung dar, was bedeutet, dass nur die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen betrachtet werden. Er zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes zum Ende der Planungsperiode gegenüber dem Anfangsbestand und weist dazu am Ende immer einen Saldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzmittelbestand) aus. Damit diese Veränderung des Finanzmittelbestandes auch sichtbar wird, erfolgt anders als im kameralen Haushalt keine Zuführung eines Überschusses an eine Rücklage bzw. kein Ausgleich eines Defizits durch eine Rücklage.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes betrug im Haushaltsplan 2014 + 99 Mio. € und im 1. Nachtragshaushaltsplan 2014 + 41 Mio. €.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes belief sich im 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 auf - 168 Mio. €.

Im vorliegenden Ergebnis 2014 ergibt sich rein rechnerisch eine Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 486 Mio. €.

Zur Veränderung des Finanzmittelbestandes tragen auch die außerhaushaltsmäßigen Vorgänge bei, die auf Verrechnungskonten gebucht werden. Diese Vorgänge gab es auch schon in der Kameralistik. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um durchlaufende Posten, fremde Gelder (wie z.B. Ein- und Auszahlungen der Eigenbetriebe und selbständigen Stiftungen) sowie um Verwahrgelder. Somit ergibt sich insgesamt eine Veränderung des Finanzmittelbestandes von + 468 Mio. €.

Gesamtergebnishaushalt 2014

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. HPL)

in Mio. €

Erträge				Aufwendungen			
2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis	2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis
6.722	6.722 + 0,0 %	6.717 - 0,1 %	7.516 + 11,8 %	6.159	6.159 + 0,0 %	6.327 + 2,7 %	7.041 + 14,3 %
5.728*	5.728*	5.720*	6.480*	5.165*	5.165*	5.330*	6.005*
Sonstige Erträge 3.127	Sonstige Erträge 3.127	Sonstige Erträge 3.082	Sonstige Erträge 3.754	Direktorium 119	Direktorium 119	Direktorium 124	Direktorium 118
Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 79	Revisionsamt 10	Revisionsamt 10	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9
Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 150	Gr.Erw.St. 156	Baureferat 944	Baureferat 944	Baureferat 944	Baureferat 1.052
Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 315	Kommunalref. 251	Kommunalref. 251	Kommunalref. 250	Kommunalref. 269
Anteil a.d. Eink.St. 930	Anteil a.d. Eink.St. 930	Anteil a.d. Eink.St. 950	Anteil a.d. Eink.St. 957	Kreisverw.ref. 324	Kreisverw.ref. 324	Kreisverw.ref. 316	Kreisverw.ref. 333
Gewerbe-steuer 2.000	Gewerbe-steuer 2.000	Gewerbe-steuer 2.000	Gewerbe-steuer 2.110	Kulturreferat 232	Kulturreferat 232	Kulturreferat 242	Kulturreferat 244
Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 145	POR (Referat) 68	POR (Referat) 68	POR (Referat) 65	POR (Referat) 64
Zentr. Ausgleich ILV 1	Zentr. Ausgleich ILV 1	Zentr. Ausgleich ILV 1	Zentr. Ausgleich ILV 1	Ref.f.Arb.u.Wirt. 126	Ref.f.Arb.u.Wirt. 126	Ref.f.Arb.u.Wirt. 123	Ref.f.Arb.u.Wirt. 121
				Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 146	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 146	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 153	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 540
				Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 84	Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 84	Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 90	Ref. f. Stadtplan.u. Bauordn. 92
				Ref. f. Bildung u. Sport 1.551	Ref. f. Bildung u. Sport 1.551	Ref. f. Bildung u. Sport 1.612	Ref. f. Bildung u. Sport 1.643
				Sozialreferat 1.217	Sozialreferat 1.217	Sozialreferat 1.257	Sozialreferat 1.298
				Stadtkämmerei 59	Stadtkämmerei 59	Stadtkämmerei 60	Stadtkämmerei 66
				Zentrale Ansätze KommR 100	Zentrale Ansätze KommR 100	Zentrale Ansätze KommR 109	Zentrale Ansätze 1.164
				Zentrale Ansätze POR 147	Zentrale Ansätze POR 147	Zentrale Ansätze POR 206	(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)
				Zentrale Ansätze StK 757	Zentrale Ansätze StK 757	Zentrale Ansätze StK 743	
				Stiftungen o. e. R. 24	Stiftungen o. e. R. 24	Stiftungen o. e. R. 24	Stiftungen o. e. R. 28
				Überschuss 563	Überschuss 563	Überschuss 390	Überschuss 475

*) konsolidiertes Volumen, d. h. ohne interne Leistungsverrechnung (einschl. Gebäudekosten- und Gebäudeerlösumlage), Steuerungsumlage und kalkulatorische Zinsen i. H. v. insgesamt 1.036 Mio. € (nachrichtlich: HPL / 1. NHPL 2014 994 Mio. €, 2. NHPL 2014 997 Mio. €).

Anmerkung:
Die ausgewiesenen Referatsbudgets sind nicht konsolidiert.

Gesamtfinanzhaushalte 2013/14

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. Ergebnis 2013)

in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen

Ergebnis 13	Ergebnis 14
5.742	6.149
	+ 7,1 %

Sonstige Einnahmen 1.908	Sonstige Einnahmen 2.170
Ausgleichszahlung 77	Ausgleichszahlung 80
Gr. Erw. St. 149	Gr. Erw. St. 153
Grundsteuern 307	Grundsteuern 315
Anteil a.d. Eink. St. 889	Anteil a.d. Eink. St. 957
Gewerbesteuer 2.271	Gewerbesteuer 2.329
Anteil a.d. Umsatzst. 141	Anteil a.d. Umsatzst. 145

Auszahlungen

Ergebnis 13	Ergebnis 14
4.746	4.968
	+ 4,7 %

Direktorium 65	Direktorium 80
Revisionsamt 5	Revisionsamt 5
Baureferat 429	Baureferat 498
Kommunalref. 167	Kommunalref. 163
Kreisverw.ref. 219	Kreisverw.ref. 220
Kulturreferat 174	Kulturreferat 181
POR (Referat) 44	POR (Referat) 47
Ref.f.Arb.u.Wirt. 73	Ref.f.Arb.u.Wirt. 81
Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 97	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 116
Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 50	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 53
Ref. f. Bildung u. Sport 1.083	Ref. f. Bildung u. Sport 1.135
Sozialreferat 1.033	Sozialreferat 1.140
Stadtkämmerei 37	Stadtkämmerei 43
Zentrale Ansätze KommR 15	Zentrale Ansätze KommR 27
Zentrale Ansätze POR 389	Zentrale Ansätze POR 374
Zentrale Ansätze StK 845	Zentrale Ansätze StK 784
Stiftungen o. e. R. 21	Stiftungen o. e. R. 21
Saldo lfd. Verw.tät. 996	Saldo lfd. Verw.tät. 1.181

Investitionstätigkeit / Finanzmittelbedarf

Einzahlungen

Ergebnis 13	Ergebnis 14
1.554	1.768
	+ 13,8 %

Überschuss aus lfd. Verw.tät. 996	Überschuss aus lfd. Verw.tät. 1.181
Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0
Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 132	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 107
Veräußerung von Finanzanl. 303	Veräußerung von Finanzanl. 214
Veräußerung von Sachverm. 123	Veräußerung von Sachverm. 266

Auszahlungen

Ergebnis 13	Ergebnis 14
1.544	1.282
	- 17,0 %

Tilgung Inn. Darl. 393 0	Tilgung Inn. Darl. 60 0
Investitionen 590	Investitionen 711
Erwerb v. bewegl. Sachverm. 77	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 96
Stadtwerke Kapitalrückführung 152	Stadtwerke Kapitalrückführung 196
Erwerb von Finanzanlagen 332	Erwerb von Finanzanlagen 219

Nachrichtlich: Saldo aus Investitionstätigkeit:

2013 (Ergebnis): - 593 Mio. €
2014 (Ergebnis): - 635 Mio. €

rechnerische Veränderung des Finanzmittelbestandes **+ 10**

Veränd. des Finanzmittelbestandes inkl. Verrechnungskonten
+ 47

rechnerische Veränderung des Finanzmittelbestandes **+ 486**

Veränd. des Finanzmittelbestandes inkl. Verrechnungskonten
+ 468

Gesamtergebnishaushalte 2013/14

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. Ergebnis 2013)
in Mio. €

<u>Erträge</u>		<u>Aufwendungen</u>																																																																																													
Ergebnis 13	Ergebnis 14	Ergebnis 13	Ergebnis 14																																																																																												
7.073	7.516 + 6,3 %	6.270	7.041 + 12,3 %																																																																																												
6.203*	6.480*	5.400*	6.005*																																																																																												
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td style="text-align: center;">Sonstige Erträge</td><td style="text-align: center;">3.156</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ausgleichszahlung</td><td style="text-align: center;">77</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Gr.Erw.St.</td><td style="text-align: center;">146</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Grundsteuern</td><td style="text-align: center;">308</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Anteil a.d. Eink.St.</td><td style="text-align: center;">898</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Gewerbesteuer</td><td style="text-align: center;">2.347</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Anteil a.d. Umsatzst.</td><td style="text-align: center;">141</td></tr> </table>	Sonstige Erträge	3.156	Ausgleichszahlung	77	Gr.Erw.St.	146	Grundsteuern	308	Anteil a.d. Eink.St.	898	Gewerbesteuer	2.347	Anteil a.d. Umsatzst.	141	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td style="text-align: center;">Sonstige Erträge</td><td style="text-align: center;">3.754</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ausgleichszahlung</td><td style="text-align: center;">79</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Gr.Erw.St.</td><td style="text-align: center;">156</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Grundsteuern</td><td style="text-align: center;">315</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Anteil a.d. Eink.St.</td><td style="text-align: center;">957</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Gewerbesteuer</td><td style="text-align: center;">2.110</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Anteil a.d. Umsatzst.</td><td style="text-align: center;">145</td></tr> </table>	Sonstige Erträge	3.754	Ausgleichszahlung	79	Gr.Erw.St.	156	Grundsteuern	315	Anteil a.d. Eink.St.	957	Gewerbesteuer	2.110	Anteil a.d. Umsatzst.	145	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td style="text-align: center;">Direktorium</td><td style="text-align: center;">87</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Revisionsamt</td><td style="text-align: center;">8</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Baureferat</td><td style="text-align: center;">1.066</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Kommunalref.</td><td style="text-align: center;">283</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Kreisverw.ref.</td><td style="text-align: center;">343</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Kulturreferat</td><td style="text-align: center;">201</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">POR (Referat)</td><td style="text-align: center;">58</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref.f.Arb.u.Wirt.</td><td style="text-align: center;">109</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref. f. Gesundheit u. Umwelt</td><td style="text-align: center;">156</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn.</td><td style="text-align: center;">85</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Schul- u.Kultusref.</td><td style="text-align: center;">1.591</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Sozialreferat</td><td style="text-align: center;">1.221</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Stadtkämmerei</td><td style="text-align: center;">53</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Zentrale Ansätze</td><td style="text-align: center;">979 <small>(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)</small></td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Stiftungen o. e. R.</td><td style="text-align: center;">30</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Überschuss</td><td style="text-align: center;">803</td></tr> </table>	Direktorium	87	Revisionsamt	8	Baureferat	1.066	Kommunalref.	283	Kreisverw.ref.	343	Kulturreferat	201	POR (Referat)	58	Ref.f.Arb.u.Wirt.	109	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt	156	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn.	85	Schul- u.Kultusref.	1.591	Sozialreferat	1.221	Stadtkämmerei	53	Zentrale Ansätze	979 <small>(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)</small>	Stiftungen o. e. R.	30	Überschuss	803	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td style="text-align: center;">Direktorium</td><td style="text-align: center;">118</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Revisionsamt</td><td style="text-align: center;">9</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Baureferat</td><td style="text-align: center;">1.052</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Kommunalref.</td><td style="text-align: center;">269</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Kreisverw.ref.</td><td style="text-align: center;">333</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Kulturreferat</td><td style="text-align: center;">244</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">POR (Referat)</td><td style="text-align: center;">64</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref.f.Arb.u.Wirt.</td><td style="text-align: center;">121</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref. f. Gesundheit u. Umwelt</td><td style="text-align: center;">540</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn.</td><td style="text-align: center;">92</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Ref. f. Bildung u. Sport</td><td style="text-align: center;">1.643</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Sozialreferat</td><td style="text-align: center;">1.298</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Stadtkämmerei</td><td style="text-align: center;">66</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Zentrale Ansätze</td><td style="text-align: center;">1.164 <small>(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)</small></td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Stiftungen o. e. R.</td><td style="text-align: center;">28</td></tr> <tr><td style="text-align: center;">Überschuss</td><td style="text-align: center;">475</td></tr> </table>	Direktorium	118	Revisionsamt	9	Baureferat	1.052	Kommunalref.	269	Kreisverw.ref.	333	Kulturreferat	244	POR (Referat)	64	Ref.f.Arb.u.Wirt.	121	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt	540	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn.	92	Ref. f. Bildung u. Sport	1.643	Sozialreferat	1.298	Stadtkämmerei	66	Zentrale Ansätze	1.164 <small>(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)</small>	Stiftungen o. e. R.	28	Überschuss	475
Sonstige Erträge	3.156																																																																																														
Ausgleichszahlung	77																																																																																														
Gr.Erw.St.	146																																																																																														
Grundsteuern	308																																																																																														
Anteil a.d. Eink.St.	898																																																																																														
Gewerbesteuer	2.347																																																																																														
Anteil a.d. Umsatzst.	141																																																																																														
Sonstige Erträge	3.754																																																																																														
Ausgleichszahlung	79																																																																																														
Gr.Erw.St.	156																																																																																														
Grundsteuern	315																																																																																														
Anteil a.d. Eink.St.	957																																																																																														
Gewerbesteuer	2.110																																																																																														
Anteil a.d. Umsatzst.	145																																																																																														
Direktorium	87																																																																																														
Revisionsamt	8																																																																																														
Baureferat	1.066																																																																																														
Kommunalref.	283																																																																																														
Kreisverw.ref.	343																																																																																														
Kulturreferat	201																																																																																														
POR (Referat)	58																																																																																														
Ref.f.Arb.u.Wirt.	109																																																																																														
Ref. f. Gesundheit u. Umwelt	156																																																																																														
Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn.	85																																																																																														
Schul- u.Kultusref.	1.591																																																																																														
Sozialreferat	1.221																																																																																														
Stadtkämmerei	53																																																																																														
Zentrale Ansätze	979 <small>(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)</small>																																																																																														
Stiftungen o. e. R.	30																																																																																														
Überschuss	803																																																																																														
Direktorium	118																																																																																														
Revisionsamt	9																																																																																														
Baureferat	1.052																																																																																														
Kommunalref.	269																																																																																														
Kreisverw.ref.	333																																																																																														
Kulturreferat	244																																																																																														
POR (Referat)	64																																																																																														
Ref.f.Arb.u.Wirt.	121																																																																																														
Ref. f. Gesundheit u. Umwelt	540																																																																																														
Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn.	92																																																																																														
Ref. f. Bildung u. Sport	1.643																																																																																														
Sozialreferat	1.298																																																																																														
Stadtkämmerei	66																																																																																														
Zentrale Ansätze	1.164 <small>(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)</small>																																																																																														
Stiftungen o. e. R.	28																																																																																														
Überschuss	475																																																																																														

*) konsolidiertes Volumen, d. h. ohne interne Leistungsverrechnung (einschl. verwaltungsinterne Kostenmiete), Steuerungsumlage und kalkulatorische Zinsen i. H. v. insgesamt 1.036 Mio. € (HJ 2013 870 Mio. €).

Anmerkung:

Die ausgewiesenen Referatsbudgets sind nicht konsolidiert.

Gesamtfinanzhaushalt 2014

(ohne Bruttogewinnabführung, Kapitalrückführung,
Steuerzahlungen bzw. -erstattungen beim BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH)

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. HPL)

in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen				Auszahlungen			
2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis	2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis
5.253	5.253 + 0,0 %	5.328 + 1,4 %	5.773 + 9,9 %	4.630	4.630 + 0,0 %	4.801 + 3,7 %	4.790 + 3,5 %
Sonstige Einnahmen 1.659	Sonstige Einnahmen 1.659	Sonstige Einnahmen 1.694	Sonstige Einnahmen 1.794	Direktorium 93	Direktorium 93	Direktorium 105	Direktorium 80
Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5	Revisionsamt 6	Revisionsamt 5
Gr. Erw. St. 130	Gr. Erw. St. 130	Gr. Erw. St. 150	Gr. Erw. St. 153	Baureferat 280	Baureferat 280	Baureferat* 308	Baureferat* 320
Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 315	Kommunalref. 142	Kommunalref. 142	Kommunalref. 149	Kommunalref. 163
Anteil a.d. Eink. St. 930	Anteil a.d. Eink. St. 930	Anteil a.d. Eink. St. 950	Anteil a.d. Eink. St. 957	Kreisverw.ref. 204	Kreisverw.ref. 204	Kreisverw.ref. 216	Kreisverw.ref. 220
Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.329	Kulturreferat 174	Kulturreferat 174	Kulturreferat 186	Kulturreferat 181
Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 145	POR (Referat) 50	POR (Referat) 50	POR (Referat) 51	POR (Referat) 47
				Ref.f. Arb. u. Wirt. 100	Ref.f. Arb. u. Wirt. 100	Ref.f. Arb. u. Wirt. 104	Ref.f. Arb. u. Wirt. 81
				Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 106	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 106	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 121	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 116
				Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 52	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 52	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 57	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 53
				Ref. f. Bildung u. Sport 1.079	Ref. f. Bildung u. Sport 1.079	Ref. f. Bildung u. Sport 1.158	Ref. f. Bildung u. Sport 1.135
				Sozialreferat 1.071	Sozialreferat 1.071	Sozialreferat 1.119	Sozialreferat 1.140
				Stadtkämmerei 39	Stadtkämmerei 39	Stadtkämmerei 44	Stadtkämmerei 43
				Zentrale Ansätze KommR 22	Zentrale Ansätze KommR 22	Zentrale Ansätze KommR 31	Zentrale Ansätze KommR 27
				Zentrale Ansätze POR 443	Zentrale Ansätze POR 443	Zentrale Ansätze POR 389	Zentrale Ansätze POR 374
				Zentrale Ansätze StK 752	Zentrale Ansätze StK 752	Zentrale Ansätze StK 739	Zentrale Ansätze StK 784
				Stiftungen o. e. R. 18	Stiftungen o. e. R. 18	Stiftungen o. e. R. 18	Stiftungen o. e. R. 21
				Überschuss lfd. Verw.tät. 623	Überschuss lfd. Verw.tät. 623	Überschuss lfd. Verw.tät. 527	Überschuss lfd. Verw.tät. 983

Investitionstätigkeit / Finanzmittelbedarf

Einzahlungen				Auszahlungen			
2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis	2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis
1.196	1.200 + 0,3 %	1.078 - 9,9 %	1.570 + 31,3 %	1.091	1.153 + 5,7 %	1.246 + 14,2 %	1.086 - 0,5 %
Überschuss lfd. Verw.tät. 623	Überschuss lfd. Verw.tät. 623	Überschuss lfd. Verw.tät. 527	Überschuss lfd. Verw.tät. 983	Tilgung Inn. Darl. 60	Tilgung Inn. Darl. 60	Tilgung Inn. Darl. 60	Tilgung Inn. Darl. 60
Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Investitionen 749	Investitionen 778	Investitionen 855	Investitionen 711
Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 78	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 87	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 100	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 107	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 67	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 100	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 112	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 96
Veräußerung von Finanzanl. 223	Veräußerung von Finanzanl. 223	Veräußerung von Finanzanl. 223	Veräußerung von Finanzanl. 214	Erwerb von Finanzanlagen 215	Erwerb von Finanzanlagen 215	Erwerb von Finanzanlagen 219	Erwerb von Finanzanlagen 219
Veräußerung von Sachverm. 212	Veräußerung von Sachverm. 207	Veräußerung von Sachverm. 228	Veräußerung von Sachverm. 266				

Nachrichtlich:
Saldo aus Investitionstätigkeit:
2014 (HPL): - 518 Mio. €
2014 (1. NHPL): - 576 Mio. €
2014 (2. NHPL): - 635 Mio. €
2014 (Ergebnis): - 439 Mio. €

Veränderung des Finanzmittelbestandes + 105**
Veränderung des Finanzmittelbestandes + 47**
Veränderung des Finanzmittelbestandes - 168**
Veränderung des Finanzmittelbestandes + 484**

*) ab dem 2. NHPL 2014 erfolgt die Darstellung ohne Berücksichtigung der Betrauungsakte

Veränderung des Finanzmittelbestandes inkl. Verrechnungskonten + 466**

- *) Der Finanzhaushalt stellt eine reine Geldflussrechnung dar, was bedeutet, dass nur die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen betrachtet werden. Er zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes zum Ende der Planungsperiode gegenüber dem Anfangsbestand und weist dazu am Ende immer einen Saldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzmittelbestand) aus. Damit diese Veränderung des Finanzmittelbestandes auch sichtbar wird, erfolgt anders als im kameralen Haushalt keine Zuführung eines Überschusses an eine Rücklage bzw. kein Ausgleich eines Defizits durch eine Rücklage.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes betrug im Haushaltsplan 2014 ohne Berücksichtigung der Effekte des BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH + 105 Mio. € und im 1. Nachtragshaushaltsplan 2014 + 47 Mio. €.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes belief sich im 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 auf - 168 Mio. €.

Im vorliegenden Ergebnis 2014 ergibt sich rein rechnerisch eine Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 484 Mio. €.

Die Eliminierung der Steuerzahlungen bzw. -erstattungen ist nicht haushaltsneutral, weil die letzten Erstattungen für das alte Jahr regelmäßig erst im neuen Jahr eingehen. Im vorliegenden Fall ergibt sich für den Jahresabschluss 2014 eine Differenz von rd. 2 Mio. €.

Zur Veränderung des Finanzmittelbestandes tragen auch die außerhaushaltsmäßigen Vorgänge bei, die auf Verrechnungskonten gebucht werden. Diese Vorgänge gab es auch schon in der Kameralistik. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um durchlaufende Posten, fremde Gelder (wie z.B. Ein- und Auszahlungen der Eigenbetriebe und selbständigen Stiftungen) sowie um Verwahrgelder. Somit ergibt sich rein rechnerisch insgesamt eine Veränderung des Finanzmittelbestandes von + 466 Mio. €.

Gesamtergebnishaushalt 2014

(ohne Bruttogewinnabfg., Steuerzahlungen bzw. -erstattungen beim BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH)

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. HPL)

in Mio. €

2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis		2014 HPL	2014 1. NHPL	2014 2. NHPL	2014 Ergebnis
6.342	6.342 + 0,0 %	6.419 + 1,2 %	7.140 + 12,6 %		6.040	6.040 + 0,0 %	6.225 + 3,1 %	6.841 + 13,3 %
5.348*	5.348*	5.422*	6.104*		5.046*	5.046*	5.228*	5.805*
Sonstige Erträge 2.747	Sonstige Erträge 2.747	Sonstige Erträge 2.784	Sonstige Erträge 3.378		Direktorium 119	Direktorium 119	Direktorium 124	Direktorium 118
Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 80	Ausgleichszahlung 79		Revisionsamt 10	Revisionsamt 10	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9
Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 150	Gr.Erw.St. 156		Baureferat 825	Baureferat 825	Baureferat** 842	Baureferat** 852
Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 312	Grundsteuern 315		Kommunalref. 251	Kommunalref. 251	Kommunalref. 250	Kommunalref. 269
Anteil a.d. Eink.St. 930	Anteil a.d. Eink.St. 930	Anteil a.d. Eink.St. 950	Anteil a.d. Eink.St. 957		Kreisverw.ref. 324	Kreisverw.ref. 324	Kreisverw.ref. 316	Kreisverw.ref. 333
Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.000	Gewerbesteuer 2.110		Kulturreferat 232	Kulturreferat 232	Kulturreferat 242	Kulturreferat 244
Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 142	Anteil a.d. Umsatzst. 145		POR (Referat) 68	POR (Referat) 68	POR (Referat) 65	POR (Referat) 64
Zentr. Ausgleich ILV 1	Zentr. Ausgleich ILV 1	Zentr. Ausgleich ILV 1			Ref.f.Arb.u.Wirt. 126	Ref.f.Arb.u.Wirt. 126	Ref.f.Arb.u.Wirt. 123	Ref.f.Arb.u.Wirt. 121
					Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 146	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 146	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 153	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 540
					Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 84	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 84	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 90	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 92
					Ref.f. Bildung u. Sport 1.551	Ref.f. Bildung u. Sport 1.551	Ref.f. Bildung u. Sport 1.612	Ref.f. Bildung u. Sport 1.643
					Sozialreferat 1.217	Sozialreferat 1.217	Sozialreferat 1.257	Sozialreferat 1.298
					Stadtkämmerei 59	Stadtkämmerei 59	Stadtkämmerei 60	Stadtkämmerei 66
					Zentrale Ansätze KommR 100	Zentrale Ansätze KommR 100	Zentrale Ansätze KommR 109	Zentrale Ansätze 1.164
					Zentrale Ansätze POR 147	Zentrale Ansätze POR 147	Zentrale Ansätze POR 206	(Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)
					Zentrale Ansätze StK 757	Zentrale Ansätze StK 757	Zentrale Ansätze StK 743	Stiftungen o. e. R. 28
					Stiftungen o. e. R. 24	Stiftungen o. e. R. 24	Stiftungen o. e. R. 24	Stiftungen o. e. R. 28
					Überschuss 302	Überschuss 302	Überschuss 194	Überschuss 299

*) konsolidiertes Volumen, d. h. ohne interne Leistungsverrechnung (einschl. Gebäudekosten- und Gebäudeerlösumlage), Steuerungsumlage und kalkulatorische Zinsen i. H. v. insgesamt 1.036 Mio. € (nachrichtlich: HPL / 1. NHPL 2014 994 Mio. €, 2. NHPL 2014 997 Mio. €).

***) ab dem 2. NHPL 2014 erfolgt die Darstellung ohne Berücksichtigung der Betrauungsakte

Anmerkung:
Die ausgewiesenen Referatsbudgets sind nicht konsolidiert.

Gesamtfinanzhaushalt 2013/14
 (ohne Bruttogewinnabführung, Kapitalrückführung,
 Steuerzahlungen bzw. -erstattungen beim BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH)
 (Prozentzahl: Veränderungen ggü. Ergebnis 2013)
 in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen		Auszahlungen	
Ergebnis 13	Ergebnis 14	Ergebnis 13	Ergebnis 14
5.464	5.773 + 5,7 %	4.610	4.790 + 3,9 %
Sonstige Einnahmen 1.630	Sonstige Einnahmen 1.794	Direktorium 65	Direktorium 80
Ausgleichszahlung 77	Ausgleichszahlung 80	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5
Gr. Erw. St. 149	Gr. Erw. St. 153	Baureferat 293	Baureferat* 320
Grundsteuern 307	Grundsteuern 315	Kommunalref. 167	Kommunalref. 163
Anteil a.d. Eink. St. 889	Anteil a.d. Eink. St. 957	Kreisverw.ref. 219	Kreisverw.ref. 220
Gewerbesteuer 2.271	Gewerbesteuer 2.329	Kulturreferat 174	Kulturreferat 181
Anteil a.d. Umsatzst. 141	Anteil a.d. Umsatzst. 145	POR (Referat) 44	POR (Referat) 47
		Ref.f. Arb. u. Wirt. 73	Ref.f. Arb. u. Wirt. 81
		Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 97	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 116
		Ref.f. Stadtplan. u. Bauordn. 50	Ref.f. Stadtplan. u. Bauordn. 53
		Ref. f. Bildung u. Sport 1.083	Ref. f. Bildung u. Sport 1.135
		Sozialreferat 1.033	Sozialreferat 1.140
		Stadtkämmerei 37	Stadtkämmerei 43
		Zentrale Ansätze KommR 15	Zentrale Ansätze KommR 27
		Zentrale Ansätze POR 389	Zentrale Ansätze POR 374
		Zentrale Ansätze StK 845	Zentrale Ansätze StK 784
		Stiftungen o. e. R. 21	Stiftungen o. e. R. 21
		Saldo lfd. Verw.tät. 854	Saldo lfd. Verw.tät. 983

Investitionstätigkeit / Finanzmittelbedarf

Einzahlungen		Auszahlungen	
Ergebnis 13	Ergebnis 14	Ergebnis 13	Ergebnis 14
1.412	1.570 + 11,2 %	1.392	1.086 - 22,0 %
Saldo lfd. Verw.tät. 854	Saldo lfd. Verw.tät. 983	Tilgung Inn. Darl. 393 0	Tilgung Inn. Darl. 60 0
Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Investitionen 590	Investitionen 711
Zuweisungen, Beitr. Zusch. u. a. 132	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u. a. 107	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 77	Erwerb v. bewegl. Sachverm. 96
Veräußerung von Finanzanl. 303	Veräußerung von Finanzanl. 214	Erwerb von Finanzanlagen 332	Erwerb von Finanzanlagen 219
Veräußerung von Sachverm. 123	Veräußerung von Sachverm. 266		

Nachrichtlich: Saldo aus Investitionstätigkeit: *) ab dem 2. NHPL 2014 erfolgt die Darstellung ohne Berücksichtigung der Betrauungsakte
 2013 (Ergebnis): - 441 Mio. €
 2014 (Ergebnis): - 439 Mio. €

rechnerische Veränderung des Finanzmittelbestandes + 20	rechnerische Veränderung des Finanzmittelbestandes + 484
Veränderung des Finanzmittelbestandes inkl. Verrechnungskonten + 57	Veränderung des Finanzmittelbestandes inkl. Verrechnungskonten + 466

Gesamtergebnishaushalt 2013/14

(ohne Bruttogewinnabfg., Steuerzahlungen bzw. -erstattungen beim BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH)

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. Ergebnis 2013)

in Mio. €

<u>Erträge</u>		<u>Aufwendungen</u>	
Ergebnis 13	Ergebnis 14	Ergebnis 13	Ergebnis 14
6.806	7.140	6.045	6.841
	+ 4,9 %		+ 13,2 %
5.936*	6.104*	5.175*	5.805*
Sonstige Erträge 2.889	Sonstige Erträge 3.378	Direktorium 87	Direktorium 118
Ausgleichszahlung 77	Ausgleichszahlung 79	Revisionsamt 8	Revisionsamt 9
Gr.Erw.St. 146	Gr.Erw.St. 156	Baureferat 841	Baureferat** 852
Grundsteuern 308	Grundsteuern 315	Kommunalref. 283	Kommunalref. 269
Anteil a.d. Eink.St. 898	Anteil a.d. Eink.St. 957	Kreisverw.ref. 343	Kreisverw.ref. 333
Gewerbesteuer 2.347	Gewerbesteuer 2.110	Kulturreferat 201	Kulturreferat 244
Anteil a.d. Umsatzst. 141	Anteil a.d. Umsatzst. 145	POR (Referat) 58	POR (Referat) 64
		Ref.f.Arb.u.Wirt. 109	Ref.f.Arb.u.Wirt. 121
		Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 156	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 540
		Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 85	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 92
		Ref.f. Bildung u. Sport 1.591	Ref.f. Bildung u. Sport 1.643
		Sozialreferat 1.221	Sozialreferat 1.298
		Stadtkämmerei 53	Stadtkämmerei 66
		Zentrale Ansätze 979 (Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)	Zentrale Ansätze 1.164 (Bukr. 0099 bei Rechnungslegung nicht aufteilbar!)
		Stiftungen o. e. R. 30	Stiftungen o. e. R. 28
		Überschuss 761	Überschuss 299

*) konsolidiertes Volumen, d. h. ohne interne Leistungsverrechnung (einschl. Gebäudekosten- und Gebäudeerlösumlage), Steuerungsumlage und kalkulatorische Zinsen i. H. v. insgesamt 1.036 Mio. € (HJ 2013 870 Mio. €).

***) ab dem 2. NHPL 2014 erfolgt die Darstellung ohne Berücksichtigung der Betrauungsakte

Anmerkung:

Die ausgewiesenen Referatsbudgets sind nicht konsolidiert.

1.4 Zielerreichung 2014

Die Darstellung der gesamtstädtischen Zielerreichung 2014 erfolgt unter Ziffer 7.

2. Haushalt 2014 im Vollzug – Gesamthaushalt

2.1 Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

(in Mio. €)

HPL 5.633	Ansatz inkl. Nachträge 5.626 - 0,1 %	Ergebnis 6.149 + 9,2 %
Steuern u. ähnl. Abgaben 3.392	Steuern u. ähnl. Abgaben 3.412	Steuern u. ähnl. Abgaben 3.754
Zuwendungen u. allg. Umlagen 753	Zuwendungen u. allg. Umlagen 833	Zuwendungen u. allg. Umlagen 848
Sonst. Transfer-einzahlungen 283	Sonst. Transfer-einzahlungen 267	Sonst. Transfer-einzahlungen 280
Öff.-rechtl. Leistungs-entgelte 213	Öff.-rechtl. Leistungs-entgelte 230	Öff.-rechtl. Leistungs-entgelte 241
Privatrechtl. Leistungs-entgelte 180	Privatrechtl. Leistungs-entgelte 153	Privatrechtl. Leistungs-entgelte 158
Kostenerstattungen u. -umlagen 236	Kostenerstattungen u. -umlagen 225	Kostenerstattungen u. -umlagen 330
Sonst. Einz. aus lfd. Verw.tätigkeit 159	Sonst. Einz. aus lfd. Verw.tätigkeit 157	Sonst. Einz. aus lfd. Verw.tätigkeit 189
Zinsen u. sonst. Finanz-einzahlungen 417	Zinsen u. sonst. Finanz-einzahlungen 349	Zinsen u. sonst. Finanz-einzahlungen 349

Prozentzahl: Veränderung gegenüber HPL

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

(in Mio. €)

HPL 4.749	Ansatz inkl. Nachträge 4.903 + 3,2 %	Ergebnis 4.968 + 4,6 %
Personalaus-zahlungen 1.411	Personalaus-zahlungen 1.410	Personalaus-zahlungen 1.388
Versorgungsaus-zahlungen 305	Versorgungsaus-zahlungen 305	Versorgungsaus-zahlungen 319
Ausz. f. Sach- u. Dienstleistungen 668	Ausz. f. Sach- u. Dienstleistungen 711	Ausz. f. Sach- u. Dienstleistungen 732
Transferaus-zahlungen 2.020	Transferaus-zahlungen 2.115	Transferaus-zahlungen 2.126
Sonst. Ausz. aus lfd. Verw.tätigkeit 307	Sonst. Ausz. aus lfd. Verw.tätigkeit 325	Sonst. Ausz. aus lfd. Verw.tätigkeit 366
Zinsen u. sonst. Finanz-auszahlungen 38	Zinsen u. sonst. Finanz-auszahlungen 37	Zinsen u. sonst. Finanz-auszahlungen 37

Prozentzahl: Veränderung gegenüber HPL

Der Jahresabschluss weist gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan erhebliche Veränderungen auf. Der **Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit** steigt von 884 Mio. € um 297 Mio. € auf 1.181 Mio. €.

Die **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** erhöhen sich von 5.633 Mio. € um 516 Mio. € auf 6.149 Mio. € (9,2 %). Dies ist vor allem auf folgende Mehr- bzw. Mindereinzahlungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan zurückzuführen:

• Steuereinzahlungen	+ 362 Mio. €
• Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 95 Mio. €
• Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	+ 28 Mio. €
• Privatrechtliche Leistungsentgelte	- 22 Mio. €
• Kostenerstattungen und -umlagen	+ 94 Mio. €
• Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	+ 30 Mio. €
• Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	- 68 Mio. €

Die Mehreinzahlungen bei den Steuern betreffen die Gewerbesteuer mit 329 Mio. € und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 27 Mio. €. Im 2. Nachtrag wurde für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine Ansatzserhöhung von 20 Mio. € vorgenommen. Des Weiteren erhöhen sich die Grundsteuern und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um jeweils 3 Mio. €.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen erhöhen sich bei der Überlassung der staatlichen Grunderwerbsteuer um 23 Mio. € (Ansatzserhöhung zum 2. Nachtragshaushalt um 20 Mio. €). Beim Referat für Bildung und Sport steigen die Zuweisungen vom Land, insbesondere bei den Kindertageseinrichtungen, um rd. 57 Mio. € (Ansatzserhöhung zum 2. Nachtrag um rd. 51 Mio. €).

Die höheren Einzahlungen bei den öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten betreffen die Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelte bei den Kindertageseinrichtungen mit rd. 14 Mio. €. Die weiteren Verbesserungen sind auf einen Saldo von Veränderungen in mehreren Teilhaushalten zurückzuführen.

Die Mindereinzahlungen bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten sind neben verschiedenen Einzelpositionen vor allem auf die geringeren Verkaufserlöse im Referat für Bildung und Sport in Höhe von rd. 17 Mio. € zurückzuführen. Bereits zum 2. Nachtragshaushaltsplan wurde der ursprüngliche Ansatz um 16 Mio. € reduziert, wobei auch hier in erster Linie die Kindertageseinrichtungen betroffen waren (Umschichtung zu den öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten). Des Weiteren liegen die privatrechtlichen Leistungsentgelte des Baureferates um 14 Mio. € unter dem ursprünglichen Haushaltsansatz. Hauptursache dafür sind Ersätze bei den Gemeindestraßen, die im Herbstnachtrag um rd. 11 Mio. € gekürzt wurden, aber den Stand des ursprünglichen Haushaltsplans um fast 15 Mio. € unterschreiten.

Bei den Erstattungen der SWM GmbH für die Konzernsteuerumlage erhöhen sich die Einzahlungen gegenüber dem Ansatz um rd. 66 Mio. €. Im Gegenzug verringern sich auch die Auszahlungen bei den sonstigen Steuern um etwa den gleichen Betrag. Die Ansätze beider Positionen wurden im 2. Nachtrag um jeweils 11 Mio. € gemindert. Des Weiteren erhöhen sich die Gastschulbeiträge um rd. 21 Mio. €.

Die sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit weisen bei den Zentralen

Ansätzen der Stadtkämmerei eine Erhöhung bei den Zinsen gemäß § 233a AO von rd. 23 Mio. € aus.

Bei den Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen reduziert sich die Gewinnausschüttung der SWM GmbH nach dem Gewinnabführungsvertrag gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan um rd. 71 Mio. €. Der Ansatz wurde im 2. Nachtrag entsprechend angepasst.

Die **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** nehmen von 4.749 Mio. € um 219 Mio. € auf 4.968 Mio. € (4,6 %) zu. Dies ist insbesondere auf folgende Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan zurückzuführen:

• Personalauszahlungen	- 23 Mio. €
• Versorgungsauszahlungen	+ 14 Mio. €
• Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 64 Mio. €
• Transferauszahlungen	+ 106 Mio. €
• Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verw.tätigkeit	+ 59 Mio. €

Die Personalauszahlungen reduzieren sich bei den Zentralen Ansätzen des Personal- und Organisationsreferats gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um rd. 68 Mio. €; im 2. Nachtragshaushaltsplan erfolgte eine Kürzung um 54 Mio. € (davon 10 Mio. € aufgrund der stark rückläufigen Inanspruchnahme von Altersteilzeit).

Zum Ausgleich der Besoldungs- und Tarifierhöhung wurden von dieser Kürzung im 2. Nachtragshaushaltsplan rd. 37 Mio. € auf die Referate verteilt, was sich insofern auch im Ergebnis der Teilhaushalte widerspiegelt. Die größten Erhöhungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz ergeben sich beim Referat für Bildung und Sport mit rd. 14 Mio. € und beim Sozialreferat mit rd. 10 Mio. €.

Im Bereich der Zentralen Ansätze des Personal- und Organisationsreferates erhöhen sich die Versorgungsauszahlungen um den genannten Betrag.

Die Mehrauszahlungen bei den Sach- und Dienstleistungen sind mit rd. 24 Mio. € in erster Linie dem Referat für Bildung und Sport beim Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen geschuldet (2. Nachtragshaushalt + 7 Mio. €).

Auch die stadtweite Position „Reinigung der Vergabestelle 1“ weist Erhöhungen von rd. 19 Mio. € aus, der Ansatz wurde hier zum 2. Nachtragshaushaltsplan um rd. 12 Mio. € aufgestockt.

Im Baureferat ist für die Gemeindestraßen (Straßenbaumaßnahmen konsumtiv) ein ursprünglicher Ansatz von rd. 0,1 Mio. € gebildet worden. Diesem Ansatz steht jedoch ein Ergebnis von rd. 11 Mio. € gegenüber.

Die größte Position bei den Transferauszahlungen ergibt sich beim Sozialreferat mit rd. 55 Mio. €, im 2. Nachtragshaushaltsplan wurde der Ansatz um rd. 34 Mio. € aufgestockt. Die Gewerbesteuerumlagen erhöhen sich aufgrund der stark gestiegenen Gewerbesteuererhöhungen um 48 Mio. €. Im Bereich des Referats für Bildung und Sport (vor allem bei den Kindertageseinrichtungen) errechnet sich eine Erhöhung vom ursprünglichen Ansatz zum Ergebnis von 9 Mio. €. Nachdem im 2. Nachtragshaushaltsplan der Ansatz um rd. 35 Mio. € erhöht wurde, reduzierte sich das Ergebnis gegenüber dem 2. Nachtragshaushaltsplan um rd. 26 Mio. € (siehe Ziffer 1.1).

Im Gegensatz dazu reduzieren sich die Transferauszahlungen beim Referat für Arbeit und Wirtschaft gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan um rd. 21 Mio. €. Nach Erhöhungen im 2. Nachtrag um rd. 3 Mio. € wird zum Jahresabschluss ein Ergebnis ausgewiesen, das um 24 Mio. € unter dem Stand des 2. Nachtragshaushaltsplans liegt (siehe Ziffer 1.1) Die restlichen

Veränderungen verteilen sich auf alle Teilhaushalte.

Die höheren sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von per Saldo rd. 59 Mio. € stehen in erster Linie im Zusammenhang mit den Konzernbeziehungen zu der SWM GmbH (siehe auch Einzahlungsseite Konzernsteuerumlage). Im Gegensatz dazu reduzieren sich die Verwaltungskostenerstattungen an das Land im Zusammenhang mit der Abwicklung der Polizei um rd. 15 Mio. € (siehe auch Ziffer 1.1).

Zum Jahresabschluss steht den Einzahlungen aus **Investitionstätigkeit** in Höhe von 587 Mio. € unter Berücksichtigung der Verwendung von Haushaltsausgaberesten ein Investitionsvolumen (einschließlich Erwerb von Finanzanlagen) in Höhe von 1.222 Mio. € gegenüber, während zum ursprünglichen Haushaltsplan die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 513 Mio. € und das für 2014 veranschlagte Investitionsvolumen 1.298 Mio. € betragen.

Damit errechnet sich für den Jahresabschluss ein Saldo aus Investitionstätigkeit von - 635 Mio. € und für den Haushaltsplan ein Saldo von - 785 Mio. €.

Im ursprünglichen Haushalt 2014 waren Kreditaufnahmen in Höhe von 60 Mio. € geplant. Insbesondere aufgrund der sehr guten Liquidität der Landeshauptstadt München war es möglich, im 2. Nachtrag auf die bisherige Brutto-Kreditaufnahme in Höhe von 60 Mio. € vollständig zu verzichten. Die Tilgungsleistungen blieben ganzjährig bei 60 Mio. €, was zu einer planmäßig gleich hohen Entschuldung im Haushaltsjahr 2014 führte. Der Schuldenstand zum 31.12.2014 betrug rd. 906 Mio. €.

Der **Finanzmittelbestand** veränderte sich zum ursprünglichen Haushaltsplan um + 99 Mio. €, im 1. Nachtragshaushaltsplan um + 41 Mio. €, im 2. Nachtragshaushaltsplan um - 168 Mio. € und erhöht sich nunmehr zum Rechnungsabschluss um 486 Mio. € (rd. 484 Mio. € ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zu der SWM GmbH). Unter Einschluss der zunächst nicht im Haushalt abzubildenden Vorgänge, die auf Verrechnungskonten gebucht werden, erhöht sich der Finanzmittelbestand letztendlich um 468 Mio. € (rd. 466 Mio. € ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zu der SWM GmbH). Auf die Ausführungen in Ziffer 1.1. wird verwiesen.

Der Endbestand 2014 an liquiden Mitteln auf Bankkonten und Bargeld beträgt - unter Einschluss der in der Gesamtfinanzrechnung noch dargestellten Vorgänge, insbesondere einer Korrektur von Beamtenbezügen für den Januar 2015, die ursprünglich fälschlicherweise noch im Dezember 2014 gebucht wurden - letztendlich rd. 1.066 Mio. € (Vorjahr rd. 598 Mio. €).

2.2 Ergebnisrechnung

Erträge

(in Mio. €)

HPL 5.728	Ansatz inkl. Nachträge 5.720 - 0,1 %	Ergebnis 6.480 + 13,1 %
		Steuern u. ähnl. Abgaben 3.535
		Zuwendungen u. allg. Umlagen 849
Steuern u. ähnl. Abgaben 3.392	Steuern u. ähnl. Abgaben 3.412	Sonst. Transfererträge 264
Zuwendungen u. allg. Umlagen 754	Zuwendungen u. allg. Umlagen 833	Öff.-rechtl. Leistungsentgelte 240
Sonst. Transfererträge 283	Sonst. Transfererträge 267	Auflösung von Sonderposten 44
Öff.-rechtl. Leistungsentgelte 215	Öff.-rechtl. Leistungsentgelte 232	Privatrechtl. Leistungsentgelte 185
Auflösung von Sonderposten 40	Auflösung von Sonderposten 40	Kostenerstattungen u. -umlagen 312
Privatrechtl. Leistungsentgelte 194	Privatrechtl. Leistungsentgelte 165	Sonst. ordentliche Erträge 679
Kostenerstattungen u. -umlagen 236	Kostenerstattungen u. -umlagen 225	Aktivierete Eigenleistungen 26
Sonst. ordentliche Erträge 172	Sonst. ordentliche Erträge 172	Finanzerträge 346
Aktivierete Eigenleistungen 25	Aktivierete Eigenleistungen 25	Außerordentliche Erträge 0
Finanzerträge 417	Finanzerträge 349	
Außerordentliche Erträge 0	Außerordentliche Erträge 0	

Prozentzahl: Veränderung gegenüber HPL

Aufwendungen

(in Mio. €)

HPL 5.165	Ansatz inkl. Nachträge 5.330 + 3,2 %	Ergebnis 6.005 + 16,3 %
		Personalaufwendungen 1.377
		Versorgungsaufwendungen 398
		Aufwend. f. Sach- u. Dienstleistungen 749
		Planmäßige Abschreibungen 346
		Transferaufwendungen 2.136
		Sonst. ordentliche Aufwendungen 918
		Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen 81
		Außerordentliche Aufwendungen 0
Personalaufwendungen 1.420	Personalaufwendungen 1.419	
Versorgungsaufwendungen 400	Versorgungsaufwendungen 432	
Aufwend. f. Sach- u. Dienstleistungen 676	Aufwend. f. Sach- u. Dienstleistungen 716	
Planmäßige Abschreibungen 314	Planmäßige Abschreibungen 314	
Transferaufwendungen 2.022	Transferaufwendungen 2.107	
Sonst. ordentliche Aufwendungen 295	Sonst. ordentliche Aufwendungen 305	
Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen 38	Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen 37	
Außerordentliche Aufwendungen 0	Außerordentliche Aufwendungen 0	

Prozentzahl: Veränderung gegenüber HPL

Der ursprüngliche Haushaltsplan weist einen Überschuss von 563 Mio. € aus. Zum Jahresabschluss errechnet sich ein **Überschuss** von 475 Mio. €. Die Verschlechterung in Höhe von 88 Mio. € ergibt sich aus dem Saldo der um 752 Mio. € höheren Erträge und den um 840 Mio. € gestiegenen Aufwendungen (jeweils nach Konsolidierung). Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH reduziert sich der Überschuss lediglich um 3 Mio. € auf 299 Mio. €.

Die Erhöhung bei den **Erträgen** im Rechnungsabschluss gegenüber dem ursprünglichen

Haushaltsplan ergibt sich überwiegend aus folgenden Positionen:

• Steuern und ähnliche Abgaben	+ 143 Mio. €
• Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 95 Mio. €
• Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	+ 25 Mio. €
• Kostenerstattungen und -umlagen	+ 76 Mio. €
• Sonstige ordentliche Erträge	+ 507 Mio. €
• Finanzerträge	- 71 Mio. €

Die Zunahme bei den Steuern und ähnlichen Abgaben basiert hauptsächlich auf den höheren Steuererträgen bei der Gewerbesteuer mit 110 Mio. € und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 27 Mio. €. Zum 2. Nachtrag 2014 erfolgte eine Ansatzerhöhung um 20 Mio. € für den Anteil an der Einkommensteuer. Zusätzlich erhöhen sich die Grundsteuern und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um jeweils 3 Mio. €.

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist die Steigerung insbesondere auf die Erträge aus Zuweisungen aus Betriebskosten beim Referat für Bildung und Sport in Höhe von rd. 58 Mio. € zurückzuführen. Zudem erhöht sich die Grunderwerbsteuer um 26 Mio. €, zum 2. Nachtragshaushaltsplan wurde der Ansatz bereits um 20 Mio. € erhöht.

Die Mehrerträge bei den öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten resultieren aus rd. 17 Mio. € höheren Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten im Bereich des Referats für Bildung und Sport und aus einer Vielzahl von Saldierungen in den jeweiligen Teilhaushalten.

Beim Baureferat fällt die Erstattung der Konzernsteuerumlage der SWM GmbH um 66 Mio. € höher aus als ursprünglich veranschlagt.

Die Steigerung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen ist mit 456 Mio. € überwiegend auf die Zentralen Ansätze zurückzuführen. Die Gründe für die Steigerungen sind im Wesentlichen unter Ziffer 1.1 dargestellt.

Bei den Finanzerträgen reduziert sich die Gewinnausschüttung der SWM GmbH nach dem Gewinnabführungsvertrag gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan um rd. 71 Mio. €. Der Ansatz wurde im 2. Nachtrag entsprechend angepasst.

Bei den **Aufwendungen** ergeben sich zwischen dem Haushaltsplan und dem Rechnungsabschluss nennenswerte Veränderungen bei:

• Personalaufwendungen	- 43 Mio. €
• Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 73 Mio. €
• Planmäßige Abschreibungen	+ 32 Mio. €
• Transferaufwendungen	+ 114 Mio. €
• Sonstige ordentliche Aufwendungen	+ 623 Mio. €
• Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	+ 43 Mio. €

Insgesamt reduzieren sich die Personalaufwendungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan um 43 Mio. €. Gegenüber dem 2. Nachtragshaushaltsplan beträgt die Minderung 42 Mio. €.

Die höheren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind stadtweit mit rd. 54 Mio. € den Aufwendungen für Instandhaltungen geschuldet. Hierbei verzeichnen das Referat für Bildung und Sport (25 Mio. €) und das Baureferat (rd. 20 Mio. €) die größten Positionen. Zum 2. Nachtragshaushaltsplan erhöhen sich insgesamt die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 40 Mio. €.

Die planmäßigen Abschreibungen erhöhen sich vor allem beim Referat für Bildung und Sport um rd. 23 Mio. € (insbesondere Abschreibungen auf Sachanlagen).

Bei den Transferaufwendungen sind die größten Mehrungen beim Sozialreferat mit 63 Mio. € (davon für Sozialtransferaufwendungen 56 Mio. €) und bei den Zentralen Ansätzen mit rd. 35 Mio. €. Letzteres ist vor allem auf die Steigerung bei den Gewerbesteuerumlagen in Höhe von 46 Mio. € und dem gegenüber auf die Verringerung bei der Bezirksumlage von 11 Mio. € (Ansatzreduzierung im 2. Nachtrag) zurückzuführen. Stadtweit wurden die Transferaufwendungen im 2. Nachtrag um 85 Mio. € erhöht.

Gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung erhöhen sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 623 Mio. €. Dies ist insbesondere auf die Rückstellung von 382 Mio. € beim Referat für Gesundheit und Umwelt für die Städtisches Klinikum GmbH, dem Anstieg bei den Zentralen Ansätzen um 156 Mio. € (davon rd. 138 Mio. € durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen) und dem um 46 Mio. € gestiegenen Aufwand beim Baureferat zurückzuführen. Dieser setzt sich insbesondere aus der Gewerbesteuer von - 34 Mio. €, der Körperschaftsteuer von + 33 Mio. € und der Kapitalertragssteuer bzw. Solidaritätszuschlag aus Vorjahren von + 39 Mio. € beim Baureferat (BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH) zusammen. Der restliche Erhöhungsbetrag bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen verteilt sich auf eine Vielzahl von Einzelpositionen.

Im Zusammenhang mit den Finanzbeziehungen zur SWM GmbH bzw. dem BgA U-Bahn-Bau steigt beim Baureferat die Verzinsung von Steuernachzahlungen in Höhe von 45 Mio. € (siehe Ziffer 1.1).

2.3 Übertragene Haushaltsermächtigungen und Restefonds

Bildung von Haushaltsresten (§ 21 KommHV - Doppik)

Im Finanzhaushalt laufende Verwaltungstätigkeit und im Ergebnishaushalt wurden keine Haushaltsermächtigungen für Auszahlungen bzw. Aufwendungen in das Jahr 2015 übertragen (Vorjahr rd. 8,2 Mio. €, ohne Berücksichtigung der übertragenen Mittel aus den Restefonds).

Im investiven Bereich des Finanzhaushalts wurden Haushaltsermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt rd. 116,5 Mio. € in das Jahr 2015 übertragen (Vorjahr rd. 154,5 Mio. €). Die Aufstellungen über die übertragenen Haushaltsermächtigungen sind in Band 1 des Jahresabschlusses 2014 in den Anlagen zum Anhang enthalten. Die in den einzelnen Teilhaushalten übertragenen Haushaltsermächtigungen sind in den Referatsteilen des Rechenschaftsberichts (Ziffer 9) dargestellt; auf die dort enthaltenen Ausführungen unter dem Punkt „Reste“ wird verwiesen.

Restefonds

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die zum Jahresabschluss 2014 ermittelten Restefonds wurden deshalb aufgelöst, die Mittel (Bestand am 31.12.2014) eingezogen und nicht in das Jahr 2015 übertragen. Für das Haushaltsjahr 2015 wird es eine Übergangsregelung geben, mit der die Referate, unter Beachtung bestimmter Voraussetzungen, die nicht in Anspruch genommenen Mittel (Reste) aus 2014 einzelfallbezogen zum Nachtragshaushalt anmelden können. Auf Ziffer 8 der Regelungen zum Vollzug des Haushalts 2015 (Bekanntgabe in der Vollversammlung am 17.12.2014) wird verwiesen.

Die nachstehende Tabelle stellt die Entnahmen der Restefonds im Jahr 2014 und den Stand der aufgelösten Restefonds pro Referat zum Jahresende 2014 dar. Auf die Ausführungen in Ziffer 1.4.1 zum Restefonds in den jeweiligen Referatsteilen (Ziffer 9 des Rechenschaftsberichts) wird verwiesen.

Restefonds 2014

in €

Referat	Stand zum 01.01.2014	Entnahmen 2014	Stand 31.12.2014
Direktorium	10.414.844,51	6.824.157,70	3.590.686,81
Baureferat	8.868.224,24	5.751.759,36	3.116.464,88
Kommref. (Ref.)	5.441.273,85	3.655.076,89	1.786.196,96
KVR	5.821.835,65	99.800,00	5.722.035,65
Kulturreferat	12.519.613,15	1.261.218,73	11.258.394,42
POR (Referat)	3.867.076,98	276.565,45	3.590.511,53
RAW	33.314.946,16	43.331,37	33.271.614,79
RGU	9.471.385,96	580.167,46	8.891.218,50
Planref. (Ref.)	8.391.717,38	291.000,00	8.100.717,38
RBS	41.860.693,83	5.082.682,00	36.778.011,83
Sozialreferat	16.982.076,13	2.622.434,20	14.359.641,93
Stadtkäm. (Ref.)	8.769.005,54	23.691,97	8.745.313,57
Revisionsamt	445.077,61	22.120,93	422.956,68
Summe	166.167.770,99	26.534.006,06	139.633.764,93

2.4 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Der Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung ist bei der Entwicklung in den Referaten (Ziffer 9) unter der jeweiligen Ziffer 1.1.2 dargestellt. Darüber hinausgehende Erläuterungsbedarfe ergeben sich aus gesamtstädtischer Sicht nicht.

3. Haushalt 2014 Vorjahresvergleich

3.1 Finanzrechnung

Der **Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit** erhöht sich gegenüber dem Jahresabschluss 2013 von 996 Mio. € um 185 Mio. € auf 1.181 Mio. €. Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH würde sich dieser von 854 Mio. € auf

983 Mio. € erhöhen.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit verzeichnen einen Zuwachs um 407 Mio. € auf 6.149 Mio. €. Die wesentlichen Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

• Steuern und ähnliche Abgaben	+ 139 Mio. €
• Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 94 Mio. €
• Sonstige Transfereinzahlungen	+ 83 Mio. €
• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+ 63 Mio. €
• Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 15 Mio. €
• Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	+ 47 Mio. €

Im Jahresabschluss 2013 wurden die Gewerbesteuereinzahlungen mit einem Ergebnis von 2.271 Mio. € ausgewiesen. Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 liegt nochmals um 58 Mio. € über dem Rekordergebnis des Vorjahres und erreicht somit 2.329 Mio. €. Gleichzeitig steigt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber 2013 um 68 Mio. € auf 957 Mio. € und damit ebenfalls auf einen neuen Höchstwert an. Die Entwicklung der Gewerbesteuer, wie auch der übrigen Steuereinnahmen, ist unter Ziffer 8.2 dargestellt.

Ebenfalls im Plus (94 Mio. €) schließen die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen gegenüber dem Vorjahr ab. Ausschlaggebend ist hier die Schlüsselzuweisung vom Land, welche gegenüber dem Vorjahr um 53 Mio. € auf 94 Mio. € zunimmt sowie die um 30 Mio. € höheren Zuweisungen vom Land, welche insbesondere durch steigende Zuweisungen für Kinderbetreuungseinrichtungen (16 Mio. €) geprägt sind.

Die sonstigen Transfereinzahlungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 83 Mio. € an. Schwerpunktmäßig resultiert diese Entwicklung aus dem Zuwachs von 70 Mio. € bei den Erstattungen von Sozialleistungen vom Bund (Grundsicherung).

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen erhöhen sich um 63 Mio. €, was im Wesentlichen dem weitgehend haushaltsneutralen Anstieg der Konzernsteuerumlage der SWM GmbH um knapp 54 Mio. € geschuldet ist. Weitergehende Erläuterungen hierzu sind im Referatsteil des Baureferates (Ziffer 9) enthalten.

Die sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind leicht rückläufig und vermindern sich um 15 Mio. € auf 189 Mio. €. Hier wirken sich vor allen Dingen die um 34 Mio. € niedrigeren Zinsen gemäß § 233 a AO aus. Dem steht eine um 17 Mio. € höhere Konzessionsabgabe der SWM GmbH gegenüber.

Die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen, welche im Vorjahresergebnis 302 Mio. € erreichten, weisen nunmehr einen Zuwachs um 47 Mio. € auf rd. 349 Mio. € auf. Hier wirken sich in erster Linie die um 44 Mio. € höhere Gewinnausschüttung der SWM GmbH und die um 10 Mio. € gestiegenen Zinszahlungen der Messe München GmbH aus.

Die **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** nehmen um 222 Mio. € auf 4.968 Mio. € zu. Dies ist insbesondere auf folgende Entwicklungen zurückzuführen:

• Personalauszahlungen	+ 42 Mio. €
• Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 107 Mio. €
• Transferauszahlungen	+ 53 Mio. €

- Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit + 61 Mio. €
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen - 45 Mio. €

Der Anstieg der Personalauszahlungen um 42 Mio. € wird zu einem im wesentlichen Teil durch den Ausgleich der Teuerung 2014 verursacht. Im Rahmen des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 wurden hierfür rd. 37 Mio. € in die Referatsbudgets eingestellt. Der betragsmäßig größte Anstieg ist im Referat für Bildung und Sport mit 35 Mio. € zu verzeichnen. Hier kommt neben dem Ausgleich der Teuerung u.a. auch die Neueinrichtung und Gruppenveränderungen an Kindertageseinrichtungen zum Tragen.

Bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 107 Mio. €) beruht der Zuwachs auf Mehrungen in Höhe von insgesamt rd. 25 Mio. € beim Unterhalt für Grundstücke und bauliche Anlagen sowie den um 81 Mio. € höheren Leistungen für oder durch Dritte, insbesondere den IT-Leistungen von [it@M](#). Die betragsmäßig größte Steigerung weist das Referat für Bildung und Sport mit über 40 Mio. € aus.

Die Steigerungen bei den Transferauszahlungen in Höhe von insgesamt 53 Mio. € basiert in erster Linie auf der Entwicklung im Sozialreferat, welches ein Plus von 91 Mio. € ausweist und nahezu alle Sozialleistungen umfasst sowie auf den um 18 Mio. € höheren Gewerbesteuerumlagen. Beim Referat für Bildung und Sport ergibt sich dagegen ein Rückgang um 25 Mio. € aufgrund Abrechnungsverzögerungen bzw. Abrechnungsanpassungen bei Kindertageseinrichtungen (s. detaillierte Ausführungen unter Ziffer 9 „Referat für Bildung und Sport“). Gleichzeitig vermindert sich die Bezirksumlage von 442 Mio. € um 31 Mio. € auf 411 Mio. €.

Die sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöhen sich um 61 Mio. €, was in der Hauptsache auf die Konzernsteuerumlage der SWM GmbH mit einem Plus von über 52 Mio. € (s. Einzahlungen) zurückzuführen ist.

Den höheren Auszahlungen bei den vorgenannten Positionen steht eine Minderung bei den Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen in Höhe von 45 Mio. € gegenüber. Hier kommen in erster Linie die Effekte der Sondertilgungen vergangener Jahre zum Tragen.

Die größten Veränderungen bei der Gesamtsumme der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in den Teilhaushalten ergeben sich, entsprechend der aufgezeigten Entwicklungen, beim Sozialreferat (+ 107 Mio. €), beim Baureferat (+ 69 Mio. €), beim Referat für Bildung und Sport (+ 52 Mio. €) sowie bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei (- 61 Mio. €).

Die detaillierten Begründungen für die Veränderungen der laufenden Einzahlungen und Auszahlungen sind unter den Ziffern 9 „Entwicklung in den Referaten...“ und 8.2 „Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei“ aufgeführt.

Die Einzahlungen aus **Investitionstätigkeit** (ohne Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit) erhöhen sich um 29 Mio. € auf 587 Mio. €. Hier steht dem Plus bei der Veräußerung von Sachvermögen in Höhe von 143 Mio. € ein Minus bei der Veräußerung von Finanzanlagen (89 Mio. €) sowie bei den Zuweisungen, Beiträgen, Zuschüssen u.a. (25 Mio. €) gegenüber.

Der deutliche Anstieg bei den Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen resultiert im Wesentlichen aus den höheren Verkaufserlösen beim Allgemeinen Grundvermögen (38 Mio. €) und bei der Entwicklungsmaßnahme Funkkaserne (insgesamt

122 Mio. €). Von der Minderung der Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen entfallen 70 Mio. € auf die Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei und 19 Mio. € auf das Planungsreferat/Lokalbaukommission.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit weisen eine Erhöhung um 71 Mio. € auf 1.222 Mio. € aus. Dabei steigen die Auszahlungen für Investitionen (121 Mio. €), den Erwerb von beweglichem Vermögen (19 Mio. €) und die Kapitalrückführung an die SWM GmbH (44 Mio. €; s. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit/ Gewinnausschüttung der SWM GmbH). Dagegen vermindern sich die Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen um 113 Mio. € (davon über 100 Mio. € bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei).

Kreditaufnahmen erfolgten - ebenso wie im Vorjahr - nicht, so dass sich auf Basis der Tilgungsleistungen in Höhe von 60 Mio. € (2013: 393 Mio. €) eine Netto-Entschuldung in gleicher Höhe ergibt. Die Landeshauptstadt München kann sich damit im fünften Jahr in Folge entschulden.

Rein rechnerisch erhöht sich der **Finanzmittelbestand** (s. auch Ziffer 1.1) um 486 Mio. € (Vorjahr 10 Mio. €). Der Endbestand 2014 an liquiden Mitteln auf Bankkonten und Bargeld beträgt - unter Einschluss der in der Gesamtfinauzrechnung noch dargestellten Vorgänge - letztendlich rd. 1.066 Mio. € (Vorjahr: rd. 598 Mio. €). Damit ergibt sich eine Erhöhung gegenüber 2013 um rd. 468 Mio. €.

3.2 Ergebnisrechnung

Der Überschuss im Ergebnishaushalt vermindert sich von 803 Mio. € um 328 Mio. € auf 475 Mio. €. Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH würde sich der Überschuss von 761 Mio. € um 462 Mio. € auf 299 Mio. € vermindern.

Diese Reduzierung (einschließlich interne Leistungsverrechnungen, die bei der Gesamtergebnisrechnung konsolidiert sind) ergibt sich aus den um 443 Mio. € höheren Erträgen, denen jedoch ein Anstieg der Aufwendungen um 771 Mio. € gegenübersteht.

Ohne die Interne Leistungsverrechnung, die gegenüber dem Vorjahr aufwands- und ertragsseitig um jeweils 166 Mio. € zunimmt, errechnet sich eine Ertragserhöhung um 277 Mio. € und ein Aufwandsanstieg um 605 Mio. €.

Die wichtigsten Veränderungen auf der **Ertragsseite** gegenüber 2013 ergeben sich bei folgenden Positionen:

• Steuern und ähnliche Abgaben	- 167 Mio. €
• Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 117 Mio. €
• Sonstige Transfererträge	+ 38 Mio. €
• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+ 66 Mio. €
• Sonstige ordentliche Erträge	+ 175 Mio. €
• Finanzerträge	+ 49 Mio. €

Der deutliche Rückgang bei den Steuern und ähnlichen Abgaben ist in erster Linie der

Entwicklung bei der Gewerbesteuer geschuldet. So vermindern sich die Gewerbesteuererträge von 2.347 Mio. € in 2013 um 237 Mio. € (rd. 10 %) auf 2.110 Mio. €. Die betragsmäßigen Unterschiede zur Finanzrechnung beruhen im Wesentlichen auf der periodengerechten Abgrenzung. Während die Finanzrechnung die tatsächlichen Einzahlungen ausweist, bildet die Ergebnisrechnung die Steuerfestsetzung ab. Der im Jahr 2014 sehr deutliche Unterschied zwischen dem Ergebnis der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung ist maßgeblich auf zwei Großfälle zurückzuführen. Zum einen wurde ein Großfall von Ende des Jahres 2013 Anfang des Jahres 2014 vereinnahmt und zum anderen im Laufe des Jahres 2014 eine größere Nachzahlung vereinnahmt, für die im Jahr der ursprünglichen Sollstellung Aussetzung der Vollziehung gewährt worden war. Eine positive Ertragsentwicklung verzeichnet dagegen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Zuwachs um 59 Mio. € auf 957 Mio. €.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen erfahren eine Zunahme um 117 Mio. €, wobei diese Entwicklung maßgeblich von der um 53 Mio. € höheren Schlüsselzuweisung vom Land geprägt wird. Des Weiteren ergeben sich beim Referat für Bildung und Sport Mehrerträge in Höhe von 38 Mio. € gegenüber 2013, welche insbesondere die Zuweisungen vom Land für Kinderbetreuungseinrichtungen betreffen.

Der in der Gesamtrechnung ausgewiesene Anstieg der Transfererträge um 38 Mio. €, ergibt sich aus der Entwicklung im Teilhaushalt des Sozialreferates, welcher einen Zuwachs in gleicher Höhe ausweist. Ausschlaggebend sind hier die gestiegenen Erstattungen des Bundes im Rahmen der Grundsicherung.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen übersteigen das Vorjahresergebnis um 66 Mio. €. Der Teilhaushalt des Baureferates weist einen Anstieg in nahezu gleicher Höhe aus. Dieser beruht ausschließlich auf der Erstattung der Konzernsteuerumlage der SWM GmbH, welche von 114 Mio. € im Jahr 2013 auf 179 Mio. € im Jahr 2014 ansteigt.

Die sonstigen ordentlichen Erträge steigen um 175 Mio. € an und sind durch die um per Saldo 182 Mio. € höheren Erträge bei den Zentralen Ansätzen bedingt. Diese ergeben sich aus den Mehrerlösen aus Grundstücksveräußerungen sowie höheren Erträgen aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen. Dem steht ein Rückgang bei den Zinsen gemäß § 233 a Abgabenordnung (AO) um 66 Mio. € gegenüber. Weitergehende Erläuterungen sind unter Ziffer 8.2 (Zentrale Ansätze Stadtkämmerei) und Ziffer 9 (Zentrale Ansätze Kommunalreferat) dargestellt. Neben diesen erheblichen Veränderungen bei den Zentralen Ansätzen ergibt sich beim Sozialreferat ein Plus von 17 Mio. €, dem ein Minus beim Referat für Arbeit und Wirtschaft in Höhe von 20 Mio. € gegenüber steht.

Die Aufwandsseite verzeichnet zwar bei sämtlichen Aufwandsarten der Gesamtrechnung Zuwächse, die erhebliche Abweichung gegen dem Vorjahr ist jedoch vorrangig dem Anstieg der sonstigen ordentlichen Aufwendungen zuzurechnen. Im Einzelnen stellen sich die wichtigsten Veränderungen wie folgt dar.

• Personal- und Versorgungsaufwendungen	+ 74 Mio. €
• Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 85 Mio. €
• Transferaufwendungen	+ 31 Mio. €
• Sonstige ordentliche Aufwendungen	+ 393 Mio. €
• Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	+ 17 Mio. €

Insbesondere bedingt durch die stadtweit wirkenden Veränderungen

(Tarif-/Besoldungserhöhung usw.) steigen die Personal- und Versorgungsaufwendungen in fast allen Teilhaushalten gegenüber dem Vorjahr an. Der betragsmäßig größte Anstieg ergibt sich beim Referat für Bildung und Sport mit insgesamt 49 Mio. €. Dagegen weist der Teilhaushalt des Kreisverwaltungsreferates bei den Personalaufwendungen einen Rückgang um 16 Mio. € aus. Dieser ist Folge der im Vergleichsjahr 2013 einmalig angefallenen Abgeltungen früherer Bereitschaftszeiten bei der Feuerwehr.

Den größten Zuwachs bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen weisen das Direktorium mit 26 Mio. € und das Referat für Bildung und Sport mit 24 Mio. € aus (siehe auch Erläuterungen zum Finanzhaushalt). Das Kulturreferat weist eine Steigerung von 10 Mio. € aus.

Die Veränderungen bei den Transferaufwendungen (per Saldo + 31 Mio. €) konzentrieren sich in erster Linie auf das Referat für Bildung und Sport (- 42 Mio. €) und das Sozialreferat (+ 67 Mio. €).

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen ergibt sich per Saldo eine Steigerung um 393 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, die in erster Linie einer Rückstellung für die Städtische Klinikum GmbH in Höhe von 382 Mio. € geschuldet ist (s. Erläuterungen unter Ziffer 9 „Referat für Gesundheit und Umwelt“). Dementsprechend ergibt sich beim Referat für Gesundheit und Umwelt eine Erhöhung um 378 Mio. €. Den um 122 Mio. € höheren sonstigen ordentlichen Aufwendungen bei den Zentralen Ansätzen (Aufwand aus Einzelwertberichtigungen) steht ein Rückgang beim Baureferat in Höhe von 102 Mio. € gegenüber. Der Rückgang im Teilhaushalt des Baureferates ist den Finanzbeziehungen zur SWM GmbH/BgA U-Bahn-Bau geschuldet. Hier vermindert sich der Aufwand für Gewerbesteuer und Körperschaftssteuer aus Vorjahren von 99 Mio. € auf 2 Mio. €.

Die Erhöhung bei den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen um 17 Mio. € resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen. Während im Baureferat ein Anstieg um rd. 45 Mio. € zu verzeichnen ist, welcher aus der Bildung einer Rückstellung für Nachzahlungen von Zinsen und Körperschaftssteuer im Rahmen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH/BgA U-Bahn-Bau resultiert, nehmen die Aufwendungen bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei aufgrund geringerer Zinsaufwendungen um 28 Mio. € ab.

Weitergehende Ausführungen und Übersichten zum Vergleich des Jahresabschlusses 2013 zum Jahresabschluss 2014 sind unter Ziffern 8 und 9 dargestellt.

3.3 Dauernde Leistungsfähigkeit

Im Folgenden wird ein Auszug aus der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit zum Stand Haushaltsplan 2014 dargestellt. Dieser Auszug wurde um das Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 ergänzt.

Wie die Darstellung zeigt, haben sich der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit und das bereinigte Zahlungsergebnis im Jahresabschluss 2014 gegenüber der Planung erheblich verbessert. Der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit übersteigt die Milliardengrenze und liegt über dem Finanzierungsbedarf für das Investitionsvolumen (ohne Erwerb von Finanzanlagen) in Höhe von 1.003 Mio. €.

Ebenso werden im gesamten Betrachtungszeitraum namhafte Überschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgewiesen. Gleiches gilt für das (positive) bereinigte Zahlungsergebnis. Dies ist in erster Linie dem weiterhin positiven Trend auf der Einzahlungsseite geschuldet, wobei hier die Entwicklung der Gewerbesteuer einen maßgeblichen Anteil hat.

**Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit
(§ 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik)**

Bezeichnung	Ergebnis Haushaltsjahr 2013	Ansatz inkl. der Nachträge Haushaltsjahr 2014	Ergebnis Haushaltsjahr 2014	Ansatz Haushaltsjahr 2015	Planung Haushaltsjahr 2016	Planung Haushaltsjahr 2017	Planung Haushaltsjahr 2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	1	2.1	2.2	3	4	5	6
1. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich	996.407	722.956	1.180.908	374.474	516.686	647.447	770.878
1.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit Zweckbindung für bestimmte Auszahlungen (-)	2.255	2.653	3.147	3.879	nicht möglich		
1.2 Bedarfszuweisungen (-)	0	0	0	0	0	0	0
1.3 Ordentliche Tilgung von Krediten (-) zuzüglich	54.422	51.607	51.607	56.643	50.327	46.374	49.049
1.4 Rückflüsse von Ausleihungen (+)	29.648	9.086	11.586	9.134	9.000	9.000	9.000
1.5 Investitionszuschüsse nach § 12 FAG (+)	7.678	13.385	13.385	9.000	8.600	8.600	8.800
2. Bereinigtes Zahlungsergebnis	977.056	691.167	1.151.125	332.086	483.959	618.673	739.629

Auch der Ergebnishaushalt weist seit der Einführung der Doppik bei der Landeshauptstadt München durchweg erhebliche Überschüsse aus. Diese summieren sich mittlerweile auf knapp 4,4 Mrd. €. Ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur SWM GmbH würden die Überschüsse insgesamt rd. 1,5 Mrd. € betragen.

In der vorliegenden Bilanz ist die Ergebnismrücklage zum 31.12.2014 mit rd. 3,9 Mrd. € beziffert, wobei der Überschuss aus 2014 in Höhe von 475 Mio. € hierin noch nicht eingerechnet ist, sondern in der Bilanz zunächst als eigene Position des Eigenkapitals ausgewiesen wird. Die Landeshauptstadt München verfügt somit für den Fall, dass in künftigen Jahren defizitäre Ergebnishaushalte auftreten sollten, über ganz erhebliche Reserven.

Der Überschuss im Jahr 2014 reicht – wie in den Vorjahren - aus, die planmäßigen Abschreibungen abzudecken.

4. Vermögenslage und Entwicklung Eigenkapital

Anlagenintensität

Berechnung	Wert zum 31.12.2014	Wert zum 31.12.2013
$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	90,2 %	92,3 %

Aussagewert:

Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Kommunen müssen naturgemäß ein hohes Anlagevermögen (Straßen, Schulen, Kindergärten) vorhalten und haben damit eine hohe Anlagenintensität.

Bewertung:

Die Anlagenintensität ist im Jahr 2014 trotz eines Zuwachses im Anlagevermögen von 557,2 Mio. € leicht gesunken. Ursache dafür ist der noch stärkere Anstieg der Bilanzsumme um insgesamt ca. 1,1 Mrd. €.

Eigenkapital

Das Vermögen (Eigenkapital) errechnet sich als Differenz zwischen dem Vermögen auf der Aktivseite und den Passivpositionen Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten, passiven Rechnungsabgrenzungen und unselbständigen Stiftungen.

(in €)	12/31/2014		12/31/2014
Anlagevermögen	20,328,992,373	Sonderposten	2,394,086,027
Umlaufvermögen	1,797,633,744	Rückstellungen	5,553,848,040
Rechnungsabgrenzungs-posten	101,035,082	Verbindlichkeiten	2,123,467,247
Unselbständige Stiftungen	308,649,939	Rechnungsabgrenzungs-posten	50,489,398
		Unselbständige Stiftungen	308,649,939
		Passiva ohne Eigenkapital	10,430,540,651
		Differenz Aktiva – Passiva = Eigenkapital	12,105,770,487
Aktiva	22,536,311,138	Passiva	22,536,311,138

Das Eigenkapital beträgt 53,7 % der Bilanzsumme und setzt sich wie folgt zusammen:

(in €)	12/31/2014	12/31/2013
1.1 Allgemeine Rücklage	7,637,629,937	7,643,826,976
1.2 Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen	0	0
1.3 Ergebn isrücklage	3,876,573,344	3,077,053,875
1.4 Verlustvortrag	0	0
1.5 Jahresüberschuss (ohne rechtlich unselbständige Stiftungen)	474,075,375	803,693,129
1.6 Kapital Treuhandvermögen (MGS)	117,491,831	124,184,124
Summe	12,105,770,487	11,648,758,104

Nachrichtlich:

in Bilanzposition 6. Unselbständige Stiftungen enthaltenes Eigenkapital der rechtlich unselbst. Stiftungen davon Jahresergebnis	288.912.657 1.306.522	285.918.348 -899.449
---	---------------------------------	--------------------------------

Veränderungen der Bilanzposition Kapital des Hoheitsbereiches resultieren grundsätzlich aus

- Korrekturen der Eröffnungsbilanz, die sich in einer Veränderung der Bilanzposition „Allgemeine Rücklage“ (vgl. dazu Kapitel F 3.7.1 im Band I des Jahresabschlusses 2014) und ggf. „Ergebn isrücklage“ niederschlagen.
- dem Jahresergebnis der Ergebnisrechnung, das sich in einer Veränderung der Bilanzposition Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag niederschlägt.
- der Ergebnisverwendung des Jahresüberschusses/Jahresfehlbetrages, die sich in einer

Veränderung der Bilanzposition Ergebnismrücklage bzw. Verlustvortrag niederschlägt.

- dem Ausgleich eines Verlustvortrages. Ein Verlustvortrag muss nach drei Jahren ausgeglichen sein. Ansonsten ist er durch die Allgemeine Rücklage auszugleichen.

Die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse der Jahre 2009 bis einschließlich 2011 wurde jeweils in die Ergebnismrücklage eingestellt. Seit dem Jahresabschluss 2012 wird das Jahresergebnis in den Jahresüberschuss/-fehlbetrag eingestellt und erst im Folgejahr nach Beschluss des Stadtrates in die Ergebnismrücklage bzw. den Verlustvortrag umgebucht.

Der Jahresüberschuss 2014 (ohne rechtlich unselbständige Stiftungen) beträgt 474,1 Mio. €.

Die Ergebnismrücklage erhöht sich in 2014 um 799,5 Mio. €.

Für das Treuhandvermögen (MGS) wird seit 2011 aus Transparenzgründen eine eigene Position **Kapital Treuhandvermögen MGS** im Eigenkapitalsspiegel geführt. Das Kapital Treuhandvermögen MGS ist 2014 gegenüber dem Vorjahr um 5,4 % (6,7 Mio. €) gesunken.

Eigenkapitalquote I

Berechnung	Wert zum 31.12.2014	Wert zum 31.12.2013
$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	53,7 %	54,4 %

Eigenkapitalquote II

Berechnung	Wert zum 31.12.2014	Wert zum 31.12.2013
$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{SoPo aus Zuwendungen u. Beiträgen u. ähnl. Entgelten u. für Treuhandverm.}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	63,2	64,0 %

Aussagewert:

Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme.

Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die "Gesundheit" der Kommunalfinanzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz stark durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

Bei der Berechnung der Eigenkapitalquote II werden noch Teile des Sonderpostens dem Eigenkapital hinzuaddiert, da sie nahezu ausschließlich Eigenkapitalcharakter haben. Aufgrund der Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern dürfen die sonstigen Sonderposten (z.B. Ablösung von Stellplatzverpflichtungen und noch nicht verwendete Geldleistungen im Zusammenhang mit der sozialgerechten Bodennutzung) sowie die Sonderposten für den Gebührenaussgleich nicht dem Eigenkapital zugerechnet werden.

Im interkommunalen Vergleich sind die Quoten nur eingeschränkt verwendbar, da das Eigenkapital und die Bilanzsumme in hohem Maße durch die zugrunde liegende Bewertungskonzeption und die Bilanzierungsregeln der Bundesländer beeinflusst werden.

Bewertung:

Das Eigenkapital hat sich erhöht (+ 457,0 Mio. €). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf das erneut gute Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (211,1 Mio. €, Vorjahr 568,7 Mio. €) und des positiven Finanzergebnisses (264,3 Mio. €, Vorjahr: 233,1 Mio. €) zurückzuführen. Das bessere Finanzergebnis ist im Wesentlichen auf eine höhere Gewinnabführung durch die Stadtwerke München GmbH zurückzuführen (43,9 Mio. € mehr als im Vorjahr), wovon aber aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages nur 100 Mio. € bei der LHM verbleiben. Der Rest wird als Beteiligungswerterhöhung wieder an die Stadtwerke München GmbH ausgereicht. Weitere Positionen, die zu einer Veränderung des Eigenkapitals führen, sind: Korrekturbuchungen zur Eröffnungsbilanz (- rund 6,2 Mio. €) sowie Verringerung des Treuhandvermögens MGS (- rund 6,7 Mio. €) aufgrund eines erwirtschafteten Jahresfehlbetrages. Die Eigenkapitalquote I ist auf 53,7 % (Vorjahr 54,4 %) und die Eigenkapitalquote II ist auf 63,2 % (Vorjahr: 64 %) gesunken. Obwohl das Eigenkapital und die Sonderposten sich gegenüber dem Vorjahr erhöht haben, hat sich die Eigenkapitalquote leicht verschlechtert. Die Bilanzsumme ist im Vergleich zur Entwicklung des Eigenkapitals überproportional angestiegen.

Fremdkapitalquote

Berechnung	Wert zum 31.12.2014	Wert zum 31.12.2013
Fremdkapital		
Bilanzsumme	34,1 %	33,3 %

Aussagewert:

Das Fremdkapital umfasst die Bilanzpositionen Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Die Fremdkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist und zu wie viel Prozent die Aktiva fremdfinanziert ist.

Besonders interessant ist diese Kennzahl für eine Analyse im Zeitablauf.

Bewertung:

Die Fremdkapitalquote ist entsprechend dem Rückgang der Eigenkapitalquoten I und II gestiegen. Die Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 85,5 Mio. € erhöht. Hier konnten zwar die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen um 61,3 Mio. € reduziert werden, was sich positiv auf die Kennzahl ausgewirkt hat. Der Rückgang in dieser Position ist größtenteils auf die erfolgte Nettoentschuldung in Höhe von rund 60 Mio. € zurückzuführen. Zudem wurden Förderdarlehen i.H.v. 1,3 Mio. € in Zuschüsse umgewandelt. Negativ auf die Kennzahl hat sich aber der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten um 131,5 Mio. € ausgewirkt. Der Anstieg resultiert aus der Verpflichtung der Weiterleitung der vom Finanzamt erstatteten Abzugssteuern in Höhe von 179,2 Mio. € aus KapEst für den Veranlagungszeitraum 2006/2007 an die Stadtwerke München GmbH, weil die Stadtwerke diesen Betrag ursprünglich an das Finanzamt bezahlt hatten.

Die Rückstellungen lagen zum Bilanzstichtag 459,8 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Die Steigerung betrifft im Wesentlichen die gebildete Rückstellung für das Städtische Klinikum GmbH in Höhe von 382,0 Mio. €. Die Mittel sollen bei Liquiditätspässen des Klinikums ausbezahlt werden.

Andere wesentliche Posten der Vermögensrechnung sind im Band 1 des Jahresabschlusses 2014 dargestellt.

5. Mittelfristige Finanzplanung, Chancen und Risiken

Einzelentwicklung

Die Landeshauptstadt München hat in ihrer Mittelfristigen Finanzplanung 2014 – 2018 ihre gesamten finanziellen Möglichkeiten und Bedarfe so ausbalanciert, dass neben der dauerhaften, ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung und Bewältigung neuer Anforderungen (beispielsweise Schulbauoffensive und verstärkter Ausbau der Kinderbetreuung) ein Anteil der konjunkturell bedingten Mehreinnahmen 2014 zur weiteren Verringerung der Verschuldung verwendet wurde.

Der Schuldenstand zum Jahresende 2014 konnte um weitere 60 Mio. € auf 906 Mio. € zurückgeführt werden. Gegenüber dem Schuldenhöchststand Ende 2005 in Höhe von 3.414 Mio. € ist dies eine Reduzierung um rund 73 Prozent. Dementsprechend errechnet sich eine Pro-Kopf-Verschuldung von 614 €, dem niedrigsten Stand seit 1982. Die dadurch eingesparten Zinsauszahlungen verbessern die Finanzsituation und damit auch den Handlungsspielraum.

Die Mittelfristige Finanzplanung 2014 - 2018 mit dem ihr zugrunde liegenden aktuellen Mehrjahresinvestitionsprogramm stellt eine Momentaufnahme mit stabiler Struktur dar, zumal die Entschuldung seit 2010 zu spürbaren Entlastungen in kommenden Jahren führt. Die aktuelle Mittelfristige Finanzplanung belegt für den Planungszeitraum 2014 - 2018, dass die Aufgabenerledigung mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen bewältigt werden kann. Bei unveränderten Rahmenbedingungen ist die dauernde Leistungsfähigkeit nicht gefährdet. Gegenwärtig könnten, allerdings immer unter Einsatz liquider Eigenmittel, auch leichtere konjunkturelle Schwankungen oder zusätzliche Auszahlungen ausgeglichen werden.

Die Entscheidung des Bundes für die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist ein bedeutsamer Schritt in die von den Spitzenverbänden nachdrücklich geforderte gemeinsame Finanzierung bedeutsamer Aufgaben zur Entlastung der Kommunen. Im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes sollen die Kommunen im Umfang von 5 Mrd. € jährlich bei der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits im Vorgriff darauf wird der Bund in den Jahren 2015 bis 2017 die Kommunen in Höhe von 1 Mrd. € pro Jahr entlasten.

Letztlich sind alle Prognosen risikobehaftet. Besorgniserregend sind, trotz Rettungsaktionen, die nach wie vor anhaltende Finanzierungskrise in einer Reihe von Eurostaaten, die nach wie vor negativen Einflüsse der schwachen Weltwirtschaft sowie die Krisensituation in der Ukraine. Eine Gefahr für die weitere Entwicklung der Konjunktur und damit mögliche negative Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen bei der Landeshauptstadt München ist deshalb weiterhin gegeben. Dies zeigt sich deutlich darin, dass diese Position (netto) rund 41 % im Planungszeitraum der Gesamteinzahlungen abdeckt. Da nicht mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass das prognostizierte Einzahlungsniveau über den gesamten Programmzeitraum tatsächlich erreicht wird, hat jeder Rückgang negative Folgen für den Finanzmittelbestand und damit die Finanzierung.

Zu berücksichtigen ist hierbei, dass viele kommunale Tätigkeiten Pflichtaufgaben darstellen und damit die Auszahlungen wenig beeinflusst werden können. Vorrangig sind die Entwicklungen im Transferbereich zu nennen. Mit dem hier stetig anwachsenden Finanzbedarf für Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe können selbst die höheren Einnahmeerwartungen nicht Schritt halten. Auch die für das Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020 für die Kinderbildung und -betreuung geforderten Mehrbedarfe werden die aktuellen Prognosen für die investiven Auszahlungen deutlich ansteigen lassen. Ergänzt wird dieses Szenario noch durch eine Reihe von Beschlüssen des Stadtrates, die den Bereich der freiwilligen Leistungen ausbauen und dadurch den städtischen Haushalt dauerhaft belasten.

Auch in den nächsten Jahren wird die deutliche Zunahme der Bevölkerung hohe Investitionen in die Infrastruktur erfordern. Weitere finanzielle Belastungen werden dabei wohl unvermeidbar sein.

Ferner ist auf die in der Bekanntmachung über „Große Vorhaben in kommenden Jahren“ (FA vom 21.10.2014/VV vom 22.10.2014) dargestellten zusätzlichen Investitionen, die in den Planwerken

noch nicht enthalten sind, hinzuweisen. Diese von den Referaten und der Politik genannten Bedarfe und Anforderungen würden sich zu einem Gesamtvolumen von über 11,9 Mrd. € summieren und zusätzlich jährliche Folgekosten zwischen 150 und 200 Mio. € auslösen. Eine Finanzierung der Maßnahmen ohne Neuverschuldung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt selbst in Teilbereichen nicht möglich.

Die Mittelfristige Finanzplanung 2014 - 2018 zeigt derzeit auch bei Abwägung von Chancen und Risiken, dass die derzeit zu erfüllenden Aufgaben aus dem prognostizierten Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem maßvollen Einsatz des Finanzmittelbestandes zu finanzieren sind. Die Aufnahme neuer Schulden ist derzeit nicht erforderlich.

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick

Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion zuversichtlich davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft 2015 auf einem soliden Wachstumskurs befindet. Als eine tragende Säule wird der Privatkonsum gesehen. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Vergleich zu den Erwartungen vom Frühjahr merklich eingetrübt. Die schwache Weltwirtschaft dämpft die deutsche Konjunktur. Auf breiter Front haben sich die Stimmungsindikatoren eingetrübt. Die geopolitischen Konflikte drücken außerdem auf die Stimmung von Unternehmern und Verbrauchern. Hinzu kommt die schleppende Erholung im Euroraum mit negativen Effekten auf die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen deutscher Unternehmen.

Gleichwohl sind viele Fundamentalfaktoren der deutschen Wirtschaft unverändert gut. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die grundsätzlich soliden öffentlichen Haushalte, der robuste Arbeitsmarkt, die stabilen Preise und anregend niedrige Zinsen sprechen dafür, dass sich die Auftriebskräfte wieder stärker durchsetzen, sobald die Verunsicherung nachlässt.

Vor diesem Hintergrund geht die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion 2015 davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2015 um 1,8 % anwachsen wird und sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % erhöht.

Im Einzelnen ist für 2014 und 2015 von folgenden, für die weitere Entwicklung bedeutsamen volkswirtschaftlichen Daten auszugehen (Stand: Februar 2015):

	2014	2015
Arbeitslosenquote	6.7%	6.6%
Verbraucherpreise	0.9%	0.5%
Exporte	3.9%	4.7%
Wachstumsprognose (reales BIP)	1.6%	1.8%

6. Nachbericht

Im Rechenschaftsbericht sind, entsprechend den Vorgaben der KommHV-Doppik, auch Sachverhalte darzustellen, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, wenn sie bedeutenden Einfluss auf den kommenden Jahresabschluss nehmen können.

Auf die entsprechenden Ausführungen der Referate zum Nachbericht unter Ziffer 9 wird verwiesen.

Weitere bereits feststehende Sachverhalte mit bedeutendem Einfluss auf den kommenden Jahresabschluss liegen aus gesamtstädtischer Sicht nicht vor. Auf die zuvor dargestellten

Prognosen bzw. Rahmenbedingungen für die künftigen Haushalte sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken wird jedoch in diesem Zusammenhang hingewiesen.

7. Gesamtstädtische Zielerreichung 2014

Anzahl der Ziele

Für das Berichtsjahr 2014 ist festzustellen, dass die Anzahl der Stadtratsziele gegenüber 2010 deutlich gesunken ist. Aus gesamtstädtischer Sicht ist diese Entwicklung zu begrüßen, da nur mit einer überschaubaren Anzahl an Stadtratszielen transparent Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können. Einem Stadtratsziel werden dadurch nun durchschnittlich ca. 4 Handlungsziele zugeordnet.

Die Anzahl der Ziele erhöhte sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 31 auf insgesamt 585 Ziele. Die Erhöhung (rd. 5,6 %) ist auf die Erhöhung der Anzahl der Handlungsziele zurückzuführen.

Anzahl Ziele

	2010	2011	2012	2013	2014	Abweichung 2013/2014
Stadtratsziele	144	131	128	112	115	2,7%
Referatsziele	59	73	66	57	48	-15,8%
Handlungsziele	377	356	395	385	422	9,6%
Gesamt	580	560	589	554	585	5,6%

Zielerreichung

Die Zielerreichung ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen gleich geblieben. Gegenüber 2013 (42,8%) wurden in 2014 43,7% der Ziele vollständig erreicht. Dies stellt eine Erhöhung um rd. 1%-Punkt dar. Insgesamt haben 2014 rd. 87,5% der Ziele einen Zielerreichungsgrad von mehr als 59%.

Zielerreichungsgrade der Stadtratsziele

Zielerreichung	Anzahl 2014	(Prozentanteil an allen vorgelegten Zielerreichungen 2013)	Prozentanteil an allen vorgelegten Zielerreichungen 2014
0 bis 19 Prozent	2	3,6%	1,8%
20 bis 39 Prozent	4	3,6%	3,6%
40 bis 59 Prozent	8	7,1%	7,1%
60 bis 79 Prozent	26	15,2%	23,2%
80 bis 99 Prozent	23	27,7%	20,6%
100 Prozent	49	42,8%	43,7%
Gesamt	112	100.0%	100.0%

Die Verteilung der Gründe für die Nichterreichung veränderten sich gegenüber dem Vorjahr.

Besondere Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung können nicht interpretiert werden, da bei

allen Begründungen prozentuale Veränderungen (Verringerung oder Erhöhung des Anteils) stattgefunden haben.

Begründungen bei nicht vollständig erreichten Zielen (Mehrfachnennung möglich)

Begründungen	Anzahl der Begründungen 2014	(Prozentanteil aller abgegebenen Begründungen 2013)	Prozentanteil aller abgegebenen Begründungen 2014
fehlende Ressourcen	22	26,5%	19,9%
umfangreiche Vorarbeiten und/oder Änderung der Rahmenbedingungen	7	10,9%	6,3%
Externe (Mitwirkung Dritter außerhalb der LHM)“	9	14,1%	8,1%
Abstimmungsverfahren (Mitwirkung Dritter innerhalb der LHM)	18	14,1%	16,2%
zusätzliche Verfahren notwendig	18	1,6%	16,2%
Zielerfüllung über mehrere Jahre	15	31,2%	13,5%
Sonstiges	22	1,6%	19,8%
Gesamt	** Expression is faulty **	100.0%	100.0%

8. Entwicklung der Zentralen Ansätze

8.1 Zentrale Ansätze gesamt

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Zentralen Ansätze in 2014

Vorbemerkung:

Die Entwicklung der Zentralen Ansätze der Referate ist bei den jeweiligen Referatsbereichen dargestellt; es können sich insoweit geringfügige rundungsbedingte Abweichungen bei einer Aufsummierung aller Zentralen Bereiche ergeben.

Die nachfolgenden Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen (vgl. Ziffer 8.2) beziehen sich nur auf die Entwicklung der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei.

Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung bei den zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei

Der Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei ist Bestandteil der Referatsaufgaben der Stadtkämmerei. Insoweit wird auf die entsprechenden Erläuterungen beim Referatsteil der Stadtkämmerei (vgl. Ziffer 9 "Entwicklung in den Referaten")

verwiesen.

Teilfinanzhaushalt Zentrale Ansätze gesamt - Buchungskreis 0099

Entwicklung von 2013 auf 2014

Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten			Entwicklung von 2013 auf 2014			
			Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1		Steuern und ähnliche Abgaben	3.615.204.382	3.753.406.290	+138.201.908	+3,82%
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	328.767.985	394.366.878	+65.598.893	+19,95%
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	28.812.942	30.580.344	+1.767.402	+6,13%
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	24.630.424	26.590.134	+1.959.710	+7,96%
7	+	Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	84.266.423	54.171.102	-30.095.321	-35,71%
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	23.735.704	20.381.842	-3.353.862	-14,13%
S1	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	4.105.417.860	4.279.496.590	+174.078.730	+4,24%
9	-	Personalauszahlungen	32.103.825	25.487.084	-6.616.741	-20,61%
10	-	Versorgungsauszahlungen	314.727.498	319.302.616	+4.575.118	+1,45%
11	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.344.378	14.173.711	+3.829.333	+37,02%
12	-	Transferauszahlungen	754.368.831	741.105.205	-13.263.626	-1,76%
13	-	Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.191.071	48.468.169	-6.722.902	-12,18%
14	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	82.154.722	36.684.391	-45.470.331	-55,35%
S2	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.248.890.325	1.185.221.176	-63.669.149	-5,10%
S3	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	2.856.527.535	3.094.275.414	+237.747.879	+8,32%
15	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	5.401.200	3.345.740	-2.055.460	-38,06%
16	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	2.574.393	8.077.157	+5.502.764	+213,75%
17	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	113.739.566	263.749.425	+150.009.859	+131,89%
18	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	270.364.372	200.220.313	-70.144.059	-25,94%
19	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	155.006	162.387	+7.381	+4,76%
S4	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	392.234.537	475.555.022	+83.320.485	+21,24%
20	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	106.351.757	89.267.985	-17.083.772	-16,06%
21	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	168.981	58.674.511	+58.505.530	+34622,55%
22	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.182.196	43.966.716	+19.784.520	+81,81%
23	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	303.266.788	198.854.485	-104.412.303	-34,43%
24	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	3.016.306	37.921.999	+34.905.693	+1157,23%
25	-	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	173.000	169.450	-3.550	-2,05%
S5	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	437.159.028	428.855.146	-8.303.882	-1,90%
S6	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-44.924.491	46.699.876	+91.624.367	-203,95%
S7	=	Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	2.811.603.044	3.140.975.290	+329.372.246	+11,71%
26a	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+	Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	=	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	392.991.494	59.999.071	-332.992.423	-84,73%
27b	-	Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	=	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	392.991.494	59.999.071	-332.992.423	-84,73%
S10	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	-392.991.494	-59.999.071	+332.992.423	-84,73%
S11	=	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	2.418.611.550	3.080.976.219	+662.364.669	+27,39%
28	+	Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	-	Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	=	Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	-	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+	Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	18.155.873	29.771.714	+11.615.841	+63,98%
33	-	Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	11.880.200	784.332	-11.095.868	-93,40%
S13	=	Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	6.275.673	28.987.382	+22.711.709	+361,90%
34	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln				-%
S14	=	Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	2.424.887.223	3.109.963.601	+685.076.378	+28,25%
35	+	Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				-%
S15	=	Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	2.424.887.223	3.109.963.601	+685.076.378	+28,25%

Entwicklung im Berichtsjahr 2014

Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.392.300.000	3.412.300.000	3.753.406.290	+341.106.290	+10,00%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	366.021.600	391.606.600	394.366.878	+2.760.278	+0,70%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	23.011.800	23.011.800	30.580.344	+7.568.544	+32,89%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.859.200	21.859.200	26.590.134	+4.730.934	+21,64%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.605.600	23.825.600	54.171.102	+30.345.502	+127,37%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	17.981.600	19.981.600	20.381.842	+400.242	+2,00%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	3.844.779.800	3.892.584.800	4.279.496.590	+386.911.790	+9,94%
9	- Personalauszahlungen	93.834.900	39.511.800	25.487.084	-14.024.716	-35,50%
10	- Versorgungsauszahlungen	305.094.300	305.094.300	319.302.616	+14.208.316	+4,66%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.316.700	12.720.200	14.173.711	+1.453.511	+11,43%
12	- Transferauszahlungen	704.000.000	693.081.000	741.105.205	+48.024.205	+6,93%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	65.030.100	71.616.100	48.468.169	-23.147.931	-32,32%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	37.725.000	37.055.000	36.684.391	-370.609	-1,00%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.217.001.000	1.159.078.400	1.185.221.176	+26.142.776	+2,26%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	2.627.778.800	2.733.506.400	3.094.275.414	+360.769.014	+13,20%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.619.700	3.931.100	3.345.740	-585.360	-14,89%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	8.407.200	8.077.157	-330.043	-3,93%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	212.000.000	227.784.000	263.749.425	+35.965.425	+15,79%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	208.735.000	208.735.000	200.220.313	-8.514.687	-4,08%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	63.500	63.500	162.387	+98.887	+155,73%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	423.418.200	448.920.800	475.555.022	+26.634.222	+5,93%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	54.500.000	143.857.400	89.267.985	-54.589.415	-37,95%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	50.000	63.272.800	58.674.511	-4.598.289	-7,27%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.000.000	31.887.100	43.966.716	+12.079.616	+37,88%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	184.345.000	184.345.000	198.854.485	+14.509.485	+7,87%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	12.000.000	39.530.700	37.921.999	-1.608.701	-4,07%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	169.450	+169.450	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	260.895.000	462.893.000	428.855.146	-34.037.854	-7,35%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	162.523.200	-13.972.200	46.699.876	+60.672.076	+434,23%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	2.790.302.000	2.719.534.200	3.140.975.290	+421.441.090	+15,50%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	60.000.000	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	60.000.000	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	60.000.000	60.000.000	59.999.071	-929	0,00%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	60.000.000	60.000.000	59.999.071	-929	0,00%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	-60.000.000	-59.999.071	+929	0,00%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	2.790.302.000	2.659.534.200	3.080.976.219	+421.442.019	+15,85%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven			0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven			0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten			0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten			0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten			29.771.714	+29.771.714	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten			784.332	+784.332	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	28.987.382	+28.987.382	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln				0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	2.790.302.000	2.659.534.200	3.109.963.601	+450.429.401	+16,94%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	2.790.302.000	2.659.534.200	3.109.963.601	+450.429.401	+16,94%

Teilergebnishaushalt Zentrale Ansätze gesamt - Buchungskreis 0099

Entwicklung von 2013 auf 2014

Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.701.900.997	3.535.229.669	-166.671.328	-4,50%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	325.609.904	398.230.069	+72.620.165	+22,30%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	1.609.291	+1.609.291	-%
5	+ Auflösung von Sonderposten	30.498	30.498	0	0,00%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.365.081	34.341.345	+3.976.264	+13,09%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	24.607.408	27.914.979	+3.307.571	+13,44%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	317.187.110	498.998.492	+181.811.382	+57,32%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	4.399.700.998	4.496.354.343	+96.653.345	+2,20%
11	- Personalaufwendungen	11.692.585	13.124.859	+1.432.274	+12,25%
12	- Versorgungsaufwendungen	39.209.927	40.111.699	+901.772	+2,30%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.580.368	17.186.030	+7.605.662	+79,39%
14	- Planmäßige Abschreibungen	13.667.368	13.725.420	+58.052	+0,42%
15	- Transferaufwendungen	730.585.035	739.045.156	+8.460.121	+1,16%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	104.925.078	226.750.388	+121.825.310	+116,11%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	909.660.361	1.049.943.552	+140.283.191	+15,42%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S 2)	3.490.040.637	3.446.410.791	-43.629.846	-1,25%
17	+ Finanzerträge	22.391.721	18.593.410	-3.798.311	-16,96%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	63.598.388	36.003.280	-27.595.108	-43,39%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	-41.206.667	-17.409.870	+23.796.797	-57,75%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	3.448.833.970	3.429.000.921	-19.833.049	-0,58%
19	+ Außerordentliche Erträge	927.048	111	-926.937	-99,99%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	927.048	111	-926.937	-99,99%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	3.449.761.018	3.429.001.032	-20.759.986	-0,60%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	536.076.204	573.526.150	+37.449.946	+6,99%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.351.883	78.456.124	+73.104.241	+1365,95%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	3.980.485.339	3.924.071.058	-56.414.281	-1,42%

Entwicklung im Berichtsjahr 2014

Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.392.300.000	3.412.300.000	3.535.229.669	+122.929.669	+3,60%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	366.021.600	391.606.600	398.230.069	+6.623.469	+1,69%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	1.609.291	+1.609.291	-%
5	+ Auflösung von Sonderposten	30.500	30.500	30.498	-2	-0,01%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	23.214.400	23.214.400	34.341.345	+11.126.945	+47,93%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.825.100	21.825.100	27.914.979	+6.089.879	+27,90%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	43.432.500	45.226.500	498.998.492	+453.771.992	+1003,33%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	3.846.824.100	3.894.203.100	4.496.354.343	+602.151.243	+15,46%
11	- Personalaufwendungen	93.834.800	39.511.700	13.124.859	-26.386.841	-66,78%
12	- Versorgungsaufwendungen	4.797.800	117.809.800	40.111.699	-77.698.101	-65,95%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.365.400	12.765.400	17.186.030	+4.420.630	+34,63%
14	- Planmäßige Abschreibungen	8.067.300	8.067.300	13.725.420	+5.658.120	+70,14%
15	- Transferaufwendungen	704.000.000	693.081.000	739.045.156	+45.964.156	+6,63%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.202.800	77.792.300	226.750.388	+148.958.088	+191,48%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	893.268.100	949.027.500	1.049.943.552	+100.916.052	+10,63%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	2.953.556.000	2.945.175.600	3.446.410.791	+501.235.191	+17,02%
17	+ Finanzerträge	17.981.600	19.981.600	18.593.410	-1.388.190	-6,95%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	38.165.000	36.565.000	36.003.280	-561.720	-1,54%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	-20.183.400	-16.583.400	-17.409.870	-826.470	+4,98%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	2.933.372.600	2.928.592.200	3.429.000.921	+500.408.721	+17,09%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	111	+111	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	111	+111	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	2.933.372.600	2.928.592.200	3.429.001.032	+500.408.832	+17,09%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	543.815.600	552.321.400	573.526.150	+21.204.750	+3,84%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	72.108.900	72.108.900	78.456.124	+6.347.224	+8,80%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	3.405.079.300	3.408.804.700	3.924.071.058	+515.266.358	+15,12%

8.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei

Teilfinanzhaushalt Zentrale Ansätze der Stadtkämmerei

Entwicklung von 2013 auf 2014

Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.615.204.382	3.753.406.290	+138.201.908	+3,82%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	328.221.620	394.166.881	+65.945.261	+20,09%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.002.882	1.436.076	-1.566.806	-52,18%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.774	0	-2.774	-100,00%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	84.006.746	47.591.915	-36.414.831	-43,35%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	23.730.846	20.381.842	-3.349.004	-14,11%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	4.054.169.250	4.216.983.004	+162.813.754	+4,02%
9	- Personalauszahlungen	0	0	0	-%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	-%
12	- Transferauszahlungen	754.368.831	741.105.205	-13.263.626	-1,76%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.976.581	6.530.468	-1.446.113	-18,13%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	82.154.722	36.684.391	-45.470.331	-55,35%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	844.500.134	784.320.064	-60.180.070	-7,13%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	3.209.669.116	3.432.662.940	+222.993.824	+6,95%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	270.364.372	200.220.313	-70.144.059	-25,94%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	270.364.372	200.220.313	-70.144.059	-25,94%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	303.266.788	198.854.485	-104.412.303	-34,43%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	303.266.788	198.854.485	-104.412.303	-34,43%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-32.902.416	1.365.828	+34.268.244	-104,15%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	3.176.766.700	3.434.028.768	+257.262.068	+8,10%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	392.991.494	59.999.071	-332.992.423	-84,73%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	392.991.494	59.999.071	-332.992.423	-84,73%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	-392.991.494	-59.999.071	+332.992.423	-84,73%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	2.783.775.206	3.374.029.697	+590.254.491	+21,20%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	18.158.403	29.771.959	+11.613.556	+63,96%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	11.880.200	784.332	-11.095.868	-93,40%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	6.278.203	28.987.627	+22.709.424	+361,72%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	2.790.053.409	3.403.017.324	+612.963.915	+21,97%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	2.790.053.409	3.403.017.324	+612.963.915	+21,97%

Entwicklung im Berichtsjahr 2014

Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.392.300.000	3.412.300.000	3.753.406.290	+341.106.290	+10,00%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	365.150.000	390.735.000	394.166.881	+3.431.881	+0,88%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.345.300	1.345.300	1.436.076	+90.776	+6,75%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	-%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.402.000	23.622.000	47.591.915	+23.969.915	+101,47%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	17.975.000	19.975.000	20.381.842	+406.842	+2,04%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	3.800.172.300	3.847.977.300	4.216.983.004	+369.005.704	+9,59%
9	- Personalauszahlungen	0	0	0	0	-%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0	-%
12	- Transferauszahlungen	704.000.000	693.081.000	741.105.205	+48.024.205	+6,93%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.183.000	8.653.000	6.530.468	-2.122.532	-24,53%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	37.725.000	36.855.000	36.684.391	-170.609	-0,46%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	751.908.000	738.589.000	784.320.064	+45.731.064	+6,19%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	3.048.264.300	3.109.388.300	3.432.662.940	+323.274.640	+10,40%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	208.735.000	208.735.000	200.220.313	-8.514.687	-4,08%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	208.735.000	208.735.000	200.220.313	-8.514.687	-4,08%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	-%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	184.345.000	184.345.000	198.854.485	+14.509.485	+7,87%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	184.345.000	184.345.000	198.854.485	+14.509.485	+7,87%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	24.390.000	24.390.000	1.365.828	-23.024.172	-94,40%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	3.072.654.300	3.133.778.300	3.434.028.768	+300.250.468	+9,58%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	60.000.000	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	60.000.000	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	60.000.000	60.000.000	59.999.071	-929	0,00%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	60.000.000	60.000.000	59.999.071	-929	0,00%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	-60.000.000	-59.999.071	+929	0,00%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	3.072.654.300	3.073.778.300	3.374.029.697	+300.251.397	+9,77%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven			0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven			0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten			0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten			0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten			29.771.959	+29.771.959	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten			784.332	+784.332	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	28.987.627	+28.987.627	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln				0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	3.072.654.300	3.073.778.300	3.403.017.324	+329.239.024	+10,71%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	3.072.654.300	3.073.778.300	3.403.017.324	+329.239.024	+10,71%

Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei (inkl. Abweichung des Jahresergebnisses zu den Haushaltsplanansätzen sowie Abweichungen im Vergleich zum Vorjahr)

Einzahlungen / Erträge

Vorbemerkung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat zum Jahresende 2014 wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Für das gesamte Jahr 2014 ergibt sich nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 1,6 % (preis- und kalenderbereinigt), der sogar noch etwas höher ausgefallen ist, als das im Januar veröffentlichte vorläufige Ergebnis von 1,5 %. Ausgehend von den jeweiligen Veränderungen im Vergleich zum Vorquartal hat sich im Jahresverlauf nach einem schwungvollen Auftakt zum Jahresanfang (+ 0,8 % im ersten Quartal) und einer Schwächephase im Sommerhalbjahr 2014 (- 0,1 % im zweiten und + 0,1 % im dritten Quartal) die konjunkturelle Lage zum Ende des Jahres (+ 0,7 % im vierten Quartal) deutlich stabilisiert. Positive Impulse kamen dabei vor allem von einer starken Inlandsnachfrage. Die Vorhersagen für das Wirtschaftswachstum 2015 schwanken teilweise noch sehr stark. In der Grundtendenz wird jedoch davon ausgegangen, dass es auch weiterhin zu einer konjunkturellen Expansion kommen wird. Wichtige Wachstumsimpulse werden von den Konsumausgaben sowie von den privaten Wohnungsbauausgaben erwartet. Zudem wird damit gerechnet, dass der deutsche Export begünstigt durch den schwächeren Euro verstärkt zulegen wird. Auch im Euroraum wird von einer moderaten Entwicklung ausgegangen. Ebenso soll auch die Weltwirtschaft im Jahr 2015 wieder etwas stärker expandieren.

Die städtischen Steuereinnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer sowie den Gemeindeanteilen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer einschl. Familienleistungsausgleich übertrafen mit einer Summe mit 3,83 Mrd. € ihr Vorjahresergebnis von 3,68 Mrd. € um rund 150 Mio. € bzw. rund 4 %. Das schon in den Vorjahren sehr hohe Niveau der städtischen Steuereinnahmen wurde damit nicht nur gehalten sondern sogar weiter gesteigert. Beeinflusst wurde dieses positive Ergebnis jedoch auch dieses Mal wieder durch einzelne Sondereffekte bei der Gewerbesteuer und einer robusten Steigerung der Einnahmen aus den Gemeindeanteilen, insbesondere dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Gewerbesteuer

Die Entwicklung der Gewerbesteuer (Ist-Finanzrechnung 2013: 2.271 Mio. €, Ist-Ergebnisrechnung 2013: 2.347 Mio. €) lag im Berichtsjahr 2014 mit einem Ist in der Finanzrechnung von 2.329,0 Mio. € um 2,6 % über dem Vorjahresniveau bzw. liegt das Ist in der Ergebnisrechnung von 2.109,7 Mio. € um 10,1 % unter dem Vorjahresergebnis. Der Planansatz der Gewerbesteuer von 2.000 Mio. € wurde in der Finanzrechnung um 16,5 % und in der Ergebnisrechnung um 5,5 % übertroffen.

Die unterschiedlichen Ergebnisse zwischen Finanzrechnung und Ergebnisrechnung haben ihre Ursache in den gesetzlich vorgegebenen Abläufen zwischen der Steuerfestsetzung und der anschließenden Einnahmerealisation. Die jeweiligen Steuerfestsetzungen (Soll-Stellungen) des betreffenden Jahres spiegeln sich in der Ergebnisrechnung wider, während die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Jahres in der Finanzrechnung erfasst werden. Zeitliche Verschiebungen bei der Realisation von Steueransprüchen können sich aus den unterschiedlichsten Gründen ergeben. Zu erwähnen sind insbesondere Steuerfälligkeiten im Folgejahr, Säumnis der Steuerpflichtigen aber auch Vorgänge der Stundung sowie Aussetzung der Vollziehung. Der im Jahr

2014 sehr deutliche Unterschied zwischen dem Ergebnis der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung ist maßgeblich auf zwei Großfälle zurückzuführen. Zum Einen wurde das Aufkommen der Gewerbesteuer 2014 schon dadurch begünstigt, dass der Großfall von Ende des Jahres 2013 Anfang des Jahres 2014 vereinnahmt werden konnte und zum Anderen dadurch verstärkt wurde, dass im Laufe des Jahres 2014 eine größere Nachzahlung vereinnahmt werden konnte, für den im Jahr der ursprünglichen Sollstellung Aussetzung der Vollziehung gewährt worden war.

Das Jahresvorauszahlungssoll der Gewerbesteuer entwickelte sich im Jahr 2014 ausgehend von einem Stand zum Jahresanfang von 1.534 Mio. € nahezu kontinuierlich auf einen Stand zum Jahresende von 1.747 Mio. € fort (+ 13,8 %). Bereits im Monat Oktober des Jahres 2014 überschritt der Sollwert der Vorauszahlungen erstmalig die Marke von 1.700 Mio. € und konnte anschließend auch über dieser Höchstmarke gehalten werden. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahresendstand betrug 15,6 %. Die herausragende Entwicklung des Jahresvorauszahlungssolls setzt sich mit einem Zwischenstand Ende März 2015 von 1.755 Mio. € auch noch im Jahr 2015 fort. Das bisherige Maximum des Jahresvorauszahlungssolls von 1.749,9 Mio. € (Zwischenstand Ende November 2014) wird damit aktuell sogar noch leicht übertroffen.

Die Entwicklung des Saldos aus Nachzahlungen und Erstattungen, für auch bereits weiter zurückliegende Veranlagungszeiträume, ist im Jahr 2014 durch eine Reihe von größeren Erstattungsfällen mit einer Summe von über 350 Mio. € aber auch einer Reihe von größeren Nachzahlungsfällen mit einer Summe von rd. 270 Mio. € geprägt. In welche Richtung das Ergebnis tendieren würde, blieb bis zum Ende des Jahres spannend. Wenn letztlich auch mit einem Jahreswert von 376,4 Mio. € ein durchaus noch ansehnlicher Wert aus Nachzahlungen und Erstattungen erreicht wurde, so ist nicht zu verkennen, dass es sich im Vergleich mit den Vorjahresergebnissen damit immer noch um das schlechteste Ergebnis seit über 10 Jahren handelt. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Nachholungsergebnisse der letzten 10 Jahre von rd. 500 Mio. € p.a. unterschritt das Jahresergebnis 2014 diesen Wert um rd. 26 %. Noch drastischer fällt das Ergebnis im unmittelbaren Vergleich mit dem Vorjahreswert von 846,8 Mio. € aus, das allerdings zugleich auch die bisherige Bestmarke darstellt. Hier errechnet sich ein Rückgang von 56 %.

Für die Zukunft ist weiterhin fraglich, ob die städtischen Gewerbesteuereinnahmen auf ihrem sehr hohen Niveau gehalten werden können. Auch wenn angesichts des günstigen Konjunkturbildes nichts darauf hindeutet, dass die Gewerbesteuereinnahmen drastisch einbrechen könnten, so ist doch darauf hinzuweisen, dass sich, wie sich auch im Jahr 2014 wieder gezeigt hat, größere Sonderfälle einstellen können, die das jeweilige Ergebnis begünstigen aber auch stark belasten können. Gerade im Hinblick auf den in den letzten drei Jahren sehr deutlichen Anstieg der Steuervorauszahlungen kann wohl auch nicht mehr davon ausgegangen werden, dass in den jetzt zur Veranlagung kommenden Erhebungszeiträumen mit einer gewissen Regelmäßigkeit noch mit weiteren erheblichen Gewerbesteuernachzahlungen zu rechnen ist.

Zudem ist auch auf die gerade im kommunalen Umfeld aufkeimende Befürchtung hinzuweisen, dass einerseits die Unternehmen ihre festgesetzten Steuervorauszahlungen nicht immer bzw. nicht gleich im Zeitpunkt der Vorauszahlung abgesenkt sehen wollen und andererseits in strittigen Steuerangelegenheiten zunehmend auf die Möglichkeit einer Aussetzung der Vollziehung verzichten würden. Dies insbesondere deshalb, um sich im Umfeld des derzeit anhaltend niedrigen allgemeinen Zinsniveaus die als deutlich zu hoch empfundenen Steuerzinsen bzw. Aussetzungszinsen in Höhe von 6 % p.a. zu sparen, bzw. z.B. im Fall eines erfolgreichen Rechtsbehelfs sogar in den Genuss entsprechender Erstattungszinsen zu kommen.

Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer (Ist-Finanzrechnung 2013: 306,5 Mio. €, Ist-Ergebnisrechnung 2013: 307,9 Mio. €) wurden die Einnahmeerwartungen von 312 Mio. € in der Finanzrechnung mit einem Ist von 314,3 Mio. € und in der Ergebnisrechnung mit einem Ist von 314,6 Mio. € um rd. 0,8 %

überschritten. Ausgehend von der aus der Vergangenheit abzuleitenden langjährigen durchschnittlichen Steigerungsrate bei den laufenden Vorauszahlungen sowie Nachholungen für Vorjahre von rd. 4,0 Mio. € p.a. wird bei der Grundsteuer ein weiterhin stetiges Wachstum erwartet.

Die jeweils unterschiedlichen Ergebnisse zwischen Finanzrechnung und Ergebnisrechnung haben ihre Ursache in den gesetzlich vorgegebenen Abläufen zwischen der Steuerfestsetzung und der anschließenden Einnahmerealisation. Die jeweiligen Steuerfestsetzungen des betreffenden Jahres spiegeln sich in der Ergebnisrechnung wider, während die Einnahmen eines Jahres in der Finanzrechnung erfasst werden. Zeitliche Verschiebungen bei den Steueransprüchen der Stadt an die Steuerpflichtigen, die zwar im Sinne der Steuergesetze entstanden, können sich aus den unterschiedlichsten Gründen ergeben. Zu erwähnen sind insbesondere Steuerfälligkeiten im Folgejahr, Säumnis der Steuerpflichtigen aber auch Vorgänge der Stundung sowie Aussetzung der Vollziehung.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (Ist-Finanzrechnung 2013: 888,7 Mio. €, Ist-Ergebnisrechnung 2013: 897,8 Mio. €) verlief mit einem Zuwachs von 7,6 % bzw. 6,6 % deutlich positiv. Sowohl mit dem Ergebnis der Finanzrechnung des Jahres 2014 in Höhe von 956,6 Mio. € als auch mit dem Ergebnis der Ergebnisrechnung in Höhe von 957,0 Mio. € wurde die Einnahmeerwartung von 950 Mio. € bestätigt. Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen insbesondere die bezogen auf das Steueraufkommen Bayerns gegenüber dem Vorjahr weiter angestiegenen Steuereinnahmen bei der Lohnsteuer (7,2 %) und der veranlagten Einkommensteuer (5,9 %) bei. Ausgehend von den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2014 und der weiterhin ungedämpften konjunkturellen Entwicklung ist auch für das Jahr 2015 wieder mit einer Steigerung der bundesweiten Steuereinnahmen sowohl bei der Lohn- als auch bei der Einkommensteuer zu rechnen. Für das Jahr 2015 ist damit ebenfalls eine Steigerung der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erwarten. Im Jahr 2015 sind zudem Verbesserungen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erwarten, die sich im Zusammenhang mit der Änderung der Schlüsselzahlen ergeben werden.

Die Unterschiede zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind abrechnungstechnisch bedingt und finden ihre Ursache insbesondere in der Methodik der Auszahlung der Beteiligungsbeträge für den jeweiligen vierten Abrechnungszeitraum. Hier erfolgen zwar noch im 4. Vierteljahr auf Basis eines Wertes von 110 % der Ergebnisse des 3. Vierteljahres entsprechende Abschlagszahlungen. Die Spitzabrechnung findet im Januar des Folgejahres statt und kann sowohl Rückzahlungen als auch entsprechende Nachzahlungen mit sich bringen. Ausgehend von den Ergebnissen des 3. und 4. Vierteljahres der jeweiligen Jahre musste deshalb im Januar 2014 bzw. Januar 2015 jeweils noch eine Rückzahlung für den bei der Abschlagszahlung zu viel ausbezahlten Beteiligungsbetrag in Höhe von 1,9 Mio. € für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer des Jahres 2013 bzw. 1,5 Mio. € für das Jahr 2014 vorgenommen werden.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, inkl. Härteausgleich

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, inkl. Härteausgleich (Ist Finanzrechnung 2013: 140,8 Mio. € bzw. Ist-Ergebnisrechnung 2013: 140,6 Mio. €) weist im Jahr 2014 ein robustes Wachstum von rd. 3 % auf. Sowohl mit dem Ergebnis der Finanzrechnung des Jahres 2014 in Höhe von 144,6 Mio. € als auch mit dem Ergebnis der Ergebnisrechnung in Höhe von 145,1 Mio. € wurden die Einnahmeerwartungen inkl. Härteausgleich von 142 Mio. € sogar leicht übertroffen (+ rd. 2 %). Auch in den kommenden Jahren kann ausgehend von den Prognosen zum Umsatzsteueraufkommen weiterhin mit verhältnismäßig robusten Steige-

rungsraten von gut 3 % gerechnet werden. Im Jahr 2015 sind zudem Verbesserungen beim Umsatzsteueranteil zu erwarten, die sich im Zusammenhang mit der Änderung der Umsatzsteuerschlüssel ergeben werden. Des Weiteren ist ab dem Jahr 2015 zu berücksichtigen, dass der Bund einen Beitrag zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung zu Gunsten der Gemeinden vornehmen wird und die Gemeinden in diesem Zusammenhang u.a. eine Steigerung des Umsatzsteueranteils in den Jahren 2015 – 2017 um 500 Mio. € p.a. erhalten werden, so dass auch insoweit eine zusätzliche Steigerung des städtischen Umsatzsteueranteils zu erwarten ist.

Die Unterschiede zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind abrechnungstechnisch bedingt und finden ihre Ursache insbesondere in der Methodik der Auszahlung der Beteiligungsbeträge für den jeweiligen vierten Abrechnungszeitraum. Hier erfolgen zwar noch im 4. Vierteljahr auf Basis eines Wertes von 100 % der Ergebnisse des 3. Vierteljahres entsprechende Abschlagszahlungen. Die Spitzabrechnung findet im Januar des Folgejahres statt und kann sowohl Rückzahlungen als auch entsprechende Nachzahlungen mit sich bringen.

Schlüsselzuweisung

Die Landeshauptstadt München hat im Jahr 2013 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 40,855 Mio. € und im Jahr 2014 in Höhe von 94,35 Mio. € erhalten; Finanz- und Ergebnisrechnung sind in dieser Höhe jeweils ausgeglichen. Im Jahr 2015 wird die Stadt keine Schlüsselzuweisungen erhalten.

Mit entscheidend für die Gewährung von Schlüsselzuweisungen ist die Steuerkraft der Stadt, die auf Basis des Vorvorjahres die Grundlage für die Berechnung bildet. Nachdem in den Jahren 2013/2014 die städt. Ausgabebelastung über der Steuerkraft lag, hat die Stadt in diesen Jahren jeweils Schlüsselzuweisungen im angegebenen Umfang erhalten. Dies ist im Jahr 2015 nicht mehr der Fall.

Die derzeit laufenden Verhandlungen im kommunalen Finanzausgleich könnten für die Kommunen eine stärkere Berücksichtigung ihrer Finanzkraft bei der Ermittlung der Steuerkraft zur Folge haben. Dies wird für die Stadt deutliche negative Auswirkungen bei der Gewährung von Schlüsselzuweisungen nach sich ziehen.

Überlassung der staatlichen Grunderwerbsteuer

Die Überlassung der staatlichen Grunderwerbsteuer war im Haushaltsplan 2014 mit 150 Mio. € veranschlagt. Tatsächlich vereinnahmt wurden 152,95 Mio. € (Ist Finanzrechnung 2014). Die Ergebnisrechnung 2014 umfasst 155,98 Mio. €. In 2013 sind in der Finanzrechnung 148,8 Mio. € und in der Ergebnisrechnung 145,9 Mio. € ausgewiesen.

Der Münchner Immobilienmarkt ist nach wie vor auf hohem Niveau stabil. Unter der Voraussetzung von unveränderten Rahmenbedingungen ist ein kurzfristiger Einbruch bei den Einnahmen weiterhin nicht zu erwarten.

Ausgleichsleistung für Einnahmeausfälle aus dem Familienleistungsausgleich

Die Ausgleichsleistung für Einnahmeausfälle aus dem Familienleistungsausgleich (Ist Finanzrechnung 2013: 77,1 Mio. € bzw. Ist Ergebnisrechnung 2013: 76,9 Mio. €) weist im Jahr 2014 mit einer Steigerung von rd. 3,5 % ein robustes Wachstum auf. Sowohl mit dem Ergebnis der Fi-

nanzrechnung des Jahres 2014 in Höhe von 79,9 Mio. € als auch mit dem Ergebnis der Ergebnisrechnung in Höhe von 79,5 Mio. € wurden die Einnahmeerwartungen von 80 Mio. € bestätigt. Ausgehend von einer weiterhin robusten Entwicklung des Kassenaufkommens der Steuern vom Umsatz ist auch für das Jahr 2015 wieder eine Steigerung der Einnahmen beim Familienleistungsausgleich zu erwarten. Im Jahr 2015 sind zudem Verbesserungen beim Familienleistungsausgleich zu erwarten, die sich im Zusammenhang mit der Änderung der Schlüsselzahlen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergeben werden.

Die Unterschiede zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind abrechnungstechnisch bedingt und finden ihre Ursache insbesondere in der Methodik der Auszahlung der Beteiligungsbeträge für den jeweiligen vierten Abrechnungszeitraum. Hier erfolgen zwar noch im 4. Vierteljahr auf Basis eines Wertes von 100 % der Ergebnisse des 3. Vierteljahres entsprechende Abschlagszahlungen. Die Spitzabrechnung findet im Januar des Folgejahres statt und kann sowohl Rückzahlungen als auch entsprechende Nachzahlungen mit sich bringen.

Pauschale Zuweisung vom Land nach Art. 12 FAG

Für die Finanzierung von Investitions-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen erhält die Stadt Investitionszuweisungen nach Art. 12 FAG. In 2014 war diese mit 13,385 Mio. € veranschlagt und in diesem Umfang in Finanzrechnung und Ergebnisrechnung ausgeglichen.

In 2013 sind in der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung 7,678 Mio. € ausgewiesen. Die gegenüber 2013 um rund 5,7 Mio. € höhere Zuweisung hat ihre Ursache im Rückgang der Umlagekraft (minus rd. 4,9 %) und der damit verbundenen Anpassung der Berechnungsparameter.

Sonstige Zinsen gemäß § 233 a Abgabenordnung

Eine gesicherte Einschätzung der Einnahmen (Ansatz 2014: 21 Mio. €, Ist Finanzrechnung 2014: 44,1 Mio. €, Ist Ergebnisrechnung 2014: 13,6 Mio. €) ist aufgrund der Volatilität bei der Gewerbesteuer und insbesondere wegen der Unkalkulierbarkeit der Höhe der Nachforderungen bzw. Erstattungen für Vorjahre nicht möglich (Ist Finanzrechnung 2013: 78,4 Mio. €, Ist Ergebnisrechnung 2013: 79,4 Mio. €).

Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung sind bei den Sonstigen Zinsen gemäß § 233 a Abgabenordnung nicht gegeben, weil die Höhe der Sonstigen Zinsen gemäß § 233 a Abgabenordnung von der Stadtkämmerei nicht beeinflusst werden kann.

Zinsen aus Geldanlagen

Die Zinsen aus Geldanlagen unterschreiten mit einem Ist-Ergebnis der Finanzrechnung 2014 i.H.v. 15,0 Mio. € den Ansatz zum 2. Nachtrag i.H.v. 16,1 Mio. € um 1,1 Mio. €. Die verminderten Einnahmen sind auf veränderte Wiederanlagekonditionen bei den Finanzreserven zurückzuführen. Die Verringerung der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr (Ist 2013: 17,9 Mio. €) um 2,9 Mio. € ist bedingt durch die Wiederanlagen von Wertpapierfälligkeiten auf dem derzeit niedrigen Zinsniveau.

Im Ist der Ergebnisrechnung 2014 wurden 12,9 Mio. € (Ist 2013: 16,6 Mio. €) verbucht. Die Finanz- und Ergebnisrechnung weichen systembedingt voneinander ab. Während der Finanzhaushalt die Zinseinzahlungen ohne Berücksichtigung der Wirkung auf die maßgebliche Periode ausweist, werden im Ergebnishaushalt die Einzahlungen periodengerecht abgegrenzt.

In 2015 sind Vorgänge von besonderer Bedeutung bzw. Nachberichte für Vorgänge nach Ende des Haushaltsjahres 2014 nicht zu erwarten.

Auflösung von Rückstellungen

Im Zuge des Jahresabschlusses 2014 wurde in der Ergebnisrechnung eine Rückstellung für die Bezirksumlage 2013 mit einem Betrag von 15,2 Mio. € aufgelöst. (2013: Auflösung der Rückstellung für die Bezirksumlage 2012 in Höhe von 45,4 Mio. €)

Auszahlungen / Aufwendungen

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen sind ein Annex der Gewerbesteuer. Die Berechnungsformel für die Gewerbesteuerumlage lautet: Örtliches Gewerbesteueraufkommen dividiert durch den örtlichen Hebesatz, multipliziert mit dem jeweiligen Vervielfältiger. Die für die Gewerbesteuerumlagen maßgeblichen Vervielfältiger im Jahr 2014 betragen unverändert für die Gewerbesteuer-Normalumlage 35 v.H. und für die Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung der Deutschen Einheit 34 v.H..

Die höheren Ist-Einnahmen bei der Gewerbesteuer führten in der Folge zu höheren Auszahlungen bei der Gewerbesteuerumlage. Die Ansätze von 143 Mio. € für die Gewerbesteuer-Normalumlage bzw. von 139 Mio. € für die Gewerbesteuerumlage – Dt. Einheit wurden in der Finanzrechnung mit einem Ist von 167,4 Mio. € bzw. 162,6 Mio. € jeweils um rd. 24 Mio. € bzw. rd. 17 % sowie in der Ergebnisrechnung mit einem Ist von 166,4 Mio. € bzw. 161,6 Mio. € jeweils um rd. 23 Mio. € bzw. rd. 16 % überschritten. (Ist Finanzrechnung 2013: 158,4 Mio. € bzw. 153,9 Mio. €, Ist Ergebnisrechnung 2013: 162,2 Mio. € bzw. 157,6 Mio. €)

Ursächlich für die von Jahr zu Jahr immer wieder auftretenden Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnishaushalt ist die Regelung des § 6 BayAVOGFRG, welche vorsieht, dass noch im Dezember des jeweils laufenden Jahres eine Abschlagszahlung für die Steueranteilsbeträge und die Gewerbesteuerumlagen vorzunehmen ist. Diese Abschlagszahlung erfolgt auf der Basis der Ergebnisse des 3. Vierteljahres, wobei die Gewerbesteuerumlage, wie im Übrigen auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, mit 110 v.H. angesetzt werden. Im Januar des Folgejahres erfolgt dann die Spitzabrechnung. Ausgehend von den jeweiligen Ergebnissen des 3. und 4. Vierteljahres der jeweiligen Jahre konnte deshalb im Januar 2014 bzw. Januar 2015 jeweils noch eine Rückzahlung an zu viel vorausbezahlter Umlage in Höhe von 12,8 Mio. € für die Gewerbesteuerumlagen des Jahres 2013 bzw. 14,9 Mio. € für die Gewerbesteuerumlagen des Jahres 2014 vereinnahmt werden.

Bezirksumlage

Die Bezirksumlage war im Haushalt 2014 mit 411,08 Mio. € veranschlagt und in diesem Umfang auch Inhalt der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung (Ist Finanzrechnung 2013: 442,1 Mio. €, Ist Ergebnisrechnung 2013: 410,8 Mio. €).

Die 2014 gegenüber 2013 in der Finanzrechnung um rd. 31 Mio. € niedrigere Umlage hat ihre Ursache im Wesentlichen im Rückgang der Umlagekraft (rd. 4,9 %) verbunden mit einer leichten Absenkung des Bezirksumlagehebesatzes (von 22,0 v.H. auf 21,5 v.H.).

Mit Bescheid vom 16.02.2015 wurde der Hebesatz zwar nochmals weiter auf 19,5 v.H. abgesenkt, die Bezirksumlage 2015 erhöht sich jedoch aufgrund der deutlich gestiegenen Umlagekraft (19,80 %) auf rund 446,7 Mio. €.

Die demografische Entwicklung im Bezirk Oberbayern und die Umsetzung der geplanten Entlastungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte lässt für die nächsten Jahre grundsätzlich in der Summe eine nur leicht schwankende Belastung aus der Bezirksumlage erwarten.

Der Bund hat Ende vergangenen Jahres beschlossen, die Kommunen von 2015 bis 2017 um jährlich 1 Mrd. € zu entlasten. Dies geschieht vorwiegend im Wege einer Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer. Der dadurch bedingte leichte Anstieg der städtischen Steuerkraft führt rechnerisch zu einer entsprechenden Erhöhung der von der Stadt zu leistenden Bezirksumlage.

Zinsen für den Schuldendienst inkl. Zinssicherungsinstrumente

Die **Zinsauszahlungen** für Kredite inklusive Hinterlagen und Zinssicherungsinstrumente blieben mit einem Ist-Ergebnis der Finanzrechnung 2014 i.H.v. 35,9 Mio. € (Ist 2013: 81,6 Mio. €) unter dem Ansatz zum 2. Nachtrag des Finanzhaushalts in Höhe von 36,2 Mio. €. Die Minderausgabe i.H.v. 0,3 Mio. € zum Planansatz ist kalkulationsbedingt. Die Zinsbelastung in der Finanzrechnung ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 56 % gesunken.

Der **Zinsaufwand** verminderte sich mit einem Ist-Ergebnis i.H.v. 35,2 Mio. € (Ist 2013: 63,0 Mio. €) gegenüber dem Planansatz von 35,7 Mio. € um 0,5 Mio. €. Im Vorjahresvergleich ist die Zinsbelastung in der Ergebnisrechnung um rd. 44 % gesunken.

Die Finanzrechnung mit einem Ist-Ergebnis der Zinsauszahlungen i.H.v. 35,9 Mio. € und die Ergebnisrechnung mit einem Ist-Ergebnis der Zinsaufwendungen i.H.v. 35,2 Mio. € weichen systembedingt voneinander ab. Während der Finanzhaushalt die Zinsauszahlungen ohne Berücksichtigung der Wirkung auf die maßgebliche Periode ausweist, werden im Ergebnishaushalt die Zahlungen periodengerecht abgegrenzt. Die Zinsabgrenzung ist nach § 76 Nr. 4 KommHV-Doppik (Grundsatz der Aufwands- und Ertragsperiodisierung) vorgeschrieben.

Kursverluste aus Wertpapieren

Auf Grund der Änderung der Buchungslogik werden die Kursverluste (und Kursgewinne) ab 01.01.2014 nicht mehr im Finanzhaushalt sondern nur noch im Ergebnishaushalt ausgewiesen.

Die Kursverluste aus Wertpapieren unterschreiten mit einem Ist-Ergebnis der Ergebnisrechnung 2014 i.H.v. 1,0 Mio. € den Ansatz i.H.v. 4,3 Mio. € um 3,3 Mio. €, da geplante Verkäufe auf Grund geringerer Entnahmen aus den Finanzreserven nicht notwendig wurden.

Die Abweichung der Kursverluste zum Vorjahr (Ist 2013: 2 Mio. €) ist in den unterschiedlich strukturierten Wertpapierfälligkeiten zu sehen. Eine Vergleichbarkeit der Haushaltsjahre ist schwer möglich, da die zugrunde liegenden Geldanlagen der Finanzreserven auf deren Anlagebedarf und Zeithorizont ausgerichtet sind.

In 2015 sind Vorgänge von besonderer Bedeutung bzw. Nachberichte für Vorgänge nach Ende des Haushaltsjahres 2014 nicht zu erwarten.

Investitionstätigkeit:

Erwerb und Veräußerung von Finanzanlagen bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei

Die Ausgabenmehrung für den **Erwerb von Finanzanlagen** um 14,6 Mio. € gegenüber dem Ansatz zum 2. Nachtrag des Finanzhaushalts i.H.v. 184,3 Mio. € resultiert aus der Ausreichung der Schuldscheindarlehen an die Wohnungsbaugesellschaften (Ist 2014: 198,9 Mio. €). Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr (Ist 2013: 303,3 Mio. €) um 104,4 Mio. € ist auf Wiederanlagen im Sektor Termingeld zurückzuführen.

Bei den Einzahlungen aus der **Veräußerung von Finanzanlagen** wird in 2014 der Ansatz zum 2. Nachtrag des Finanzhaushalts i.H.v. 208,7 Mio. € mit einem Ist-Ergebnis der Finanzrechnung i.H.v. 200,2 Mio. € um 8,5 Mio. € unterschritten. Die Einnahmensenkung resultiert aus geringeren Entnahmen aus den Finanzreserven. Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr (Ist 2013: 270,4 Mio. €) um 70,2 Mio. € ist auf geringere

Wertpapierfälligkeiten (unterschiedliche Laufzeitstruktur der Finanzreserven) zurückzuführen.

In 2015 sind Vorgänge von besonderer Bedeutung bzw. Nachberichte für Vorgänge nach Ende des Haushaltsjahres 2014 nicht zu erwarten.

Finanzierungstätigkeit:

Kredite (Allgemeine Finanzwirtschaft)

Im Haushaltsplan 2014 wurde eine Kreditermächtigung i.H.v. 60 Mio. € beschlossen, die im 2. Nachtragshaushaltsplan aufgrund der positiven Haushaltsentwicklung auf NULL reduziert wurde. Im Jahr 2013 wurden ebenfalls keine Kredite neu aufgenommen.

Tilgung (Allgemeine Finanzwirtschaft)

Im Jahr 2014 wurden Kredite in Höhe von 60 Mio. € (2013: 393 Mio. €) getilgt. Dies entsprach dem Ansatz zum 2. Nachtrag des Finanzhaushalts in Höhe von 60 Mio. €.

Anmerkung:

Kredite und Tilgung für Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Die Kredite der unselbstständigen Stiftungen werden nicht mehr bei der Allgemeinen Finanzwirtschaft geführt. Die bisherigen Verbindlichkeiten und eventuelle Kreditneuaufnahmen werden nun in den Teilbilanzen der unselbstständigen Stiftungen ausgewiesen.

Kredite

Im Jahr 2014 wurden ebenso wie im Jahr 2013 keine Kredite neu aufgenommen.

Tilgung

Im Jahr 2014 wurden Kredite in Höhe von 33 Tsd. € (Ist 2013: 33 Tsd. €) getilgt. Dies entsprach dem Ansatz 2014.

Reste

Trifft auf die Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei nicht zu.

Personal

Trifft auf die Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei nicht zu.

Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei

Soweit sich Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung abzeichnen, wurden diese aus Gründen einer übergreifenden Gesamtschau bereits bei vorstehenden Positionen erwähnt.

Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014 im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei

Soweit Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014 eingetreten sind, wurden diese aus Gründen einer übergreifenden Gesamtschau bereits bei vorstehenden Positionen erwähnt.

Produkt-Ebene

Trifft auf die Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei nicht zu.

Status Zielerreichung 2014

Trifft auf die Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei nicht zu.

Sonstiges im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei

Soweit sonstige Sachverhalte im Berichtsjahr eingetreten sind, wurden diese aus Gründen einer übergreifenden Gesamtschau bereits bei vorstehenden Positionen erwähnt.

Anlagen

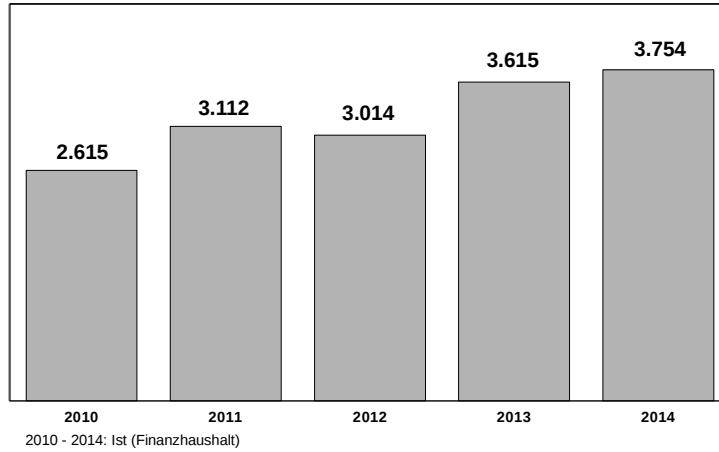
- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Trifft auf die Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei nicht zu.

8.3 Entwicklung der wichtigsten Steuern und des Schuldenstandes im 5-Jahresvergleich einschl. der Darstellung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Jahresergebnis

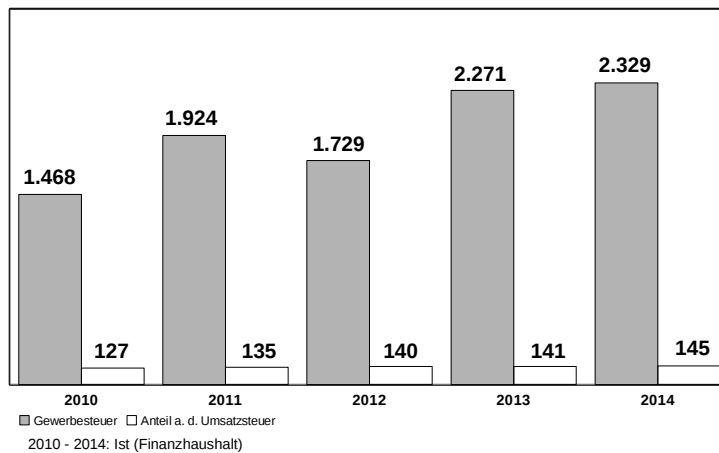
Steuern, ähnliche Abgaben

(in Mio. €)



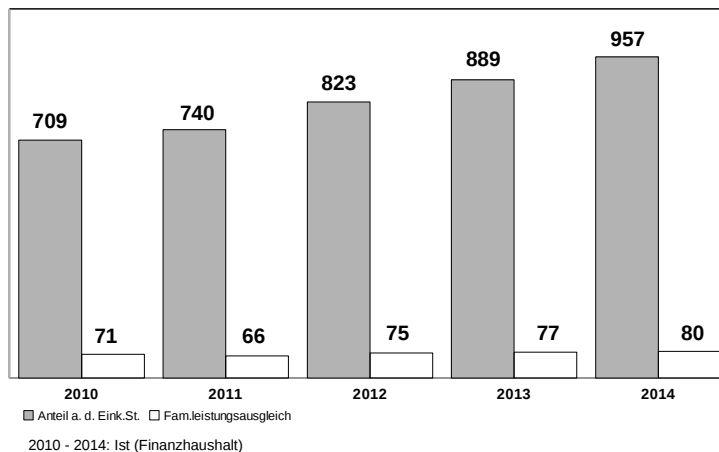
Gewerbesteuer (brutto), Anteil an der Umsatzsteuer

(in Mio. €)



Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Familienleistungsausgleich

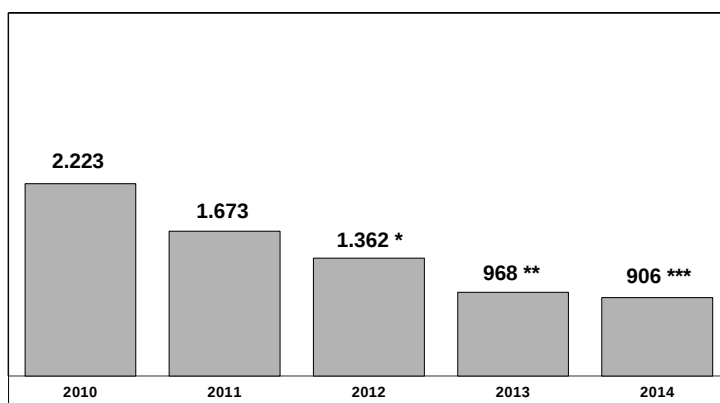
(in Mio. €)



Entwicklung des Ist-Schuldenstandes (einschl. Stiftungen o. e. R.)

Äußere Schulden

(in Mio. €)



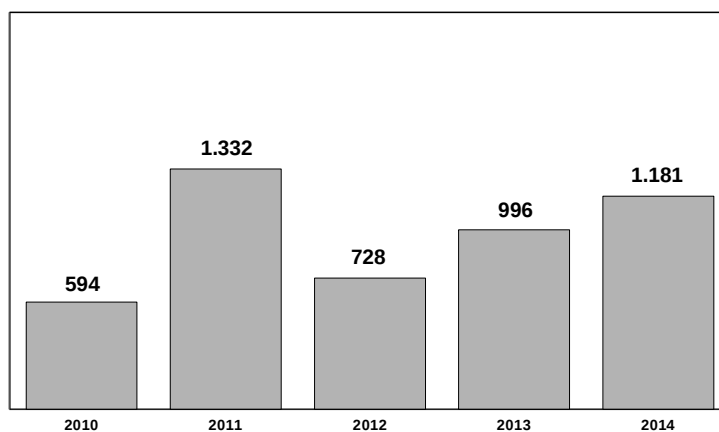
*) Zum 01.01.2012 wurden Förderkredite i. H. v. 8,1 Mio. € an die GWG/Gewofag ausgegliedert sowie dem neuen Eigenbetrieb IT@M Kredite i. H. v. rd. 22 Mio. € übertragen.

***) Zum 01.01.2013 wurden Förderkredite i. H. v. 0,9 Mio. € ausgegliedert.

****) Zusätzlich zu den geleisteten Tilgungen wurden Darlehen i. H. v. 1,3 Mio. € in Zuschüsse umgewandelt.

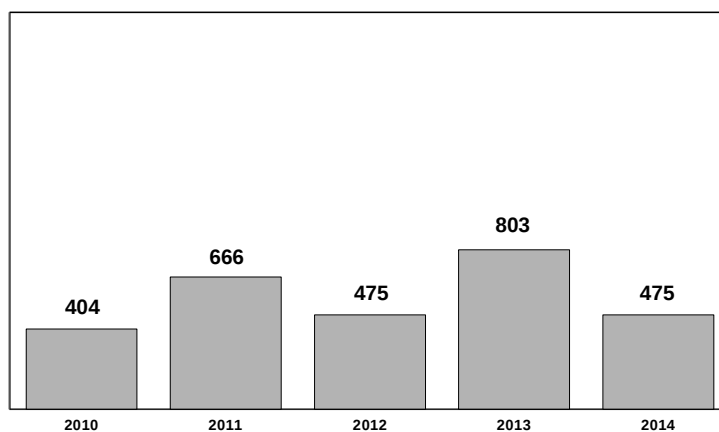
Gesamtfinanzhaushalt - Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

(in Mio. €)



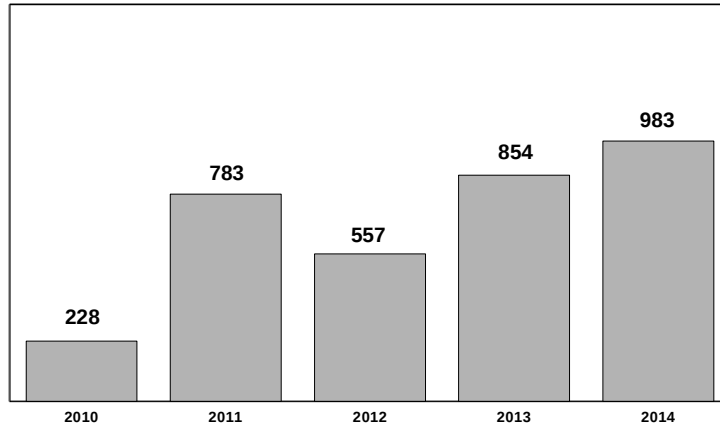
Gesamtergebnishaushalt - Jahresergebnis

(in Mio. €)

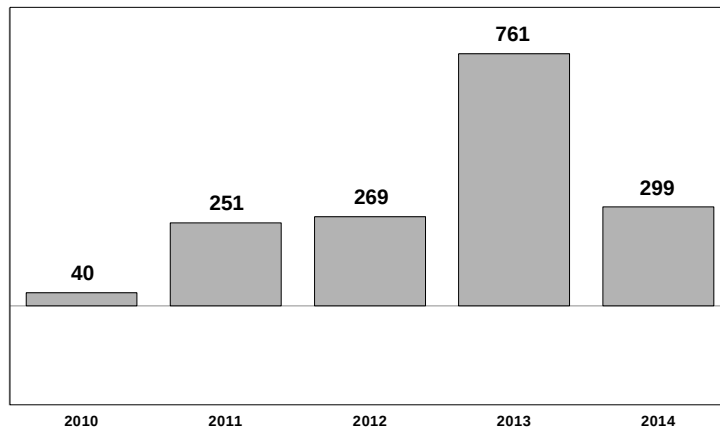


Nachstehend werden die Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Jahresergebnisse 2010 - 2014 ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zur Stadtwerke München GmbH dargestellt:

**Gesamtfinanzhaushalt -
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**
(ohne Bruttogewinnabführung, Steuerzahlungen bzw. -erstattungen
beim BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH)
(in Mio. €)



Gesamtergebnishaushalt - Jahresergebnis
(ohne Bruttogewinnabführung, Steuerzahlungen bzw. -erstattungen
beim BgA U-Bahn-Bau/SWM GmbH)
(in Mio. €)



9. Entwicklung in den Referaten (einschl. Zentrale Ansätze der Referate)

Die folgenden Ausführungen entsprechen weitestgehend den Textbeiträgen der Referate.

Direktorium

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Der Produktplan des Direktoriums umfasst 19 Produkte. Die Mittel, die zur Umsetzung der Produkte zur Verfügung stehen, belaufen sich auf etwa die Hälfte des Referatsbudgets. Das übrige Budget entfällt zum einen auf die Ausgaben

- des GO-Knotens (Gemeindeorgane!), dessen Aufwendungen im Rahmen der Steuerungsumlage stadtweit auf alle Produkte weiter verrechnet werden
- für das Projekt MIT-KonkreT
- und für die stadtweiten IT-Projekte CAFM, e- und oGovernment, IT-Netze und -Security sowie die IT-Basisinfrastruktur

Das Jahr 2014 stand unter dem Eindruck der Kommunalwahlen 2014 und den damit verbundenen Aufgaben, die insbesondere im Direktorium sowohl im Bereich des GO-Knotens als auch bei einigen Produkten größeren Handlungsbedarf ausgelöst haben.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die besondere Unterstützungsfunktion für den demokratischen Prozess ist das Alleinstellungsmerkmal des Direktoriums. Es arbeitet an der Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern als Auftraggeber des Verwaltungshandelns. Somit ist es die vordringlichste Aufgabe des Direktoriums, die Kontrolle der Bürgerschaft über ihre Stadtverwaltung und deren Steuerung durch sie zu organisieren und sicherzustellen. So unterstützt das Direktorium auf kommunaler Ebene die demokratische Willensbildung. Es bietet Beratung und Service für den Oberbürgermeister, den Stadtrat und die Bezirksausschüsse und informiert die Öffentlichkeit über Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Stadtgeschichte. Daneben hat das Direktorium die Aufgabe, die Tätigkeiten der gesamten Stadtverwaltung nach dem Grundsatz „dezentrale Verantwortung wo möglich, zentrale Steuerung wo nötig“ zu koordinieren. Die Förderung der Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Menschen in der Stadtgesellschaft bildet einen weiteren Aufgabenschwerpunkt im Direktorium. Durch Serviceleistungen - auch für die städtischen Referate – wird ein bürgerfreundliches, effizientes und rechtmäßiges Verwaltungshandeln befördert.

Aus diesen Vorgaben resultieren die fünf Handlungsfelder des Direktoriums für 2015:

1. Stärkung der zentralen Steuerung im gesamtstädtischen Interesse
2. Bürgerfreundlichkeit, insbesondere E-Government- und Open-Government-Initiativen
3. Umsetzung der stadtweiten strategischen Neuausrichtung der IT
4. Gleichstellung und Abbau von Diskriminierung
5. Sicherstellung oder Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Kundenorientierung der Servicebereiche

Die kommunalen Aufgaben werden in vollem Umfang erfüllt.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	248.391	230.315	-18.076	-7,28%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	45.767	45.767	0	0,00%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	135.182	103.742	-31.440	-23,26%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.321.778	2.951.556	+629.778	+27,12%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-234	14.204	+14.438	-6170,09%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	2.750.884	3.345.584	+594.700	+21,62%
9	- Personalauszahlungen	31.491.749	33.377.957	+1.886.208	+5,99%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	46	+46	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	23.717.703	36.970.532	+13.252.829	+55,88%
12	- Transferauszahlungen	1.197.748	1.762.538	+564.790	+47,15%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.825.135	8.390.674	-434.461	-4,92%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	65.232.335	80.501.747	+15.269.412	+23,41%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-62.481.451	-77.156.163	-14.674.712	+23,49%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	4.107	+4.107	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	10	96	+86	+860,00%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	10	4.203	+4.193	+41930,00%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	590.720	331.534	-259.186	-43,88%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	3.536	0	-3.536	-100,00%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	594.256	331.534	-262.722	-44,21%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-594.246	-327.331	+266.915	-44,92%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-63.075.697	-77.483.494	-14.407.797	+22,84%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-63.075.697	-77.483.494	-14.407.797	+22,84%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-106.398	-983.690	-877.292	+824,54%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	1.688	918	-770	-45,62%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-108.086	-984.608	-876.522	+810,95%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-63.183.783	-78.468.102	-15.284.319	+24,19%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-63.183.783	-78.468.102	-15.284.319	+24,19%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die Stadtkämmerei hat hinsichtlich der Berichtspflicht für den Teilhaushalt des Direktoriums die Grenze für Über- und Unterschreitungen je Zeile auf 10% und mindestens 500.000 € sowie auf alle Über- und Unterschreitungen über 2 Mio. € festgelegt.

Einzahlungen

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** erhöhten sich von 2.322 Tsd. € in 2013 um 630 Tsd. € auf 2.952 Tsd. € in 2014.

- Eine Erhöhung von 539 Tsd. € lässt sich durch die Zahlungen auf Kasseneinnahmereste aus 2013 erklären, die erst im Jahre 2014 zahlungswirksam gebucht wurden.
- Die restliche Erhöhung von 91 Tsd. € resultiert im Wesentlichen aus vielzähligen geringwertigen Zahlungsschwankungen.

Auszahlungen

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhten sich gegenüber dem Ergebnis aus dem Vorjahr 2013 in Höhe von 23.718 Tsd. € um 13.253 Tsd. € auf 36.971 Tsd. € in 2014.

Die größten Anteile des Differenzbetrages von 13.253 Tsd. € ergeben sich aus

- den Kassenausgaberesten 2013 für Zahlungen in Höhe von 6.009 Tsd. €, die erst in 2014 zahlungswirksam gebucht wurden. Davon entfielen
 - 5.132 Tsd. € auf IT-Dienstleistungen an [it@M](#)
 - 643 Tsd. € auf IT-Dienstleistungen an andere externe Dienstleister.
- den gesteigerten Ausgaben für IT-Dienstleistungen an [it@M](#) in Höhe von 6.801 Tsd. €, die im Haushaltsjahr 2014 regulär anfielen und abgerechnet wurden.

Die restliche Differenz von 443 Tsd. € verteilt sich auf verschiedene geringfügigere Positionen.

Die **Transferauszahlungen** stiegen im Vergleich zum Jahre 2013 mit 1.198 Tsd. € um 565 Tsd. € auf 1.762 Tsd. € im Jahr 2014.

- Die Zuschüsse des Ausländerbeirats an diverse Vereine für Veranstaltungen stiegen um 365 Tsd. €, da der Ausländerbeirat die Mittel im Jahr zuvor nicht ausgeschöpft hatte und bereits längerfristig vorliegende Anträge abgearbeitet wurden.
- Außerdem wurden die Fraktionskostenzuschüsse für Bürokosten, die zuvor als dienststellenspezifischer Bedarf gebucht wurden, in 2014 erstmalig als Transferleistungen ausgewiesen, was eine Erhöhung um 310 Tsd. € erklärt.
- Die Zuschüsse der Bezirksausschüsse wurden 2014 um 168 Tsd. € weniger ausgereicht.

Der verbleibende Differenzbetrag von 58 Tsd. € ergibt sich aus zahlreichen Veränderungen und Abweichungen in geringfügiger Größenordnung bei verschiedenen Produkten des Direktoriums.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	244.700	244.700	230.315	-14.385	-5,88%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	44.300	44.300	45.767	+1.467	+3,31%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	203.100	203.100	103.742	-99.358	-48,92%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.439.400	2.439.400	2.951.556	+512.156	+21,00%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.600	21.600	14.204	-7.396	-34,24%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	2.953.100	2.953.100	3.345.584	+392.484	+13,29%
9	- Personalauszahlungen	37.913.700	31.865.700	33.377.957	+1.512.257	+4,75%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	46	+46	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	44.321.400	48.848.800	36.970.532	-11.878.268	-24,32%
12	- Transferauszahlungen	1.414.400	14.414.400	1.762.538	-12.651.862	-87,77%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.476.900	9.476.300	8.390.674	-1.085.626	-11,46%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	93.126.400	104.605.200	80.501.747	-24.103.453	-23,04%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-90.173.300	-101.652.100	-77.156.163	+24.495.937	-24,10%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	4.107	+6	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	96	+96	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	0	0	4.203	+4.203	-%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.567.600	2.654.100	331.534	-2.322.566	-87,51%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	2.567.600	2.654.100	331.534	-2.322.566	-87,51%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-2.567.600	-2.654.100	-327.331	+2.326.769	-87,67%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-92.740.900	-104.306.200	-77.483.494	+26.822.706	-25,72%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-92.740.900	-104.306.200	-77.483.494	+26.822.706	-25,72%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-983.690	-983.690	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	918	+918	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-984.608	-984.608	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln				0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-92.740.900	-104.306.200	-78.468.102	+25.838.098	-24,77%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-92.740.900	-104.306.200	-78.468.102	+25.838.098	-24,77%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die Stadtkämmerei hat hinsichtlich der Berichtspflicht für den Teilhaushalt des Direktoriums die Grenze für Über- und Unterschreitungen je Zeile auf 10% und mindestens 500.000 € sowie auf alle Über- und Unterschreitungen über 2 Mio. € festgelegt.

Einzahlungen

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurde der Planansatz von 2.439 Tsd. € um 512 Tsd. € auf 2.952 Tsd. € im IST überschritten. Diese Erhöhung lässt sich im Wesentlichen durch die Zahlungen auf Kasseneinnahmereste aus 2013 erklären, die erst im Jahre 2014 zahlungswirksam gebucht wurden.

Auszahlungen

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen**, die bei der Haushaltsanmeldung mit 44.321 Tsd. € veranschlagt wurden, erfuhren im Rahmen des Nachtragshaushalts eine Steigerung des Planwertes um 4.528 Tsd. € auf 48.849 Tsd. €. Ausschlaggebend waren hier insbesondere

- die zusätzlichen IT-Mittel i.H.v. 5.145 Tsd. € für den Fileserver
- die Anpassung der notwendigen Bedarfe an den Wirtschaftsplan von [it@M](#) i.H.v. 482 Tsd. € und
- die Reduzierung der Mittel für das IT-Projekt CAFM um 1.100 Tsd. €.

Das IST weist ein Ergebnis von 36.971 Tsd. € aus und bleibt somit um 11.828 Tsd. € unter dem angesetzten Planwert von 48.849 Tsd. €. Maßgeblich ist für diese Abweichung, dass die IT-Großprojekte im Direktorium, vor allem das Projekt CAFM, nicht zeitgerecht abgewickelt werden konnten und die großen Verzögerungen dazu führten, dass die veranschlagten Mittel nicht in Anspruch genommen werden konnten.

Der Ansatz von 1.414 Tsd. € für **Transferauszahlungen** wurde im Nachtrag um 13.000 Tsd. € auf 14.414 Tsd. € angehoben. Der Betrag wurde nach entsprechender Beschlusslage zur Deckung der Ausstattungskosten für das neu zu errichtende IT-Rathaus als Zuschussleistung an [it@M](#) eingestellt. Da der Bau des IT-Rathauses ebenfalls zeitlichen Verzögerungen unterliegt, kamen die bereit gestellten Mittel nicht zur Auszahlung.

Bei den **sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** wurde der Ansatz in Höhe von 9.476 Tsd. € im Nachtragshaushalt nicht verändert. Das IST weist 8.391 Tsd. € aus, d.h. dass 1.086 Tsd. € nicht in Anspruch genommen wurden. Dies rührt im Wesentlichen aus der Veranschlagung von 1.000 Tsd. € für stadtweite IT-Vorhaben beim Produkt IT-Governance, wobei die Mittel bei Bedarf durch Mittelbereitstellung auf den Ansatz für Sach- und Dienstleistungen umgeschichtet werden. Der Mittelverbrauch findet also nicht im Bereich der sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit statt.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen** waren mit 2.567 Tsd. € veranschlagt. Durch Ansatzkorrekturen wegen der Rücknahme der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung seinerzeit vorgenommenen 10%igen Kürzung erfolgte im Nachtragshaushalt eine Erhöhung auf 2.654 Tsd. €. Nur 331 Tsd. € wurden tatsächlich ausgegeben. D.h. dass 2.323 Tsd. € nicht in Anspruch genommen wurden.

- Im Projekt MIT-KonkreT wurden die für IT-Ausstattung vorgesehenen 1.800 Tsd. € nur in Höhe von 1 Tsd. € in Anspruch genommen. Die durch die Projektverzögerungen entstandenen Verschiebungen führen dazu, dass die Abrufe erst noch in den Jahren 2015 ff. erfolgen werden.
- Für die Neuaufsetzung des Ratsinformationssystems wurden 662 Tsd. € eingestellt, die aber für entsprechende IT-Dienstleistungen verwendet und daher in den Bereich der Sach- und Dienstleistungen umgeschichtet werden mussten. Diese Mittel scheinen also nicht im IST der Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen auf, obwohl sie dort nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Differenzbetrag von -138 Tsd. € ergibt sich aus Ausgaben, die aus Mitteln bestritten wurden, die gesondert jeweils durch Büroverfügung bereit gestellt werden mussten. Insbesondere wurden für zusätzliche Regalachsen im Stadtarchiv 80 Tsd. € benötigt. Der Restbetrag von -58 Tsd. € verteilt sich auf mehrere betraglich geringfügigere Bedarfe.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-0%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	248.391	230.316	-18.075	-7,28%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-0%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	45.770	46.605	+835	+1,82%
5	+ Auflösung von Sonderposten	1.511	2.284	+773	+51,16%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	133.851	95.384	-38.467	-28,74%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.732.033	2.545.711	-186.322	-6,82%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	678.333	817.034	+138.701	+20,45%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-0%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-0%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	3.839.889	3.737.334	-102.555	-2,67%
11	- Personalaufwendungen	31.487.559	33.368.673	+1.881.114	+5,97%
12	- Versorgungsaufwendungen	8.796.363	10.183.886	+1.387.523	+15,77%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.971.551	50.558.370	+25.586.819	+102,46%
14	- Planmäßige Abschreibungen	882.475	784.351	-98.124	-11,12%
15	- Transferaufwendungen	1.300.306	1.784.645	+484.339	+37,25%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.029.867	8.785.255	-244.612	-2,71%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	76.468.121	105.465.180	+28.997.059	+37,92%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-72.628.232	-101.727.846	-29.099.614	+40,07%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	-0%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-0%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	-0%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-72.628.232	-101.727.846	-29.099.614	+40,07%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-0%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-0%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-0%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-72.628.232	-101.727.846	-29.099.614	+40,07%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	56.509.556	61.983.045	+5.473.489	+9,69%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.403.480	12.518.134	+2.114.654	+20,33%
S8	= Ergebnis des Teilergebnishaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-26.522.156	-52.262.935	-25.740.779	+97,05%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Es gelten bezüglich der Erläuterungsvorgaben die gleichen Abweichungsgrenzen wie beim Teilfinanzhaushalt, also je Zeile 10% und mindestens 500.000 €.

Neben den Veränderungen, auf die bereits in den Erklärungen zum Teilfinanzhaushalt eingegangen wurde, müssen bezüglich des Teilergebnishaushalts keine weiteren Abweichungen erläutert werden.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	244.700	244.700	230.316	-14.384	-5,88%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	44.300	44.300	46.605	+2.305	+5,20%
5	+ Auflösung von Sonderposten	0	0	2.284	+2.284	-%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	203.100	203.100	95.384	-107.716	-53,04%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.439.400	2.439.400	2.545.711	+106.311	+4,36%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	105.600	79.500	817.034	+737.534	+927,72%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	3.037.100	3.011.000	3.737.334	+726.334	+24,12%
11	- Personalaufwendungen	42.365.400	36.317.300	33.368.673	-2.948.627	-8,12%
12	- Versorgungsaufwendungen	12.500.700	8.293.500	10.183.886	+1.890.386	+22,79%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.321.400	48.848.800	50.558.370	+1.709.570	+3,50%
14	- Planmäßige Abschreibungen	699.800	699.800	784.351	+84.551	+12,08%
15	- Transferaufwendungen	1.344.400	14.344.400	1.784.645	-12.559.755	-87,56%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.095.500	5.094.600	8.785.255	+3.690.655	+72,44%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	106.327.200	113.598.400	105.465.180	-8.133.220	-7,16%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-103.290.100	-110.587.400	-101.727.846	+8.859.554	-8,01%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-103.290.100	-110.587.400	-101.727.846	+8.859.554	-8,01%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-103.290.100	-110.587.400	-101.727.846	+8.859.554	-8,01%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	56.453.100	54.478.500	61.983.045	+7.504.545	+13,78%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.909.500	10.925.800	12.518.134	+1.592.334	+14,57%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-59.746.500	-67.034.700	-52.262.935	+14.771.765	-22,04%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Es gelten bezüglich der Erläuterungsvorgaben die gleichen Abweichungsgrenzen wie beim Teilfinanzhaushalt, also je Zeile 10% und mindestens 500.000 €.

Neben den Veränderungen, auf die bereits in den Erklärungen zum Teilfinanzhaushalt eingegangen wurde, muss bezüglich des Teilergebnishaushalts noch explizit folgende Abweichung erläutert werden:

- Die Planung und Bewirtschaftung der Versorgungsaufwendungen erfolgt durch das Personal- und Organisationsreferat und entzieht sich einer Beurteilung durch das Direktorium.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen ohne HA III	1.751	0	1.751
Sachauszahlungen HA III	6.611	6.611	0
Sachauszahlungen GPR	48	33	15
Personalauszahlungen	1.807	180	1.627
unverbrauchte Schenkungsmitel	13	0	13
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	184	0	184
Gesamt	10.414	6.824	3.590

Die Entnahme über 6.611 Tsd. € aus dem Restefonds für Sachauszahlungen der HA III wurde zur Finanzierung von IT-Dienstleistungen benötigt, die für die ehemalige HA III auf Grund von Beschlusslagen noch vor Gründung des Eigenbetriebs [it@M](#) im Budget des Direktoriums veranschlagt worden waren.

Die Entnahme von 33 Tsd. € aus dem Restefonds Allgemein für den GPR diente der Deckung geringfügiger Überschreitungen auf mehreren Finanzpositionen des GPR.

Die Entnahme von 180 Tsd. € aus dem Restefonds Personalauszahlungen war erforderlich, um den Einsatz von Mitarbeitern externer IT-Dienstleister im dIKA des Direktoriums sichern zu können. Dies war nach einem längeren personellen Engpass im dIKA zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs notwendig geworden.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Das Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 2014 weist für das Direktorium Restmittel in Höhe von 680 Tsd. € aus, die nach dem bisherigen Konzept übertragbar gewesen wären. Diese lassen sich überwiegend zurückführen auf nicht verbrauchte Mittel für Öffentlichkeitsarbeit von 504 Tsd. € und für Gutachten, externes Controlling und Dienstleistungen beim Produkt IT-Governance. Eine Übertragung dieser Haushaltsausgabereste in den Restefonds findet nicht mehr statt. Mögliche konsumtive Reste werden künftig auf Ebene der Zeilen im Finanzrechnungsschema gebildet und auf Antrag auf das Nachjahr übertragen. Es wird auf die Regelungen zum Vollzug des Haushalts 2015 verwiesen.

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel wurden keine Haushaltsausgabereste gebildet.

1.4.3 Investive Reste

Die übertragenen Haushaltsreste aus den Vorjahren in Höhe von 9.273 Tsd. € erhöhten den Planansatz 2014 von 2.654 Tsd. € auf 11.927 Tsd. €. Durch Mittelumschichtungen wurden 5.022 Tsd. € in den konsumtiven Haushalt überwiegend zur Deckung von IT-Leistungen für „Altfälle der HAIII“ transferiert.

Die Ausgaben in Höhe von 331 Tsd. € entfallen nahezu vollständig auf die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen.

Durch den Einzug größerer nicht verbrauchter Haushaltsreste in Höhe von 5.476 Tsd. €, auch aus den vorvergangenen Jahren, reduziert sich die Summe der tatsächlich zu übertragenden Reste von 6.718 Tsd. € auf letztlich 1.240 Tsd. €. Im Direktorium wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 1.240 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 9.273 Tsd. €) übertragen.

Die eingezogenen Mittel werden im Rahmen von IT-Projekten ggf. zu einem späteren Zeitpunkt wieder benötigt werden. Dann müssen sie bei der Planung des MIP in Jahresraten entsprechend dem Umsetzungsfortschritt gemäß der Beschlussvorlage hierzu wieder eingestellt werden.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	561	499	+1,12%	250	307	557	241	264	505
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	2	2	+50,00%	0	3	3	0	3	3
Beschäftigte Gesamt	563	501	+1,40%	250	310	560	241	267	508

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Direktorium** 2014 eine Überschreitung von **4,71%**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	21.380	+1,68%	21.435	21.740	+1,42%
Stadtvertretung	2.829	+11,63%	2.874	3.158	+9,88%
Gesamtpersonalrat	799	+14,89%	831	918	+10,47%
MIT-KonkreT	4.367	+0,94%	4.531	4.408	-2,71%
STRAC	2.048	+3,37%	1.854	2.117	+14,19%
CAFM	0		337	1.018	+202,08%
Ludwig-Thoma-Stiftung	48	+4,17%	43	50	+16,28%

Die Auszahlungen des Deckungsbereichs im Direktorium überschreiten den Planansatz um 1,42 %. Die Überschreitung liegt oberhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen.

Aufgrund von Finanzierungsbeschlüssen wurden noch Mittel in Höhe von 290 Tsd. € auf dem Büroweg bereitgestellt, so dass die IST/Plan-Abweichung abschließend innerhalb des Swing liegt und das Budget somit als eingehalten gilt.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restefonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-67	-113	+68,66%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	7.155	8.315	+16,21%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	7.088	8.202	+15,72%
Beihilferückstellung Auflösung	-12	-19	+58,33%
Beihilferückstellung Zuführung	1.323	1.567	+18,44%
Belastung Beihilferückstellung	1.311	1.548	+18,08%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	0	-30	
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	318	302	-5,03%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	318	272	-14,47%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-163	-9	-94,48%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	1	12	+1100,00%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-162	3	-101,85%
Gesamt	8.555	10.025	+17,18%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Im Direktorium fielen keine entsprechenden Vorgänge an, die der Erläuterung bedürfen.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Im Direktorium liegen keine Vorgänge an, die an dieser Stelle zu erläutern sind.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
513014009	IT-Governance			4.237	14.942	+10.705	+252,7%	2.1.2.1
5112030	Zentr. Sicherung der städt. Verwaltungs-überlieferung und stadtgeschichtl. Forschungsarbeit	Qualitäten	schriftl.Anfragen, die innerh.v.3 Wochen beantwortet werden, Anteil der gebührenpfl. Benutzungs-, restaurierte/ konservierte Dokumente	4.611	5.434	+823	+17,8%	2.1.2.2
		Zielgruppen	Entlastung der Referate von Akten, stadtinterne Benutzer					
		Leistungs-mengen	Übernahme Archivgut					
5130005	Projekt MIT-KonkreT			12.508	13.276	+768	+6,1%	2.1.2.3
5130000	IT-Projekt CAFM			12.106	2.194	-9.912	-81,9%	2.1.2.4
5130006	IT-Projekt eGOV			1.869	3.770	+1.901	+101,7%	2.1.2.3
5130007	IT-Projekt IT-Netze und IT-Security			7.078	3.667	-3.411	-48,2%	2.1.2.4
5130008	Basisinfrastruktur (Fileservice, Betriebsstabilisierung)			27.629	16.253	-11.376	-41,2%	2.1.2.4
5127000	Vergabe Beschaffung Dienstleistung	Qualitäten	Rechtssi-cherheit der Verfahren % verlorene Nachprü-fungen Anz.	5.068	5.241	+173	+3,4%	2.1.2.5

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

Die Budgetsumme der Produkte im Direktorium liegt regelmäßig unter 5 Mio. €. Lediglich die großen IT-Projekte sowie die Produkte IT-Governance und zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadtgeschichtliche Forschungsarbeit überschreiten in 2014 die Budgetsumme von 5 Mio. €.

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 513014009 IT-Governance

Im Produkt IT-Governance wurden als gesondert ausgewiesene Produktleistung die Kosten, die im Rahmen der Abwicklung der vor Produktivsetzung des Eigenbetriebs it@M bereits angestoßenen IT-Vorhaben der ehemaligen HA III des Direktoriums anfielen, abgebildet. Diese Mittel wurden zu einem großen Teil durch Mittelbereitstellung aus dem Restfonds der ehemaligen HA III finanziert und erschienen somit nicht vollumfänglich im Planansatz 2014.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5112030 Zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadtgeschichtliche Forschungsarbeit

Die Differenz zwischen dem Planansatz und dem IST von 823 Tsd. € ist überwiegend auf nicht zahlungswirksame Sachverhalte zurückzuführen. So wurden beispielsweise bei der Gebäudekostenumlage und den personalwirtschaftlichen Rückstellungen zusammen 430 Tsd. € Mehrkosten ausgewiesen. Mehrkosten im Zusammenhang mit dem Forschungsauftrag der LMU und von IT-Aufträgen entstanden durch zeitliche Verschiebungen. D.h. dass in den Vorjahren veranschlagte Mittel erst in 2014 abgerufen wurden.

Bezüglich der Abweichungen bei den Qualitäten, Zielgruppen und Leistungsmengen wird auf die Erläuterungen im Produktdatenblatt verwiesen.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei den Projekten 5130005 MIT-KonkreT und 5130006 eGovernment

Die in den vergangenen Jahren erfolgten Projektverzögerungen werden sukzessive aufgeholt. Die nicht abgerufenen Mittel aus den Vorjahren werden nun verstärkt benötigt und auch noch in den Folgejahren in Anspruch genommen.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei den Projekten 5130000 CAFM, 5130007 IT-Netze und IT-Sicherheit und 5130008 Basisinfrastruktur (Fileservice, Betriebssicherheit)

Durch erhebliche Verzögerungen zu Beginn der Projekte, insbesondere bei der Bereitstellung der erforderlichen Personalkapazitäten, konnten die bereitgestellten Mittel in 2014 zunächst nur in geringem Umfang abgerufen werden.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5217000 Vergabe, Beschaffung, Dienstleistung

Wesentliche Abweichungen ergeben sich nur bei den Kennzahlen zu den Qualitäten. Auf die Erläuterungen im Produktdatenblatt hierzu wird verwiesen.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage ZIMAS zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Direktorium).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	31	32	+3,23%
Referatsziele	0	0	-%
Stadtratsziele	3	2	-33,33%
Summe Ziele	34	34	0,00%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
Die Stadtratsziele wurden zu 100 % erreicht.		

4 Sonstiges

Es liegen keine zu berichtenden Sachverhalte vor.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Baureferat

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Die im Jahr 2014 vom Baureferat zu bearbeitenden Bauprojekte stellten wiederum ein sehr hohes Auftragsvolumen dar und konnten termingerecht im vorgesehenen Kostenrahmen abgewickelt bzw. fortgeführt werden. Das Baureferat berichtet jährlich im Bauausschuss ausführlich über die im Vorjahr fertiggestellten Projekte im Hinblick auf die Qualität der Kosten- und Termineinhaltung.

Die Vorlage für die im Jahr 2014 fertig gestellten Projekte ist für Juli 2015 vorgesehen.

Der sich aus der aktuellen Bevölkerungsprognose ergebende enorme Bedarf von neuen Schulen und Kindertagesstätten sowie deren Unterhaltung bedeutet für die Hauptabteilung Hochbau einen Aufgabenzuwachs, der ohne Personalzuschaltung und Erhöhung der Bauunterhaltungsmittel nicht mehr bewältigt werden kann.

Die Situation wurde in Zusammenarbeit der betroffenen Referate im Beschluss der Vollversammlung vom 20.11.2014, Sitzungsvorlage Nr. 14-18 / V 01640 „Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020“ dargestellt und die Erhöhung der Personal- und Bauunterhaltungsbudgets bewilligt.

Alle fertig gestellten Baumaßnahmen müssen zum Erhalt der Funktionsfähigkeit verkehrssicher betrieben und unterhalten werden. Dies stellt für das Baureferat eine ständige Mehrung der zu betreuenden Anlagen/Bauwerke dar.

Aus diesem Grund wurden mit Beschlüssen der Vollversammlung vom 19.03.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 14091) und vom 17.12.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01627) zusätzliche Sach- und Personalmittel für den Betrieb und Unterhalt der Münchner Straßentunnels genehmigt.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Wie in den Vorjahren konnte das Baureferat die übertragenen Aufgaben **ordnungsgemäß erfüllen**.

So ist festzustellen, dass bei den aktuellen Bauprojekten die Kosten- und Terminvorgaben eingehalten wurden.

Der Verpflichtung, alle öffentlichen Gebäude und Anlagen in einem verkehrssicheren und nutzungsgerechten Zustand zu halten, ist das Baureferat im Rahmen seiner Unterhaltungspflicht nachgekommen.

Ebenfalls wurden die Straßenreinigung und der Winterdienst sowie der Hochwasserschutz gemäß den gesetzlichen Anforderungen und den Vorgaben des Stadtrates ordnungsgemäß ausgeführt.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.228.086	20.236.208	+2.008.122	+11,02%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.267.527	55.673.969	+5.406.442	+10,76%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.615.816	18.804.440	-6.811.376	-26,59%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	127.275.283	180.722.170	+53.446.887	+41,99%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	182.027	86.478	-95.549	-52,49%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	252.468.796	296.363.035	+43.894.239	+17,39%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	474.037.535	571.886.300	+97.848.765	+20,64%
9	- Personalauszahlungen	136.559.586	142.637.330	+6.077.744	+4,45%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	1.283	+1.283	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	151.674.363	158.912.577	+7.238.214	+4,77%
12	- Transferauszahlungen	10.704.473	13.536.868	+2.832.395	+26,46%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	130.016.749	182.802.838	+52.786.089	+40,60%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	91	-31.116	-31.207	-34293,41%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	428.955.262	497.859.780	+68.904.518	+16,06%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	45.082.273	74.026.520	+28.944.247	+64,20%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	19.579.115	26.220.464	+6.641.349	+33,92%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	2.936.111	3.211.955	+275.844	+9,39%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	182.698	195.767	+13.069	+7,15%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	22.697.924	29.628.186	+6.930.262	+30,53%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.151.471	1.280.221	+128.750	+11,18%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	92.136.038	109.258.494	+17.122.456	+18,58%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.351.174	3.848.072	+496.898	+14,83%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	152.468.796	196.356.036	+43.887.240	+28,78%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	2.028.149	888.404	-1.139.745	-56,20%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	251.135.628	311.631.227	+60.495.599	+24,09%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-228.437.704	-282.003.041	-53.565.337	+23,45%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-183.355.431	-207.976.521	-24.621.090	+13,43%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-183.355.431	-207.976.521	-24.621.090	+13,43%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	2.270.162	-388.580	-2.658.742	-117,12%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	57.381	-11.166	-68.547	-119,46%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	2.212.781	-377.414	-2.590.195	-117,06%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-181.142.650	-208.353.935	-27.211.285	+15,02%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die Abweichungen im Teilfinanzhaushalt beruhen im Wesentlichen auf den Finanzbeziehungen zwischen dem BgA U-Bahn-Bau und der Stadtwerke München GmbH.

Zwischen dem städtischen Betrieb gewerblicher Art U-Bahnbau und -verpachtung (Organträger-BgA) und der 100%igen Tochtergesellschaft Stadtwerke München GmbH (Organgesellschaft SWM) besteht seit dem Jahr 2002 eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaft. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages ist die Organgesellschaft SWM verpflichtet, den gesamten Gewinn an den Organträger-BgA abzuführen.

Im Rahmen der bestehenden Organschaft werden die steuerlichen Ergebnisse der Organtochter SWM dem Organträger BgA zugerechnet und bei dieser Besteuerung bei der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer unterworfen.

Der dadurch entstandene Sondereffekt wirkt sich zunächst kosten- /budgeterhöhend aus, ist aber letztendlich kosten- / haushaltsneutral, da dem städtischen Organträger-BgA die gezahlten Ertragssteuern über die Konzernsteuerumlage durch die Organgesellschaft SWM wieder erstattet werden.

In der Vereinbarung zur Regelung der Finanzbeziehungen zwischen der Landeshauptstadt München (Betrieb gewerblicher Art U-Bahnbau und -verpachtung) und der Stadtwerke München GmbH sind Inhalt und Modalitäten der Gewinnabführung, der Eigenkapitalverzinsung sowie der Betrauungen der SWM durch die LHM festgelegt. Nach der seit dem Wirtschaftsjahr 2008 gültigen Regelung erhält die SWM den Betrag, um den der abgeführte Gewinn den Betrag von 100 Mio. € übersteigt, als Zuführung in die Kapitalrücklage.

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (S1)

Die Mehrung der Zuwendungen und allgemeinen Zulagen (Ziffer 2) in Höhe von ca. 2 Mio. € ist auf die Erhöhung der Zuweisungen vom Land aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund im Rahmen des Nachtragshaushalts 2014 zurückzuführen.

Die Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Ziffer 4) um ca. 5,4 Mio. € basiert zum Einen auf gestiegenen Einnahmen aus dem Parkraummanagement und zum Anderen darauf, dass Einzahlungen aus dem Parkraummanagement aus dem Haushaltsjahr 2013 in 2014 kassenwirksam gebucht wurden.

Die Minderung der privatrechtlichen Leistungsentgelte (Ziffer 5) in Höhe von ca. 6,8 Mio. € ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die in 2014 gestellten Rechnungen erst 2015 kassenwirksam beglichen wurden.

Die Mehrung der Position Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Ziffer 6) in Höhe von ca. 53,4 Mio. € ergibt sich aus der höheren Konzernsteuerumlage der Stadtwerke München GmbH.

Die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen (Ziffer 8) steigen von 2013 nach 2014 in Höhe von ca. 43,9 Mio. € auf Grund der höheren Gewinnausschüttung der Stadtwerke München GmbH. Sie wird nach festgestelltem Jahresabschluss der Gesellschaft grundsätzlich erst im Folgejahr gebucht. Die Gewinnabführung für das Jahr 2013 (Buchung in 2014) war höher als die Gewinnabführung für das Jahr 2012 (Buchung in 2013).

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (S2)

Die Erhöhung der Personalauszahlungen (Ziffer 9) in Höhe von ca. 6,1 Mio. € beruht insbesondere auf den Besoldungs- und Tarifierhöhungen im Jahr 2014.

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Ziffer 11) steigen von 2013 nach 2014 in Höhe von ca. 7,2 Mio. € vor allem aufgrund der einmaligen Zahlung eines Ablösebetrages an die Autobahndirektion Südbayern für die Erhaltungsmehrkosten von Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld des Fußballstadions Fröttmaning in 2014.

Die Mehrung der Transferauszahlungen (Ziffer 12) in Höhe von ca. 2,8 Mio. € basiert auf der höheren Auszahlung für die Finanzbeziehungen „Sonderlasten Verkehr“ mit der Stadtwerke München GmbH.

Die Erhöhung der sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Ziffer 13) in Höhe von ca. 52,8 Mio. € ist auf die höheren Zahlungen für Gewerbe- und Körperschaftssteuer auf Grund der höheren Gewinnausschüttung der Stadtwerke München GmbH (s. Begründung bei Ziffer 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen) zurückzuführen.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (S4)

Die Steigerung der Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (Ziffer 15) von 2013 auf 2014 um ca. 6,6 Mio. € resultiert aus höheren Zuwendungen von der Regierung für den Ausbau des Mittleren Ring Süd/West (Luise-Kiesselbach-Platz) aufgrund des Baufortschritts.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (S5)

Die Auszahlungen für Baumaßnahmen (Ziffer 21) steigen in 2014 um ca. 17,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Dies beruht insbesondere auf dem Baufortschritt des Projekts Mittlerer Ring Süd/West im Hinblick auf den technischen Innenausbau im gesamten Tunnelbereich und dem Beginn der Nachrüstung des Trappentretunnels in 2014.

Die Erhöhung der Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Ziffer 23) um ca. 43,9 Mio. € wird ausschließlich durch die Kapitalrückführung an die SWM GmbH verursacht.

Die Minderung der Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen (Ziffer 24) in Höhe von ca. 1,1 Mio. € basiert vor allem auf der rückläufigen Finanzierungsbeteiligung seitens der Landeshauptstadt München aufgrund des Fertigstellens des Terminalbauwerks am Bahnhof Pasing der Deutschen Bahn im Rahmen des Projektes Nordumgehung Pasing.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.258.900	20.164.800	20.236.208	+71.408	+0,35%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.024.900	52.744.900	55.673.969	+2.929.069	+5,55%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	32.428.100	22.337.600	18.804.440	-3.533.160	-15,82%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	114.495.200	103.496.200	180.722.170	+77.225.970	+74,62%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.000	56.000	86.478	+30.478	+54,43%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	367.343.400	296.368.500	296.363.035	-5.465	0,00%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	584.606.500	495.168.000	571.886.300	+76.718.300	+15,49%
9	- Personalauszahlungen	135.978.300	142.030.700	142.637.330	+606.630	+0,43%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	1.283	+1.283	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	141.232.700	142.195.000	158.912.577	+16.717.577	+11,76%
12	- Transferauszahlungen	6.732.600	21.172.600	13.536.868	-7.635.732	-36,06%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	115.293.100	105.013.800	182.802.838	+77.789.038	+74,08%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	-31.116	-31.116	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	399.236.700	410.412.100	497.859.780	+87.447.680	+21,31%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	185.369.800	84.755.900	74.026.520	-10.729.380	-12,66%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	22.013.000	22.911.000	26.220.464	+3.309.464	+14,44%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	1.580.000	2.558.000	3.211.955	+653.955	+25,57%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	12.000	12.000	195.767	+183.767	+1531,39%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	23.605.000	25.481.000	29.628.186	+4.147.186	+16,28%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	1.280.221	+1.280.221	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	171.234.100	146.230.800	109.258.494	-36.972.306	-25,28%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4.394.500	3.946.500	3.848.072	-98.428	-2,49%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	282.731.000	196.356.000	196.356.036	+36	0,00%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	901.000	1.013.000	888.404	-124.596	-12,30%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	459.260.600	347.546.300	311.631.227	-35.915.073	-10,33%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-435.655.600	-322.065.300	-282.003.041	+40.062.259	-12,44%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-250.285.800	-237.309.400	-207.976.521	+29.332.879	-12,36%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-250.285.800	-237.309.400	-207.976.521	+29.332.879	-12,36%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-388.580	-388.580	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-11.166	-11.166	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-377.414	-377.414	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-250.285.800	-237.309.400	-208.353.935	+28.955.465	-12,20%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-250.285.800	-237.309.400	-208.353.935	+28.955.465	-12,20%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (S1)

Die Mehreinzahlungen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Ziffer 4) in Höhe von ca. 2,9 Mio. € sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass Einzahlungen aus dem Parkraummanagement aus dem Haushaltsjahr 2013 in 2014 kassenwirksam gebucht wurden.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte (Ziffer 5) fielen in Höhe von ca. 3,5 Mio. € niedriger als im Nachtragshaushalt 2014 geplant aus, weil die Einzahlungen zwar zu Soll gestellt, aber erst in 2015 kassenwirksam gebucht wurden.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Ziffer 6) sind in Höhe von ca. 77,2 Mio. € höher ausgefallen als geplant. Grund ist die höhere Konzernsteuerumlage der Stadtwerke München GmbH.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (S2)

Die Mehrauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Ziffer 11) in Höhe von ca. 16,7 Mio. € sind insbesondere auf die einmalige Zahlung eines Ablösebetrages an die Autobahndirektion Südbayern für die Erhaltungsmehrkosten von Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld des Fußballstadions Fröttmaning und auf Grund von Überschreitungen bei verschiedenen Finanzpositionen, die im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 ausgeglichen wurden, zurückzuführen.

Die Minderung bei den Transferauszahlungen (Ziffer 12) in Höhe von ca. 7,6 Mio. € basiert vor allem auf folgenden Sachverhalt:
Eine fällige Rückzahlung von der Stadtwerke München GmbH wurde wie in Vorjahren als Ausgabenabsetzung in SAP verbucht. Diese mindert den Ist-Wert entsprechend.

Die sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Ziffer 13) waren in Höhe von ca. 77,8 Mio. € höher als geplant, weil höhere Gewerbe- und Körperschaftssteuerzahlungen für die Stadtwerke München GmbH angefallen sind.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (S4)

Die IST/PLAN-Abweichung in Höhe von ca. 3,3 Mio. € bei den Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (Ziffer 15) resultiert insbesondere aus den höheren Zuwendungen für den Ausbau des Mittleren Ring Süd/West aufgrund des Baufortschritts.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (S5)

Die Differenz zwischen Plan und Ist bei den Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Ziffer 20) in Höhe von rd. 1,3 Mio. € entsteht, weil im Zuge der Änderung der Haushaltssystematik in 2013 die Grundstückseinrichtungen im Ist beim Erwerb von Grundstücken und Gebäuden zu geordnet werden. Das dazugehörige Budget befindet sich aber weiterhin beim beweglichen Sachvermögen.

Die IST/PLAN-Abweichung bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen (Ziffer 21) in Höhe von ca. 37 Mio. € resultiert vor allem daraus, dass IHKM-Maßnahmen (Stromsparen, Energieeffiziente Gebäudehüllen- und Heizungsanlagenanierung), Pauschalen für das Grundleitungssanierungsprogramm sowie die einmalige Zahlung eines Ablösebetrages an die Autobahndirektion Südbayern für die Erhaltungsmehrkosten von Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld des Fußballstadions Fröttmaning investiv geplant

wurden. Die Ist-Buchungen erfolgten jedoch im Aufwand, da die zu Grunde liegenden Sachverhalte entsprechend der städtischen Buchungsvorgaben nachträglich als konsumtiv eingestuft wurden.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.228.836	20.235.958	+2.007.122	+11,01%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.276.298	55.127.030	+2.850.732	+5,45%
5	+ Auflösung von Sonderposten	24.132.503	23.783.409	-349.094	-1,45%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.802.253	25.567.157	-235.096	-0,91%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	116.116.274	181.229.323	+65.113.049	+56,08%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.120.831	2.895.627	+774.796	+36,53%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	24.986.108	25.922.539	+936.431	+3,75%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	263.663.103	334.761.043	+71.097.940	+26,97%
11	- Personalaufwendungen	136.705.785	142.822.307	+6.116.522	+4,47%
12	- Versorgungsaufwendungen	29.533.541	28.917.095	-616.446	-2,09%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	153.684.561	161.424.300	+7.739.739	+5,04%
14	- Planmäßige Abschreibungen	140.238.184	132.845.360	-7.392.824	-5,27%
15	- Transferaufwendungen	10.704.473	13.716.868	+3.012.395	+28,14%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	263.325.227	161.534.855	-101.790.372	-38,66%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	734.191.771	641.260.785	-92.930.986	-12,66%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-470.528.668	-306.499.742	+164.028.926	-34,86%
17	+ Finanzerträge	252.468.796	296.356.036	+43.887.240	+17,38%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	91	45.169.600	+45.169.509	+49636823,08%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	252.468.705	251.186.436	-1.282.269	-0,51%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-218.059.963	-55.313.306	+162.746.657	-74,63%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-218.059.963	-55.313.306	+162.746.657	-74,63%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	37.844.785	91.183.311	+53.338.526	+140,94%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	331.722.648	365.472.633	+33.749.985	+10,17%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-511.937.826	-329.602.628	+182.335.198	-35,62%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Gemäß den Vorgaben der Stadtkämmerei sind bei diesem Punkt alle nicht zahlungswirksamen berichtspflichtigen Abweichungen zu erläutern. Die relevanten Abweichungen der zahlungswirksamen Positionen sind unter der laufenden Nummer 1.2.1.2 erläutert.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16) sanken von 2013 nach 2014 in Höhe von ca. 101,8 Mio. €, weil vor Allem resultierend aus den Finanzbeziehungen zwischen der Stadtwerke München GmbH und dem BgA U-Bahn-Bau in 2013 für Gewerbe- und Körperschaftssteuer eine Rückstellung für Steuernachzahlungen auf Grund der Betriebsprüfung der Jahre 2003-2008 gebildet wurde.

Der Mehraufwand in 2014 bei den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen (Zeile 18) in Höhe von ca. 45,2 Mio. € wurde verursacht durch die Bildung einer weiteren Rückstellung für Nachzahlungen von Zinsen und Körperschaftssteuer.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.258.900	20.164.800	20.235.958	+71.158	+0,35%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.024.900	52.744.900	55.127.030	+2.382.130	+4,52%
5	+ Auflösung von Sonderposten	26.856.000	26.856.000	23.783.409	-3.072.591	-11,44%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	32.428.100	22.337.600	25.567.157	+3.229.557	+14,46%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	114.495.200	103.496.200	181.229.323	+77.733.123	+75,11%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	119.000	173.800	2.895.627	+2.721.827	+1566,07%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	24.839.900	25.238.900	25.922.539	+683.639	+2,71%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	269.022.000	251.012.200	334.761.043	+83.748.843	+33,36%
11	- Personalaufwendungen	136.121.600	142.174.000	142.822.307	+648.307	+0,46%
12	- Versorgungsaufwendungen	40.286.400	26.834.400	28.917.095	+2.082.695	+7,76%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	138.497.700	139.459.900	161.424.300	+21.964.400	+15,75%
14	- Planmäßige Abschreibungen	136.799.900	136.799.900	132.845.360	-3.954.540	-2,89%
15	- Transferaufwendungen	6.732.600	21.172.600	13.716.868	-7.455.732	-35,21%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.149.800	104.870.600	161.534.855	+56.664.255	+54,03%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	573.588.000	571.311.400	641.260.785	+69.949.385	+12,24%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-304.566.000	-320.299.200	-306.499.742	+13.799.458	-4,31%
17	+ Finanzerträge	367.343.500	296.368.500	296.356.036	-12.464	0,00%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	45.169.600	+45.169.600	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	367.343.500	296.368.500	251.186.436	-45.182.064	-15,25%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	62.777.500	-23.930.700	-55.313.306	-31.382.606	+131,14%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	62.777.500	-23.930.700	-55.313.306	-31.382.606	+131,14%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	102.691.800	101.638.800	91.183.311	-10.455.489	-10,29%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	370.274.900	372.577.900	365.472.633	-7.105.267	-1,91%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-204.805.600	-294.869.800	-329.602.628	-34.732.828	+11,78%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Gemäß den Vorgaben der Stadtkämmerei sind bei diesem Punkt alle nicht zahlungswirksamen berichtspflichtigen Abweichungen zu erläutern. Die relevanten Abweichungen der zahlungswirksamen Positionen sind unter der laufenden Nummer 1.2.2.2 erläutert.

In 2014 sind bei der Position Auflösung von Sonderposten (Zeile 5) im IST um ca. 3,1 Mio. € weniger Erträge angefallen als geplant. Soweit das Baureferat für Investitionen staatliche Zuwendungen erhält, sind diese nach Aktivierung der Baumaßnahme analog den Baukosten, allerdings auf der Passivseite abzuschreiben und zu verzinsen. Die in 2014 für die Maßnahme Mittlerer Ring Ost erhaltene Zuwendung wurde noch nicht aktiviert, so dass damit im IST weniger Erträge angefallen sind.

Die sonstigen ordentlichen Erträge (Zeile 8) fielen in Höhe von ca. 2,7 Mio. € höher aus als geplant, weil einerseits nicht vorhersehbare Korrekturen des Anlagevermögens erfolgten und andererseits die Pensionsrückstellungen für die Eigenversorgung der ehemaligen Arbeiter durch Buchung des Personal- und Organisationsreferates aufgelöst wurden und dieser Sachverhalt keinen Planwert aufwies.

Die Versorgungsaufwendungen (Ziffer 12) sind mit ca. 2,1 Mio. € höher als geplant. Die Beträge der Rückstellungen werden stadtweit vom Personal- und Organisationsreferat berechnet und gebucht. Allgemeine Ausführungen zu den Personalkosten werden vom Personal- und Organisationsreferat zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen (Ziffer 18) stiegen im Vergleich zum Planwert um ca. 45,2 Mio. €. Das liegt daran, dass im Jahresabschluss 2014 resultierend aus den Finanzbeziehungen zwischen der Stadtwerke München GmbH und dem BgA U-Bahn-Bau für Zinsen und Körperschaftssteuer eine Rückstellung für Steuernachzahlungen auf Grund der Betriebsprüfung der Jahre 2003-2008 gebildet wurde.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	4.195	3.132	1.063
Personalauszahlungen	1.194	834	360
unverbrauchte Schenkungsmitel	14	8	6
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	3.465	1.778	1.687
Gesamt	8.868	5.752	3.116

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungs-resten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Dem Restefonds für Sachauszahlungen wurden 3.132 Tsd. € zum Ausgleich von Haushaltsüberschreitungen im Jahr 2014 im konsumtiven Bereich entnommen.

Die Entnahme aus dem Restefonds Personalauszahlungen in Höhe von 834 Tsd. € erfolgte, um den zusätzlichen Personalbedarf bei der Hauptabteilung Hochbau für 2014 zu finanzieren (siehe Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 „Entwicklung der Auftragslage; Auswirkungen auf das Projektmanagement der Hauptabteilung Hochbau im Baureferat“, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13465).

Dem Restefonds für unverbrauchte Schenkungsmitel wurden 8 Tsd. € zur Finanzierung des Sozialprogramms im Riemer Park entnommen.

Die Entnahmen bei den zweckgebundenen Mitteln fanden im Jahr 2014 in Höhe von 1.778 Tsd. € statt. Die Mittel wurden größtenteils zur Finanzierung des Projektes „Fußgängerzone“ (siehe Beschluss der Vollversammlung vom 19.03.2013, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 11000) verwendet.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel Hochbau wurden keine Haushaltsausgabereste auf das Haushaltsjahr 2015 übertragen (Vorjahr: 928 Tsd. €).

1.4.3 Investive Reste

Im Baureferat wurden im investiven Bereich Haushaltsausgabereste in Höhe von 20.207 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (2013: 39.080 Tsd. €) übertragen.

Die Halbierung ist auf die in 2014 gemeinsam mit der Stadtkämmerei entwickelten Maßnahmen zur Optimierung der investiven Planung zurückzuführen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	2.717	2.546	+1,41%	2.148	595	2.743	2.095	487	2.582
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	56	56	-1,79%	37	18	55	37	18	55
Beschäftigte Gesamt	2.773	2.602	+1,35%	2.185	613	2.798	2.132	505	2.637

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Baureferat** 2014 eine Überschreitung von **0,40 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	102.631	+16,17%	119.320	119.222	-0,08%
Straßenreinigung	21.983	+4,49%	22.274	22.971	+3,13%
U-Bahn-Bau	11.684	-97,66%	308	273	-11,36%
		-%			-%
		-%			-%
		-%			-%
Summe Referat	136.298	+4,53%	141.902	142.466	+0,40%

Beitrag Personal- und Organisationsreferat

Die IST/Plan-Abweichung beim Deckungsbereich des Baureferats liegt innerhalb des Swing. Das Budget gilt somit als eingehalten.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen.

Bei der referatsspezifischen Besonderheit Straßenreinigung handelt es sich um eine kostenrechnende Einrichtung mit Gebührenausgleichsrücklage. Budgetüber- oder -unterschreitungen werden daher über die Gebührenausgleichsrücklage ausgeglichen.

Beitrag Baureferat

Die referatsspezifische Besonderheit U-Bahn-Bau beinhaltet im IST 2013 auch den Bereich Ingenieurbauwerke und Gewässer, somit ist im Jahr 2013 hier noch die gesamte Hauptabteilung Ingenieurbau abgebildet. Gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 zum Haushalt 2014 des Baureferates (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13113) erfolgte hier ab 2014 eine Neuordnung, bei der der Bereich Ingenieurbauwerke und Gewässer dem Deckungsbereich Referat zugeordnet wurde.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-87	-123	+41,38%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	17.724	18.601	+4,95%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	17.637	18.478	+4,77%
Beihilferückstellung Auflösung	-14	-21	+50,00%
Beihilferückstellung Zuführung	3.306	3.563	+7,77%
Belastung Beihilferückstellung	3.292	3.542	+7,59%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-221	-834	+277,38%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	8.503	6.752	-20,59%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	8.282	5.918	-28,54%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-543	-31	-94,29%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	536	586	+9,33%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-7	555	-8028,57%
Gesamt	29.204	28.493	-2,43%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Das ambitionierte Programm zum Ausbau der U-Bahn erfordert die Vorhaltung qualifizierten Personals. Da fünf Dienstkräfte in den kommenden fünf Jahren aus Altersgründen ausscheiden, muss sichergestellt werden, dass das vorhandene Spezial- und Fachwissen gezielt weitergegeben wird. Durch den Beschluss der Vollversammlung vom 17.12.2014, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02095 „Stellenzuschaltung für die Beschleunigung der U-Bahn-Planungen“ wurden hierfür die Voraussetzungen geschaffen, da durch den Stadtrat einarbeitungsbedingte Parallelvorhaltungen bewilligt wurden.

Die Gewinnung von Bauingenieurinnen und -ingenieuren für die Bereiche Tiefbau und Ingenieurbau des Baureferates gestaltet sich in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger. Auf Grund der zunehmenden Herausforderungen bei der Personalgewinnung hält es das Baureferat für erforderlich, hierbei neue Wege zu beschreiten und bietet ab 2016 in Kooperation mit der Hochschule München das duale Studium zum Bauingenieurwesen an. Das Baureferat verfolgt mit dem dualen Studium künftig das Ziel, zumindest einen großen Teil des sich aus der Fluktuation ergebenden Personalbedarfs zu decken. Hierfür sollten nach einer Analyse der Fluktuationsquoten der vergangenen Jahre jährlich fünf Studierende gewonnen werden können.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

entfällt

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
520114	Baudienstleistungen für städtische Hochbauten	Finanzen	Produkt- gesamterlöse	47.204	48.675	+1.471	+3,1%	2.1.2.1
			Produkt- gesamtkosten	49.354	50.398	+1.044	+2,1%	
		Menge	Neubau und Generalin- standsetzung Bauunterhalt	275.078	212.535	-62.543	-22,7%	
				84.954	101.741	+16.787	+19,8%	
				6.845	5.757	-1.088	-15,9%	
520201	Bereitstellen von öffentlichen Verkehrsflächen	Finanzen	Produkt- gesamterlöse	84.397	90.818	+6.421	+7,6%	2.1.2.2
			Produkt- gesamtkosten	299.939	317.764	+17.825	+5,9%	
520401	Bereitstellen von öffentlichen Grün- und Spielflächen	Finanzen	Produkt- gesamtkosten	71.689	78.769	+7.080	+9,9%	2.1.2.3
		Menge (Std.)	PL 5 Beratung und Service	6.614	8.251	+1.637	+24,8%	
520402	Dienstleistungen für städtische Freiflächen	Finanzen	Produkt- gesamterlöse	14.271	13.433	-838	-5,9%	2.1.2.4
			Produkt- gesamtkosten	15.894	18.472	+2.578	+16,2%	
		Menge (Std)	PL 3 Bereitstellen von Pflanzen	60.373	41.747	-18.626	-30,9%	
520501	Errichten und Verpachten von U-Bahn-Infrastrukturanlagen	Finanzen	Produkt- gesamterlöse	438.826	509.692	+70.866	+16,1%	2.1.2.5
			Produkt- gesamtkosten	329.037	372.829	+43.792	+13,3%	
520502	Bereitstellen von Ingenieurbauwerken inkl. deren bauwerks-spezifischer Ausstattung	Finanzen	Produkt- gesamterlöse	18.012	12.838	-5.174	-28,7%	2.1.2.6
			Produkt- gesamtkosten	93.040	82.765	-10.275	-11,0%	
520503	Bereitstellen von Gewässern und wasserbaulichen Anlagen	Finanzen	Produkt- gesamtkosten	10.151	11.643	+1.492	+14,7%	2.1.2.7

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520114 – Baudienstleistungen für städtische Hochbauten

Die steigende Auftragslage der HA Hochbau, insbesondere durch die IHKM-Maßnahmen sowie die Sonderprogramme im Bauunterhalt im Bereich des Referates für Bildung und Sport (z. B. WC-Sanierung, Fachlehrsaaalsanierung etc.), spiegelt sich in den Kosten und in den verrechneten Eigenleistungen wider.

Die IST/PLAN-Abweichung bei den Leistungsmengen „Neubau und Generalinstandsetzung“ und „Bauunterhalt“ resultiert vor allem daraus, dass IHKM-Maßnahmen (Stromsparen, Energieeffiziente Gebäudehüllen- und Heizungsanlagensanierung), Pauschalen für das Grundleitungssanierungsprogramm investiv geplant wurden. Die Ist-Buchungen erfolgten jedoch im Aufwand, da die zu Grunde liegenden Sachverhalte entsprechend der städtischen Buchungsvorgaben nachträglich als konsumtiv eingestuft wurden.

Die stadtweite Planung der Leistungen im Haustechnischen Betrieb erfolgte zu optimistisch.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520201 Bereitstellen von öffentlichen Verkehrsflächen

Folgende Gründe sind für die Erhöhung der Produktgesamterlöse insbesondere maßgeblich:

- Die Einnahmen aus dem Parkraummanagement stiegen überdurchschnittlich in den Wintermonaten, was auf die milde Witterung zurückzuführen ist.
- Die Einnahmen für die Außenwerbung auf dem Straßengrund lagen höher als geplant.
- Bei den Serviceleistungen im Auftrag von Dritten für bauliche Veränderungen an der Straßeninfrastruktur wurden höhere Einnahmen erzielt.

Bei den Produktgesamtkosten sind für die IST/PLAN-Abweichung vor allem folgende Sachverhalte ausschlaggebend:

- Im Jahr 2014 wurde einmalig ein Ablösebetrag an die Autobahndirektion Südbayern für die Erhaltungsmehrkosten von Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld des Fußballstadions Fröttmaning gezahlt.
- Die Eigenleistungen für den Straßenunterhalt fielen aufgrund des milden Winters höher als geplant aus. Im Gegensatz bewirkte dies niedrigere als geplante Eigenleistungen beim Winterdienst.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520401 Bereitstellen von öffentlichen Grün- und Spielflächen

Die gestiegenen Produktgesamtkosten beruhen im Wesentlichen auf durchgeführten Bauunterhaltsmaßnahmen, die dem Erhalt des Bestands bei öffentlichen Grün- und Spielflächen dienen und der Bildung einer Rückstellung für eine ggf. notwendige Altlastensanierung der Kleingartenanlagen SO 06 und SO 07 an der Balanstraße.

Insbesondere die Organisation und die Durchführung der Jubiläumsfeier „175 Jahre Flaucheranlagen und Stadtgärtnerei“ führten dazu, dass bei der Produktleistung „Beratung und Service“ mehr Stunden geleistet wurden als geplant.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520402 Dienstleistungen für städtische Freiflächen

Die Produktgesamterlöse sanken, da bei der Produktleistung „Bereitstellen von Pflanzen“ geringere Erlöse erzielt wurden. Diese Erlöse können nur mittels Erfahrungswerten kalkuliert werden, da sie stark von Anzahl, Umfang und Fortschritt einzelner Baumaßnahmen abhängig sind.

Vor allem umfangreiche Projekte im Rahmen des Hochbauunterhaltes in den Stützpunkten Sachsenstr. 9, Isarauen 10 und Eduard-Schmid-Str. 36 führten zu gestiegenen Produktgesamtkosten.

Bei der Produktleistung „Bereitstellen von Pflanzen“ wurden aufgrund verstärktem Arbeitsanfall und Übernahme von Zusatzaufgaben im SAP-Modul CATS weniger Stunden erfasst als geplant.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520501 Errichten und Verpachten von U-Bahn-Infrastrukturanlagen

Die IST/PLAN-Abweichung bei den Produktgesamterlösen ist insbesondere auf die höhere Konzernsteuerumlage der Stadtwerke München GmbH zurückzuführen (siehe auch Ziffer 1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen).

Die gestiegenen Produktgesamtkosten basieren im Wesentlichen auf höheren Gewerbe- und Körperschaftssteuerzahlungen an die Stadtwerke München GmbH (siehe auch Ziffer 1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen).

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520502 Bereitstellen von Ingenieurbauwerken inkl. deren bauwerksspezifischer Ausstattung

Sowohl die Zuschüsse als auch die Baukosten des Richard-Strauss-Tunnels (Mittlerer Ring Ost) wurden noch nicht aktiviert. Hieraus ergeben sich insbesondere die IST-PLAN-Abweichungen bei den Erlösen (sonstige Erlöse) und den Kosten (kalkulatorische Kosten).

2.1.2.7 Begründung zu Abweichung bei Produkt 520503 Bereitstellen von Gewässern und wasserbaulichen Anlagen

Die gestiegenen Produktgesamtkosten beruhen vor allem auf der erforderlichen umfassenden Zustandsuntersuchung der Isaruferbefestigungen im Stadtgebiet

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage ZIMAS zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Baureferat).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	6	7	+16,67%
Referatsziele	6	7	+16,67%
Stadtratsziele	6	7	+16,67%
Summe Ziele	18	21	+16,67%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
4. Bau der Nord-Süd-Grünverbindung auf der ehemaligen Olympia S-Bahntrasse westlich der Landshuter Allee zu der Münchner Seenplatte im Norden	75.00%	Der Beteiligungsworkshop hat im Juli 2014 stattgefunden. Vor Erstellen des Bedarfsprogramms mussten die Ergebnisse mit den Teilnehmern abgestimmt werden, was sich zeitaufwändiger als geplant, gestaltete. Das Ziel wird weiterverfolgt. Das Bedarfsprogramm wird dem Stadtrat voraussichtlich im 3. Quartal 2015 zur Entscheidung vorgelegt.
7. Alle Meilensteine sind erfüllt, um die vom Stadtrat vorgegebenen Projektziele für nachfolgende politisch bedeutsame Maßnahmen sicherzustellen:	97.00%	
7.1 Gymnasium Nord Neubau 7.2 Nordhaide – Errichtung Schulgebäude für BOS, FOS und Fachakademie 7.3 NS-Dokumentationszentrum Neubau 7.4 Neubau Feuerwache 4 7.6 Umgestaltung Pasing Zentrum 7.7 Straßentunnel Mittlerer Ring Südwest 7.8 Anwohner Tiefgarage Josephsplatz 7.9 Entwicklungsmaßnahme ehem. Prinz-Eugen-Kaserne; Verkehrserschließung einschließlich Verkehrsberuhigung in den bereits bestehenden westlich angrenzenden Wohngebieten.		Diese Ziele wurden erreicht.
7.5 Neubau Feuerwache 5	85.00%	Der Projektauftrag wurde von der Vollversammlung des Stadtrates am 26.06.2013 erteilt. Mit der Beschlussfassung verbunden war der Auftrag, die Nutzerbedarfe hinsichtlich Einsparpotentialen zu überprüfen

		<p>und das Ergebnis dem Stadtrat mit Projektgenehmigung erneut vorzulegen. Die Überarbeitung des Nutzerbedarfsprogrammes wurde im April 2014 mit dem Kommunalreferat abgestimmt.</p> <p>Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Die Projektgenehmigung wird dem Stadtrat voraussichtlich im 3. Quartal 2015 zur Entscheidung vorgelegt.</p>
7.10 Hachinger Bach	0.00%	<p>Die Projektgenehmigung und die Beauftragung der Ausführungsplanung erfolgte im Bauausschuss erst am 23.09.2014, da zusätzliche Auflagen aus dem Planfeststellungsbescheid eingearbeitet werden mussten.</p> <p>Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Mit der Ausführungsplanung wurde im 1. Quartal 2015 begonnen.</p>

4 Sonstiges

entfällt

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Kommunalreferat

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Der Rechenschaftsbericht umfasst nur die Einzahlungen und Auszahlungen bzw. Erträge und Aufwendungen der im Rahmen des sog. „Gemeindehaushaltes“ liegenden und damit nicht die außerhalb der allgemeinen Verwaltung in der Rechtsform eines Eigenbetriebes geführten betrieblichen Handlungsfelder. Die Ergebnisse des Abfallwirtschaftsbetriebes, der Markthallen und der Stadtgüter München werden gesondert im Rahmen der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe dargestellt und gewürdigt und erst später in einen konsolidierten Jahresabschluss (Art. 102a GO) der Stadt einfließen.

Im Haushaltsjahr 2014 waren es hauptsächlich drei Faktoren die auf die Entwicklung im Kommunalreferat maßgeblich Einfluss hatten.

Zum einen war und ist dies die Flüchtlingsthematik. Das Kommunalreferat ist dabei als Fachreferat für die Flächenbereitstellung zur Unterbringung der stetig angewachsenen Personenzahlen verbunden mit den unterschiedlichen Bedarfssituationen (z.B. die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge) zuständig. Nicht nur dass dabei erhebliche Finanzmittel (rund 5 Mio. € allein im KR) schnell verfügbar und eingesetzt werden mussten, sondern auch die geeignete Flächengewinnung zunehmend schwieriger wird. Das Kommunalreferat bemüht sich dabei intensiv durch hartnäckige Verhandlungen mit Vermietern das Ausufern der Bereitstellungskosten zu begrenzen. Dennoch müssen hier natürlich aus der Not auch Kompromisse akzeptiert werden. Stark involviert ist das Kommunalreferat auch in das „System Bayernkaserne“, das ohne die pragmatische Gesamtkoordination des Kommunalreferates so sicher nicht funktionieren würde.

Ein weiterer prägender Faktor in 2014 war die dynamische Entwicklung auf dem Immobilienmarkt. Nicht nur, dass auch hier die Befriedigung von Flächenbedarfen für die einzelnen „Task Forces“ (Ausbauoffensive Kita, KommPro usw.) immer schwieriger wird, so bedingen auch die sich rasant entwickelnden Grundstückspreise eine neue Ausgangslage. Umso wichtiger ist es daher, die vom Kommunalreferat seit Jahrzehnten solide und stetig betriebene langfristige Bodenvorratspolitik kontinuierlich fortzusetzen. Der auf den noch vorhandenen städtischen Flächen ruhende innerstädtische Flächenkonkurrenzdruck ist jedoch enorm und kann nicht immer für alle Beteiligten zufriedenstellend gelöst werden.

Schließlich lasten auf dem Immobilienbereich des Kommunalreferates immer noch die Ausgangsfehler des mfm. Dabei gibt es nicht nur organisatorische Probleme, sondern vorallem auch die personellen Unterdeckungen aus der seinerzeitig unzureichenden mfm- Personalzuschaltung belasten die Entwicklung des Facility Managements. Eine IT-technische Unterstützung, im mfm als absolute Grundvoraussetzung für die Zielerreichung identifiziert, steht auch drei Jahre nach der mfm-Umsetzung nicht zur Verfügung.

Im Haushaltsjahr 2014 hat das Kommunalreferat für die Stadt Grundstücke im Gesamtwert von 94 Mio. € (2013: 106 Mio. €) erworben und Grundvermögen mit einem Gesamterlös in Höhe von 237 Mio. € (2013: 122 Mio. €) veräußert.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die dem Kommunalreferat nach dem Geschäftsverteilungsplan der Landeshauptstadt München zugewiesenen Aufgaben wurden im Berichtsjahr ordnungsgemäß erfüllt.

Wie auch in den Jahren zuvor, sichert das Kommunalreferat durch eine vorausschauende Immobilienwirtschaft Raum zum Wohnen, Arbeiten und für künftige Entwicklungen der Stadt. Vermögens-

gegenstände im Immobilienbereich werden hierbei nur i. S. d. Art. 74 GO erworben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Im Rahmen der Veräußerung von Vermögensgegenständen findet Art. 75 GO Beachtung, wonach diese in der Regel nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Das Kommunalreferat macht bei dem Verkauf kommunaler Immobilien zur Sicherung preiswerten Wohnens und zur Sicherung der Existenz kleiner und ertragsschwacher Gewerbebetriebe von der gesetzlichen Ausnahme Gebrauch, diese auch „unter Wert“ zur Verfügung zu stellen. Die Vermögensgegenstände werden insbesondere durch die Bereiche Immobilienmanagement und Immobilienservice mit dem Facility Management pfleglich und wirtschaftlich verwaltet und ordnungsgemäß nachgewiesen, um dadurch den langfristigen Erhalt des städtischen Vermögens zu sichern. Dabei wird den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen gemäß Art. 61 GO Rechnung getragen.

Das Kommunalreferat erfüllt zudem mit seinen Eigenbetrieben wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und pflegt die Münchner Lebensqualität. Die sorgsame Verwaltung der Ressourcen garantiert die Lebensgrundlagen für diese und künftige Generationen. Dazu gehören die Versorgung der Münchner mit frischen Lebensmitteln, die Abfallwirtschaft und der Schutz der natürlichen Umgebung.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Referatsbereich – Buchungskreis 0175, 0176, 0177

1.2.1.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten			Entwicklung von 2013 auf 2014			
			Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+85.010	+74.832	-10.178	-11,97%
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+2.702.914	+2.543.428	-159.486	-5,90%
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	+33.362.951	+29.780.271	-3.582.680	-10,74%
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+1.470.519	+1.743.285	+272.766	+18,55%
7	+	Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+9.714.863	+9.489.753	-225.110	-2,32%
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	+127.831	+15.266	-112.565	-88,06%
S1	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	+47.464.088	+43.646.835	-3.817.253	-8,04%
9	-	Personalauszahlungen	+32.070.256	+37.526.271	+5.456.015	+17,01%
10	-	Versorgungsauszahlungen	0	+1	+1	-%
11	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	+103.648.692	+110.637.742	+6.989.050	+6,74%
12	-	Transferauszahlungen	+25.570.000	+8.015.000	-17.555.000	-68,65%
13	-	Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+5.633.146	+6.847.622	+1.214.476	+21,56%
14	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	+1.463	+1.463	-%
S2	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	+166.922.094	+163.028.099	-3.893.995	-2,33%
S3	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-119.458.006	-119.381.264	+76.742	-0,06%
15	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	+8.400.500	+8.358.365	-42.135	-0,50%
16	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	+7.968.249	+70.135	-7.898.114	-99,12%
18	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	+83.077	+83.077	-%
S4	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	+16.368.749	+8.511.577	-7.857.172	-48,00%
20	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	+153.192	+269.066	+115.874	+75,64%
21	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	+21.485.706	+32.975.976	+11.490.270	+53,48%
22	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	+1.339.455	+1.527.554	+188.099	+14,04%
23	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-%
25	-	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	+1.350.000	+18.036.077	+16.686.077	+1236,01%
S5	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	+24.328.353	+52.808.673	+28.480.320	+117,07%
S6	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-7.959.604	-44.297.096	-36.337.492	+456,52%
S7	=	Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-127.417.610	-163.678.360	-36.260.750	+28,46%
26a	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+	Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	=	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	-	Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	=	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	=	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-127.417.610	-163.678.360	-36.260.750	+28,46%
28	+	Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	-	Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	=	Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	-	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+	Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-39.873	-636.736	-596.863	+1496,91%
33	-	Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-27.627	+37.560	+65.187	-235,95%
S13	=	Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-12.246	-674.296	-662.050	+5406,26%
34	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	=	Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-127.429.856	-164.352.656	-36.922.800	+28,97%
35	+	Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	=	Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-127.429.856	-164.352.656	-36.922.800	+28,97%

1.2.1.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Einzahlungen:

Im Kommunalreferat hat sich die Gesamtsumme der **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** von 2013 auf 2014 um 3,82 Mio. € (- 8,04 %) vermindert.

Die **Privatrechtlichen Leistungsentgelte** verringern sich um - 3,58 Mio. € (- 10,74 %). Ein Auslöser hierfür ist der Wegfall der Mieteinnahmen durch den Verkauf der Parkgarage Hildegardstraße. Eine weitere Auswirkung auf die Reduzierung der Pachteinahmen hat die Neustrukturierung des Schlacht- und Viehhofareals. Die bisher erhobene interne Pacht von den MHM entfällt ab 2014.

Bei den **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** liegt ein enormer Rückgang um - 7,85 Mio. € (- 48,00 %) vor. Bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen** ist der Verkauf der Parkgarage Hildegardstraße im Jahr 2013 vereinnahmt (- 7,90 Mio. €; - 99,12 %).

Auszahlungen:

Die Gesamtsumme der **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** hat sich im Vergleich zum Vorjahr in Summe um - 3,89 Mio. € (- 2,33 %) verringert. Diese Veränderung von 17,55 Mio. € (- 68,65 %) resultiert bei den **Transferzahlungen** aus dem Zuschuss für die Mindestsanierung des Deutschen Theaters. Die Auszahlung orientiert sich am entsprechenden Baufortschritt. Desweiteren ist eine leichte Erhöhung bei dem Personalbestand im Rahmen der Umsetzung einiger personalrelevanten Stadtratsbeschlüsse u.a. in der Nachsteuerung zum Münchner Facility Management und Wohnen in München V zu verzeichnen, so dass sich die **Personalauszahlungen** um 5,45 Mio. € (+ 17,01 %) erhöht haben.

Die **sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** erfahren eine Steigerung i. H. v. 1,21 Mio. € (+ 21,56 %). Für das Parkhaus Hildegardstraße wurde eine Steuernachzahlung aus Vorjahren verbucht.

Bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** gibt es eine Steigerung i.H.v. 6,99 Mio. € (+ 6,74 %). Ursächlich hierfür sind die Instandhaltungsmaßnahmen für diverse Anwesen. Diese werden in Abstimmung mit dem Baureferat als technischer Dienstleister geplant und objektweise durchgeführt.

Im **investiven Bereich der Auszahlungen** liegt eine Steigerung i. H. v. 28,48 Mio. € (+ 117,07 %) vor. Diese wird bei den **Auszahlungen für Baumaßnahmen** durch den Neubau einer Feuerwache sowie der Fertigstellung des NS-Dokumentationszentrums bedingt (+ 11,49 Mio. €; + 53,48 %).

Bei den **Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** resultiert die Steigerung von 16,69 Mio. € (+ 1.236,01 %) aus der darin enthaltenen Darlehensgabe für das Technische Rathaus.

1.2.1.2 Zentrale Ansätze – Buchungskreis 0099

1.2.1.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+17.000	0	-17.000	-100,00%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	+25.645.518	+28.966.684	+3.321.166	+12,95%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+923.240	0	-923.240	-100,00%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+259.677	+6.579.187	+6.319.510	+2433,60%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	+4.858	0	-4.858	-100,00%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	+26.850.293	+35.545.871	+8.695.578	+32,39%
9	- Personalauszahlungen	0	0	0	-%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	+10.190.413	+14.049.244	+3.858.831	+37,87%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+5.033.359	+12.714.525	+7.681.166	+152,61%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	+15.223.772	+26.763.769	+11.539.997	+75,80%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	+11.626.521	+8.782.102	-2.844.419	-24,46%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	+5.401.200	+3.345.740	-2.055.460	-38,06%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	+223.288	+948.728	+725.440	+324,89%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	+113.739.566	+263.749.425	+150.009.859	+131,89%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	+119.364.054	+268.043.893	+148.679.839	+124,56%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	+106.351.757	+89.267.985	-17.083.772	-16,06%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	+168.981	+58.674.511	+58.505.530	+34622,55%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	+24.182.196	+43.966.716	+19.784.520	+81,81%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	+3.016.306	+37.921.999	+34.905.693	+1157,23%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	+133.719.240	+229.831.211	+96.111.971	+71,88%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-14.355.186	+38.212.682	+52.567.868	-366,19%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-2.728.665	+46.994.784	+49.723.449	-1822,26%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-2.728.665	+46.994.784	+49.723.449	-1822,26%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-2.530	-245	+2.285	-90,32%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	0	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-2.530	-245	+2.285	-90,32%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-2.731.195	+46.994.539	+49.725.734	-1820,66%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-2.731.195	+46.994.539	+49.725.734	-1820,66%

1.2.1.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Einzahlungen:

Die Gesamtsumme der **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** hat sich um 8,69 Mio. € erhöht (+ 32,39 %).

Die Veränderung resultiert aus der Steigerung bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** um 3,3 Mio. € (+ 12,95 %), da es einmalige Einzahlungen aus einer Dienstbarkeit (Benutzungsrecht) im 2. Stadtbezirk gab.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** gingen Infrastrukturkostenbeiträge (z.B. für das Meiller-Gelände) im Vorjahr i.H.v. 0,92 Mio. € ein. Diese sind unregelmäßig und nicht planbar und entfallen im Berichtsjahr. Die Verfahren dauern teilweise einige Jahre und so können Einzahlungen für abgeschlossene Verfahren ggf. erst in den Folgejahren eingehen.

Auch bei den **sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** gibt es eine deutliche Steigerung von + 6,32 Mio. € (+ 2.433,60 %). Diese resultieren aus den Mehreinnahmen der Wohnungsverwaltung der Wohnungsbaugesellschaften.

Es ergaben sich auch Veränderungen im investiven Bereich. Die Gesamtsumme der **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** hat sich um 148,68 Mio. € (+ 124,56 %) erhöht.

Zudem gab es im Bereich der **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen** eine deutliche Steigerung i. H. v. 150,01 Mio. € (+ 131,89 %). Die Grundstücksverkäufe beim Entwicklungsareal Funkkaserne sind nun großteils abgeschlossen. Die Reduzierung bei den **Einzahlungen aus Investitionszuwendungen** (-2,06 Mio. €, - 38,06 %) ist durch die schwankenden Zuwendungen für Ersteinrichtungskosten bei Baumaßnahmen im Sozialbereich sowie durch die Zuwendungen zur Finanzierung selbst bedingt.

Auszahlungen:

Die Veränderungen bei den **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** beruhen auf der Erhöhung der **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** i. H. v. 3,86 Mio. € (+ 37,87 %), die insbesondere auf die Mehrnutzungen in der Bayernkaserne (z.B. Flüchtlinge) zurückzuführen sind. Im Entwicklungsareal Riem werden die Auszahlungen an die MünchenRiemGesellschaft für Bauleistungen verbucht. Diese ändern sich je nach der Menge der umgesetzten Baumaßnahmen für das Areal.

Im Bereich der **sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** geht die deutliche Steigerung von + 7,68 Mio. € (+ 152,61 %) auf die Archäologischen Grabungen in Freiham, sowie Freimachungs- und Sanierungstätigkeiten in der Prinz-Eugen-Kaserne zurück.

Im Bereich der investiven Auszahlungen resultiert die hohe Steigerung der **Auszahlungen für Baumaßnahmen** (Erhöhung um 58,51 Mio. €, +34.622,55 %) daraus, dass noch eine Kreditablösung an den Maßnahmeträger München-Riem (Messe Riem) erfolgte, die weiteren Veränderungen der investiven Auszahlungen hängen mit den unvorhersehbaren Schwankungen bei der Abwicklung von Immobiliengeschäften sowie der Unterstützung von Entwicklungsmaßnahmen in diesem Bereich zusammen. Damit war in 2013 eine Reduzierung der **Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken** i. H. v. 17,08 Mio. € (- 16,06 %) sowie eine Steigerung bei den **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen** i. H. v. 19,78 Mio. € (+ 81,81 %) verbunden. Diese ist auf die steigenden Ankäufen von Belegungsrechten nach dem München Modell zurückzuführen. Bei den **Investitionsförderungsmaßnahmen** wurden erhöhte Zuwendungen von 34,91 Mio. € (+ 1.157,23 %) vorrangig für die Bezuschussung privater Wohnungsbaugesellschaften für den sozialen Wohnungsbau geleistet.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Referatsbereich – Buchungskreis 0175, 0176, 0177

1.2.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+21.200	+21.200	+74.832	+53.632	+252,98%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+2.227.000	+2.227.000	+2.543.428	+316.428	+14,21%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	+37.052.900	+36.839.000	+29.780.271	-7.058.729	-19,16%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+1.579.900	+1.929.900	+1.743.285	-186.615	-9,67%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+7.933.200	+7.933.200	+9.489.753	+1.556.553	+19,62%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	+127.800	+127.800	+15.266	-112.534	-88,05%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	+48.942.000	+49.078.100	+43.646.835	-5.431.265	-11,07%
9	- Personalauszahlungen	+37.260.600	+39.944.700	+37.526.271	-2.418.429	-6,05%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	+1	+1	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	100.719.900	102.197.000	+110.637.742	+8.440.742	+8,26%
12	- Transferauszahlungen	0	0	+8.015.000	+8.015.000	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.372.300	7.122.300	+6.847.622	-274.678	-3,86%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	+1.463	+1.463	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	+142.352.800	+149.264.000	+163.028.099	+13.764.099	+9,22%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-93.410.800	-100.185.900	-119.381.264	-19.195.364	+19,16%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	+8.073.000	+8.124.800	+8.358.365	+233.565	+2,87%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	+70.135	+70.135	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	+83.077	+83.077	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	+8.073.000	+8.124.800	+8.511.577	+386.777	+4,76%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	+269.066	+269.066	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	54.539.000	36.674.300	+32.975.976	-3.698.324	-10,08%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	723.600	849.000	+1.527.554	+678.554	+79,92%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	80.000	5.580.000	0	-5.580.000	-100,00%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	+18.036.077	+18.036.077	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	+55.342.600	+43.103.300	+52.808.673	+9.705.373	+22,52%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-47.269.600	-34.978.500	-44.297.096	-9.318.596	+26,64%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-140.680.400	-135.164.400	-163.678.360	-28.513.960	+21,10%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-140.680.400	-135.164.400	-163.678.360	-28.513.960	+21,10%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-636.736	-636.736	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	+37.560	+37.560	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-674.296	-674.296	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-140.680.400	-135.164.400	-164.352.656	-29.188.256	+21,59%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-140.680.400	-135.164.400	-164.352.656	-29.188.256	+21,59%

1.2.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Einzahlungen:

Die Gesamtsumme der **Einzahlungen** des Kommunalreferates im Bereich der **laufenden Verwaltungstätigkeit** liegt 5,43 Mio. € (- 11,07 %) unter dem Planansatz (einschließlich Nachtragshaushaltsplan).

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** reduzieren sich die Einzahlungen um - 7,06 Mio. € (- 19,16 %). Diese Differenz ist vorrangig bedingt durch den Wegfall der Mieteinnahmen der Parkgarage Hildegardstraße. Das Parkhaus wurde 2013 veräußert, beim Planansatz jedoch nicht entsprechend berücksichtigt. Desweiteren hat die Neustrukturierung des Schlacht- und Viehhofsareals und deren finanzielle Abbildung Auswirkungen auf die Pachteinnahmen. Diese entfallen ab 2014.

Die Mehreinnahmen aus der Wohnungsverwaltung durch die Wohnungsbaugesellschaften werden bei den **sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** vereinnahmt. Hier sind die tatsächlichen Einnahmen um + 1,56 Mio. € (+ 19,62 %) höher als die Planansätze.

Auszahlungen:

Der Planansatz (einschließlich Nachtragshaushaltsplan) bei den **Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit** wurde um 13,76 Mio. € (+ 9,22 %) überschritten. Ursächlich hierfür ist insbesondere, dass bei den **Transferzahlungen** zunächst kein Planwert für den Zuschuss zur Sanierung an die Deutsches Theater Grund- und Hausbesitz GmbH (DTGH) angesetzt wurde, da dieser investiv veranschlagt wird, die Zahlung erfolgte jedoch konsumtiv. Zur Nachtragsplanung wurde ein Planwert i.H.v. 5,58 Mio. € investiv eingestellt, der tatsächliche Zuschuss lag jedoch über diesem Planansatz. Die Deckung dieser Mehrauszahlungen erfolgte durch unverbrauchte Haushaltsauszahlungsreste der Vorjahre im Rahmen des genehmigten Gesamtbudgets.

Desweiteren liegt bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** eine Steigerung gegenüber dem Plan um 8,44 Mio. € (+ 8,26 %) vor. Diese Abweichung ist darin begründet, dass u. a. zusätzliche Mittel für die Instandhaltungsmaßnahmen für diverse Anwesen benötigt wurden.

Im investiven Bereich weichen die Auszahlungen um 9,71 Mio. € (+ 22,52 %) vom Planansatz ab. Bedingt durch die konsumtive Auszahlung des Zuschusses an die DTGH (siehe oben) weichen die Ist-Auszahlungen im Bereich der **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** entsprechend ab.

Zudem liegen die **Auszahlungen für Baumaßnahmen** 3,70 Mio. € (- 10,08 %) unter dem Planansatz, da sich der Baufortschritt bei einigen Baumaßnahmen verzögert und somit noch nicht zu einer Auszahlung im Berichtsjahr geführt hat.

Weiterhin ist bei den **Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** eine Darlehensgabe für das Technische Rathaus enthalten, die im Plan noch nicht berücksichtigt war.

1.2.2.2 Zentrale Ansätze – Buchungskreis 0099

1.2.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.594.000	21.594.000	+28.966.684	+7.372.684	+34,14%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.913.000	2.913.000	0	-2.913.000	-100,00%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	203.600	203.600	+6.579.187	+6.375.587	+3131,43%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.600	6.600	0	-6.600	-100,00%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	+24.717.200	+24.717.200	+35.545.871	+10.828.671	+43,81%
9	- Personalauszahlungen	0	0	0	0	-%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.189.200	12.592.700	+14.049.244	+1.456.544	+11,57%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.440.800	18.239.300	+12.714.525	-5.524.775	-30,29%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	200.000	0	-200.000	-100,00%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	21.630.000	+31.032.000	+26.763.769	-4.268.231	-13,75%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	+3.087.200	-6.314.800	+8.782.102	+15.096.902	-239,07%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	+2.619.700	+3.931.100	+3.345.740	-585.360	-14,89%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	907.200	+948.728	+41.528	+4,58%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	212.000.000	227.784.000	+263.749.425	+35.965.425	+15,79%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	+214.619.700	+232.622.300	+268.043.893	+35.421.593	+15,23%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	54.500.000	143.857.400	+89.267.985	-54.589.415	-37,95%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	50.000	63.272.800	+58.674.511	-4.598.289	-7,27%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.000.000	31.887.100	+43.966.716	+12.079.616	+37,88%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	12.000.000	39.530.700	+37.921.999	-1.608.701	-4,07%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	+76.550.000	+278.548.000	+229.831.211	-48.716.789	-17,49%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	+138.069.700	-45.925.700	+38.212.682	+84.138.382	-183,21%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	+141.156.900	-52.240.500	+46.994.784	+99.235.284	-189,96%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	+141.156.900	-52.240.500	+46.994.784	+99.235.284	-189,96%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-245	-245	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	0	0	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-245	-245	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	+141.156.900	-52.240.500	+46.994.539	+99.235.039	-189,96%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	+141.156.900	-52.240.500	+46.994.539	+99.235.039	-189,96%

1.2.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Einzahlungen:

Im Bereich des allgemeinen Grundvermögens betragen die Mehreinzahlungen aus **laufender Verwaltungstätigkeit** gegenüber dem Planansatz 10,83 Mio. € (+ 43,81 %).

Die Abweichung liegt zum einen bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** i. H. v. 7,37 Mio. € (+ 34,14 %) auf Grund der über dem Plan liegenden Einzahlungen aus Dienstbarkeiten (Benutzungsrechte) und Erlösen aus dem Schlacht- und Viehhofareal.

Abweichungen ergeben sich bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen**. Die Erlöse aus dem von den MHM bewirtschafteten Schlacht- und Viehhofareals i.H.v. 2,91 Mio. € wurden hier zwar geplant, tatsächlich gingen diese jedoch bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten ein.

Auch bei den **sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** gibt es eine deutliche Steigerung von +6,38 Mio. € (+ 3.131,43 %). Diese resultieren aus den Mehreinnahmen der Wohnungsverwaltung durch die Wohnungsbaugesellschaften.

Es ergaben sich auch Veränderungen im investiven Bereich. Die Gesamtsumme der **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen** erfährt eine deutliche Steigerung i. H. v. 35,97 Mio. € (+ 15,79 %). Die Grundstücksverkäufe beim Entwicklungsareal Funkkaserne sind nun großteils abgeschlossen. Eine exakte Planung der tatsächlichen Einzahlungen aus den Grundstücksgeschäften ist nicht möglich, weil die Kaufpreiszahlung so weit im Voraus nicht prognostiziert werden kann.

Auszahlungen:

Im Bereich der **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen zwei wesentliche Abweichungen zu den Planwerten vor.

Zum einen erhöhen sich die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** um + 1,46 Mio. € (+ 11,57 %).

Zum anderen verringern sich die **sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** um - 5,52 Mio. € (- 30,29 %). Aufgrund der grundsätzlich steigenden Bedarfe für Bewirtschaftungskosten wurde im Nachtrag nachgesteuert. Die Auszahlungen verschieben sich jedoch teilweise auf Folgejahre und führen somit zu tatsächlichen Minderauszahlungen.

Die **investiven Auszahlungen** liegen um 48,72 Mio. € (-17,49 %) unter dem Planansatz. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die **Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** nur schwer planbar sind, so dass sich hier eine Abweichung i. H. v. 54,59 Mio. € (- 37,95 %) ergibt. Einige Grundstückskäufe konnten nicht realisiert werden. Ebenso ergibt sich bei den **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen** eine Erhöhung gegenüber dem Plan i. H. v. 12,08 Mio. € (+ 37,88 %), weil hier Belegungsrechte für den geförderten Wohnungsbau erworben wurden.

Die **Auszahlungen für Baumaßnahmen** reduzieren sich um 4,60 Mio. € (- 7,27 %). Grund hierfür ist der verzögerte Baufortschritt bei einigen Baumaßnahmen der somit noch nicht zu einer Auszahlung im Berichtsjahr geführt hat.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	85.010	73.419	-11.591	-13,63%
3	+ Sonstige Transfererträge		0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.703.582	2.595.956	-107.626	-3,98%
5	+ Auflösung von Sonderposten	594.225	664.073	+69.848	+11,75%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	43.460.899	38.287.940	-5.172.959	-11,90%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.136.788	1.605.508	+468.720	+41,23%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	18.705.780	3.974.993	-14.730.787	-78,75%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	120.059	123.895	+3.836	+3,20%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	66.806.343	47.325.784	-19.480.559	-29,16%
11	- Personalaufwendungen	32.317.754	37.641.300	+5.323.546	+16,47%
12	- Versorgungsaufwendungen	9.837.940	10.818.728	+980.788	+9,97%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	109.111.324	114.475.443	+5.364.119	+4,92%
14	- Planmäßige Abschreibungen	25.191.321	24.926.740	-264.581	-1,05%
15	- Transferaufwendungen	25.570.000	8.015.000	-17.555.000	-68,65%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.128.344	3.109.486	-7.018.858	-69,30%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	212.156.683	198.986.697	-13.169.986	-6,21%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-145.350.340	-151.660.913	-6.310.573	+4,34%
17	+ Finanzerträge	148.326	30.656	-117.670	-79,33%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	15	1.463	+1.448	+9653,33%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	148.311	29.193	-119.118	-80,32%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-145.202.029	-151.631.720	-6.429.691	+4,43%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	2.274	0	-2.274	-100,00%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	-2.274	0	+2.274	-100,00%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-145.204.303	-151.631.720	-6.427.417	+4,43%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	153.515.463	161.050.437	+7.534.974	+4,91%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.101.881	69.502.603	-1.599.278	-2,25%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-62.790.721	-60.083.886	+2.706.835	-4,31%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die **ordentlichen Erträge** haben sich im Kommunalreferat (Hoheitsbereich) um 19,48 Mio. € (- 29,16 %) reduziert. Hier sind vorrangig die **sonstigen ordentlichen Erträge** zu berücksichtigen. Diese verzeichnen eine Minderung von 14,73 Mio. € (- 78,75 %). Grund hierfür sind die Mehrerlöse, die 2013 für den Verkauf der Parkgarage Hildegardstraße erzielt worden sind. Diese fallen in 2014 weg.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** kann auf die Ausführungen zum Teilfinanzhaushalt (siehe Ziffer 1.2.1.1.2) verwiesen werden.

Auch die **ordentlichen Aufwendungen** weisen eine Reduzierung i. H. v. 13,17 Mio. € (- 6,21 %) vor. Hier kann bezüglich der **Personal- und Transferaufwendungen, der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferaufwendungen** auf die Ausführungen zum Teilfinanzhaushalt (siehe Ziffer 1.2.1.1.2) verwiesen werden. Zudem wurden im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** Verluste aus der Restabwicklung des Wohnungsbeschlusses („Neuorganisation des städtischen

Wohnungs-bestandes“) verbucht, so dass sich eine Verminderung i. H. v. 7,02 Mio. € (- 69,30 %) ergibt. Des Weiteren wurde beim Verkauf des Parkhauses Hildegardstraße eine vormals gebildete Rückstellung aufgelöst.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	21.200	21.200	73.419	+52.219	+246,32%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.227.000	2.227.000	2.595.956	+368.956	+16,57%
5	+ Auflösung von Sonderposten	585.000	585.000	664.073	+79.073	+13,52%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.973.800	44.759.800	38.287.940	-6.471.860	-14,46%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.579.900	1.929.900	1.605.508	-324.392	-16,81%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	51.900	64.500	3.974.993	+3.910.493	+6062,78%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	123.895	+123.895	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	49.438.800	49.587.400	47.325.784	-2.261.616	-4,56%
11	- Personalaufwendungen	37.275.500	39.959.600	37.641.300	-2.318.300	-5,80%
12	- Versorgungsaufwendungen	14.197.400	9.432.500	10.818.728	+1.386.228	+14,70%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	103.976.800	105.453.900	114.475.443	+9.021.543	+8,55%
14	- Planmäßige Abschreibungen	24.233.100	24.233.100	24.926.740	+693.640	+2,86%
15	- Transferaufwendungen	0	0	8.015.000	+8.015.000	-%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	981.000	981.000	3.109.486	+2.128.486	+216,97%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	180.663.800	180.060.100	198.986.697	+18.926.597	+10,51%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-131.225.000	-130.472.700	-151.660.913	-21.188.213	+16,24%
17	+ Finanzerträge	138.300	138.300	30.656	-107.644	-77,83%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	1.463	+1.463	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	138.300	138.300	29.193	-109.107	-78,89%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-131.086.700	-130.334.400	-151.631.720	-21.297.320	+16,34%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	119.500	119.500	0	-119.500	-100,00%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	-119.500	-119.500	0	+119.500	-100,00%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-131.206.200	-130.453.900	-151.631.720	-21.177.820	+16,23%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	147.653.900	150.560.700	161.050.437	+10.489.737	+6,97%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	69.749.100	69.652.700	69.502.603	-150.097	-0,22%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-53.301.400	-49.545.900	-60.083.886	-10.537.986	+21,27%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die **ordentlichen Erträge** liegen mit einer Reduzierung von 2,26 Mio. € (- 4,56 %) unter, die **ordentlichen Aufwendungen** mit einer Erhöhung um 18,93 Mio. € (+ 10,51 %) über dem Planansatz.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** kann auf die Ausführungen zum Teilfinanzhaushalt (siehe Ziffer 1.2.2.1.2) verwiesen werden. Die starke Abweichung bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** i H. v. 3,91 Mio. € (+ 6.062,78 %) ist auf die nicht planbaren Mehrerlöse aus Grundstücksgeschäften zurückzuführen.

Für die Zuführungen für Pensionsrückstellungen wurde vom Personal- und Organisationsreferat ein zu geringer Planwert angesetzt, was im Vergleich zur tatsächlichen Zuführung, welche sich in

den **Versorgungsaufwendungen** niederschlägt, zu einer Erhöhung um 1,39 Mio. € (+ 14,70 %) führt. Bei den Veränderungen der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** sowie bei den **Transferaufwendungen** kann wieder auf die Ausführungen zum Teilfinanzhaushalt (siehe Ziffer 1.2.2.1.2) verwiesen werden.

Weiterhin ist die Planabweichung bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** (+ 2,13 Mio. €, + 216,97 %) dadurch bedingt, dass es sich hierbei vorrangig um nicht planbare Aufwendungen, wie Pauschalwertberichtigungen oder Steuernachzahlungen, handelt.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	4.387	3.655	732
Personalauszahlungen	411	0	411
unverbrauchte Schenkungsmitel	47	0	47
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	596	0	596
Gesamt	5.441	3.655	1.786

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Die Entnahmen im Haushaltsjahr 2014 beinhalten eine lokale Sperre i. H. v. 681 Tsd. €. Diese wurde nötig, da eine im Haushaltsjahr 2011 gebildete Rückstellung für die Haushaltsplanaufstellung der Folgejahre nicht berücksichtigt wurde. Die restlichen Entnahmen i. H. v. 2.974 Tsd. € wurden zur Deckung überschrittener Deckungsblöcke verwendet.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel wurden im Kommunalreferat (Hoheitsbereich) keine Haushaltsausgabereste auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 0 €) übertragen.

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel wurden bei den zentralen Ansätzen keine Haushaltsausgabereste auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 0 €) übertragen.

1.4.3 Investive Reste

Im Kommunaleferat (Hoheitsbereich) wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 10.095 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 9.280 Tsd. €) übertragen.

Im Bereich der zentralen Ansätze wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 5.055 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 885 Tsd. €) übertragen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	807	710	+5,60%	403	448	851	371	379	750
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	6	6	-33,33%	4	0	4	4	0	4
Beschäftigte Gesamt	813	716	+5,28%	407	448	855	375	379	754

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Kommunalreferat** 2014 eine Unterschreitung von **7,38 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	12.590	+136,82%	31.155	29.816	-4,30%
mfm *	15.214	-%	0	0	-%
Reinigungsservice **	4.659	+53,83%	8.770	7.167	-18,28%
Stiftung Alte Heimat	101	-1,98%	110	99	-10,00%
Summe Referat	32.564	+13,87%	40.035	37.082	-7,38%

* Ab 2014 mfm im Deckungsbereich

** Ab 2013 Schulhausreinigung inkl. Klinikum GmbH

Die Auszahlungen des Deckungsbereich beim Kommunalreferat unterschreiten den Planansatz um 4,30 %. Die Unterschreitung liegt unterhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restefonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-164	-120	-26,83%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	7.809	8.691	+11,29%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	7.645	8.571	+12,11%
Beihilferückstellung Auflösung	-28	-20	-28,57%
Beihilferückstellung Zuführung	1.481	1.648	+11,28%
Belastung Beihilferückstellung	1.453	1.628	+12,04%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-103	-90	-12,62%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	548	480	-12,41%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	445	390	-12,36%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-328	0	-0%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	332	213	-35,84%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	4	213	+5225,00%
Gesamt	9.547	10.802	+13,15%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung des Kommunalreferates sind gewisse wirtschaftliche und finanzielle Risiken, insbesondere beim Erwerb und der Veräußerung von Immobilien sowie beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen oftmals nicht vermeidbar. Wie auch in der Vergangenheit ist es auch in 2014 gelungen, diese Risiken, insbesondere im Hinblick auf die Erreichung der damit verbundenen städtischen Ziele, auf ein verantwortbares Maß bei gleichzeitiger höchstmöglicher Interessenssicherstellung für die Stadt zu beschränken.

Die eingangs unter 1.1.1 „Referatsspezifische Entwicklung“ erwähnten aktuell beherrschenden Themen stellen dabei die dominierenden Risiken dar. Chancen werden in den vom Kommunalreferat in Vorbereitung befindlichen Verbesserungsvorschlägen zum mfm und der begonnenen AK-Verwaltungsoptimierung des Stadtrates gesehen.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Nach dem Abschluss des Haushaltsjahres 2014 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
54153	Geodaten	Finanzen	Gebühren/Entgelte	1.932	1.495	-437	-22,6%	2.1.2.1
	siehe oben	Finanzen	Steuerumlage	1.119	728	-391	-34,9%	2.1.2.1
	siehe oben	Menge	Amtliche Lagepläne	2.700	3.192	+492	+18,2%	2.1.2.1
	siehe oben	Menge	SoBoN Berechnung.	40	19	-21	-52,5%	2.1.2.1
	siehe oben	Menge	Umlageverfahren	3	5	+2	+66,7%	2.1.2.1
	siehe oben	Menge	Bebauungsplanausfertigungen	20	11	-9	-45,0%	2.1.2.1
54200	Beteiligungsmanagement Kommunalreferat	Finanzen	Beteiligungskosten	1.077	870	-207	-19,2%	2.1.2.2
	siehe oben	Finanzen	sonstige Kosten	0	8.000			2.1.2.2
54300	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Finanzen	Gebühren/Entgelte	42.721	37.127	-5.594	-13,1%	2.1.2.3
	siehe oben	Finanzen	Erl. ILV	145.418	151.748	+6.330	+4,4%	2.1.2.3
	siehe oben	Finanzen	sonstige Erl.	3.738,00	5.695,00	+1.957	+52,4%	2.1.2.3
	siehe oben	Finanzen	Betriebs- und Instandhaltungskosten	125.604	131.287	+5.683	+4,5%	2.1.2.3
	siehe oben	Finanzen	Abschreibungen/Zinsen	77.466	75.691	-1.775	-2,3%	2.1.2.3
54500	Allgemeines Grundvermögen	Finanzen	Gebühren/Entgelte	17.601	25.231	+7.630	+43,4%	2.1.2.4
	siehe oben	Finanzen	Sonstige	30.727	243.434	+212.707	+692,2%	2.1.2.4
	siehe oben	Finanzen	Kosten	30.899	33.623	+2.724	+8,8%	2.1.2.4
	siehe oben	Finanzen	Abschreibungen/Zinsen	74.822	85.076	+10.254	+13,7%	2.1.2.4
	siehe oben	Finanzen	Aufw. Aus Veräußerungen	1.921	18.359	+16.438	+855,7%	2.1.2.4
	siehe oben	Qualität	Flächenres. Infrastruktur	359	267	-92	-25,6%	2.1.2.4
	siehe oben	Qualität	Erbbaurechte	90	150	+60	+66,7%	2.1.2.4

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
54500	Allgemeines Grundvermögen (Fortsetzung)	Leistungsm.	Flächenumsatz	35	17	-18	-51,4%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Strategische Vorratsfläche	24	7	-17	-70,8%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Einsatz Bildung, Soz., Kultur	5	4	-1	-20,0%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Summe Geldumsatz	27.000	21.000	-6.000	-22,2%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Flächenumsatz (op.)	32	20	-12	-37,5%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Wertschöpfung (Wohnen)	24	10	-14	-58,3%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	davon Wohnbauf. Freifinanziert	3	4	+1	+33,3%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Whg. freifinanziert	320	554	+234	+73,1%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Wohnungsbauflächen gefördert ha	2	6	+4	+200,0%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	davon Verkauf v. Flächen an städt. Wohnbaugesellschaften	1	3	+2	+200,0%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Whg. gefördert	147	711	+564	+383,7%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Einnahmeverzicht geförd.. Wohnungen	11.800	64.000	+52.200	+442,4%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	Gewerbeförderung ha	6	4	-2	-33,3%	2.1.2.4
	siehe oben	Leistungsm.	durch gez. Verkauf angesiedelte Gewerbebetr	22	18	-4	-18,2%	2.1.2.4

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 54153, Geodaten

Die Steigerung der Erlöse im Jahr 2014 ist nicht eingetroffen. Für 2015 wurde der entsprechende Planwert reduziert. Die Erlöse Steuerungsumlage war zu hoch als Planwert hinterlegt.

Die Steigerung der gefertigten Amtlichen Lagepläne über das Planziel von 2700 hinaus, ist auf die gestiegene Anzahl von Bauanträgen beim Planungsreferat zurückzuführen.

Die Fertigstellung der Tätigkeiten ist schwer planbar, z.B. laufen Umlegungsverfahren im

Mittelwert ca. 2,5 Jahre.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 54200, Beteiligungsmanagement

Der tatsächliche Betreuungsaufwand 2014 weicht von den aktuell in Paul@ hinterlegten Anteilen und den verrechneten Anteilen ab.

Der Zuschuss an die DTGH zur Mindestsanierung des DT wurde investiv veranschlagt. Die Auszahlung bei den „sonstigen Kosten“ wurde aus diesen Mitteln gedeckt.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 54300, Grundstücks- und Gebäudemanagement

Die Stellenbesetzungsverfahren und -umsetzungen in Folge von mfm dauerten teilweise länger, deshalb sind noch nicht alle Stellen besetzt. Zusätzlich sind Stellen nur teilweise besetzt.

Die Miet- und Pachteinahmen konnten nicht in der geplanten Höhe realisiert werden.

Bei den sonstigen Erlösen kam es aufgrund des Verkaufs von unbebauten Sachanlagen sowie der Auflösung von Rückstellungen zu einer Erhöhung, ebenso erhöhte sich die Interne Leistungsverrechnung (ILV) gegenüber dem Planwert. Gegenüber dem Ist des Vorjahres ergab sich keine Erhöhung.

Die Unterhaltsaufwendungen haben sich erhöht.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 54500, Allgemeines Grundvermögen

Die Erträge Gebühren und Entgelte haben sich wegen gestiegener und vorher nicht vollständig eingeplanter Benutzungsgebühren des Schlacht- und Viehhofs, der Mieteinnahmen, unter anderem der Wohnbaugesellschaften, sowie Pachteinahmen erhöht.

Grundstücksgeschäfte zum Strategischen Vorratserwerb als auch Transfers sind wegen politischer Relevanz und zu beachtender städtischer Nutzungs- und Kundeninteressen schwer planbar (Erlöse).

Die Steigerung der allgemeinen Kosten wurde durch die Bayernkaserne ausgelöst, die Erhöhung der kalk. Kosten z.B. aufgrund der vergebenen Zuwendungen. Die höheren Aufwendungen wegen Veräußerungen aufgrund der Verbuchung einer Sacheinlage an die GWG.

Die Flächenreserve Infrastruktur reduzierte sich aufgrund einer Flächenabgabe an das Baureferat (3-Seenplatte). Die Erbbaurechte erhöhten sich aufgrund des Übertrags durch das Städt. Klinikum München GmbH in den Buchungskreis 0099.

Der reduzierte Flächenumsatz (operativ) wird sich durch Stellenbesetzungen normalisieren, jedoch grundsätzlich besteht wie bei Wertschöpfung (Wohnen) eine restriktivere Verkaufshaltung wegen eigener Bedarfe.

Die Steigerung erfolgte wegen verstärktem Wohnungsbau und erhöhter Vermarktungstätigkeit nach erfolgten Stellenbesetzungen.

Der erhöhte Planwert 2014 entstand aufgrund einmalig erhöhtem Wert in 2013, voraussichtlich tritt jetzt eine Normalisierung ein.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage Ziele zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Kommunalreferat).

Ab 2014 hat das Kommunalreferat seine langfristigen Ziele in fünf Perspektiven einer Balanced Scorecard umgesetzt (vgl. VV 18.12.2013)

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	20	44	+120,00%
Referatsziele	0	0	-%
Stadtratsziele	6	5	-16,67%
Summe Ziele	26	49	+88,46%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
<p>Kunden</p> <p>Das Kommunalreferat unterstützt seine Kunden durch qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Dies gewährleisten motivierte und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie klare Rahmenbedingungen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.</p>	70%	<ul style="list-style-type: none"> - Die Durchführung der Workshops mit allen städtischen Mieterreferaten zur Optimierung der Prozesse konnte aufgrund höherer Priorisierung von anderen Zielen nicht vorgenommen werden. - Die Evaluierung der Serviceleistungen der Forstverwaltung (FV) wurde auf 2015 verschoben. - Die Eröffnung eines zusätzlichen Wochenmarktes (Markthallen München – MHM) verschob sich. <p>Alle Handlungsziele werden 2015 weiterverfolgt.</p> <p>Der Bearbeitungsstand wird regelmäßig überprüft und ggf. werden durch die Referatsleitung Maßnahmen getroffen.</p>
<p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</p> <p>Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalreferates erfüllen die an sie gestellten Anforderungen kompetent, eigenverantwortlich und engagiert. Die Führungskräfte unterstützen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch einen klaren Führungsstil und eine ständige Optimierung der Rahmenbedingungen.</p>	75%	<ul style="list-style-type: none"> - Bis 31.12.2014 sind alle Mitarbeiterinnen im Geschäftsbereich kaufmännische Dienstleistungen parallel zur Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse geschult. Dieser Punkt verschob sich aufgrund Sonderthemen wie Flüchtlingsunterbringung, Schulbauoffensive, KITAS - Die Erweiterung und Optimierung des Compliance Konzeptes des Kommunalreferat verschob sich aufgrund fehlernder Personalkapazitäten. - Die demographische Entwicklung wurde analysiert, jedoch ist die Umsetzung von geeigneten betrieblichen Maßnahmen beim AWM noch nicht abgeschlossen.. <p>Alle Handlungsziele werden 2015 weiterverfolgt.</p> <p>Der Bearbeitungsstand wird regelmäßig überprüft und ggf. werden durch die Referatsleitung Maßnahmen getroffen.</p>
<p>Wirtschaftlichkeit</p> <p>Das Kommunalreferat trägt durch effizienten Einsatz von Ressourcen zum Erhalt der wirtschaftlichen</p>	70 %	<ul style="list-style-type: none"> - Die vorgesehene Erhebung und Analyse der mfm-Kennzahlen musste angesichts der fehlenden IT-Unterstützung zurückgestellt werden. - Der Kooperationsvertrag mit der

<p>Leistungsfähigkeit der Kommune bei, insbesondere im (neuen) Facility Management.</p>		<p>Bayerischen Vermessungsverwaltung wurde verschoben, da die Datenübergabe in das dortige Datenmodell erst Ende 2015 vorgesehen ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das bereinigte Betriebsergebnis (ohne kalkulatorische Kosten) der Forstverwaltung war nicht ganz ausgeglichen, da die Erlöse nicht wie erhofft gesteigert werden konnten. - Die Überarbeitung des Geschäftsmodells der MHM ist noch nicht ganz abgeschlossen. - Die nachlaufenden Projektarbeiten aus der Mindestsanierung des Deutschen Theaters sind noch nicht vollständig abgeschlossen, da noch nicht alle Schlussrechnungen vorliegen. <p>Alle Handlungsziele werden 2015 weiterverfolgt.</p> <p>Der Bearbeitungsstand wird regelmäßig überprüft und ggf. werden durch die Referatsleitung Maßnahmen getroffen.</p>
<p>Ökologie</p> <p>Das Kommunalreferat leistet einen wertvollen Beitrag zu einer nachhaltig ökologischen Entwicklung Münchens.</p>	75%	<ul style="list-style-type: none"> - Die mit dem Baureferat gemeinsame Erarbeitung eines Berichtssystems zur nachhaltigen Gebäudenutzung hat sich aufgrund Personalwechsels verzögert. - Der Zielwert für die Neupflanzungen der Forstverwaltung war irrtümlich zu hoch. Der erreichte Umfang entsprach den echten Vorgaben. - Die Erhöhung des Anteils der ökologisch fair gehandelten und regionalen Produkten im Rahmen von Neuvergaben der MHM wird laufend verfolgt. Jedoch gibt es hierzu keine expliziten Zahlen. - Die Evaluierung der Standorte/Arten zur Umsetzung des zweiten Münchner Ökokontos erfolgt erst 2015. <p>Alle Handlungsziele (bis auf FV/MHM) werden 2015 weiterverfolgt.</p> <p>Der Bearbeitungsstand wird regelmäßig abgefragt und ggf. werden durch die Referatsleitung Maßnahmen getroffen.</p>
<p>Prozesse</p> <p>Das Kommunalreferat optimiert seine Prozesse durch die Einführung eines Prozessmanagements. Damit werden Nahtstellen definiert und reduziert sowie Abläufe klar beschrieben und gesteuert.</p>	70%	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgrund der angespannten Auftragslage hat sich die Erarbeitung der Prozesse im Bewertungsamt verzögert. - Die Unterstützung der Prozesse der Forstverwaltung durch eine zukunftsfähige IT hat sich aufgrund hohem Abstimmungsaufwand teilweise verzögert. - Die Kernprozesse der Markthallen München (MHM) wurden noch nicht vollständig überarbeitet, da der Bereich die Überarbeitung umfassender vornimmt. - Die Definition und Dokumentation der Hauptprozesse der Stadtgüter München (SgM) benötigt mehr Arbeitszeit als geplant.

		Alle Handlungsziele werden 2015 weiterverfolgt.
		Der Bearbeitungsstand wird regelmäßig überprüft und ggf. werden durch die Referatsleitung Maßnahmen getroffen.

4 Sonstiges

Hierzu sind keine Erläuterungen veranlasst.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Kreisverwaltungsreferat

1 Referateebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Das Kreisverwaltungsreferat ist DAS Bürgerreferat der Landeshauptstadt München. Täglich suchen mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger die Dienststellen des Kreisverwaltungsreferates auf und wenden sich mit ihrem Anliegen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daneben steigen die schriftlichen, telefonischen und elektronischen Anfragen stetig an. Hier wandeln sich die Anforderungen, was ein Agieren und Reagieren der Stadt und des Referates erfordert.

Wie im Leitbild des Kreisverwaltungsreferates dargestellt, stehen die Menschen in München für das Referat und seine Beschäftigten im Mittelpunkt. Die Entwicklungen im Jahr 2014 und die damit verbundenen Finanzbedarfe gehen deshalb insbesondere einher mit einer Verbesserung der Sicherheit und Ordnung und des Bürgerservices, aber auch aller sonstigen Leistungen aus dem Portfolio des Kreisverwaltungsreferates.

Neben dem „Alltagsgeschäft“ war das Jahr 2014 von „Highlights“ geprägt, die z.T. erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsablauf, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Finanzen des Referates hatten.

- Eines der herausragenden Ereignisse für das Referat bzw. auch gesamtstädtisch war die Durchführung des zweiten Teils des „Wahlmarathons“. Als Nachwirkung aus dem Jahr 2013 mussten noch die Landtags- und Bezirkswahl und die Bundestagswahl nachbereitet werden. Zugleich hat die inhaltlich aufwändigste Wahlart, die Kommunalwahl mit ihren Teilen Wahl des Stadtrats, der Bezirksausschüsse und des Oberbürgermeisters, bereits zu Beginn des Jahres bis zur Durchführung am 16. März 2014 sehr viele Ressourcen gebunden. Nachdem bei der Wahl des Oberbürgermeisters keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erzielen konnte, musste das erste Mal seit Jahrzehnten wieder eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit dem höchsten Stimmergebnis stattfinden. Die Stichwahl wurde am 30. März 2014 durchgeführt. Hierzu waren zusätzliche Ressourcen erforderlich. Im Mai war dann noch die Europawahl abzuwickeln. Zudem mussten auf Grund eines möglichen Bürgerbegehrens gegen den Bau eines Islamzentrums Vorbereitungen getroffen werden, die zu finanziellen Auswirkungen geführt haben.
- Im Mai wurden die Sondernutzungsrichtlinien der Landeshauptstadt München liberalisiert und angepasst. Finanzielle Auswirkungen werden sich aber erst ab 2015 ergeben.
- Im Laufe des Jahres nahm die Flüchtlingsproblematik immer mehr zu, so dass hier erhebliche personelle und damit auch finanzielle Ressourcen gebunden wurden. Besonders der Bereich HA I-Sicherheit und Ordnung, HA III-Verkehrsmanagement-KVÜ und die HA IV-Branddirektion waren involviert. Daneben wurde ein Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE) unter Beteiligung des Kreisverwaltungsreferenten und weiterer hochrangiger Vertreter des Kreisverwaltungsreferates beim Oberbürgermeister ins Leben gerufen. Die referatsübergreifende „Task Force Unterbringung Flüchtlinge und Wohnungslose“ beschäftigte sich mit der zügigen Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge und Wohnungslose. Nach der Zuspitzung des Flüchtlingszustroms zum Jahresende mussten im Zusammenhang mit der Situation in der Bayernkaserne weitere Notunterkünfte geschaffen werden. Hier hat die Einsatzvorbeugung der Branddirektion einfache Mindestmaßnahmen

hinsichtlich des Brandschutzes festgelegt, die eine Nutzung z.B. von Hallen als Unterkunft ermöglichen.

Auch bei der provisorischen Ausweitung der Aufnahmestation leistete die HA IV Amtshilfe (rund 4.350 Stunden) bei der Einrichtung und Inbetriebnahme dieser Erstregistrierungsstelle durch Komplettaufbau von Einrichtung und Logistik.

- Im September wurde das Verkehrssicherheitskonzept durch den Stadtrat genehmigt. Damit wird eine umfassende Analyse und Maßnahmenentwicklung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in München auf den Weg gebracht.
- Im Rahmen der Eurocities Konferenz, die im November in München stattfand, wurde die erste Mobilitätsstation an der Münchner Freiheit in Betrieb genommen. Ergänzend und als Verknüpfung zu U-Bahn, Bus, Tram und Taxi stehen hier auch ausgewiesene CarSharing-Plätze für alle Anbieter bereit. Die Projektierung und Finanzierung erfolgte unter anderem durch das Kreisverwaltungsreferat.
- Die Schulbauoffensive wurde durch mehrere Beschlüsse des Stadtrates in 2014 auf den Weg gebracht an. Hier ist auch die Einsatzvorbeugung der Branddirektion intensiv betroffen, da zahlreiche sogenannte Schulpavillonanlagen brandschutztechnisch unter dem Aspekt der Lernhausstruktur mitentwickelt werden. Daraus sollen bundesweit Vorgaben insbesondere durch den Einsatz von Brandschutzingenieurmethoden (Ausnutzung von Brandsimulationen und Brandversuchen (Eurocode)) entstehen.
- Das Kreisverwaltungsreferat hat im Jahr 2014 Zuschüsse in der Höhe von 750 Tsd. € an die Tierheim München GmbH zur Errichtung eines Katzenhauses ausgereicht.

Neben diesen öffentlichkeitswirksamen herausragenden Ereignissen sind folgende „interne“ Maßnahmen ebenfalls von besonderer Bedeutung:

- Im Februar 2014 konnte nach intensiver Vorbereitung der sog. „Soziodemographie-Beschluss“ dem Stadtrat vorgelegt werden und stieß dort auf breite Zustimmung. Das Kreisverwaltungsreferat hat dargelegt, dass auf Grund der Entwicklung bei den bevölkerungsinitiierten Kennzahlen die Personalausstattung nicht mehr ausreichend war. Dadurch konnte eine Personalzuschaltung von 89 Stellen erreicht werden.
Die Personalgewinnung und die weiteren damit verbundenen Maßnahmen wie z.B. räumliche Unterbringung mussten und müssen im Nachgang des Beschlusses mit erheblichen Anstrengungen bewältigt werden.
Die Anstrengungen in diesem Bereich werden ständig fortgeführt.
- Zur Verbesserung sowohl der Situation für die Kundinnen und Kunden des Kreisverwaltungsreferates als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden zahlreiche IT-Vorhaben in Angriff genommen bzw. umgesetzt.
Beispielhaft seien hier genannt:
Etliche ältere Verfahren mussten umgestellt werden, da die Großrechner der Landeshauptstadt München abgestellt wurden.
Zur Ablösung des „Altverfahrens“ im Bereich Einwohnermeldewesen wurden umfangreiche Vorbereitungen für den Einsatz des neuen Verfahrens im Jahr 2015 getroffen, die sowohl personell für die Fachdienststelle als auch den Querschnitt des Referates und stadtweit und auch finanziell bedeutend sind.
Letzte Anpassungen des IT-Verfahrens im Bereich Waffenwesen wurden vorgenommen, so dass die Fachdienststelle gesetzliche Anforderungen erfüllen kann.

Angesichts der immer weiter wachsenden Bedeutung des E-Governments und der Optimierung der Arbeitsprozesse müssen die Anstrengungen hier weiter forciert werden und die Anforderungen personeller und finanzieller Art werden steigen.

- Die HA IV – Branddirektion hat als Ausfluss des Grundsatzbeschlusses vom 17.10.2013 „Grundstückssuche für die neuen Feuerwachen“ weitere Meilensteine zur Umsetzung des neuen Standortkonzept für die Feuerwachen der Berufsfeuerwehr München, das seit 2007 verfolgt wird, getroffen. Damit kann langfristig sichergestellt werden, dass unter Berücksichtigung des sog. Soziodemographischen Wandels der Hilfsfristerreichungsgrad von 10 Minuten nach dem Bay. Feuerwehrgesetz in der Regel eingehalten werden kann.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Das Kreisverwaltungsreferat konnte im Jahr 2014 die zu erfüllenden Aufgaben bewältigen, auch wenn erhebliche Zusatzbelastungen (siehe Punkt 1.1.1) zu schultern waren.

Wie in den vergangenen Jahren – 2013 war auch ein „Superwahljahr“ - lag die besondere Herausforderung darin, Alltagsgeschäft und die zusätzlichen Aufgaben so zu steuern, dass allen Belangen wenigstens halbwegs Rechnung getragen werden konnte. Dies gilt vor allem für das Spannungsfeld der nach außen gerichteten Kundinnen- und Kundenorientierung und der Binnensicht der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterorientierung unter der Maßgabe, immer die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

Wie bereits in diversen Beschlüssen (z.B. „Soziodemographie-Beschluss“ vom Februar 2014) dargestellt, hat das Kreisverwaltungsreferat hier zunehmend mit erheblichen Problemen zu kämpfen.

Die steigende Einwohnerzahl Münchens und die Wanderungsbewegungen innerhalb Münchens machen sich immer intensiver in einer vermehrten Kontaktierung des Referates deutlich.

Dies äußert sich vor allem in parteiverkehrsintensiven Bereichen in Form von langen Wartezeiten für die Kundinnen und Kunden.

Zudem steigen aber auch die Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso. Dieser Umstand konstituiert sich in den Ergebnissen der Umfrage „Great Place to work“. Gerade die Themenfelder Arbeitsbelastung und dadurch bedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen wurden im städtischen Standard unterdurchschnittlich bewertet.

Das Kreisverwaltungsreferat hat daher einen umfangreichen und intensiven Prozess zu diesem Thema gestartet, um entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen bzw. in einem stadtweiten Kontext auf den Weg zu bringen.

Letztendlich kommt die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmittelbar den Kundinnen und Kunden zu Gute.

Die Anstrengungen bezüglich einer Verbesserung und Optimierung sind aus zahlreichen Aktivitäten des Referates ablesbar.

So wurde z.B. im März 2015 dem Stadtrat eine umfangreiche Darstellung von Maßnahmen zur Vereinfachung und Unterstützung von Verwaltungsvorgängen vorgelegt. Der Stadtrat hat durch zusätzliche Aufträge das Referat in seinen Bestrebungen bestärkt.

Vor allem im IT-Bereich werden hier erhebliche Ressourcen auf allen Ebenen erforderlich sein.

Letztendlich sind diese Maßnahmen aber erforderlich, um die kommunale Aufgabenerfüllung auch in Zukunft gewährleisten zu können.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.684.364	1.938.612	+254.248	+15,09%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	72.843.425	71.514.381	-1.329.044	-1,82%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.203.121	11.937.646	+734.525	+6,56%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.001.191	2.794.056	+792.865	+39,62%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.599.360	14.851.071	+1.251.711	+9,20%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	101.331.461	103.035.766	+1.704.305	+1,68%
9	- Personalauszahlungen	175.188.374	159.346.104	-15.842.270	-9,04%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	71	+71	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	22.839.569	37.096.709	+14.257.140	+62,42%
12	- Transferauszahlungen	1.170.022	1.448.997	+278.975	+23,84%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.450.991	22.253.264	+2.802.273	+14,41%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	218.648.956	220.145.145	+1.496.189	+0,68%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-117.317.495	-117.109.379	+208.116	-0,18%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	17.858	733.685	+715.827	+4008,44%
16	+ Einzahlungen aus Invest.beiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	66.700	66.081	-619	-0,93%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	2.900	3.200	+300	+10,34%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	87.458	802.966	+715.508	+818,12%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.433.516	5.277.841	-155.675	-2,87%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	773.000	1.688.060	+915.060	+118,38%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	2.000	4.000	+2.000	+100,00%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	6.208.516	6.969.901	+761.385	+12,26%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-6.121.058	-6.166.935	-45.877	+0,75%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-123.438.553	-123.276.314	+162.239	-0,13%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-123.438.553	-123.276.314	+162.239	-0,13%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-109.701	-8.973.284	-8.863.583	+8079,76%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	-146	-146	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-109.701	-8.973.138	-8.863.437	+8079,63%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-123.548.254	-132.249.452	-8.701.198	+7,04%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-123.548.254	-132.249.452	-8.701.198	+7,04%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Für den Teilfinanzhaushalt sind die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Ist 2013 und 2014 auf der Ebene des Gliederungsschemas nach § 3 KommHV-Doppik zu erläutern.

Nachdem die Abweichungen zum Teil sehr kleinteilig sind und sich auch nur aus Gegenrechnungen ergeben, wurden die maßgeblichen Punkte herausgegriffen und dargestellt. Daher ist es möglich, dass die Werte der Abweichungen durch die beispielhafte Darstellung unter- oder überschritten werden.

Im Einzelnen sind folgende Abweichungen für den Ist-Vergleich des Teilfinanzhaushaltes zu erläutern:

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind in 2014 gegenüber 2013 um 793 Tsd. € gestiegen.

Dabei handelt es sich um die Kostenerstattungen des Freistaates Bayern für die Durchführung der Landtagswahl 2013 (Restzahlung zur Erstattung von 2013) sowie der Europawahl 2014. Die großen jährlichen Abweichungen bei dieser Einzahlungsart ergeben sich vor allem aufgrund der unterschiedlichen Turni der Wahlen und Abstimmungen. Deshalb ist eine Vergleichbarkeit der beiden Haushaltsjahre und weiterer Jahre mit Wahlmöglichkeiten nicht gegeben.

Die Personalauszahlungen sind 2014 um 15.842 Tsd. € niedriger als 2013.

Der größte Anteil der Reduzierung resultiert aus einer einmaligen Zahlung i.H.v. rund 23.000 Tsd. €. Auf Grundlage des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Themenkomplex „unionswidrige Zuvielarbeit“ musste die geleistete Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HA IV-Branddirektion in den Jahren 2001 bis 2008 einer Überprüfung unterzogen werden. In der Folge hat sich ein Anspruch auf monetären Ausgleich ergeben. Zum Abgleich dieser Ansprüche wurde in 2013 ein Vergleich in der Größenordnung von rund 23.000 Tsd. € erzielt, der zudem zum Abschluss eines Großteils der anhängigen Gerichtsverfahren führte. Die Konstellation wurde dem Stadtrat in der Sitzung am 05.06.2013 zur Beschlussfassung vorlegt. Ein maßgeblicher Teil der Steigerung beruht auf den Tarif- und Besoldungserhöhungen 2014.

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen sind 2014 um 14.257 Tsd. € höher als 2013.

Insbesondere liegt dies an den gestiegenen Auszahlungen an den zentralen IT-Dienstleister [it@M](#) (+11.846 Tsd. €). Die Auszahlungen an [it@M](#) schwanken jährlich, da es neben Verzögerungen bei der verwaltungsinternen Abstimmung immer wieder zu einem Verzug bei der Rechnungsstellung kommt. Zahlungswirksam konnten in 2013 nur 11.432 Tsd. € abgerechnet werden. Weitere noch 2013 betreffende Rechnungen wurden erst in 2014 zahlungswirksam gebucht, wobei aber auch noch Forderungen aus 2014 offen sind. Die übrigen Abweichungen sind kleinteilig.

Die sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind 2014 um 2.802 Tsd. € höher als 2013.

Unter anderem sind die Erstattungen an die Bundesdruckerei wegen Fallzahlensteigerungen – insbesondere im Bereich des Passwesens – um 1.338 Tsd. € gestiegen.

Zudem haben sich die Auszahlungen im Bereich des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements auf Grund von Stadtratsbeschlüssen um 358 Tsd. € gesteigert.

Die Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen sind in 2014 gegenüber 2013 um 915 Tsd. € gestiegen.

Bei den Auszahlungen handelt es sich um jeweils durch den Stadtrat genehmigte Einzelmaßnahmen. In 2014 wurden an die Park & Ride GmbH 1.165 Tsd. € mehr ausgezahlt als 2013. Für die Errichtung der P+R Anlage Aubing wurde 2014 z.B. ein Betrag in der Größenordnung von 413 Tsd. € aufgewendet. An den Tierschutzverein München wurden 2014 für den Bau des Katzenhauses 250 Tsd. € ausgezahlt. Dabei handelte es sich um eine einmalig genehmigte Nachfinanzierung des Zuschusses i.H.v. 500 Tsd. € aus dem Jahr 2013.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.580.000	1.878.000	1.938.612	+60.612	+3,23%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	70.619.300	69.911.300	71.514.381	+1.603.081	+2,29%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.700.400	10.700.400	11.937.646	+1.237.246	+11,56%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.679.200	1.679.200	2.794.056	+1.114.856	+66,39%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.173.100	14.173.100	14.851.071	+677.971	+4,78%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	98.752.000	98.342.000	103.035.766	+4.693.766	+4,77%
9	- Personalauszahlungen	150.014.700	158.435.100	159.346.104	+911.004	+0,58%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	71	+71	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.196.400	34.286.700	37.096.709	+2.810.009	+8,20%
12	- Transferauszahlungen	1.359.200	1.349.200	1.448.997	+99.797	+7,40%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.356.200	21.713.000	22.253.264	+540.264	+2,49%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	203.926.500	215.784.000	220.145.145	+4.361.145	+2,02%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-105.174.500	-117.442.000	-117.109.379	+332.621	-0,28%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	389.000	733.685	+344.685	+88,61%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	66.081	+66.081	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.600	1.600	3.200	+1.600	+100,00%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	1.600	390.600	802.966	+412.366	+105,57%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6.549.400	6.900.900	5.277.841	-1.623.059	-23,52%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	1.688.060	+1.688.060	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	4.000	+4.000	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	6.549.400	6.900.900	6.969.901	+69.001	+1,00%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-6.547.800	-6.510.300	-6.166.935	+343.365	-5,27%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-111.722.300	-123.952.300	-123.276.314	+675.986	-0,55%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-111.722.300	-123.952.300	-123.276.314	+675.986	-0,55%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-8.973.284	-8.973.284	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-146	-146	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-8.973.138	-8.973.138	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-111.722.300	-123.952.300	-132.249.452	-8.297.152	+6,69%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-111.722.300	-123.952.300	-132.249.452	-8.297.152	+6,69%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Folgende Abweichungen für den Ist-Plan Vergleich des Teilfinanzhaushaltes sind zu erläutern:

Auch hier wurden wieder die nennenswerten Abweichungen herausgegriffen.

Der Plan bei den Privatrechtlichen Leistungsentgelten wurde durch das Ist um 1.237 Tsd. € überschritten.

Die geleisteten Ersätze der Krankenkassen für den Betrieb des Rettungsdienstes sind um 430 Tsd. € höher als der Plan. Das Ergebnis der jährlich Neuverhandlung der Ersätze konnte wegen der zeitlichen Komponente nicht mehr geplant werden. Zudem hat die P+R GmbH in 2014 nicht benötigte Betriebsmittelzuschüsse aus dem Jahr 2013 i.H.v. 245 Tsd. € zurückgezahlt.

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ist das Ist um 1.115 Tsd. € höher als der Planansatz.

Es wurde davon ausgegangen, dass die zweite Tranche der Erstattungen vom Land für die Landtagswahl 2013 i.H.v. 611 Tsd. € bereits in 2013 zahlungswirksam wird. Zudem wurde der zweite Teil der Erstattungen vom Land für die Europawahl 2014 i.H.v. 576 Tsd. € erst in 2016 erwartet. Deshalb ergab sich eine Abweichung von Ist und Plan in 2014 und eine Abweichung zu 2013.

Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen liegen 1.623 Tsd. € unter dem Plan.

Es konnten nicht alle geplanten Beschaffungen getätigt werden. Vor allem bei der HA IV-Branddirektion verschieben sich die Beschaffungen im Fahrzeugbereich über die betrachtete Jahresscheibe hinaus.

Die Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen wurden bis zum Jahr 2014 nicht geplant. Deshalb ist kein Planansatz vorhanden.

Im Vollzug wurden aber von der Stadtkämmerei genehmigte Auszahlungen i.H.v. 1.688 Tsd. € getätigt.

Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Auszahlung von Stellplatzablösemitteln an die P+R GmbH auf Grundlage von Stadtratsbeschlüssen. Beispielsweise wurden Mittel für die Errichtung der P+R Anlage Aubing bereitgestellt.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.626.258	1.905.691	+279.433	+17,18%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	73.278.118	71.293.428	-1.984.690	-2,71%
5	+ Auflösung von Sonderposten	1.647.813	1.512.366	-135.447	-8,22%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.975.729	13.085.411	+1.109.682	+9,27%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.006.569	2.788.693	+782.124	+38,98%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	15.856.650	16.768.983	+912.333	+5,75%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	32.066	20.545	-11.521	-35,93%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	106.423.203	107.375.117	+951.914	+0,89%
11	- Personalaufwendungen	175.516.440	159.501.309	-16.015.131	-9,12%
12	- Versorgungsaufwendungen	64.122.155	64.926.576	+804.421	+1,25%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.000.131	32.546.928	+546.797	+1,71%
14	- Planmäßige Abschreibungen	6.794.643	6.630.627	-164.016	-2,41%
15	- Transferaufwendungen	1.270.004	1.357.636	+87.632	+6,90%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.564.262	22.803.484	+1.239.222	+5,75%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	301.267.635	287.766.560	-13.501.075	-4,48%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S 2)	-194.844.432	-180.391.443	+14.452.989	-7,42%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-194.844.432	-180.391.443	+14.452.989	-7,42%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-194.844.432	-180.391.443	+14.452.989	-7,42%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	144.834	614.182	+469.348	+324,06%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.987.954	44.776.791	+2.788.837	+6,64%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-236.687.552	-224.554.052	+12.133.500	-5,13%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Der Teilergebnishaushalt ist bezüglich der wesentlichen Abweichungen zwischen dem Ist 2013 und 2014 auf der Ebene des Gliederungsschemas nach § 2 KommHV-Doppik zu erläutern.

Nachdem die Abweichungen zum Teil sehr kleinteilig sind und sich auch nur aus Gegenrechnungen ergeben, wurden die maßgeblichen Punkte herausgegriffen und dargestellt. Daher ist es möglich, dass die Werte der Abweichungen durch die beispielhafte Darstellung unter- oder überschritten werden.

Im Einzelnen sind folgende Abweichungen für den Ist-Vergleich des Teilergebnishaushaltes zu erläutern:

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind gestiegen (+782 Tsd. €). Dabei handelt es sich um Erstattungen des Freistaates Bayern für die Durchführung der Landtagswahl 2013 (Restzahlung zur Erstattung von 2013) sowie der Europawahl 2014. Die Abweichung korrespondiert mit der Erläuterung zum Teilfinanzhaushalt (siehe 1.2.1.2).

Die Personalaufwendungen sind in 2014 um 16.015 T€ gesunken. Da diese nahezu vollständig zahlungswirksam sind, gilt die Erläuterung zum Teilfinanzhaushalt (siehe 1.2.1.2) analog.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.580.000	1.878.000	1.905.691	+27.691	+1,47%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	70.619.300	69.911.300	71.293.428	+1.382.128	+1,98%
5	+ Auflösung von Sonderposten	1.478.000	1.478.000	1.512.366	+34.366	+2,33%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.700.400	10.700.400	13.085.411	+2.385.011	+22,29%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.679.200	1.679.200	2.788.693	+1.109.493	+66,07%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	15.503.100	15.294.200	16.768.983	+1.474.783	+9,64%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	20.545	+20.545	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	101.560.000	100.941.100	107.375.117	+6.434.017	+6,37%
11	- Personalaufwendungen	152.253.300	160.949.700	159.501.309	-1.448.391	-0,90%
12	- Versorgungsaufwendungen	76.211.400	55.961.400	64.926.576	+8.965.176	+16,02%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.687.400	34.396.700	32.546.928	-1.849.772	-5,38%
14	- Planmäßige Abschreibungen	5.530.100	5.530.100	6.630.627	+1.100.527	+19,90%
15	- Transferaufwendungen	1.359.200	1.354.200	1.357.636	+3.436	+0,25%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.627.500	19.083.900	22.803.484	+3.719.584	+19,49%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	285.668.900	277.276.000	287.766.560	+10.490.560	+3,78%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-184.108.900	-176.334.900	-180.391.443	-4.056.543	+2,30%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-184.108.900	-176.334.900	-180.391.443	-4.056.543	+2,30%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-184.108.900	-176.334.900	-180.391.443	-4.056.543	+2,30%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	451.100	451.100	614.182	+163.082	+36,15%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	38.783.200	38.943.000	44.776.791	+5.833.791	+14,98%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-222.441.000	-214.826.800	-224.554.052	-9.727.252	+4,53%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Bezüglich der Abweichung zwischen dem Planstand Nachtrag 2014 zum Ist 2014 sind folgende Ausführungen zu tätigen:

Das Ist 2014 bei den Privatrechtlichen Leistungsentgelten ist um 2.385 Tsd. € höher als der Planansatz.

Neben den angeführten Abweichungen beim Teilfinanzhaushalt (vgl. 1.2.2.2) wurde eine Rechnung an die MVG iHv 1.575 Tsd. € für die übernommene Fundsachenverwahrung in den Jahren 2011 – 2014 gestellt. Es handelt sich dabei um einen einmaligen Sachverhalt, da die MVG seit letztem Jahr ein eigenes Fundbüro betreibt. Die Realisierung der Forderung, die von der MVG bestritten wird, ist zudem fraglich.

Das Ist 2014 bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen übersteigt den Planansatz um 1.109 Tsd. €. Es wird auf die Erläuterungen zum Teilfinanzhaushalt (vgl. 1.2.2.2) verwiesen.

Die Versorgungsaufwendungen sind gegenüber der Nachtragsplanung im Ist um 8.965 Tsd. € gestiegen. Berechnung und Buchung werden stadtweit durch das Personal- und Organisationsreferat vorgenommen.

Bei den planmäßigen Abschreibungen liegt eine Überschreitung des Planansatzes um 1.100 Tsd. € vor. Hier ist v.a. die Abschreibung bei Fahrzeugen der Feuerwehr wegen Neubeschaffungen gestiegen. Eine Planung ist auf Grund der zeitlichen Vorläufe schwierig.

Auch die sonstigen ordentlichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Planansatz noch erhöht (+3.719 Tsd. €).

Ein Grund hierfür ist eine unterschiedliche Zuordnung von Kostenarten zu den einzelnen Ebenen des Gliederungsschemas bei Ist und Plan. Diese Zuordnung wurde nach Aussage der Stadtkämmerei durch das Revisionsamt angeregt. Vier Kostenarten werden im Plan den Personalaufwendungen zugeordnet, im Ist jedoch den sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Ohne diesen Effekt beträgt die Abweichung 1.145 Tsd. € und ist damit nicht weiter erläuterungspflichtig.

Die weiteren Abweichungen sind zudem sehr kleinteilig.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	4.387	100	4.287
Personalauszahlungen	1.300	0	1.300
unverbrauchte Schenkungsmitel	0	0	0
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	135	0	135
Gesamt	5.822	100	5.722

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Haushaltsjahr 2014 wurden zwei Entnahmen aus dem Restefond i.H.v. 100 Tsd. € durch das Kreisverwaltungsreferat getätigt.

Dabei handelt es sich in einem Fall um eine Maßnahme, die im Jahr 2013 geplant war, auf Grund von zeitlichen Verzögerungen in der Beschaffung aber nicht abgeschlossen werden konnten. Im anderen Fall um eine vorübergehende Finanzierung von Personal.

1.4.3 Investive Reste

Im Kreisverwaltungsreferat wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 3.391 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 übertragen.

Dabei handelt es sich um kleinteilige Reste je Finanzposition für Beschaffungen von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen, Kfz und (Rest)IT-Anlagevermögen.

Gerade bei den beiden letztgenannten Kategorien verzögern sich die Beschaffungen, weil neben langwierigen Beschaffungsprozessen auch externe Abhängigkeiten bestehen. Die Beschaffungen werden im Jahr 2015 weiter verfolgt, so dass diese Reste weiter abschmelzen werden. Nach den Vorgaben der Stadtkämmerei werden zudem Reste über bestimmten Wertgrenzen im laufenden Verfahren wieder eingeplant, so dass diese Mittel im Ansatz erscheinen. Dies gilt vor allem für die Reste im Bereich der HA IV-Branddirektion, die im Unterabschnitt 1300 bei Einrichtung und Ausstattung, Fahrzeugen und IT wieder eingeplant wurden.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	3.415	3.223	-0,05%	2.379	1.029	3.408	2.325	896	3.222
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	41	40	+57,50%	62	2	64	61	2	63
Beschäftigte Gesamt	3.456	3.263	+0,65%	2.441	1.031	3.472	2.386	898	3.285

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Kreisverwaltungsreferat 2014** eine Überschreitung von **0,57 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalaus. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	73.091	+2,55%	76.168	74.955	-1,59%
Wahlen	971	-8,34%	778	890	+14,40%
Amtl. Tierarzt	1.715	-1,87%	1.502	1.683	+12,05%
Branddirektion	99.164	-17,56%	79.935	81.750	+2,27%
		-%			-%
		-%			-%
Summe Referat	174.941	-8,95%	158.383	159.278	+0,57%

Die Auszahlungen des Deckungsbereich im Kreisverwaltungsreferat unterschreiten den Planansatz um 1,59 %. Die Unterschreitung liegt unterhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restfonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-638	-1.190	+86,52%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	53.588	54.250	+1,24%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	52.950	53.060	+0,21%
Beihilferückstellung Auflösung	-107	-180	+68,22%
Beihilferückstellung Zuführung	10.134	10.313	+1,77%
Belastung Beihilferückstellung	10.027	10.133	+1,06%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-264	0	-%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	401	364	-9,23%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	137	364	+165,69%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-172	-65	-62,21%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	405	195	-51,85%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	233	130	-44,21%
Gesamt	63.347	63.687	+0,54%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Die Tätigkeiten des Kreisverwaltungsreferates sind seit jeher besonders stark von äußeren Einflüssen geprägt.

Die Anforderungen des Bundes- und Landesgesetzgebers, aber auch der Einfluss der Europäischen Union durch Novellierung von Gesetzen vor allem im übertragenen Wirkungskreis führen zu ständigen Veränderungen bei der Kreisverwaltungsbehörde. Gerade durch das Fortschreiten der technischen Entwicklung waren und sind immer neue Herausforderungen zu bewältigen. Dies wird in den nächsten Jahren besonders im IT-Bereich zu erheblichen Mehraufwänden führen (siehe auch Punkt 1.1.2).

Auch der Soziodemographische Wandel wird weiter eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Referates spielen. Sowohl den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger als auch denen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dabei in einem Ausgleich der Interessen ausreichend Rechnung zu tragen.

Dazu müssen gerade im Bereich der Mitarbeitergewinnung und –entwicklung neue Schwerpunkte gesetzt werden.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Derzeit sind keine Erläuterungen veranlasst.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5500000	Wahlen und Abstimmungen	Finanzen	Summe Ersätze	1.240	2.385	+1.145	+92,4%	Gliederungspunkt 2.1.2.1
		Finanzen	Kosten für Abstimmungen (PL 2)	386	890	+504	+130,4%	
		Qualität / Wirkung	effiziente Wahlabwicklung (Zahl der Wahlberechtigten der Wahlen je Vollzeitsunde)	165	252	+87	+52,7%	
		Qualität / Wirkung	davon PL 1: Kommunalwahl 2014	42	67	+25	+59,9%	
		Qualität / Wirkung	davon PL 1: Europawahl 2014	58	157	+99	+169,1%	
		Qualität / Wirkung	davon PL 1: Europawahl 2014	0	534	+534	+100,0%	
		Qualität / Wirkung	Briefwähler nach Wahlen, davon PL 1: Kommunalwahl – OB Stichwahl 2014, davon Antragstellung	150.000	214.346	+64.346	+42,9%	
			davon PL 1: Europawahl 2014, davon Antragstellung	160.000	200.966	+40.966	+25,6%	
			davon PL 2: Olympiabewerbung 2022, davon Antragstellung postalisch in %	30	35	+5	+16,7%	
	Leistungs- menge	Personaleinsatz in h	40.000	26.837	-13.163	-32,9%		

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5511000	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Finanzen	Sonstige Erlöse	194	1.769	+1.575	+811,8 %	Gliederungspunkt 2.1.2.2
		Finanzen	Kosten für Sicherheit im öffentlichen Raum (PL 2)	6.175	6.556	+381	+6,2%	
		Qualität / Wirkung	Einhaltung vorgeschriebener Prüfungen, davon Händlerprüfungen (PL 1) in %	100	33	-67	-67,0%	
		Qualität / Wirkung	Anfragen, davon persönlich (PL 3) in %	45	32	-13	-28,9%	
		Qualität / Wirkung	Anfragen, davon telefonisch (PL 3) in %	25	20	-5	-20,0%	
		Qualität / Wirkung	Bearbeitungen im Internet (PL 3) in %	20	24	+4	+20,0%	
		Qualität / Wirkung	Verfahrensdauer bis 3 Monate (PL 4) in %	40	9	-31	-77,5%	
		Qualität / Wirkung	Verfahrensdauer länger als 6 Monate (PL 4) in %	20	49	+29	+145,0 %	
		Qualität / Wirkung	Widerrufe (PL 1)	55	68	+13	+23,6%	
		Qualität / Wirkung	Waffenbesitzverbote (PL 1)	50	64	+14	+28,0%	
		Qualität / Wirkung	Sicherstellungen (PL 1)	10	5	-5	-50,0%	
		Qualität / Wirkung	Sicherheitsrelevante Anordnungen (PL 2)	800	1.278	+478	+59,8%	
		Qualität / Wirkung	Fällige Zwangsgelder (PL 2)	30	54	+24	+80,0%	
		Qualität / Wirkung	PL 2: Sicherstellungen Kampfhunde Klasse 1	10	0	-10	-100,0%	
		Qualität / Wirkung	Rückvermittlung an Eigentümer (PL 3) in %	40	31	-9	-22,5%	
		Qualität / Wirkung	Verwertung (PL 3) in %	25	34	+9	+36,0%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
		Qualität / Wirkung	Erfolg Güte- verfahren (PL 4) in %	50	38	-12	-24,0%	
		Qualität / Wirkung	Erfolg Süh- neverfahren (PL 4) in %	50	40	-10	-20,0%	
		Leistungs- menge	Bearbei- tungsfälle Waffenwesen (PL 1)	4.500	6.101	+1.601	+35,6%	
		Leistungs- menge	Prüfungen (PL 1)	5.518	7.284	+1.766	+32,0%	
		Leistungs- menge	davon Händ- lerprüfungen (PL 1)	18	6	-12	-66,7%	
		Leistungs- menge	davon Regel- überprüfungen (PL 1)	5.500	7.278	+1.778	+32,3%	
		Leistungs- menge	Sicherheits- relevante An- lässe (PL 2)	28.000	35.248	+7.248	+25,9%	
5512000	Gewerberechtliche Angelegenheiten	Finanzen	Summe Ge- bühren und Entgelte	7.563	6.975	-588	-7,8%	Gliederungs- punkt 2.1.2.3
		Finanzen	Kosten Ver- anstaltungen/ Versam- lungen (PL 3)	2.139	2.382	+243	+11,4%	
		Qualität / Wirkung	Überwa- chung/Begeh- ung von Ver- anstaltungen für die ein Sicherheits- konzept er- stellt wurde (PL 3) in %	3	95	+92	+3066,7 %	
		Qualität / Wirkung	Eingeleitete Maßnahmen Verwaltungs- oder Owi- Verfahren (PL 1)	2.500	1.570	-930	-37,2%	
		Qualität / Wirkung	Davon Ge- werbeunter- sagungen und Be- triebsschlie- ßungen (PL 1)	150	205	+55	+36,7%	
		Qualität / Wirkung	Eingeleitete Maßnahmen zu Lasten eines Son- dernutzers (PL 2)	950	567	-383	-40,3%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
		Qualität / Wirkung	Eingeleitete Bußgeldverfah- ren (ohne VstättV) und fällig geworde- ne Zwangsgel- der (ohne VstättV) (PL 3)	150	10	-140	-93,3%	
		Leistungs- menge	Bearbeitungs- fälle im Bereich Versammlun- gen, Veranstal- tungen (PL 3)	9.000	12.013	+3.013	+33,5%	
5514000	Gesundheitlicher Ver- braucherschutz	Finanzen	Summe Ge- bühren / Ent- gelte	1.450	937	-512	-35,3%	Gliederungs- punkt 2.1.2.4
		Qualität / Wirkung	Wahrgenom- mene Plankon- trollen nach Münchner Linie (PL 1) in %	100	21	-79	-79,0%	
		Qualität / Wirkung	Kontrollen ge- samt mit maß- nahmerelevan- ten Beanstan- dungen (PL 1)	2.000	1.190	-810	-40,5%	
		Qualität / Wirkung	Davon Plankon- trollen nach Münchner Linie ohne maß- nahmerelevan- ten Beanstan- dungen (PL 1)	1.400	288	-1.112	-79,4%	
		Qualität / Wirkung	Davon Plankon- trollen nach Münchner Linie mit maßnah- merelevanten Beanstandun- gen (PL 1)	300	76	-224	-74,7%	
		Qualität / Wirkung	Proben gesamt mit Beanstan- dungen (Gut- achten stehen noch aus) (PL 1)	500	252	-248	-49,6%	
		Leistungs- menge	Plankontrollen nach Münchner Linie (PL 1)	1.700	364	-1.336	-78,6%	
		Leistungs- menge	Kontrollen auf- grund von Bes- chwerden (PL 1)	500	624	+124	+24,8%	
		Leistungs- menge	Kontrollen auf- grund von EU- Schnellwar- nungen (PL 1)	2.400	1.572	-828	-34,5%	
		Leistungs- menge	Kontrollen auf- grund von sonstigen An- lässen (PL 1)	4.750	6.212	+1.462	+30,8%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
		Leistungs- menge	Nachkontrollen (PL 1)	2.000	1.269	-731	-36,6%	
		Leistungs- menge	Probeentnahmen aufgrund Beschwerden, Verdachtsfällen, Nachproben (PL 1)	900	501	-399	-44,3%	
		Leistungs- menge	Eingesetzte Arbeitszeit für Fleischhygienekontrollen in sonstigen zugelassenen Betrieben (PL 2)	3.000	2.043	-957	-31,9%	
5524000	Personenstands- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Finanzen	Kosten Beurkundungen von Geburten, Ehen, usw. (PL 1)	8.013	8.485	+472	+5,9%	Gliederungspunkt 2.1.2.5
		Qualität / Wirkung	Zugriffe auf Internetseiten	800.000	925.668	+125.668	+15,7%	
		Leistungs- menge	Fortschreibungen aus dem Personenstandsregister (PL 1)	17.000	11.750	-5.250	-30,9%	
		Leistungs- menge	Staatsangehörigkeits-Feststellungsverfahren (PL 2)	700	572	-128	-18,3%	
5525000	Melde- und Passangelegenheiten	Qualität / Wirkung	Erreichbarkeit Servicetelefon: angenommene Anrufe in %	80	57	-23	-28,8%	Gliederungspunkt 2.1.2.6
		Leistungs- menge	Pers. Vorsprachen zur Beantragung u. Abholung von Ausweisdokumenten (PL 1)	320.000	414.134	+94.134	+29,4%	
		Leistungs- menge	Telefonische Beratung und Antragsbearbeitung	140.000	198.269	+58.269	+41,6%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5526000	Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Finanzen	Kosten Auf- enthaltsge- währungen (PL 1)	15.742	14.241	-1.501	-9,5%	Gliederungs- punkt 2.1.2.7
		Qualität / Wirkung	Zugriffe auf Internetsei- ten (PL 1)	430.000	606.354	+176.354	+41,0%	
		Qualität / Wirkung	Erreichbar- keit Service- telefon: an- genommene Anrufe in %	80	56	-24	-30,5%	
		Qualität / Wirkung	Migrations- hintergrund MA ABH in %	20	24	+4	+22,0%	
		Zielgruppe	Berechtigun- gen u. Ver- pflichtungen zum Besuch v. Integrati- onskursen, davon weib- lich (PL 1)	1.500	779	-721	-48,1%	
		Zielgruppe	Berechtigun- gen u. Ver- pflichtungen zum Besuch v. Integrati- onskursen, davon männ- lich (PL 1)	1.100	1.403	+303	+27,5%	
5537000	Verkehrsmanagement	Finanzen	Summe Ge- bühren / Entgelte	10.912	12.982	+2.070	+19,0%	Gliederungs- punkt 2.1.2.8
		Finanzen	Kosten Stra- tégische Konzepte (PL 1)	2.772	3.531	+759	+27,4%	
		Finanzen	Kosten Ver- kehrsanz- ordnungen (PL 3)	6.807	7.332	+525	+7,7%	
5538000	Verkehrsüberwachung	Finanzen	Kosten Ertei- lung Park- ausweise (PL 3)	2.056	1.376	-680	-33,1%	Gliederungs- punkt 2.1.2.9
		Qualität / Wirkung	Kfz-Durchlauf mobile Ge- schwindig- keitsüberwa- chung (PL 2)	570.000	703.918	+133.918	+23,5%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
		Leistungs- menge	Abschlep- pungen (PL 1)	1.300	960	-340	-26,2%	
		Leistungs- menge	Verstöße mobile Ge- schwindig- keitsüberwa- chung (PL 2)	70.000	82.007	+12.007	+17,2%	
		Leistungs- menge	Verstöße stationäre Geschwin- digkeits- überwachung (PL 2)	17.000	11.674	-5.326	-31,3%	
		Leistungs- menge	Bußgeldbe- scheide bei der Ge- schwindig- keitsüberwa- chung (PL 2)	8.000	9.207	+1.207	+15,1%	
5539000	Fahrzeugzulassungen	Leistungs- menge	Außerbe- triebsetzun- gen (PL 3)	190.000	236.558	+46.558	+24,5%	Gliederungs- punkt 2.1.2.10
		Leistungs- menge	Ausnah- meanträge für die Um- weltzone (PL 5)	4.500	2.787	-1.713	-38,1%	
5541200	Brandbekämpfung und Technische Hilfeleis- tung	Finanzen	Summe Ge- bühren / Entgelte	7.056	5.842	-1.214	-17,2%	Gliederungs- punkt 2.1.2.11
		Finanzen	Kosten Brandbe- kämpfung (PL 1)	37.359	41.860	+4.501	+12,0%	
		Finanzen	Kosten Technische Hilfeleistung (PL 2)	43.560	48.116	+4.556	+10,5%	
		Finanzen	Kosten Leit- stellentätig- keit (PL 4)	3.114	3.714	+600	+19,3%	
		Qualität / Wirkung	Hilfsrei- chungsgrad in %	95	69	-26	-27,4%	
5541310	Notfallrettung	Finanzen	Kosten Not- arztmittel (PL 1)	25.123	28.847	+3.724	+14,8%	Gliederungs- punkt 2.1.2.12
		Finanzen	Kosten Leit- stellentätig- keit (PL 3)	8.028	9.875	+1.847	+23,0%	
		Leistungs- menge	Einsätze der Rettungs- transportwa- gen RTW	11.000	13.703	+2.703	+24,6%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5541400	Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	Finanzen	Beratungen, Abnahmen, Stellung- nahmen (PL 1)	3.441	4.077	+636	+18,5%	Gliederungs- punkt 2.1.2.13
		Finanzen	Kosten Feuerbeschauen (PL 2)	4.025	4.567	+542	+13,5%	
		Qualität / Wirkung	Fristgerecht bearbeitete Stellung- nahmen im Baugenehmigungsverfahren in %	85	20	-65	-76,5%	
		Qualität / Wirkung	Durch Brand- schutzerziehungen erreichte Personen	10.500	8.323	-2.177	-20,7%	
		Zielgruppen	Anteil der 3- bis 10-jährigen Kinder in %	12	8	-4	-33,3%	
		Leistungs- menge	Durchgeführte Brand- schutzerziehungs- und aufklärungsveranstaltungen	500	400	-100	-20,0%	

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5500000 – Wahlen und Abstimmungen

Wie bereits dargestellt, wurde 2014 der „2. Teil“ des Wahlmarathons 2013/ 2014 bewältigt. Neben den bekannten Wahlen (Kommunalwahl und Europawahl) mussten auch noch ein Volksbegehren, ein Bürgerbegehren und Vorbereitungsarbeiten für ein mögliches Bürgerbegehren erledigt werden.

Die Planung der Leistungsmengen und Qualitäten ist von einem relativ hohen Personaleinsatz geprägt. Nachdem auch auf Grund von Synergien aus den knapp aufeinander folgenden Wahlen kein so hoher Stundeneinsatz nötig war, entstanden sowohl bei der Leistungsmenge als auch bei Qualitäten Abweichungen zwischen Ist und Plan. Dies ist umso bemerkenswerter als die Zahl der Briefwählerinnen und –wähler erheblich zugenommen hat und eine OB-Stichwahl abgewickelt werden musste.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5511000 – Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten

Die Kennzahlen bei diesem Produkt bzw. bei den einzelnen Produktleistungen sind generell schwer planbar, da es sich hier überwiegend um den Vollzug des klassischen Sicherheits- und Ordnungsrechtes handelt, der in den meisten Fällen durch das Reagieren auf äußere Einflüsse und Ereignisse geprägt ist.

Wenn zudem relativ kleinteilige Kennzahlen Verwendung finden, entsteht sofort eine Abweichung. Z.B. wurden statt geplanter 50 Waffenbesitzverbote 64 Bescheide erlassen. Ähnlich verhält es sich bei anderen Kennzahlen aus diesem Bereich. Zum Einen wird damit dokumentiert, dass eine Kennzahlenplanung schwierig ist, zum Anderen zeigt sich eine starke Abhängigkeit von der Personalsituation, da es sich hier meist um langwierige und rechtlich schwierig zu bewertende Verfahren handelt.

Deshalb zeigt sich seit langem, dass die Fallzahlen stark schwanken und trotz Anpassungen kaum eine langfristige Belastbarkeit erzielt werden kann. In Zukunft wird versucht, durch eine Anpassung der Kennzahlen eine stärkere Aussagekraft zu gewinnen.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5512000 – Gewerberechtliche Angelegenheiten

Die Kennzahlen bei diesem Produkt sind grundsätzlich schwer bis nicht steuerbar, da es sich meist um Antragsverfahren und ein Tätigwerden im Rahmen der Eingriffsverwaltung handelt. Die Bürgerinnen und Bürger kommen mit ihren Anträgen auf die Verwaltung zu, die die Anträge bearbeitet bzw. bei begründeten Anlässen leitet die Verwaltung sicherheitsrechtliche Maßnahmen ein.

Die Planzahlen beruhen grundsätzlich auf langjährigen Erfahrungen. Damit kann aber gleichwohl nicht vermieden werden, dass es zu Abweichungen kommt.

Die Leistungsmenge Bearbeitungsfälle im Bereich Versammlungen und Veranstaltungen hat sich um 33,5 % erhöht.

Dies liegt zum Einen an einer anderen Erfassung der Kennzahl, die nunmehr auch Gestattungen und Beratungen beinhaltet, zum Anderen sind im Rahmen der Wahlen vermehrt Veranstaltungen und Versammlungen zu verzeichnen.

Der geänderte Umfang der zu Grunde gelegten Bearbeitungsfälle findet seine Fortsetzung im Bereich der Qualitätskennzahl. Die Qualitätskennzahl Überwachung/ Begehung von Veranstaltungen bezieht sich nun nur noch auf die Konstellationen, bei denen eine Sicherheitskonzept erforderlich ist.

Vorher umfasste die Kennzahl alle Veranstaltungen und war daher mit einem entsprechend niedrigen Prozentsatz (3 % der Fälle wurden begangen) versehen.

Mit geänderter Grundlage wurde auch ein Überwachungsanteil auf 95 % erreicht.

Eine Vergleichbarkeit ist nicht gegeben, sondern die Zahlen stehen singulär für sich.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5514000 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz

Auch bei der PL 1 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeprüfung gelten die oben gemachten Ausführungen zur Steuerbarkeit.

Die Zahl der lebensmittelrechtlichen Kontrollen ist vorab nicht exakt kalkulierbar und allenfalls bedingt steuerbar. Sie hängt ab von den jährlich differierenden Vorgaben der landesweiten Risikobewertung, von der Beschwerdesituation oder von der Anzahl und Dichte von Sonderaktionen ab. Zudem ist hier eine schwierige Personalsituation zu verzeichnen, die sich erst nach Abschluss der Ausbildung neuer Lebensmittelkontrolleure und -kontrolleurinnen verbessern wird.

Davon abhängig schwanken auch Qualitäten und Wirkungen.

Nachdem gesamt weniger Plankontrollen und auch weniger Plankontrollen nach der Münchner Linie durchgeführt wurden (gesamt -7,8 %, Münchner Linie -78,6 %), ist auch eine Reduzierung der Qualitätskennzahl (-8 % bzw. -79 %) zu verzeichnen.

Die Erfüllung der freiwilligen „Mehr“-kontrollen nach der Münchner Linie konnten auf Grund der beschriebenen Personalengpässe nicht durchgeführt werden.

Deshalb sind in Konsequenz auch die maßnahmenrelevanten Beanstandungen in diesem Bereich signifikant gesunken (-74,7 %).

Bei der PL 2 Fleischhygienekontrollen konnte die Leistungsmenge „Eingesetzte Arbeitszeit für Fleischhygienekontrollen in sonstigen zugelassenen Betrieben“ gegenüber dem Plan reduziert werden (-31,9 % bzw. rund 1.000 Std.).

Dies ist in einer Umstellung auf risikoorientierte Kontrolle zurückzuführen. Nachdem wenig Beanstandungen zu verzeichnen sind, konnten Nachkontrollen und damit die benötigte Arbeitszeit verringert werden.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5524000 – Personenstands- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

Bei den Leistungsmengen haben sich die Fortschreibungen in Personenstandsregister um 30,9 % verringert. Dies liegt an der Anpassung der personenstandsrechtlichen Regelungen zum 01.11.2013.

Bei den Staatsangehörigkeits-Feststellungsverfahren ist eine Reduzierung von 18,3 % zu verzeichnen. Der Rückgang der Anträge ist auf Personalengpässe in 2014 zurückzuführen. Gegenmaßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation wurden ergriffen.

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5525000 – Melde- und Passangelegenheiten

Die Fallzahlen bei den Ausweisdokumenten steigt und fällt in einem 10-Jahreszyklus. Der Höchststand wurde 2010 erreicht. Entgegen der bisherigen statistischen Aufzeichnungen sind die Fallzahlen 2014 bereits wieder um 29,4 % gestiegen. Voraussichtlich ist auch in künftigen Jahren weiter mit einem Anstieg zu rechnen.

Mit insgesamt steigenden Fallzahlen und Gesetzesänderungen geht in der Regel auch eine Steigerung bei den telefonischen Anfragen und Anträgen einher (+41,6 %). Hinzu kommt, dass durch Personalausfälle die Erreichbarkeit im Servicetelefon zurückgegangen ist und es dadurch zu mehrfachen Anrufen kommt.

2.1.2.7 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5526000 – Ausländerrechtliche Angelegenheiten

Bei den Leistungsmengen sind die ausgestellten Aufenthaltstitel und anderen Dokumente zurückgegangen (-19,1 %). Trotz zahlreicher Vorsprachen, lagen in vielen Fällen die rechtlichen und/oder tatsächlichen Voraussetzungen zur Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht vor. Die stattdessen ausgestellten Fiktions- oder Grenzübertrittsbescheinigungen sind in der Kennzahl jedoch nicht erfasst.

Bei den Berechtigungen und Verpflichtungen zum Besuch von Integrationskursen schlägt der demographische Wandel bereits durch, da der Zuzug nach München kontinuierlich stärker wird. Im Rahmen der Arbeitsmigration ziehen mehr männliche (+27,5 %) als weibliche (-48,1 %) Personen zu. Bisher musste das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Betroffenen geschätzt werden, nun ist eine Auswertung über das IT-Fachverfahren möglich.

2.1.2.8 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5537000 – Verkehrsmanagement

Die Steigerung der Erlöse um 19,0 % ist auf die positive Entwicklung im Bereich der Sondernutzungsgebühren zurückzuführen.

Bei der PL 1 Strategische Konzepte bestehen wegen der haushalterischen Abwicklung des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements immer Abweichungen zwischen Ist und Plan, da nach der Konzeption der Stadtkämmerei Anpassungen im laufenden Vollzug nicht im Plan nachgezogen werden dürfen. Die Abweichungen waren aber alle durch die Stadtkämmerei genehmigt. Künftig erfolgt eine Planung.

Die Kosten bei der PL 3 Verkehrsanordnungen haben sich um 7,7 % erhöht, weil mehr Erstattungen für Leistungen des IT-Dienstleisters [it@M](#) gezahlt wurden, die im Plan 2014 nicht berücksichtigt waren.

2.1.2.9 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5538000 – Verkehrsüberwachung

Die Leistungsmenge Verstöße stationäre Geschwindigkeitsüberwachung ist um 31,3 % gesunken. Dies resultiert aus dem Umstand, dass die stationäre Messanlage am McGraw-Graben wegen

Wartungs- und Reparaturarbeiten von Januar bis Mitte Mai 2014 nicht in Betrieb war.

Die Qualitätskennzahl Kfz-Durchlauf mobile Geschwindigkeitsüberwachung ist um 23,5 % gestiegen. Dies ist auf den ganzjährigen Einsatz der neuen digitalen Messtechnik bei gleichzeitiger Ausweitung der Überwachungszeit zurückzuführen. Das hat ebenfalls zur Folge, dass die Verstöße bei der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung (+17,2 %) und die Anzahl der Bußgeldbescheide (+15,1 %) ansteigen.

Die Abweichung (-33,1 %) zwischen Plan und Ist bei den Kosten der PL3 Erteilung Parkausweise liegt daran, dass von [it@M](#) weniger Leistungen als geplant abgerechnet wurden.

2.1.2.10 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5539000 – Fahrzeugzulassungen

Die Erhöhung der Leistungsmenge Außerbetriebsetzungen (+24,5 %) ist die Folge einer allgemeinen Fallzahlensteigerung im Privat- und Großkundenbereich (Sixt und Pilotprojekt BMW).

Die Leistungsmenge Ausnahmeanträge für die Umweltzone ist grundsätzlich nicht steuerbar. Der Rückgang der Ausnahmeanträge um 38,1 % lässt sich darauf zurückführen, dass sich der Fahrzeugbestand hin zu neueren Fahrzeugen mit grüner Umweltplakette verändert.

2.1.2.11 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5541200 – Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistung

Die Qualität Hilfsfristerreichungsgrad ist um 27,4 % unterschritten.

Nur in 69 % der Fälle statt der geplanten 95 % konnte der Einsatzort innerhalb der vorgeschriebenen 10 Minuten erreicht werden.

Die kontinuierlich steigende Bevölkerung mit dem daraus resultierenden erhöhten Verkehrsaufkommen und den steigenden Einsatzzahlen (vermehrte Zahl von Folgeeinsätzen) führt dazu, dass die Maßnahmen, die bisher bereits zur Nachsteuerung durchgeführt wurden, nicht in dem erwünschten Maße greifen konnten. Eine wirksame Nachsteuerung wird mit der Umsetzung der geplanten Entwicklung der Feuerwehr, insbesondere mit dem Neubau von Feuerwachen (siehe Stadtratsbeschluss vom 13./14.03.2007), erwartet.

Die Kosten haben sich insgesamt um 11,5 % erhöht.

Hierfür sind einige Gründe anzuführen:

Im Bereich der Personalkosten schlagen besonders erhöhte Beihilfeauszahlungen und Rückstellungen zu Buche. Insgesamt ist das Ist hier 7.123 Tsd. € höher als der Plan. Zudem haben sich die nicht zahlungswirksamen Miet- und Gebäudekosten, die nach den Vorgaben des Münchner Facility Managements vom Kommunalreferat verrechnet werden, um rund 3.400 Tsd. € erhöht. Dies gilt auch für die kalkulatorischen Kosten (Steigerung rund 1.100 Tsd. €) v.a. im Bereich des Fuhrparks.

Diese Kosten verteilen sich auf nahezu alle Produkte der Branddirektion, sind aber bei den personalintensiven Produkten (Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung und Notfallrettung) besonders signifikant.

2.1.2.12 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5541310 – Notfallrettung

Die Leistungsmenge Einsätze der Rettungstransportwagen ist um 24,6 % gestiegen.

Hier ist die HA IV grundsätzlich nur für die Spitzenabdeckung zuständig.

Mit einem Sinken wird gerechnet.

Die Kosten sind insgesamt um 10 % gestiegen.

Hier sind die gleichen Steigerungen maßgeblich wie bei Punkt 2.1.2.11 dargestellt.

2.1.2.13 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5541400 – Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

Bei PL 1 Beratungen, Abnahmen und Stellungnahmen im Bereich Vorbeugender Brandschutz führt der positive Trend bei der Bautätigkeit in München nach wie vor zu einer hohen Fallzahl.

Bei gleichzeitigem Personalmangel führt dies allerdings zu einer Verlängerung der Bearbeitungsfristen. Die prognostizierte Qualitätskennzahl der fristgerecht eingereichten Stellungnahmen ist daher um 76,5 % unterschritten.

Aus diesem Grund kann auch keine Brandschutzerziehung für Kindergärten und Schulen in der bisherigen Form mehr angeboten werden (erreichte Kinder von 3-10 Jahren -28,3 %).

Die Kosten sind insgesamt um 13,2 % gestiegen.

Hier sind die gleichen Steigerungen maßgeblich wie bei Punkt 2.1.2.11 dargestellt.

3 Status Zielerreichung 2014

Das Kreisverwaltungsreferat hat seine Stadtrats- und Handlungsziele 2014 evaluiert.

Die Ziele des Referates werden im Laufe des Jahres mit den verantwortlichen Führungskräften und Produktverantwortlichen fortlaufend auf deren Einhaltung besprochen und gegebenenfalls nachgesteuert.

Dennoch gab es bei dem einen oder anderen Ziel aus verschiedenen Gründen eine Abweichung von einem 100% Erfüllungsgrad.

Die vollständige Auflistung der Zielerreichung des letzten Jahres ist der Anlage „Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 – Kreisverwaltungsreferat“ zu entnehmen.

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	60	82	+36,67%
Referatsziele	0	0	-%
Stadtratsziele	17	20	+17,65%
Summe Ziele	77	102	+32,47%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
Stadtratsziel 02: Die infolge der Änderung des Tierschutzgesetzes notwendigen verwaltungsrechtlichen Maßnahmen sind eingeleitet und umgesetzt. Leitlinie PM: 8	70.00%	<p>Zum Handlungsziel - Die infolge der Änderung des Tierschutzgesetzes notwendigen verwaltungsrechtlichen Maßnahmen sind eingeleitet und umgesetzt: Die Erstellung der neuen Genehmigungen und Auflagen für Versuchstiereinrichtungen ist nahezu abgeschlossen. Was die neuen Erlaubnistatbestände nach § 11 TierSchG (gewerbsmäßige Drittausbildung und Vermittlung von Hunden) betrifft, konnten nicht alle Verfahren mit Bescheid abgeschlossen werden. Der Abschluss der Erlaubnisverfahren ist bis Anfang 2016 vorgesehen. Das Handlungsziel wurde zu 60 % erreicht und wird weiterverfolgt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die Landeshauptstadt München ist für die Bewältigung eines Tierseuchenausbruchs vorbereitet. Die</p>

		<p>referatsübergreifende Zusammenarbeit zur Bewältigung von Tierseuchenkrisenfällen ist eingeübt (Tierseuchenübung). Die bestehende fachliche Logistik der Tierseuchenbekämpfung ist evaluiert; die Grundlagen für optimale Kommunikation und elektronische Datenverarbeitung sind praxisbezogen etabliert und eingeübt. Eine Tierseuchenstabsrahmenübung ist durchgeführt:</p> <p>Die Arbeitsgruppe konnte wegen der starken Arbeitsbelastung, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der oben beschriebenen gesetzlichen Änderungen sowie durch sonstige massive Aufgabenmehrungen nicht weitergeführt werden.</p> <p>Das Handlungsziel wurde zu 30% erreicht und wird weiterverfolgt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die Überwachung der Tierversuchseinrichtungen in München ist hinsichtlich der Einhaltung der novellierten tierschutzrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Ein Versuchstiereteam ist etabliert. Die Kontrollen sind an die neue Rechtslage (Tierschutzversuchstier-Verordnung) angepasst. Ein Konzept zur risikoorientierten Überwachung von Tierversuchen ist erarbeitet. Alle Tierversuchseinrichtungen sind im Zuge der Erneuerung der Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz gemäß Tierschutz-Versuchstierverordnung überprüft. Ein in der Effizienz verbessertes Erfassungssystem für die Tierversuchsdaten ist eingerichtet:</p> <p>Das Konzept zur risikoorientierten Überwachung von Tierversuchen konnte noch nicht erarbeitet werden, da die Kontrolle der Versuchstiereinrichtungen Vorrang hatte, um die Anforderungen des neuen TierSchG umzusetzen. Auch wurde noch kein verbessertes Erfassungssystem für die Tierversuchsdaten erarbeitet. Insbesondere liegen die Schwierigkeiten hier in der technischen Umsetzung.</p> <p>Hinsichtlich der Arbeitsbelastung wird auf die Gründe beim o.g. Handlungsziel verwiesen.</p> <p>Das Handlungsziel wurde zu 80% erfüllt und wird weiterverfolgt.</p> <p>Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.</p>
<p>Stadttratsziel 03: Die Sicherheit im öffentlichen</p>	<p>60 %</p>	<p>Zu den Handlungszielen - Der Regierung von Oberbayern ist ein Vorschlag zur</p>

<p>Raum ist durch einen sachgerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen weiterhin gewährleistet. Leitlinie PM: 8</p>		<p>Aktualisierung der SperrbezirksV unterbreitet und Die Leitlinie Sicherung des Inneren Friedens durch kommunale Sicherheits-, Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik ist um die Thematik "Öffentlicher Raum" erweitert und angepasst. Gegebenenfalls ist in diesem Rahmen eine neue Handlungsmaxime zum Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum entwickelt und festgeschrieben: Diese Handlungsziele sind zu 20% erfüllt und werden weiterverfolgt. Die jeweiligen Veröffentlichungen sind in 2015 bzw. 2016 geplant.</p> <p>Die diesem Ziel noch zugeordneten Handlungsziele sind entweder komplett umgesetzt oder müssen weiterentwickelt werden.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die städtischen Veranstaltungsrichtlinien sind im Sinne eines sachgerechten Interessenausgleichs novelliert: Die Arbeiten an den Richtlinien sind umfangreich und dauern noch an. Ein Grundentwurf liegt demnächst vor. Der Stadtratsbeschluss ist in 2015, die Umsetzung ab 2016 vorgesehen. Das Handlungsziel ist zu 50 % erreicht.</p> <p>Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.</p>
<p>Stadtratsziel 06: Das Verwaltungshandeln ist zielgruppenfreundlich verbessert. Leitlinie PM: 9.1</p>	70.00%	<p>Zum Handlungsziel - Das Vorgangsbearbeitungssystem (der HA II/3 Auländerangelegenheiten) IDA ist optimiert. Vor einer Optimierung des Systems ist die Einspielung einer neuen Version erforderlich. Diese Hebung der eGovSuite konnte von Seiten des Verfahrensherstellers bisher nicht in der geforderten Qualität durchgeführt werden. Nacharbeiten werden aktuell durchgeführt. Das Handlungsziel ist zu 60 % erreicht und wird weiterverfolgt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Der elektronische Datenaustausch (xPersonenstand) zwischen den Standesämtern und weiteren Behörden ist vorbereitet. Die technischen Voraussetzungen für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben stehen zur Verfügung: Die Anbindung weiterer Behörden ist jedoch noch nicht vollständig gegeben, weil sie die</p>

	<p>technischen Voraussetzungen hierfür nicht erfüllen. Etwa 80 % aller Meldebehörden und etwa 40 % aller Ausländerbehörden sind angebunden. Das Ziel, den Datenaustausch mit den anderen Behörden noch weiter auszubauen, wird daher fortgeschrieben. Das Handlungsziel ist zu 60 % erfüllt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die elektronische Nacherfassung der Übergangsbeurkundungen bei den Münchner Standesämtern (alle Personenstandsbeurkundungen von 2009 bis Mitte 2013) mit dem ePR-Transfer ist vorbereitet. Die dafür erforderliche technische und personelle Ausstattung zur Umsetzung ist sichergestellt: Der fehlende Anteil, die Nacherfassung der Geburtsbeurkundungen der Jahrgänge 2009 und 2010, wird voraussichtlich Mitte 2016 abgeschlossen sein. Das Handlungsziel ist zu 60% erreicht.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die im Projekt eAT veranschlagten Bearbeitungszeiten und Geschäftsprozesse sind evaluiert, eine Personalbemessung ist in Vorbereitung: Die Geschäftsprozesse wurden überarbeitet, ggf. neu definiert und zum überwiegenden Teil auch bemessen. Aufgrund unvorhergesehener Überlasten können derzeit einige Prozesse jedoch nicht wie vorgesehen durchgeführt werden, so dass eine echte Bemessung noch nicht zielführend ist. Die Evaluation wurde daher vorübergehend ausgesetzt. Die Evaluation soll in der zweiten Jahreshälfte 2015 wieder in Angriff genommen werden. Das Handlungsziel wurde zu 50% erreicht und wird weiterverfolgt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Zur Bewältigung des infolge der Einführung des eAT zusätzlichen Parteiverkehrsaufkommens wird eine IT-gestützte Terminvereinbarung eingeführt und erprobt: Ein entsprechendes IT-Programm wurde beschafft und wird in der Kfz-Zulassungsstelle getestet. Erst nach erfolgreicher Test- und Effektivsetzung dort soll die Umsetzung in der Ausländerbehörde erfolgen. Die Vorbereitungen zur Einführung im IV. Quartal 2015 laufen bereits. Das Handlungsziel ist zu 60% erfüllt und wird weiterverfolgt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die Umsetzung des neuen Bundesmeldegesetzes ist</p>
--	--

		<p>vorbereitet. Die erforderlichen technischen und personellen Maßnahmen zur zur Bewältigung des Arbeitsanfalls sind umgesetzt. Die neuen Möglichkeiten für e-Governmentanwendungen sind dargestellt:</p> <p>Das Gesetzgebungsverfahren zum Erlass eines Bundesmeldegesetzes hatte sich verzögert. Das BMeldeG wurde erst am 01.03.2013 erlassen und tritt zum 01.05.2015 in Kraft. Das Handlungsziel ist zu 10 % erreicht und wird auch in 2015 weiterverfolgt.</p> <p>Zum Handlungsziel - Zur Verbesserung des Bürgerservices ist im Bereich Versicherungsamt ein „Online-Terminkalender“ eingerichtet und effektiv im Einsatz:</p> <p>Das entsprechende IT-Business Requirement ist erstellt. Eine Umsetzung ist für das erste Halbjahr 2016 geplant. Das Handlungsziel ist zu 30% erreicht und wird weiterverfolgt.</p> <p>Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.</p>
<p>Stadtratsziel 08: Der Verkehr ist stadt- und umweltverträglich sowie intelligent gesteuert. Der Verkehrsfluss im ÖPNV und MIV ist auf ausgewählten Strecken optimiert.</p>	90.00%	<p>Zum Handlungsziel - Das Arbeitsprogramm 2014 zur Verbesserung der Grünen Wellen aus dem Beschluss des Stadtrates vom 30.05.2010 ist umgesetzt:</p> <p>Das Handlungsziel wurde wegen begrenzter Personalressourcen nur zu 25 % erreicht. Im Rahmen des Zwischenberichts VMP wurde eine weitere Stelle bewilligt. Die Besetzung erfolgt zum 1.6.2015.</p> <p>Zum Handlungsziel - Das Verfahren „Lastabhängige Signalprogrammauswahl“ ist in den Regelbetrieb überführt:</p> <p>Das Handlungsziel wurde wegen Weggangs des entsprechenden Mitarbeiters nicht erreicht. Das Handlungsziel wird weiterverfolgt. Die Nachbesetzung der vakanten Stelle ist angestoßen.</p> <p>Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.</p>
<p>Stadtratsziel 10: Der stadtinterne Verfahrensablauf bei Baustellen und Veranstaltungsgenehmigungen ist optimiert. Leitlinie PM: 7.1</p>	90.00%	<p>Zum Handlungsziel - Das vom Baureferat gemeinsam mit dem KVR erarbeitete Programm vi@Bau ist erfolgreich eingeführt:</p> <p>Das unter der Federführung des Baureferates geplante IT-Programm wurde nicht fertiggestellt und wird nicht weiterverfolgt. Das Handlungsziel ist zu 0% erfüllt. Neue Planungen laufen gerade erst wieder an (Vorhabensplan 2015).</p>

		Ziel wird weiterverfolgt.
		Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.
<p>Stadtratsziel 14: Die für die Landeshauptstadt dringend angezeigte zentrale Stationierung von Fahrzeugen und Geräten des erweiterten Katastrophenschutzes an zwei Standorten ist vorgenommen. Die hierfür zu schaffenden Einrichtungen stehen den Hilfsorganisationen auch für Ausbildungs- und Übungszwecke zur Verfügung. (Beschluss vom 11.12.2001). Leitlinie PM: 6.2</p>	20.00%	<p>Das langfristig angestrebte Ziel wird voraussichtlich bis 2021 vollständig erreicht werden.</p> <p>Die Fortschritte des Zentrum für Katastrophenschutz (ZfK) I an der Heßstraße laufen parallel zu den Fortschritten für die Feuerwache 4, die des Zentrum für Katastrophenschutz (ZfK) II an der Anzingerstraße parallel zu den Fortschritten für die Feuerwache 5.</p>
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.
<p>Stadtratsziel 15: Alle Maßnahmen die geeignet sind, Gefahren für Bürger, Gäste, die Umwelt und Sachwerte abzuwenden, werden weiterentwickelt. Leitlinie PM: 8.0</p>	Dauerziel	<p>Dieses Ziel dient einer kontinuierlichen Verbesserung der Branddirektion und kann nie ganz erledigt werden.</p> <p>Zum Handlungsziel - Für einen Feuerwehrbedarfsplan der Landeshauptstadt München ist die Risikoanalyse des Schutzgebietes abgeschlossen. Adäquate Schutzziele sind aus fachlicher Sicht festgelegt: Die Bearbeitung dieses strategischen Ziels hat sich durch den Weggang der Hauptsachbearbeiterin sowie aktuelle Themen wie Ebola und G7-Gipfel-Vorbereitungen verzögert. Das Handlungsziel ist zu 10 % erreicht und wird 2015 neu aufgegriffen.</p> <p>Zum Handlungsziel - Die technische Leistungsbeschreibung "Notarztbekleidung" ist erstellt: Im Rahmen der Neubeschaffung der Notarzt-bekleidung ist auf Basis des Trageversuchs die technische Leistungsbeschreibung erstellt. Die entsprechende StR-Vorlage erfolgte im März 2015. Das Handlungsziel ist zu 80 % erfüllt.</p> <p>Die Beschaffung von neuen Gerätewagen Gefahrgut (GW-G), eines Fahrzeuges für den Dekon-Assistenten und einer neuen Generation von Drehleitern wurde in die Wege geleitet. Dies dient der weiteren Unterstützung des Stadtratszieles.</p>
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.
<p>Stadtratsziel 16: Die Abdeckung des</p>	10,00 %	Es wird angestrebt das langfristig angelegte Ziel bis ca. 2030 vollständig zu erreichen.

<p>Stadtgebietes ist durch die Umsetzung eines Standortkonzeptes für die Feuerwachen der Berufsfeuerwehr (BFM) und die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr (FFM) optimiert (Grundsatzbeschluss "Zielplanung Feuerwachen 2020; Standortkonzept Feuerwachen). Leitlinie PM: 6.2</p>		<p>Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Sachstand und Ausblick:</p> <p>Die Aufnahme des Einsatzbetriebes im Neubau der Feuerwache 4 Schwabing in der Heißstraße ist für Anfang 2016 geplant. Die dort zukünftig ebenfalls befindliche Integrierte Leitstelle wird aufgrund einer längeren Inbetriebnahmephase Ende 2017 den Dienst aufnehmen.</p> <p>Für den Neubau der Feuerwache 5 Ramersdorf in der Anzinger Straße wurde in 2014 nach einer Überarbeitung der Vorplanung ab Mitte des Jahres die Entwurfsplanung begonnen. Die Zustimmung des Stadtrates vorausgesetzt, kann ab 2017 mit dem Bauen begonnen werden.</p> <p>2014 wurde die Sanierung und funktionale Verbesserung der Feuerwache 9 Neuperlach mit der Kfz-Werkstatt der Feuerwehr in der Heidestraße geplant, die sich aus einer Kosten-Nutzen-Analyse für den Werkstattbereich ergab.</p> <p>An mehreren Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr München konnten Voruntersuchungen vorgenommen und Varianten für Sanierung, Erweiterung und Umbau geprüft werden. Teils ungünstige Rahmenbedingungen an den Standorten ließen nur am Gerätehaus in Freimann die Durchführung der Vorplanung zu. Ein Stadtratsbeschluss für die weitere Planung und die Bauausführung wird in 2015 angestrebt.</p> <p>Die Abstimmungen zur notwendigen Sicherung weiterer Grundstücke zur Umsetzung der Standortkonzeption wurden in 2014 fortgeführt. An drei der fünf Standorte scheint eine Sicherung erreichbar, an zwei Standorten steht die Feuerwehr in Konkurrenz zu anderen städtischen Bedarfen.</p>
<p>Stadtratsziel 17: Die Berufsfeuerwehr München erhält und erweitert ihre Kompetenz und Leistungsfähigkeit als Durchführender in der Notfallrettung. Leitlinie PM: 8.14</p>	50,00 %	<p>Das Ziel wird bis 2016 erledigt.</p> <p>Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Aufgrund einer gesetzlicher Neuregelung, wird bei der HA IV - BD ein neuer Ausbildungsberuf zum Notfallsanitäter eingeführt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird im 2. Halbjahr 2015 im StR vorgelegt. Für die Ausbildung der Notfallsanitäter werden die rechtlichen, räumlichen und</p>

		personellen Voraussetzungen im Anschluss geschaffen.
<p>Stadtratsziel 18: Der Digitalfunk ist in der Landeshauptstadt München eingeführt. Leitlinie PM: 8.14</p>	60.00%	Die Einführung des Digitalfunks ist ein langfristiges Ziel, das insbesondere auch vom Fortschritt des bundesweiten und landesweiten Projektes abhängig ist.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Sachstand und Ausblick: Derzeit ist die Anbindung der Leitstelle und die Nachrüstung der Fahrzeuge mit Digitalfunk in der Umsetzung. Im 1. Halbjahr 2016 kann mit einem Testbetrieb für den „Leitstellenfunk“ begonnen werden. Der „Einsatzstellenfunk“ wird im Folgenden geplant.
<p>Stadtratsziel 19: Die Branddirektion ist gemäß NSM in allen ihren Geschäftsbereichen ertüchtigt. Leitlinie PM: 8.0</p>	50,00 %	Dieses langfristig angestrebte Ziel wird voraussichtlich bis 2020 vollständig erreicht werden.
		Zum Handlungsziel - Die Umstrukturierung der Branddirektion hin zu einer prozessorientierten Organisationsstruktur ist bis 31.12.2014 abgeschlossen: Das Handlungsziel ist zu 80 % abgeschlossen .
		In 2015 sind diverse Maßnahmen wie Umsetzung des Migrationskonzeptes der Abteilung Einsatzlenkung, Ausgestaltung der Direktionen und des zentralen Koordinierungsbereich bei der Abteilung Einsatzbetrieb (Projekts Pro-Dir), Verbesserung der Rekrutierungsstrategie für Frauen unter wissenschaftlicher Begleitung und Anpassung der amts- und betriebsärztlichen Untersuchungskapazitäten auf den gestiegenen Bedarf geplant.
		Zum Handlungsziel - Die Managementsysteme QM und EMAS sind zusammengeführt: Die Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sind gemäß den Vorgaben der BS OHSAS 18001 für die HA IV - BD erarbeitet. Das Handlungsziel ist zu 20 % erreicht.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Keine besonderen Maßnahmen erforderlich.
<p>Stadtratsziel 20: Die Integrierte Leitstelle München (ILS München) ist gemäß den Empfehlungen der Stadtratsbeschlüsse vom 13./14.03.2007 und dem Grundsatzbeschluss IV/2011 neu</p>	50.00%	Es handelt sich um ein langfristig angestrebtes Ziel.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Sachstand und Ausblick: Zum Handlungsziel - Die Datenversorgung

<p>gebaut. Leitlinie PM: 8.14</p>		<p>ELDIS 3 ist begonnen: Das Pflichtenheft für die Anpassungen wurde erstellt und durch den Bereich Einsatzlenkung abgenommen. Ein Team an Ausbildern für ELDIS 3 By steht zur Verfügung und erarbeitet die Schulungskonzepte und ein Handbuch.</p> <p>Die Auftragnehmer Medien-Technik, IuK-Technik und Kommunikationstechnik wurden beauftragt und die Umsetzungsgespräche haben begonnen.</p> <p>Das IT-Sicherheitskonzept für die neue integrierte Leitstelle ILS wurde ergänzt und aktualisiert.</p>
---------------------------------------	--	--

4 Sonstiges

Ausführungen zu sonstigen Sachverhalten sind nicht zu treffen.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Kulturreferat

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Jahresrückblick 2014

Die Städtischen Museen und Kunsträume

Dr. Matthias Mühling, bisher Sammlungsleiter für zeitgenössische Kunst, übernimmt die Leitung des **Lenbachhauses**. Er folgt damit auf Professor Dr. Helmut Friedel, der sich nach 23 Jahren als Direktor in den Ruhestand verabschiedet hatte.

Das **Münchner Stadtmuseum** erweitert mit dem Ankauf von 8.400 Einzelfotografien der Sammlung Siegert seinen Bestand für die **Sammlung Fotografie**.

Die Stadt München erinnert an den **200. Todestag** von Sir Benjamin Thompson, der als **Graf Rumford** in die Geschichte Münchens eingegangen ist. Das Münchner Stadtmuseum würdigt sein Schaffen mit der Ausstellung "Rumford. Rezepte für ein besseres Bayern".

Im Rahmen des Programmschwerpunkts "1914 | 2014. Die Neuvermessung Europas" wird im **Jüdischen Museum** am 8. Juli die Ausstellung "Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914–1918" eröffnet.

Die Stadt München trägt der Tatsache Rechnung, dass die Finanzausstattung des **Museums Villa Stuck** nicht mit dessen Erfolg gewachsen ist: Der Stadtrat beschließt, dass das Museum künftig 3,5 Mio. (statt bisher 3 Mio.) Euro Jahresetat haben wird.

Für den städtischen Kunstraum in der Lothringer Straße 13, die **Lothringer13 Halle**, übernehmen Dana Weschke und Jörg Koopmann die künstlerische Leitung.

Die städtischen Theater

Der Vertrag mit Georg Podt als **Intendant der Schauburg** wird bis 2017 verlängert. Podt leitet die Schauburg, das städtische Theater für Kinder und Jugendliche, bereits seit 1990 mit großem Erfolg und einer Auslastung von durchschnittlich 95%.

Nach mehrjährigen Sanierungsarbeiten, in denen der Spielbetrieb von 2008 an in einem Theaterzelt in Fröttmaning stattfand, wird das **Deutsche Theater** am 17. Januar an seinem Stammsitz an der Schwanthalerstraße wiedereröffnet.

Die Landeshauptstadt München verlängert den Vertrag mit Christian Stückl als Intendant des **Münchner Volkstheaters** bis 2020. Christian Stückl wird für seine künstlerischen Leistungen und für seine Verdienste um die Theaterstadt München von Oberbürgermeister Dieter Reiter mit dem **Theaterpreis** der Landeshauptstadt München 2014 ausgezeichnet.

Johan Simons, Intendant der **Münchner Kammerspiele**, beginnt seine fünfte und letzte Spielzeit 2014/2015. Sein Nachfolger wird Matthias Lilienthal.

Das städtische Gebäude in der Blumenstraße, in dem sich das privat betriebene **Münchner Marionettentheater** befindet, wird für 1,2 Mio. Euro saniert.
Das städtische Orchester

Die **Münchner Philharmoniker** geben am 11. und 12. April in der Carnegie Hall in New York zwei vom Publikum und der Presse gefeierte Konzerte mit Valery Gergiev und Fabio Luisi.

Maestro **Lorin Maazel**, der seit 2012 Chefdirigent des Orchesters war, stirbt am 13. Juli im Alter von 84 Jahren. Erst im Juni hatte er seinen Rückzug aus dem Amt aus gesundheitlichen Gründen bekannt gegeben.

Kulturelle Bildungseinrichtungen

Die **Monacensia**, das Literaturarchiv der Stadt München, erwirbt das literarische Archiv des Schriftstellers Gert Heidenreich.

Die Stadtwerke München bauen das „Einstein 28“, in dem ab Ende 2016 der zweite zentrale Standort der **Münchner Volkshochschule** sein wird. Das Gebäude mit einer Fläche von ca. 9300 qm bietet Platz für 70 Unterrichtsräume, ein Gesundheitsbildungszentrum, eine Lehrküche sowie ein Kinderhaus und eine Cafeteria.

Die **Münchner Stadtbibliothek** eröffnet ihren neuen Standort in Waldtrudering in der Wasserburger Landstraße 241 und einen Neubau im Westend in der Schießstättstraße 20c. Die Bibliothek im Westend hat nun fast doppelt so viel Fläche wie vorher in der Schrenkstraße 4.

Der Stadtrat beschließt für das künftige **NS-Dokumentationszentrum München**, das 2015 eröffnet wird, ab 2016 ein laufendes Budget von 3,6 Millionen Euro für den Betrieb.

Kulturförderung, Stadtteilkultur, Festivals und ausgewählte Veranstaltungen

Kulturförderung

Ab 2014 können jährlich 100.000 Euro mehr zur **Stärkung der freien Szene** ausgegeben werden. Dies hatte der Stadtrat beschlossen.

Die Stadt München bekommt eine zentrale Anlaufstelle für die **Kultur- und Kreativwirtschaft**.

Der Stadtrat beschließt, ab 2015 jährlich zwei mit jeweils 6.000 Euro dotierte **Arbeitsstipendien für Münchner Autorinnen und Autoren** zu vergeben.

Stadtteilkultur

Die beiden Bezirke Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt und Sendling sollen ab 2018/2019 ein **Stadtteilkulturzentrum** mit insgesamt 800 qm in der Ruppertstraße (Ecke Tumblingerstraße) erhalten, beschließt der Stadtrat.

Im Stadtbezirk Berg am Laim und in Aubing-Lochhausen-Langwied findet eine kulturelle **Stadtteilwoche** statt.

Der Stadtbezirk Schwanthalerhöhe erhält einen **KulturGeschichtSPfad** mit 26 historisch bedeutsamen Stationen.

Festivals, Reihen, Projekte

Im April lädt das Münchner Volkstheater bereits zum zehnten Mal mit seinem **Festival "Radikal jung"** internationale Regietalente ein.

Die **14. Münchener Biennale**, das Internationale Festival für neues Musiktheater, findet zum letzten Mal nach fast zwei Jahrzehnten unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Ruzicka statt.

Das biennale Münchner Tanz- und Theaterfestival **RODEO 2014** wird von Jonas Zipf kuratiert.

Beim **5. Literaturfest München** sind rund 100 Autorinnen und Autoren aus aller Welt zu Gast. Das forum:autoren (20. bis 27. November) kuratiert Clemens Meyer.

Das Programm **"1914 | 2014. Die Neuvermessung Europas"** erinnert mit über 160 Veranstaltungen und fünf Kunstprojekten an den Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren und thematisiert seine Auswirkungen bis heute. Mehr als siebzig Partner in München beteiligen sich.

Das europäische **Kunstprojekt "What's the deal?"** vernetzt junge urbane Kulturszenen aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Slowenien.

Der Künstler Michael Beutler schafft mit dem Projekt „Ballenernte“ temporär ein verbindendes Zeichen auf den Grünflächen im **Kunstareal München**.

Eine Veranstaltungsreihe zum **150. Geburtstag Wedekinds** beleuchtet die vielen Facetten des Künstlers.

Der Stadtrat beschließt die Realisierung eines **Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Lesben und Schwulen** der Künstlerin Ulla von Brandenburg.

Mehr als 30 Münchner Theater, Orchester, Museen, Bildungseinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler schließen sich in der Initiative **„Kunst und Kultur für Respekt“** zusammen.

Preisverleihungen (Auswahl)

Uwe Timm erhält für sein literarisches Werk und seine Bedeutung im kulturellen Leben Münchens den **Kulturellen Ehrenpreis** der Landeshauptstadt München 2013.

Der Schriftsteller Hans Pleschinski wird für sein Gesamtwerk mit dem **Literaturpreis** 2014 ausgezeichnet.

Professor Dr. Florian Hufnagl, bis Januar 2014 Direktor der Neuen Sammlung München, wird mit dem **Designpreis 2014** geehrt.

Der Journalist Glenn Greenwald erhält den gemeinsam von der Landeshauptstadt München und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern vergebenen Geschwister-Scholl-Preis 2014 für sein Buch „Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen“.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die nach dem Geschäftsverteilungsplan der LHM zugewiesenen Aufgaben wurden ordnungsgemäß erfüllt.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.474.662	1.574.060	+99.398	+6,74%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.350.743	5.372.016	-7.978.727	-59,76%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.749.986	10.163.556	+7.413.570	+269,59%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	286.433	285.541	-892	-0,31%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.149	13.713	-3.436	-20,04%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.023	12.414	-5.609	-31,12%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	17.896.996	17.421.300	-475.696	-2,66%
9	- Personalauszahlungen	56.915.993	51.685.229	-5.230.764	-9,19%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	2	+2	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	34.790.556	43.796.460	+9.005.904	+25,89%
12	- Transferauszahlungen	77.015.069	79.733.192	+2.718.123	+3,53%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.453.100	5.535.722	+82.622	+1,52%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	174.174.718	180.750.605	+6.575.887	+3,78%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-156.277.722	-163.329.305	-7.051.583	+4,51%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	674.703	609.618	-65.085	-9,65%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	81.918	49.761	-32.157	-39,26%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	756.621	659.379	-97.242	-12,85%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	126.363	112.517	-13.846	-10,96%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.500.449	4.714.981	-2.785.468	-37,14%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4.734.912	6.163.317	+1.428.405	+30,17%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	2.277.240	434.286	-1.842.954	-80,93%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	14.638.964	11.425.101	-3.213.863	-21,95%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-13.882.343	-10.765.722	+3.116.621	-22,45%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-170.160.065	-174.095.027	-3.934.962	+2,31%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-170.160.065	-174.095.027	-3.934.962	+2,31%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-567.580	-249.088	+318.492	-56,11%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	102.774	-12.331	-115.105	-112,00%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-670.354	-236.757	+433.597	-64,68%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-170.830.419	-174.331.784	-3.501.365	+2,05%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-170.830.419	-174.331.784	-3.501.365	+2,05%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Abweichung des Jahresergebnisses 2014 zum Jahresergebnis 2013

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr

Die **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 17.421 Tsd. € um 475 Tsd. € (-2,66%) **unter** den Einzahlungen des Haushaltsjahres 2013.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den Einzahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 1 Steuern und ähnliche Abgaben
- Position 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Position 3 Sonstige Transfereinzahlungen
- Position 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Position 7 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Position 8 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Wesentliche Positionen bei den Einzahlungen und damit **berichtspflichtig** sind:

Position 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Position 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Das Ist-Ergebnis 2014 der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (5.372 Tsd. €) bei den Einzahlungen liegt mit 7.978 Tsd. € (-59,76%) **unter** dem Ist-Ergebnis 2013 (13.350 Tsd. €).

Das Ist-Ergebnis 2014 der privatrechtlichen Leistungsentgelte (10.163 Tsd. €) bei den Einzahlungen liegt mit 7.413 Tsd. € (+269,59 %) **über** dem Ist-Ergebnis 2013 (2.749 Tsd. €).

Die Abweichungen stellen sich im wesentlichen wie folgt dar:

Das Delta erklärt sich im wesentlichen durch eine Änderung in der Haushaltssystematik der LHM. Bedingt durch diese Änderung, hat sich bei den Einzahlungen im Bereich der Münchner Philharmoniker ab dem Haushaltsjahr 2014 eine Verschiebung, weg von der Position 4 hin zur Position 5 ergeben. Dies führt zu einer Mindereinzahlung bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten und gleichzeitig zu einer Mehreinzahlung bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr

Die **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 180.750 Tsd. € um 6.575 Tsd. € (+ 3,78%) **über** den Auszahlungen des Haushaltsjahres 2013.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den Auszahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 10 Versorgungsauszahlungen
- Position 12 Transferauszahlungen
- Position 13 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Position 14 Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Wesentliche Positionen und damit **berichtspflichtig** sind:

Position 9 Personalauszahlungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (51.685 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 5.230 Tsd. € (-9,19%) **unter** dem Ist-Ergebnis 2013 (56.915 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Mit der Änderung der Haushaltssystematik der LHM wurden ab dem Haushaltsjahr 2014 sämtliche externen Personalauszahlungen (z.B. Künstler- und Veranstaltungshonorare) aller Organisationseinheiten des Kulturreferates in der Finanzrechnung nicht mehr unter der Position 9 „Personalauszahlungen“ sondern unter der Position 11 „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ gebucht. Dies führte im Vergleich Haushaltsjahr 2013 zum Haushaltsjahr 2014 zu einer Minderzahlung von rund 7.708 Tsd. €.

Die Auszahlungen zu den „Vergütungen tariflich Beschäftigter“ erhöhten sich um rund 2,1 Mio. €. Die Steigerung ist zum einen in der Tarifierhöhung 2014 für den öffentlichen Dienst, zum anderen durch zusätzliches Personal insbesondere im Bereich Förderung der freien Szenen, der Münchner Stadtbibliothek (Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen) und im Bereich der Münchner Philharmoniker (erhöhte Medienpräsenz) zu erklären.

Das verbleibende Delta zwischen erklärter und tatsächlicher Abweichung bei der Position 9 Personalauszahlungen in Höhe von 378 Tsd. € verteilt sich im Teilfinanzhaushalt Kulturreferat auf mehrere Finanzpositionen in den verschiedensten Organisationseinheiten, die in der Detailschärfe nicht mehr zu erklären sind.

Position 11 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (43.796 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 9.005 Tsd. € (+ 25,89%) **über** dem Ist-Ergebnis 2013 (34.790 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Das Delta erklärt sich im wesentlichen durch eine Änderung in der Haushaltssystematik der LHM. Bedingt durch diese Änderung hat sich im Rahmen der externen Personalkosten in allen Organisationseinheiten des Kulturreferates eine Verschiebung in der Finanzrechnung von der Position 9 weg hin zur Position 11 ergeben.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 659 Tsd. € um 97 Tsd. € (- 12,85%) **unter** den Einzahlungen des Haushaltsjahres 2014.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den Auszahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 15 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
- Position 16 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä.
- Position 17 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
- Position 18 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
- Position 19 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 11.425 Tsd. € um 3.213 Tsd. € (-21,95%) **unter** den Auszahlungen des Haushaltsjahres 2013.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den Auszahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 20 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
- Position 23 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen
- Position 25 Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit

Wesentliche Positionen und damit **berichtspflichtig** sind:

Position 21 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Das Ist-Ergebnis 2014 (4.714 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 2.785 Tsd. € (- 37,14%) **unter** dem Ist-Ergebnis 2013 (7.500 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden gegenüber 2013 Minderauszahlungen im Bereich der Galerie im Lenbachhaus für die LED-Beleuchtung (4.682 Tsd. €) geleistet. Das Lenbachhaus wurde am 08.05.2013 eröffnet. Der zeitliche Schwerpunkt der Bauabrechnung lag somit in den Jahren 2012 und 2013.

Ebenso wurden im Haushaltsjahr 2014 gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 Minderauszahlungen im Bereich der Münchner Stadtbibliothek „Stadtteilbibliothek Gardinistraße“ in Höhe von 540 Tsd. € geleistet.

Im Bereich der Münchner Stadtbibliothek liegt dagegen der zeitliche Schwerpunkt der Baumaßnahme „Neukonzeption Monacensia“ im Jahre 2014, was zu Mehrauszahlungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 von insgesamt 2.443 Tsd. € führte.

Das verbleibende Delta zwischen erklärter und tatsächlicher Abweichung bei der Position 21 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 6 Tsd. € verteilt sich im Teilfinanzhaushalt Kulturreferat auf mehrere Finanzpositionen in den verschiedensten Organisationseinheiten, die in der Detailschärfe nicht mehr zu erklären sind.

Position 22 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Das Ergebnis 2014 (6.163 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 1.428 Tsd. € (+30,17%) **über** dem Ist-Ergebnis 2013 (4.734 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Die im Haushaltsjahr 2014 einmalig geleisteten Auszahlungen im Bereich des Münchner Stadtmuseums für den Ankauf „Siegert“ in Höhe von 1.900 Tsd. € sind in 2014 angefallen.

Mit der Wiedereröffnung des Lenbachhauses am 08.05.2013 reduzierten sich die Auszahlungen für die Ersteinrichtungskosten im Haushaltsjahr 2014 um 823 Tsd. €.

Im Jahresvergleich 2013 / 2014 kam es dagegen in 2014 im Rahmen des Neubaus „NS-Dokumentationszentrum“ bei den Ersteinrichtungskosten zu Mehrauszahlungen von 436 Tsd. €.

Das verbleibende Delta zwischen erklärter und tatsächlicher Abweichung bei der Position 22 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen in Höhe von 85 Tsd. € verteilt sich im Teilfinanzhaushalt Kulturreferat auf mehrere Finanzpositionen in den verschiedensten Organisationseinheiten, die in der Detailschärfe nicht mehr zu erklären sind.

Position 24 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen

Das Ist-Ergebnis 2014 (434 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 1.842 Tsd. € (- 80,93%) **unter** dem Ist-Ergebnis 2013 (2.277 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Im Haushaltsjahr 2013 belief sich die Restabwicklung des Investitionszuschusses zugunsten der Münchner Volkshochschule, Haus Buchenried, noch auf 1.154 Tsd. €. Dies führte im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 zu einer entsprechenden Minderauszahlung.

Entsprechend des Vollversammlungsbeschlusses des Münchner Stadtrates vom 07.05.2008 wurde für die Ersteinrichtung des Deutschen Theaters ein Investitionszuschuss in Höhe von 636 Tsd. € bewilligt. Im Haushaltsjahr 2012 wurden rund 68 Tsd. €, im Haushaltsjahr 2013 rund 460 Tsd. € und im Haushaltsjahr 2014 rund 108 Tsd. € in Form eines Investitionszuschusses ausbezahlt. Dies führte im Vergleich der Jahre 2014 zu 2013 zu Minderauszahlungen in Höhe von 351 Tsd. €.

Für die Ersteinrichtung der Außenstelle im Kulturzentrum 2411 wurde der Münchner Volkshochschule ein Investitionszuschuss in Höhe von 230 Tsd. € bewilligt. Dieser kam in 2013 in Höhe von rund 225 Tsd. € zum Tragen. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 führte dies zu einer Minderauszahlung in Höhe von rund 225 Tsd. €.

Der bewilligte Investitionszuschuss an die Münchner Volkshochschule gemäß dem Vollversammlungsbeschluss des Münchner Stadtrates vom 24.07.2013 „Pädagogisches Netz“ in Höhe von 140 Tsd. € kam im Haushaltsjahr 2014 nicht mehr zur Auszahlung und wurde als Ist auf Kassenrest in das Haushaltsjahr 2015 übertragen, was zu Minderauszahlungen im Vergleich zu 2013 von rund 114 Tsd. € führte.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	320.800	1.044.800	1.574.060	+529.260	+50,66%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.909.800	5.909.800	5.372.016	-537.784	-9,10%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.729.200	9.788.200	10.163.556	+375.356	+3,83%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	261.300	261.300	285.541	+24.241	+9,28%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	13.713	+13.713	-%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.200	6.200	12.414	+6.214	+100,23%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	15.227.300	17.010.300	17.421.300	+411.000	+2,42%
9	- Personalauszahlungen	49.050.400	51.499.600	51.685.229	+185.629	+0,36%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	2	+2	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	41.559.400	45.059.700	43.796.460	-1.263.240	-2,80%
12	- Transferauszahlungen	79.098.700	81.956.400	79.733.192	-2.223.208	-2,71%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.641.700	7.815.500	5.535.722	-2.279.778	-29,17%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	174.350.200	186.331.200	180.750.605	-5.580.595	-2,99%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-159.122.900	-169.320.900	-163.329.305	+5.991.595	-3,54%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	100.000	540.000	609.618	+69.618	+12,89%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	49.761	+49.761	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	100.000	540.000	659.379	+119.379	+22,11%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	112.517	+112.517	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.239.300	5.404.100	4.714.981	-689.119	-12,75%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.299.700	8.714.100	6.163.317	-2.550.783	-29,27%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	372.300	622.300	434.286	-188.014	-30,21%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	13.911.300	14.740.500	11.425.101	-3.315.399	-22,49%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-13.811.300	-14.200.500	-10.765.722	+3.434.778	-24,19%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-172.934.200	-183.521.400	-174.095.027	+9.426.373	-5,14%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-172.934.200	-183.521.400	-174.095.027	+9.426.373	-5,14%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-249.088	-249.088	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-12.331	-12.331	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-236.757	-236.757	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-172.934.200	-183.521.400	-174.331.784	+9.189.616	-5,01%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-172.934.200	-183.521.400	-174.331.784	+9.189.616	-5,01%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Abweichung des Jahresergebnisses 2014 zu den Haushaltsplanansätzen 2014

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Plan/Ist Vergleich

Die **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 17.421 Tsd. € um 411 Tsd. € (+2,42%) **über** den zu erwartenden Einzahlungen des Haushaltsjahres 2014.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für die Abweichungen der Positionen bei den Einzahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 1 Steuern und ähnliche Abgaben
- Position 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Position 3 Sonstige Transfereinzahlungen
- Position 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- Position 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte
- Position 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Position 7 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Position 8 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Plan/Ist Vergleich

Die **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 180.750 Tsd. € um 5.580 Tsd. € (- 2,99%) **unter** den geplanten Auszahlungen des Haushaltsjahres 2014.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den Auszahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 9 Personalauszahlungen
- Position 10 Versorgungsauszahlungen
- Position 11 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen
- Position 12 Transferauszahlungen
- Position 14 Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Wesentliche Position und damit **berichtspflichtig** ist:

Position 13 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Das Ist-Ergebnis 2014 (5.535 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 2.279 Tsd. € (- 29,17%) **unter** dem geplanten Budget 2014 (7.815 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Die einmalige Verwendung von Mitteln aus einer kommunalen Sonderrechnung lagen im Haushaltsjahr 2014 mit 337 Tsd. € unter dem Plan 2014. Die entsprechende Mittelverwendung wurde auf dem Büroweg per Veranschlagungsberichtigung auf die entsprechenden Organisationseinheiten des Referats verteilt.

Bei den Interimskosten zur Generalsanierung der Galerie im Lenbachhaus lagen die Auszahlungen in 2014 um 213 Tsd. € unter dem Plan 2014.

Innerhalb des Kulturbudgets kam es zu Verschiebungen zwischen dem konsumtiven und dem investiven Bereich. Die benötigten Mittel in Höhe von rund 415 Tsd. € für den investiven Bereich für das Haushaltsjahr 2014 wurden vom Kulturreferat konsumtiv vorgehalten und im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 auf die entsprechenden Finanzpositionen verteilt.

Das verbleibende Delta zwischen erklärter und tatsächlicher Abweichung bei der Position 13 sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.314 Tsd. € verteilt sich im Teilfinanzhaushalt Kulturreferat auf mehrere Finanzpositionen (z.B. Geschäftsausgaben, Sonderprojekte, Mitgliedsbeiträge, Projektförderungen) in den verschiedensten Organisationseinheiten, die in der Detailschärfe nicht mehr zu erklären sind.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Plan/Ist Vergleich

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 659 Tsd. € um 119 Tsd. € (+ 22,11%) **über** den zu erwartenden Einzahlungen des Haushaltsjahres 2014 (540 Tsd. €).

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für die Abweichungen der Positionen bei den Einzahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 15 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
- Position 16 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä.
- Position 17 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
- Position 18 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
- Position 19 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Plan/Ist Vergleich

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit 11.425 Tsd. € um 3.315 Tsd. € (- 22,49%) **unter** den geplanten Auszahlungen des Haushaltsjahres 2014.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für die Abweichungen der Positionen bei den Auszahlungsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 20 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücke und Gebäuden
- Position 21 Auszahlungen für Baumaßnahmen
- Position 23 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen
- Position 24 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen
- Position 25 Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit

Wesentliche Positionen und damit **berichtspflichtig** sind:

Position 22 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Das Ist-Ergebnis 2014 (6.163 Tsd. €) bei den Auszahlungen liegt mit 2.550 Tsd. € (- 29,27%) **unter** dem geplanten Budget 2014 (8.714 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie folgt dar:

Je nach Stand des Baufortschrittes haben sich im Bereich der **Ersteinrichtungskosten** weniger Auszahlungen beim Neubau NS-Dokumentationszentrum (1.539 Tsd. €) und der Sanierung Monacensia (955 Tsd. €) in Höhe von insgesamt 2.494 Tsd. € ergeben. Die Wiedereinplanung der in 2015 weiter benötigten Haushaltsausgabereste 2014 erfolgte über die Anmeldung zum Mehrjahresinvestitionsprogramm 2015 bis 2019 mit verbindlicher Planung für 2020.

Das verbleibende Delta zwischen erklärter und tatsächlicher Abweichung bei der Position 22 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen in Höhe von 56 Tsd. € verteilt sich im Teilfinanzhaushalt Kulturreferat auf mehrere Finanzpositionen in den verschiedensten Organisationseinheiten, die in der Detailschärfe nicht mehr zu erklären sind.

1.3. Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2012 auf 2013			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.508.203	1.559.219	+51.016	+3,38%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.310.565	5.518.325	+207.760	+3,91%
5	+ Auflösung von Sonderposten	68.760	422.597	+353.837	+514,60%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.899.288	10.098.987	-800.301	-7,34%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	293.530	278.444	-15.086	-5,14%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	250.339	399.112	+148.773	+59,43%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	18.330.685	18.276.684	-54.001	-0,29%
11	- Personalaufwendungen	57.717.129	51.525.111	-6.192.018	-10,73%
12	- Versorgungsaufwendungen	2.948.125	3.097.721	+149.596	+5,07%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.376.556	45.004.889	+9.628.333	+27,22%
14	- Planmäßige Abschreibungen	6.011.454	7.300.856	+1.289.402	+21,45%
15	- Transferaufwendungen	79.358.533	79.580.149	+221.616	+0,28%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.225.726	5.109.965	+884.239	+20,93%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	185.637.523	191.618.691	+5.981.168	+3,22%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-167.306.838	-173.342.007	-6.035.169	+3,61%
17	+ Finanzerträge	18.023	12.414	-5.609	-31,12%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	18.023	12.414	-5.609	-31,12%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-167.288.815	-173.329.593	-6.040.778	+3,61%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-167.288.815	-173.329.593	-6.040.778	+3,61%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	400.117	36.309.199	+35.909.082	+8974,65%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.024.995	51.939.466	+36.914.471	+245,69%
S8	= Ergebnis des Teilergebnishaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-181.913.693	-188.959.860	-7.046.167	+3,87%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Ordentliche Erträge 2014 im Vergleich zum Vorjahr 2013

Die **ordentlichen Erträge** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 18.277 Tsd. € um 54 Tsd. € (- 0,3%) **unter** den Erträgen des Haushaltsjahres 2013 (118.331 Tsd. €).

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für alle Positionen der ordentlichen Erträge im Teilergebnishaushalt des Kulturreferats besteht nach dieser Vorgabe keine Berichtspflicht.

Ordentliche Aufwendungen 2014 im Vergleich zum Vorjahr 2013

Die **ordentlichen Aufwendungen** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 191.619 Tsd. € um 5.981 Tsd. € (+ 3,12%) **über** den Aufwendungen des Haushaltsjahres 2013 (185.638 Tsd. €).

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den Aufwandsarten besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 12 Versorgungsaufwendungen
- Position 15 Transferaufwendungen

Wesentliche Positionen bei den Aufwendungen und damit **berichtspflichtig** sind:

Position 11 Personalaufwendungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (51.525 Tsd. €) bei den Personalaufwendungen liegt mit 6.192 Tsd.€ (- 12,00%) **unter** dem Ist-Ergebnis 2013 (57.717 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie im Teilfinanzhaushalt des Kulturreferats beschrieben dar.

Position 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (45.005 Tsd. €) bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegt mit 9.628 Tsd.€ (- 20,74%) **über** dem Ist-Ergebnis 2013 (35.377 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie im Teilfinanzhaushalt des Kulturreferats beschrieben dar.

Position 14 Planmäßige Abschreibungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (7.301 Tsd. €) bei den planmäßigen Abschreibungen liegt mit 1.289 Tsd. € (+ 30,70%) **über** dem Ist-Ergebnis 2013 (6.011 Tsd. €) und resultiert im Schwerpunkt aus der in 2014 durchgeführten unterjährigen haushaltstechnischen Abrechnung und bilanztechnischen Aktivierung von Anlagen im Bau in der Anlagenbuchhaltung.

So wurden z.B. im Haushaltsjahr 2014 im Schwerpunkt sowohl die Anlagen im Bau zur Generalsanierung der städtischen Galerie im Lenbachhaus und dem Neubau zum Museumsdepot abgerechnet und aktiviert.

Dies führte im Haushaltsjahr 2014 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 zu erhöhten Aufwendungen.

Position 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (5.110 Tsd. €) bei den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegt mit 884 Tsd. € (+ 13,84%) **über** dem Ist-Ergebnis 2013 (4.226 Tsd. €). Die Steigerung beruht im wesentlichen darauf, dass umfangreiche Finanzierungsbeschlüsse zu höheren Planansätzen in 2014 führten. Im Jahresvergleich Ist-Ergebnis 2013 zum Ist-Ergebnis 2014 kam es daher bei den ordentlichen Aufwendungen zu Erhöhungen.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2013				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	320.800	1.044.800	1.559.219	+514.419	+49,24%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.909.800	5.909.800	5.518.325	-391.475	-6,62%
5	+ Auflösung von Sonderposten	36.300	36.300	422.597	+386.297	+1064,18%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.729.200	9.788.200	10.098.987	+310.787	+3,18%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	261.300	261.300	278.444	+17.144	+6,56%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	6.000	38.800	399.112	+360.312	+928,64%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	15.263.400	17.079.200	18.276.684	+1.197.484	+7,01%
11	- Personalaufwendungen	49.145.500	51.594.700	51.525.111	-69.589	-0,13%
12	- Versorgungsaufwendungen	3.841.600	2.710.800	3.097.721	+386.921	+14,27%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.559.400	46.390.900	45.004.889	-1.386.011	-2,99%
14	- Planmäßige Abschreibungen	4.200.600	4.200.600	7.300.856	+3.100.256	+73,81%
15	- Transferaufwendungen	79.098.700	79.841.400	79.580.149	-261.251	-0,33%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.545.500	6.388.100	5.109.965	-1.278.135	-20,01%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	182.391.300	191.126.500	191.618.691	+492.191	+0,26%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-167.127.900	-174.047.300	-173.342.007	+705.293	-0,41%
17	+ Finanzerträge	6.200	6.200	12.414	+6.214	+100,23%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	6.200	6.200	12.414	+6.214	+100,23%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-167.121.700	-174.041.100	-173.329.593	+711.507	-0,41%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-167.121.700	-174.041.100	-173.329.593	+711.507	-0,41%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	35.774.700	35.774.700	36.309.199	+534.499	+1,49%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.622.300	50.488.200	51.939.466	+1.451.266	+2,87%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-180.969.300	-188.754.600	-188.959.860	-205.260	+0,11%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Ordentliche Erträge im Vergleich des Jahres 2014

Die **ordentlichen Erträge** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit einem Ist-Ergebnis von 18.277 Tsd. € um 1.197 Tsd. € (+ 7,01%) **über** dem Planansatz 2014 (17.079 Tsd. €).

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für alle Positionen der ordentlichen Erträge sowie der Erträge aus internen Leistungsbeziehungen im Teilergebnishaushalt des Kulturreferats besteht nach dieser Vorgabe keine Berichtspflicht.

Ordentliche Aufwendungen im Vergleich des Jahres 2014

Die **ordentlichen Aufwendungen** liegen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Ist-Ergebnis von 191.619 Tsd. € um 469 Tsd. € (+ 0,25%) **über** dem Planansatz 2014 (191.150 Tsd.€).

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind Berichtspflicht auslösende Über- bzw. Untergrenzen für Abweichungen einzuhalten. Für das Kulturreferat wurde festgelegt, dass

- Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 750.000 € und
- alle Über- und Unterschreitungen über 4 Mio. €

zu erläutern sind.

Für folgende Abweichungen der Positionen bei den ordentlichen Aufwendungen besteht **keine Berichtspflicht**:

- Position 11 Personalaufwendungen
- Position 12 Versorgungsaufwendungen
- Position 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- Position 15 Transferaufwendungen

Wesentliche Positionen bei den Einzahlungen und damit **berichtspflichtig** sind:

Position 14 Planmäßige Abschreibungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (7.301 Tsd. €) bei den planmäßigen Abschreibungen liegt mit 3.100 Tsd. € (+ 73,81%) **über** dem Planansatz 2014 (4.201 Tsd. €) und resultiert im Schwerpunkt aus der in 2014 durchgeführten unterjährigen haushaltstechnischen Abrechnung und bilanztechnischen Aktivierung von Anlagen im Bau in der Anlagenbuchhaltung.

So wurden z.B. im Haushaltsjahr 2013 im Schwerpunkt sowohl die Anlagen im Bau zur Generalsanierung der städtischen Galerie im Lenbachhaus und zum Neubau des Museumsdepots abgerechnet und aktiviert. Dies führte im Gegensatz zur ursprünglichen Planung zu erhöhten Aufwendungen.

Position 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Das Ist-Ergebnis 2014 (5.110 Tsd. €) bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegt mit 1.278 Tsd. € (- 20,01%) **unter** dem Planansatz 2014 (6.388 Tsd. €) und stellt sich im wesentlichen wie im Teilfinanzhaushalt des Kulturreferats beschrieben dar.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	4.942	524	4.418
Personalauszahlungen	2.332	100	2.232
unverbrauchte Schenkungsmitel	414	2	412
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	4.832	635	4.197
Gesamt	12.520	1.261	11.259

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Gemäß der Neukonzeption zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten wird das Kulturreferat im Rahmen des Nachtragshaushalts 2015 die nicht zur Disposition stehenden Mittel (unverbrauchte Schenkungsmitel und Mittel aus zweckgebundenen Fipos) bzw. die notwendigen Personal- und Sachmittel aufgrund mehrjähriger Planungen von Projekten, Programmen, Ausstellungen und Veranstaltungen bedarfsgerecht wieder einplanen.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich des großen Bauunterhalts wurden aus dem Haushaltsjahr 2014 dem Kulturreferat keine Mittel nach 2015 übertragen.

1.4.3 Investive Reste

Im Kulturreferat bestehen im investiven Bereich Reste in Höhe von 4.971 Tsd. € (unter der Wertgrenze von 1 Mio. € bei Baumaßnahmen bzw. unter 800 Tsd. € beim beweglichen Anlagevermögen), die im wesentlichen für folgende Maßnahmen gebunden sind:

Investitionszuschuss Pasinger Fabrik	20 Tsd. €
Investitionszuschuss Deutsches Theater	129 Tsd. €
Investitionszuschuss Münchner Volkshochschule	390 Tsd. €
Ersteinrichtung Museumsdepot	106 Tsd. €
Ersteinrichtung Generalsanierung Lenbachhaus	380 Tsd. €
Ersteinrichtung Neuhauser Trafo	135 Tsd. €
Ersteinrichtung Milbertshofen	35 Tsd. €
Ersteinrichtung Trägerverein Blodigstr.	52 Tsd. €
Ersteinrichtung Mittelpunktsbibliothek Deisenhofener Str.	587 Tsd. €
Ersteinrichtung Stadtteilbibliothek Westend	428 Tsd. €
diverse Baumaßnahmen	2.394 Tsd. €
(Generalsanierung Lenbachhaus, Münchner Stadtmuseum, Museumsdepot, Stadtteilbibliothek Westend)	

Der Restbetrag in Höhe von 315 Tsd. € verteilt sich auf alle Bereiche des Kulturreferates (Abteilungen und Institute) und umfasst Positionen wie z.B. Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, Kunst- und Sammlungsgegenstände, DV-Anlagen und Software für fachspezifischen Bedarf im Rahmen der Ausstellungs- und Veranstaltungstechnik.

Zudem werden aufgrund einer **Verfahrensänderung** der Stadtkämmerei „Haushaltsauszahlungsreste im investiven Bereich“ Reste aus 2014 mit einem Betrag ab 1 Mio. € bei Baumaßnahmen

bzw. 800 Tsd. € beim beweglichen Anlagevermögen pro Einzelposition **nicht** mehr automatisch als Haushaltsauszahlungsreste in den Haushalt 2014 übertragen, sondern zunächst eingezogen und wieder eingeplant.

Das Kulturreferat ist von dieser **Systematik** wie folgt betroffen:

NS-Dokumentationszentrum / Ersteinrichtungskosten	mit rund 1.444 Tsd. €
Monacensia / Ersteinrichtungskosten nach Sanierung	mit rund 997 Tsd. €
Münchner Stadtbibliothek / DV-Anlagen, Software	mit rund 1.479 Tsd. €.

Die nicht übertragenen Haushaltsauszahlungsreste 2014 in Höhe von insgesamt rund 3.920 Tsd. € werden vom Kulturreferat bedarfsgerecht als Ansätze 2015 zum Nachtragshaushalt 2015 im Herbst wieder eingeplant.

Das Kulturreferat weist darauf hin, dass es gerade im Bereich der Baumaßnahmen (inkl. Ersteinrichtungen) immer wieder aufgrund nicht planbarer Unwägbarkeiten zu zeitlichen Verzögerungen kommen kann.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2012 auf 2013			Anzahl 2013			Vollzeitäquivalente 2013		
	Anzahl 2012	VzÄ 2012	Abw./VzÄ Zu 2013	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	991	824	+2,29%	326	679	1.005	302	541	843
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	25	25	-4,00%	7	17	24	7	17	24
Beschäftigte Gesamt	1.016	849	+2,11%	333	696	1.029	309	558	867

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Kulturreferat** 2014 eine Überschreitung von **0,45 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2012 (in Tsd. €)	Ist 2012/2013 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	35.209	+4,32%	36.784	36.729	-0,15%
Philharmoniker	968	+21,49%	1.436	1.176	-18,11%
NS-Dokuzentrum	12.473	+5,54%	12.762	13.164	+3,15%
Stiftung Villa Waldberta	157	+3,82%	145	163	+12,41%
Stiftung Villa Stuck	794	+3,27%	691	820	+18,67%
		-%			-%
Summe Referat	49.601	+4,94%	51.818	52.052	+0,45%

Die IST/Plan-Abweichung beim Deckungsbereich des Kulturreferats liegt innerhalb des Swing. Das Budget gilt somit als eingehalten.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr

Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restefonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	0	-38	
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	2.146	2.305	+7,41%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	2.146	2.267	+5,64%
Beihilferückstellung Auflösung	0	-6	
Beihilferückstellung Zuführung	389	440	+13,11%
Belastung Beihilferückstellung	389	434	+11,57%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	0	0	
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	413	352	-14,77%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	413	352	-14,77%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-118	-9	-92,37%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	80	85	+6,25%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-38	76	-300,00%
Gesamt	2.910	3.129	+7,53%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral im Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Entsprechende Sachverhalte sind dem Kulturreferat nicht bekannt geworden.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Entsprechende Sachverhalte sind dem Kulturreferat nicht bekannt geworden.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2013 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2013 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5600100	„Beteiligungsmanagement für die Pasinger Fabrik Kultur-Bürgerzentrum GmbH“	Finanzen	Kalkulatorische Kosten	825	536	-289	-35,0%	2.1.2.1
5611000	„Förderung von Kunst und Kultur“	Finanzen	Erlöse	1.577	2.270	+693	+43,9%	2.1.2.2
			Kosten	50.857	49.288	-1.569	-3,1%	
		Qualitäten/ Wirkungen	betreutes Anlagevermögen	3.831	4.835	+1.004	+26,2%	
			Leistungs- mengen	Zahl der geförderten Veranstaltungen / Projekte	1.750	2.040	+290	
		Leistungs- mengen	Zahl der eigenen Veranstaltungen o davon sonstige Veranstaltungen	138	175	+37	+26,8%	
			Zahl der eigenen Veranstaltungstage	1.040	1.235	+195	+18,8%	
5631000	„Münchner Stadtbibliothek“	Finanzen	Kosten	41.472	42.891	+1.419	+3,4%	2.1.2.3
			Qualitäten/ Wirkungen	Zahl der Besuche bei Veranstaltungen o davon für Erwachsene	58.140	82.601	+24.461	
		o davon für Kinder und Jugendliche		21.120	29.595	+8.475	+40,1%	
		o davon für Kinder und Jugendliche		37.020	53.006	+15.986	+43,2%	
		Leistungs- mengen		Virtuelle Medien	22.000	32.037	+10.037	
			Downloads virtueller Medien	220.000	347.182	+127.182	+57,8%	
			Anzahl der Veranstaltungen o davon für Erwachsene	1.880	2.690	+810	+43,1%	
			o davon für Kinder und Jugendliche	388	497	+109	+28,1%	
			o davon für Kinder und Jugendliche	1.492	2.193	+701	+47,0%	
			Anzahl der Ausstellungen	41	56	+15	+36,6%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2013 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2013 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5640000	„Münchner Philharmoniker“	Vollzeitäquivalente	VZÄ	147	36	-111	-75,5%	2.1.2.4
		Leistungsmengen	Anzahl Vermittlungsv veranstaltungen pro Saison	150	183	+33	+22,0%	
5651000	„Städtische Galerie im Lenbachhaus“	Qualitäten/ Wirkungen	Teilnehmer/ Innen an Ver mittlungsv veranstaltungen/ Führungen	30.000	46.421	+16.421	+54,7%	2.1.2.5
		Zielgruppen	Anteil Be suche > 65 J.	10	22	+12	+120,0%	
		Leistungs mengen	Zahl der Sonderaus stellungen o davon Eigen produktionen	3	4	+1	+33,3%	
			Leihgaben	250	114	-136	-54,4%	
			Zahl Ver mittlungsv veranstaltungen, Führungen	1.560	3.108	+1.548	+99,2%	
			Zahl sonstige Veranstalt ungen	50	66	+16	+32,0%	
			Zahl museumsspe zifische Veranstaltu ngen (Ausstellungse röffnungen)	50	66	+16	+32,0%	
			Zahl eigene Katalog produktionen	5	6	+1	+20,0%	
		5661000	„Münchner Stadtmu seum“	Finanzen	Erlöse	608	849	
Kosten	14.201				15.900	+1.699	+12,0%	
Zuschuss je Besuch	-85				-107	-22	+25,9%	
Qualitäten/ Wirkungen	Zahl der Be sucher des Filmmuse ums			30.000	35.860	+5.860	+19,5%	
	davon ausgestellte bezahlte Tickets			28.000	32.844	+4.844	+17,3%	
Zielgruppen	Anteil Besu che < 18 J.			12	16	+4	+33,3%	
Leistungs mengen	Zahl Son derausstel lungen			11	12	+1	+9,1%	
	o davon Ei genproduktio nen			10	12	+2	+20,0%	
	Abgabe Ei genproduktion			0	1	+1	+100,0%	

		Zahl sonstige Veranstaltungen	50	73	+23	+46,0%
		Zahl museumspezifische Veranstaltungen ○ davon fremde Veranstaltungen im Filmmuseum	45	106	+61	+135,6%
		Zahl eigene Katalogproduktionen	4	5	+1	+25,0%
		Pflege und Restauration der Sammlung				
		○ Fremdleistungen in Std.	2.290	1.458	-832	-36,3%
		○ Sachaufwand in €	117.000	139.325	+22.325	+19,1%

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt „Beteiligungsmanagement für die Pasinger Fabrik Kultur- Bürgerzentrum GmbH“

Die Reduzierung im Bereich der „kalkulatorischen Kosten“ i.H.v. 289 Tsd. € ist im wesentlichen in einer geringeren Verrechnung der Gebäudeumlage des Kommunalreferates im Rahmen des „Münchner Facility Managements“ (mfm) begründet. Die genaueren Hintergründe hierfür liegen dem Kulturreferat nicht vor.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt „Förderung von Kunst und Kultur“ inkl. "NS-Dokumentationszentrum"

Die „Erlöse“ beim Produkt „Förderung von Kunst und Kultur“ liegen um ca. 700 Tsd. € über dem Planwert. Die zusätzlichen Einnahmen resultieren im Wesentlichen mit rund 82 Tsd. € aus Zweckbindungen, ca. 25 Tsd. € aus Spenden sowie ca. 112 Tsd. € aus Ersätzen. Des Weiteren sind Mehreinnahmen bei der internen Leistungsverrechnung i.H.v. 119 Tsd. € und 308 Tsd. € bei den unentgeltlichen Wertabgaben zu verzeichnen. Ebenfalls schlagen sich dort zusätzliche Einnahmen aus sonstigen Erträgen i.H.v. 151 Tsd. € sowie rund 41 Tsd. € aus Mietnebenkosten nieder.

Die Reduzierung der „Kosten“ um ca. 1,5 Mio. € resultiert aus dem Bereich des NS-Dokumentationszentrums und dessen Eröffnung im Frühjahr 2015. Hier sind die Kosten im Bereich der extern bezogenen Dienstleistungen, Werbemaßnahmen sowie Geschäftsausgaben nicht vollständig im Jahr 2014 angefallen.

Die Abweichung im Bereich des zu „betreuenden Anlagevermögens“ resultiert im Wesentlichen aus der Anschaffung der Erstausrüstung zum NS-Dokumentationszentrum sowie der notwendigen Neubeschaffungen von Veranstaltungstechnik für diverse Bürgerzentren.

Der Planwert der „Zahl der geförderten Veranstaltungen / Projekte“ ist ein reiner Schätzwert. Da hier die Anzahl der Förderungen und die jeweilige Höhe der Förderbeträge zum einen vom verfügbaren Budget abhängen und zum anderen stark fremdbestimmt sind, d.h. insbesondere von den gestellten Anträgen beeinflusst werden, kommt es hier regelmäßig zu Abweichungen. Durch die regelmäßige aber einmalige Akquirierung von zusätzlichen Mitteln konnten mehr Zuschüsse ausgereicht werden als ursprünglich geplant.

Der Planwert der „Zahl der eigenen Veranstaltungen“ wurde leicht überschritten, da die für das temporäre EU-Projekt „What's the deal“ geplante Veranstaltungsreihe „Nomadic Sculpture“ (= „davon sonstige Veranstaltungen“) erheblich ausgeweitet wurde. Zu den Wochenendveranstaltungen konnten kurzfristig zusätzlich Workshops, Installationen und eine Ausstellung im Maximiliansforum durchgeführt werden.

Durch die in 2014 erhöhte Akquise von „Erlösen“ konnte die „Zahl der eigenen Veranstaltungstage“ um 195 Tage (18,8%) gesteigert werden.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt „Münchner Stadtbibliothek“

Bei der Finanzkennzahl „Kosten“ ergibt sich eine Änderung i.H.v. 1.419 Tsd.€. Diese Veränderung resultiert aus verschiedenen Teilbereichen, die dem Produktbudget der Münchner Stadtbibliothek zugerechnet werden, aber z.B. entweder nicht zahlungswirksam sind, oder von anderen Dienststellen (z.B. Eigenbetrieb it@M, Baureferat oder der Gasteig München GmbH) verantwortet werden. Hierbei sind im Schwerpunkt zu nennen: Mehrausgaben an den Eigenbetrieb it@M i.H.v. ca. 155 Tsd. €, Mehrausgaben bei den Festmieten Gasteig i.H.v. ca. 214 Tsd. €, Mehrausgaben im Bereich Hochbau i.H.v. ca. 232 Tsd. €, Mehrausgaben bei der Wartung durch das Baureferat (H9) i.H.v. ca. 72 Tsd. € und eine Erhöhung der kalk. Zinsen und Abschreibungen i.H.v. ca. 650 Tsd. €.

Für das Haushaltsjahr 2014 wurden bei den Leistungsmengen die „Zahl der Vermittlungsangebote“, „Anzahl der Veranstaltungen“ mit der Aufteilung auf „Erwachsene“ und „Kinder und Jugendliche“ sowie bei den Qualitäten und Wirkungen die „Zahl der Besuche bei Veranstaltungen“ mit dem Anteil der „Erwachsenen“ und dem Anteil der „Kinder und Jugendlichen“ seitens der Direktion der Münchner Stadtbibliotheken aufgrund von Schließungen der Stadtteilbibliotheken sehr vorsichtig geplant. Es zeigte sich nun im Laufe des Jahres 2014, dass die angestrebten Programme inkl. der „Anzahl der Ausstellungen“ überproportional angenommen wurden und die Besucherzahlen dementsprechend gut ausfallen. Die Münchner Stadtbibliothek hat dieses zum Anlass genommen, die Planung der Leistungskennzahlen, wie es bei den Finanzkennzahlen schon üblich ist, an den IST-Zahlen des Vorjahres auszurichten.

Aufgrund der Aufstockung des Medienetats um 250.000 € sind nun folgerichtig auch die Bereitstellungen für die Virtuellen Medien gestiegen. So konnten ca. 6.000 mehr „virtuelle Medien“ beschafft werden. Durch dieses erhöhte Angebot stieg folglich auch die „Anzahl der Downloads“ dieser Medien.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt „Münchner Philharmoniker“

Bei der Kennzahl „Vollzeitäquivalente“ sind im Ist 2014, im Gegensatz zum Plan 2014, die Musikerinnen und Musiker der Münchner Philharmoniker nicht mit eingerechnet. Das Kulturreferat wird hier im Benehmen mit dem Personal- und Organisationsreferat für die Haushaltsjahre 2015 ff. eine Basis zur Ermittlung und Darstellung der Zahl der Vollzeitäquivalente erarbeiten.

Bei den Vermittlungsveranstaltungen wurde insbesondere das Education-Angebot unter der Marke „Spielfeld Klassik“ erweitert und ausgebaut. Diese Angebote erfreuen sich großer Nachfrage, so dass als Reaktion darauf auch die „Anzahl der Vermittlungsveranstaltungen pro Saison“ erhöht wurde.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt „Städtische Galerie im Lenbachhaus“

Mit der Schaffung einer eigenen Stelle im Bereich der „Vermittlung“ wurden vielfältigere Vermittlungsprogramme geschaffen. Dies führt u.a. zu einer Erhöhung der „Zahl der Besuche“ sowie zu einer immensen Steigerung der „Zahl der Teilnehmer/innen an Vermittlungsveranstaltungen, Führungen“, „Zahl der sonstigen Veranstaltungen“ und „Zahl der museumsspezifischen Veranstaltungen“. Gerade im Bereich der „Zahl der Vermittlungsveranstaltungen, Führungen“ stieg die Anzahl nahezu um das Doppelte.

Bei dem „Anteil der Besucher über 65 Jahre“ kommt es zu einer Steigerung von 120 %. Die zunehmende Anzahl der Besucher über 65 Jahre führt dazu, dass sich auch der Anteil „der Besuche“ stetig erhöht.

Bei der „Zahl der Sonderausstellungen“ konnte die angestrebte Anzahl von 4 erreicht werden, wobei von den ursprünglich geplanten 3 Eigenproduktionen insgesamt 4 Sonderausstellungen als „Eigenproduktionen“ realisiert werden konnten. Ebenfalls konnte zu den Sonderausstellungen ein umfangreicheres Rahmenprogramm realisiert werden.

Im Bereich der „Leihgaben“ musste die Anzahl aus Kapazitätsgründen um mehr als die Hälfte reduziert werden. Die „Zahl der eigenen Katalogproduktionen“ erhöht sich um eine, da die Publikation "Stettheimer" in Englisch erscheinen konnte.

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt „Münchener Stadtmuseum“

Im Bereich der Erlöse konnte das Münchener Stadtmuseum in 2014 insbesondere für Ausstellungen (z.B. Rumford) nicht geplante Zuschüsse und Zuwendungen erhalten. Die Gebühreneinnahmen waren überdurchschnittlich, so dass eine Erhöhung um 241 Tsd. € verzeichnet werden konnte.

Das Münchener Stadtmuseum verzeichnet bei den „Kosten“ eine Steigerung i.H.v. 1,699 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus nicht zahlungswirksamen Abschreibungen für Gebäude aufgrund der Aktivierung des neuen Museumsdepots im Bereich der Anlagenbuchhaltung. Aufgrund dieser Verteuerung des Produktes „Münchener Stadtmuseum“ entsteht rechnerisch eine Erhöhung des „Zuschusses pro Besuch“.

Im Filmmuseum entwickelten sich die Besucherzahlen besser als dies im voraus prognostiziert wurde. Dies führte zu einer Steigerung der „Zahl der Besucher des Filmmuseums“ in Höhe von 19,5% sowie den „davon ausgestellten bezahlten Tickets“ in Höhe von 17,3%.

Die Abweichungen im Bereich der Zielgruppen resultieren aus den unterschiedlichsten Ausstellungs- und Veranstaltungsangeboten, die auf Grund der vielfältigen Sammlungsbereiche möglich sind und jährlich sehr unterschiedlich sind. So finden sich manche Themen, mit denen bestimmte Besucherinnen und Besucher angesprochen werden, nur im zweijährigen Rhythmus, wie z.B. das Thema Mode. Das Stadtmuseum ist bestrebt, die Vielfalt seiner Sammlungen zu präsentieren, mal wird ein breites, mal ein Fachpublikum angesprochen. Ein höherer „Anteil der Besuche unter 18 Jahren“ ergibt sich z.B. aus der Bücherschau.

Die Anzahl der „Eigenproduktionen“ von Sonderausstellungen konnte in 2014 um 2 gesteigert werden wofür aber weniger „Leihgaben“ von anderen Museen von Nöten waren. Bei der Kennzahl der „Abgabe von Eigenproduktionen“ wurde ursprünglich für 2014 keine Abgabe geplant, da dies von den Programmgestaltungen Dritter und deren finanziellen Möglichkeiten abhängig ist und eine Steuerung schwierig ist.

Die Schwankungen bei der „Zahl der Vermittlungsveranstaltungen, Führungen“, der „Zahl der sonstigen Veranstaltungen“ sowie der „Zahl der museumsspezifischen Veranstaltungen“ hängt u.a. von den Angeboten und Programmgestaltungen Dritter, wie dem Museumspädagogischen Zentrum, der Münchner Volkshochschule oder vergleichbaren Einrichtungen, sowie von den Aktivitäten der Kooperationspartner und deren finanziellen Möglichkeiten ab. Die Anzahl der Veranstaltungen ist dabei aber nur ein bedingter Gradmesser für die Aktivitäten des Münchener Stadtmuseums. So schlägt eine große themenbezogene Ausstellung nur mit dem Wert "1", jedoch viele kleinere Ausstellungen oder Veranstaltungen mit einem höheren numerischen Wert zu Buche. Dabei akquiriert die große Themenausstellung aber wesentlich mehr Besucher und Erlöse.

Die Kennzahl „fremder Veranstaltungen im Filmmuseum“ ist stark von den Aktivitäten, finanziellen Möglichkeiten und den Programmplanungen der Kooperationspartner sowie anderen Institutionen abhängig und dadurch nur bedingt zu beeinflussen.

Bei den Katalogen handelt es sich um Begleitpublikationen zu Ausstellungen. Diese sind weitgehend fremdfinanziert. Hier konnte eine Steigerung um 25% bei der „Zahl der Katalogproduktionen“ erreicht werden.

Die Frage der internen oder externen Restaurierung von Kunstobjekten hängt wesentlich von der Eigenart des Kunstobjekts und der Objektauswahl des Kurators für Ausstellungsprojekte ab. Die Abweichung im Bereich der „Fremdleistungen in Stunden“ (-36,3%) ergab sich aus einer geringeren Inanspruchnahme externer Restauratoren. Gleichzeitig musste der „Sachaufwand in €“ für die Pflege und Restaurierung eigener Kunstobjekte gesteigert werden.

Insgesamt ist für das Münchner Stadtmuseum ferner erwähnenswert, dass auch im Jahre 2014 zahlreiche Besucher das Museumszelt auf der "oidn Wiesn" besucht haben. Das Museumszelt wurde von der Münchner Schaustellerstiftung, eine dem Münchner Stadtmuseum zugeordnete nichtrechtsfähige Stiftung, mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Referats für Arbeit und Wirtschaft realisiert und dient der Vermittlung und Präsentation der Schaustellerei.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage ZIMAS zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Kulturreferat).

Grundsätzlich ist vorzuschicken, dass die Stadtratsziele im Kulturbereich grundsätzlich mehrjährig bzw. als Dauerziele angelegt sind.

Von den für 2014 vorgelegten 5 Stadtratszielen konnte das Stadtratsziel S03-14 zu 100% erreicht werden. Bei den nicht zu 100% erreichten Stadtratszielen kam es bei einigen Handlungszielen im Laufe des Jahres 2014 zu Verzögerungen und Neuorientierungen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Erreichung der Stadtratsziele rechnerisch anhand der insgesamt 20 zugeordneten Handlungsziele ermittelt. D.h., wenn auch nur ein Handlungsziel nicht erfüllt wurde, gilt auch das übergeordnete Stadtratsziel als rechnerisch nicht erreicht.

Von den für 2014 vorgelegten 20 Handlungszielen konnten 14 Handlungsziele in vollem Umfang realisiert werden bzw. wurden als Mehrjahresziele nach 2015 fortgeschrieben.

Eine Übersicht über die nicht erreichten Stadtrats- und Handlungsziele 2014 des Kulturreferats ist diesem Rechenschaftsbericht als Anlage beigefügt.

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	24	20	-16,67%
Referatsziele	0	0	0,00%
Stadtratsziele	5	5	0,00%
Summe Ziele	29	25	-13,79%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2014 bzw. 2015 zur geplanten Zielerreichung

Nachfolgend wird in einer Übersicht aufgezeigt, welche Stadtratsziele in 2014 wider Erwarten nicht erreicht werden konnten bzw. welche Stadtratsziele 2014 als Mehrjahresziele nach 2015 fortgeführt wurden. Es sind wesentliche Gründe für das Nichterreichen aufgeführt; außerdem wird berichtet, wie mit dem Stadtratsziel in den Folgejahren verfahren wird.

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
<p>(S01-14) Zur Stärkung der städtischen Kultur (inkl. der freien Szene) ist deren Infrastruktur ausgebaut und gesichert.</p>	62.50%	<p>Das Stadtratsziel konnte zu rund 63% erreicht werden, weil folgende Handlungsziele nicht in vollem Umfang realisiert werden konnten.</p> <p>Die Eröffnung des NS-Dokumentations-zentrums München wurde im Sommer mit der Stadtspitze auf den 30.04.2015 festgelegt. Das Handlungsziel H01-14 wird somit als Handlungsziel H01-15 nach 2015 fortgeschrieben.</p> <p>Das Handlungsziel H03-14 konnte – was nicht in der Verantwortung der Münchner Stadtbibliothek lag – nicht erreicht werden und wird als Mehrjahresziel in 2015 als H02-15 fortgeführt. Die Übergabe seitens des Bauträgers MGS wird erst im 2. Quartal 2015 an die Stadtbibliothek zur Einrichtung erfolgen. Die Eröffnung kann daher erst im Herbst 2015 erfolgen.</p> <p>Das Handlungsziel H04-14 wird aufgegeben. In einer verwaltungsinternen Abstimmrunde hat sich herausgestellt, dass ein Untersuchungsauftrag an das Baureferat ohne Stadtratsbeschluss möglich ist. Der Untersuchungsauftrag an das Baureferat ergeht in 2015.</p> <p>Das Handlungsziel H08-14 konnte zu 100% erreicht werden und wird als Mehrjahresziel in 2015 als H05-15 fortgeführt.</p> <p>Wie vom Kulturausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2014 beschlossen, wird das Stadtratsziel S01-14 in 2015 fortgeführt.</p> <p>Für 2015 wurden neue Handlungsziele formuliert, die der Erreichung des Stadtratsziels in 2015 dienen sollen.</p>
<p>(S02-14) Die internationale Kulturarbeit und die interkulturelle Öffnung sind intensiviert und diversifiziert.</p>	76.67%	<p>Das Stadtratsziel konnte zu rund 77% erreicht werden, weil folgende Handlungsziele nicht in vollem Umfang realisiert werden konnten.</p> <p>Das Handlungsziel H09-14 konnte in 2014 zu 30% erfüllt werden und wird als Mehrjahresziel in 2015 als H09-15 fortgeführt. Die Münchner Stadtbibliothek hat mit einer systematischen Strategie zur interkulturellen Öffnung begonnen. Für den Juni 2015 ist eine Stadtratsbefassung zur interkulturellen Öffnung vorgesehen. Das Handlungsziel H11-14 konnte in 2014 zu 100% erfüllt werden und wird als Mehrjahresziel in 2015 als H08-15 fortgeführt.</p>

		Wie vom Kulturausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2014 beschlossen, wird das Stadtratsziel S02-14 in 2015 fortgeführt.
		Für 2015 wurden neue Handlungsziele formuliert, die der Erreichung des Stadtratsziels in 2015 dienen sollen.
(S03-14) Die kulturelle Bildung ist als Querschnittsthema im Kulturreferat intensiviert und diversifiziert.	100.00%	Das Stadtratsziel konnte zu 100% erreicht werden.
		Wie vom Kulturausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2014 beschlossen, wird das Stadtratsziel S03-14 in 2015 fortgeführt.
		Für 2015 wurden neue Handlungsziele formuliert, die der Erreichung des Stadtratsziels in 2015 dienen sollen.
(S04-14) Das Kulturreferat hat die Zusammenarbeit der unterschiedlichen öffentlichen und privaten Einrichtungen und Institute auf dem Gebiet der Kunst und Kultur weiter optimiert.	75.00%	Das Stadtratsziel konnte zu 75% erreicht werden, weil folgendes Handlungsziel nicht in vollem Umfang realisiert werden konnte.
		Das Handlungsziel H17-14 konnte zu 50% erfüllt werden. Aufgrund personeller Wechsel im Projektteam findet die Veröffentlichung und Präsentation der Abschlusspublikation erst 2016 statt. Das Mehrjahresziel wird in 2015 als H13-15 fortgeführt.
		Wie vom Kulturausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2014 beschlossen, wird das Stadtratsziel S04-14 in 2015 fortgeführt.
		Für 2015 wurden neue Handlungsziele formuliert, die der Erreichung des Stadtratsziels in 2015 dienen sollen.
(S05-14) Die Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft sind zusammen mit weiteren Referaten definiert und weiter entwickelt.	86.67%	Das Stadtratsziel konnte zu rund 87% erreicht werden, weil folgende Handlungsziele nicht in vollem Umfang realisiert werden konnten.
		Das Handlungsziel H18-14 konnte in 2014 zu 60% erfüllt werden. Das Mehrjahresziel wird in 2015 als H14-15 fortgeführt. Mit Ausschreibung und Erarbeitung eines Betriebskonzeptes wird der Prozess weiter voran getrieben.
		Das Handlungsziel H20-14 konnte in 2014 zu 100% erfüllt werden und wird als Mehrjahresziel in 2015 als H16-15 fortgeführt.
		Wie vom Kulturausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2014 beschlossen, wird das Stadtratsziel S05-14 in 2015 fortgeführt.
		Für 2015 wurden neue Handlungsziele formuliert, die der Erreichung des Stadtratsziels in 2015 dienen sollen.

4 Sonstiges

Es liegen keine zu berichtenden Sachverhalte vor.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Personal- und Organisationsreferat

1 Referateebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Eine Änderung in der Produktstruktur wurde nicht vorgenommen.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die dem Personal- und Organisationsreferat übertragenen Aufgaben wurden ordnungsgemäß erfüllt.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Referatsbereich – Buchungskreis 0250

1.2.1.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1		0	0	0	-%
2	+	0	0	0	-%
3	+	0	0	0	-%
4	+	0	0	0	-%
5	+	5.095.312	5.286.036	+190.724	+3,74%
6	+	1.140.110	1.276.399	+136.289	+11,95%
7	+	-16	-207	-191	+1193,75%
8	+	0	0	0	-%
S1	=	6.235.406	6.562.228	+326.822	+5,24%
9	-	34.472.422	36.905.178	+2.432.756	+7,06%
10	-	0	16	+16	-%
11	-	8.549.939	8.169.311	-380.628	-4,45%
12	-	1.950	1.450	-500	-25,64%
13	-	1.160.315	1.427.274	+266.959	+23,01%
14	-	0	0	0	-%
S2	=	44.184.626	46.503.229	+2.318.603	+5,25%
S3	=	-37.949.220	-39.941.001	-1.991.781	+5,25%
15	+	-15	0	+15	-100,00%
16	+	0	0	0	-%
17	+	980	0	-980	-100,00%
18	+	0	0	0	-%
19	+	0	0	0	-%
S4	=	965	0	-965	-100,00%
20	-	0	0	0	-%
21	-	0	0	0	-%
22	-	149.680	349.431	+199.751	+133,45%
23	-	0	0	0	-%
24	-	0	0	0	-%
25	-	0	0	0	-%
S5	=	149.680	349.431	+199.751	+133,45%
S6	=	-148.715	-349.431	-200.716	+134,97%
S7	=	-38.097.935	-40.290.432	-2.192.497	+5,75%
26a	+	0	0	0	-%
26b	+	0	0	0	-%
S8	=	0	0	0	-%
27a	-	0	0	0	-%
27b	-	0	0	0	-%
S9	=	0	0	0	-%
S10	=	0	0	0	-%
S11	=	-38.097.935	-40.290.432	-2.192.497	+5,75%
28	+	0	0	0	-%
29	-	0	0	0	-%
S12	=	0	0	0	-%
30	+	0	0	0	-%
31	-	0	0	0	-%
32	+	7.596	-1.471.702	-1.479.298	-19474,70%
33	-	194	-162	-356	-183,51%
S13	=	7.402	-1.471.540	-1.478.942	-19980,30%
34	+	0	0	0	-%
S14	=	-38.090.533	-41.761.972	-3.671.439	+9,64%
35	+	0	0	0	-%
S15	=	-38.090.533	-41.761.972	-3.671.439	+9,64%

1.2.1.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Das Personal- und Organisationsreferat hat bei den Einzahlungen ein Plus von ca. 300

T€ bei den privatrechtlichen Entgelten erreicht. Die Erhöhung ist auf steigende Anteile bei der Verrechnungen an die Eigenbetriebe zurückzuführen.

Die Personalauszahlungen haben sich gegenüber dem Ist 2013 um ca. 2.400 T€ erhöht. Dies liegt unter anderem an der Besetzung neuer Stellen (vgl. Punkt 1.5).

1.2.1.2 Zentrale Ansätze – Buchungskreis 0099

1.2.1.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	529.365	199.997	-329.368	-62,22%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	164.542	177.584	+13.042	+7,93%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	23.704.410	26.590.134	+2.885.724	+12,17%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	-%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	24.398.317	26.967.715	+2.569.398	+10,53%
9	- Personalauszahlungen	32.103.825	25.487.084	-6.616.741	-20,61%
10	- Versorgungsauszahlungen	314.727.498	319.302.616	+4.575.118	+1,45%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	153.965	124.468	-29.497	-19,16%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	42.181.132	29.223.175	-12.957.957	-30,72%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	389.166.420	374.137.343	-15.029.077	-3,86%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-364.768.103	-347.169.628	+17.598.475	-4,82%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	155.006	162.387	+7.381	+4,76%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	155.006	162.387	+7.381	+4,76%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	173.000	169.450	-3.550	-2,05%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	173.000	169.450	-3.550	-2,05%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-17.994	-7.063	+10.931	-60,75%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-364.786.097	-347.176.691	+17.609.406	-4,83%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-364.786.097	-347.176.691	+17.609.406	-4,83%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	0	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	0	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	0	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-364.786.097	-347.176.691	+17.609.406	-4,83%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-364.786.097	-347.176.691	+17.609.406	-4,83%

1.2.1.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen wurden rund 2,886 Mio. € mehr eingezahlt als im Vorjahr. In diesen Einzahlungen sind u. a. die Kostenerstattungen von Bund, Ländern und Gemeinden enthalten, die das Personal- und Organisationsreferat aufgrund gesetzlicher Regelungen erhält (Anteile an Versorgungslasten aufgrund des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags).

Die Auszahlungen bei den Zentralen Ansätzen sind um rund 15 Mio. € gesunken.

Die Personalauszahlungen wurden um ca. 6,62 Mio. € durch Übertragung der Haushaltsmittel für neue Stellen aus den zentralen Ansätzen in die jeweiligen Referatsbudget reduziert.

Allerdings sind die Versorgungsauszahlungen um etwa 4,58 Mio. € gestiegen. Für diese Mehraufwendungen ist erster Linie die Besoldungserhöhung zum 01.01.2014 um 2,95 % sowie die Schaffung von neuen Stellen in allen Referaten ausschlaggebend. Daneben sind auch strukturelle Änderungen zu berücksichtigen, so z.B. bei den Lehrern die Einführung der Amtszulage Realschullehrer als Beförderungssamt, die bei nahezu allen Versorgungs-Neufällen aus diesem Bereich durchschlägt.

Des Weiteren sind die sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 12,96 Mio. € gesunken. In diesen Auszahlungen sind u. a. die Kostenerstattungen an Bund, Länder und Gemeinden enthalten, die das Personal- und Organisationsreferat aufgrund gesetzlicher Regelungen zu leisten hat (z. B. Anteile an Versorgungslasten von Personen, die für eine gewisse Zeit bei der LHM gearbeitet haben). Die Unterlagen für die Abrechnung für das zweite Halbjahr 2014 in Höhe von ca. 14,9 Mio. € sind jedoch so spät eingegangen, dass eine Auszahlung in 2014 nicht mehr möglich war. Über die vorgenannte Summe wurde eine Rückstellung gebildet.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Referatsbereich – Buchungskreis 0250

1.2.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.582.600	5.582.600	5.286.036	-296.564	-5,31%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.565.100	1.565.100	1.276.399	-288.701	-18,45%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	-207	-207	-%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	7.147.700	7.147.700	6.562.228	-585.472	-8,19%
9	- Personalauszahlungen	36.429.400	38.460.300	36.905.178	-1.555.122	-4,04%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	16	+16	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.624.900	11.181.400	8.169.311	-3.012.089	-26,94%
12	- Transferauszahlungen	0	0	1.450	+1.450	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.509.000	1.459.000	1.427.274	-31.726	-2,17%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	49.563.300	51.100.700	46.503.229	-4.597.471	-9,00%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-42.415.600	-43.953.000	-39.941.001	+4.011.999	-9,13%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	0	0	0	0	-%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	180.000	200.000	349.431	+149.431	+74,72%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	180.000	200.000	349.431	+149.431	+74,72%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-180.000	-200.000	-349.431	-149.431	+74,72%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-42.595.600	-44.153.000	-40.290.432	+3.862.568	-8,75%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-42.595.600	-44.153.000	-40.290.432	+3.862.568	-8,75%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-1.471.702	-1.471.702	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-162	-162	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-1.471.540	-1.471.540	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-42.595.600	-44.153.000	-41.761.972	+2.391.028	-5,42%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-42.595.600	-44.153.000	-41.761.972	+2.391.028	-5,42%

1.2.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die Auszahlungen des Personal- und Organisationsreferates blieben insgesamt rund 4,60 Mio. € unter den Planansätzen.

Dies liegt an den Minderauszahlungen im Personalbereich, da nicht alle neu geschaffenen Stellen besetzt werden konnten.

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen blieben rund 3,0 Mio. € unter dem Planansätzen. Durch langwierige Ausschreibungsverfahren sowie geringere Ressourcen beim Dienstleister konnten die weiteren Schritte für die IT-Projekte nur in einem sehr begrenzten Umfang fortgeführt werden, so dass die Kosten geringer als geplant ausgefallen sind.

1.2.2.2 Zentrale Ansätze – Buchungskreis 0099

1.2.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	871.600	871.600	199.997	-671.603	-77,05%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	72.500	72.500	177.584	+105.084	+144,94%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	18.946.200	18.946.200	26.590.134	+7.643.934	+40,35%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	0	-%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	19.890.300	19.890.300	26.967.715	+7.077.415	+35,58%
9	- Personalauszahlungen	93.834.900	39.511.800	25.487.084	-14.024.716	-35,50%
10	- Versorgungsauszahlungen	305.094.300	305.094.300	319.302.616	+14.208.316	+4,66%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	127.500	127.500	124.468	-3.032	-2,38%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	44.406.300	44.723.800	29.223.175	-15.500.625	-34,66%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	443.463.000	389.457.400	374.137.343	-15.320.057	-3,93%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-423.572.700	-369.567.100	-347.169.628	+22.397.472	-6,06%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	63.500	63.500	162.387	+98.887	+155,73%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	63.500	63.500	162.387	+98.887	+155,73%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	-%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	169.450	+169.450	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	0	0	169.450	+169.450	-%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	63.500	63.500	-7.063	-70.563	-111,12%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-423.509.200	-369.503.600	-347.176.691	+22.326.909	-6,04%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-423.509.200	-369.503.600	-347.176.691	+22.326.909	-6,04%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	0	0	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	0	0	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	0	0	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-423.509.200	-369.503.600	-347.176.691	+22.326.909	-6,04%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-423.509.200	-369.503.600	-347.176.691	+22.326.909	-6,04%

1.2.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Bei den Zentralen Ansätzen können die Ein- und Auszahlungen nicht exakt geplant werden.

Die Einzahlungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind um rund 0,67 Mio. € geringer ausgefallen als geplant. Es sind im Personal- und Organisationsreferat somit weniger Sachverhalte eingetreten, die die Beantragung von Zuwendungen erlaubt hätten (z. B. Minderleistungszuschüsse vom Integrationsamt, Altersteilzeit-zuschüsse vom Arbeitsamt).

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen wurden über 7,6 Mio. € mehr eingezahlt als geplant. In diesen Einzahlungen sind u. a. die Kostenerstattungen von Bund, Ländern und Gemeinden enthalten, die das Personal- und Organisationsreferat aufgrund gesetzlicher Regelungen erhält (Anteile an Versorgungslasten aufgrund des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags).

Die Auszahlungen bei den Zentralen Ansätzen liegen um rund 15,3 Mio. € unter dem Planwert.

Die Personalauszahlungen wurden um ca. 14,02 Mio. € durch Übertragung der Haushaltsmittel für neue Stellen aus den zentralen Ansätzen in die jeweiligen Referatsbudget reduziert und blieben den Ansätzen zurück, die Versorgungsauszahlungen sind hingegen um 14,21 Mio. € gestiegen.

Für die Mehraufwendungen bei den Versorgungsauszahlungen ist in erster Linie die Besoldungserhöhung zum 01.01.2013 um 2,65 % maßgebend sowie auch die Besoldungserhöhung zum 01.11.2012 um 1,5 %, die in 2012 kaum mehr wirksam wurde, aber die Basiszahlen 2013 entsprechend angehoben hat. Daneben sind auch strukturelle Änderungen zu berücksichtigen, so z.B. bei den Lehrern die Einführung der Amtszulage Realschullehrer als Beförderungssamt, die bei nahezu allen Versorgungsneufällen aus diesem Bereich durchschlägt.

Auch bei insgesamt gleichbleibenden Gesamtzahlen ist zu berücksichtigen, dass die Versorgungs-Zugänge meist in höheren Besoldungsgruppen angesiedelt sind als die Abgänge (Sterbefälle); auch dadurch steigt das Gesamtvolumen stetig an.

Des Weiteren sind die sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Vergleich um 15,5 Mio. € unter den Planansätzen geblieben. In diesen Auszahlungen sind u. a. die Kostenerstattungen an Bund, Länder und Gemeinden enthalten, die das Personal- und Organisationsreferat aufgrund gesetzlicher Regelungen zu leisten hat (z. B. Anteile an Versorgungslasten von Personen, die für eine gewisse Zeit bei der LHM gearbeitet haben). Die Unterlagen für die Abrechnung für das zweite Halbjahr 2014 in Höhe von ca. 14,9 Mio. € sind jedoch so spät eingegangen, so dass eine Auszahlung in 2014 nicht mehr möglich war. Über die genannte Summe wurde eine Rückstellung gebildet.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+ Auflösung von Sonderposten	1.230	1.230	0	0,00%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.000.162	4.247.359	-1.752.803	-29,21%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.493.249	1.411.913	-81.336	-5,45%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.091.603	407.656	-1.683.947	-80,51%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	9.586.244	6.068.158	-3.518.086	-36,70%
11	- Personalaufwendungen	34.667.047	37.026.772	+2.359.725	+6,81%
12	- Versorgungsaufwendungen	7.251.608	8.359.815	+1.108.207	+15,28%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.031.195	8.627.260	+596.065	+7,42%
14	- Planmäßige Abschreibungen	286.830	465.450	+178.620	+62,27%
15	- Transferaufwendungen	2.200	1.200	-1.000	-45,45%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.131.076	1.618.802	+487.726	+43,12%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	51.369.956	56.099.299	+4.729.343	+9,21%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S 2)	-41.783.712	-50.031.141	-8.247.429	+19,74%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-41.783.712	-50.031.141	-8.247.429	+19,74%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-41.783.712	-50.031.141	-8.247.429	+19,74%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	49.475.405	53.303.361	+3.827.956	+7,74%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.174.512	7.745.000	+1.570.488	+25,44%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	1.517.181	-4.472.780	-5.989.961	-394,81%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Im Vergleich zum Ist 2013 fielen die Erträge für die privatrechtlichen Leistungsentgelte im Ist 2014 um ca. 1,75 Mio. € geringer aus.

Bei der Planung der Erträge wurde für die Ausbildungserstattung 2014 das Ist-Ergebnis 2012 eingeplant. Im Jahr 2014 sind jedoch weniger Auszubildende ausgeschieden und zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber bzw. Dienstherrn gewechselt. Zudem sind noch nicht alle Abrechnungen der Steuerungsumlage an die Eigenbetriebe zum Jahresabschluss beglichen worden.

Im Zuge des Jahresabschlusses 2014 mussten für die sonstigen ordentlichen Erträge Abgrenzungen gebildet werden, die im Vergleich zu 2013 geringer ausgefallen ist. Darunter fallen auch Erträge von den Eigenbetrieben für vom Personal- und Organisationsreferat erbrachte Leistungen, die zum Jahresabschluss noch nicht beglichen wurden.

Durch die Besetzung neuer Stellen haben sich die Personalaufwendungen und die Versorgungsaufwendungen gegenüber dem Ist 2013 um ca. 2.36 Mio. € bzw. ca. 1,11 Mio. € erhöht.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Auflösung von Sonderposten	1.200	1.200	1.230	+30	+2,50%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.582.600	5.582.600	4.247.359	-1.335.241	-23,92%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.565.200	1.565.100	1.411.913	-153.187	-9,79%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	44.000	367.400	407.656	+40.256	+10,96%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	7.193.000	7.516.300	6.068.158	-1.448.142	-19,27%
11	- Personalaufwendungen	36.977.300	38.958.300	37.026.772	-1.931.528	-4,96%
12	- Versorgungsaufwendungen	10.237.900	7.135.000	8.359.815	+1.224.815	+17,17%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.624.900	11.181.400	8.627.260	-2.554.140	-22,84%
14	- Planmäßige Abschreibungen	199.500	199.500	465.450	+265.950	+133,31%
15	- Transferaufwendungen	0	0	1.200	+1.200	-%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	961.100	961.100	1.618.802	+657.702	+68,43%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	60.000.700	58.435.300	56.099.299	-2.336.001	-4,00%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-52.807.700	-50.919.000	-50.031.141	+887.859	-1,74%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-52.807.700	-50.919.000	-50.031.141	+887.859	-1,74%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-52.807.700	-50.919.000	-50.031.141	+887.859	-1,74%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	50.788.500	49.619.000	53.303.361	+3.684.361	+7,43%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.946.700	6.793.300	7.745.000	+951.700	+14,01%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-9.965.900	-8.093.300	-4.472.780	+3.620.520	-44,73%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Im Vergleich zum Plan 2014 fiel das Ist 2014 bei den Erträgen für die privatrechtlichen Leistungsentgelte im Ist 2014 ca. 1,34 Mio. € geringer aus (siehe hierzu Erläuterungen zu Ziffer 1.3.1.2).

Die Aufwendungen des Personal- und Organisationsreferates blieben insgesamt rund 2,34 Mio. € unter den Planansätzen.

Dies liegt an den geringeren Personalaufwendungen, da nicht alle neu geschaffenen Stellen besetzt werden konnten.

Die zentral veranschlagten Planansätze für die Versorgungsaufwendungen wurden zu niedrig angesetzt. Der tatsächliche Aufwand ist jedoch durch die Besetzung neuer Stellen höher ausgefallen.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	2.627	276	2.351
Personalauszahlungen	1.240	0	1.240
unverbrauchte Schenkungsmitel	0	0	0
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	0	0	0
Gesamt	3.867	276	3.591

Im Jahr 2014 mussten auf Grund des personellen Engpasses beim Betriebsärztlichen Dienst eine Vielzahl von Einstellungsuntersuchungen durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte bzw. durch den TÜV Süd bzw. ias health & safety GmbH wahrgenommen werden. Neben den Einstellungsuntersuchungen musste für mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von der Landeshauptstadt München eingestellt bzw. übernommen wurden, eine Erstattung der Ausbildungskosten geleistet werden. Außerdem fielen höhere Kosten für den Firmenlauf als geplant an. Da die hierfür vorgesehenen Haushaltsansätze im Deckungsblock 1 „sonstige Personalauszahlungen“ zu gering geplant waren, wurden die zusätzlichen Aufwendungen durch Entnahme aus dem Restefonds übernommen. Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel sind in 2014 keine Haushaltsausgabereste angefallen.

1.4.3 Investive Reste

a) Personal- und Organisationsreferat Referatsbereich, Buchungskreis 0250

Im Personal- und Organisationsreferat wurden im investiven Bereich Reste in Höhe von 159 T€ (für Einrichtung, Ausstattung) auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 1.498 T€) übertragen.

b) Personal- und Organisationsreferat Zentrale Ansätze, Buchungskreis 0099

Im Personal- und Organisationsreferat wurden im investiven Bereich Reste in Höhe von 254 T€ auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr 254 T€) übertragen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	590	510	+5,06%	216	399	615	209	327	536
Aufstiegsbeamte	29	29	-24,56%	14	8	22	14	8	22
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	550	540	+10,00%	284	320	604	276	318	594
Beschäftigte POR Gesamt	1.169	1.079	+6,75%	514	727	1.241	499	653	1.151
Beschäftigte	61	57	+23,87%	28	47	75	28	43	71
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	0	0	-%	0	0	0	0	0	0
Beschäftigte POR-Zentralhaushalt	61	57	+23,87%	28	47	75	28	43	71

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatebene ergibt sich beim **Personal- und Organisationsreferat 2014** eine Unterschreitung von **4,54 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalaus. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	23.638	+5,85%	24.835	25.022	+0,75%
Ausbildung	10.809	+4,20%	12.692	11.263	-11,26%
Projekt AFS*	0		694	229	-67,00%
e-recruiting*	0		164	129	-21,34%
Summe Referat	34.447	+6,38%	38.385	36.643	-4,54%
POR Zentralhaushalt	30.261	-21,56%	36.661	23.736	-35,26%
Summe Zentralhaushalt	30.261	-21,56%	36.661	23.736	-35,26%

* Diese Bereiche führen 2014 erstmals zu Auszahlungen.

Die IST/Plan-Abweichung beim Deckungsbereich des Personal- und Organisationsreferat liegt innerhalb des Swing. Das Budget gilt somit als eingehalten.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-817	-3.339	+308,69%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	80.001	78.048	-2,44%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	79.184	74.709	-5,65%
Beihilferückstellung Auflösung	-41	-565	+1278,05%
Beihilferückstellung Zuführung	12.340	10.740	-12,97%
Belastung Beihilferückstellung	12.299	10.175	-17,27%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-310	-57	-81,61%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	8.236	6.840	-16,95%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	7.926	6.783	-14,42%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-886	-518	-41,53%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	2.242	2.272	+1,34%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	1.356	1.754	+29,35%
Gesamt	100.765	93.421	-7,29%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Herausforderungen/Probleme

Der demografische Wandel und der damit eng verbundene Fachkräftemangel sind weiterhin ein großes Thema. Deutschland fehlen schon heute Fachkräfte, vor allem in den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Dies hat spürbare Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München. Bei Ingenieurberufen, im Gesundheitswesen sowie im Bereich der IT sind bereits Personalgewinnungsschwierigkeiten festzustellen.

Der demografische Wandel ist von einer Überalterung der Gesellschaft und einem Rückgang der Geburtenzahlen gekennzeichnet. Damit ist auch ein Mangel an Ausbildungs- und Nachwuchskräften prognostizierbar. Auch hier lassen die sinkenden Bewerbungszahlen bei der Stadt den Trend bereits sichtbar werden.

Zunahme des Wettbewerbs

Der Wettbewerb um geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der Wirtschaft und auch anderen öffentlichen Arbeitgebern nimmt spürbar zu. Gleichzeitig haben gut ausgebildete und auf dem Arbeitsmarkt begehrte Fachkräfte die Wahl, für welchen Arbeitgeber sie tätig werden wollen. Arbeitgebermarketing nimmt in diesem Zusammenhang einen immer höheren Stellenwert ein.

Aufgrund der steigenden Anforderungen und neuer Aufgaben in der Stadtverwaltung stehen aktuell und verstärkt in der Zukunft die Zielgruppen Fach- und Führungskräfte sowie Hochschulabsolventen im besonderen Fokus der Personalgewinnung. Dafür ist es weiterhin erforderlich, die Bekanntheit der Landeshauptstadt München als attraktive Arbeitgeberin gezielt in diesen Zielgruppen zu steigern, um auch noch in den nächsten Jahren im verschärften Wettkampf mit der Wirtschaft offene Stellen erfolgreich besetzen zu können.

Wichtige Zukunftsthemen

Im Mittelpunkt stehen Themen wie altersgerechte Arbeitsplätze, eine nachhaltige Fort- und Weiterbildung, zukunftsfähige Ausbildungsangebote oder die Einrichtung einer verzahnten Ausbildung, Inklusion an sich, die interkulturelle Öffnung der Münchner Stadtverwaltung sowie der Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Ausbau der Arbeitsmarktzulage

Die Möglichkeit, eine Arbeitsmarktzulage zu gewähren oder außertariflich zu bezahlen, etabliert sich zunehmend als wirksames Instrument, um Wettbewerbsnachteile auf dem Arbeitsmarkt bei der Gewinnung von gut qualifiziertem Personal für die Landeshauptstadt München zumindest teilweise auszugleichen und vorhandenes Personal bei der Landeshauptstadt München zu halten. Es zeigt sich jedoch in der Praxis, dass eine Arbeitsmarktzulage für weitere Berufsgruppen notwendig ist. Auch hier müssen die Anstrengungen weiter ausgebaut werden. Künftig soll die Arbeitsmarktzulage auch leistungsbezogen gewährt werden können.

Umsetzung von IT-Projekten

Zu den Risiken zählt weiterhin die Umsetzung von IT-Projekten. Aufgrund von starken Kapazitätsengpässen beim Dienstleister [it@M](#) besteht für die Projekte des POR ein hohes Umsetzungsrisiko. Selbst wenn ein Stadtratsbeschluss mit Finanzierung vorliegt, sieht sich der Dienstleister derzeit nicht in der Lage die Ausschreibung für alle Projekte zeitnah umzusetzen. Es kommt zunächst zu einer Priorisierung aller städtischen Projekte, von denen dann nur ein Teil umgesetzt werden kann. Das POR hat auf diese Faktoren nur wenig Einfluss, Besserung ist nur mittel- bis langfristig zu erwarten. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine fundierte Projekt- bzw. Vorhabensplanung nur eingeschränkt möglich.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014 sind keine Sachverhalte von besonderer Bedeutung aufgetreten.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5701	Personal- und Organisationssteuerung	Menge	Personalentwicklung (Konzepte) in Std.	7.510	9.330	+1.820	+24,2%	2.1.2.1
		Menge	Betriebliche Gleichstellung in Std.	2.310	1.438	-872	-37,7%	
		Menge	Betriebliches Gesundheitsmanagement in Std.	9.730	7.266	-2.464	-25,3%	
		Finanzen / Erlöse	Sonstige	90	575	+485	538,9%	
		Finanzen / Erlöse	Steuerungsumlage	15.413	11.919	-3.494	-22,7%	
		Finanzen / Kosten	für PL 4 Personalverwaltung/-betreuung	10.820	7.783	-3.037	-28,1%	
5706	Entgelt, Versorgung, Beihilfe	Qualität/ Wirkung	Abwicklung Beihilfeanträge innerhalb 15 AT in %	10	2	-8	-75,7%	2.1.2.2
		Finanzen / Erlöse	Sonstige	2.517	1.448	-1.069	-42,5%	
5713	Ausbildung	Qualität/ Wirkung	Interkulturelle Kompetenz – geschulte Personen	150	551	+401	267,3%	2.1.2.3
		Qualität/ Wirkung	Gender Mainstreaming – geschulte Personen	100	596	+496	496,0%	
		Menge	Ausbildung – Personen in den laufenden Jahrgängen	600	808	+208	+34,7%	
		Menge	Ausbildung – Studierende (Beamte), QE 3 – lfd. Jahrgänge	150	175	+25	+16,7%	
		Menge	Ausbildung – Studierende Bachelor (Tarifbeschäftigte) – lfd. Jahrgänge	80	182	+102	+127,5%	
		Menge	Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz – laufendes Jahr	3.200	3.807	+607	+19,0%	
		Menge	Teilnehmerinnen/ Teilnehmer an den Auswahlverfahren – laufendes Jahr	850	1.100	+250	+29,4%	
		Menge	Einstellungen – laufendes Jahr	200	283	+83	+41,5%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
		Finanzen / Erlöse	Sonstige	1.186	760	-426	-35,9%	
		Finanzen / Erlöse	Steuerungsumlage	16.522	15.227	-1.295	-7,8%	
		Finanzen / Kosten	Produkt Ausbildung	17.708	15.987	-1.721	-9,7%	
		Finanzen / Kosten	davon Studierende (Beamte) QE 3/Jahr inkl. Versorgungsrücklage	6.369	4.482	-1.887	-29,6%	

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5701 „Personal- und Organisationssteuerung“

Durch personelle Wechsel im Bereich des Betrieblichen Gesundheitsmanagements kam es zu Vakanzen. Im Bereich Personalentwicklung (Konzepte) erfolgte aufgrund der Aktivitäten zu GPTW (Great Place to Work) ein verstärkter Kapazitäteneinsatz.

Im übrigen erfolgt die Planung der Kapazitäten auf Basis einzurichtender Stellen. Die Erfassung der Stunden erfolgt mit Cats durch die Beschäftigten. Aufgrund der zeitlich verzögerten, unterjährigen Zuschaltung der Personen und der Cats-Schulungen in der jeweiligen Einarbeitung ergibt sich ein zeitlicher Versatz der Ist-Stunden. Durch personelle Wechsel kam es zwischenzeitlich zu Vakanzen.

Für den Haushalt 2014 wurde bei den sonstigen Erlösen das Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2012 eingeplant. Auf Grund der Zahlung offener Rechnungen aus dem Jahr 2013 durch die Eigenbetriebe sind Einnahmen erheblich gestiegen.

Der Ansatz bei der Produktleistung 4 „Personalverwaltung/-betreuung wurde um ca. 3,5 Mio. € unterschritten.

Durch langwierige Ausschreibungsverfahren sowie geringe Ressourcen beim Dienstleister konnten die weiteren Schritte für die IT-Projekte nur in einem sehr begrenzten Umfang fortgeführt werden, so dass die geplanten Kosten geringer ausgefallen sind.

Beim Produkt PROD5701 „Personal- und Organisationssteuerung“ handelt es sich um ein Steuerungsunterstützungsprodukt. Auf Grund der geringeren Ist-Kosten verringern sich damit auch die Erlöse aus der Steuerungsumlage.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5706 „Entgelt, Versorgung, Beihilfe“

Im Jahr 2014 wurden 76.810 Beihilfeanträge bearbeitet. In rund 97% der Fälle konnte eine Abwicklung innerhalb von 12 Arbeitstagen erfolgen. Lediglich bei 0,61 % der Anträge dauerte die Bearbeitung länger als 15 Arbeitstage.

Die Abrechnung an die Eigenbetriebe wird vierteljährlich vorgenommen. Zum Jahresabschluss ist noch nicht in allen Fällen die Rechnung beglichen worden.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5713 „Ausbildung“

Es wurden wesentlich mehr Nachwuchskräfte eingestellt, als ursprünglich geplant. Dies hängt mit dem gestiegenen Personalbedarf bei der LHM zusammen. Die wachsende Stadtgesellschaft und der demografische Wandel führen auch weiterhin zu einem

erheblichen Personalbedarf.

Bei den Schulungen in der Reihe "Vielfalt schlägt Einfach" wurden wesentlich mehr Personen geschult, bzw. es sind wesentlich mehr Nachwuchskräfte zu den freiwilligen Veranstaltungen gekommen, als ursprünglich geplant.

Für den Haushalt 2014 wurde bei den sonstigen Erlösen, insbesondere Kostenerstattung der Ausbildungskosten das Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2012 eingeplant. Im Jahr 2014 sind jedoch weniger Auszubildende ausgeschieden und zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber bzw. Dienstherrn gewechselt.

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 wurden die Sollzahlen für die jeweiligen Ausbildungsrichtungen zu 100% berücksichtigt. Zum 01.09.2014 bzw. 01.10.2014 haben bei den Studierenden der QE 3 sowie die Nachwuchskräfte der QE 2, den Verwaltungsfachangestellten – Kommunal, den Kaufleuten für Bürokommunikation, den IT-Systemelektroniker und den Kfz-Mechatroniker weniger die Ausbildung angetreten. Bei den Studierenden für die QE 3 wirkt sich neben der geringeren Anzahl an neuen Studierenden die gestiegene Durchfallquote auf die Zahlungen für die Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof aus. Bei den anderen Ausbildungsrichtungen fielen dadurch geringere Kosten bzw. Gebühren für die Bayerische Verwaltungsschule und die Industrie und Handelskammer an. In den ersten 9 Monaten des Jahres lag die Zahl der Studierenden in Hof jedoch erheblich unter der aktuellen Zahl der Studierenden ab Oktober 2014.

Die geplanten Personal- und Sachkosten wurden dadurch um ca. 1,7 Mio. € unterschritten.

Beim Produkt PROD5713 „Ausbildung“ handelt es sich um ein Steuerungsunterstützungsprodukt. Auf Grund der geringeren Ist-Kosten verringern sich damit auch die Erlöse aus der Steuerungsumlage.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage ZIMAS zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Personal- und Organisationsreferat).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	53	49	-7,55%
Referatsziele	25	19	-24,00%
Stadtratsziele	15	12	-20,00%
Summe Ziele	93	80	-13,98%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Vorbemerkung: Die Stadtratsziele des Personal- und Organisationsreferates sind mit einem wirkungsorientierten Fokus formuliert. Dies führt zu einer strategischen und damit längerfristigen Ausrichtung dieser Zielebene. Aufgrund dieser Charakteristik können einige Stadtratsziele nicht binnen eines Jahres erreicht werden, was konsequenterweise zu einer Fortschreibung im Jahr 2015 führte (siehe Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 10.12.2014 zum Haushalt 2015).

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
01. Die Personalgewinnung und der Personalerhalt sind – vor allem hinsichtlich der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels - zukunftsorientiert aufgestellt und es ist gewährleistet, dass stadtweit das nötige Personal zur Verfügung steht.	90	Siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 01 für das Jahr 2015.
05. Die Verwaltungsvorgänge im Personalbereich sind optimiert und beschleunigt.	85	Siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 07 für das Jahr 2015.
06. Ein Konzept für einen stadtweiten systematischen Abgleich vorhandener Kompetenzen mit künftigen Anforderungen zur Ableitung etwaiger Qualifizierungs- und Rekrutierungsbedarfe (Kompetenz-management) ist erstellt.	80	Die Evaluierung der Pilotphase erfolgt ab November 2014. Nach Erstellung des Evaluationskonzeptes und Einbindung der Referate/Eigenbetriebe ist eine Stadtratsbefassung Ende 2015 geplant. Im übrigen siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 08 für das Jahr 2015.
07. Der Anspruch lebenslangen Lernens ist in der Mitarbeiterschaft der LHM umgesetzt.	75	Siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Referatsziel 18.1 für das Jahr 2015.
08. Die Qualität von Führung ist stadtweit gesteigert.		Das Ziel kann derzeit prozentual nicht sinnvoll bewertet werden. Im Beschluss GPTW werden dem Stadtrats im Januar 2015 Vorschläge zur Optimierung der Führungskultur und Führungskompetenz gemacht. Im übrigen siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 09 für das Jahr 2015.
09. Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Qualität von Bildungsmaßnahmen ist erhöht.	85	Siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 10 für das Jahr 2015.
10. Das stadtweite Verständnis für BGM umfasst die Betriebliche Gesundheitsförderung, BGM-Projekte und die Arbeitgebenaufgaben im Arbeits- und Gesundheitsschutz.	80	Siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 02 für das Jahr 2015.
11. Die Betriebliche Gleichstellung von Männern und Frauen ist gefördert.	80	Der Entwurf der neuen Leitsätze ist fertig und mit dem Gesamtpersonalrat abgestimmt. Dieser liegt bei der Gleichstellungsstelle und

		ist dort abhängig von dem Dienstantritt der neuen Leitung. Im übrigen siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 11 für das Jahr 2015.
12. Die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist verstärkt.	95	Siehe Anlage Zielerreichungsbericht 2014
		Ziel wird weiterverfolgt.
		Vgl. Ziel 12 und 04 für das Jahr 2015.

4 Sonstiges

Die Landeshauptstadt München wird mit dem Deutschen Unternehmenspreis Gesundheit in der Kategorie „Familienorientierung“ ausgezeichnet. Besonders beeindruckt ist die Fachjury, dass die geschaffenen Rahmenbedingungen umfassend für alle Angehörigen der Beschäftigten gelten – von den Kindern bis zu pflegebedürftigen Eltern oder Großeltern.

Im Rahmen der Ideenbörse zeichnet die Landeshauptstadt München mehr als 50 findige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die mit ihrer kreativen Ader geholfen haben, die Münchner Stadtverwaltung noch effektiver zu machen. Durch die Ideen konnte die Landeshauptstadt im Jahr 2013 knapp eine halbe Million Euro einsparen. Zwei Verkehrsexperten des Kreisverwaltungsreferates wurden für ihre Idee zur Auswertung der Grünen Welle mit den Ideenbörsen-Höchstprämie von 20.500 Euro ausgezeichnet.

Unter dem Titel „Verzahnte Ausbildung“ startet die Stadt München ein Pilotprojekt, das bis zu 30 externen Bewerberinnen und Bewerbern mit einer Behinderung ein mehrwöchiges Praktikum ermöglicht.

Die Landeshauptstadt hat bei ihrer zentralen Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung nun auch eine „Hilfe bei häuslicher Gewalt“ eingerichtet. Sie soll auch eine Anlaufstelle für Beschäftigte sein, die sich zum Thema vertraulich beraten lassen möchten.

25 Jahre, 40 Jahre oder sogar schon 50 Jahre bei der Stadt: 1.015 Dienstjubilareinnen und Dienstjubilare feiern in diesem Jahr ihre Zugehörigkeit zum größten kommunalen Arbeitgeber.

Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle wird zum dritten Mal in Folge für weitere sechs Jahre zum Vorsitzenden des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) Bayern gewählt. Der KAV Bayern vertritt die Interessen von fast 2.900 Mitgliedern – Gemeinden, Städten, Landkreisen und anderen kommunalen Einrichtungen – mit etwa 385.000 Beschäftigten.

Mehr als 500 Nachwuchskräfte beginnen ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Studium oder Berufspraktikum bei der Landeshauptstadt München. Premiere feiert in 2014 der Studiengang „Bachelor of Laws“.

Oberbürgermeister Dieter Reiter und Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle begrüßen im Saal des Alten Rathauses 210 neue Kolleginnen und Kollegen, die alle eine von elf Ausbildungs- und Studienrichtungen erfolgreich abgeschlossen haben und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei der Stadt übernommen worden sind.

Die Stadt München wird zum sechsten Mal in Folge mit dem „Total-E-Quality-Prädikat“ ausgezeichnet. Mit dem Gütesiegel werden Organisationen aus Wirtschaft, Politik und

Verwaltung prämiert, die eine Personalpolitik verfolgen, die auf Chancengleichheit von Frauen und Männern ausgerichtet ist. Aktuell tragen deutschlandweit 58 Organisationen, darunter zwei kommunale Arbeitgeber: München und Dortmund.

Die Stadt München wird zum zweiten Mal nach 2012 mit dem „Corporate Health Award“ in der Kategorie „Öffentliche Verwaltung“ ausgezeichnet. Die Jury bestätigt, dass die Leistungen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements besonders gut auf die Bedürfnisse der Beschäftigten abgestimmt sind.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Referat für Arbeit und Wirtschaft

1 Referatebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft betreut die Aufgabenbereiche Europa, Wirtschaftsförderung Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung, Tourismus, Beteiligungsmanagement der Wirtschaftsgesellschaften der Landeshauptstadt München sowie städt. Veranstaltungen.

Als Besonderheiten des Jahres 2014 sind aus dem genannten Aufgabenspektrum herauszuheben:

Europa

Die Organisation der Eurocities Jahrestagung 2014 in München prägte das gesamte Jahr. Rund 550 Teilnehmende, darunter zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie politische Vertreterinnen und Vertreter diskutierten Anfang November unter dem Motto „Energising cities – energy intelligent cities of tomorrow“.

Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI) belegte mit seinem Aktionsplan 2014 den zweiten Platz von deutschlandweit 55 Europe Direct Büros. Die Europäische Kommission honoriert mit ihrer jährlichen Auszeichnung besondere Leistungen und überdurchschnittliches Engagement. Die Veranstaltungsreihe in der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig umfasste 16 Vortrags- und Diskussionsabende mit rund 2000 Besucherinnen und Besuchern. Das EDI führte im Jahr der Europa-Wahlen vermehrt Veranstaltungen dazu durch: Sprechstunden von EU-Abgeordneten, Podiumsdiskussionen, Workshops für Schüler u.ä.. Auch der Europa-Tag am 9. Mai widmete sich primär den Wahlen.

Auf dem Netzwerktreffen Münchner EU-Akteure konnten wichtige neue Player vorgestellt werden: Bürgermeister und Wirtschaftsreferent Schmid sowie die neuen Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München und Berlin.

2014 stand im Bereich Interessenvertretung erneut das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA, TTIP, im Fokus: Der Münchner Stadtrat hat einen Forderungskatalog verabschiedet, mit Eurocities wurde eine Stellungnahme auf den Weg gebracht und in Brüssel wie Straßburg wurden zahlreiche Kontakte genützt, um die Münchner Position zu verdeutlichen. Im Rahmen der neuen EU-Förderperiode, die 2014 startete, führte der Fachbereich Europa für Kolleginnen und Kollegen Informationsveranstaltungen zu neuen Förderprogrammen durch.

Wirtschaftsförderung

Mit dem neuen Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft wurde ein Beratungsangebot speziell für Kulturschaffende und Kreative geschaffen. Im Rahmen der Branchenförderung hat der Stadtrat im Oktober 2014 einer dauerhaften Unterstützung der Munich Creativ Business Week (MCBW) zugestimmt. Eine erste Stufe des digitalen "Welcome Center" wurde im November 2014 freigeschaltet: Es handelt sich hierbei um eine englische Plattform für internationale Fachkräfte, deren Familien sowie für Unternehmen und Multiplikatoren. Das stadtweite Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz (IHKM) wurde im November 2014 vom Stadtrat bis 2017 verlängert, in dem neben den gesamtstädtischen Klimaschutzmaßnahmen auch die Klimaschutzangebote des Referats für Arbeit und Wirtschaft für Münchner Betriebe weiter ausgebaut werden. Neben den bereits bestehenden Beratungsangeboten für Gewerbetreibende werden neue Förderprogramme im Rahmen der Energieeinsparung und energieeffizienten Lichtplanung im Gewerbe aufgelegt. Im Bereich der Existenzgründung wurde die Initiative "Entrepreneurship Strategie München", dessen erster Baustein ein neues Startup Portal für die Vernetzung von Gründerinnen und Gründern mit möglichen Partnern, Investoren und Mentoren ist, weiter intensiv vorangetrieben.

Münchner Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung

Zur Bearbeitung des Auftrags aus der Vereinbarung der Parteien CSU und SPD für die Amtszeit 2014 - 2020 "Zur Prüfung des Einstiegs in einen dritten Arbeitsmarkt wird ein Konzept erstellt insbesondere zur Ausstattung sowie Größe der Zielgruppe, mit passgenauen Projekten und Prüfung der Struktur des MBQ" wurden die inhaltlichen Eckpunkte vorformuliert und die ersten Schritte zur Programmanalyse und zur Projektbewertung eingeleitet.

Tourismus

Das Jahr 2014 galt der intensiven Zusammenarbeit mit der Tourismus Initiative München e.V. So wurde gemeinsam eine Marketingstrategie sowie ein neues, frisches Corporate Design für die zukünftige touristische Vermarktung ausgearbeitet. Im Bereich der Vermarktung des Kongressstandortes wurde eine Potentialanalyse durchgeführt, die als Basis für die Marketingstrategie Kongress dienen soll. Die Wieder-Aufnahme des Professoren-Treff sowie die Verstärkung des persönlichen Kontaktes zwischen München Tourismus und den wissenschaftlichen Institutionen sollen nicht nur das Kongress-Geschäft beleben, sondern auch das Image der Stadt langfristig positiv beeinflussen.

Beteiligungsmanagement

Mit Beschluss des Stadtrates vom 17.12.2014 befürwortete der Stadtrat die Errichtung einer Multifunktionshalle für Eissport und Basketball am Standort Event-Arena (ehemaliges Radstadion) durch einen Investor. Die Olympiapark München GmbH wurde dabei beauftragt, einen entsprechenden Teilnahmewettbewerb und ein Verhandlungsverfahren durchzuführen. Mit diesem Beschluss wurde auch dem Abriss und der Baufreimachung des ehemaligen Radstadions (Event-Arena) im Jahr 2015 in geschätzter Höhe von maximal 3,5 Mio. € zugestimmt.

Mit Beschluss vom 20./28.01.2015 spricht sich der Stadtrat für die Sanierung des Olympiastadions mit insbesondere bestandserhaltenden Sanierungen bei Betriebstechnik und Brandschutz, umfassenden Schönheitsreparaturen und Qualitätsverbesserungen aus.

Für dieses Szenario fallen laut Grobkostenschätzung Kosten i. H. v. 76 Mio. € und ein durchschnittlicher jährlicher Bauunterhalt von 539 Tsd. € an. Die Olympiapark München GmbH wurde beauftragt, eine Kostenberechnung mit Kosten i. H. v. 3 Mio. € für dieses Szenario zu erstellen. Nach Vorlage der Kostenberechnung wird der Stadtrat über die Sanierung des Olympiastadions endgültig entscheiden.

Mit Beschluss vom 09./17.12.2014 stimmte der Stadtrat den Planungskosten der Voruntersuchungen und Leistungsphasen 1 bis 3 für die Sanierung des Zeltdaches im Olympiapark von 5 Mio. € bis maximal 10 Mio. € zu.

Veranstaltungen

Für den Auf- und Abbau des Oktoberfestes wurde ein externer Sicherheits- und Gesundheitskoordinator beauftragt, der bei der Absicherung der Baustelle und der Einrichtung von Wegen für Fußgänger und Radfahrer beratend tätig war. Dadurch konnte die Matthias-Pschorr-Straße als Querverbindung über die Theresienwiese und Zugang zu Bavaria und Ruhmeshalle während der Aufbauzeit weitgehend für die Bürger zugänglich bleiben.

Für den Christkindlmarkt musste erstmals ein Sicherheitskonzept in Abstimmung mit der Polizei und dem Kreisverwaltungsreferat entwickelt und umgesetzt werden.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Mit Ausnahme der Pflichtaufgabe "Einheitlicher Ansprechpartner" obliegen dem Referat für Arbeit und Wirtschaft keine gesetzlichen Aufgaben. Die nach dem Geschäftsverteilungsplan der LHM zugewiesenen freiwilligen Aufgaben wurden ordnungsgemäß erfüllt.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.136.872	677.538	-459.334	-40,40%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	57.347	77.422	+20.075	+35,01%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	12.111.941	12.209.869	+97.928	+0,81%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.711	387	-1.324	-77,38%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	79.766.979	96.705.185	+16.938.206	+21,23%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	13.171.024	22.914.249	+9.743.225	+73,97%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	106.245.874	132.584.650	+26.338.776	+24,79%
9	- Personalauszahlungen	10.558.233	11.403.009	+844.776	+8,00%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	6	+6	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.356.643	7.619.002	+1.262.359	+19,86%
12	- Transferauszahlungen	51.019.582	55.199.374	+4.179.792	+8,19%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.936.542	6.932.696	+1.996.154	+40,44%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	72.871.000	81.154.087	+8.283.087	+11,37%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	33.374.874	51.430.563	+18.055.689	+54,10%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	435	+435	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	199	+199	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	8.450	+8.450	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	343.221	40.239	-302.982	-88,28%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	343.221	49.323	-293.898	-85,63%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	233.625	87.014	-146.611	-62,75%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	146.596	142.420	-4.176	-2,85%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	2.900.000	249	-2.899.751	-99,99%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	20.865.236	5.828.000	-15.037.236	-72,07%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	24.145.457	6.057.683	-18.087.774	-74,91%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-23.802.236	-6.008.360	+17.793.876	-74,76%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	9.572.638	45.422.203	+35.849.565	+374,50%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	9.572.638	45.422.203	+35.849.565	+374,50%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-317.982	-134.499	+183.483	-57,70%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-25.699	12.817	+38.516	-149,87%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-292.283	-147.316	+144.967	-49,60%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	9.280.355	45.274.887	+35.994.532	+387,86%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	9.280.355	45.274.887	+35.994.532	+387,86%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Der Teilfinanzhaushalt des Referates für Arbeit und Wirtschaft beinhaltet die zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und aus der Investitionstätigkeit.

Einzahlungen

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 106.246 Tsd. € auf 132.585 Tsd. € erhöht (+ 26.339 Tsd. €; 25 %).

Die zu begründenden Abweichungen liegen im Bereich der sonstigen Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (+ 16.938 Tsd. €) und bei Zinseinzahlungen (+ 9.743 Tsd. €).

Die Steigerung bei den Sonstigen Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit ist mit Abweichungen bei den Jahresraten der Konzessionsabgabe der Stadtwerke München GmbH zu begründen. In 2013 sind durch Verschiebungen bei der Kassenwirksamkeit am Jahresende lediglich drei Jahresraten zahlungswirksam gebucht; die vierte Jahresrate wurde Anfang Januar des Folgejahres zahlungswirksam. Für das Jahr 2014 befinden sich vier Jahresraten mit insgesamt 96.703 Tsd. € aus Einnahmen durch Konzessionsabgaben in der Betrachtung. In den Jahresbetrachtungen ergeben sich hier Verschiebungen durch die kassenwirksame Zufälligkeit von Verbuchungen (Ende Dezember/Anfang Januar).

Eine Erhöhung bei den Zinsen und Sonstigen Finanzeinzahlungen von +9.743 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus den von den Gesellschaften einbezahlten Darlehenszinsen. Da die einzuzahlenden Darlehenszinsen vertragsgemäß von den Betriebsergebnissen der Gesellschaften abhängig sind, ergeben sich keine konstanten Einzahlungen in der Jahressicht. Aufgrund der Jahresabschlüsse in 2013 (zahlungswirksam in 2014) konnte die Flughafen München GmbH 3.107 Tsd. €, die Messe München GmbH 19.724 Tsd. € und die Münchner Gewerbehof Gesellschaft mbH 42 Tsd. € an Darlehenszinsen an die Landeshauptstadt München zahlen.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Insgesamt haben sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 8.283 Tsd. € (+ 11 %) erhöht.

Hier liegen die zu begründenden Abweichungen im Bereich der Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen, bei Transferauszahlungen sowie bei den sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Im Jahresvergleich erhöhte sich das IST 2014 zum IST 2013 um 1.262 Tsd. €. Ausschlaggebend waren höhere Ausgaben bei den kostenrechnenden Einrichtungen Oktoberfest, Dulten, Christkindlmarkt für die Kosten der Hausbewirtschaftung. Darüber hinaus führten höhere Rechnungen für DV-Leistungen von it@M zu einer Erhöhung. Ebenfalls wurden im Jahresvergleich die Ausgaben für das Touristische Marketing erhöht. Hier führten erzielte Mehreinnahmen bei zweckgebundenen touristischen Projekten zu einem ausgabeseitig höheren zur Verfügung stehendem Budget.

Die höchsten zu begründenden Abweichungen finden sich im Bereich der Transferauszahlungen. Für die im Bereich der an die Beteiligungsgesellschaften zu leistenden Zuschüsse ergeben sich aufgrund der jährlich anzupassenden Wirtschaftspläne an die Belange der städtischen Gesellschaften überwiegend keine konstanten Zuschussbeträge. Hier kam es zu nennenswerten Veränderungen bei den Zuschüssen an die nachstehenden städtischen Beteiligungsgesellschaften:

Der an die Gasteig München GmbH auszahlende Zuschussbedarf hat sich von 5.758 Tsd. € in

2013 auf 4.503 Tsd. € in 2014 reduziert.

Für die Olympiapark München GmbH erhöhte sich die Zuschusszahlung im Jahresvergleich um +2.251 Tsd. € aufgrund des StR-Beschlusses vom 02.05.2013 zur Finanzierung von Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für Olympiastadion, Eishockeyhalle, Event-Arena (Nr. 08-14/V 11420).

In 2014 wurde erstmals das Semesterticket im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund durch die Landeshauptstadt München finanziert. Die Finanzierung des Tickets für die Studierenden erfolgt rückwirkend nach Abrechnung des Semesters 2013 (Beschluss der VV des Stadtrates vom 28.11.2012; Nr. 08-14/V 10680) mit 1.003 Tsd. €.

Bei der neu gegründeten Toiletten GmbH erhöhte sich der Zuschuss im Jahresvergleich von 1.185 Tsd. € auf 2.964 Tsd. € in 2014 für den Betrieb der WC-Anlagen (Beschluss der VV vom 05.06.2013; Übernahme öffentlicher WC-Anlagen durch die Stadtwerke München GmbH; Nr. 08-14/V 11857).

Im Bereich der sonstigen Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (+ 1.996 Tsd. €) kam es zu höheren Zahlungen in 2014 bei zweckgebundenen Projekten (Oide Wiesn, Tourismusfonds, EU-Projekten. Diese zweckgebundenen Projekte sind zu 100 % durch Drittmittel (Eintrittsgelder, Einzahlungen in Fonds, Anschließergebühren bei Messen, EU-Mittel etc.) fremdfinanziert. Darüber hinaus kam es bei der vertraglich zu leistenden Kostenerstattung an die MVV GmbH zu einem um 782 Tsd. € höheren Mittelabfluss.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit reduzieren sich im Jahresvergleich um 18.088 Tsd. € (entspricht 75 %).

Die Reduzierung mit 2.900 Tsd. € resultiert aus einer einmaligen Zuführung einer Kapitalrücklage der Messe München GmbH gem. Beschluss der VV vom 24.07.2013 (Nr. 08-14/V 12204) im Jahre 2013.

Darüber hinaus erfolgte für die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 02.05.2013 für die Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für Olympiastadion, Eishockeyhalle und Event-Arena (Nr. 08-14/V 11420) im Jahresvergleich für 2013 ein höherer Mittelabfluss als für 2014. Für die Sanierung der Olympiapark München GmbH ergab sich ein um 14.951 Tsd. € niedrigerer Investitionszuschuss.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	606.000	606.000	677.538	+71.538	+11,80%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.000	49.900	77.422	+27.522	+55,15%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.833.000	10.833.000	12.209.869	+1.376.869	+12,71%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	387	+387	-%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	96.700.000	96.700.000	96.705.185	+5.185	+0,01%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	22.071.100	23.488.100	22.914.249	-573.851	-2,44%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	130.260.100	131.677.000	132.584.650	+907.650	+0,69%
9	- Personalauszahlungen	10.521.600	10.834.700	11.403.009	+568.309	+5,25%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	6	+6	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.343.700	7.671.700	7.619.002	-52.698	-0,69%
12	- Transferauszahlungen	75.888.800	78.946.800	55.199.374	-23.747.426	-30,08%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.216.900	6.216.900	6.932.696	+715.796	+11,51%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	99.971.000	103.670.100	81.154.087	-22.516.013	-21,72%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	30.289.100	28.006.900	51.430.563	+23.423.663	+83,64%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	435	+435	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	199	+199	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	8.450	+8.450	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	40.300	40.300	40.239	-61	-0,15%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	40.300	40.300	49.323	+9.023	+22,39%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	87.014	+87.014	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	75.600	1.232.000	142.420	-1.089.580	-88,44%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	249	+249	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	11.495.100	12.638.100	5.828.000	-6.810.100	-53,89%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	11.570.700	13.870.100	6.057.683	-7.812.417	-56,33%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-11.530.400	-13.829.800	-6.008.360	+7.821.440	-56,55%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	18.758.700	14.177.100	45.422.203	+31.245.103	+220,39%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	18.758.700	14.177.100	45.422.203	+31.245.103	+220,39%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-134.499	-134.499	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	12.817	+12.817	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-147.316	-147.316	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln				0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	18.758.700	14.177.100	45.274.887	+31.097.787	+219,35%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	18.758.700	14.177.100	45.274.887	+31.097.787	+219,35%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Einzahlungen

Bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit fiel das Ergebnis mit einer Steigerung von 908 Tsd. € im IST 2014 höher aus, als ursprünglich geplant wurde.

Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen darauf, dass im Veranstaltungsbereich bei der Oidn Wiesn mit 200.000 zahlenden BesucherInnen (3 € Eintrittsgeld) geplant wurde. Aufgrund einer erneuten Steigerung bei den Besucherzahlen von 550.000 in 2013 auf 611.000 in 2014 konnten erheblich mehr Einnahmen durch den Verkauf der Eintrittskarten im Bereich der Privatrechtlichen Leistungsentgelte erzielt werden.

Die Veranstaltung wird für den Stadthaushalt kostenneutral durchgeführt; die Mehreinnahmen stehen für diese Veranstaltung zweckgebunden zur Verfügung.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Bereich der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wurde das IST Ergebnis 2014 zum Plan mit -22.516 Tsd. € (22 %) unterschritten.

Die größte Reduzierung des Auszahlungsbedarfs ergab sich bei den Transferauszahlungen mit 23.747 Tsd. €. Im Einzelnen stellt sich diese wie folgt dar:

Für die Auszahlung von Betriebskostenzuschüssen und investiven Zuschüssen bei Beteiligungsgesellschaften erfolgten Abschlagszahlungen nur nach vorheriger Prüfung des tatsächlich benötigten Liquiditätsbedarfs. Beim Zuschuss an die Gasteig München GmbH kam es im Mittelabfluss zu einem um 8.113 Tsd. € niedrigeren Bedarf im Haushaltsjahr 2014.

Mit einer Höhe von 4.767 Tsd. € wurde auch der Planwert lt. Wirtschaftsplan der Gesellschaft für die Olympiapark München GmbH nicht ausgeschöpft. Für den Zuschuss an die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH stellt sich der Bedarf mit 997 Tsd. € für das Semesterticket ebenfalls niedriger dar.

Auch der für die Schuldendiensthilfe an die Messe München GmbH ursprünglich geplante Ansatz von 4.435 Tsd. € wurde aufgrund guter Betriebsergebnisse nicht benötigt.

Für den Zuschussbereich des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammes (Planbudget 23.357 Tsd. € einschl. Tarifierhöhungen) waren die Kosten niedriger als geplant, da es bei den Zuwendungsbescheiden in der Regel zu Abweichungen zwischen Projektjahr und Haushaltsjahr kommt (4.040 Tsd. €). Zusätzlich wird das Budget auch durch Veranschlagungsberichtigungen z.B. an das Sozialreferat reduziert, nicht nur durch den im Rechenschaftsbericht dargestellten Mittelabfluss.

Bei den sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit kam es zu einem Mehrbedarf von +716 Tsd. € (12 %).

Begründet ist dies durch Schwankungen bei den zweckgebundenen Projekten (EU-Projekten, Oide Wiesn, Eurocities, Tourismusfonds etc.). Durch Mehreinnahmen stehen hier zusätzliche Mittel zur Verfügung, die zweckgebunden für die Ausgaben der genannten Projekte verwendet werden können. Ein höherer Mittelabfluss ergab sich bei der vertraglich zu leistenden Kostenerstattung an die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH; hier führte die erste Quartalszahlung in 2015 noch Ende Dezember 2014 zu einem höheren Mittelabfluss. Für 2015 ergibt sich hierdurch eine Reduzierung des benötigten Ansatzes.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit kam es mit 7.812 Tsd. € zu einer Unterschreitung des Planansatzes 2014 (56 %). Den größten Anteil daran hatten die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen und die Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen.

Bei den Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen resultiert die Planabweichung (88 %) aus wieder zur Verfügung gestellten Mitteln des Jahres 2013, die wider Erwarten doch nicht benötigt wurden.

Um bereits frühzeitig eine möglichst hohe Kostensicherheit für die geplanten Sanierungsmaßnahmen zu erreichen, war es erforderlich, eine detaillierte und fundierte Entwurfsplanung auf Basis von umfangreichen Bestandsuntersuchungen für die Gasteig München GmbH zu erstellen. Die spielarme Phase 2014 konnte aufgrund der einzuhaltenden Fristen im öffentlichen Vergabeverfahren nicht mehr voll für die ausführenden Arbeiten genützt werden, so dass diese in der spielarmen Phase 2015 erfolgen; dies führte beim Mittelabfluss des Investitionszuschusses an die Gasteig München GmbH zu einer Abweichung von 1.800 Tsd. €.

Durch Abstimmungsprobleme mit dem Denkmalschutz kam es bei der Baumaßnahme Elefantenhaus zu Verzögerungen, so dass beim Investitionszuschuss an die Münchener Tierpark Hellabrunn AG (2.963 Tsd. €) weniger an Auszahlungen vorgenommen wurden.

Ein hoher Abweichungsbetrag ist bei der Pauschale für Wirtschaftsförderung zu finden; da diese als Ansparpauschale zur Finanzierung künftiger Gewerbehöfe dient, entsteht bis zur Konkretisierung ein unverbrauchter Planansatz (2.200 Tsd. €). Durch den Bau des neuen Gewerbehofes Nord in 2015 werden die gesamten angesparten Mittel der Wirtschaftsförderungspauschale in Summe zur Finanzierung dieses neuen Gewerbehofes benötigt (Beschluss der VV am 29.04.2015; Nr. 14-20/V 02477 Errichtung eines Gewerbehofes im Münchner Norden).

Aufgrund von Verzögerungen im Baufortschritt für die Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für Olympiastadion, Eishockeyhalle und Event-Arena kam es in der Auszahlung des investiven Zuschusses an die Olympiapark München GmbH mit 648 Tsd. € zu Jahresverschiebungen.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	885.272	682.827	-202.445	-22,87%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	103.316	79.827	-23.489	-22,74%
5	+ Auflösung von Sonderposten	187.457	187.400	-57	-0,03%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.710.042	12.944.108	+1.234.066	+10,54%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.711	387	-1.324	-77,38%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	117.933.580	98.334.374	-19.599.206	-16,62%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.625	32.200	+29.575	+1126,67%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	130.824.003	112.261.123	-18.562.880	-14,19%
11	- Personalaufwendungen	10.560.262	11.408.364	+848.102	+8,03%
12	- Versorgungsaufwendungen	1.228.035	1.322.211	+94.176	+7,67%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.993.597	8.670.233	+1.676.636	+23,97%
14	- Planmäßige Abschreibungen	7.750.326	8.051.403	+301.077	+3,88%
15	- Transferaufwendungen	57.246.716	65.361.500	+8.114.784	+14,18%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.347.286	6.126.940	+1.779.654	+40,94%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	88.126.222	100.940.651	+12.814.429	+14,54%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	42.697.781	11.320.472	-31.377.309	-73,49%
17	+ Finanzerträge	13.408.455	23.198.312	+9.789.857	+73,01%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	13.408.455	23.198.312	+9.789.857	+73,01%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	56.106.236	34.518.784	-21.587.452	-38,48%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	56.106.236	34.518.784	-21.587.452	-38,48%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	549.024	1.161.113	+612.089	+111,49%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.919.284	19.844.944	-1.074.340	-5,14%
S8	= Ergebnis des Teilergebnishaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	35.735.976	15.834.953	-19.901.023	-55,69%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Der Teilergebnishaushalt enthält neben den zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen beispielsweise für Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungen, periodenfremde Erträge und Aufwendungen und interne Verrechnungen.

Erläutert werden hier i.d.R. nur „nicht zahlungswirksame“ Erträge und Aufwendungen mit Ausnahme der internen Leistungsverrechnung (Zeile 21 und 22), es sei denn die zahlungswirksamen Vorgänge dienen dem besseren Gesamtverständnis.

Bei den **Erträgen** sind in der Zeile „Privatrechtliche Leistungsentgelte“ 600.000 € aus der nicht zahlungswirksamen Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungsposten zu finden, die restliche Abweichung resultiert aus dem zahlungswirksamen Bereich.

In der Zeile „Sonstige ordentliche Erträge“ führen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

im Jahr 2013 in Höhe von ca. 12,5 Mio. €, der Olympiapark München GmbH zu nennenswerten Abweichungen gegenüber dem Jahr 2014. (Die verbleibende Differenz (7,943 Mio. €) stammt aus dem zahlungswirksamen Bereich und betrifft die Konzessionsabgabe der Stadtwerke München GmbH).

Erläuterungen zu Abweichungen bei den Finanzerträgen siehe Teilfinanzhaushalt.

Die Differenzen bei den „**Aufwendungen** für Sach- und Dienstleistungen“ sind im Teilfinanzhaushalt erläutert.

Erläuterungspflichtige Abweichungen bei den Transferaufwendungen, siehe ebenfalls Teilfinanzhaushalt. Darüber hinaus kommen Abweichungen durch diverse Rückstellungen/ Rechnungsabgrenzungen bzw. deren Auflösung bei den Beteiligungsgesellschaften, insbesondere bei der Olympiapark München GmbH, aber auch der Gasteig München GmbH, zustande.

Sonstige ordentliche Aufwendungen: Siehe Teilfinanzhaushalt.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	603.000	603.000	682.827	+79.827	+13,24%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94.900	94.900	79.827	-15.073	-15,88%
5	+ Auflösung von Sonderposten	192.300	192.300	187.400	-4.900	-2,55%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.791.000	10.791.000	12.944.108	+2.153.108	+19,95%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	387	+387	-%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	96.745.100	96.702.300	98.334.374	+1.632.074	+1,69%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	32.200	+32.200	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	108.426.300	108.383.500	112.261.123	+3.877.623	+3,58%
11	- Personalaufwendungen	10.544.600	10.857.800	11.408.364	+550.564	+5,07%
12	- Versorgungsaufwendungen	1.598.600	1.179.300	1.322.211	+142.911	+12,12%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.220.200	8.548.200	8.670.233	+122.033	+1,43%
14	- Planmäßige Abschreibungen	6.299.600	6.299.600	8.051.403	+1.751.803	+27,81%
15	- Transferaufwendungen	76.275.400	72.476.400	65.361.500	-7.114.900	-9,82%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.317.400	5.317.400	6.126.940	+809.540	+15,22%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	108.255.800	104.678.700	100.940.651	-3.738.049	-3,57%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	170.500	3.704.800	11.320.472	+7.615.672	+205,56%
17	+ Finanzerträge	22.071.100	23.488.100	23.198.312	-289.788	-1,23%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	22.071.100	23.488.100	23.198.312	-289.788	-1,23%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	22.241.600	27.192.900	34.518.784	+7.325.884	+26,94%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	22.241.600	27.192.900	34.518.784	+7.325.884	+26,94%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.087.000	1.087.000	1.161.113	+74.113	+6,82%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.136.700	18.140.400	19.844.944	+1.704.544	+9,40%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	5.191.900	10.139.500	15.834.953	+5.695.453	+56,17%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Vorauszuschicken ist, dass weder Rechnungsabgrenzungen noch Rückstellungen geplant werden, da Höhe und Notwendigkeit zum Planungszeitpunkt nicht bekannt sind. Abweichungen im Ergebnishaushalt sind überwiegend auf diese Buchungen zurückzuführen, welche in fast allen Ertrags- und Aufwandsarten zu finden sind.

Bei den **Erträgen** – Bereich privatrechtliche Leistungsentgelte – führten neben der im Bereich Teilfinanzhaushalt erläuterten deutlichen Erhöhung der Einnahmen aus Eintrittsgelder Oide Wiesn, die Auflösung eines aktiven Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 600.000 €, welcher im Jahr 2014 für bereits geleistete Sponsoringerglöse der Eurocities 2014 Veranstaltung gebildet worden war, zu eine positiven Planabweichung.

Bei den **Aufwendungen** – Bereich Abschreibungen - führten planmäßige Abschreibungen auf vergebene Zuwendungen für die Gasteig München GmbH, den Münchener Tierpark Hellabrunn AG und insbesondere die Olympiapark München GmbH zu einer deutlichen Abweichung.

Bei den Transferaufwendungen siehe auch Erläuterung im Teilfinanzhaushalt. Darüber hinaus entstanden Abweichungen im nicht zahlungswirksamen Bereich durch diverse Rückstellungen/ Rechnungsabgrenzungen bzw. deren Auflösung bei den Beteiligungsgesellschaften insbesondere bei der Olympiapark München GmbH (z.B. Bildung einer Rückstellung in Höhe von 8,2 Mio. € für einen anteiligen Betriebskostenzuschuss 2014).

Erläuterungen zu Abweichungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen siehe Teilfinanzhaushalt.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	28.117	15	28.102
Personalauszahlungen	3.754	0	3.754
unverbrauchte Schenkungsmitel	39	0	39
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	1.405	28	1.377
Gesamt	33.315	43	33.272

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Aufgrund langfristiger und jahresübergreifender Planungen und Laufzeiten bei Projekten ist es erforderlich, einen Teil der Mittel aus den Restefonds bzw. der zum Jahresabschluss 2014 verbliebenen Restmittel für die Umsetzung geplanter Vorhaben im Rahmen des Nachtrags 2015 oder auf dem Wege der Mittelbereitstellung erneut bei der Stadtkämmerei zu beantragen. Die Beantragung von Restmitteln wurde u. a. für folgende Sachverhalte bereits vorgemerkt:

- Zuschüsse (MBQ/2. Arbeitsmarkt): Mittelbedarf aufgrund der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen für einen neuen 3. Arbeitsmarkt
- 850. Stadtgeburtstag: steuerliche Nachforderung des Finanzamtes (Schreiben der Stadtkämmerei-Steuerabt. vom 20.01.2015)
- Europa-Projekte z.B. CEMR policy committee meeting in München; Europäisches Jahr der Entwicklung in 2015; Finanzierung EUROCITIES ExCom-Mitgliedschaft
- Sanierung Wirtsbudenstraße (14-20/V 02277, AfAW 10.02.2015)
- Kostenerstattung Münchner Schaustellerstiftung (14-20/V 02278, AfAW 10.02.2015)
- Erhöhung für Sanitätsdienst Oktoberfest (14-20/V 02996, AfAW 12.05.2015)
- diverse IT-Projekte, z. B. Reservierungssystem, Portalgesellschaft; MBQ-Software für Zuschusswesen, Schnittstelle für Kassensysteme etc.

Restmittel und zweckgebundene Mehreinnahmen des Jahres 2014

Zum Jahresabschluss 2014 wurden in folgenden Bereichen Restmittel bzw. Mehreinnahmen gebildet:

- Sachauszahlungen: 360 Tsd. €
- Schenkungsmittel: 5 Tsd. €
- Zuschüsse (MBQ/2. Arbeitsmarkt): 4.276 Tsd. €
- Mehreinnahmen bei zweckgebundenen Sachverhalten: 1.467 Tsd. € (Die Mehreinnahmen werden in Vormerklisten geführt und bei Bedarf bereit gestellt z.B. Tourismusfonds, Oide Wiesn, anschließerverfinanzierte Messen, EU-Projekte etc.)

Im Bereich der Personalausgaben wurden keine Restmittel gebildet, da das zur Verfügung stehende Budget ausgeschöpft wurde. Die zur Aufgabenerfüllung verfügbaren Stellen wurden in 2014 besetzt; aufgrund von Personalwechsel in der Referatsleitung kam es zeitweise zu Doppelbesetzungen.

Entnahmen

Die Restefonds des Referates für Arbeit und Wirtschaft reduzierten sich im Haushaltsjahr 2014 um insgesamt 43 Tsd. €. Entnahmen erfolgten aus den Restefonds „Allgemeine Sachauszahlungen“ und „Unverbrauchte zweckgebundene Mittel“.

- Der Restefonds „Allgemeine Sachauszahlungen“ verringerte sich aufgrund von Entnahmen für Personalausgaben-Umschichtungen im Zusammenhang mit dem EU-Projekt Europe Direct um 15 Tsd. €.
- Der Restefonds „Unverbrauchte zweckgebundene Mittel“ reduzierte sich um 28 Tsd. €. Die Mittel wurden für Personalausgaben-Umschichtungen (Europe Direct) sowie zur Deckung von Haushaltsüberschreitungen bei zweckgebundenen Sachverhalten (ÖKOPROFIT, Wirtschaftsdelegationen) entnommen.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel werden wie im Vorjahr keine Haushaltsausgabereste auf das Folgejahr übertragen.

1.4.3 Investive Reste

Im Referat für Arbeit und Wirtschaft wurden im investiven Bereich Reste i. H. v. 1.567 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 2.629 Tsd. €) übertragen.

Die übertragenen Restmittel wurden in folgenden Bereichen gebildet:

Auszahlungen für Baumaßnahmen	365 Tsd. €
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.185 Tsd. €
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	16 Tsd. €
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	1 Tsd. €

Weitere investive Restmittel des Referates wurden im Bereich der Investitionszuschüsse an die Beteiligungsgesellschaften sowie im Bereich des beweglichen Sachvermögens gebildet. Diese werden als Restmittel auf dem jeweiligen Ansatz des Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2015-2019 wieder eingeplant und nicht sofort als investive Reste übertragen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	213	180	+2,22%	81	137	218	79	105	184
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	6	6	0,00%	0	6	6	0	6	6
Beschäftigte Gesamt	219	186	+2,15%	81	143	224	79	111	190

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Referat für Arbeit und Wirtschaft** 2014 eine Überschreitung von **5,24 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalaus. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	9.219	+8,57%	9.532	10.009	+5,00%
Veranstaltungen	890	+6,85%	887	951	+7,22%
MBQ	389	-0,26%	364	388	+6,59%
		-%			-%
		-%			-%
		-%			-%
Summe Referat	10.498	+8,10%	10.783	11.348	+5,24%

Die Auszahlungen des Deckungsbereich überschreiten den Planansatz um 5,00 %. Die Überschreitung liegt oberhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen. Aufgrund von Finanzierungsbeschlüssen wurden noch Mittel in Höhe von 263 Tsd. € (Zuschüsse, Personalkostenersätze von Dritten) auf dem Büroweg bereitgestellt, so dass sich die Überschreitung abschließend auf 1,90 % reduziert.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restfonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	0	-25	-
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	1.000	1.084	+8,40%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	1.000	1.059	+5,90%
Beihilferückstellung Auflösung	0	-4	-
Beihilferückstellung Zuführung	192	206	+7,29%
Belastung Beihilferückstellung	192	202	+5,21%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	0	0	-
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	36	32	-11,11%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	36	32	-11,11%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	0	0	-
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	0	0	-
Belastung Altersteilzeitrückstellung	0	0	-
Gesamt	1.228	1.293	+5,29%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Was wesentliche Chancen für den Bereich des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammes anbelangt, so wird der Fachbereich die Programmausschreibungen der neuen ESF-Periode 2014 - 2020 nutzen, ergänzende Mittel für kommunale arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu binden. Bislang zeichnet sich ein akquiriertes Volumen i.H.v. rd. 7,5 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln für Projekte in der Landeshauptstadt München ab.

Der Grundsatzbeschluss zur Sanierung/Modernisierung Gasteig sowie der Akutsanierungsplan für die Jahre 2017 - 2019 wird im 1. Halbjahr 2015 dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014 sind keine Sachverhalte von besonderer Bedeutung aufgetreten.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
6421100	Wirtschaftsförderung	Mengen	Persönliche Gründungs- beratung (mind. ein- stündige Fäl- le)	800	936	+136	+17,0%	2.1.2.1
6433100	Förderung von Be- schäftigung	Finanzen	Summe Kosten	11.112	9.505	-1.607	-14,5%	2.1.2.2.1
		Qualität/Wirkung	Teilnehmer/in nen Soziale Betriebe – Ausgeschie- dene und de- ren Verbleib - - davon in Erwerbsarbeit	50%	59%	+9	+18,0%	2.1.2.2.2
			Drittmittel	20%	14%	-6	-30,0%	2.1.2.2.3
6433200	Förderung von Qualifi- zierung	Finanzen	Summe Kosten	8.377	6.055	-2.322	-27,7%	2.1.2.3.1
		Qualität/Wirkung	Teilnehmer/in nen	2.688	3.468	+780	+29,0%	2.1.2.3.2
			geförderte Qualifizie- rungsmonate	17.352	21.984	+4.632	+26,7%	
			Verbundpro- jekt besetzte Qualifizie- rungsmonate	17.352	21.984	+4.632	+26,7%	
		Mengen	Verbundpro- jekt Qualifizie- rungsplätze	2.166	3.379	+1.213	+56,0%	
		Qualifizie- rungsplätze Verbundpro- jekt	1.446	1.832	+386	+26,7%		

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
6433300	Förderung von Beratung - Veranstaltungen	Finanzkennzahlen	Zuschuss pro Beratungskontakt	341	266	-75	-22,0%	2.1.2.4.1
			Zuschuss pro Beratungsfall power_m	1.181	781	-400	-33,9%	
			Gesamtkosten pro Beratungsfall	409	313	-96	-23,5%	
		Qualität/Wirkung	Beratungsfälle im Projekt power_m	500	652	+152	+30,4%	
			Weitergeleitet in Qualifizierungsmaßnahmen des Verbundprojektes	1.100	1.957	+857	+77,9%	2.1.2.4.2
			zurück an Jobcenter mit Vorschlag weiteres Vorgehen	550	968	+418	+76,0%	
		Mengen	noch in IBZ-Maßnahmen, Sonstiges	1.100	786	-314	-28,5%	2.1.2.4.3
			Teilnehmer/in nen Veranstaltungen	1.300	928	-372	-28,6%	2.1.2.4.4
			Veranstaltungen	6	3	-3	-50,0%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlub+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)	
6443000	Organisation und Durchführung von Volksfesten und Märkten und Bewirtschaftung der Theresienwiese als Veranstaltungsfläche	Finanzen	Gebühren/Entgelte	7.161	8.954	+1.793	+25,0%	2.1.2.5.1	
			Summe Kosten	6.386	7.757	+1.371	+21,5%	2.1.2.5.2	
			Kosten pro Nutzungstag (durchschnittlich)	36	43	+7	+19,4%		
			Qualität/Wirkung	Nettoumsatz Christkindlmarkt	3.500	4.860	+1.360	+38,9%	2.1.2.5.3
			Gesamtbewerber Mariahilfplatz/Theresienwiese, Drittveranstaltungen	20	25	+5	+25,0%	2.1.2.5.4	
			davon zugelassen	6	8	+2	+33,3%	2.1.2.5.5	
			Besucher Oide Wiesn	500.000	611.000	+111.000	+22,2%	2.1.2.5.6	
			Nettoumsatz Dulten	1.500	1.837	+337	+22,5%	2.1.2.5.7	
6445000	Tourismus	Finanzen	Gebühren/Entgelte	807	587	-220	-27,3%	2.1.2.6.1	
			Summe Kosten	9.458	10.177	+719	+7,6%	2.1.2.6.2	
			Finanzkennzahl	Finanzierungsanteil	8,50%	5,80%	-0	-31,8%	2.1.2.6.1
			Qualität/Wirkung	Gebühren/Entgelte					
			Internetzugriffe Sales Guide	64.000	98.511	+34.511	+53,9%	2.1.2.6.3	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
6450000	Beteiligungsmanagement	Finanzen	Gesamtsumme Erlöse Gesellschaften	121.246	122.463	+1.217	+1,0%	2.1.2.7.1
			Gesamtsumme Kosten Gesellschaften	52.103	49.786	-2.317	-4,4%	2.1.2.7.2
			Gesamtsumme Sonstige Kosten	2	220	+218	+10900,0%	2.1.2.7.3
			Gesamtsumme kalkulatorische Kosten	17.548	19.994	+2.446	+13,9%	2.1.2.7.4

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6421100 Wirtschaftsförderung

Die Steigerung ist zurückzuführen auf eine gestiegene Nachfrage nach Beratungen mit Businessplan, welche zu Folgeterminen führte und nicht zuletzt auf eine gesteigerte Präsenz bei Messen und Veranstaltungen und eine gezielte Ansprache der innovativen Start-Ups durch die in MEB integrierte Start-Up Unit der IHK.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6433100 Förderung von Beschäftigung

2.1.2.2.1 Die Abweichung bei den Kosten zwischen Plan 2014 und Ist 2014 entsteht durch verspäteten Projektbeginn, durch nicht besetzte Stellen bei den Trägern und durch nicht im ursprünglichen Umfang realisierte Projekte. Darüber hinaus entstehen Abweichungen durch eine, systemtechnisch bedingte, im Gegensatz zum Plan im Ist enthaltenen Rückforderungen von Trägern in Höhe von ca. 140 Tsd. €. Dies hat auch Auswirkungen auf die Finanzkennzahlen.

2.1.2.2.2 Es erfolgte eine verstärkte Zuweisung der Kunden des Jobcenters in Arbeitsgelegenheiten (AGH). Bedingt durch eine Gesetzesänderung ist die Zuweisung in eine AGH nicht mehr mit dem Auftrag einer unmittelbaren Integration in Erwerbsarbeit verbunden. Dies hat Konsequenzen auf die Auswahl der Zugewiesenen.

2.1.2.2.3 Die Auswertung der Drittmittel liegt noch nicht vor.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6433200 Förderung von Qualifizierung

2.1.2.3.1 Die Abweichung bei den Kosten zwischen Plan 2014 und Ist 2014 entsteht durch verspäteten Projektbeginn, nicht besetzte Stellen bei den Trägern und nicht im ursprünglichen Umfang realisierte Projekte. Darüber hinaus entstehen Abweichungen durch eine, systemtechnisch bedingte, im Gegensatz zum Plan im Ist nicht enthaltene Veranschlagungsberichtigung in Höhe von 200 Tsd. € an das Sozialreferat für das Projekt I.M.A.L und den nicht geplanten Rückforderungen von Trägern von ca. 246 Tsd. €. Dies hat auch Auswirkungen auf die Finanzkennzahlen.

2.1.2.3.2 Es erfolgte eine verstärkte Zuweisung durch das Jobcenter, dies hat auch Auswirkungen auf die nachfolgenden Kennzahlen.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6433300 Förderung von Beratung und Veranstaltungen

2.1.2.4.1 Die große Nachfrage sowohl z.B. bei Wiedereinsteiger/innen als auch potentiellen Arbeitsgebern führte zu einer deutlichen Zunahme der Beratungskontakte, welche mittels konzentrierter und kompakter Beratungsleistung erbracht wurden.

2.1.2.4.2 Von den Zugeleiteten waren überdurchschnittlich viele Personen für eine Weiterleitung in Qualifizierungsmaßnahmen geeignet, dieses Verhältnis spiegelt sich auch bei der Qualitätskennzahl - zurück an Jobcenter mit Vorschlag weiteres Vorgehen – wider.

2.1.2.4.3 Die Konsequenz aus dem vorherigem Punkt ist, dass vom Jobcenter verstärkt Kunden und Kundinnen in Maßnahmen weiter- bzw. zurück geleitet werden.

2.1.2.4.4 Die Veranstaltungen Unternehmen mit Weitblick, Beschäftigungskonferenz und das Cross Metoring fanden nicht statt.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6443000 Organisation und Durchführung von Volksfesten und Märkten und Bewirtschaftung der Theresienwiese als Veranstaltungsfläche

2.1.2.5.1 Die nochmalige Steigerung der Besucherzahlen der Oidn Wiesn, verbunden mit einer konservativen Besucherplanung führten zu dieser positiven Abweichung.

2.1.2.5.2 Die Erhöhung der Kosten ist sowohl allgemeinen Preiserhöhungen als auch der Kostenerhöhung bestimmter Bereiche, z.B. Sicherheitsmaßnahmen, Straßensanierungen, Reinigung und Entsorgung, geschuldet. Unmittelbare Auswirkungen hat dies auch auf die Kosten pro Nutzungstag.

2.1.2.5.3 Möglicherweise bedingt durch die allgemein gute wirtschaftliche Lage waren die Besucher ausgabefreudiger.

2.1.2.5.4 Die Nachfrage nach Veranstaltungsfläche kann nicht beeinflusst werden.

2.1.2.5.5 Neben den sechs regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen wurden die Afrika Tage und das Projekt Niemandsland zugelassen.

2.1.2.5.6 Die Anziehungskraft der Oidn Wiesn hat nochmals zugenommen.

2.1.2.5.7 Möglicherweise bedingt durch die allgemein gute wirtschaftliche Lage waren die Besucher ausgabefreudiger.

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6445000 Tourismus

2.1.2.6.1 Die negative Abweichung resultiert aus einer haushaltstechnisch bedingten Notwendigkeit bei der Planung die Höhe der Erlöse der Höhe der Kosten anzupassen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Kennzahl „Finanzierungsanteil Gebühren/Entgelte“.

2.1.2.6.2 Bei der Zusammenfassung der ursprünglich vier Produkte zum Produkt Tourismus wurden die internen Umlagen nur im Ist und nicht im Plan nachgezogen.

2.1.2.6.3 Ein verbessertes Messsystem ab 2014 und verstärktes Interesse am Sales Guide verursachten eine deutliche Steigerung gegenüber dem Plan.

2.1.2.7 Begründung zu Abweichung bei Produkt 6450000 Beteiligungsmanagement

2.1.2.7.1 Hierunter verbergen sich überwiegend Rückzahlungen nicht verbrauchter Betriebskostenzuschüsse der Gasteig München GmbH.

2.1.2.7.2 Die Betriebskostenzuschüsse fielen geringer als geplant aus, insbesondere die Messe München GmbH benötigte keinen Zuschuss.

2.1.2.7.3 Die Abweichung bei den Sonstigen Kosten ergibt sich aus einer Rückzahlung (Stadtwerke München GmbH) der Konzessionsabgabe des Jahres 2013.

2.1.2.7.4 Die Erhöhung der Investitionskostenzuschüssen führt zu einem Anstieg der kalkulatorischen Kosten.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage ZIMAS zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Referat für Arbeit und Wirtschaft).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	9	9	0,00%
Referatsziele	0	0	-%
Stadtratsziele	5	7	+40,00%
Summe Ziele	14	16	+14,29%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
Die Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Daseinsvorsorge und Beteiligung an wirtschaftlicher Infrastruktur bleibt erhalten und wird weiter gestärkt.	50 %	Der Stadtratsbeschluss erfolgte, eine verbindliche Auskunftserteilung durch das Finanzamt steht noch aus, die Kämmerei ist in Verhandlung.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		./.
München bewahrt seine Position als internationale Tourismus-, Kongress- und Tagungsdestination und baut sie weiter aus.	75%	Aufgrund noch laufender Abklärungen wird das Ziel voraussichtlich 2016 bearbeitet sein.
		Ziel wird weiterverfolgt.
		./.

4 Sonstiges

Es sind keine sonstigen Angaben vorzutragen.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014

Referat für Gesundheit und Umwelt

1 Referatebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Beim Referat für Gesundheit und Umwelt sind in 2014 neben den vielfältigen laufenden Aufgabensstellungen folgende herausragende Themen bearbeitet worden:

Gesundheitsbereich:

- Untersuchung der zunehmenden Anzahl von Flüchtlingen nach § 62 Asylverfahrensgesetz und Infektionsschutz
- Installation eines Erstscreening
- Teilumzug der Mitarbeiter/innen in die Erstaufnahmeeinrichtung Heidemannstraße 60
- Überarbeitung des Internetauftritts zum Thema Trinkwasser
- Einrichtung einer Telefonhotline zum Thema Trinkwasser
- Schwerpunktüberwachungsprojekt aufgrund ministerieller Vorgaben bei ambulant operierenden Einrichtungen im Münchner Stadtgebiet
- Fachlich-medizinische Stellungnahmen zur Indikation, Begründetheit und ordnungsgemäßen Dokumentation von Betäubungsmittel-Verschreibungen
- Bekämpfung des Masernausbruchs im Stadtgebiet
- Verhängung eines Aufnahme- und Abverlegungsstopps und Riegelimpfung in der Erstaufnahmeeinrichtung aufgrund von Masernerkrankungen
- Regelmäßige Sitzungen aufgrund der Ebola-Epidemie in Westafrika mit inner- und außerstädtischen Partnern
- Einrichtung einer Rufbereitschaft für Ebola-Verdachtsfälle
- Personalschuttmittelvorhaltung und -anwendung für Ebola mit der Berufsfeuerwehr München überarbeitet und geübt
- Abschluss der Organisationsentwicklung und Entscheidung über die künftige Struktur der Hauptabteilung Gesundheitsvorsorge
- Erfolgreiche Besetzung der zwei neuen kinderärztlichen Abteilungsleitungsstellen: Gesundheitsförderung von Anfang an (GVO1) und Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (GVO2)
- Mitwirkung insb. der Führungskräfte am Great-Place-to-Work-Prozess
- Weiterentwicklung der Palliativ- und Hospizversorgung in München – Vorarbeit für ein Netzwerk Palliativ-/Hospizversorgung
- Stadtrats-Hearing „Pflege in die Zukunft führen“ durchgeführt
- Projekt zur Komorbidität: Fachveranstaltungen zur Vernetzung und Qualifizierung der Kooperationspartner in ambulanter Psychiatrie und Suchthilfe
- Durchführung der Mütterbefragung zur Hebammenversorgung in München
- Umsetzung des Gesetzes zur Regelung der vertraulichen Geburt
- Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge (erhöhter Einsatz von Kinderkrankenschwestern in der Erstaufnahmeeinrichtung; Unterstützung des Aufbaus der medizinischen Versorgung in der Bayernkaserne; Erweiterung des Angebotes in Unterkünften durch eine Familienhebamme; Durchführung von Polio- und Masernimpfungen im Rahmen des Infektionsschutzes)
- Nachhaltige, regionale Lebensmittelversorgungsstrategie der Stadt München (Gutachten zur „Regionalität“; Bio – Speiseplanmanager für alle Kinderbetreuungseinrichtungen; Verbraucherinformationen)

Umweltbereich:

- Durchführung des Netzwerk 21 Kongresses in München – unter dem Titel „Brücken in die Zukunft – Wandel vor Ort gestalten“
- Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz (IHKM): Maßnahmenprogramm 2015-2017 wurde Ende 2014 beschlossen
- EU-Projekt „Imagine“: Durchführung eines Workshops
- Lärminderungsplanung: 1. Fortschreibung wurde erarbeitet und dauert noch an
- Luftreinhalteplanung: 6. Fortschreibung wurde erarbeitet
- Bekanntgabe zum Nachhaltigkeitsbericht wurde dem Stadtrat vorgelegt
- Konzept Klimaanpassungsstrategie: Erarbeitung des referatsübergreifenden Maßnahmenkonzepts
- Konzept Elektromobilitätsstrategie in München: Vorbereitung des referatsübergreifenden Handlungsprogramms - E-Mobilität in München (IHFEM)
- Projekt „E-Plan München“: Das Projekt wurde weiter bearbeitet
- Genehmigungsverfahren mit besonders hoher Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und hohem Personaleinsatz, insbesondere Paulaner: Abschluss des Verfahrens mit umfassendem Genehmigungsbescheid
- Beurteilung von gewerblichen Abfallsammlungen nach dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz: diverse Klageverfahren
- Grundwasserproblematik Feldmoching: diverse Beschlussvorlagen für den Stadtrat
- Hochwassermanagement Hachinger Bach: Weiterführungen der Untersuchungen mit zahlreichen Gesprächen mit den Gemeinden und Beschlussvorlage für den Stadtrat
- Novellierung der städtischen Bade- und Bootverordnung: Erstellung eines Rechtsgutachtens zu Haftungsfragen
- Innenraumschadstoffe Schulen und Kitas: diverse Einzelfälle mit Überschreitung der Grenz-/ Richtwerte für einzelne Schadstoffe
- Altlastensanierung Kleingartenanlagen: diverse Einzelfälle mit intensiven Verhandlungen mit den Betroffenen

Beteiligungsmanagement:

- Wechsel der Zuständigkeit zum 01.06.2014 der Betreuung Städtische Klinikum München GmbH an die Stadtkämmerei
- Projektauftrag zur Erstellung eines Konzeptes für strategisches stationäres Versorgungsmanagement (Beschluss Nr. 14-20/V00486 vom 28.05.14 (VV)) bearbeitet

Städtische Friedhöfe, Krematorium, Bestattungsdienst:

- Beitritt der Städtischen Friedhöfe München zur Vereinigung bedeutender Friedhöfe in Europa (ASCE = Association of Significant Cemeteries in Europe)

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die nach dem Geschäftsverteilungsplan der LHM dem RGU zugewiesenen Aufgaben wurden noch ordnungsgemäß erfüllt, wenn gleich in einigen Bereichen längere Bearbeitungszeiten und Einschränkungen in Qualität und u.a. eine Reduzierung von Präventionsmaßnahmen zu verzeichnen waren.

Hauptabteilung Gesundheitsschutz

Die **Abteilung Ärztliche Gutachten** erfüllt zum größten Teil gesetzliche Aufgaben (amtsärztliche Gutachten in den Bereichen Beamtenrecht, Ausländerrecht, Sozialgesetzbücher und weitere einschlägige Rechtsnormen), bzw. Aufgaben im Auftrag des Personal- und Organisationsreferats und des Referats für Bildung und Sport der LH München (personalärztliche Gutachten).

Die enorme Zunahme der Asylverfahren, der Umzug eines Teils des Personals in die Erstaufnahmeeinrichtung Heidemannstr. 60, organisatorische Anpassungen innerhalb der Abtei-

lung einschließlich der Überprüfung und Verbesserung der Prozessabläufe sowie die Einarbeitung von festangestellten Mitarbeitern und einer Vielzahl von wechselnden Zeitarbeitskräften banden erhebliche Kapazitäten sowohl der Führungskräfte als auch des operativen Personals. Die Pflichtaufgabe der Untersuchung nach § 62 Asylverfahrensgesetz konnte in 2014 mit den vorhandenen Personalressourcen gerade noch ordnungsgemäß erfüllt werden. Wenn die vom Stadtrat hierfür bewilligten zusätzlichen Stellen in 2015 besetzt werden können, ist der prognostizierte Aufgabenzuwachs adäquat zu bewältigen.

Die Aufgabenbreite der **Abteilung Hygiene und Umweltmedizin (GS-HU)**, die Quantität daraus erwachsender Aufträge und Anforderungen an eine qualifizierte Aufgabenerledigung sowie stetig neu hinzu kommende, nicht planbare Aufgaben erforderten weiterhin eine Priorisierung in der Aufgabenerledigung. Die prioritär zu erledigenden, vom StMUG vorgegebenen Pflichtaufgaben konnten zu 100 %, die übrigen sonstigen Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis nur bedingt erfüllt werden.

Im Jahr 2014 (2013) wurden im **Bereich Infektionsschutz** 7857 (9543) Infektionsmeldungen, 125 (160) Infektionsausbrüche mit mehreren Erkrankten, 270 (137) neu gemeldete Tuberkulosefälle mit ca. 3200 (3700) Kontaktpersonenuntersuchungen gemanagt sowie 24.566 (20.615) Untersuchungen auf sexuell übertragbare Infektionen (STI) durchgeführt. Nachdem sich bis 2012 die Infektionsmeldezahlen auf einem stabil hohen Niveau darstellten, hatte sich 2014 die Zunahme der Meldungen wie 2013 auf einem höheren Level befunden. Dies ist durch zusätzliche Meldetatbestände nach der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes ab April 2013 zu erklären. Hingegen war die saisonale Influenzawelle 2013/2014 deutlich geringer ausgefallen als im Vorjahr. Die seit der Jahresmitte 2013 angestrebte Nachbesetzung der neu geschaffenen Stellen im Infektionsschutz wurde im Jahresverlauf durch den Weggang mehrerer Ärzte aus dem Sachgebiet konterkariert, so dass die adäquate Bearbeitung der eingehenden Meldungen zunehmend nicht mehr leistbar war und entsprechende Priorisierungen vorgenommen werden mussten.

Die Zunahme der Asylbewerberzahlen führte zu einem Anstieg der in den Erstuntersuchungen entdeckten Infektionen. So waren im Jahresverlauf 167 neu entdeckte Tuberkulosen zu managen, ca. 400 entdeckte Fälle mit chronischer Hepatitis B wurden in die ärztliche Regelversorgung empfohlen und über 60 HIV-Infizierte durch das RGU oder die Gesundheitsämter am Abverlegungsort aufgeklärt und einer medizinischen Betreuung zugeführt.

Im Rahmen der infektiologischen Rufbereitschaft 2013 erfolgten außerhalb der Regelarbeitszeit 32 Einsätze (23 im Vorjahr entsprachen bereits einer Verdopplung), die aufgrund der Gefahrenlage unaufschiebbare Ermittlungen und Einleitung von Maßnahmen nach sich zogen. Die Zunahme 2014 war überwiegend verursacht durch Inanspruchnahmen wegen eines Ebola-Verdacht (7).

Die Aufgaben bei Ermittlungen und Ergreifen von Maßnahmen im Bereich Infektionsschutz konnten 2014 punktuell nicht vollständig erfüllt werden. Durch Priorisierungen wurden die operativen Aufgaben zur Gewährleistung des Bevölkerungsschutzes immer erfüllt. Abstriche gab es in den Surveillance-Aufgaben (Erfassung und Weiterleitung vollständiger Meldungen ans LGL und RKI) sowie in Teilen personalintensiver individueller Maßnahmen, z.B. persönlicher Aufklärungsgespräche.

Hauptabteilung Gesundheitsvorsorge:

Die Aufgabenerfüllung der Hauptabteilung war aufgrund der schwierigen Personalgewinnungssituation mit Problemen behaftet, konnte jedoch insgesamt mit Einschränkungen wahrgenommen werden. In allen Bereichen gestaltet sich die Gewinnung von Führungskräften und von Fachkräften, insbesondere medizinischen Fachkräften, auch weiterhin als sehr aufwändig und schwierig.

Aufgrund unbesetzter Leitungsstellen mussten Führungsaufgaben in vielen Bereichen vertretungsweise und vorübergehend übertragen werden, was den Steuerungsaufwand insgesamt erheblich erhöht (Einarbeitung, Übergaben, Begleitung), nicht zu sprechen von der hohen Arbeitsbelastung

für die betreffenden Führungskräfte und ihre Mitarbeiter/innen.

In den **Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten** (GVO1 und GVO2) gelang es durch Arbeitsverdichtung und Umschichtungen in der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit, die Pflichtaufgaben noch ordnungsgemäß zu erfüllen.

Das Sachgebiet **Impfwesen** war durch die bis April 2014 erfolgte zusätzliche Aufgabe der Überprüfung und Impfung von Flüchtlingen zur Verhinderung der Verbreitung impfpräventabler Erkrankungen in seiner Aufgabenerfüllung beeinträchtigt. Durch Zusammenlegung aller vorhandenen Ressourcen gelang es jedoch, die zusätzlichen Aufgaben zu erledigen. Auch für die Fachstelle Migration und Gesundheit waren im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen und der Zuwanderung aus der Europäischen Union neue Aufgabenstellungen abzudecken, die alle verfügbaren Kapazitäten erforderten.

Im Beratungshaus PH 20 waren die Kapazitäten des **Sozialpsychiatrischen Dienstes** (SPDi) für Beratung, Betreuung, aufsuchende Arbeit, Krisenintervention und Casemanagement für psychisch kranker Menschen aufgrund mehrerer unbesetzter Stellen, auch der Leitungsstelle, quantitativ stark eingeschränkt.

Im Bereich der ambulanten Psychiatrie und Suchthilfe konnte aufgrund der oben beschriebenen Engpässe insbesondere das Hilfenetzwerk für Kinder psychisch erkrankter Eltern nicht zur Umsetzung gebracht werden.

Im Rahmen der **Regelförderung von gesundheitsbezogenen Einrichtungen und Projekten** wurde ein Zuschussbudget in Höhe von 6.885.100 € bewirtschaftet. Zur Umsetzung der Tarifsteigerung wurden in 2014 zusätzlich 86.600 € zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Budgets für 2014 wurden 138 Projekte in der Regelförderung bezuschusst. Grundlage der Förderung waren die Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen der LH München im Gesundheits- und Umweltschutzbereich. Bei den Zuschüssen handelt es sich um freiwillige Leistungen. Eine Ausnahme bilden die gesetzlich verpflichtenden Leistungen für die Schwangerenberatungsstellen nach dem Schwangerenberatungsgesetz.

Hauptabteilung Umwelt

Im Bereich der **Umweltvorsorge** konnten die gesetzlichen Aufgabenstellungen in den herausgehobenen Bereichen der Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung zielgerecht wahrgenommen werden. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Lärmaktionsplanung mit dem vorhandenen Personal nur mit entsprechenden Zeitverzögerungen erfolgen konnte.

Beim vorsorgenden **Umweltschutz** wurden die Aufgabenfelder des Klimaschutzes und der Klimaanpassung ordnungsgemäß erfüllt.

Im Rahmen der Umweltplanung, des Ressourcenschutzes und der nachhaltigen Entwicklung wurden die Grundsatzfragen des Stadtklimas und der Luftreinhaltung im Verkehr, des vorsorgenden Lärmschutzes, der umweltverträglichen Mobilität, des vorbeugenden Grundwasserschutzes und des Arten- und Biotopschutzes bearbeitet und in die städtischen Planungen eingebracht, wobei einzelne Belange, insbesondere beim Arten- und Biotopschutz, beim Lärmschutz und beim vorsorgenden Bodenschutz aufgrund von mangelnden Personalressourcen nur mit Zeitverzögerungen und mit Einschränkungen wahrgenommen werden konnten.

Die Pflichtaufgaben im Vollzugsbereich als Untere Immissionsschutz-/ Aufsichtsbehörde des Schonsteigerwesens, Bodenschutz-, Abfallrechts- und Wasserrechtsbehörde konnten in 2014 mit den vorhandenen Personalressourcen gerade noch ordnungsgemäß erfüllt werden. Weitere Standardabsenkungen sind im Hinblick auf einen ordnungsgemäßen Vollzug nicht mehr vertretbar.

Steuerungsunterstützung

Das Sachgebiet **Riskmanagement** im RGU ist in Anwendung der geforderten Instrumente und Maßnahmen seiner Pflicht zur Überwachung und Betreuung der Beteiligungsgesellschaft Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke GmbH in dem nach der Gemeinde-

ordnung vorgegebenen Umfang nachgekommen.

Beim Sachgebiet **Kreisverwaltungsangelegenheiten** (RGU-S-KVA) werden ausschließlich Pflichtaufgaben des übertragenen und eigenen Wirkungskreises im Vollzug gesundheitsrelevanter Gesetze wahrgenommen. Aufgrund von Verbesserungen bei der Personalausstattung im Berichtszeitraum in den Bereichen „Trinkwasserverordnung“ und „Betäubungsmittelrecht“ kann auch in diesen Rechtsgebieten dem jeweiligen gesetzlichen Auftrag bei gleichbleibendem Fallaufkommen mittlerweile weitgehend entsprochen werden.

Allerdings entstand hierdurch die Notwendigkeit einer organisatorischen Umgestaltung des Sachgebiets, die hieraus sich ergebenden weiteren Leitungs- und Führungsaufgaben gehen zu Lasten der Kapazitäten für anderweitige sachbearbeitende Tätigkeiten (Sicherheitsaufgabe: „Psychisch kranke Personen“).

Die sich hieraus ergebenden Defizite können allenfalls übergangsweise und nur bedingt durch Umverteilung der betroffenen Aufgaben aufgefangen werden.

Städt. Friedhöfe München, Krematorium, Städt. Bestattung:

Im Bereich Städtische Friedhöfe München wurden im Jahr 2014 4.070 Sargbestattungen und 6.557 Urnenbestattungen durchgeführt.

Bestattungen von Amtswegen (ordnungsrechtliche Bestattungen):

Im Jahr 2014 wurden 1.203 Sterbefälle gemeldet, in denen sich niemand um die Bestattung kümmerte. In 749 Sterbefällen konnten Angehörige oder Bestattungsvorsorgeverträge ermittelt werden, in 454 Sterbefällen musste die Bestattung von Amts wegen angeordnet werden.

Bei den **Städtischen Friedhöfe München, der Städtischen Bestattung München und dem Krematorium** konnten alle Aufgaben in 2014 ordnungsgemäß erfüllt werden.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten			Entwicklung von 2013 auf 2014			
			Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.785.045	11.399.554	-385.491	-3,27%
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.658.821	30.328.236	+1.669.415	+5,83%
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.193.087	9.274.655	-918.432	-9,01%
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.196.794	1.139.445	-57.349	-4,79%
7	+	Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.377.771	522.030	-855.741	-62,11%
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	529.619	586.403	+56.784	+10,72%
S1	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	53.741.137	53.250.323	-490.814	-0,91%
9	-	Personalauszahlungen	44.484.587	47.572.924	+3.088.337	+6,94%
10	-	Versorgungsauszahlungen	7	231	+224	+3200,00%
11	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.893.459	15.403.913	+2.510.454	+19,47%
12	-	Transferauszahlungen	36.046.863	42.201.672	+6.154.809	+17,07%
13	-	Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.108.695	10.435.322	+7.326.627	+235,68%
14	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	103	0	-103	-100,00%
S2	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	96.533.714	115.614.062	+19.080.348	+19,77%
S3	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-42.792.577	-62.363.739	-19.571.162	+45,73%
15	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	37.411	646	-36.765	-98,27%
16	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	48.498	49.062	+564	+1,16%
18	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	40.208	35.606	-4.602	-11,45%
S4	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	126.117	85.314	-40.803	-32,35%
20	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	41.904	+41.904	-%
21	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	269.655	608.361	+338.706	+125,61%
22	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.007.828	903.563	-104.265	-10,35%
23	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	80.000.000	60.000.000	-20.000.000	-25,00%
24	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	1.911.955	2.417.771	+505.816	+26,46%
25	-	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	83.189.438	63.971.599	-19.217.839	-23,10%
S6	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-83.063.321	-63.886.285	+19.177.036	-23,09%
S7	=	Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-125.855.898	-126.250.024	-394.126	+0,31%
26a	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+	Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	=	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	-	Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	=	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	=	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-125.855.898	-126.250.024	-394.126	+0,31%
28	+	Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	-	Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	=	Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	-	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+	Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-192.564	-9.796.929	-9.604.365	+4987,62%
33	-	Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-18.480	9.590	+28.070	-151,89%
S13	=	Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-174.084	-9.806.519	-9.632.435	+5533,21%
34	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	-%
S14	=	Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-126.029.982	-136.056.543	-10.026.561	+7,96%
35	+	Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S15	=	Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-126.029.982	-136.056.543	-10.026.561	+7,96%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind beim Referat für Gesundheit und Umwelt alle Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 500.000 €, sowie alle Über- und Unterschreitungen über 2 Mio. € zu erläutern.

Bei folgenden **Einzahlungspositionen** des Teilfinanzhaushalts liegt eine Begründungspflicht vor:

Den **sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** im Jahr 2014 in Höhe von 522 Tsd. € steht ein Ist-Ergebnis in Höhe von 1.378 Tsd. € aus dem Jahr 2013 gegenüber. Dies entspricht einer Reduzierung um 856 Tsd. €. Grund für die Abweichung sind die Einzahlungen von der GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH (GWG) in Höhe von 1.298 Tsd. € (2013). Im Haushaltsjahr 2014 wurden keine Einzahlungen verbucht. Durch den am 28.11.2007 geschlossenen Verwaltervertrag zwischen dem Referat für Gesundheit und Umwelt und der GWG wurde die GWG mit der Verwaltung der ehemaligen Personalwohnheime der städtischen Krankenhäuser beauftragt. Mit Beschluss vom 27.07.2011 (Nr. 08-14/V07239) wurde vom Stadtrat entschieden, dass diese zum 01.01.2013 als Sacheinlage in das Stammkapital der GWG übertragen werden.

Im Hinblick auf die bereits zum Zeitpunkt der Einführung der vom mfm geplanten Übertragung der ehemaligen Personalwohnheime der Krankenhäuser auf die GWG wurden diese Wohnungen vom mfm ausgenommen, d.h. die Objektverantwortung ist nicht auf das Kommunalreferat übergegangen, sondern ist beim RGU verblieben. Die Darstellung der haushaltsrelevanten Vorgänge erfolgt durch die Umstellung der Abbildung des Geschäftsprozesses seit 2012.

In 2013 wurde die Endrechnung verbucht. In 2014 sind daher keine Einzahlungen verbucht. Zusätzlich stiegen die Einzahlungen aus Steuererstattungen. Die steuerliche Veranlagung und Festsetzung für den Betrieb gewerblicher Art "Städt. Bestattungsdienst" erfolgt zeitlich versetzt zu den haushaltsrechtlichen Abschlüssen. Für die steuerliche Gewinnermittlung müssen zum Teil andere Ansätze zu Grunde gelegt werden als in der KommHV-Doppik, da die dem Hoheitsbereich zuordenbaren Bereiche für die steuerrechtliche Gewinnermittlung separiert werden müssen. Dadurch ist immer eine Abweichung zwischen dem haushaltsrechtlichen und steuerrechtlichen Ergebnis gegeben, welches jedes Jahr erheblich variieren kann.

Bei folgenden **Auszahlungspositionen** des Teilfinanzhaushalts liegt eine Begründungspflicht vor:

Die **Personalauszahlungen** liegen mit 47.573 Tsd. € um 3.088 Tsd. € über den Auszahlungen des Jahres 2013 (44.485 Tsd. €). Nähere Aussagen zu den Personalauszahlungen werden unter Gliederungspunkt Nr. 1.5 aufgeführt.

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** belaufen sich im Haushaltsjahr 2014 auf 15.404 Tsd. €. Dies entspricht einer Erhöhung um 2.510 Tsd. € (19,47 %) im Vergleich zum Vorjahr 2013. Die Erhöhung resultiert aus den gestiegenen Objektbewachungskosten der Friedhöfe, den gestiegenen Auszahlungen für den Eigenbetrieb [it@M](#), sowie einem erhöhten Bedarf an Verbrauchsmitteln für die Erstaufnahmeeinrichtung (Flüchtlinge) in der Heidemannstraße. Außerdem sind die Auszahlungen für die „Bestattung von Amts wegen“ gestiegen. Dabei handelt es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe, zu deren Erfüllung die Landeshauptstadt München verpflichtet ist. Aufgrund geänderter Verjährungsfristen kam es bei der Bearbeitung zu erhöhten Fallzahlen und folglich zu einem erhöhtem Auszahlungsvolumen.

Es wurden **Transferauszahlungen** in Höhe von 42.202 Tsd. € im Jahr 2014 angewiesen. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 (36.047 Tsd. €) entspricht dies einer Erhöhung von 6.155 Tsd. € (17,07 %). Die Auszahlung für die Krankenhausumlage stieg im Jahr 2014 um 4.926 Tsd. € auf 32.206 Tsd. €.

Die weitere Abweichung ist überwiegend auf eine Buchungsumstellung, die in Absprache mit der Stadtkämmerei erfolgt ist, zurückzuführen. Die Auszahlungen befanden sich in den Vorjahren bei den sonstigen Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit.

Die **sonstigen Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit** liegen im Berichtsjahr 2014 mit 10.435 Tsd. € um 7.327 Tsd. € über den Auszahlungen des Jahres 2013 (3.109 Tsd. €). In 2014 wurden erstmalig die Auszahlungen (8.618 Tsd. €) für die Betrauungsakte an die Städtische Klinikum München GmbH (Beschluss Nr. 08-14/V11414 vom 19.03.13 (VV)) verbucht. Im Gegenzug dazu reduzierten sich die Auszahlungen an die GWG (1.069 Tsd. € - 2013) für die Verwaltung der ehemaligen Personalwohnheime der Krankenhäuser. In 2014 wurden 2 Tsd. € verbucht. Es handelt sich hierbei um weitere Endrechnungen von der GWG.

Es wurden **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen** in Höhe von 60.000 Tsd. € getätigt (Ist-Ergebnis 2013: 80.000 Tsd. €). Bei der Reduzierung handelt es sich um die Eigenkapitalerhöhung der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM GmbH), die mit Beschluss vom 25.07.2012 (Nr. 08-14/V09879) vom Stadtrat entschieden wurde.

Die **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** betragen 2.418 Tsd. € im Berichtsjahr 2014. Dies entspricht einer Steigerung von 506 Tsd. € (26,46 %). Grund hierfür sind die Auszahlungen aus dem Beschluss (Nr.08-14/V03459 vom 16.12.09 (VV) i.V.m. Beschluss Nr. 08-14/V11325 vom 21.02.13 (VV)) für den Investitionskostenzuschuss an die Städtisches Klinikum München GmbH. Es handelte sich hier um Vorgänge, die noch vom Referat für Gesundheit und Umwelt abzuwickeln waren. Das Betreuungsreferat ist ab 01.06.2014 die Stadtkämmerei.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.153.900	11.153.900	11.399.554	+245.654	+2,20%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.171.100	26.696.100	30.328.236	+3.632.136	+13,61%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.488.200	10.246.600	9.274.655	-971.945	-9,49%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.167.800	1.167.800	1.139.445	-28.355	-2,43%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.100	68.100	522.030	+453.930	+666,56%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.600	1.600	586.403	+584.803	+36550,19%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	49.050.700	49.334.100	53.250.323	+3.916.223	+7,94%
9	- Personalauszahlungen	45.539.000	48.147.800	47.572.924	-574.876	-1,19%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	231	+231	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.263.900	14.835.700	15.403.913	+568.213	+3,83%
12	- Transferauszahlungen	35.728.700	36.228.700	42.201.672	+5.972.972	+16,49%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.662.700	21.970.600	10.435.322	-11.535.278	-52,50%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	106.194.300	121.182.800	115.614.062	-5.568.738	-4,60%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-57.143.600	-71.848.700	-62.363.739	+9.484.961	-13,20%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	646	+646	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	49.062	+49.062	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	35.700	35.700	35.606	-94	-0,26%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	35.700	35.700	85.314	+49.614	+138,97%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	41.904	41.904	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	576.800	1.840.300	608.361	-1.231.939	-66,94%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.506.300	1.771.000	903.563	-867.437	-48,98%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	60.000.000	60.000.000	60.000.000	0	0,00%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	43.683.000	20.732.900	2.417.771	-18.315.129	-88,34%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	105.766.100	84.344.200	63.971.599	-20.372.601	-24,15%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-105.730.400	-84.308.500	-63.886.285	+20.422.215	-24,22%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-162.874.000	-156.157.200	-126.250.024	+29.907.176	-19,15%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-162.874.000	-156.157.200	-126.250.024	+29.907.176	-19,15%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-9.796.929	-9.796.929	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	+9.590	+9.590	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-9.806.519	-9.806.519	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-162.874.000	-156.157.200	-136.056.543	+20.100.657	-12,87%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-162.874.000	-156.157.200	-136.056.543	+20.100.657	-12,87%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Bei den nachstehend erläuterten Planansätzen handelt es sich im konsumtiven Bereich um Planansätze inkl. der Anmeldungen zu den Nachträgen. Im investiven Bereich werden die Planansätze zum Stand Nachtragshaushalt ausgewiesen.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind alle Über- und Unterschreitungen von 10 Prozent und mindestens 500.000 €, sowie alle Über- und Unterschreitungen über 2 Mio. € zu erläutern.

Bei folgenden **Einzahlungspositionen** des Teilfinanzhaushalts liegt eine Begründungspflicht vor:

Den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** im Jahr 2014 in Höhe von 30.328 Tsd. € steht ein Planansatz in Höhe von 26.696 Tsd. € gegenüber. Dies entspricht einer Erhöhung um 3.632 Tsd. € (13,61 %). Grund hierfür sind hauptsächlich höhere Einzahlungen bei den Bestattungsgebühren. Die Einnahmen für die Leistungen bei Bestattungen (Bestattungsleistungen) stagnieren bzw. sinken zwar zum Teil, da trotz steigender Bestattungszahlen ein Trend zu günstigeren Bestattungen (mehr Urnenbestattungen und weniger Zusatzleistungen) erkennbar ist. Das gute Ergebnis in 2014 wird vor allem durch die stark gestiegenen Einnahmen aus Grabnutzungsrechten (Grabangelegenheiten) getragen.

Die Einzahlungen für **Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen** weisen ein Ist-Ergebnis in Höhe von 586 Tsd. € aus (Plan: 2 Tsd. €). Hier wird die Verzinsung der Gebührenausgleichsrücklage verbucht. Die Verzinsung ist nur schwer planbar und stellt grundsätzlich auch keinen zahlungswirksamen Posten dar.

Bei den folgenden **Auszahlungspositionen** des Teilfinanzhaushalts liegt eine Begründungspflicht vor:

Die **Transferauszahlungen** weisen einen Planansatz von 36.229 Tsd. € auf. Das Ist-Ergebnis 2014 beläuft sich auf 42.202 Tsd. €, somit liegt eine Abweichung von +5.973 Tsd. € vor. Die Auszahlung für die Krankenhausumlage wurde in der Haushaltsplanaufstellung hier mit 27.000 Tsd. € geplant. Es wurden in 2014 jedoch 32.206 Tsd. € ausgezahlt. Daher besteht bei dieser Position eine hohe Abweichung. Außerdem wurde die die Erhöhung der Zuschussmittel (Beschluss Nr. 14-20/V00874 vom 30.07.14 (VV)) zum Ausgleich der Tarifsteigerung erst im Rahmen des Jahresabschlusses in das Budget des Referats eingestellt und konnten somit nicht mehr im Rahmen des Nachtrags berücksichtigt werden.

Bei den **sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** waren in 2014 21.971 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis 2014 beläuft sich auf 10.435 Tsd. € und liegt damit um 11.535 Tsd. € unter dem Planwert. Zum Zeitpunkt der Nachtragsplanung wurde mit einer Auszahlung in Höhe von 19.825 Tsd. € für die Städtische Klinikum München GmbH - insbesondere für Betrauungsakte – gerechnet. Es sollten die Auftragsjahre 2013 und 2014 beglichen werden. Tatsächlich ausgezahlt wurden in 2014 nur 8.618 Tsd. €, die das Jahr 2013 umfasste. Dadurch entstand eine Abweichung in Höhe von 11.207 Tsd. €.

Die **Auszahlungen für Baumaßnahmen** betragen im Haushaltsjahr 2014 608 Tsd. €. Daraus ergibt sich eine Planabweichung in Höhe von 1.232 Tsd. € (Plan: 1.840 Tsd. €). Laut Auskunft des Baureferats konnten die Baumaßnahmen im Friedhofsbereich nicht wie geplant umgesetzt werden, wodurch es zu Verzögerungen im Bauablauf kam. Des Weiteren wurden einige Rechnungen für bereits erbrachte Leistungen nicht mehr in 2014 gestellt, so dass dies zu den Differenzen zwischen Plan 2014 und Ist 2014 führte.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen** wurden mit 1.771 Tsd. € geplant. Das Ergebnis für das Haushaltsjahr 2014 beläuft sich auf 904 Tsd. € (-48,98 %). Zahlreiche Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, sowie KFZ-Beschaffungen wurden in 2014 bestellt, die Lieferung und Rechnungsstellung erfolgt jedoch erst 2015.

Die **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** wurden im Plan mit 20.733 Tsd. € vorgetragen. Das Ist-Ergebnis 2014 weist einen Betrag in Höhe von 2.418 Tsd. € aus. Zum Zeitpunkt der Nachtragsplanung wurde mit einem Wert in Höhe von 17.563 Tsd. € für die Auszahlungen der Investitionsfördermassnahmen an die Städt. Klinikum GmbH (Beschluss Nr.08-14/V03459 vom 16.12.09 (VV) i.V.m. Beschluss Nr. 08-14/V11325 vom 21.02.13 (VV)) gerechnet. Tatsächlich ausgezahlt wurden in 2014 nur 1.193 Tsd. €. Grund dafür war, dass nur ein Teil der angeforderten Mittel ausgezahlt werden konnte, da das vorgelegte Sanierungskonzept noch konkretisiert werden muss. Daher entstand eine Abweichung in Höhe von 16.370 Tsd. €. Die weitere Bearbeitung ist aufgrund der Zuständigkeitsänderung zum 01.06.2014 an die Stadtkämmerei übergegangen. Außerdem wurden die Ansätze für das Förderprogramm Energieeinsparung nicht vollständig ausgeschöpft. Diese Mittel sind durch Anträge gebunden. Die Auszahlung erfolgt erst dann, wenn die Umsetzung der Maßnahme nachgewiesen wird.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.745.629	11.523.315	-222.314	-1,89%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.787.943	29.198.564	+410.621	+1,43%
5	+ Auflösung von Sonderposten	255.999	70.312	-185.687	-72,53%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.283.921	9.405.988	-1.877.933	-16,64%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.196.794	1.139.445	-57.349	-4,79%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.216.749	1.353.324	+136.575	+11,22%
9	+ Aktivierete Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	54.487.035	52.690.948	-1.796.087	-3,30%
11	- Personalaufwendungen	44.528.073	47.610.893	+3.082.820	+6,92%
12	- Versorgungsaufwendungen	5.527.156	5.737.094	+209.938	+3,80%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.475.254	15.639.416	+1.164.162	+8,04%
14	- Planmäßige Abschreibungen	4.942.028	4.453.085	-488.943	-9,89%
15	- Transferaufwendungen	43.891.139	45.992.595	+2.101.456	+4,79%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.069.489	390.065.587	+377.996.098	+3131,83%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	125.433.139	509.498.670	+384.065.531	+306,19%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S 2)	-70.946.104	-456.807.722	-385.861.618	+543,88%
17	+ Finanzerträge	1.165	17.324	+16.159	+1387,04%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	103	1.842	+1.739	+1688,35%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	1.062	15.482	+14.420	+1357,82%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-70.945.042	-456.792.240	-385.847.198	+543,87%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	2.814	0	-2.814	-100,00%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	-2.814	0	+2.814	-100,00%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-70.947.856	-456.792.240	-385.844.384	+543,84%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	14.183	140.660	+126.477	+891,75%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.346.330	30.873.596	+527.266	+1,74%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-101.280.003	-487.525.176	-386.245.173	+381,36%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die wesentlichen Abweichungen der Ist-Ergebnisse zwischen den Haushaltsjahren 2013 und 2014, wie sie bereits im Teilfinanzhaushalt dargestellt wurden, schlagen sich auch in den Ist-Ergebnissen des Teilergebnishaushalts nieder. Insofern wird auf die Ausführungen unter Nummer 1.2.1.2 verwiesen.

Bei folgendem **Ertrag** des Teilergebnishaushalts liegt eine Berichtspflicht vor:

Die Abweichung bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** in Höhe von 1.878 Tsd. € beruht auf dem im Teilfinanzhaushalt dargestellten Sachverhalt für die Erlöse aus den Mieteinnahmen GWG.

Bei folgenden **Aufwendungen** des Teilergebnishaushalts liegt eine Berichtspflicht vor:

Die **Personalaufwendungen** belaufen sich im Haushaltsjahr 2014 auf 47.611 Tsd. €. Dadurch ergibt sich eine Erhöhung um 3.083 Tsd. € (6,92 %) gegenüber dem Vorjahr. Nähere Aussagen zu den Personalauszahlungen werden unter Gliederungspunkt Nr. 1.5 aufgeführt.

Die **Transferaufwendungen** weisen einen Betrag in Höhe von 45.993 Tsd. € aus. Dies entspricht einer Abweichung von 2.101 Tsd. € gegenüber dem Vergleichsjahr (Ist-Ergebnis 2013: 43.891 Tsd. €). Die Gründe hierfür sind eine Aufwandsreduzierung der Krankenhausumlage von 35.082 Tsd. € (2013) auf 25.530 Tsd. € (2014). Aufgrund der zentralen Finanzierung für die Betrauungsakte an die Städtische Klinikum München GmbH für das strategische Versorgungsmanagement stieg außerdem der Aufwand um 11.000 Tsd. €. Des Weiteren schlägt sich die zentrale Finanzierung des Ausgleichs für die Tarifsteigerung im Zuschusswesen (Beschluss Nr. 14-20/V00874 vom 30.07.14 (VV)) auch hier nieder.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** liegt eine Abweichung in Höhe von 377.996 Tsd. € vor. Grund hierfür ist die erforderliche Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses für die Städt. Klinikum München GmbH (382.000 Tsd. €), die aufgrund der Entscheidung der Stadtkämmerei noch beim Referat für Gesundheit und Umwelt eingebucht wurde.

In der Vollversammlung am 08.07.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00463) beschloss der Stadtrat die Erhöhung des Eigenkapitals und Einstellung in die Kapitalrücklagen der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM) bis zu einem Gesamtbetrag von 382 Mio. €. Dazu wurde mit Datum vom 03.09.2014 eine Finanzierungsvereinbarung mit der StKM geschlossen. Die Einzahlungen in die freie Kapitalrücklage steht im Zusammenhang mit dem Sanierungsbestreben des Unternehmens, daher wurde nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht hierfür nach § 74 Abs. 1 Nr. 4 Komm-HV-Doppik eine ertragswirksame Rückstellung in gleicher Höhe gebildet. Von der Bildung einer Verbindlichkeit wurde abgesehen, da zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch kein Umsetzungs- und Zahlungsplan entsprechend der Finanzierungsvereinbarung von der StKM vorlag. Das zuständige Betreuungsreferat ist seit 01.06.2014 die Stadtkämmerei. Die Rückstellung wurde im Haushaltsjahr 2015 in den Haushalt der Stadtkämmerei umgebucht.

Außerdem führt eine Änderung des Sachkontos der Aufwendungen der Betrauungsakte (Veränderung vom Vorjahr – 4.287 Tsd. €) zu einer Reduzierung der Aufwendungen bei dieser Position. Diese werden nun, in Absprache mit der Stadtkämmerei, als Transferleistungen verbucht.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.153.900	11.153.900	11.523.315	+369.415	+3,31%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.126.100	28.651.100	29.198.564	+547.464	+1,91%
5	+ Auflösung von Sonderposten	56.900	56.900	70.312	+13.412	+23,57%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.488.200	10.246.600	9.405.988	-840.612	-8,20%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.167.800	1.167.800	1.139.445	-28.355	-2,43%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	90.400	329.700	1.353.324	+1.023.624	+310,47%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	51.083.300	51.606.000	52.690.948	+1.084.948	+2,10%
11	- Personalaufwendungen	45.782.500	48.391.400	47.610.893	-780.507	-1,61%
12	- Versorgungsaufwendungen	6.791.900	4.958.200	5.737.094	+778.894	+15,71%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.466.700	14.936.000	15.639.416	+703.416	+4,71%
14	- Planmäßige Abschreibungen	4.598.700	4.598.700	4.453.085	-145.615	-3,17%
15	- Transferaufwendungen	35.728.800	36.229.200	45.992.595	+9.763.395	+26,95%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.247.900	15.156.800	390.065.587	+374.908.787	+2473,54%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	117.616.500	124.270.300	509.498.670	+385.228.370	+309,99%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-66.533.200	-72.664.300	-456.807.722	-384.143.422	+528,65%
17	+ Finanzerträge	1.600	1.600	17.324	+15.724	+982,75%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	1.842	+1.842	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	1.600	1.600	15.482	+13.882	+867,63%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-66.531.600	-72.662.700	-456.792.240	-384.129.540	+528,65%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-66.531.600	-72.662.700	-456.792.240	-384.129.540	+528,65%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	12.500	12.500	140.660	+128.160	+1025,28%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.466.000	28.483.100	30.873.596	+2.390.496	+8,39%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-94.985.100	-101.133.300	-487.525.176	-386.391.876	+382,06%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die wesentlichen Abweichungen der Ist-Ergebnisse von den ursprünglichen Planansätzen, wie sie bereits im Teilfinanzhaushalt dargestellt wurden, schlagen sich auch in den Ist-Ergebnissen des Teilergebnishaushalts nieder. Insofern wird auf die Ausführungen unter Nummer 1.2.2.2 verwiesen.

Bei folgender **Ertragsart** des Teilergebnishaushalts liegt eine Berichtspflicht vor:

Die Abweichung bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** in Höhe von 1.024 Tsd. € beruht auf Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und auf Steuererstattungen aus Vorjahren. Die steuerliche Veranlagung und Festsetzung für den Betrieb gewerblicher Art "Bestattung" und „Krematorium“ erfolgt zeitlich versetzt zu den haushaltsrechtlichen Abschlüssen. Für die steuerliche Gewinnermittlung müssen zum Teil andere Ansätze zu Grunde gelegt werden als in der KommHV- Doppik, da die dem Hoheitsbereich zuordenbaren Bereiche für die steuerrechtliche Gewinnermittlung separiert werden müssen. Dadurch ist immer eine Abweichung zwischen dem haushaltsrechtlichen und steuerrechtlichen Ergebnis gegeben, welches jedes Jahr erheblich variieren kann. Eine Planung ist nicht möglich.

Bei folgenden **Aufwendungen** des Teilergebnishaushalts liegt eine Berichtspflicht vor:

Die **Versorgungsaufwendungen** belaufen sich im Haushaltsjahr 2014 auf 5.737 Tsd. €. Dies bedeutet eine Abweichung um 779 Tsd. € (15,71 %) im Vergleich zum Planwert. Grund hierfür ist eine Bildung von höheren Rückstellungen im Personalbereich (siehe Gliederungspunkt Nr. 1.5).

Die **Transferaufwendungen** weisen im Berichtsjahr einen Wert in Höhe von 45.993 Tsd. € aus. Dies entspricht einer Steigerung von 9.763 Tsd. € gegenüber dem Planansatz (36.229 Tsd. €). Die Abweichung beruht auf der Änderung des Sachkontos für die Betrauungsakte. Der Planansatz befand sich im Haushaltsjahr bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** liegen mit einem Ist-Ergebnis von 390.066 Tsd. € um 374.909 Tsd. € deutlich über dem geplanten Ansatz von 15.157 Tsd. €. Einerseits schlagen sich hier die unter Gliederungspunkt Nr. 1.3.1.2 aufgeführten Sachverhalte der Rückstellung für die Stadt. Klinikum GmbH und die Verschiebung der Betrauungsakte zu den Transferauszahlungen nieder. Andererseits wurde in 2014 ein periodenfremder Aufwand für die Korrektur des Anlagevermögens (2.313 Tsd. €) verbucht. Es handelt sich hier um eine investive Auszahlung aus dem Jahr 2011 (gem. Beschluss Nr.08-14/V03459 vom 16.12.09 (VV) i.V.m. Beschluss Nr. 08-14/V11325 vom 21.02.13 (VV)) für eine Anlage im Bau, die in Absprache mit der Stadtkämmerei auch teilweise konsumtiv zu verbuchen war. Die Korrektur konnte erst nach abschließender Klärung des Sachverhalts in 2014 umgebucht werden.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	5.565	547	5.018
Personalauszahlungen	2.337	0	2.337
unverbrauchte Schenkungsmitel	238	5	233
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	1.331	28	1.303
Gesamt	9.471	580	8.891

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Pro Referat gab es folgende Restefonds:

- Mittel aus nicht verbrauchten Personalmitteln
- Mittel für Sachauszahlungen zur allgemeinen Verwendung
- Mittel aus zweckgebundenen Finanzpositionen (FiPo's)
- Mittel aus unverbrauchten Schenkungsmitteln

Der Betrag der Restmittel beläuft sich zum 31.12.2014 auf insgesamt 8.891 Tsd. €. Die Entnahmen in 2014 belaufen sich auf 297 Tsd. €, weitere 249 Tsd. € wurden an die Stadtkämmerei zurückgegeben.

Die Rückgaben ergaben sich aufgrund von Beschlussmitteln aus Vorjahren, die für den entspre-

chenden Zweck laut Fachbereich nicht mehr benötigt werden.

Die weiteren Entnahmen aus dem allgemeinen Restefonds wurden für Maßnahmen im Rahmen die Ausrichtung des Netzwerk 21 Kongresses (70 Tsd. € - gem. Beschluss Nr. 08-14/V13173), das Projektcontrolling Harlaching (72 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V05809), Taubenhäuser (9 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V13973), Erweiterung der Finanzierung der Verhütungsmittel für sozial schwache Frauen und Männer (33 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V13751), Auszahlungen für Dolmetscherleistungen (24 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V07514), Beratungsleistungen Medizincontrolling (33 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V14078), Gesundheitsvorsorge von Menschen mit afrikanischer Herkunft (3 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V13360), Erhalt und Entwicklung klimawirksamer Freiflächen und Siedlungsstrukturen (37 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V04165) und die Förderung von Fairen Beschaffungen (17 Tsd. € - Beschluss Nr. 08-14/V06533) verwendet.

Die Schenkungsmittel wurden sachgerecht für Auszahlungen im Rahmen des SZ-Adventskalenders (5 Tsd. €) verwendet.

Die Mittel aus dem Restefonds für zweckgebundene Finanzpositionen (28 Tsd. €) wurden ordnungsgemäß für das Kariesprophylaxeprogramm verwendet.

1.4.2 Haushaltsausgabestelle

Im Bereich der Bauunterhaltsmittel wurden keine Haushaltsausgabestelle auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: keine Haushaltsreste) übertragen.

1.4.3 Investive Reste

Im Referat für Gesundheit und Umwelt wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 5.481 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2014 (Vorjahr: 7.106 Tsd. €) übertragen. Davon sind 1.814 Tsd. € für die Auszahlungen für Baumaßnahmen, 2.445 Tsd. € für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen und 1.222 Tsd. € für Investitionsfördermaßnahmen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	913	799	+6,92%	472	496	968	457	398	855
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	0	0	-0%	0	0	0	0	0	0
Beschäftigte Gesamt	913	799	+6,92%	472	496	968	457	398	855

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatebene ergibt sich beim **Referat für Gesundheit und Umwelt** 2014 eine Unterschreitung von **0,96 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	26.799	+7,82%	28.633	28.894	+0,91%
Deckungsbereich Städt. Best.	3.586	+6,19%	3.491	3.808	+9,08%
Friedhofsverwaltung	13.317	+3,06%	14.752	13.724	-6,97%
		-%			-%
		-%			-%
		-%			-%
Summe Referat	43.702	+6,23%	46.876	46.426	-0,96%

Die Auszahlungen der Deckungsbereiche überschreiten den Planansatz um insgesamt 1,80 %. Die Überschreitung liegt oberhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen. Aufgrund von Finanzierungsbeschlüssen wurden noch Mittel in Höhe von 538 Tsd. € auf dem Büroweg bereitgestellt, so dass sich die Überschreitung abschließend auf 0,12 % (276 Tsd. €) reduziert.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restefonds.

Bei der referatsspezifischen Besonderheit **Friedhofsverwaltung** handelt es sich um eine kostenrechnende Einrichtung mit Gebührenausgleichsrücklage. Budgetüber- oder -unterschreitungen werden daher über die Gebührenausgleichsrücklage ausgeglichen.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-16	-105	+556,25%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	3.496	4.232	+21,05%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	3.480	4.127	+18,59%
Beihilferückstellung Auflösung	-2	-18	+800,00%
Beihilferückstellung Zuführung	672	800	+19,05%
Belastung Beihilferückstellung	670	782	+16,72%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-124	-86	-30,65%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	1.359	705	-48,12%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	1.235	619	-49,88%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-629	-1	-99,84%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	411	174	-57,66%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-218	173	-179,36%
Gesamt	5.167	5.701	+10,33%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Gesundheitsbereich:

Neue Herausforderungen ergeben sich durch die steigende Zuwanderung, insbesondere von Flüchtlingen mit Kindern, aber auch von Menschen aus der Europäischen Union in prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen, die mit besonderen gesundheitlichen Belastungen leben und für die ein Zugang zur notwendigen gesundheitlichen Versorgung geschaffen werden muss. Extra genannt werden müssen hier schwangere Frauen. Sie sind von der nicht ausreichenden Versorgung Münchens mit Hebammen besonders betroffen. Entscheidend ist der Ausbau der Frühen Hilfen für Schwangere und der Gesundheitsberatung für besonders benachteiligte Gruppen (z.B. Flüchtlinge in Unterkünften). Neben der verstärkten Vernetzung im Gesundheitsbereich und mit der Jugendhilfe im Kinderschutz, soll dem Rechnung getragen werden. Ein neues Sachgebiet „Gesundheitsvorsorge für Menschen in Unterkünften“ ist im Aufbau, in dem ein multidisziplinäres Team aus Familienhebammen, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen sowie Kinderkrankenpflegerinnen arbeiten werden.

Zusätzlich wird eine Verstärkung der Impfanstrengungen für diese Bevölkerungsgruppe erforderlich sein, da insbesondere die heranwachsenden und erwachsenen Flüchtlinge, aber auch deren Kinder häufig eklatante Impflücken aufweisen. Hier ist die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte angezeigt.

Die neue Überwachungsaufgabe für die medizinische Versorgung der Asylbewerberinnen und -bewerber (Schreiben vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege am 10.12.2014) bietet wichtige Chancen für Verbesserungen, muss aber noch definiert und entsprechend ausgestaltet werden.

Das Missverhältnis zwischen personellen Ressourcen und Aufgabenmehrung (durch soziodemographische Entwicklung, Zuwanderung, Ausbau der Kindertagesstätten u.v. m.) wird immer größer. Damit verbunden ist das Risiko, dass der erreichte Stand der kommunalen Gesundheitsvorsorge nicht länger gehalten werden kann. Die Risiken betreffen den präventiven Kinderschutz, die Chancen für ein gesundes Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen und die gesundheitliche Chancengleichheit in München.

Mit besonderen Risiken und Gefährdungen wachsen Kinder suchtkranker oder psychisch kranker Eltern auf. Neben dem Hilfenetzwerk für Kinder mit drogenabhängigen bzw. alkoholabhängigen Eltern wurde zwischen 2011 und 2013 ein Hilfenetzwerk für Kinder psychisch kranker Eltern konzipiert. Alle drei Hilfenetzwerke können aber die an sie gesetzten Erwartungen nur erfüllen, wenn auch Ressourcen für die Steuerung und Weiterentwicklung der Netzwerke eingesetzt werden.

Sowohl die ambulante als auch die stationäre Pflege steht vor großen Herausforderungen (u. a. Personalgewinnung, Weiterentwicklung der Ausbildung, berufspolitische Fragestellungen, EU-rechtl. Entwicklungen), die ihren Niederschlag in der Kommune finden. Aktuell äußert sich der Pflegekräftemangel darin, dass sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich nicht ausreichend Fachkräfte gewonnen werden. In den Kliniken sind z.T. Betten nicht belegbar, weil Fachkräfte fehlen. Es wird davon ausgegangen, dass sich in Zukunft der Trend weiter verschärfen wird.

Weitere Risiken ergeben sich aus den Auswirkungen von Fehlsteuerungen in der gesundheitlichen Versorgung, die auch in München, trotz allgemeiner „Übersorgung“ zu Versorgungsproblemen für spezielle Bevölkerungsgruppen bzw. Patientengruppen und in einigen Stadtteilen (z.B. in den neuen Siedlungsgebieten am Stadtrand) führen. Die Anforderungen an Planung, Koordination und Steuerung durch die Kommune werden auch im Bereich der gesundheitlichen Versorgung steigen. Das Versorgungsstärkungsgesetz bringt evtl. Chancen für die Entwicklung neuer Versorgungsformen, auch in München.

Das Präventionsgesetz, das in 2015 verabschiedet werden soll, bietet nur dann eine Chance für Verbesserungen, wenn es besser als bisher gelingt, die kommunalen Belange auf der Landesebe-

ne zur Geltung zu bringen.

Auch für das Jahr 2015 werden hohe Asylbewerberzahlen erwartet. Dabei ist zu hoffen, dass die hierfür notwendigen Stellen zügig besetzt werden können.

Das Augenmerk muss jedoch auch auf die anderen Gutachtensarten gelegt werden. Dabei ist der Austausch mit den wichtigsten Auftraggebern/innen ein essenzieller Bestandteil der Qualitätspolitik der Abteilung.

Die im Vorjahr implementierte Software für die Online - Anmeldung zur Belehrung nach § 43 IfSG, die von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wird, soll in 2015 mittels einer Befragung evaluiert werden.

Risiken von besonderer Bedeutung werden sich auch im Jahr 2015 im Spannungsfeld von zur Verfügung stehenden Ressourcen und der Quantität sowie Dringlichkeit zu erledigender Dienstaufgaben bewegen. Aufgabenbereiche (z.B. Überwachung des BtM-Verkehrs, Konzessionierung von Privatkliniken, umweltmedizinische Bewertung von Altlastenflächen, etc.), in denen die Abteilung Hygiene- und Umweltmedizin in Sachverständigenfunktion für andere RGU-interne Organisationseinheiten tätig wird, werden weiterhin einer prioritären Bearbeitung unterzogen werden müssen.

Bearbeitungsrückstände in anderen Aufgabenbereichen (z.B. infektionshygienische Überwachung von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen), die sich anlässlich ministeriell vorgegebener Schwerpunktüberwachungsprojekte ergeben haben, sind neben laufenden Überwachungsprojekten kontinuierlich abzuarbeiten. Konkrete Planungen von Aufgabenaufkommen und -erledigung sind - mit Ausnahme der als prioritär „gesetzten“ Aufgabenbereiche - für andere Produkteilleistungen (z.B. infektionshygienische Überwachung medizinischer Einrichtungen) nicht möglich. Die Abteilung Hygiene- und Umweltmedizin ist in vielen Fällen aufgrund seiner Aufgabenstellung zu einem unverzüglichen reaktiven Tätigwerden verpflichtet.

Eine, wenn auch in geringem Umfang zeitliche Ressourcen freigebende Entlastung wird von der Einführung und Anwendbarkeit dringend benötigter Datenbanken, einer Sprach-Software sowie weiterer EDV-technischer Unterstützungsleistungen (z.B. Einsatz von Laptops in Außendiensten) erwartet.

Die Personalsituation im ärztlichen Bereich ist durch die noch fehlenden Nachbesetzungen bei gleichzeitigen Aufgabenzuwächsen weiterhin schwierig. Bis zum Jahresende wurden die Aufgaben durch abteilungsinterne Personalumschaltungen und Priorisierungen erledigt, es mussten aber Qualitätseinbußen (ohne Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz) und eine erhebliche Arbeitsverdichtung beim verbliebenen Personal hingenommen werden.

Es ist abzusehen, dass die saisonale Spitze an Infektionskrankheiten im 1. Quartal 2015 zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen wird.

Ganz entscheidend wird die konsequente Aufgabenerfüllung in der auch von den Oberbehörden gewünschten Qualität davon abhängen, dass die vakanten Stellen kurzfristig nach besetzt werden können.

Umweltbereich:

Der hier geforderte Ausblick auf die künftige Entwicklung wird aus unserer Sicht insbesondere durch die Risiken von verfügbaren Haushaltsmitteln bestimmt, insbesondere im Hinblick auf ausreichende Personalressourcen zur Aufgabenerfüllung.

Konkret hat sich die Umsetzung der EU-Industrieemissions-Richtlinie in deutsches Recht (BImSchG) in 2014 auf die Vollzugsarbeit ausgewirkt. Hier ist insbesondere für die Überwachung von immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen ein höherer Überwachungsaufwand notwendig.

Darüber hinaus führte das neue, am 01.01.2013 in Kraft tretende Schornsteinfeger-Handwerksgesetz zu einem deutlich erhöhten Personalaufwand für das RGU als Untere Aufsichtsbehörde für das Kaminkehrerwesen. Darüber hinaus erfordert das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz einen höheren Personalaufwand, insbesondere im Bereich der

Überwachung von gewerblichen Sammlungen.

Auch im Bereich des Bodenschutzes ist aktuell eine Novelle der BBodSchV in Diskussion, hier ist ebenfalls ein Mehraufwand absehbar.

Der Stadtrat hat im Juli 2013 dem RGU in Hinblick auf den gesamten Aufgabenzuwachs die notwendige Personalmehrung genehmigt. Die Stellen konnten in 2014 besetzt werden.

Der Stadtrat hat in 2014 den für die Wahrnehmung der zusätzlichen Aufgaben im Rahmen von „Wohnen in München V“ und der „Langfristigen Siedlungsentwicklung“ notwendigen Personalbedarf genehmigt. Die Stellen sind zum Teil schon besetzt bzw. befinden sich noch zum Teil in Stellenbesetzungsverfahren.

Steuerungsunterstützung:

Für die Beteiligungsgesellschaft Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke GmbH besteht im Bereich der Akutklinik und der Tagesklinik ein Risiko hinsichtlich der weiteren Behandlung von Besonderen Einrichtungen (§ 17 b Absatz 1 Satz 15

Krankenhausfinanzierungsgesetzes) und der damit verbundenen Entgeltsituation. Das Behandlungszentrum wurde auch für das Jahr 2014 als Besondere Einrichtung anerkannt, da jedoch die Anerkennung nur für das jeweils folgende Jahr erfolgt, wird eine langfristige Planung erschwert.

Chancen bestehen in einer Erweiterung der Bettenkapazität des Behandlungszentrums. Eine Genehmigung für eine Erhöhung um 20 Betten und 3 tagesklinische Plätze wurden durch das zuständige Ministerium bereits erteilt. Für eine damit notwendige bauliche Erweiterung der Klinik wird derzeit ein Raum- und Funktionsprogramm für den Antrag auf Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm (frühestens 2016) durchgeführt (vgl. auch detaillierte Ausführungen im Bericht zur Beteiligungssteuerung für das Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke GmbH Juli 2014, Beschluss Nr. 14-20/V00957 vom 30.07.2014 (VV)).

Im Sachgebiet Kreisverwaltungsangelegenheiten, war das Sachgebiet hinsichtlich des Aufgabenzuschnitts bzw. Änderungen der Personalausstattung tiefgreifenden Änderungen unterworfen. Die seinerzeitige Stellenbemessung der vor einigen Jahren neu zu konzipierenden Bereiche „Trinkwasserverordnung“ und „Betäubungsmittelrecht“ beruhte mangels verwertbarer Erfahrungen aus der Vergangenheit ausschließlich auf Schätzungen und nicht belastungsfähigen Prognosen. Die sich aus diesen Umbrüchen ergebenden organisatorischen Prozesse sind derzeit noch nicht abgeschlossen und bedürfen bereits absehbar noch weiterer Optimierung hinsichtlich der Personalbemessung. Anderenfalls besteht das Risiko, die zugewiesenen Aufgaben zum Teil nur eingeschränkt erfüllen zu können.

Städtische Friedhöfe München, Städt. Bestattung, Krematorium:

Das Friedhofs- und Bestattungswesen ist auch in München einem Strukturwandel unterworfen. Die Städtischen Friedhöfe München stehen vor erheblichen Herausforderungen. Es gilt, Anreize zu schaffen, dass Grabbesitzerinnen und -besitzer ihre Grabnutzungsrechte nach Ablauf der vorgeschriebenen Ruhefrist verlängern. Ferner sollen neue attraktive und bedarfsgerechte Bestattungsangebote geschaffen werden (Urnengemeinschaftsanlagen, weitere Baumbestattungsflächen etc.). Flankierend dazu muss der Kundenservice in allen relevanten Bereichen (z.B. Grabpflege, Friedhofseinrichtungen, Unterhalt, Grünpflege und Barrierefreiheit) kontinuierlich verbessert werden. Einhergehend mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit besteht damit die Chance, der Bevölkerung wieder den Wert der städtischen Friedhöfe ins Bewusstsein zu rufen. Ziel dieser Anstrengungen muss es sein, dass es in der Stadtgesellschaft wieder angesehen und selbstverständlich ist, ein Grab für sich, die Familie, die Partnerin bzw. den Partner und die Angehörigen zu besitzen.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Gesundheitsbereich:

- Besetzung der offenen Stellen auf allen Führungsebenen
- Besetzung der offenen Stellen für Ärztinnen / Ärzte, Pflegekräfte, Hebammen, Sozialpädagoginnen / Sozialpädagogen / Verwaltungskräfte.
- Aufbau des neuen Sachgebiets Gesundheitsvorsorge in Unterkünften“ (GVO14)
- Fachgespräch zu den Hilfenetzwerken für Kinder psychisch kranker und suchtkranker Eltern als Grundlage für erneute Stadtratsbefassung.
- Stadtratsbefassung mit gegebenen Mehrbedarfen
- Stadtratsbefassung zur Weiterentwicklung der kommunalen Gesundheitsvorsorge

Insbesondere im Bereich der Hygiene und Umweltmedizin:

Positive Auswirkungen bringt die Besetzung der letzten vakanten Arztstelle im Sachgebiet Infektionshygiene und Medizinalwesen zum 02.01.2015.

Positive Auswirkungen dürfte auch der Abschluss der Weiterbildung von zwei Mitarbeiterinnen zur Hygienefachkraft im Juni diesen Jahres (2015) zeigen.

Bei Genehmigung eines noch in den Stadtrat einzubringenden Antrags auf Zuschaltung einer VZÄ-Verwaltungskraft für das Sachgebiet Infektionshygiene und Medizinalwesen werden die zur Bearbeitung anstehenden Verwaltungsaufgaben im Bereich der TrinkwV abgebaut.

Insbesondere im Bereich Infektionsschutz:

Seit Anfang Februar wird eine starke saisonale Influenzawelle beobachtet, wie sie in den letzten Jahren an Intensität nicht vorkam, wenn man von der pandemischen Influenza 2009 (Schweinegrippe) absieht. Um den Infektionsschutz der Bevölkerung nicht zu gefährden, mussten Surveillance-Aufgaben (Erfassung und Weiterleitung der Meldungen ans das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und das Robert-Koch-Institut) vorübergehend ausgesetzt werden, um das Personal für die Ermittlungen und das Ergreifen von Maßnahmen im sonstigen Infektionsgeschehen einsetzen zu können. Zusätzlich zu den Anstrengungen einer personellen Stabilisierung in der Abteilung soll durch eine Organisationsentwicklung im Jahresverlauf eine den Anforderungen gerecht werdende Organisationsstruktur, die sich an den Prozessen orientiert, geschaffen werden.

Insbesondere im Bereich ärztliche Gutachten:

Die weiter steigenden Asylbewerberzahlen erfordern eine Ausweitung des Untersuchungskontingentes auf 200 Untersuchungen pro Tag. Hierzu wurden bereits zusätzliche Räume in Containerbauweise in der Heidemannstraße 60 bereitgestellt und ein zweites Röntgengerät in Betrieb genommen. Das notwendige Personal muss nach Genehmigung durch den Stadtrat mittels eines zügigen Besetzungsverfahrens zur Verfügung gestellt werden.

Die in 2014 angefallenen Aufwendungen für das Erstscreening (245 Tsd. €) (Beschluss Nr. 14-20/V01859 vom 13.11.2014 (VV)) werden in 2015 durch die Regierung von Oberbayern übernommen. Die in 2015 anfallenden Aufwendungen werden sofort über das Sozialreferat der Regierung in Rechnung gestellt.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5301010	„Beteiligungsmanagement Kliniken“	Leistungsmenge	(L) Summe Betreuungsstunden	4.315	3.064	-1.251	-29,0%	2.1.2.1.1
		Finanzen	Erlöse	242	0	-242	-100,0%	2.1.2.1.2
			Kosten Beteiligungsmanagement	25.153	27.909	+2.756	+11,0%	2.1.2.1.3
5310010	„Gesundheits- und Infektionsschutz“	Qualitäten	(Q) Anteil der HIV-Diagnosen der Beratungsstelle an den Münchner Gesamtdiagnosen_PL1	25%	11%	-14,00%	-56,0%	2.1.2.2.1
			(Q) Anteil der bearbeiteten TBC-Fälle mit sozialen Problemen an den TBC-Neuerkrankungen M_PL2	45%	90%	45,00%	+100,0%	2.1.2.2.2
		Wirkungen	(W) Überwachungs-dichte medizinischer / pflegerischer Einrichtungen – schwerpunkt bezogen_PL4	0%	60%	60,00%		2.1.2.2.3

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
		Leistungsmenge	(L) Meldezahl (Basisdaten aller in Octoware erfassten Meldungen)_ PL1	10.000	7.857	-2.143	-21,4%	2.1.2.2.4
			(L) Infektionsausbrüche (Zahl der Häufungen)_ PL1	200	125	-75	-37,5%	2.1.2.2.5
			(L) Umgebungsuntersuchungen von Kontaktpersonen_ PL 2	4.500	3.132	-1.368	-30,4%	2.1.2.2.6
			(L) Überprüfung stationärer medizinischer Einrichtungen_ PL4	25	8	-17	-68,0%	2.1.2.2.3
			(L) Überprüfung ambulanter medizinischer Einrichtungen_ PL4	30	35	+5	+16,7%	2.1.2.2.3
			(L) Überprüfung stationärer Einrichtungen der Pflege_ PL4	25	7	-18	-72,0%	2.1.2.2.3
			(L) Überprüfung ambulanter Einrichtungen der Pflege_ PL4	15	9	-6	-40,0%	2.1.2.2.3
			(L) Überprüfung von Gemeinschaftsunterkünften_ PL4	70	100	+30	+42,9%	2.1.2.2.6

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5320010	„Gesundheits- förderung“	Finanzen	Summe Erlöse	3.467	2.585	-882	-25,4%	2.1.2.3.1
		Qualitäten	(Q) Kinder und Jugendliche mit Kontakt- aufnahme Jugendamt (Kinder- schutzfälle)_ PL2	0	12	+12		2.1.2.3.2
			(Q) Arztstellen je 10.000 Schülerinnen / Schüler_PL2	1,00	0,80	-0	-20,0%	2.1.2.3.3
			(Q) Erfassungs- quote der Impfbücher in 6. Klassen_PL4	63%	76%	13,00%	+20,6%	2.1.2.3.4
			(Q) Anteil Kinder- und Jugend- psychia- trischer Gutachten nach persönlicher Unter- suchung_PL 5	0	80%	80,00%		2.1.2.3.5
			(Q) Anteil der mit Beratung und Diagnostik erreichten Kinder und Jugendlichen nach persönlicher Vorstellung_ PL5	60%	15%	-45,00%	-75,0%	2.1.2.3.6
		Wirkungen	(W) Anteil Kontakte mit Schülerinnen / Schülern an Förder- und Mittelschulen _PL2	78%	55%	-23,00%	-29,5%	2.1.2.3.7

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
			(W) Anteil schulgesundheitslich erreichte Schülerinnen und Schüler an Mittelschulen PL2	0	57%	57,00%		2.1.2.3.8
			(W) Erreichte Multiplikatoren / Multiplikatoren PL6	1.200	976	-224	-18,7%	2.1.2.3.9
			(W) In Schwangerschaftsberatungsstelle erreichte Personen_P L7	1.100	943	-157	-14,3%	2.1.2.3.10
		Zielgruppen	(W) In Schwangerschaftsberatungsstelle erreichte Personen_P L7	0	13.493			2.1.2.3.11
			(ZG) Migrationsbevölkerung in München gesamt PL6	489.663	610.546	+120.883	+24,7%	2.1.2.3.12
			(ZG) Frauen / Mädchen von 15 - 45 J. in München_PL 7	310.536	391.286	+80.750	+26,0%	2.1.2.3.13
		Leistungsmenge	(L) Beratungs- und Untersuchungskontakte von Schülärztinnen und Kinder- / Krankenschwestern_PL2	0	15.648	15.648		2.1.2.3.14

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
			(L) Vorstellung zur schulärztlichen Sprechstunde_PL2	3.500	2.495	-1.005	-28,7%	2.1.2.3.15
			(L) Prüfung individueller Impfstatus_PL4	6.300	7.971	+1.671	+26,5%	2.1.2.3.16
			(L) Kinder- / Jugendpsychiatrische Gutachten_PL5	0	61			2.1.2.3.17
			(L) mit Beratung und Diagnostik erreichte Kinder und Jugendliche_PL5	340	228	-112	-32,9%	2.1.2.3.18
5340010	„Ärztliche Gutachten, Heilpraktikererlaubnisse, Belehrungen nach § 43 IfSG “	Finanzen	Summe Erlöse	2.913	3.511	+598	+20,5%	2.1.2.4.1
			Summe Kosten	6.027	6.360	+333	+5,5%	2.1.2.4.1
		Zielgruppen	(ZG) Jobcenter München_PL5	5%	2%	-3,00%	-60,0%	2.1.2.4.2
			(ZG) Beteiligungen der Stadt_PL1,2,3,5,6	8%	3%	-5,00%	-62,5%	2.1.2.4.2
		Leistungsmenge	(L) Beamtenrechtliche Gutachten_PL1	2.464	3.101	+637	+25,9%	2.1.2.4.3

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
			(L) Personal- ärztliche Gutachten_P L2	1.815	2.370	+555	+30,6%	2.1.2.4.3
			(L) Gutachten nach dem Ausländer- recht_PL3	5.424	15.632	+10.208	+188,2%	2.1.2.4.3
			(L) Gutachten nach ver- schiedenen gesetzlichen Grundlagen_ PL6	470	541	+71	+15,1%	2.1.2.4.3
			(L) Gesamtzahl der erstellten Gutachten_P L1-6	11.865	23.380	+11.515	+97,1%	2.1.2.4.3
			(L) Belehrte nach § 43 Infektions- schutz- gesetz_PL7	15.280	12.363	-2.917	-19,1%	2.1.2.4.3
			(L) Erteilte Heilpraktiker- erlaubnis	200	137	-63	-31,5%	2.1.2.4.3
5350100	„Umweltvorsorge“	Leistungsmenge	(L) Veran- staltungen (BauZ)_PL4	230	275	+45	+19,6%	2.1.2.5.1
			(L) Grad der Vermietung (BauZ)_PL4	60,0%	69,0%	9,0%	+15,0%	2.1.2.5.2
			(L) Vermietung der Veran- staltungs- räume für Fremd- nutzung (BauZ)_PL4	250	342	+92	+36,8%	2.1.2.5.3
5350200	„Umweltschutz“	Finanzen	Summe Erlöse	907	1.419	+512	+56,5%	2.1.2.6.1
			Summe Kosten	7.910	8.725	+815	+10,3%	2.1.2.6.1
		Wirkungen	(W) Über- wachungs- dichte_PL1	15%	20%	5,00%	+33,3%	2.1.2.6.2

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
			(W) Anzahl der aus dem Altlastenverdacht entlassenen Flächen_PL2	90	60	-30	-33,3%	2.1.2.6.14
		Leistungsmenge	(L) Zahl der Anträge auf Genehmigung/Anzeigeverfahren_PL1	18	28	+10	+55,6%	2.1.2.6.4
			(L) Überwachungen von genehmigungsbedürftigen Anlagen_PL1	17	23	+6	+35,3%	2.1.2.6.5
			(L) Überwachungen nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen mit gesetzlichen Überwachungspflicht_PL1	121	153	+32	+26,4%	2.1.2.6.6
			(L) Beschwerden über nicht genehmigungspflichtige Anlagen_PL1	400	500	+100	+25,0%	2.1.2.6.7
			(L) Aufsicht: Kehrbezirkskontrollen_PL1	10	4	-6	-60,0%	2.1.2.6.3
			(L) Zahl der Meldungen hinsichtlich CO-Mängeln, Zutritten, Gebühren_PL1	800	568	-232	-29,0%	2.1.2.6.10

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
			(L) Bearbeitungsfälle Abbrüche_PL2	30	40	+10	+33,3%	2.1.2.6.11
			(L) Bearbeitungsfälle (Sondermüllentsorgung)_PL3	1.000	1.185	+185	+18,5%	2.1.2.6.12
			(L) Bearbeitungsfälle - ohne Bauanträge (Abfallentsorgungsanlagen)_PL3	250	191	-59	-23,6%	2.1.2.6.13
5360010	„Strukturelle und Individuelle Angebote gesundheitlicher Versorgung und Prävention“	Qualitäten	(Q) Anteil des Zuschusses am Gesamtbudget der Einrichtungen_PL7	20%	90%	70%	+348,1%	2.1.2.7.1
		Wirkungen	(W) Inanspruchnahme regelmäßige Angebote_PL 1-3	60%	80%	20%	+33,3%	2.1.2.7.2
5370100	„Betrieb und Unterhalt von Friedhöfen“	Qualitäten	(Q) Anteil der ermittelten Gebührenschuldner bei Bestattungen von Amtswegen_PL4	60%	38%	-22%	-37,1%	2.1.2.8.1
			(W) Beisetzungen auf den städt. Friedhöfen von Verstorbenen aus anderen Kommunen	1.850	1.564	-286	-15,5%	2.1.2.8.2
			(L) Zahl der zurück gegebenen Grabnutzungsrechte_PL2	2.500	4.621	+2.121	+84,8%	2.1.2.8.3

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
5370200	„Einäscherungen“	Finanzen	Summe Kosten	1.942	2.285	+343	+17,6%	2.1.2.9.1
		Leistungsmenge	(L) Einäscherungen – davon Einäscherungen ohne andere Leistungen	1.050	772	-278	-26,5%	2.1.2.9.2
5380010	„Unternehmerische Bestattungs- leistungen“	Finanzen	Summe Kosten	9.699	10.242	+543	+5,3%	2.1.2.10.1
		Qualitäten	(Q) Anteil der Erdbestattungen und Trauerfeiern mit Trauerbegleitung	9%	3,5%	-5,5%	-61,1%	2.1.2.10.2
		Leistungsmenge	(L) Sterbefallaufträge_PL1 – dav. Erdbestattungen	2.600	1.999	-601	-23,1%	2.1.2.10.3
		Leistungsmenge	(L) Anzahl der verwalteten Grabpflegeverträge_PL2 – davon „nach dem Ableben“	30	37	+7	+23,3%	2.1.2.10.4

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5301010 Beteiligungsmanagement Kliniken

- 2.1.2.1.1 Der Plan wird aufgrund nicht besetzter Stellen unterschritten.
- 2.1.2.1.2 Mieteinnahmen des Textilservice werden nicht mehr generiert, da dieser geschlossen wurde.
- 2.1.2.1.3 Die Abweichung resultiert aus periodenfremden Aufwendungen (Umbuchung Investitionskostenzuschuss von Anlagen in Bau in den periodenfremden Aufwand), sowie höheren kalkulatorischen Zinsen.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5310010 Gesundheits- und Infektionsschutz

- 2.1.2.2.1 Der Anteil der eigenen HIV-Diagnosen an allen Münchner Diagnosen ist zum Einen aufgrund der zunehmenden auswärtigen Schnelltestangebote zurückgegangen. Mit Einführung des eigenen Schnelltestangebotes 2016 dürfte die Kombination mit unserer zielgruppenfreundlichen anonymen Beratung die Entdeckungsrate wieder erhöhen. Zudem konnte personalbedingt weniger aufsuchende Zielgruppenakquise erfolgen, um Ziel-Klientel für unser Angebot zu gewinnen.
- 2.1.2.2.2 Wegfall des Parameters ab 2015, da erhebliche Anstiege durch Zunahme der Asylbewerberzahlen bedingt sind und keine sinnvolle Aussagekraft hinsichtlich der Wohnbevölkerung mehr möglich ist.
- 2.1.2.2.3 Wie bereits in den vorangegangenen Jahren musste - entgegen der ursprünglichen Planung - aktuellen, nicht planbaren Personalausfällen sowie unvorhersehbaren Auftragseingängen durch eine prioritäre Aufgabenerledigung mit Aufgaben bezogener Personalbündelung Rechnung getragen werden. Nicht planbare Personalausfälle ergaben sich insbesondere aus krankheitsbedingten Dienstabwesenheiten von Mitarbeiter/Innen und einer verzögerten Besetzung vakanter Planstellen, Arbeitsintensive Sondereignisse traten in Form einer nicht unerheblichen Anzahl von Ausbruchssituationen in Krankenhäusern (gehäuftes Auftreten nosokomialer Infektionen) und Meldungen spezieller multiresistenter Erreger in medizinischen Einrichtungen auf. Erheblich ansteigend zeigte sich der RGU-interne Bedarf an fachlich-medizinischer Beratung und Mitwirkung für das Sachgebiet S-KVA im Zusammenhang mit der Konzessionierung von Privatkliniken sowie der Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs. Ebenfalls personelle Ressourcen bindend gestalteten sich die RGU-internen Unterstützungsleistungen für die Abteilungen AG und IFS im Zusammenhang mit der Durchführung von Asylbewerberuntersuchungen und infektiologischen Ermittlungstätigkeiten. Nicht planbar war zudem der zeitliche und personelle Aufwand für die Vorbereitung einer Zertifizierung aller Bereiche der Abteilung GS-HU.
- 2.1.2.2.4 Die Melde- und Häufungszahlen schwanken zwischen den Jahren stark, sind also fremdbestimmt. Insbesondere schlägt die schwach ausgeprägte saisonale Influenzawelle zu Buche.
- 2.1.2.2.5 Diese Zahl ist schwer planbar. Der gegenüber 2013 deutlich höhere Planansatz resultiert aus dem Jahrestrend 2013, welcher eine Zunahme der Zahlen zum Jahresende ergab. Im Jahresverlauf 2014 setzte sich dieser Trend erst im 4. Quartal fort.

2.1.2.2.6 Die gegenüber den Planungen deutlich erhöhte Anzahl an Überprüfungen von Gemeinschaftseinrichtungen resultiert aus dem erhöhten Kontrollbedarf anlässlich des bekannten Zustroms an Asylbewerbern und deren Unterbringung in bestehenden bzw. neueröffneten Gemeinschaftsunterkünften. Die in die Überprüfung eingebrachten Personalressourcen mussten zwangsläufig aus der Erledigung anderer Sachaufgaben abgezogen werden.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5320010 Gesundheitsförderung

2.1.2.3.1 Aufgrund erheblich gesunkener Leistungszahlen.

2.1.2.3.2 Kein Planansatz für 2014.

2.1.2.3.3 Bindung von Beratungskapazität für Landesstiftung (Neues Verfahren).

2.1.2.3.4 Höherer Rücklauf an Impfbüchern als erwartet durch bessere Beteiligung/Akzeptanz.

2.1.2.3.5 Kein Planansatz für 2014.

2.1.2.3.6 Der Plan 2014 mit 60 % ist nicht sinnvoll und muss korrigiert werden. Je nach Beratungsinhalt ist es nicht sinnvoll, dass die KlientInnen immer persönlich in die Beratungsstelle kommen. Der Anteil von 15 % wurde 2014 erreicht.

2.1.2.3.7 Für 2014 war eine Ausweitung des Mittelschulskonzeptes geplant; der Stadtrat konnte dieser Ausweitung 2014 nicht zustimmen, deswegen wurde der Plan nicht erreicht.

2.1.2.3.8 Kein Planansatz für 2014.

2.1.2.3.9 Unterschreitung aufgrund teilweise nicht besetzter Stellenanteile bei den Fachstellen.

2.1.2.3.10 Bindung von Beratungskapazität für Landesstiftung (Neues Verfahren).

2.1.2.3.11 Kein Planansatz für 2014.

2.1.2.3.12 aktuelle statistische Daten 2014.

2.1.2.3.13 aktuelle statistische Daten 2014.

2.1.2.3.14 Kein Planansatz für 2014.

2.1.2.3.15 Der Plan 2014 ist u.E. fehlerhaft übermittelt, er müßte bei 2500 liegen, da der Plan 2013 2400 betraf, und das Ist 2013 dann zu hoch übermittelt wurde. Das IST 2014 entspricht den real ermittelten, dokumentierten Zahlen.

2.1.2.3.16 Höherer Rücklauf an Impfbüchern als erwartet durch bessere Beteiligung/Akzeptanz.

2.1.2.3.17 Kein Planansatz für 2014.

2.1.2.3.17 Das offene Beratungsangebot ist auf freiwilliger Basis; die Inanspruchnahme lässt sich schwer voraussagen und unterliegt Abweichungen.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 534001 Ärztliche Gutachten, Heilpraktikererlaubnisse, Belehrungen nach § 43 IfSG

2.1.2.4.1 Aufgrund steigender Leistungszahlen.

2.1.2.4.2 Die Anzahl der Begutachtungen hängt ab vom Eingang der entsprechenden Untersuchungsaufträge; auf diese hat die Abteilung keinerlei Einfluss. Der Rückgang der Aufträge ist nicht beeinflussbar.

2.1.2.4.3 In der Abteilung kann keinerlei Einfluss auf den Anfall der Untersuchungsaufträge bzw. Anmeldungen zur Infektionsschutzbelehrungen und Heilpraktikerüberprüfungen genommen werden, ebenso wenig ist zu beeinflussen ob mehr Männer oder Frauen untersucht werden

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5350100 Umweltvorsorge

2.1.2.5.1 Aufgrund einer engagierten Unterstützung vieler Kooperationspartner konnte eine hohe Zahl an Veranstaltungen erreicht werden.

2.1.2.5.2 Durch den Anstieg der Veranstaltungen und Vermietungen ist der Grad der Vermietungen gestiegen.

2.1.2.5.3 Trotz schwieriger Marktbedingungen wurde der bisher beste Wert bei der Raumvermietung erreicht.

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5350200 Umweltschutz

2.1.2.6.1 Aufgrund erhöhter Leistungsmengen und Qualitäten.

2.1.2.6.2 Überwachungsrückstände wurden abgebaut.

2.1.2.6.3 Aufgrund einer bereits seit März 2013 andauernden Erkrankung einer der beiden zuständigen Sachbearbeiterinnen (Arb.zeit 40 Std./Woche) konnte die angestrebte Anzahl der Kehrbezirksüberprüfungen bei weitem nicht erreicht werden. Die verbleibende Sachbearbeiterin (Arb.zeit knapp 19 Std./Woche) konnte den Ausfall nicht kompensieren. Von anderen Sachbearbeitern können die Kehrbezirksüberprüfungen mangels Fachkompetenz nicht durchgeführt werden.

2.1.2.6.4 Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage wurden 12 Anträge auf Genehmigung sowie 16 Anzeigen nach dem BImSchG durch die Antragsteller eingereicht.

2.1.2.6.5 Überwachungsrückstände wurden abgebaut.

2.1.2.6.6 Die Prognosezahlen wurden mit Hilfe von Umsys ermittelt. Die darin hinterlegte Datenbasis war nicht korrekt. Die Datenbasis wird derzeit aktualisiert, um zukünftig verlässliche Zahlen für die Prognose zu erhalten.

2.1.2.6.7 Wieviele Beschwerden tatsächlich eingehen, liegt nicht im Einflussbereich des RGU.

2.1.2.6.10 Die Meldungen zu CO-Mängeln, Zutritten und Gebühren werden dem RGU von den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern zugeleitet. Wieviele Mängel, Zutritts- und Gebührenverfahren jährlich tatsächlich auftreten, kann auf der Basis der Zahlen der früheren Jahre nur geschätzt werden. Daher sind starke Abweichungen möglich.

2.1.2.6.11 Anzahl der Abbruchanzeigen nicht steuerbar.

- 2.1.2.6.12 Erhöhter Beratungsbedarf wegen neuer Anzeigepflicht gemäß § 53 KrWG.
- 2.1.2.6.13 wg. gravierenden Personalengpässen mussten die Kontrolltätigkeit zurückgefahren werden.
- 2.1.2.6.14 Anzahl nicht steuerbar.
- 2.1.2.7 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5360010 Strukturelle und Individuelle Angebote gesundheitlicher Versorgung und Prävention**
- 2.1.2.7.1 Der Planansatz wurde falsch berechnet.
- 2.1.2.7.2 Die Veranstaltungen stießen auf unerwartet hohen Informationsbedarf der Fachkräfte und wurden stark nachgefragt.
- 2.1.2.8 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5370100 Betrieb und Unterhalt von Friedhöfen**
- 2.1.2.8.1 Die Entwicklung war nicht vorhersehbar.
- 2.1.2.8.2 Die Entwicklung war nicht planbar.
- 2.1.2.8.3 Die Entwicklung war nicht vorhersehbar.
- 2.1.2.9 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5370200 Einäscherungen**
- 2.1.2.9.1 Die Überschreitung der Plankosten resultiert aus der weiteren Instandhaltung/Sanierung der Öfen, deren Kosten in 2014 nicht eingeplant waren.
- 2.1.2.9.2 Die Einäscherungen ohne andere Leistungen können nicht genau geplant werden.
- 2.1.2.10 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5380010 unternehmerische Bestattungsleistungen**
- 2.1.2.10.1 Die höheren Kosten der PL1 sind durch höhere Umlagekosten begründet.
- 2.1.2.10.2 Aufgrund einer Erkrankung der Mitarbeiterin konnten keine Trauerbegleitungen durchgeführt werden. Dies war nicht vorhersehbar.
- 2.1.2.10.3 Der allgemeine Trend von Sargbestattungen (Erdbestattungen) zu Feuerbestattungen mit unterschiedlichsten Bestattungsformen ist hier erkennbar. Diese Entwicklung ist nicht genau planbar.
- 2.1.2.10.4 Die Aufteilung der Bestattungsarten an den Sterbefallaufträgen und die Anzahl der Zugänge von Grabpflegeverträgen „nach dem Ableben“ sind nur sehr schwer vorhersehbar.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage Zielerreichung zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Referat für Gesundheit und Umwelt).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	58	35	-39,66%
Referatsziele	25	21	-16,00%
Stadtratsziele	12	12	0,00%
Summe Ziele	95	68	-28,42%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Die Zielerreichung im Einzelnen, die Begründung bei Nichterreicherung sowie die Information, ob ein Ziel in 2015 weiterverfolgt wird, sind als Anlage beigefügt.

Die Zielerreichung der 12 Stadtratsziele (mittlerer Zielerreichungsgrad: 70,5 %) ergibt folgendes Ergebnis:

- 8 Stadtratsziele wurden zu 80 % und mehr erreicht.
- 2 Stadtratsziele wurden zu 25 bis 80 % erreicht.
- 2 Stadtratsziele wurden zu unter 25 % erreicht.

Das Stadtratsziel Nr. 11 wurde nicht erreicht (0 %), da die Zuständigkeit für die Städt. Klinikum München GmbH sich änderte, seit 01.06.2014 ist die Stadtkämmerei alleiniges Betreuungsreferat für die Städt. Klinikum München GmbH.

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
03 Die von der EU geförderten Projekte, Vorgaben und Initiativen im Bereich Umwelt und Gesundheit sind unterstützt bzw. umgesetzt.	87.50%	Das Ziel, ein Konzept zu Verbesserung der ambulanten gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Mobilitätseinschränkungen ist erstellt, wurde noch nicht ganz erreicht. Als erste Maßnahme wurde mit den Vertretungen von ÄKBV und KVB und dem Koordinationsbüro zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein erster Maßnahmenkatalog erstellt.
		Stadtratsziel wird weiterverfolgt
		Entfällt
04 Das Projekt Ökoprofit und der Ausbau von ökologischen Maßnahmen ist gefördert, die ökologischen Auflagen sind verbessert.	82.00%	Vor Start des ÖKOPROFIT- Jahrganges haben mehr Betriebe Ihre Teilnahme an dem Projekt bekundet. Aus betrieblichen Gründen wurde jedoch die Teilnahme bei einem Teil der Betriebe auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, bzw. ist eine Teilnahme aus anderen Gründen nicht erfolgt.
		Stadtratsziel wird weiterverfolgt
		Entfällt

<p>06 Zur bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung, Gesundheitsvorsorge und Prävention der Münchner Stadtbevölkerung sind gezielt ausgewählte unterschiedliche Angebote und Projekte unterstützt.</p>	70.00%	<p>Das Ziel, in Unterkünften sind durch Familienhebammen 25 Schwangere unterstützt, konnte nicht ganz erreicht werden. Bislang ist eine Familienhebamme mit 30 Std./Woche seit August 2014 tätig. Die Planung beruhte auf der Annahme, dass 2014 zwei (von vier) Vollzeitstellen besetzt werden können. Eine erneute Ausschreibung läuft. Bisher konnte keine der in 2013 bewilligten Stellen besetzt werden. Das Besetzungsverfahren läuft noch.</p> <p>Das Ziel, dass Konzept zur Gesundheitsförderung in Stadtteilen ist erstellt, doch noch nicht dem Stadtrat vorgelegt.</p> <p>Das Ziel, den Anteil der Online-Terminvereinbarungen zur Schuleingangsuntersuchung an der Gesamtterminvereinbarung auf 5 % zu erhöhen, konnte nicht umgesetzt werden. Die Online-Terminvereinbarung ist noch nicht eingerichtet, weil die neue Version des dafür erforderlichen IT-Fachverfahrens noch nicht geliefert werden konnte.</p> <p>Das Ziel, die Einrichtung der Koordinationsstelle zur Steuerung der Hilfenetzwerke für Kinder suchtkranker bzw. psychisch kranker Eltern ist durch den Stadtrat beschlossen, die erforderliche Maßnahmen konnten noch nicht umgesetzt werden, weil die Stadtratsvorlage mehrmals verschoben wurde.</p> <p>Stadtratsziel wird weiterverfolgt</p> <p>Am 03.02.2015 wurde beschlossen, dass vor einer endgültigen Entscheidung über die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, ein Fachgespräch zu den Hilfenetzwerken durchzuführen ist.</p>
<p>07 Das differenzierte und interdisziplinäre System der Suchthilfe und der psychiatrischen Versorgung Münchens mit Angeboten in den Bereichen Prävention, Beratung, Behandlung, Nachsorge, Selbsthilfe und Überlebenshilfen ist gefördert.</p>	80.00%	<p>Die Inhalte für die Homepage für Fachkräfte, Multiplikatoren und Eltern zum Thema Suchtprävention sind erstellt, doch noch nicht abschließend redaktionell bearbeitet. Aus diesem Grund und aufgrund von Schwierigkeiten bei der Programmierung ist die Homepage noch nicht fertig erstellt.</p> <p>Stadtratsziel wird weiterverfolgt</p> <p>Entfällt</p>
<p>08 Die Voraussetzungen für ein effizientes Management der Anforderungen an den Infektionsschutz einschließlich infektiologischer Sonderlagen sind</p>	96.00%	<p>In der Hauptabteilung Gesundheitsschutz konnte ein den Anforderungen der DIN ISO 9001 entsprechendes Qualitätsmanagementsystem noch nicht ganz eingeführt werden.</p>

geschaffen.		Unvorhergesehene Personalengpässe, kombiniert mit infektiologischen Sonderlagen, beeinträchtigten die Zielerreichung. Stadtratsziel wird weiterverfolgt. Die Zielerreichung wird im Rahmen des QM-Systems weiter verfolgt.
09 Ein Beitrag zur Sicherstellung von Bürgerschutz und der -sicherheit bei der gesundheitlichen Versorgung und Inanspruchnahme von Gesundheits- und Körperpflegeleistungen im Stadtgebiet ist geleistet.	25.00%	Das Ziel, ein aktualisiertes, den personellen Ressourcen angepasstes Beratungs- und Überprüfungskonzept für Einrichtungen der Gesundheits- und Körperpflege im Stadtgebiet München ist erstellt, konnte nicht ganz umgesetzt werden. Entgegen ursprünglicher, der Zielfestlegung zugrunde liegender Planungen musste im Jahr 2014 eine Bündelung personeller Ressourcen auf den trinkwasserhygienischen Überwachungsbereich vorgenommen werden. Zusätzlich forderten Personalengpässe in anderen HA-GS zugeordneten Abteilungen deren personelle Unterstützung. Der Bedarf einer Überprüfung von Einrichtungen der Gesundheits- und Körperpflege, insb. von Podologen ist nach den Ergebnissen bislang durchgeführter Überprüfungen dringlich gegeben. Stadtratsziel wird weiterverfolgt. Es ist daher beabsichtigt, im Jahr 2015 das Vorhaben (Zielsetzung 2014) aufzugreifen und in der konzipierten Form zu Ende zu führen.
10 Maßnahmen zur besseren Pflege der Naturschutzflächen und Landschaftsbestandteile sind unterstützt.	20.00%	Das geplante Konzept für die Sicherung der Biodiversität in München konnte aufgrund fehlender Ressourcen nur in Form grundsätzlicher Überlegungen und Eckpunkten für die Strategie erstellt werden. Stadtratsziel wird weiterverfolgt. Das generelle Ziel wird für 2015 fortgeschrieben (Biodiversitätsmonitoring).
11 Die gesundheitspolitischen und finanziellen Interessen der LHM sind in der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM) sowie der Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke GmbH (MSK) gewahrt. PM 15.9	0.00%	Ziel nicht erreicht wegen des Wechsels der Zuständigkeit für die Städt. Klinikum München GmbH; Seit 01.06.2014 ist Stadtkämmerei alleiniges Betreuungsreferat für die Städt. Klinikum München GmbH. Stadtratsziel wird weiterverfolgt Entfällt
12 Durch das Handeln des RGU ist ein Betrag zum Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommune geleistet.	85.00%	Das Ziel, Neuanlage Kindergräber Waldfriedhof ist erstellt, wurde nicht ganz erreicht. Die Gewerke Brunnen und „Schilf“ werden derzeit noch von der beauftragten Steinmetzmeisterin erstellt. Diese Arbeiten haben sich verzögert, weil die Gestaltung

		<p>noch abgestimmt werden musste. Die Lieferung sowie die abschließenden Pflanzarbeiten sind bis Mai 2015 abgeschlossen.</p> <p>Das Ziel, die Genehmigung des Projektauftrag Ersatzneubau Krematorium durch den Stadtrat ist beschlossen, wurde nicht ganz erreicht.. Die Vorplanung durch das Baureferat ist noch nicht abgeschlossen.</p> <p>Aufgrund langfristiger Erkrankungen konnte das Ziel die Begleitung und Betreuung der Trauergäste von 360 Erdbestattungen und Trauerfeiern durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Städtischen Bestattung nur 130 Mal erfolgen.</p> <p>Stadtratsziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Nach Vorliegen der Vorplanung im Frühjahr 2015 wird der Projektauftrag „Ersatzneubau Krematorium“ dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.</p>

4 Sonstiges

Es sind keine sonstigen Angaben vorzutragen.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

1 Referateebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Produktgruppe Stadtentwicklungsplanung:

Die Aufgabenstellung konnte auch im Jahr 2014 erfolgreich wahrgenommen werden. Im Jahr 2014 wurden unter anderem folgende wichtige Projekte vorangetrieben:

Öffentlichkeitsarbeit:

Die Durchführung der jährlichen Ausstellung zu stadtentwicklungsplanerisch relevanten Themen mit Begleitveranstaltungen konnte sichergestellt werden.

Eine Vielzahl von weiteren Ausstellungen und projektbegleitenden Veranstaltungen wurde durchgeführt.

Regionale Kooperationen, Regionales Bündnis für Wohnungsbau und Infrastruktur:

Die Landeshauptstadt München hat ihr Engagement bei interkommunalen Kooperationen verstärkt. Das raumordnerische Entwicklungskonzept München Südwest wurde unter finanzieller, personeller und politischer Beteiligung der Landeshauptstadt München, koordiniert von der Stadtentwicklungsplanung, abgeschlossen. Konkrete weitere Maßnahmen wurden definiert und durch Workshop-Formate auf den Weg gebracht.

Das EU-Projekt MORECO (mobility and residential costs) zur Untersuchung und Vermittlung von Zusammenhängen und Auswirkungen der Wohn- und Mobilitätskosten wurde mit verschiedenen Projektpartnerinnen und -partnern im Alpenraum sowie mit dem Münchner Verkehrsverbund unter enger Einbindung von regionalen Pilotkommunen erfolgreich abgeschlossen.

Gemeinsam mit der Stadt und dem Landkreis Rosenheim sowie dem Verein Europäische Metropolregion München e.V. wurden in der Konferenz „Herausforderung Wachstum“ die entsprechenden Handlungsfelder definiert. Auf dieser Grundlage wurde ein „Regionales Bündnis für Wohnungsbau und Infrastruktur“ für den Oberbürgermeister vorbereitet und von ihm eingeleitet und erste konkrete Projekte von potenziellen Projektbeteiligten in der Metropolregion abgerufen, die in der Folge konkretisiert und umgesetzt werden sollen. Im Anschluss an die Konferenz in Rosenheim wurde im Auftrag des Oberbürgermeisters mit den Vorbereitungen für eine im Frühjahr 2015 durchzuführende Konferenz begonnen.

Bahnknoten München:

Das Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben 2. Stammstrecke wurde weiter begleitet.

Abstimmungsgespräche mit der Vorhabenträgerin und der Anhörungsbehörde wurden geführt.

Die Finanzierung der Zweiten Stammstrecke ist weiterhin offen. In einem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters an Herrn Staatsminister Herrmann wurde die fortbestehende Bereitschaft der LHM zur Einsetzung des Gesellschafterdarlehens der FMG für die 2. Stammstrecke bekräftigt.

Beim viergleisigen Ausbau (Tunnellösung) der S8 für die Flughafenbindung wurde mit der Klärung des weiteren Vorgehens mit Freistaat, Bund und Bahn begonnen. Hinsichtlich einer Kostenteilung fand ein Gespräch mit dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Berlin statt. Im Anschluss hieran wurde mit der DB Kontakt aufgenommen; die Gespräche dauern z.Zt. noch an.

Studie: "PERSPEKTIVE MÜNCHEN - Zukunftsschau 2040"

Am 05.06.2013 wurde der Stadtratsbeschluss zur Fortschreibung der Perspektive München gefasst. Als nächster Schritt sollten u.a. unterschiedliche Szenarien zu langfristigen Herausforderungen und Strategien der Stadtentwicklung in einem integrierten Ansatz untersucht werden. Dazu wurde im letzten Jahr ein Werkvertrag an die Fraunhofer Gesellschaft vergeben. Erste Bausteine der Szenarien sind erarbeitet und werden 2015 abgeschlossen.

Studie „Älter werden in München“:

Eine der zentralen Herausforderungen der Münchner Stadtentwicklung ist der demografische Wandel. Daher hat die Stadtentwicklungsplanung mit Förderung durch die OBB und in Kooperation mit dem Sozialreferat die Studie „Älter werden in München“ in Auftrag gegeben, die im Schwerpunkt 2013 und 2014 mit u.a. der Befragung von 10.000 Haushalten in ausgewählten Quartieren bearbeitet wurde. Im Fokus standen Themenfelder wie Wohnen in der Stadt und im Quartier, soziale Nachbarschaft, Generationensolidarität, gesellschaftliches Engagement und Teilhabe, Sicherheitsempfinden, Bildung, Freizeitverhalten, Mobilität, Armut oder Beratungs- und Unterstützungsbedarfe. Die Ergebnisse und der Abschlussbericht wurden mit den Beteiligten aufbereitet und ein entsprechender Stadtratsbeschluss vorbereitet.

Ausbauoffensive Kindertageseinrichtungen; 5-Jahresbilanz

Vorrangiges Ziel der seit 2009 arbeitenden AG Ausbauoffensive ist es, die Erfüllung des Versorgungsziels mit Krippenplätzen zu unterstützen und die Flächensicherung und Baurechtsabklärung zur Sicherstellung einer ausgewogenen kleinräumigen Versorgung mit Kindertageseinrichtungen für Kinder von 0-12 Jahren sicher zu stellen. Dazu wurde 2014 neben der laufenden Arbeit eine 5-Jahresbilanz der Ergebnisse der AG Ausbauoffensive fertiggestellt und in einem Stadtratsbeschluss und einer Broschüre aufbereitet.

Bevölkerungsprognose der Stadt München 2013 bis 2030

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung erstellt regelmäßig Bevölkerungsprognosen für die Landeshauptstadt München. Die jüngste Prognose basiert auf dem Einwohnerstand von 2013 und beschreibt die aus heutiger Sicht wahrscheinlichste Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. Sie wurde im Jahr 2014 erarbeitet und am 11.03.2015 im Stadtrat bekannt gegeben. Parallel dazu wurden die kleinräumigen Bevölkerungs- und Schülerprognosen aktualisiert und in die AG Schulbauoffensive eingebracht.

Wohnungsmarktbeobachtung

Die Beobachtung des Wohnungsmarktes ist eine wichtige Grundlage für die Aufgaben des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Dafür stehen mehrere Instrumente bereit, die regelmäßig fortgeschrieben werden: der Bericht zur Wohnungssituation, das Wohnungsmarktbarometer, Expertenbefragungen und die Wanderungsmotivuntersuchung. Der „Bericht zur Wohnungsmarktsituation in München 2012 -2013“ und das „Wohnungsmarktbarometer 2014“ wurden im Stadtrat bekanntgegeben bzw. im Internet veröffentlicht.

Erhaltungssatzungen

Die Erhaltungssatzungen „St.-Benno-Viertel“ sowie „Hohenzollernstraße und Hohenzollernplatz“ sowie die Erweiterung der Erhaltungssatzung „Pündter- und Viktoriaplatz“ um den Bereich „Bonner Platz“ sind 2014 in Kraft getreten. Die Erhaltungssatzung für Laim wurde vorbereitet. Damit wird es 18 Gebiete mit Erhaltungssatzungen geben, die zirka 118.000 Wohnungen mit etwa 206.000 Einwohnerinnen und Einwohnern umfassen.

Handlungsprogramm Mittlerer Ring:

Die Stadtentwicklungsplanung stellte in zwei Stadtratsbeschlüssen im Februar 2014 den Sachstand und Handlungsbedarf am Mittleren Ring vor, insbesondere die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchungen zur Verbesserung der Lärm- und Luftschadstoffsituation in den Abschnitten Landshuter Allee und Tegernseer Landstraße. Zudem wurden die Ergebnisse im Dezember in zwei Öffentlichkeitsveranstaltungen in Abstimmung mit den betroffenen Bezirksausschüssen den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Als nächster Schritt wird ein Stadtratsbeschluss zum weiteren Vorgehen erarbeitet, der einen Priorisierungsvorschlag der drei optionalen Tunnelmaßnahmen am Mittleren Ring, in den Abschnitten Landshuter Allee, Tegernseer Landstraße und Isarring/Englischer Garten aus fachlicher Sicht beinhaltet sowie Vorschläge für nächste vertiefende Untersuchungen und Planungsschritte.

Projekte der Nahmobilität - Radverkehr:

Die Umsetzung der Ziele des Grundsatzbeschlusses Radverkehr wurde auch 2014 in den referatsübergreifenden Arbeitsgruppen fortgesetzt. Ab dem 03.04.2014 wurde versuchsweise für ein Jahr die Fußgängerzone in der Altstadt zwischen 22 und 8 Uhr für den Radverkehr freigegeben. Der Nutzen für die Radlerinnen und Radler sowie die Konsequenzen für Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität der Fußgängerinnen und Fußgänger wurden in Zusammenarbeit mit Polizei und Kommunalen Verkehrsüberwachung umfassend und detailliert evaluiert. Derzeit wird ein Vorschlag zur dauerhaften Freigabe der Fußgängerzone während der Nacht erarbeitet. In einer im Mai 2014 neu gegründeten Arbeitsgruppe werden in Zusammenarbeit mit MVG, Baureferat und Kreisverwaltungsreferat Standorte für das städtische Leihradsystem „MVGRad“ untersucht. Die ersten Stationen können voraussichtlich nach dem für 2015 geplanten Start des „MVGRad“ realisiert werden.

Die verkehrlich-funktionalen Variantenbetrachtungen zur Nord-Süd-Querung der Altstadt für den Radverkehr wurden im Laufe des Jahres im Rahmen eines Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens mit Vertreterinnen und Vertretern aus u.a. Politik, Verbänden und planungsinteressierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Der daraus entwickelte Vorschlag wird nach Prüfung durch die beteiligten Dienststellen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Verkehrskonzept Münchner Norden:

Zum Verkehrskonzept Münchner Norden wurde dem Stadtrat eine umfangreiche Beschlussvorlage vorgelegt, welche am 22.10.2014 vom Stadtrat mit ergänzenden Arbeitsaufträgen beschlossen wurde. Bereits im Vorgriff auf die geplante Beschlussvorlage wurden u.a. vertiefende Untersuchungen zur Verlängerung des Tunnels Schleißheimer Straße (mit Anbindung an die A99) im Rahmen des Grundsatzbeschlusses „Forschungs- und Innovationszentrum (FIZ)-Future 2015“ vom 19.06.2013 in Auftrag gegeben und betreut. Die Auswertung der durchgeführten Einwohnerversammlung und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für alle Verkehrsarten wurden in Abstimmung mit den beteiligten städtischen Dienststellen und der MVG vorangetrieben.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Münchner Nordosten:

Nach Vorstellung verschiedener Szenarien der Siedlungsentwicklung im Bereich Münchner Nordosten hat der Stadtrat die Stadtentwicklungsplanung mit Beschluss vom 13.11.2013 beauftragt, ein Strukturkonzept einschließlich Verkehrskonzept, Landschaftskonzept und städtebaulichen Strukturüberlegungen zu beauftragen. Seit Juli 2014 ist der Auftrag zur Erstellung eines integrierten Strukturkonzeptes vergeben. Es dient als Grundlage für die Abgrenzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und die Änderung des Flächennutzungsplans. Ein Beschluss mit mindestens drei Siedlungsvarianten, die zur Diskussion in der Öffentlichkeit dienen, wird dem Stadtrat voraussichtlich Ende 2015 zur Befassung vorgelegt.

Paul-Gerhardt-Allee:

Im Rahmen der Erarbeitung des Bebauungsplans wurden umfangreiche Untersuchungen zum motorisierten Individualverkehr (MIV), zu einer verbesserten Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Trambahn, U-Bahn, S-Bahn) sowie für Radfahrende und Zufußgehende durchgeführt. Neben vielen durchgeführten Öffentlichkeitsveranstaltungen wurden ergänzende Beschlussvorlagen erarbeitet, die für die Realisierung der künftigen Nutzungen unabdingbar sind. Für die nun anstehenden, konkreten Projektplanungen seitens der LHM sind u.a. umfangreiche Verkehrszählungen und entsprechende Evaluierungen vorgesehen.

RSE - Räumliches Stadtentwicklungskonzept:

Als gesamtstädtisches strategisches Instrument soll das RSE aus einer räumlichen Betrachtungsweise aufzeigen, wie dem anhaltenden Wachstumsdruck und den dadurch angestoßenen Entwicklungen planerisch begegnet werden kann. Wesentliche Aufgabe wird es sein, ein Bild der angestrebten Entwicklung Münchens aufzuzeigen, die wesentlichen räumlichen Ziele aus den vorhandenen Fachkonzepten zusammenzuführen und aus dem Kontext der Gesamtstadt und Quartiere einen Orientierungsrahmen für teilräumliche Projekte und Planungen zu entwickeln. In

der internen Projektvorbereitung wurden u.a. in einer HA-übergreifenden Projektarbeit Grundlagenmaterialien und inhaltliche Schwerpunktthemen erarbeitet, sowie der für 2015/2016 geplante Erarbeitungsprozess strukturiert.

Schulbauoffensive:

2014 hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung turnusmäßig die Geschäftsführung der AG Schulbauoffensive (AG SBO) übernommen. Die Vor- und Nachbereitung, Durchführung und Leitung der im 6 - 8 wöchigen Turnus stattfindenden Sitzungen (im Beisein der 3. BMin und der beteiligten RefLtg.) obliegt dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung. Seit Sommer 2014 wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zusätzlich mit der Durchführung und Leitung einer wöchentlich tagenden Task Force SBO beauftragt, die eine systematische Sichtung und Bewertung aller 350 Münchner Schulstandorte nach Bedarf, Bauzustand und Ausbau- und Erweiterungsmöglichkeit vorgenommen hat. Auf dieser Basis konnte im November 2014 mit dem Beschluss "Aktionsprogramm Schul- und Kitabau 2020" der Einstieg in die umfangreichen Bauprogramme der nächsten Jahre getätigt werden.

Produktgruppe Räumliche Planung und Entwicklung:

Auch im Jahr 2014 war eine beschleunigte und verstärkte Bearbeitung von Bebauungsplänen mit dem Schwerpunkt Wohnen und Infrastruktur vorrangiges Ziel.

So wurde unter anderem Baurecht für 3.982 WE sowie ca. 12,76 ha Grün- und Freiflächen und ca. 4,63 ha Ausgleichsflächen geschaffen. Die meisten Wohneinheiten wurden im Zuge der Projekte Beb.Pl.Nrn. 2058a Paul-Gerhardt-Allee (2.421 WE), 2081 Memminger Platz (412 WE), 2065 Riem Zentrum Ost (405 WE), 2044 Gerberau (287 WE) und 2078 Freischützstraße (220 WE) neu aus-gewiesen.

Zudem wurden unter anderem die besonders bedeutsamen Planungen Siedlungsschwerpunkt Freiham, Campus-Siemens, Friedrich-Creuzer-Straße, Aubing Mitte, Gleisharfe Aubing, Thomas-Wimmer-Ring/Hildegardstraße im Verfahren wesentlich weiterentwickelt.

Die Rahmenbedingungen, wie hoher Zuzugsdruck, steigende Zahl von Haushalten, die sich Mieten und Preise in München nicht mehr leisten können, knapper werdende Flächenreserven, komplexere Bebauungsplanverfahren (z. B. Transformationen von Gewerbe in Wohnen), Verfahren mit immer mehr Planungsbeteiligten, neue Zielgruppen (z. B. Genossenschaften, Baugemeinschaften), Notwendigkeit von intensiver und breiterer Partizipation der Öffentlichkeit, flankierende allgemeine Bürgerinformationen und der sprunghafte Anstieg von Infrastruktur mit großem Flächenbedarf stellen dabei immer höhere Anforderungen an die Verfahren (z. B. unterschiedliche und zahlreiche Ausschreibungs- und Vergabeverfahren, zunehmende Anzahl von Wettbewerben) und Verhandlungen.

Um die Bebauungsplanverfahren zu optimieren und die Schnittstellen zu anderen Beteiligten im Verfahren herauszuarbeiten und zu klären, hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung am 01.10.2013 die Fa. Drees & Sommer beauftragt, eine entsprechende Untersuchung durchzuführen. Erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen und Entwürfe für einen Rahmenterminplan und ein Projekthandbuch liegen vor.

Parallel zur Verfahrensoptimierung wurde referatsintern ein kontinuierlicher Optimierungsprozess mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten eingeleitet.

Produktgruppe Räumliche Planung und Entwicklung im Besonderen Städtebaurecht; Wohnungswesen:

Die vertiefenden Vorarbeiten zur Umsetzung der Ökologischen Mustersiedlung in Holzbauweise im Prinz-Eugen-Park haben begonnen.

Die Vorbereitungen zum Ehrenpreis für guten Wohnungsbau konnten mit der Beschlussvorlage in der Vollversammlung am 20.11.2014 beendet werden und die Sitzung für das ehrenamtliche Gutachtergremium wurde auf den 16./17. April 2015 terminiert.

Im Bereich der Stadtsanierung wird derzeit an der Vorauswahl für künftige Sanierungsgebiete

gearbeitet.

Produktgruppe Bauaufsicht, Naturschutz, Denkmalschutz:

Als Reaktion auf den konsolidierungsbedingten Personalabbau über Jahre hinweg wurden in der LBK bereits in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsabläufe zu sichern (z.B. Münchner Weg, Außendienstkonzept, neue Zuleitungsroutrinen etc.). Nur so konnte es gelingen, die großen Arbeitsmengen zu bewältigen. Insbesondere trägt auch weiterhin das neue Beratungskonzept, welches Ende 2011 in der Lokalbaukommission umgesetzt wurde (Bekanntgabe im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vom 12.10.2011, Sitzungsvorlagen Nr. 08-14/V 07721) zur Entlastung der Sachbearbeiter/-innen in den Bezirksteams bei. Das Konzept sieht ein erweitertes Beratungsangebot mit neuen Öffnungszeiten im Servicezentrum vor. Die Bauberatung in den Bezirken erfolgt dagegen nur noch nach Terminvereinbarung. In den Bezirksteams ergeben sich durch das neue Beratungskonzept Spielräume für die Bearbeitung von Bauanträgen und für geregelte Terminvereinbarungen. Nach den bis heute gesammelten Erfahrungen hat sich das neue Beratungskonzept mittlerweile gut in den Arbeitsalltag integriert und wird sowohl von den Mitarbeiter/-innen als auch von den Kundinnen und Kunden angenommen. Als Hilfestellung und um eine einheitliche Beratung zu gewährleisten wurde für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Servicezentrum ein Beratungsleitfaden erstellt und Mitte Oktober 2014 eingeführt. Der Evaluierungsbericht für das Projekt „Neuorganisation der Bauberatung“ wird 2015 im Stadtrat bekanntgegeben.

Die Lokalbaukommission als Bauaufsichts- und Genehmigungsbehörde beherbergt ein umfangreiches Aktenlager (Zentralregistratur) mit sämtlichen Münchner Bauakten der letzten Jahrzehnte. Von der Möglichkeit, Akteneinsicht zu nehmen, wird von entsprechend berechtigten Personen rege Gebrauch gemacht. Ab April 2013 erhebt die Lokalbaukommission u.a. aufgrund des stetig gestiegenen Aufwands eine Einsichtnahmegebühr in Höhe von 5 € pro angeforderter Hausnummer (Akt). Zusätzliche Einnahmen werden damit erwirtschaftet und die Akteneinsicht in geordneter Form durchgeführt (Personalien müssen bei Einsichtnahme angegeben werden). 2014 konnten so ebenfalls wieder ca. 50.000 € an zusätzlichen Einnahmen erwirtschaftet werden.

Ferner wurde 2014 das Projekt zur Digitalisierung der Bauakten weiter vorangetrieben. Das Projekt ist zum einen ein wichtiger Baustein für eine Reihe von zukünftig anstehenden e-government – Maßnahmen und soll zum anderen den enormen Papieraktenzuwachs in der Zentralregistratur eindämmen. Auf Basis des Fachkonzeptes hat die Arbeitsgruppe in enger Abstimmung mit dem Lenkungskreis ein an den praktischen Anforderungen orientiertes Umsetzungskonzept erstellt. Dieses war auch Grundlage für den Stadtratsbeschluss, welcher am 17.12.2014 gefasst wurde. 2015 ff. erfolgt nun die Einrichtung einer Scannstelle und die Besetzung der neu geschaffenen Stellen. Anschließend erfolgt die schrittweise Implementierung in den Arbeitsalltag.

Auf der Grundlage von diversen Stadtratsbeschlüssen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Zukunftskongresses wurden die Prioritäten der Langfristigen Siedlungsentwicklung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung in Form von qualifizierter Verdichtung, Umstrukturierung und Stadtrand-Landschaft festgelegt und hinsichtlich ihrer qualitativen und quantitativen Wirkungen sowie ihrer Umsetzbarkeit bewertet. Dabei ergeben sich im Referat für Stadtplanung und Bauordnung vor allem bei der Gartenstadt-Thematik, den Verdichtungs- und Umstrukturierungsprojekten sowie bei Themen der Unteren Naturschutzbehörde erhebliche Steigerungen der Arbeitsmengen und Arbeitsanforderungen. Da eine ordnungsgemäße und termingerechte Aufgabenerfüllung mit den vorhandenen Personalressourcen nicht gewährleistet werden kann, war die Zuschaltung von 7,5 Stellen in den Baubezirken und der Unteren Naturschutzbehörde erforderlich. Die Stellen wurden Ende 2014 / Anfang 2015 besetzt.

Mit Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 12.12.2012 (Sitzungsvorlagen Nr. 08-14/ V 10656) wurde eine Nachsteuerung bei der Umsetzung des wohnungspolitischen Handlungsprogrammes „Wohnen in München V“ (WIM V) zur Erhöhung der Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau beschlossen. Für den Zuständigkeitsbereich der Hauptabteilung IV bedeutet dies, dass einige Baufälle im Rahmen der Wohnungsbauoffensive zusätzlich zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese zeichnen sich meist durch hohe Komplexität in fachlicher und kommunikativer Hinsicht aus. In den Bestandsgebieten nach § 34 BauGB wird

die Lokalbaukommission zudem immer mehr mit Baufällen an der Grenze des rechtlich Zulässigen konfrontiert, die gleichzeitig unter hohem Erwartungsdruck der Bevölkerung (z.B. Gartenstädte) stehen. Für diese prioritären, zusätzlichen Aufgabenstellungen im Rahmen von WIM V wurden 3 VZÄ zugeschaltet. Seit Beschlussfassung von Wohnen in München V im Jahr 2012 ist ein kontinuierlicher und signifikanter Anstieg der beantragten Wohneinheiten von 9.976 WE (2012) auf 10.834 WE (2013) und 12.097 WE (2014) zu verzeichnen. Gleichzeitig wächst der Bestand der noch nicht verbeschiedenen Bauanträge für Wohneinheiten von 4.397 WE (2012) auf 4.650 WE (2013) und 4.937 WE (2014).

Neben den steigenden Ziel- und Antragszahlen im Wohnungsbau war die Lokalbaukommission 2014 vor allem auch mit den Sonderthemen „Stab zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen“ (VV 9.4.2014, Vorlagen Nr. 08-14/V14274) sowie der „Schulbauoffensive“ (VV 5.11.2014) Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V01640) befasst. Bei beiden Initiativen ist die LBK in erheblichem Umfang bei der Prüfung von geeigneten Standorten beteiligt. Bei der Schulbauoffensive sind von der LBK ca. 130 Machbarkeitsstudien und 30 Schulpavillons zu prüfen. Im Rahmen der „Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen“ müssen ca. 20 - 30 Standorte für 4.000 – 5.000 Betten gefunden werden. Obwohl beide Beschlüsse Personalzuschaltungen für diese Sonderaufgaben enthalten, mussten die Aufgaben bis zur tatsächlichen Besetzung der Stellen Ende 2014 / Anfang 2015 mit vorhandenen Kapazitäten bewältigt werden, auf Kosten der normalen Genehmigungssachbearbeitung. Beide Themen binden wegen steigender Fallzahlen auch nach der erfolgten Personalzuschaltung erhebliche Ressourcen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Produktgruppe Stadtentwicklungsplanung:

Die Stadtentwicklungsplanung leistet einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Aufgabenerfüllung durch Wahrnehmung der sog. Planungshoheit der Gemeinden, z.B. in Form der Bauleitplanung durch Flächennutzungspläne. Insbesondere im Vorfeld der baulichen Umsetzung der meisten kommunalen Aufgaben unterstützt die Stadtentwicklungsplanung andere Referate bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben, wie z.B. Krippenoffensive, Schulbauoffensive etc.. So wird z.B. durch die Erstellung von Bevölkerungsprognosen der Bedarf an unterschiedlichsten Einrichtungen für die einzelnen Stadtteile ermittelt, Flächen zur Umsetzung identifiziert und Zuarbeit zu den künftigen Bebauungsplänen z.B. durch Verkehrskonzepte geleistet.

Die Aufgaben wurden ordnungsgemäß erfüllt. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Flächenvorsorge für den Wohnungsbau (Projekt Langfristige Siedlungsentwicklung) i.V.m. einer nachhaltigen Mobilität.

Produktgruppe Räumliche Planung und Entwicklung:

Bei den Aufgaben der HA II-Stadtplanung, wie insbesondere der Aufstellung von Bebauungsplänen, handelt es sich gem. Art. 57 Abs. 1, Satz 2 GO in Verbindung mit den §§ 1, 2 BauGB überwiegend um mittelbare Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis. Auftragsgrundlage für unsere Produkte sind in der Regel das Baugesetzbuch, die Bayerische Bauordnung, sonstige Gesetze, Verordnungen und Satzungen oder aber Stadtratsbeschlüsse. Im Jahr 2014 konnten die kommunalen Aufgaben uneingeschränkt erfüllt werden.

Produktgruppe Räumliche Planung und Entwicklung im Besonderen Städtebaurecht; Wohnungswesen:

In der HA III werden Aufgaben aus den Bereichen des geförderten Wohnungsbaus, der Stadtsanierung und des Teilnehmungsmanagements für die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften wahrgenommen.

Im Bereich des geförderten Wohnungsbaus wurden in 2014 1.695 Wohneinheiten bewilligt. Gegenüber 2013 konnte damit eine Steigerung um 9% erreicht werden.

Im Bereich der Stadtsanierung und des Teilnehmungsmanagements wurden die rechtlichen Vorgaben ordnungsgemäß umgesetzt.

Produktgruppe Bauaufsicht, Naturschutz, Denkmalschutz:

Sowohl die durchschnittliche Laufzeit der bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren mit 107 Tagen als auch die durchschnittliche Laufzeit bei der Unteren Naturschutzbehörde (37 Tage) und Unteren Denkmalschutzbehörde (39 Tage) entsprechen den Zielvorgaben. Die durchschnittliche Laufzeit der bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren in der Lokalbaukommission (LBK) bewegt sich jedoch stetig in Richtung Obergrenze des Handlungsziels (110 Tage). In den letzten Jahren gab es folgende Laufzeiten: 2011: 97 Tage, 2012: 98 Tage, 2013: 104 Tage). Der nun eingetretene Anstieg gegenüber dem Jahr 2013 kann vielfältige Ursachen haben, z.B. kurzfristige personelle Engpässe aufgrund von Fluktuation / vakanten Stellen, viele komplexe Anträge, Sonderaufgaben wie Asyl und Schulbauoffensive, unvollständige Anträge etc. In einigen LBK - Teams gibt es auch deutliche Überlastungsanzeichen, Bestände steigen an. Hier muss weiter gegengesteuert werden. Die LBK arbeitet daher aktuell an einer Beschlussvorlage „LBK modern“ zur personellen Stärkung und Stabilisierung einzelner Bereiche sowie zur Beschleunigung der Verfahren. Die Beschlussfassung ist Mitte 2015 geplant.

Darüber hinaus konnte 2014 in allen drei Bereichen mit den beschriebenen Rahmenbedingungen ein quantitativ konstant hohes Level an Beratungen und Auskünften gehalten werden. Bei der Bauaufsicht wurde mit ca. 39.567 Beratungen das hohe Level aus dem Vorjahr annähernd gehalten. Im Bereich Naturschutz sank die Anzahl an Beratungen und Auskünften im Vergleich zum Vorjahr (2.257) deutlich auf ca. 1.650. Grund hierfür ist vermutlich, dass ab 2014 aufgrund des neuen Beratungsleitfadens zwischen Informationsgespräch (jederzeit reproduzierbar ohne konkreten Vorhabensbezug, mangels Aktenzeichen nicht erfasst oder nur als "Notiz") und Beratungsgespräch (konkreter Vorhabensbezug, explizite Beratung zu Vorhaben, Anwesen oder Verfahren, erfasst als "Beratung Naturschutz") unterschieden wird. Im Bereich Denkmalschutz sanken die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr von 5.140 auf 4.723. Mögliche Ursache sind personelle Engpässe (Krankheit, Urlaub und vakante Stellen). Diese Werte unterstreichen nichts desto trotz die hohe Kundenorientierung des Servicezentrums und der Fachabteilungen der Hauptabteilung IV im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, binden jedoch gleichzeitig Kapazitäten.

Auch die Anzahl der 2014 abgeschlossenen Baugenehmigungen konnte mit ca. 6.500 Stück so hoch gehalten werden wie in den letzten Jahren (jeweils ca. 6.500 – 7.000 Stück). Im Bereich Naturschutz wurden wieder ähnlich hohe Werte wie in den Vorjahren erreicht, nämlich ca. 3.600 Genehmigungen und Erlaubnisse. Für den Bereich Denkmalschutz stieg die Anzahl der erteilten Genehmigungen und Erlaubnisse (2.625) im Vergleich zum Vorjahreswert (2.525). Diese Kennzahlen stellen den quantitativen Output der Hauptabteilung IV im Referat für Stadtplanung und Bauordnung dar und veranschaulichen in Verbindung mit den oben dargestellten Laufzeiten, dass die vielen Anträge im Rahmen der Möglichkeiten schnell bearbeitet werden, um möglichst zügig Rechtssicherheit für die Münchner Bauwirtschaft und die Fragestellungen im Natur- und Denkmalschutz zu schaffen.

Dazu kamen neben der Beteiligung an der Inschutznahme der Fröttmaninger Haide als Naturschutzgebiet die Vorbereitung von innerstädt. Schutzgebietsausweisungen sowie das erfolgreiche referatsübergreifende Forum Biotoppflege unter Federführung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung.

Bei der Denkmalschutzbehörde standen der Erhalt der Münchner Dorfesemblem, die Bearbeitung von Leitlinien für das Bauen in der Altstadt neben bedeutenden Einzelfällen im Vordergrund.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.379.444	3.770.776	+2.391.332	+173,35%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.147.657	17.115.361	+967.704	+5,99%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	308.722	358.682	+49.960	+16,18%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.306	4.300	-5.006	-53,79%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	564.246	671.793	+107.547	+19,06%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.951.679	5.177.308	-1.774.371	-25,52%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	25.361.054	27.098.220	+1.737.166	+6,85%
9	- Personalauszahlungen	36.249.476	38.761.321	+2.511.845	+6,93%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	941	+941	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.835.706	4.227.139	+391.433	+10,20%
12	- Transferauszahlungen	5.763.370	6.801.218	+1.037.848	+18,01%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.519.965	3.565.370	-954.595	-21,12%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	50.368.517	53.355.989	+2.987.472	+5,93%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-25.007.463	-26.257.769	-1.250.306	+5,00%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.215.008	77.120	-1.137.888	-93,65%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	9.067.233	9.247.581	+180.348	+1,99%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	19	+19	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	26.696.704	7.400.000	-19.296.704	-72,28%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	27.812.271	10.315.568	-17.496.703	-62,91%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	64.791.216	27.040.288	-37.750.928	-58,27%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	702.408	124.001	-578.407	-82,35%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	22.366.650	29.699.250	+7.332.600	+32,78%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	1.773.838	642.463	-1.131.375	-63,78%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	18.961.067	34.179.433	+15.218.366	+80,26%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	43.803.963	64.645.147	+20.841.184	+47,58%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	20.987.253	-37.604.859	-58.592.112	-279,18%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-4.020.210	-63.862.628	-59.842.418	+1488,54%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-4.020.210	-63.862.628	-59.842.418	+1488,54%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	96.088	1.223.977	+1.127.889	+1173,81%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-2.339	2.339	+4.678	-200,00%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	98.427	1.221.638	+1.123.211	+1141,16%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-3.921.783	-62.640.990	-58.719.207	+1497,26%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-3.921.783	-62.640.990	-58.719.207	+1497,26%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Rand-Nr. 2: Die Einnahmenentwicklung bei den Zuwendungen und Umlagen ist im Wesentlichen der Veräußerung der GBW AG und der Liquidation der Gesellschaften geschuldet u.a. aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 22.01.2014, Vorlagen-Nr. 08-14/V13884.

Rand-Nr. 8: Die geminderten Einnahmen bei den Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen stehen im Zusammenhang mit dem Verzicht der Landeshauptstadt München auf die bis 2019 von der GEWOFAG Holding GmbH jährlich verpflichtend zu leistende Regelausschüttung in Höhe von 4 v.H. des Grundkapitals der GEWOFAG Wohnen GmbH aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 23.10.2013, Vorlagen-Nr. 08-14/V13095 und mit geringeren Zinseinnahmen aus Wertpapiergeschäften.

Rand-Nr. 9: Die Steigerung der Personalausgaben ist verursacht durch Kapazitätsausweitungen aufgrund von Beschlussfassungen im Zusammenhang mit „PERSPEKTIVE MÜNCHEN, Langfristige Siedlungsentwicklung“, „Wohnen in München V“, „Wohnungsbauoffensive“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren im Stadtteil Trudering, „Siedlungsschwerpunkt Freiham“, „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nordost“, „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM)“, „Ausbauoffensive Kindertageseinrichtungen“ und durch Tarif- bzw. Besoldungsanpassungen.

Rand-Nr. 12: Die Entwicklung der Transferauszahlungen ist im Wesentlichen der Veräußerung der GBW AG und der Liquidation der Gesellschaften geschuldet aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 22.01.2014, Vorlagen-Nr. 08-14/V13884 (s.o.).

Rand-Nr. 13: Die geringeren sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit stehen im Zusammenhang mit Wertpapiergeschäften durch die Stadtkämmerei.

Rand-Nr. 15: Aufgrund Verzögerungen bei Verhandlungen bzgl. Grundstücksübertragungen wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse wurden in 2014 weniger investive Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Zudem wurden aufgrund personeller Engpässe weniger investive Maßnahmen durch die Maßnahmenträgerin abgerechnet. Da die Maßnahmen im Bereich der Stadtsanierung mit 60% durch die Regierung von Oberbayern mit Mitteln der Städtebauförderung bezuschusst werden, sind die Einzahlungen aus Investitionszuwendungen im Bereich der Stadtsanierung entsprechend gesunken.

Rand-Nr. 18: Die geringeren Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen von rd. 19 Mio Euro stehen im Zusammenhang mit den Wertpapiergeschäften. Die Zuständigkeit der Käufe/ Verkäufe liegt bei der Stadtkämmerei.

Rand-Nr. 19: Die Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit sind um rund 17 Mio. € gesunken. Unter dieser Position werden sämtliche Darlehensrückflüsse verbucht. Die Höhe der Rückflüsse hängt vom Tilgungsverhalten der einzelnen Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer ab. Die Darlehen stammen aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Programmen, mit den unterschiedlichsten Laufzeiten und Konditionen (z.B. Sondertilgungsmöglichkeiten). Erhebliche, vorab nicht kalkulierbare Schwankungen sind in diesem Bereich üblich.

Rand-Nr. 22: Die gesunkenen Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen stehen im Zusammenhang mit der Verwendung von Stellplatzablösemitteln und dem damit verbundenen Rechteerwerb, der durch die Bezuschussung erfolgt. Anzahl und Umfang der bezuschussten Stellplatzanlagen unterliegen jährlichen Schwankungen.

Rand-Nr. 23: Die gestiegenen Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen hängen mit der Stammkapitalerhöhung von rd. 14 Mio € bei der Beteiligungsgesellschaft GWG gemäß Stadtratsbeschluss vom 30.07.2014, Vorlagen-Nr. 14-20 / V 01017, zusammen. Außerdem wurden um rd. 7 Mio € weniger Wertpapiere durch die Stadtkämmerei erworben.

Rand-Nr. 24: Die geminderten Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen stehen im Zusammenhang mit dem Förderprogramm "Wohnen am Ring". Seit 2013 liegen keine neuen Zuschussanträge vor, weshalb seitdem auch keine neuen Zuschüsse bewilligt wurden und es in 2014 auch zu keiner Auszahlung kam. In 2013 wurde der Zuschuss für eine Bewilligung aus dem Jahr 2007 durch den Zuschussnehmer i.H.v. 958 Tsd. € abgerufen und ausbezahlt.

Rand-Nr. 25: Die Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit in Höhe von rd. 15,2 Mio. Euro resultieren aus den vergebenen KomPro-Darlehen. Die Darlehensnehmer haben aufgrund des Baufortschrittes bei den Maßnahmen im geförderten Wohnungsbau die entsprechenden Darlehensraten in größerem Umfang als 2013 abgerufen.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.837.000	4.610.000	3.770.776	-839.224	-18,20%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.804.200	15.174.200	17.115.361	+1.941.161	+12,79%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	237.800	237.800	358.682	+120.882	+50,83%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	4.300	+4.300	-%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	507.800	498.800	671.793	+172.993	+34,68%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	5.712.100	5.144.900	5.177.308	+32.408	+0,63%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	23.098.900	25.665.700	27.098.220	+1.432.520	+5,58%
9	- Personalauszahlungen	36.713.800	38.808.700	38.761.321	-47.379	-0,12%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	941	+941	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.131.400	5.934.800	4.227.139	-1.707.661	-28,77%
12	- Transferauszahlungen	3.874.100	6.703.700	6.801.218	+97.518	+1,45%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.914.200	6.113.800	3.565.370	-2.548.430	-41,68%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	51.633.500	57.561.000	53.355.989	-4.205.011	-7,31%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-28.534.600	-31.895.300	-26.257.769	+5.637.531	-17,68%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	4.330.000	2.780.000	77.120	-2.702.880	-97,23%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	7.000.000	9.247.581	+2.247.581	+32,11%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	19	+19	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	7.400.000	7.400.000	7.400.000	0	0,00%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	8.031.500	8.031.500	10.315.568	+2.284.068	+28,44%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	19.761.500	25.211.500	27.040.288	+1.828.788	+7,25%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.152.000	4.746.000	0	-4.746.000	-100,00%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	188.100	194.000	124.001	-69.999	-36,08%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	7.400.000	29.070.000	29.699.250	+629.250	+2,16%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	1.800.000	3.001.000	642.463	-2.358.537	-78,59%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	65.574.000	42.136.000	34.179.433	-7.956.567	-18,88%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	82.114.100	79.147.000	64.645.147	-14.501.853	-18,32%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-62.352.600	-53.935.500	-37.604.859	+16.330.641	-30,28%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-90.887.200	-85.830.800	-63.862.628	+21.968.172	-25,59%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-90.887.200	-85.830.800	-63.862.628	+21.968.172	-25,59%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	1.223.977	+1.223.977	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	2.339	+2.339	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	1.221.638	+1.221.638	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln					-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-90.887.200	-85.830.800	-62.640.990	+23.189.810	-27,02%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven					-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-90.887.200	-85.830.800	-62.640.990	+23.189.810	-27,02%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Rand-Nr. 2: Die Ist-/Plan-Abweichung 2014 bei den Einzahlungen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen resultiert aus geminderten Refinanzierungsbeiträgen von der Regierung von Oberbayern im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen. Teilweise konnten Sanierungsmaßnahmen nicht abgerechnet werden, da nicht alle erforderlichen Unterlagen vorlagen, zum anderen war bzw. ist die Prüfung der Refinanzierungsanträge durch die Regierung von Oberbayern noch nicht abgeschlossen.

Rand-Nr. 4: Grund für die Abweichung sind die höheren Einnahmen bei den Baugenehmigungsgebühren. Die Gebührenhöhe ergibt sich aus den Baukosten eines beantragten und genehmigten Vorhabens. Deshalb ist die Höhe der Gebühreneinnahmen unmittelbar und ausschließlich abhängig von der Anzahl der Bauanträge und insbesondere von der Größe der einzelnen Bauvorhaben. Sowohl die Anzahl der Bauvorhaben als auch die Größe der Vorhaben sind Variablen und als solche weder vorhersehbar noch bestimmbar. Größere Schwankungen bei dieser Einzahlungsart sind insoweit nicht ungewöhnlich.

Rand-Nr. 11: Die geringeren Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen stehen im Zusammenhang mit den konsumtiven Auszahlungen an das MGS-Treuhandvermögen. Durch die MGS wurden die Mittel verspätet abgerufen. Daneben kam es aufgrund von Verzögerungen bei der Abrechnung von IT-Leistungen durch den Eigenbetrieb it@M zu geminderten Auszahlungen.

Rand-Nr. 13: Die sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind nicht in der veranschlagten Höhe angefallen, weil im Zusammenhang mit den vom Stadtrat gefassten Beschlüssen zu "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nordost gem. §§ 165 ff. BauGB für den Bereich Nordosten", Vorlagen-Nr. 08-14/V13044 vom 27.11.2013 und "Siedlungsschwerpunkt Freiham, Finanzbedarf des Referates für Stadtplanung und Bauordnung für die Jahre 2014 bis 2016", Vorlagen-Nr. 08-14/V13620 vom 19.02.2014 die Haushaltsmittel für die vorgesehenen Drittvergaben in 2014 nur zum Teil in Anspruch genommen werden mussten.

Rand-Nr. 15: Die geminderten Einzahlungen aus Investitionszuwendungen sind auf die Zuwendungen der Regierung von Oberbayern im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Stadt-sanierung zurückzuführen. Es wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.1.2 verwiesen.

Rand-Nr. 16: Bei den Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeiten handelt es sich um die Einnahmen aus Stellplatzablösen. Die Anzahl der im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren abzulösenden Stellplätze lassen sich im Voraus nicht exakt kalkulieren.

Rand-Nr. 19: Die Mehrung der Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit um rd. 2,3 Mio € im Vergleich zu den geplanten Einzahlungen stehen im Zusammenhang mit den Darlehensrückflüssen. Es wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.1.2 verwiesen.

Rand-Nr. 21: Die Budgetmittel für die Stadtsanierung werden in der Planung pauschal bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen veranschlagt. Zur tatsächlichen Auszahlung werden die Haushaltsmittel entsprechend maßnahmenbezogen umgeschichtet, auch an beteiligte Fachreferate. Daher kommt es hier nur vordergründig zu dieser Ist-/Plan-Abweichung.

Rand-Nr. 24: Die geminderten Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen stehen zum einen im Zusammenhang mit dem Förderprogramm "Wohnen am Ring". Seit 2013 liegen keine neuen Zuschussanträge vor, weshalb seitdem auch keine neuen Zuschüsse bewilligt wurden und es in 2014 auch zu keiner Auszahlung kam. In 2013 wurde der Zuschuss für eine Bewilligung aus dem Jahr 2007 durch den Zuschussnehmer i.H.v. 958 Tsd. € abgerufen und ausbezahlt. Daneben wurden weniger Investitionszuschüsse für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Stadtsanierung ausbezahlt wie ursprünglich geplant. Dies begründet sich damit, dass es Verzögerungen bei Verhandlungen bzgl. Grundstücksübertragungen wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse gab und somit in 2014 weniger investive Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Zudem wurden aufgrund personeller Engpässe weniger investive Maßnahmen durch die Maßnahmenträgerin

abgerechnet.

Rand-Nr. 25: Die Ist-/Planabweichung 2014 bei den Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit stehen im Zusammenhang mit den vergebenen KomPro-Darlehen. Die Höhe der Auszahlungen hängt vom Baufortschritt bei den Maßnahmen im geförderten Wohnungsbau ab.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.246.528	3.767.000	+2.520.472	+202,20%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.622.501	15.753.867	-868.634	-5,23%
5	+ Auflösung von Sonderposten	674.843	882.827	+207.984	+30,82%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	455.021	404.913	-50.108	-11,01%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.306	4.300	-5.006	-53,79%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	911.434	1.841.370	+929.936	+102,03%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	19.919.633	22.654.277	+2.734.644	+13,73%
11	- Personalaufwendungen	36.331.872	38.947.195	+2.615.323	+7,20%
12	- Versorgungsaufwendungen	10.443.194	11.477.278	+1.034.084	+9,90%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.105.411	5.009.928	+904.517	+22,03%
14	- Planmäßige Abschreibungen	1.801.442	1.818.722	+17.280	+0,96%
15	- Transferaufwendungen	5.702.343	6.573.194	+870.851	+15,27%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.009.876	5.072.939	+1.063.063	+26,51%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	62.394.138	68.899.256	+6.505.118	+10,43%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S 2)	-42.474.505	-46.244.979	-3.770.474	+8,88%
17	+ Finanzerträge	4.192.960	3.903.686	-289.274	-6,90%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	4.192.960	3.903.686	-289.274	-6,90%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-38.281.545	-42.341.293	-4.059.748	+10,60%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-38.281.545	-42.341.293	-4.059.748	+10,60%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	534.987	+534.987	-%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.921.201	22.853.888	-67.313	-0,29%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-61.202.746	-64.660.194	-3.457.448	+5,65%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Rand-Nr. 2: Bei der Ertragsart Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.1.2 Rand-Nr. 2 verwiesen.

Rand-Nr. 8: Die Entwicklung der sonstigen ordentlichen Erträge ist im Wesentlichen auf die Auflösung der personalwirtschaftlichen Rückstellungen, deren Bewirtschaftung in den Zuständigkeitsbereich des Personal- und Organisationsreferats fällt, zurückzuführen.

Rand-Nr. 11: Bei den Personalaufwendungen wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.1.2
Rand-Nr. 9 verwiesen.

Rand-Nr. 13: Die im Vergleich zu 2013 gestiegenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stehen insbesondere im Zusammenhang mit den durch den Eigenbetrieb it@M erbrachten IT-Leistungen.

Rand-Nr. 15: Bei den Transferaufwendungen wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.1.2 Rand-Nr. 12 verwiesen.

Rand-Nr. 16: Die gestiegenen sonstigen ordentlichen Aufwendungen begründen sich mit der nachträglichen Belastung der Aufwandsrechnung 2014. Zwei Rechnungen der MGS vom Februar 2015, deren Leistungen bereits in 2014 erbracht wurden, konnten buchhalterisch in 2014 nicht mehr erfasst werden.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.837.000	4.610.000	3.767.000	-843.000	-18,29%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.804.200	15.174.200	15.753.867	+579.667	+3,82%
5	+ Auflösung von Sonderposten	566.000	566.000	882.827	+316.827	+55,98%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	237.800	237.800	404.913	+167.113	+70,27%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	4.300	+4.300	-%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	662.100	720.000	1.841.370	+1.121.370	+155,75%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	18.107.100	21.308.000	22.654.277	+1.346.277	+6,32%
11	- Personalaufwendungen	36.749.500	38.844.400	38.947.195	+102.795	+0,26%
12	- Versorgungsaufwendungen	16.128.800	9.869.000	11.477.278	+1.608.278	+16,30%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.141.400	5.934.500	5.009.928	-924.572	-15,58%
14	- Planmäßige Abschreibungen	1.581.200	1.581.200	1.818.722	+237.522	+15,02%
15	- Transferaufwendungen	3.874.100	6.703.700	6.573.194	-130.506	-1,95%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.878.600	6.088.200	5.072.939	-1.015.261	-16,68%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	69.353.600	69.021.000	68.899.256	-121.744	-0,18%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-51.246.500	-47.713.000	-46.244.979	+1.468.021	-3,08%
17	+ Finanzerträge	5.721.100	5.144.900	3.903.686	-1.241.214	-24,13%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	5.721.100	5.144.900	3.903.686	-1.241.214	-24,13%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-45.525.400	-42.568.100	-42.341.293	+226.807	-0,53%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-45.525.400	-42.568.100	-42.341.293	+226.807	-0,53%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	407.200	407.200	534.987	+127.787	+31,38%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.828.100	20.686.800	22.853.888	+2.167.088	+10,48%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-59.946.300	-62.847.700	-64.660.194	-1.812.494	+2,88%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Rand-Nr. 2: Die Ist-/Plan-Abweichung 2014 bei den Einzahlungen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen resultiert aus geminderten Refinanzierungsbeiträgen von der Regierung von Oberbayern im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen. Es wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.2.2 Rand-Nr. 2 verwiesen.

Rand-Nr. 8: Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.3.1.2 Rand-Nr. 8 verwiesen.

Rand-Nr. 12: Die Versorgungsaufwendungen stehen im Zusammenhang mit der Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen. Zu den Veränderungen kann das Referat für Stadtplanung und Bauordnung keine Aussage treffen, weil weder Bildung noch Auflösung in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Rand-Nr. 13: Die Ist-/Plan-Abweichung 2014 bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist verursacht durch die konsumtiven Auszahlungen an das MGS-Treuhandvermögen. Es wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.2.2 Rand-Nr. 11 verwiesen.

Rand-Nr. 16: Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wird auf die Erläuterungen unter der lfd. Nr. 1.2.2.2 Rand-Nr. 13 verwiesen.

Rand-Nr. 17: Die Finanzerträge stehen im Zusammenhang mit den Zinserträgen, die im Rahmen der vergebenen Aktivdarlehen erwirtschaftet werden. Deren Bewirtschaftung fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadtkämmerei.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	2.938	0	2.938
Personalauszahlungen	2.536	0	2.536
unverbrauchte Schenkungsmitel	0	0	0
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	2.918	291	2.627
Gesamt	8.392	291	8.101

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von konsumtiven Haushaltsausgabenresten entwickelt, wonach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) zum Jahresabschluss 2014 eingezogen.

1.4.3 Investive Reste

Im Referat für Stadtplanung und Bauordnung wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 3.037 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 6.036 Tsd. €) übertragen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	689	597	+2,13%	318	380	698	305	304	609
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	4	4	+25,00%	2	3	5	2	3	5
Beschäftigte Gesamt	693	601	+2,28%	320	383	703	307	307	614

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Referat für Stadtplanung und Bauordnung** 2014 eine Unterschreitung von **0,35 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist/Plan NT – Abw.	
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)	Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
Deckungsbereich Referat	36.184	+6,85%	38.798	38.661	-0,35%
		-%			-%
Summe Referat	36.184	+6,85%	38.798	38.661	-0,35%

Die IST/Plan-Abweichung beim Deckungsbereich des Referats für Stadtplanung und Bauordnung liegt innerhalb des Swing. Das Budget gilt somit als eingehalten.

248

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-113	-279	+146,90%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	8.763	9.615	+9,72%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	8.650	9.336	+7,93%
Beihilferückstellung Auflösung	-19	-48	+152,63%
Beihilferückstellung Zuführung	1.653	1.840	+11,31%
Belastung Beihilferückstellung	1.634	1.792	+9,67%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	0	0	-%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	27	21	-22,22%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	27	21	-22,22%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-147	0	-%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	113	218	+92,92%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-34	218	-741,18%
Gesamt	10.277	11.367	+10,61%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Produktgruppe Stadtentwicklungsplanung:

Die fachlich attraktiven und herausfordernden Aufgaben und Projekte der Stadtentwicklungsplanung können dank der motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin wahrgenommen werden. Die hohe Erwartungshaltung der Politik und Öffentlichkeit an unsere Konzepte und deren Umsetzung bleiben bestehen.

Weitere politisch stark gewichtete Themen wie die Wohnungsbauoffensive, Kinderkrippen-offensive, Schulbauoffensive werden prioritär vorangetrieben. Die Defizite in der Wohnungsversorgung bedürfen einer verstärkten regionalen Kooperation. Das starke Wachstum der Stadt und Region München und die damit verbundene angespannte Wohnungssituation erfordern in der Stadt- und Regionalentwicklung besondere Anstrengungen und Strategien, um eine sozial-verträgliche Entwicklung zu erreichen und eine Polarisierung der Stadtgesellschaft/-räume zu vermeiden. Für eine übergeordnete Infrastruktur ist die Herausforderung, die ständig steigenden Mobilitäts- und Flächenansprüche mit dem Wunsch nach Grünflächen in Einklang zu bringen, so wie den Zielkonflikt von Schnelligkeit und Qualität beim Bauen zu meistern.

Die Erfüllung der Produkte ist zudem abhängig von der Finanzierung Dritter (z.B. Bund, EU, etc.), insbesondere bei den Projekten rund um den Bahnknoten München.

Chancen bestehen vor allem in einer verstärkten Regionalkooperation und der Umsetzung des Projekts Langfristige Siedlungsentwicklung, um die Probleme des Ballungsraums München mit einem gemeinsamen Ansatz anzugehen.

Produktgruppe Räumliche Planung und Entwicklung im Besonderen Städtebaurecht; Wohnungswesen:

- Die Beschlussvorlage zur Umsetzung der Ökologischen Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park mit der Schaffung eines neuen Förderprogramms in der HA III muss noch vor der Sommerpause 2015 durch den Stadtrat behandelt werden, damit die geplante Ausschreibung der Grundstücksflächen zeitgerecht begonnen werden kann.

- Die Tätigkeiten des Sanierungstreuhanders MGS haben sich gewandelt. Während die MGS früher insbesondere Hochbaumaßnahmen, Abbrüche und Grundstücksneuordnungen umgesetzt hat, ist sie nun vorrangig mit der Entwicklung von Konzepten und Förderprogrammen und dem Quartiersmanagement beschäftigt.
- Damit die MGS als Sanierungstreuhandler weiterhin tätig sein kann, wird derzeit eine Beschlussvorlage zur Finanzausstattung erarbeitet. Es ist eine politische und öffentliche Diskussion zur Zukunft der MGS zu erwarten.
- Baugemeinschaften erhalten freifinanzierte Grundstücke zum (stetig steigenden und immer wieder nachbewerteten) Verkehrswert. Dieser hat inzwischen eine Höhe erreicht, die von Baugemeinschaftsmitgliedern mit durchschnittlichem Haushaltseinkommen zunehmend nicht mehr finanzierbar ist.
- Junge Genossenschaften stoßen durch stark steigende Baukosten aber auch durch hoch gesteckte eigene Ansprüche und Ziele zunehmend an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Produktgruppe Bauaufsicht, Naturschutz, Denkmalschutz:

Die Philosophie und das Handeln der Lokalbaukommission war in den vergangenen Jahren geprägt von den Rahmenbedingungen der Haushaltskonsolidierung. Zahlreiche Stellen wurden abgebaut, die Arbeitsmengen konnten nur durch Umstrukturierung und Aufgabenkritik wie der „Neuordnung der Bauberatung“ bewältigt werden. Für zusätzliche Aufgabenstellungen waren keine Spielräume. Aktuell ist die Haushaltskonsolidierung außer Kraft gesetzt, einzelne, gezielte Stellenzuschaltungen im Rahmen von Aufgabenmehrungen wie der Wohnungsbauoffensive, langfristige Siedlungsentwicklung, Schulbauoffensive oder Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen sind erfolgt bzw. befinden sich gerade in Umsetzung. Bis zur tatsächlichen Personalzuschaltung (Verfahren dauern aktuell bis zu 1 Jahr) werden/wurden diese Zusatzaufgaben vom bestehenden Personalkörper geleistet. Die Kapazität fehlt im normalen Genehmigungsverfahren. Die Laufzeit ist kritisch auf 107 Tage angestiegen. Die Personalzuschaltungen im Rahmen von Sonderaufgaben decken auch nur die zusätzlichen Aufgaben ab und stärken nicht die Kernbereiche der LBK. Es bedarf zur Stärkung und Beschleunigung der normalen Genehmigungssachbearbeitung dringend weiterer Personalzuschaltungen, zumal erhöhte Zielzahlen beim Wohnungsbau, gestiegene bzw. unverändert hohe Erwartungen an Bürgerorientierung und Laufzeiten sowie erhöhte Anforderungen bezüglich der Komplexität der Verfahren an die LBK gestellt werden. Die LBK arbeitet daher aktuell an einer Stadtratsvorlage zur personellen Stärkung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.

Wie unter 1.1.1 dargestellt, wurde 2014 das Projekt zur Digitalisierung der Bauakten weiter vorangetrieben. Das Projekt ist ein wichtiger, grundlegender Baustein für eine Reihe von zukünftig anstehenden e-government – Maßnahmen. Durch die direkte Verfügbarkeit von digitalen Bauakten entfallen bzw. reduzieren sich Warte- und Transportzeiten. Dies könnte zukünftig auch zu einer Reduzierung des gesamten Bearbeitungszeitraums (Laufzeit) beitragen. Schnellere Recherchen gegenüber Papierdokumenten und verminderte Aufwände bei der Bereitstellung der Akten bewirken Effizienzsteigerungen. Aufbauend auf diesen grundlegenden Schritten der Digitalisierung versucht die Hauptabteilung IV im Referat für Stadtplanung und Bauordnung mittelfristig auch die Wünsche der Kundinnen und Kunden und der Landeshauptstadt München in Zusammenhang mit e-government zu befriedigen. Mit der mittelfristigen Einführung von digitalen Bearbeitungsprozessen, die auf digitalen Dokumenten aufsetzen, wird auch die Grundlage für weitere Effektivierungen und eine höhere Kundenfreundlichkeit geschaffen, insbesondere durch online-Formulare, digitale Eingabe von Unterlagen, Sachstandsabfragen, digitale Bescheidszustellung etc..

Das unter 1.1.1 beschriebene Konzept zur Verbesserung und Vereinheitlichung der Bauberatung trägt nach nunmehr 3,5 Jahren praktischer Erfahrungen zur positiven Entwicklung in der Hauptabteilung IV im Referat für Stadtplanung und Bauordnung bei. Die Anzahl an Beratungen und Auskünften konnte auf hohem Niveau gehalten werden, was auf eine verbesserte Kundenorientierung und persönliche Erreichbarkeit schließen lässt. Die Bezirksteams werden durch das neue Beratungskonzept entlastet. Auf der anderen Seite muss zukünftig die aktuell niedrige Quote

der telefonischen Erreichbarkeit des Servicezentrums beachtet und ggf. durch Personalzuschaltung gegengesteuert werden. Bedingt durch die gestiegene Anzahl an persönlichen Beratungsgesprächen im Servicezentrum kann ggf. ein Telefonat nicht parallel angenommen

werden. Die HA IV prüft hier aktuell Gegenmaßnahmen. Der Evaluierungsbericht des Projektes Neuorganisation der Bauberatung ist 2015 geplant.

Seit Beschlussfassung von Wohnen in München V im Jahr 2012 ist ein kontinuierlicher und signifikanter Anstieg der beantragten Wohneinheiten von 9.976 WE (2012) auf 10.834 WE (2013) und 12.097 WE (2014) zu verzeichnen. Gleichzeitig wächst der Bestand der noch nicht verbeschiedenen Bauanträge für Wohneinheiten von 4.397 WE (2012) auf 4.650 WE (2013) und 4.937 WE (2014). Das deutet darauf hin, dass aufgrund des ständigen Zuwachses an Eingängen die Bestandsvorgänge mit dem vorhandenen Personal nicht mehr kontinuierlich abgearbeitet werden können. Es ist zudem davon auszugehen, dass die personelle Verstärkung der planenden Bereiche im Referat für Stadtplanung und Bauordnung in den letzten Jahren (u.a. im Zusammenhang mit den Beschlussfassungen zu Wohnen in München V, Wohnungsbauoffensive, Langfristige Siedlungsentwicklung), nicht dazu führt, dass das Antragsvolumen in den nächsten Jahren signifikant zurückgeht. Die durchschnittliche Laufzeit der Baugenehmigungsverfahren lässt sich 2014 mit 107 Tagen gerade noch im Korridor von 95 – 110 Tagen (Handlungsziel des PLAN) halten. Mit den oben dargestellten Entwicklungen und Fallzahlen wird die für die Investitions-tätigkeit der Landeshauptstadt München notwendige Verlässlichkeit und Stringenz für stabile Laufzeiten im Genehmigungsverfahren gefährdet.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, arbeitet die LBK gerade an der Optimierung der Rückgabe unvollständiger Bauanträge. Zudem wird aktuell ein weiteres Konzept geprüft: „Der schnelle Vorbescheid, die schnelle Baugenehmigung“. Das Konzept sieht vor, in bestimmten Fällen einen Vorbescheid in 60-90 Tagen zu ermöglichen. Diese inhaltlichen Optimierungen reichen jedoch nicht aus, um die Verfahren nachhaltig zu beschleunigen. Damit die dargestellte Antragsflut im Rahmen der Laufzeitziele weiterhin kundenorientiert bewältigt werden kann, arbeitet die LBK daher aktuell an einer Stadtratsvorlage zur personellen Stärkung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Produktgruppe Bauaufsicht, Naturschutz, Denkmalschutz:

Der Vollzug der EnEV und des EEWärmeG ist auf die LBK übertragen worden. Das EEWärmeG sieht verpflichtend Stichprobenkontrolle und die Annahme von Bescheinigungen vor. Daneben ist die LBK zuständig für Befreiungen und die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Um der Aufgabe gerecht zu werden, hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München am 17.03.2015 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Mit dem Beschluss werden der LBK 3,5 VZÄ für die Bearbeitung dieses Themas zugeschaltet. Wie hoch der zusätzliche Aufwand durch das EEWärmeG in den nächsten Jahren sein wird, bleibt abzuwarten. Eine Evaluierung ist vorgesehen.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)		
5815000	Regional- und Stadtentwicklung, PERSPEKTIVE MÜNCHEN	Qualitäten/ Wirkungen	Tage mit Informationsveranstaltungen	40	28	-12	-30,0%	2.1.2.1		
			weniger zufrieden	15	9	-6	-40,0%			
5816000	Räumliche Entwicklungs- und Verkehrsplanung	Qualitäten/ Wirkungen	Stadtratsbefassungen zu gesamtstädtischen/ teils räumlichen Konzepten im Mittel über 3 Jahre	10	12	+2	+20,0%	2.1.2.2 1. Spiegelstrich		
			Menge	Arbeitsstunden Räumliche Entwicklungs- und Flächennutzungsplanung	33.586	28.202	-5.384	-16,0%	2.1.2.2 2. Spiegelstrich	
5826000	Stadtplanung	Qualitäten/ Wirkungen	gesetzte Bebauungspläne	15	10	-5	-33,3%	2.1.2.3. 1. Spiegelstrich		
			Qualitäten/ Wirkungen	Baurecht für Wohnen – Mittelwert über 3 Jahre	3.000	3.464	+464		+15,5%	
			Qualitäten/ Wirkungen	Baurecht für MK pro Jahr	2,5	5,5	3,0		+121,2%	
			Qualitäten/ Wirkungen	Baurecht für MK - Mittelwert über 3 Jahre	8,6	5,7	-2,9		-33,4%	
			Qualitäten/ Wirkungen	gesetzte öffentliche Grünfläche	7,0	12,8	5,8		+82,3%	
			Qualitäten/ Wirkungen	gesetzte öffentliche Grünfläche – Mittelwert über 3 Jahre	7,0	12,4	5,4		+76,4%	
			Qualitäten/ Wirkungen	Ausgleichsflächen	10,0	4,6	-5,4		-53,7%	
			Qualitäten/ Wirkungen	Ausgleichsflächen – Mittelwert über 3 Jahre	15,0	19,6	4,6		+30,4%	
			Qualitäten/ Wirkungen	Stellungnahmen / Begutachtungen	2.400	2.021	-379		-15,8%	2.1.2.3. 2. Spiegelstrich
			Qualitäten/ Wirkungen	Städtebauliche Beratungen	8.000	6.539	-1.461		-18,3%	
5838000	Wohnungsbau-förderung	Qualität/ Wirkungen	Wertschöpfung zugunsten der Stadt	30.000.000	77.100.000	+47.100.000	+157,0%	2.1.2.4. 1. Spiegelstrich		
			Menge	Bearbeitung von Grundsatzfragen	200	167	-33	-16,5%	2.1.2.4. 2. Spiegelstrich	
			Menge	Gebundene und /oder vergebene Geschossflächen	120.000	250.611	+130.611	+108,8%	2.1.2.4. 1. Spiegelstrich	
			Menge	Maßnahmen im Wohnungsbestand	230	319	+89	+38,7%	2.1.2.4. 3. Spiegelstrich	
5839000	Beteiligungsmanagement	Finanzen	kalk. Kosten GEWOFAG	2.149	2.389	+240	+11,2%	2.1.2.5 1. Spiegelstrich		
			kalk. Kosten GWG	2.486	5.834	+3.348	+134,7%	2.1.2.5 2. Spiegelstrich		
			Erlöse MGS	1.188	809	-379	-31,9%	2.1.2.5 3. Spiegelstrich		
			kalk. Kosten MGS	5.891	4.712	-1.179	-20,0%	2.1.2.5 4. Spiegelstrich		
		Leistungs-menge	Betreuungsstunden MGS	1.111	928	-183	-16,4%	2.1.2.5 5. Spiegelstrich		
5841000	Bauaufsicht	Menge	Überprüfungen u. Wohnungseigentumsbescheinigungen	10.000	8.485	-1.515	-15,2%	2.1.2.6		

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5815000 "Regional- und Stadtentwicklung, PERSPEKTIVE MÜNCHEN"

Der Veranstaltungstyp "Informationsveranstaltungen" wird überwiegend von extern angefragt, ist daher nur bedingt in der Anzahl steuerbar und unterliegt jährlichen Schwankungen. 2014 kamen weniger Besucher/ Delegationen als erwartet.

Worauf die Quote der weniger zufriedenen Besucher/-innen zurückzuführen ist, die im Vergleich zur Geplanten um 40 % geringer ist, läßt sich aufgrund der geringen Zahlenbasis nicht sagen.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5816000 "Räumliche Entwicklungs- und Verkehrsplanung"

- Die Steigerung der Stadtratsbefassungen im Mittel über drei Jahre ergibt sich aus der ständig wachsenden Arbeit im Zusammenhang mit Vorhaben wie z.B. Wohnungsbau-, Kinderkrippen- und Schulbauoffensive, die mit Hochdruck vorangetrieben werden.

- Die geringere Anzahl an Arbeitsstunden resultiert daher, dass Stellennachbesetzungen und die Besetzung neu geschaffener Stellen einen längeren zeitlichen Vorlauf beanspruchen.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5826000 „Stadtplanung“

- Die Planungsreife gerade größerer Projekte mit entscheidender Auswirkungen auf die Zielzahlen unterliegt starken Schwankungen. Die Bearbeitung ist wesentlich abhängig von umfassenden Beteiligungsprozessen, von politischen Vorgaben sowie von der Mitwirkung und den Planungs-vorstellungen Dritter, z.B. Investoren. In den jeweiligen Jahren werden deshalb unterschiedlich viele Bebauungspläne zur Satzung gebracht.

Die Fläche der innerhalb der jeweiligen Bebauungspläne gesicherten einzelnen Baurechte schwankt aufgrund der Größe einzelner Planungen und darüber hinaus erheblich, so dass es zu deutlichen Abweichungen kommen kann.

Im letzten Jahr wurde mit der Satzung der Paul-Gerhardt-Allee mit 2,7 ha MK-Flächen und 8,7 Grünflächen die jeweiligen Zielzahlen von 2,5 ha und 7,0 ha beispielsweise allein schon über-troffen. Aufgrund der Prioritätensetzung für die Schaffung von Wohnraum konnten dagegen die Zielzahlen für die Schaffung von Baurecht für Gewerbe und Sondergebiete sowie für MK-Flächen und Infrastruktureinrichtungen im Mittelwert über 3 Jahre nicht erreicht werden.

- Die Anzahl der Stellungnahmen/Begutachtungen und Städtebaulichen Beratungen ist stark abhängig von den Anfragen der einzelnen Dienststellen, wie insbesondere der HA IV - Lokalbau-kommission und von Privatpersonen. Außerdem wird die Stadtplanung bei Fällen der Gebäude-klasse 1 – 3 in der Regel nicht mehr eingebunden. Zudem wurden von den Begutachtungen im letzten Jahr vordringlich die städtischen Bedarfe im Zusammenhang mit der Schulbauoffensive und der Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungssuchenden bearbeitet.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5838000 "Wohnungsbauförderung"

- Es wurden wesentlich mehr Bindungsverträge abgeschlossen, als erwartet. Zudem wurden in einigen Bindungsverträgen größere Flächen gebunden, als geplant. Entsprechend ist die Wertschöpfung und die Geschossfläche gestiegen.

- Aufgrund personeller Friktionen konnten erheblich weniger Vorgänge als ursprünglich geplant bearbeitet werden.

- Die Bewilligungen für den 3. Förderweg sind erst Mitte der 1990er angelaufen. Durch die beim 3. Förderweg bestehende Bindungsdauer, den stetig ansteigenden Wohnungswechsel vor

Bindungsablauf (aufgrund der veränderten Arbeitsmarktlage) und die seit 2012 stetig erfolgenden Zinssenkungen (Anreiz zur vorzeitigen Rückzahlung der öffentlichen Darlehen) sind die entsprechend notwendigen Prüfungen in diesem hohen Umfang erst seit Ende 2013 angefallen. Daneben sind die Anfragen seitens der Münchner Mieterinnen und Mieter durch den Erwerb der GBW-Anteile durch das private Konsortium und der damit einhergehenden allgemeinen Verunsicherung seit Ende 2013 sehr stark angestiegen.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5839000 "Beteiligungsmanagement"

- Das Objekt St.Pauls-Platz 2, Flst. 767/25 Sektion V des städtischen Wohnungsbestands wurde rückwirkend zum 01.01. 2013 an die GEWOFAG übertragen. Die Übertragung erfolgte erst zum Ende des Jahres 2013. Die hieraus resultierende Erhöhung des Stammkapitals i.H.v. 6.233.300,00 € auf nunmehr 62.061.550,00 € führt zu einem höheren kalkulatorischen Aufwand in 2014.

- Bei der GWG wurde das Stammkapital durch die Übertragung von städtischem Wohnungsbestand in drei Schritten auf nunmehr 163.429.800,00 € erhöht, wodurch der kalkulatorische Aufwand in 2014 entsprechend ansteigt.

a) Die ehemals städtischen Klinikwohnungen wurden rückwirkend zum 01.01.2013 an die GWG übertragen. Die Übertragung erfolgte erst zum Ende des Jahres 2013. Hierdurch wurde das Stammkapital um 48.960.000,00 € erhöht.

b) Mit Beschluss vom 30.07.2014 (VV Nr. 14-20 / V 01017) wurde die Kapitalerhöhung bei der GWG gegen Bareinlage der LHM i.H.v. 14.270.000,00 € beschlossen. Der Betrag von 14.270.000,00 € wurde am 14.11.2014 an die GWG überwiesen.

c) Rückwirkend zum 01.01.2014 erfolgte die Übertragung der städtischen Unterkünfte und Wohnheime an die GWG. Die Übertragung erfolgte erst zum Ende des Jahres 2014. Hierdurch wurde das Stammkapital um 35.640.000,00 € erhöht.

- Aufgrund verspäteter Mittelabrufe durch die MGS und zusätzlich längerer Prüfzeiten seitens der Regierung von Oberbayern (ROB) konnten ca. 925 Tsd. €, deren Abruf bereits in 2014 geplant war, erst Anfang 2015 zur Zahlung angewiesen werden.

- Es wurden mehr Anlage fertiggestellt (abhängig vom Baufortschritt) und auch die entsprechenden Zuschüsse von der Regierung von Oberbayern (ROB) ausgereicht als erwartet, so dass die Abschreibungen entsprechend angestiegen und dadurch die kalkulatorischen Kosten gesunken sind.

- Aufgrund personeller Friktionen ergibt sich der starke Rückgang bei den Produktivstunden.

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt 5841000 "Bauaufsicht"

Im Vergleich zum Vorjahr (8.788) ist die Anzahl der Überprüfungen zurückgegangen. Dies begründet sich folgendermaßen:

- Durch die hohe Anzahl an Rücknahmefriktionen und Zurückziehungen bei den Bauanträgen sinkt infolgedessen die Anzahl der bauaufsichtlichen Überprüfungen.
- Einige Anträge werden häufig auch durch die sog. Tekturen erledigt, so dass zwar insgesamt eine Eingangsmehrung an Anträgen zu verzeichnen ist, jedoch nicht bei den bauaufsichtlichen Überprüfungen, da diese nur einmal in einem Fall erfolgen.
- Aufgrund der steigenden Anzahl an neu eingehenden und auch immer schwieriger werdenden Bauanträgen können die Fälle nicht immer innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden und die Anzahl der offenen Fälle steigt.
- Um die fertiggestellten Baubvorhaben bauaufsichtlich überprüfen zu können, werden bautechnische Nachweise benötigt, die sehr zeitintensiv sind. Die Fälle können jedoch erst abgeschlossen werden, wenn alle Nachweise vorliegen.
- Aktuell haben einige Sonderthemen Priorität, z.B. Schulbauoffensive, Asyl, Lasie, Gartenstadt etc..

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage ZIMAS zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Referat für Stadtplanung und Bauordnung).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	41	40	-2,44%
Referatsziele	0	0	-%
Stadtratsziele	14	14	0,00%
Summe Ziele	55	54	-1,82%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Entfällt.

4 Sonstiges

Ausführungen zu den sonstigen Sachverhalten sind nicht zu treffen.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Referat für Bildung und Sport

1 Referatebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Entwicklung Beschäftigtenzahlen

Das Jahr 2014 war - wie schon in den Vorjahren - geprägt von steigenden Aufgabenstellungen insbesondere im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Tagesheime als auch im Bereich der Schulen.

Beispielsweise sei hier der stetige Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten durch Neueröffnungen und Gruppenerweiterungen bei Kindertageseinrichtungen und Tagesheimen genannt. Das zum September 2013 erfolgreich eingeführte Assistenzkräftemodell konnte im neuen Kindergartenjahr 2014/2015 mit neuen Lehrganggruppen fortgesetzt werden.

Im Bereich der Schulen wurde der Ausbau der Ganztagsangebote und die bedarfsorientierte Budgetierung konsequent weiter verfolgt. Die Eingangsklassen an den städtischen Realschulen wurden zum Schuljahr 2014/2015 um weitere 4 Klassen erhöht. Ebenso erhöht wurden die Eingangsklassen an der städtischen Berufsfachschule für Kinderpflege, eine dreijährige Teilzeitausbildung an der Fachakademie für Sozialpädagogik wird seit dem Schuljahr 2013/2014 angeboten. Darüber hinaus stimmte der Stadtrat der Einrichtung der Städtischen Technikerschule für Umweltschutztechnik und erneuerbare Energien zu, da der Bedarf an Fachkräften in diesem Bereich kontinuierlich steigt. Mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 wurde die Städtische Fachschule für Buchbindetechnik und Fotografie (Meisterschule) München errichtet.

Infolgedessen stieg der Personalstand allein für das pädagogische Personal (Lehr- und Erziehungsdienst) zum 31.12.2014 um rund 250 Dienstkräfte an. Für das gesamte Referat betrug der Personalstand zum Ende des Jahres 2014 insgesamt 13.595 Personen (aktiv Beschäftigte) und lag damit um 327 Personen über dem Vorjahresstand (siehe dazu Punkt 1.5).“

Organisationsstruktur

Im Jahr 2014 wurde aufgrund der Empfehlungen des externen Organisationsgutachtens zur Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Gesamtreferates die Organisationsstruktur geändert. Es wurden sieben Geschäftsbereiche und drei Stabsstellen gebildet.

Stabsstelle Kommunales Bildungsmanagement und Steuerung
 Stabsstelle Recht
 Stabsstelle Presse und Kommunikation
 Geschäftsbereich KITA
 Geschäftsbereich A Allgemeinbildende Schulen
 Geschäftsbereich B Berufsbildende Schulen
 Geschäftsbereich PI Pädagogisches Institut
 Geschäftsbereich S Sport
 Geschäftsbereich V Verwaltung
 Geschäftsbereich ZIM Zentrales Immobilienmanagement

Die Produktstruktur wurde davon nicht tangiert mit Ausnahme des Themenbereiches „Bildung im Quartier“, welches von der Stabsstelle Kommunales Bildungsmanagement und Steuerung zum Produkt Bildungsberatung unter Produktverantwortung des Pädagogischen Instituts wechselte.

Kommunales Bildungsmanagement inkl. Münchner Projekt „Lernen vor Ort“

Der Sachstand des Kommunalen Bildungsmanagements und des Münchner Projekts „Lernen vor Ort“ wurde, insbesondere die maßgeblichen Meilensteine, dem Stadtrat in verschiedenen Vorlagen unterbreitet. Auf die detaillierten Ausführungen in den entsprechenden Vorlagen darf verwiesen werden.

Herauszuheben sind insbesondere folgende Meilensteine:

- Start der wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung der Bedarfsorientierten Budgetierung durch das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) zum 01.01.2014 (SV 08-14 / V 12717 vom 17.09.2013)
- „Kontaktstelle Frühe Förderung“/Stadtjugendamt: Verstetigung der über „LvO“-finanzierten Stellen in den Planungsregionen Neuperlach, Am Hart/Harthof/Nordhaide und Messestadt Riem (SV 08-14 / V 13759 vom 25.02.2014)
- Beratungsstelle für Anerkennung ausländischer Qualifikationen/Amt für Wohnen und Migration: Verstetigung der über „LvO“-finanzierten Stellen in der Servicestelle (SV 08-14 / V 13862 vom 19.03.2014)
- Münchner Förderformel: Weiterentwicklung /Modifizierung der Zuschussrichtlinie (SV 08-14 / V 14275 vom 25.03.2014)
- Lokales Bildungsmanagement: Vorbereitung der Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Projekts „Integration macht Schule im Quartier“ - Teilprojekt Elternbegleiterinnen in Neuperlach zwischen AWO, fünf Kindertagesstätten, drei Grundschulen und dem BildungsLokal Neuperlach (Abschluss: 30.09.2014)
- Durchführung der fünften Münchner Bildungskonferenz zum Thema „Das berufliche Bildungswesen – Herausforderungen für die Zukunft“ im November 2014
- Verstetigung der bislang über „LvO“-Mittel finanzierten Stelle bzgl. Koordination und Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement im Bildungs- und Sportbereich (SV 14-20/V 01480 vom 02.12.2014)

Abschluss des Projekts „Lernen vor Ort“:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ hat die Landeshauptstadt München seit Projektbeginn vom 01.09.2009 bis zum 31.08.2014 Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des Europäischen Sozialfonds insgesamt in Höhe von rund 4,3 Mio. Euro erhalten. Davon entfallen rund 0,75 Mio. Euro auf 2014.

Für das Jahr 2015 werden noch Abschlusszahlungen (nach Anerkennung der Verwendungsnachweise 2009 bis 2014) in Höhe von rund 0,1 Mio. Euro erwartet.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Das Referat für Bildung und Sport konnte 2014 die kommunalen Aufgaben in vollem Umfang erfüllen. Nähere Ausführungen werden nachfolgend für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt.

1.1.2.1 Geschäftsbereich KITA

Ausbau Kindertagesbetreuung

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist seit Jahren ein zentrales Anliegen der Stadt. Am 03.05.2012 fasste die Vollversammlung des Stadtrates einen Beschluss zur Erhöhung des Versorgungsziels für unter 3-jährige Kinder auf 60 %. Bis Ende 2014 hat sich im Vergleich zum Vorjahr das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in München um ca. 1.900 neue Plätze auf insgesamt rund 19.800 Plätze erhöht. Damit liegt der aktuelle Versorgungsgrad für Kinder von null bis drei Jahren bei 45 % (Vorjahr: 42 %). Betrachtet man nur die Altersgruppe der ein- bis dreijährigen Kinder (der Rechtsanspruch gilt ab dem ersten Geburtstag), beträgt der Versorgungsgrad für diese Kinder in München heute rund 62 % (Vorjahr: 59 %).

Die Versorgungsquote im Kindergartenbereich lag Ende 2014 bei 92 %. Trotz Steigerung der Platzzahlen auf rund 41.300 Plätze (Vorjahr: 39.950) in städtischen Einrichtungen, bei Einrichtungen freier Träger und in Eltern-Kind-Initiativen hat sich auch hier der Versorgungsgrad aufgrund steigender Kinderzahlen nur um 3 % erhöht.

Der bundesweite Ausbau der Kinderbetreuung hat auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Alle Träger von Kindertageseinrichtungen stehen vor der Herausforderung, die neu gebauten Kindertageseinrichtungen mit ausreichendem und qualifiziertem Personal auszustatten. Die Personalsituation bei den pädagogischen Fachkräften ist in ganz München stark angespannt. Der Fachkräftemangel war auch im Jahr 2014 an den städtischen Kindertageseinrichtungen deutlich spürbar.

Im Jahr 2014 erfolgten insgesamt 534 Einstellungen (2013: 644): 307 Erzieherinnen und Erzieher (2013: 386) und 227 Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger (2013: 258). Trotz laufender Einstellungen konnte die Personallücke nicht geschlossen werden, allerdings gelang es, weitere Abgänge auszugleichen und die Lücke bei den Fachkräften über das Jahr relativ konstant zu halten. Aufgrund des fehlenden Personals konnten weiterhin Ausfälle an den Kindertageseinrichtungen nicht mehr in vollem Umfang abgedeckt werden. Für unterjährig freiwerdende Stellen standen keine Nachbesetzungen im Rahmen von Vorratseinstellungen zur Verfügung. Strategien zur Gegensteuerung werden unter Punkt 1.6 dargestellt.

Fachkongress KaleidoPäd in 2014: facettenreich und vielfältig

Rund 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich auf dem zweitägigen Kongress KaleidoPäd in der Alten Messehalle Anfang Februar einen Einblick in die Vielfalt der pädagogischen Arbeit an den städtischen Kindertageseinrichtungen in München verschafft. Namhafte Expertinnen und Experten referierten zu unterschiedlichen Themen: von der Bindungstheorie im Kontext der tiergestützten Pädagogik bis hin zur gelebten Inklusion. Beim sogenannten PädWalk mit seinem Markt der Möglichkeiten präsentierten sich die pädagogischen Fachkräfte mit ihren unterschiedlichen Konzeptionen und Projekten genauso wie Teilbereiche des Kernbereichs.

Bildungsgerechtigkeit unterstützen

Es ist eine zentrale Aufgabe der Kindertageseinrichtungen in München, die große Vielfalt unterschiedlicher Familienstrukturen, deren Herkunft und sozialen Status konzeptionell so aufzugreifen, dass ein Klima der gegenseitigen Wertschätzung und des Respekts entsteht, die Partizipation aller möglich ist und inklusive Ansätze Bildungsgerechtigkeit unterstützen.

Alltagsintegrierte Sprachförderung als Grundlage, verbunden mit zusätzlichen gezielten Angeboten zur Sprachentwicklung, sowie eine hohe Qualifizierung des Fachpersonals bezüglich interkultureller Pädagogik und sprachlicher Bildung sind Grundvoraussetzungen, um den stetig steigenden Herausforderungen gerecht zu werden. Kompetent durchgeführte Sprachstand-erhebung, eine professionelle Umsetzung des Vorkurses Deutsch sowie regelmäßige Entwicklungsgespräche die interkulturelle Kompetenz erfordern, gehören zum Alltag jeder Münchner Kindertageseinrichtung.

Hierbei leistet die Umsetzung des Bundesprojektes „Offensive Frühe Chancen – Schwerpunkt Kitas Sprache und Integration“, welches 2011 auf drei Jahre angelegt war und nun aufgrund seines großen Erfolges bis zum 31.12.2015 um ein weiteres Jahr verlängert wurde, einen wichtigen Beitrag. Über den Zeitraum von Juli 2011 bis Juli 2014 haben in München 106 städtische Kindertageseinrichtungen am Bundesprojekt teilgenommen. Für die Verlängerung des Bundesprojektes bis zum 31.12.2015 konnten für 84 Einzelkindertageseinrichtungen und 18 Kindertageseinrichtungen aus sechs Verbänden Verlängerungsanträge gestellt werden. Das Projekt kann somit in insgesamt 102 Kindertageseinrichtungen fortgeführt werden. Für die städtischen Kindertageseinrichtungen wird das Projekt von der Fachberatung Interkulturelle Pädagogik und Sprache koordiniert, fachlich begleitet und verwaltet.

Der kita finder – Einführung und Ausbau

Das Referat für Bildung und Sport hat 2014 den kita finder für Münchner Familien eingerichtet. Hier können Eltern online Einrichtungen suchen und sich detailliert über diese informieren. Mit dem kita finder, der ab 1.11.2014 online ging, stellen Eltern einen Antrag auf Aufnahme für die ausgewählten Einrichtungen, so dass ihr Kind auf die jeweilige Warteliste gesetzt wird. Die Einrichtungen vergeben selbstständig ihre freien Plätze gemäß den jeweiligen Platzvergabe-kriterien. Dieses Verfahren gilt für alle städtischen Einrichtungen, alle Betriebsträgereinrichtungen sowie alle Einrichtungen, die mit der "Münchner Förderformel" gefördert werden.

Für weitere Informationen finden die Eltern einen Link zum Träger bzw. zur Einrichtung. Zusätzlich wird den Eltern empfohlen, die ausgewählten Einrichtungen während der Sprechzeiten oder am Tag der offenen Tür zu besuchen, um sich ein Bild vor Ort zu machen und Fragen zu klären. Die Eltern sollten auch vor der Vormerkung entscheiden, ob der Weg zur Einrichtung für sie machbar ist.

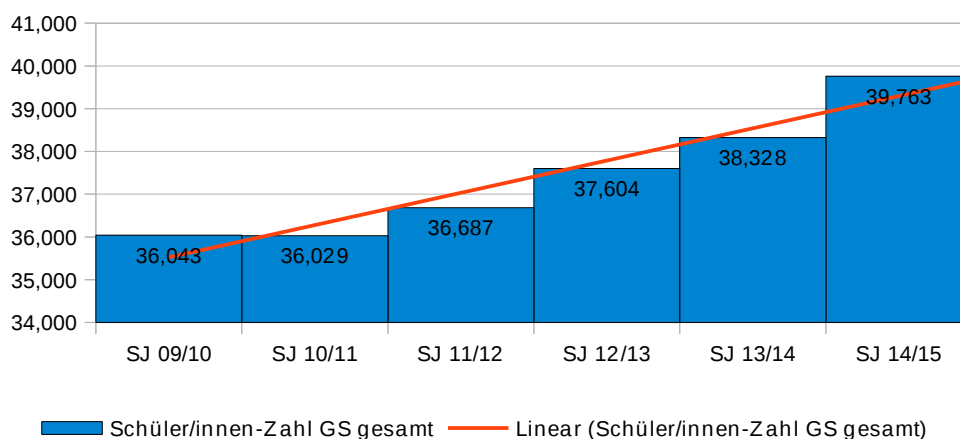
Als weiteren Schritt wird das Referat für Bildung und Sport eine gemeinsame Plattform für alle Einrichtungen und alle Träger in München einrichten, mit deren Hilfe die Verwaltung der An-meldungen erleichtert werden kann. Dieses neue und umfassende Angebot steht allen Münchner Trägern und Familien ab Herbst 2015 zur Verfügung.

1.1.2.2 Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen

Schülerzahlenentwicklung

Im Bereich der Grundschulen ist weiterhin ein Schüleranstieg, verteilt über das gesamte Stadtgebiet, zu verzeichnen (siehe dazu nachfolgende Grafik). Bei den Förderzentren und Mittelschulen blieb die Schülerzahl dagegen nahezu konstant.

Schülerzahlenentwicklung an Grundschulen



Wie bereits in den Vorjahren mussten die Realschulen steigende Schülerzahlen auffangen (Schuljahr 2012/2013: 12.582, Schuljahr 2013/2014: 12.811, Schuljahr 2014/2015: 12.962).

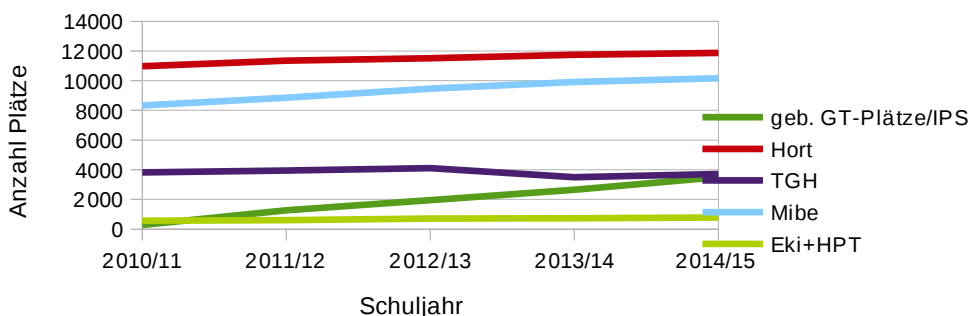
Die Gesamtschülerzahl an Gymnasien stieg ebenso leicht an (Schuljahr 2012/2013: 31.495, Schuljahr 2013/2014: 32.086, Schuljahr 2014/2015: 32.139).

Als Reaktion auf steigende Schülerzahlen wurde am 05.11.2014 das Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020 beschlossen. Bereits 2014 wurde mit der Untersuchung aller 350 Schulstandorte auf Ausbau- und Erweiterungspotentiale im Rahmen einer referatsübergreifenden Task Force begonnen. (siehe dazu auch Ausführungen unter Punkt 1.6)

Ausbau Ganztag

Im Schuljahr 2014/2015 bieten 51 von 132 Münchner Grundschulen einen Ganztagszug an (inkl. IPS). Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um neun Schulen. 3.524 Schülerinnen und Schüler nehmen nun das Angebot der gebundenen Ganztagsklassen (inkl. IPS) wahr. Stadtweit sind aktuell 73 % der Grundschul Kinder mit einer ganztägigen Betreuung in Hort, Tagesheim, Ganztagsklassen oder Mittagsbetreuung versorgt.

Entwicklung ganztägiger Angebote in der Grundschulstufe (Grundschulen und Förderzentren)



Im Bereich der Förderzentren wird das Angebot im gebundenen Ganztags kontinuierlich ausgebaut. Derzeit besuchen 435 Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsklasse (Schuljahr 2013/2014: 336 Schülerinnen und Schüler).

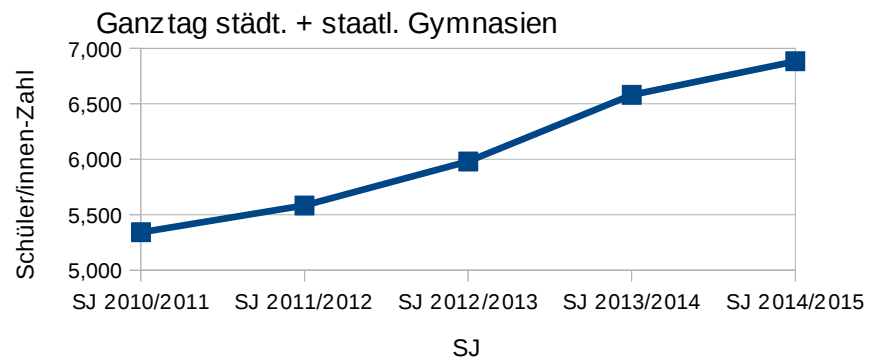
Im Bereich der Mittelschulen werden an 28 von 44 Mittelschulen gebundene Ganztagsklassen gebildet und an 29 Mittelschulen offene Ganztagsangebote angeboten. 2.455 Schülerinnen und Schüler besuchen dabei den gebundenen Ganztags und 972 Schülerinnen und Schüler den offenen Ganztags.

Den stetigen Ausbau im Bereich Ganztagsbetreuung an Realschulen und Gymnasien verdeutlichen folgende Tabellen und Grafiken:

Gymnasium:

	SJ 2010/2011	SJ 2011/2012	SJ 2012/2013	SJ 2013/2014	SJ 2014/2015
Anzahl der Schüler/innen im GT	5.342	5.583	5.980	6.580	6.883
davon gGT	1.296	1.265	1.383	1.473	1.336
davon oGt	4.046	4.318	4.597	5.107	5.547

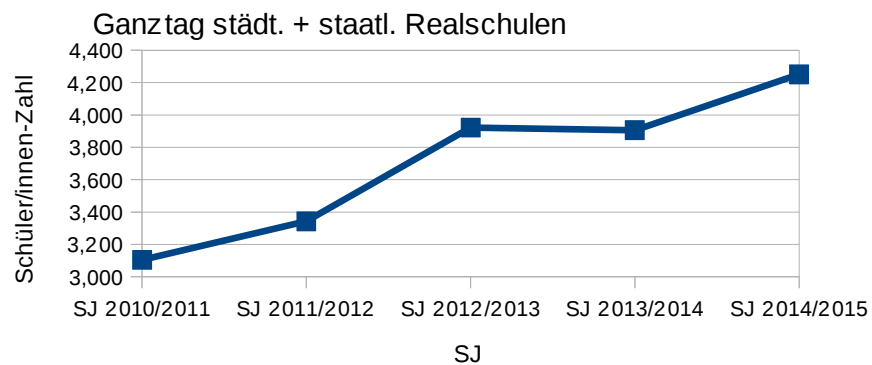
Entwicklung



Realschulen:

	SJ 2010/2011	SJ 2011/2012	SJ 2012/2013	SJ 2013/2014	SJ 2014/2015
Anzahl der Schüler/innen im GT	3.104	3.343	3.922	3.906	4.251
davon gGT	2.622	3.066	3.583	3.800	4.226
davon oGT	482	277	339	106	25

Entwicklung

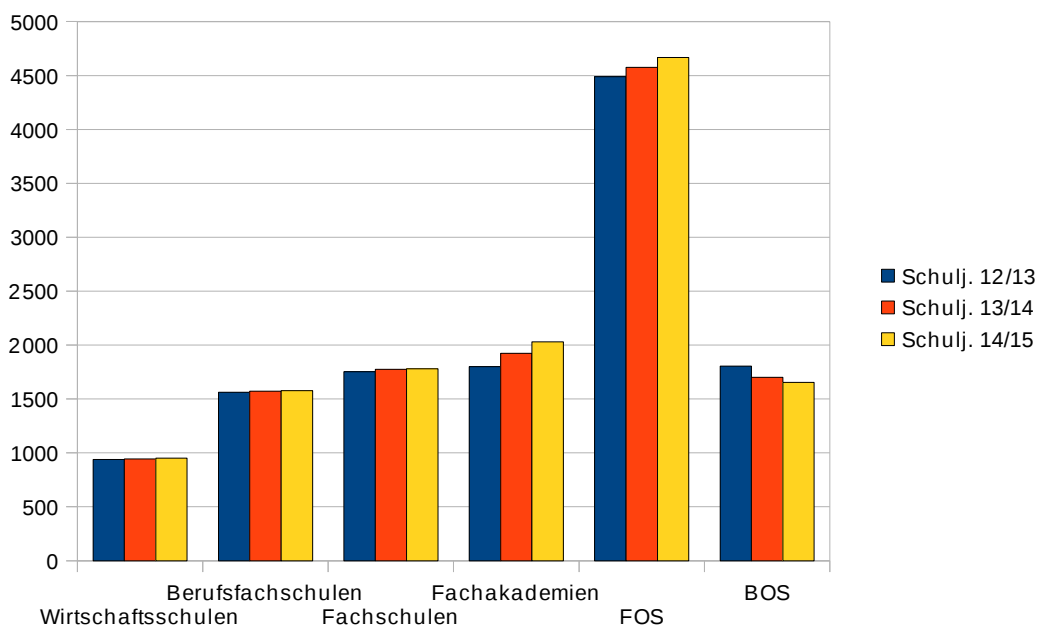


1.1.2.3 Geschäftsbereich Berufliche Schulen

Schülerzahlenentwicklung

Die Schülerzahlen an den Berufsschulen gehen weiter zurück (Schuljahr 2012/2013: 38.910, Schuljahr 2013/2014: 38.235, Schuljahr 2014/2015: 37.723). Der Trend im Berufsvorbereitungsjahr ist jedoch gegenläufig (elf Klassen mehr im Vergleich zum Vorjahr). Der Anstieg ist bedingt durch die Aufnahme berufsschulpflichtiger Asylbewerber/innen und Flüchtlinge, da diese wegen mangelnder Deutschkenntnisse zum Teil zwei Jahre beschult werden. Im Bereich der weiterführenden beruflichen Schulen liegen die Zahlen relativ konstant in Höhe der letzten Jahre.

Entwicklung der Schüler/innenzahlen an den weiterführenden beruflichen Schulen in den letzten drei Jahren:



Zum 01.08.2014 ist die Fachschule für Umweltschutztechnik und erneuerbare Energien mit einer Klasse im 1. Ausbildungsjahr neu gestartet (Die Ausbildung dauert zwei Jahre.). An der städtischen Fachschule für Buchbinder (Meisterschule) kam im Schuljahr 2014/15 der Schwerpunkt Fotografie hinzu.

1.1.2.4 Geschäftsbereich Pädagogisches Institut

Das Pädagogische Institut ist Unterstützungssystem und Impulsgeber für eine nachhaltige Fort- und Weiterbildung des Pädagogischen Personals und die pädagogische Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen.

Jährlich werden rund 2.100 Qualifizierungsmaßnahmen für das pädagogische Personal angeboten, davon ca. 700 einrichtungsinterne Veranstaltungen. Ca. 30% der Veranstaltungen insgesamt werden unterjährig im unmittelbaren Kontakt mit den Bildungseinrichtungen konzipiert, geplant und umgesetzt. Leitziel ist dabei, die Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bildungseinrichtungen bestmöglich bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen und aus dem aufbereiteten Erfahrungswissen und im Kontakt mit der Wissenschaft Impulse für die zielgerichtete pädagogische Weiterentwicklung zu geben. Dazu trägt wesentlich auch die Qualitätsagentur des Pädagogischen Instituts bei. In koordinierender Funktion ist sie für die Entwicklung bzw. Weiter-

entwicklung von Dienstleistungen zur Unterstützung der QSE-Arbeit an den städtischen Bildungseinrichtungen zuständig.

Das Pädagogische Institut stellt für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen neben den Räumen der Fortbildungsstätte Herrstraße 19 auch das Bildungshaus Achatswies zur Verfügung. Außerdem werden produktübergreifend Projekte (z.B. in den Bereichen Interkulturalität, Umwelt/nachhaltige Entwicklung, digitale Medien, Theaterpädagogik) sowie internationale Austauschprogramme betreut.

Das Pädagogische Institut ist weiter zuständig für die Bildungsberatung. Diese umfasst die Schwerpunkte Schule, Berufswegplanung und Weiterbildung sowie im Teilbereich Bildungsberatung International die Beratung von Migrantinnen und Migranten. Der zentrale Schulpsychologische Dienst ist zuständig für die Beratung von Kindern und Jugendlichen aus städtischen Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen sowie deren Eltern. Zu den Aufgaben gehören zudem die fachliche Koordination der städtischen Schulpsychologinnen und -psychologen sowie die Krisenintervention. Der Aufgabenbereich Bildung im Quartier/BildungsLokale kam 2014 zum Pädagogischen Institut und umfasst das lokale Bildungsmanagement sowie die lokale Bildungsberatung.

1.1.2.5 Geschäftsbereich Sport

Am 03.12.2014 hat der Sportausschuss das Infrastrukturprogramm Sport in München für 2015 beschlossen. Das Programm setzt sich aus folgenden drei Teilen zusammen:

Teil 1: städtische Baumaßnahmen

Teil 1 des Infrastrukturprogrammes Sport in München 2015 enthält 28 Projekte mit einem Investitionsvolumen von voraussichtlich 45 Mio. €. Für die städtischen Baumaßnahmen steht derzeit ein Budget von 8 Mio. € / Jahr zur Verfügung.

2014 befanden sich folgende Projekte in der Planung bzw. Bauausführung:

Sportanlage	Maßnahme	Kosten	Verfahrensstand Ende 2014
Bezirkssportanlage Bert-Brecht-Allee 17	Modernisierung der Freisportflächen	3.100.000 €	Die Maßnahme befindet sich in der Bauausführung.
Bezirkssportanlage Graubündener Str. 100	Großinstandsetzung des Kunstrasenplatzes	995.000 €	Der Kunstrasenplatz ist fertiggestellt und wurde am 01.12.2014 in Betrieb genommen.
Bezirkssportanlage Graubündener Str. 100	Schaffung eines barrierefreien Zugangs im Rahmen einer energetischen Sanierung	350.000 €	Die Maßnahme befindet sich in der Bauausführung.
Bezirkssportanlage Wegener Str. 10	Teilweiser Umbau des Betriebs- und Wohngebäudes im Rahmen einer energetischen Sanierung	160.000 €	Die Maßnahme befindet sich in der Bauausführung.
Bezirkssportanlage Surheimer Weg 3	Neubau Betriebsgebäude und Modernisierung der Freisportflächen	3.000.000 €	Die Bedarfsermittlung ist erstellt. Der Vorplanungsauftrag ist

			vorbereitet.
Bezirkssportanlage Kronwinkler Str. 25	Neubau von zwei Kunstrasenplätzen u. a.	2.100.000 €	Die Bedarfs- und Konzeptplanung sind erstellt.
Bezirkssportanlage Wolkerweg 17	Neubau eines Kunstrasenplatzes u. a.	1.900.000 €	Die Bedarfs- und Konzeptplanung sind erstellt.
Bezirkssportanlage Heinrich-Wieland-Str. 100	Neubau eines Kunstrasenplatzes u. a.	1.630.000 €	Die Bedarfs- und Konzeptplanung sind erstellt.
Bezirkssportanlage Meyerbeerstr. 115	Neubau von zwei Kunstrasenplätzen	1.610.000 €	Die Bedarfs- und Konzeptplanung sind erstellt.

Teil 2: Vereinsbaumaßnahmen

Teil 2 des Infrastrukturprogrammes Sport in München für 2015 enthält 35 dem Grunde nach förderfähige Projekte. Das Fördervolumen beträgt voraussichtlich 12 Mio. €. Für die Förderung der Vereinsbauprojekte in Form von Zuschüssen und / oder zinslosen Darlehen steht derzeit ein Budget von 4 Mio. € / Jahr zur Verfügung.

2014 wurde die Förderung folgender Vereinsbauprojekte bewilligt (teilweise schon in der Bauausführung bzw. fertiggestellt):

Verein, Sportanlage	Maßnahme	Kosten	Städtische Förderung
TS Jahn München e.V., Weltenburger Str. 53	Umbau des Betriebsgebäudes	809,878.00 €	Zuschuss 242.963,00 €, Darlehen 61.995,00 €, Beschluss Stadtrat vom 26.03.2014
FT München-Gern e.V., Hanebergstr. 1	Reparatur des Kunstrasenplatzes	15,441.56 €	Zuschuss 2.266,95 €, Bescheid vom 31.07.2014
TSV Neuhausen-Nymphenburg e.V., Stievestr. 15	Sanierung der Toilettenanlage und Erneuerung der Prallschutzwand in der Sporthalle	60,496.00 €	Zuschuss 2.793,11 €, Bescheid vom 28.08.2014
TSV München-Ost e.V., Sieboldstr. 4	Sanierung und Umbau des Betriebsgebäudes	195,000.00 €	Zuschuss 51.655,50 €, Beschluss Bezirksausschuss 5 vom 05.10.2014
TSV München-Großhadern e.V., Heiglhofstr. 25,	Sanierung der Judohalle	67,000.00 €	Zuschuss 20.100,00 €, Beschluss Stadtrat vom 05.11.2014
TSV Neuhausen-Nymphenburg e.V., Stievestr. 15	Erneuerung der Heizung in der Sporthalle	50,000.00 €	Zuschuss 3.750,00 €, Bescheid vom 21.11.2014

2014 befanden sich folgende Vereinsbauprojekte in der Bauausführung (Bewilligung der Förderung in 2013):

Verein, Sportanlage	Maßnahme	Kosten	Städtische Förderung	Verfahrensstand Ende 2014
Trägerverein der Münchner Sektionen, Werner-Heisenberg-Allee 5	Errichtung eines Kletter- und Boulderzentrums	7.580.000,00 €	Darlehen 4.229.837,42 €, Beschluss Stadtrat vom 18.09.2013	Fertigstellung April 2015
Königlich Privilegierte Hauptschützen-gesellschaft, Zielstattstr. 6	Umbau des Kutscherhauses zum Trainingszentrum	1.071.170,00 €	Zuschuss 321.351,00 €, Beschluss Stadtrat vom 09.10.2013	Fertigstellung 2. Bauabschnitt (Dach-sanierung, Außenarbeiten) August 2014
SVN München e.V., Bert-Brecht-Allee 17	Neubau einer Dreifachturnhalle mit Kletter- und Boulderzentrum	9.870.630,00 €	Zuschuss 2.871.189,00 € Darlehen 957.063,00 €, Beschluss Stadtrat vom 09.10.2013	Fertigstellung Oktober 2015
SV München Laim e.V., Riegerhofstr. 20	Neubau eines Kunstrasenplatzes mit Flutlicht und Brunnen für die Bewässerung	669.573,00 €	Zuschuss 195.292,00 €, Darlehen 65.097,00 €, Beschluss Stadtrat vom 04.12.2013	Fertigstellung April 2015

Teil 3: Groß- und Sonderprojekte

Teil 3 des Infrastrukturprogrammes Sport in München für 2015 enthält 11 Groß- und Sonderprojekte. Die Finanzierung dieser Projekte erfolgt nicht über ein festes Budget. Die Entscheidung über die Finanzierung und Realisierung dieser Projekte trifft der Stadtrat bei Planungsreife mittels Einzelbeschlüssen.

2014 befanden sich folgende Groß- und Sonderprojekte in der Planung:

Sportanlage	Maßnahme	Kosten	Verfahrensstand Ende 2014
Hermann-von-Siemens-Sportpark	Entwicklung der ehemaligen Betriebs-sportanlage zum öffentlichen Sportpark	Noch keine Aussage möglich	Es konnte noch keine Einigung über den Kauf des Areals erzielt werden. Die Federführung hat derzeit das Kommunalreferat.

Hockeyleistungs-zentrum Eberwurzstr. 28	Ausbau der ehemaligen Vereinssportanlage zum Hockeyleistungszentrum für München	9.980.000 €	Die Entwurfsplanung ist erstellt. Die Kosten sind ermittelt. Das Vorgehen zum Förderverfahren ist abgestimmt. Der erste Entwurf des Betreiber-konzeptes liegt vor.
Ehemalige Olympiaregatta-anlage Oberschleißheim	Sanierung /Teilneubau der Sportstätte	Noch keine Aussage möglich	Die Machbarkeitsstudie ist erstellt. Der Geschäfts-besorgungsvertrag mit der OMG wurde verlängert.
Städtisches Stadion der Grünwalder Str. 4	Neubau einer Sicherheitszentrale	2.480.000 €	Der Projektauftrag wurde am 03.12.2014 erteilt.
Bayernkaserne	Neubau von Sportanlagen im Rahmen von Schulbaumaßnahmen	Noch keine Aussage möglich	Der städtebauliche Wettbewerb ist abgeschlossen.
Sportpark Freiham	Neubau eines Sportparks	Noch keine Aussage möglich	Der Realisierungswettbewerb ist abgeschlossen.
Actionsportzentrum im Planungsgebiet Paul-Gerhardt-Allee	Umbau der ehemaligen Eggenfabrik in ein Aktionsportzentrum	Noch keine Aussage möglich	Der Bebauungsplan ist in Kraft getreten. Mit der Ermittlung des sportfach-lichen Bedarfs wurde die Fa. Millhaus beauftragt.

Sportveranstaltungen

Im Jahr 2014 hat die Sportstadt München folgende Schwerpunkte im Breitensport, im Leistungssport und im Behindertensport gesetzt.

Im **Spitzensport** war die Sportstadt München sehr erfolgreich mit dem Zuschlag für vier Spiele im Rahmen der **Fußball-Europameisterschaften 2020** (UEFA EURO 2020). Neben drei Vorrundenspielen wird München auch ein Viertelfinalspiel erleben. Mit dem Start der Organisationsphase wird der Stadtrat noch im Jahr 2015 befasst.

Die Highlights unter den realisierten Events des Jahres 2014 waren die **IFSC Boulder-Weltmeisterschaften** und das Actionsporevent **MUNICH MASH**. An beiden Veranstaltungen (jeweils im Olympiapark) nahm die weltweite Topelite der jeweiligen Sportarten teil, in beiden Fällen führte dies auch international zu großer Aufmerksamkeit. Im Falle von MUNICH MASH wurde der Olympiapark mit mehr als 50.000 Besucherinnen und Besuchern belebt.

Im **Breitensport** setzte München auf bewährte Festivals, die der Bevölkerung Gelegenheit zum Zuschauen und Mitmachen in vielen Sportarten geben.

Das **5. Münchner Sportfestival** begeisterte abermals rund 35.000 Sportlerinnen und Sportler sowie Besucherinnen und Besucher vor einer außergewöhnlichen historischen Kulisse. Der Königsplatz verwandelte sich in eine riesengroße Sportarena und bot den Münchnerinnen und Münchnern eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich aktiv zu betätigen. Über 70 Sportvereine, -verbände und -institutionen stellten sich und ihre Sportangebote vor. „Sei dabei und entdecke Deinen Sport“, lautete auch 2014 das Motto. Ergänzt wurde das umfassende

sportliche Mitmachprogramm von zwei Spitzensport-Highlights:

Den offenen Deutschen Meisterschaften im Speedklettern und dem Slackline WorldCup, der bereits zum fünften Mal auf dem Königsplatz ausgetragen wurde.

Rund 3.500 aktive Badegäste und Interessierte kamen zum **Wassersportfestival**, informierten sich und probierten das Vorgestellte auch gleich selbst aus. Neben einem spannenden Unterhaltungsprogramm, wie Splash-Diving, Wakeboarden, Synchronschwimmen, Unterwasserhockey, Stand-Up-Paddling und Drachenboot-Tauziehen, stand im Wesentlichen das abwechslungsreiche Mitmachangebot für die Besucherinnen und Besucher im Mittelpunkt der Veranstaltung. Auch ambitionierte Schwimmsportlerinnen und -sportler kamen auf ihre Kosten: die Trainer der TU München gaben wertvolle Tipps in Sachen Schwimmtechnik. Aber vor allem Kinder konnten sich dem Element Wasser mit Hilfe von vielerlei Wasserspielangeboten annähern.

Auch viele weitere Veranstaltungen des Breitensports waren bestens besucht und haben vor allem viele Münchnerinnen und Münchner in Bewegung versetzt, darunter der München Marathon und die Münchner Blade Night.

Im Bereich des **Behindertensports** hat die Landeshauptstadt München zwei Höhepunkte geboten: die Elektrorollstuhlhockey-Weltmeisterschaft sowie die große Veranstaltung auf dem Marienplatz unter dem Titel „Gemeinsam Sport – gemeinsam Spaß“. Bereits zum fünften Mal präsentierten Vereine, Verbände und Institutionen, die unterschiedlichsten Sportmöglichkeiten für Menschen mit und ohne Behinderung auf dem Marienplatz – darunter Sportarten wie Rollstuhlbasketball, Tischtennis, Blindenbiathlon oder Klettern.

Sportprogramme

Trend- und Actionsport

Einen neuen Schwerpunkt hat die Landeshauptstadt München im Bereich des Trend- und Actionsports gesetzt. Auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses im Februar 2014 wurden die Planungen für ein Actionsportzentrum u.a. für die Sportarten Skateboard und BMX auf den Weg gebracht. Die Halle wird voraussichtlich in der Paul-Gerhard-Allee in Pasing entstehen.

Gleichzeitig wurden an Münchner Schulen mit großem Erfolg Skateboard- und Mountain-Bike-Workshops für Anfänger durchgeführt, die in den kommenden Jahren fortgesetzt und nach Möglichkeit ausgeweitet werden.

Für weitere Projekte im Actionsport wurden bereits die Weichen gestellt, z.B. für ein Skatepark-Mobil. Hier werden Experten mit ihrer Ausrüstung die unbetreuten Skateanlagen Münchens besuchen, um den Jugendlichen mehr über die Regeln und Techniken ihrer Sportarten zu vermitteln und gleichzeitig die Sicherheit in den Anlagen zu erhöhen.

Andere Projekte beschäftigen sich mit der Bereitstellung weiterer sog. Stehender Wellen für die wachsende Zahl der Flusssurfer in München und mit der Entwicklung naturverträglicher Routen für Mountain Biker in den Grünbereichen Münchens.

Integration/Inklusion im Sport

Im Jahr 2014 wurden weitere 30 junge Frauen mit Migrationshintergrund zu Sportassistentinnen interkulturell ausgebildet. Auf der Grundlage dieser Ausbildung leiten die Trainerinnen in Sportvereinen und bei anderen Anbietern diverse Kurse und erhöhen den Zulauf und die Akzeptanz bei Migrantinnen und Migranten in und für den Sport.

Erfolgreich war auch die Neueinführung von Fahrradkursen für Frauen mit Migrationshintergrund. Schon im ersten Anlauf haben 76 Frauen ihre Hemmschwelle überwunden und Fahrrad fahren gelernt. Das Projekt wird fortgesetzt.

In den Bereichen Integration und Inklusion wurden außerdem im Jahr 2014 sechs Projekte gefördert, um anderen Organisationen die Möglichkeit für integrative Maßnahmen zu eröffnen.

Spitzen- und Leistungssport

Um den Spitzen- und Leistungssport in München zu stärken, wurden zahlreiche Projekte weiterverfolgt.

Im Jahr 2014 wurden die Planungen für eine Eliteschule des Sports in München am Standort eines neuen Gymnasiums in Milbertshofen abgeschlossen und die Baumaßnahmen bereits begonnen. Dort werden ab dem Schuljahr 2016/17 die talentiertesten Athletinnen und Athleten Münchens flexible Bedingungen zur Vereinbarung von Schule und Sportkarriere vorfinden. Gleichzeitig wurden die Planungen für ein neues Haus des Athleten (Wohnheim) und die Errichtung eines Hockeyleistungszentrums fortgeführt.

Gute Perspektiven wurden im Jahr 2014 auch für die Verlagerung von Bundesstützpunkten in den Sportarten Volleyball und Tischtennis nach München geschaffen.

1.1.2.6 Geschäftsbereich Zentrales Immobilienmanagement

Baumaßnahmen für die Ganztagsversorgung

Auf Grundlage des Beschlusses der Vollversammlung vom 23.11.2011 steht für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagesangebote an den öffentlichen Münchner Schulen eine jährliche Pauschale in Höhe von 5 Mio. € zur Verfügung. Diese wird u.a. für die Neugestaltung von Bewegungsflächen, Erweiterung von Speise- und Mehrzweckräumen sowie die Schaffung von Gruppenräumen genutzt. Darüber hinaus werden aus der jährlichen Pauschale auch so genannte kleinere Sofortmaßnahmen finanziert. Hierunter fallen insbesondere die für die Aufstellung oder den Austausch von Großküchengeräten notwendigen Installationen (Elektro, Sanitär, Lüftung) sowie erforderliche Boden-, Maler- und Trockenbauarbeiten sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Raumakustik, um vorhandene Räume zukünftig als Speise- und Aufenthaltsräume nutzen zu können.

Sanierung und Erneuerung von WC-Anlagen / Schönheitsreparaturen- und Aufwertungsmaßnahmen

Im Jahr 2014 wurden für Sanierungen und Erneuerungen von WC-Anlagen rund 10 Mio. € ausgegeben.

Schallschutzmaßnahmen

Auf Grund eines Stadtratsbeschlusses konnten auch 2014 auf Grund einer bereits im Jahr 2010 bereitgestellten Pauschale von jährlich 1 Mio. € Schallschutzmaßnahmen zur Verbesserung der Akustik (Reduzierung der Nachhallzeiten) an Schulen und Kindertagesstätten durchgeführt werden.

Fachlehrsaalsanierungen

Für das Jahr 2014 waren 15 Maßnahmen vorgesehen. Der hierfür vorgesehene Mittelansatz betrug rund 9 Mio. €.

Umsetzung eines neuen Verpflegungskonzeptes:

Die LHM hat durch die vom Referat für Bildung und Sport in professionsübergreifenden Arbeitsgruppen entwickelte europaweite Ausschreibung ggü. den Anbietern bereits umfassende Qualitätsvorgaben für die Versorgung der städtischen Kindertageseinrichtungen (Kindergärten, Horte, Tagesheime und Heilpädagogische Tagesstätten) vorgegeben.

Die Qualitätskriterien umfassen gemäß Stadtratsbeschluss vom 27.02.2013 unter anderem:

- Einhaltung der DGE-Empfehlungen und darüber hinaus gehender Zusatzanforderungen
- durchschnittlicher Bio-Anteil von mind. 50 % (und damit erheblich über dem bundesdeutschen Durchschnitt)

- Fleisch entweder in Bio-Qualität oder aus artgerechter Tierhaltung
- Fisch und Fischerzeugnisse aus ökologischer Aquakultur bzw. aus nachhaltigem Wildfang (zertifiziert durch MSC bzw. Friends of the Sea oder gleichwertiges Siegel)
- Eier nur in Bio-Qualität oder aus Freilandhaltung
- kein Einsatz von gentechnisch veränderten Zutaten (auch keine gentechnisch veränderten Futtermittel für die Fütterung von Tieren, aus denen tierische Produkte hergestellt werden)
- Berücksichtigung von Nahrungsmittelallergien bzw. Nahrungsmittelunverträglichkeiten
- umfangreiche Forderungen zur Produktdeklaration.

Seit Anfang 2014 versorgen insgesamt drei Anbieter über 300 städtische Kindertageseinrichtungen mit insgesamt über 20.000 Essensteilnehmerinnen und Essensteilnehmern pro Verpflegungstag unter Vorgabe der genannten Qualitätskriterien.

Neubauten/Erweiterungen/Instandsetzungen:

Im Bereich der Schulbauten wurden folgende größere Maßnahmen abgeschlossen (Punkt a) bzw. befinden sich noch im Bau (Punkt b):

Standort	Typ	Maßnahme
a) im Jahr 2014 abgeschlossene Maßnahmen		
Bazeillesstr. 8	GS	Generalinstandsetzung
Gerastr. 6	GS, RS, Gym	Errichtung Pavillons für Auslagerung während Instandsetzung
Grafinger Str. 71, 2. BA	GS	Instandsetzung Gesamtbaukosten (inkl. 1. BA) rd. 27 Mio. €
Grandlstraße	GS/RS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit Baukosten rd. 7 Mio. €
Hachinger-Bach-Str. 25	Gymn	Brandschutzmaßnahme und Fachlehrsalsanierung Baukosten rd. 6 Mio €
Innsbrucker Ring / Echardinger Grünstreifen	FöZ	Erweiterung und Instandsetzung Förderzentrum Baukosten rd. 30 Mio. €
Josephsburgstraße	GS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit Baukosten rd. 8 Mio. €
Pfanzeltplatz/Böglstraße	GS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit Baukosten rd. 2 Mio €
Lerchenauer Str. 322	GS, KiGa	Sanierung mit Brandschutz und Umbau, 6 Mio. €
Weißenseestraße	GS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit Baukosten rd. 8 Mio. €
b) im Jahr 2015 voraussichtlich abgeschlossene Maßnahmen		
Am Stadtpark 21 (West)	Gymn	Generalinstandsetzung und Erweiterung Baubeginn 2014
Am Staudengarten 2 Städt. Theodolinden-Gymnasium	Gymn.	Neubau Dreifachsporthalle mit Tribüne Baukosten rd. 13 Mio. €
Bäckerstraße	RS/GS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit mit Mensa
Canisiusplatz	GS	Generalinstandsetzung und Erweiterung
Dachauer Str. 98	GS	Schaffung Verpflegungsküche Ganztags
Engadiner Str. 1	Gym	Aufstockung bestehende Pavillons
Feldmochinger Str. 251	GS	Sanierung und Erweiterung der Einfachhalle mit Räumlichkeiten der Mittagsbetreuung
Fernpaßstr. 47	GS, MS	Errichtung Pavillon (2Cluster, Mensa)

Flurstr. 4/8	RS	Aufstellung von Schulpavillons
Fritz-Lutz-Str. 24	GS	Errichtung Pavillons
Fröttmaninger Str./ Guerikestr.	GS	Errichtung Pavillions zur Auslagerung während Generalinstandsetzungen
Fürkhofstr. 28	RS	Errichtung Pavillon (1 Cluster)
Hachinger-Bach-Str. 25	Gym	FLS-Sanierung, Brandschutz
Hugo-Wolf-Str. 70	GS, RS	Errichtung Pavillons als Vorabmaßnahme
Innsbrucker Ring / Echardinger Grünstreifen	MS	Fortsetzung Instandsetzung MS, Baukosten ca. 4 Mio. €
Kirchenstr. 11/13/13a/Einsteinstr. 28	GS, FöS	Errichtung Einfachsporthalle sowie Schulerweiterung mit Tagesheim und Räume für Ganztagsbetreuung) Baukosten ges. rd. 10,7 Mio. €
Konrad-Celtis-Str. 44	GS, TH	Errichtung Pavillons (3 Cluster, Mensa)
Krehlerbogen 16	RS	Umbau Versorgungsbereich 1,8 Mio. €
Leibengerstraße	GS	Neubau Grundschule mit Doppelsporthalle, Baukosten rd. 19 Mio. €
Liebherrstr. 13/15	BS	Umbau und Sanierung Orthopädiewerkstätte Baukosten rd. 2,4 Mio €
Meindlstr. 8	GS, WS, HfK	Neubau nach Abriss des Bestands, 33 Mio. €
Nordhaide Schleißheimer Str. 510	BOS/ FOS/ FAH	Neubau Baukosten rd. 59 Mio. €
Ostpreußenstr.	GS	Errichtung Pavillons (1 Cluster mit Mensa)
Peslmüllerstr. 6 und 8	GS, MS, Gymn	Errichtung Pavillons (GS 2 Lernhauscluster, MS 6 LS, Mensa)
Regerplatz	Gym	Sanierung, 10 Mio. €
Rothepletzstr. 40/ Pragerstr.	FöS	Errichtung Pavillons für Auslagerung von 6 Klassenzimmern
Ruth-Drexel-Str.	GS	Neubau 3-zügige GS, 3-fach Sporthalle, 4-gruppiges Tagesheim, 38 Mio. €
Quiddestr. 4	SZ	Generalinstandsetzung der Sporthallen Baukosten rd. 14 Mio €
Regerplatz 1	Gymn	Fachlehrsalsanierung / Fassade
Thierschstr. (Tivolianlage)	Gym	Errichtung Pavillons
Tumblinger Str. 6	GS	Errichtung Pavillons für 4 Lehrsäle
Waldmeisterstraße	GS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit
Wiesentfellerstr. 53	GS, MS	Errichtung Pavillons mit 4 Klassen
Zielstattstraße	GS/MS	Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit mit Mensa

Investitionen in Schulbauten:

Im **Planungszeitraum 2014 bis 2018** sind in der als finanziell gesichert geltenden **Investitions-liste 1** für Neubauten, Erweiterungen, Generalinstandsetzungen, Große Modernisierungen, Instandsetzungen und Umbauten von Schulen **rund 932 Mio. €** veranschlagt. In **Investitions-liste 2** sind weitere Maßnahmen für **rund 85 Mio. €** vorgesehen, für welche die Planungen eingeleitet werden können. Damit ergibt sich eine **Gesamtsumme von rund 1,02 Mrd. €**.

Kindertagesstätten:

Zu Beginn des Kita-Jahres 2014/15 konnten 36 neue städtisch errichtete Kindertageseinrichtungen fertig gestellt werden. Bis zum Jahresende wurden 3 weitere

Einrichtungen fertig gestellt.

Nach dem MIP 2014-2018 sind hier ebenfalls rund 285 Mio. € veranschlagt (für den Erwerb von Teileigentum weitere 45 Mio. €).

1.1.2.7 Geschäftsbereich Verwaltung

Um Prozesse zu optimieren und die steigenden Aufgaben zu bewältigen, wurden 2014 folgende Organisationsuntersuchungen weitergeführt:

Orga-RBS (Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens vom 18.07.2013) mit Verzahnung GPTW

Mit Beschluss vom 18.12.2013 hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München dem vom Referat für Bildung und Sport vorgelegten Maßnahmen- und Umsetzungskonzept hinsichtlich der Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens vom 18.07.2013 (Prozesse und Organisationsstruktur im Referat für Bildung und Sport), einschließlich der Beauftragung einer externen Unterstützungsbegeleitung für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen, zugestimmt.

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Projekts Orga-RBS sowohl durch einen externen Organisationsspezialisten mit administrativer und fachlich-inhaltlicher Begleitung durch das Referat für Bildung und Sport als auch RBS-intern mit Unterstützung der Organisationsberatung des Personal- und Organisationsreferates der Landeshauptstadt München. Das Referat für Bildung und Sport setzt alle vom externen Gutachter benannten Verbesserungsvorschläge um und hat diese zu 86 Teilprojekten gebündelt. 15 Teilprojekte wurden im Jahr 2014 abgeschlossen und bei 33 Teilprojekten wurde mit Stand 2014 mit der Bearbeitung begonnen.

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs insbesondere der Themen Führung und Kultur wurden die Projekte Orga-RBS mit der Umsetzung der Ergebnisse aus Great Place to Work miteinander verzahnt. Durch die Bündelung der beiden Projekte wird eine Doppelstruktur und Mehrarbeit durch zwei parallele Prozesse vermieden.

Im Referat für Bildung und Sport haben sich 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 11 GPTW-Mitarbeiter/innen-Zirkeln und in fünf GPTW-Mitarbeiter/innen-Foren am GPTW-Prozess beteiligt. Es wurden insgesamt 230 Handlungsempfehlungen benannt, von denen 172 durch das Referat für Bildung und Sport bearbeitet werden (50 sind stadtweit zu bearbeiten; bei 8 erfolgt keine weitere Bearbeitung). Die Bearbeitung der Handlungsempfehlungen startet in 2015.

Orga-Zentrales Immobilienmanagement

Mit dem "Aktionsprogramm Schul- und Kitabau 2020" hat sich die Landeshauptstadt München auf das verstärkte Bevölkerungswachstum eingestellt. Es ermöglicht Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Euro für neue Schulen und Kitas beziehungsweise deren Erweiterungen und Generalinstandsetzungen. Um diese Anforderungen erfolgreich zu bewältigen, wurde unter anderem die Organisationsstruktur des Zentralen Immobilienmanagements (ZIM) zu einem sog. "Optimierten Regionalmodell Plus" fachlich und inhaltlich weiterentwickelt (vgl. Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01640, S. 49/50).

Die Umsetzung der Phase 1 (Sofortmaßnahmen zur Beschleunigung der mfm-Prozesse) aus dem cg-munich-Gutachten vom 27.03.2013 wurde im Oktober 2013 begonnen. Diese Phase sollte bis Ende 2014 abgeschlossen werden, pausiert jedoch seit Herbst 2014 aufgrund der großen Herausforderungen, die mit dem Aktionsprogramm 2020 verbunden sind. In Phase 2 erfolgt anschließend die Stabilisierung der Sofortmaßnahmen und die Umsetzung der Maßnahmen mit Auswirkungen auf das gesamte Referat. Diese erfolgt im Zuge der Umsetzung des Orga-RBS-Projektes.

Orga-Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich

Das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) ist in das sog. 3-Häuser-Modell nach den stadtweiten Vorgaben von MIT-KonkreT zur strategischen Neuausrichtung der IT-Organisation zu überführen und der bestehende Sonderbereich aufzulösen. Der Stadtrat hat

hierzu 2010 beschlossen, dass ZIB möglichst bis Ende des Jahres 2015 in die gesamtstädtische IT-Organisation eingegliedert werden soll. Voraussetzung hierfür ist, dass der zentrale Dienstleister die Aufbauphase abgeschlossen hat und ein gemeinsames Verständnis besteht, dass der geforderte Leistungsstand bei it@M erreicht ist.

Nach dem Stadtratsbeschluss des Ausschusses für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München vom 13.11.2013 wird nun im Rahmen eines externen Gutachtens festgestellt, wie die bestehende Organisations- und Prozessstruktur des ZIB an die Vorgaben von MIT-KonkreT angepasst werden könnte. Es erfolgt eine Ist-Analyse der Prozesse und Strukturen, in deren Rahmen die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit gutachterlich untersucht und Verbesserungsvorschläge benannt werden. Die Konzepterstellung soll innerhalb von sechs Monaten und die verantwortliche Begleitung des Veränderungsprozesses (Umsetzung) bis Ende 2015 abgeschlossen sein.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	366.081.478	388.023.903	+21.942.425	+5,99%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	36.298	0	-36.298	-100,00%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.503.482	48.640.479	-2.863.003	-5,56%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.019.682	14.401.443	-618.239	-4,12%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.364.926	74.288.202	+10.923.276	+17,24%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.701	406.404	+410.105	-11080,92%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	113.280	122.958	+9.678	+8,54%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	496.115.445	525.883.389	+29.767.944	+6,00%
9	- Personalauszahlungen	562.046.729	596.953.328	+34.906.599	+6,21%
10	- Versorgungsauszahlungen	-122	41.881	+42.003	-34428,69%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	212.537.592	252.837.058	+40.299.466	+18,96%
12	- Transferauszahlungen	266.162.362	241.565.020	-24.597.342	-9,24%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	41.632.279	43.444.340	+1.812.061	+4,35%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	14.405	54.119	+39.714	+275,70%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.082.393.245	1.134.895.746	+52.502.501	+4,85%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-586.277.800	-609.012.357	-22.734.557	+3,88%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	50.056.919	34.569.680	-15.487.239	-30,94%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	198.344	+198.344	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	112.081	53.678	-58.403	-52,11%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	3.540.000	+3.540.000	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	596.184	277.815	-318.369	-53,40%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	50.765.184	38.639.517	-12.125.667	-23,89%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	433.710	1.048.272	+614.562	+141,70%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	157.158.860	161.608.528	+4.449.668	+2,83%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	32.842.770	30.853.180	-1.989.590	-6,06%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	105.714	0	-105.714	-100,00%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	32.467.490	35.255.740	+2.788.250	+8,59%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	35.285	1.327.553	+1.292.268	+3662,37%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	223.043.829	230.093.273	+7.049.444	+3,16%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-172.278.645	-191.453.756	-19.175.111	+11,13%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-758.556.445	-800.466.113	-41.909.668	+5,52%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten			0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen			0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten			0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen			0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-758.556.445	-800.466.113	-41.909.668	+5,52%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven			0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven			0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten			0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten			0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	8.590.843	-20.160.313	-28.751.156	-334,67%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-160.212	21.008	+181.220	-113,11%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	8.751.055	-20.181.321	-28.932.376	-330,62%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-749.805.390	-820.647.434	-70.842.044	+9,45%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-749.805.390	-820.647.434	-70.842.044	+9,45%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

1.2.1.2.1 Einzahlungen

Das zahlungswirksame Ist erhöhte sich von 2013 auf 2014 von 546,9 Mio. € um 17,6 Mio. € auf 564,5 Mio. € (Zeile S1 + Zeile S4). Hier steht einer Steigerung bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe 29,8 Mio. € eine Reduzierung von 12,1 Mio. € bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber.

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Die Steigerung bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** um 21,9 Mio. € resultiert überwiegend aus den Einzahlungen von BayKiBiG-Zuweisungen vom Land. Die tatsächlichen Einzahlungen liegen im Bereich der Kindertagesstätten um ca. 16,5 Mio. € über dem Vorjahreswert. Diese Steigerung beruht auf der Erhöhung des staatlichen Zuschusses für das letzte Kindergartenjahr und der Erhöhung des sog. Basiswert plus. Darüber hinaus sind die Lehrpersonalzuschüsse für alle städtischen Schulen um insgesamt ca. 4,6 Mio. € gestiegen. Diese Erhöhung ist vor allem auf die Berufsschulen zurückzuführen, bei denen die Schlusszahlung in der Regel erst zu Beginn des nächsten Haushaltsjahres eingeht. Die Steigerung erklärt sich insbesondere dadurch, dass sich die Relation zwischen Abschlagszahlungen und Schlusszahlung in 2014 erheblich zugunsten der Abschlagszahlungen verschoben hat.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** erhöhten sich die Einzahlungen gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Mio. €, insbesondere im Bereich der Berufsschulen. Die Rechnungsstellung für die Gastschulbeiträge aufgrund einer Spitzabrechnung der tatsächlich entstandenen Kosten kann immer erst zum Jahresende erfolgen. Da dies in 2014 etwas eher als in 2013 umgesetzt werden konnte, ging ein erheblich höherer Betrag als im Vorjahr noch im laufenden Haushaltsjahr zahlungswirksam ein.

Einzahlung aus Investitionstätigkeit:

Die **Einzahlungen aus Investitionszuwendungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 15,5 Mio. € reduziert. Hierbei haben sich insbesondere die Einzahlungen für den Bereich der Kindertagesstätten um 11,5 Mio. € verringert, da beim Freistaat Bayern Zuwendungen aus dem Krippensonderförderprogramm nur bis Ende 2013 beantragt werden konnten. Darüber hinaus haben sich die Einzahlungen bei den Staatlichen Gymnasien um 5,3 Mio. € reduziert, da ein Großprojekt aufgrund des Baufortschritts im Jahr 2013 größtenteils abfinanziert werden konnte und der Freistaat Bayern im Jahr 2014 bei Schulbauvorhaben nur geringere Zuwendungsraten bewilligen konnte.

1.2.1.2.2 Auszahlungen

Die Auszahlungen (Ist) steigerten sich insgesamt von 2013 auf 2014 von 1.305,4 Mio. € um 59,6 Mio. € auf 1.365,0 Mio. € (Zeile S2 + Zeile S5). Hiervon entfallen 52,5 Mio. € auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und 7,0 Mio. € auf Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

Die **Personalauszahlungen** sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Hauptgründe für die Ausgabensteigerung in Höhe von 34,9 Mio. € sind die Auszahlungen für die Teuerung 2014 in Höhe von 16,8 Mio. €.

Weitere 8,5 Mio. € sind durch Neueinrichtungen und Gruppenveränderungen an Kindertageseinrichtungen sowie Kapazitätsausweitungen in Zusammenhang mit dem Assistenzkraftmodell entstanden.

Eine Steigerung der Auszahlungen im Lehrdienst von 7,5 Mio. € hat sich insbesondere durch den quantitativen Ausbau gebundener Ganztagsklassen und offener Ganztagsangebote sowie der bedarfsorientierte Budgetierung, aufgrund der Erweiterung der Eingangsklassen an den städtischen Gymnasien und städtischen Realschulen, der Erhöhung der Eingangsklassen an der BFS für Kinderpflege und der FAK für Sozialpädagogik ergeben.

Durch die Neueinrichtungen und Gruppenveränderungen an Tagesheimen kam es zu einer Auszahlungserhöhung von 2,2 Mio. €.

Stellenzuschaltungen durch Finanzierungsbeschlüsse hatten Mehrauszahlungen von 1,6 Mio. €, Erweiterungen bei den Angeboten der Städtischen Sing- und Musikschule hatten Mehrauszahlungen von 0,3 Mio. € und Stellenbesetzungen bei ZIB hatten Mehrauszahlungen von 0,3 Mio. € zur Folge.

Dem gegenüber stehen Verringerungen der Auszahlungen bei den Beschäftigungsentgelten von 2,0 Mio. €.

Im Bereich der **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** kam es insgesamt zu einer Erhöhung von 40,3 Mio. €. Maßgeblich verantwortlich dafür sind die Steigerungen bei den Auszahlungen für den großen Bauunterhalt und die Auszahlungen für IT-Leistungen von it@M.

Die Auszahlungen für den großen Bauunterhalt sind um 16,4 Mio. € gestiegen. Dies liegt insbesondere an der Steigerung der energieeffizienten Sanierungen mit der Finanzierung aus dem IHKM- Programm KSP 2013 (Integriertes Handlungskonzept Klimaschutz in München) und an der intensiven Fortführung der WC- Sanierungen und Fachlehrsaalsanierungen.

Die Auszahlungen für IT-Leistungen von it@M haben sich um 10,2 Mio. € erhöht. Insbesondere wurde von it@M festgestellt, dass etliche Anschlüsse im Bereich der Telekommunikation bei der Übernahme von Direktorium (Datenverbindungen) und Baureferat (Telefonie) keinem Referat zugeordnet waren. Diese Zuordnung wurde bis Ende 2013 nachgezogen. Für die Jahre 2012 und 2013 wurden dem RBS dafür rund 4 Mio. € in Rechnung gestellt. Dadurch erhöhen sich auch laufenden monatlichen Zahlungen des RBS in 2014 für die Telekommunikationskosten.

Außerdem sind 1,38 Mio. € die dem Jahr 2013 zuzuordnen sind erst 2014 ausgezahlt worden (Ist auf Kassenrest).

Die **Transferauszahlungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24,6 Mio. € verringert. Das liegt zum einen daran, dass die freiwilligen Leistungen der Münchner Förderformel für das Kindergartenjahr 2012/2013 in 2014 nicht abschließend bearbeitet und ausgezahlt werden konnte, weil der Ausbaufaktor für die Bundesmittel 2012/2013 nicht rechtzeitig bekannt gegeben wurde. Zum anderen hatten einzelne Träger von Kindertageseinrichtungen zum Teil sehr hohe Rückzahlungen zu leisten, weil diese Abschlagszahlungen auf Basis der maximalen Platzbelegung beantragt hatten und nicht auf Basis der tatsächlichen Belegung. Auf Grund dieser Erfahrungswerte wurden im Haushaltsjahr 2014 vermehrt Träger aufgefordert, Korrekturanträge zu stellen und die Abschlagszahlungen auf die tatsächliche Basis anzupassen, was zu niedrigeren Auszahlungen geführt hat.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit:

Die **Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** hat sich um 1,3 Mio. € erhöht. Das liegt in erster Linie daran, dass 2014 weit mehr Investitionszuschüsse in Form eines Darlehens an die Vereine vergeben wurden.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	331.521.000	379.924.000	388.023.903	+8.099.903	+2,13%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.522.900	48.840.200	48.640.479	-199.721	-0,41%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	29.091.200	11.014.900	14.401.443	+3.386.543	+30,75%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	53.386.400	53.100.400	74.288.202	+21.187.802	+39,90%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.500	10.500	406.404	+395.904	+3770,51%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	127.000	127.000	122.958	-4.042	-3,18%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	446.659.000	493.017.000	525.883.389	+32.866.389	+6,67%
9	- Personalauszahlungen	583.323.500	603.469.200	596.953.328	-6.515.872	-1,08%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	43.600	41.881	-1.719	-3,94%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	221.965.500	244.209.000	252.837.058	+8.628.058	+3,53%
12	- Transferauszahlungen	232.181.700	267.616.900	241.565.020	-26.051.880	-9,73%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	41.109.300	42.738.200	43.444.340	+706.140	+1,65%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.000	3.100	54.119	+51.019	+1645,77%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.078.583.000	1.158.080.000	1.134.895.746	-23.184.254	-2,00%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-631.924.000	-665.063.000	-609.012.357	+56.050.643	-8,43%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	28.736.200	33.066.200	34.569.680	+1.503.480	+4,55%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	198.344	+198.344	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	53.678	+53.678	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	3.540.000	3.540.000	3.540.000	0	0,00%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	273.100	273.100	277.815	+4.715	+1,73%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	32.549.300	36.879.300	38.639.517	+1.760.217	+4,77%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	1.048.272	+1.048.272	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	193.350.600	167.762.000	161.608.528	-6.153.472	-3,67%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	26.622.200	48.614.500	30.853.180	-17.761.320	-36,54%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	3.540.000	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	22.500.000	46.014.100	35.255.740	-10.758.360	-23,38%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	1.327.553	+1.327.553	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	246.012.800	262.390.600	230.093.273	-32.297.327	-12,31%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-213.463.500	-225.511.300	-191.453.756	+34.057.544	-15,10%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-845.387.500	-890.574.300	-800.466.113	+90.108.187	-10,12%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-845.387.500	-890.574.300	-800.466.113	+90.108.187	-10,12%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-20.160.313	-20.160.313	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	21.008	+21.008	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-20.181.321	-20.181.321	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-845.387.500	-890.574.300	-820.647.434	+69.926.866	-7,85%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-845.387.500	-890.574.300	-820.647.434	+69.926.866	-7,85%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

1.2.2.2.1 Einzahlungen

Die tatsächlichen Einzahlungen (Ist) des Referates für Bildung und Sport in 2014 in Höhe von 564,5 Mio. € (Summe S1 + S4) übersteigen die erwarteten Planeinnahmen in Höhe von 529,9 Mio. € um insgesamt 34,6 Mio. €. Davon entfallen 32,9 Mio. € auf die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und 1,8 Mio. € auf die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit.

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** sind um 3,4 Mio. € höher ausgefallen als der Planansatz. Dies ist ganz überwiegend auf Rückzahlungen der gesetzlichen BayKiBiG-Förderung von freien Träger zurückzuführen, die als privatrechtliche Ersätze gebucht wurden. Die Verbuchungsart wurde gewählt, damit ein automatisches Mahnverfahren hinterlegt werden konnte.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** übersteigt das Ist von 74,3 Mio. € den Ansatz in Höhe von 53,1 Mio. € um 21,2 Mio. €. Dies ist vollständig auf jahresübergreifende Vereinnahmungen von Gastschulbeiträgen zurückzuführen. Davon entfallen 18,1 Mio. € auf den Bereich der Berufsschulen. Da die Rechnungsstellung immer erst zum Ende des Haushaltsjahres erfolgen kann, ist der Anteil der noch im laufenden Haushaltsjahr eingeht sehr ungewiss und somit extrem schwierig zu kalkulieren.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:

Es liegen keine berichtspflichtigen Abweichungen vor.

1.2.2.2.2 Auszahlungen

Die tatsächlichen Auszahlungen des Referates für Bildung und Sport von 1.365,0 Mio. € (Ist) sind um 55,5 Mio. € geringer ausgefallen als die geplanten Auszahlungen von 1.420,5 Mio. € (Summe S2 + S5) zum Stand Nachtragshaushalt. Davon entfallen 23,2 Mio. € auf die Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit und 32,3 Mio. € auf die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

Bei den **Transferauszahlungen** wurden 26,1 Mio. € weniger ausgezahlt als geplant. Es wird auf die Ausführungen unter Punkt 1.2.1.2.2 zu Transferauszahlungen verwiesen.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit:

Für die **Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** wurden keine Auszahlungen geplant, jedoch 1,0 Mio. € ausgezahlt. Das liegt zum großen Teil daran, dass investive Bestandteile von Bauunterhaltsmaßnahmen investiv verbucht werden müssen, der Bauunterhalt aber grundsätzlich konsumtiv ist und unter „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ geplant wird. Wenn absehbar ist, in welcher Höhe investive Bestandteile anfallen, wird im Haushaltsvollzug ein Ausgleich durch Mittelumschichtungen durchgeführt.

Im Bereich der **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachvermögen** wurden 17,8 Mio. € weniger ausgezahlt.

Insbesondere für die Einrichtung und Ausstattung des Gymnasium Trudering wurden die Mittel im laufenden Jahr nicht vollständig benötigt (5,2 Mio. €).

Im Bereich von IT-Anlagen und Software gibt es Mittelbindungen von 2,2 Mio. € und bei der Einrichtung und Ausstattung der Berufsschulen gibt es Mittelbindungen von 2,3 Mio. €. D. h. es wurden Bestellanforderungen und Bestellungen i. H. v. insgesamt 4,5 Mio. € getätigt, die 2014 nicht mehr zur Auszahlung gekommen sind.

Bei den **Investitionsförderungsmaßnahmen** wurden insgesamt 10,8 Mio. € weniger ausgezahlt. Maßgeblich verantwortlich sind dafür die nicht ausgezahlten Investitionszuschüsse. Da die Vereine ihre Bauvorhaben nicht in der geplanten Zeitschiene verwirklichen konnten, sind 11,0 Mio. € weniger Investitionszuschüsse an die Vereine ausgereicht worden.

Bei den **Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** wurden keine Auszahlungen geplant, jedoch 1,3 Mio. € als Darlehen für Investitionszuschüsse an Vereine ausgezahlt. Da zum Zeitpunkt der Planung nicht bekannt ist, welche Zuschüsse als Darlehen vergeben werden, werden die Darlehenszuschüsse bei den „Investitionsfördermaßnahmen“ geplant und am Jahresende wird ein Ausgleich durch Mittelumschichtungen an „Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit“ durchgeführt.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	351.299.681	389.230.059	+37.930.378	+10,80%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	54.933.570	49.598.378	-5.335.192	-9,71%
5	+ Auflösung von Sonderposten	11.588.299	15.640.817	+4.052.518	+34,97%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.066.067	14.652.503	-413.564	-2,75%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	53.427.274	53.254.493	-172.781	-0,32%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.918.235	8.935.380	+3.017.145	+50,98%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	492.233.126	531.311.630	+39.078.504	+7,94%
11	- Personalaufwendungen	564.054.304	597.804.976	+33.750.672	+5,98%
12	- Versorgungsaufwendungen	161.180.072	176.031.806	+14.851.734	+9,21%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	221.694.319	245.613.547	+23.919.228	+10,79%
14	- Planmäßige Abschreibungen	111.109.613	123.387.829	+12.278.216	+11,05%
15	- Transferaufwendungen	274.338.620	231.878.333	-42.460.287	-15,48%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	62.630.520	52.907.945	-9.722.575	-15,52%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.395.007.448	1.427.624.436	+32.616.988	+2,34%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-902.774.322	-896.312.806	+6.461.516	-0,72%
17	+ Finanzerträge	91.269	-175.190	-266.459	-291,95%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	14.405	54.119	+39.714	+275,70%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	76.864	-229.309	-306.173	-398,33%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-902.697.458	-896.542.115	+6.155.343	-0,68%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-902.697.458	-896.542.115	+6.155.343	-0,68%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	144.373	17.957.341	+17.812.968	+12338,16%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	195.980.384	214.929.984	+18.949.600	+9,67%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-1.098.533.469	-1.093.514.758	+5.018.711	-0,46%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

1.3.1.2.1 Erträge

Die tatsächlichen Erträge (Ist) des Referates für Bildung und Sport (Summe S1 + Zeile 17 + Zeile 19 + Zeile 21) steigerten sich von 492,5 Mio. € im Jahr 2013 um 56,6 Mio. € auf 549,1 Mio. € im Jahr 2014.

Die Steigerung im **Bereich der ordentlichen Erträge** ist ganz überwiegend auf die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** zurückzuführen. Diese Veränderung wurde bereits im Textbeitrag zum Teilfinanzhaushalt (siehe Punkt 1.2.1.2.1) ausgeführt. Die darüber hinausgehende Abweichung ist auf die unterschiedliche Betrachtungsweise zwischen Teilfinanzrechnung (zahlungswirksame Vorgänge während des Haushaltsjahres) und Teilergebnisrechnung (periodengerechte Zuordnung des Sachverhaltes) in diesem Bereich zurückzuführen.

Zusätzlich gab es eine Steigerung bei der **Auflösung von Sonderposten** aufgrund zusätzlicher personeller Ressourcen im Bereich der Anlagenbuchhaltung für unbewegliches Vermögen durch die Aufarbeitung von Abrechnungen bei Anlagen im Bau (AiB) und der hierfür gewährten Zuschüsse in 2014.

Schließlich erhöhten sich die **sonstigen ordentlichen Erlöse** im Wesentlichen aufgrund einer Steigerung bei den Erträgen aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen. Hierzu wird auf weitergehende Ausführungen durch das Personal- und Organisationsreferat in Band 1 verwiesen.

1.3.1.2.2 Aufwendungen

Die tatsächlichen Aufwendungen des Referates für Bildung und Sport (Summe S2 + Zeile 18 + Zeile 20 + Zeile 22) steigerten sich gegenüber dem Jahr 2013 um insgesamt 51,6 Mio. € von 1.591,0 Mio. € auf 1.642,6 Mio. €.

Bei den Ordentlichen Aufwendungen haben sich in den meisten Teilbereichen erhebliche Veränderungen zum Vorjahr ergeben.

Die **Versorgungsaufwendungen** haben sich von 2013 auf 2014 um 14,9 Mio. € erhöht. Die Aufwendungen für Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen werden zentral vom Personal- und Organisationsreferat bewirtschaftet. Hinsichtlich der Abweichungen bei den Versorgungsaufwendungen wird auf die Ausführungen des POR im Band 1 „Jahresabschluss“ verwiesen.

Für die Erhöhung bei den **Personalaufwendungen** um 33,8 Mio. € und bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** um 23,9 Mio. € wird auf den Textbeitrag zum Teilfinanzhaushalt (Punkt 1.2.1.2.2) verwiesen. Ebenso für die Verringerung bei den **Transferaufwendungen** um 42,5 Mio. €.

Durch die unterschiedliche Betrachtungsweise sind die Abweichungen allerdings im Teilergebnishaushalt nicht mit denen im Teilfinanzhaushalt identisch. Durch die periodengerechte Zuordnung der Aufwendungen sind insbesondere die Abweichungen zwischen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen/Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferaufwendungen/Transferauszahlungen erheblich.

Die **Abschreibungen** haben sich um insgesamt 12,3 Mio. € erhöht. Die planmäßigen Abschreibungen für Gebäude sind um 2,4 Mio. € und die Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sind um 3,4 Mio. € gestiegen. Das liegt in erster Linie an der enormen Bautätigkeit bei der Landeshauptstadt München. Durch die AiB-Abrechnungen kommt es zu einer entsprechenden Zunahme beim Anlagevermögen, das wiederum eine Erhöhung der planmäßigen Abschreibungen zur Folge hat. Außerdem ist 2014 der Abrechnungsschub bei den AiB durch mittlerweile eingearbeitete neue Mitarbeiter teilweise abgearbeitet worden.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen für Gebäude und Grundstücke lagen 2014 bei 4,8 Mio. €. 2013 gab es keine außerplanmäßigen Abschreibungen für Gebäude und Grundstücke. Eine außerplanmäßige Abschreibung des Restbuchwertes erfolgt beim unbeweglichen Anlagevermögen dann, wenn alte Gebäude vor einem Neubau abgerissen werden.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** sind von 2013 auf 2014 um 9,7 Mio. € zurückgegangen.

Das hatte unterschiedliche Ursachen. Unter anderem sind die Aufwendungen für die Schülerbeförderung um 1,5 Mio. € gesunken. Im Bereich der Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden sind die Aufwendungen für die Gastschulbeiträge um 1,3 Mio. € zurückgegangen. Die Aufwendungen für Beiträge zur Unfallversicherung haben sich um 2,8 Mio. € verringert. Die Rechnungsabgrenzungen zur periodengerechten Zuordnung der Aufwendungen sind um 2,4 Mio. € zurückgegangen. Die Aufwendungen für Altlastensanierungen und Abbruchkosten sind um 3,1 Mio. € gesunken. Altlastensanierungen und Abbruchkosten, die einem Neubau vorausgehen, können nicht beim Anlagevermögen (Neubau) aktiviert werden, sondern werden als sonstiger ordentlicher Aufwand verbucht.

Dem gegenüber haben sich insbesondere die Aufwendungen für Projekte, die nicht zu

anlagerelevanten Investitionsmaßnahmen führen um 2,8 Mio. € erhöht. Eingestellte Investitionsmaßnahmen werden aus dem Anlagevermögen in die Aufwands- und Ertragsrechnung eingebucht.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	331.521.000	379.924.000	389.230.059	+9.306.059	+2,45%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.581.200	48.517.900	49.598.378	+1.080.478	+2,23%
5	+ Auflösung von Sonderposten	9.901.700	9.901.700	15.640.817	+5.739.117	+57,96%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	29.041.500	10.965.600	14.652.503	+3.686.903	+33,62%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	53.386.400	53.100.400	53.254.493	+154.093	+0,29%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.107.700	2.148.400	8.935.380	+6.786.980	+315,91%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	461.539.500	504.558.000	531.311.630	+26.753.630	+5,30%
11	- Personalaufwendungen	584.117.200	604.262.900	597.804.976	-6.457.924	-1,07%
12	- Versorgungsaufwendungen	171.031.200	156.740.200	176.031.806	+19.291.606	+12,31%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	222.207.800	244.441.300	245.613.547	+1.172.247	+0,48%
14	- Planmäßige Abschreibungen	99.940.600	99.940.600	123.387.829	+23.447.229	+23,46%
15	- Transferaufwendungen	233.329.300	268.763.700	231.878.333	-36.885.367	-13,72%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.211.100	41.459.500	52.907.945	+11.448.445	+27,61%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.350.837.200	1.415.608.200	1.427.624.436	+12.016.236	+0,85%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-889.297.700	-911.050.200	-896.312.806	+14.737.394	-1,62%
17	+ Finanzerträge	127.000	127.000	-175.190	-302.190	-237,94%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.100	3.100	54.119	+51.019	+1645,77%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	123.900	123.900	-229.309	-353.209	-285,08%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-889.173.800	-910.926.300	-896.542.115	+14.384.185	-1,58%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-889.173.800	-910.926.300	-896.542.115	+14.384.185	-1,58%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	18.208.500	13.972.000	17.957.341	+3.985.341	+28,52%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	200.319.700	196.553.600	214.929.984	+18.376.384	+9,35%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-1.071.285.000	-1.093.507.900	-1.093.514.758	-6.858	0,00%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

1.3.2.2.1 Erträge

Das Ist bei den Erträgen von 549,1 Mio. € (Summe S1 + Zeile 17 + Zeile 19 + Zeile 21) ist gegenüber dem Stand nach dem Nachtragshaushalt in Höhe von 518,7 Mio. € um 30,4 Mio. € höher ausgefallen.

Die Steigerung ist fast ausschließlich dem **Bereich der Ordentlichen Erträge** zuzuordnen.

Die Erhöhung bei den **sonstigen ordentlichen Erträge** ist insbesondere auf um 1,7 Mio. € über dem Plan liegende Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen sowie auf

periodenfremde Erträge aus Korrekturen bei beweglichem und unbeweglichem Anlagevermögen von insgesamt 2,1 Mio. € zurückzuführen. Bezüglich der Pensionsrückstellungen wird auf weitergehende Ausführungen durch das Personal- und Organisationsreferat hingewiesen. Eine Veranschlagung von nachträglichen Korrekturbuchungen ist in der Regel nicht möglich und führt daher zu einem außerplanmäßigen Ertrag.

Im Bereich der **Auflösung von Sonderposten** ist die Planüberschreitung darauf zurückzuführen, dass insbesondere Ende 2014 verstärkt eine Aufarbeitung von Abrechnungen bei den AiB erfolgte, die im Plan nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Die Erhöhung bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** wurde bereits unter Punkt 1.2.2.2.1 in den Erläuterungen zum Teilfinanzhaushalt dargestellt.

1.3.2.2.2 Aufwendungen

Die tatsächlich Aufwendungen des Referates für Bildung und Sport von 1.642,6 Mio. € (Summe S2 + Zeile 18 + Zeile 20 + Zeile 22) sind um 30,4 Mio. € höher ausgefallen als die geplanten Aufwendungen von 1.612,2 Mio. € (Stand Nachtragshaushalt).

Die **Versorgungsaufwendungen** haben sich um 19,3 Mio. € erhöht. Die Aufwendungen für Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen werden zentral vom Personal- und Organisationsreferat bewirtschaftet. Hinsichtlich der Abweichungen bei den Versorgungsaufwendungen wird auf die Ausführungen des POR im Band 1 „Jahresabschluss“ verwiesen.

Die **Abschreibungen** haben sich um insgesamt 23,4 Mio. € erhöht. Insbesondere die planmäßigen Abschreibungen für Gebäude sind um 8,7 Mio. € und die Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sind um 8,1 Mio. € gestiegen. Das liegt in erster Linie an der enormen Bautätigkeit bei der Landeshauptstadt München. Durch die AiB-Abrechnungen kommt es zu einer entsprechenden Zunahme beim Anlagevermögen, das wiederum eine Erhöhung der planmäßigen Abschreibungen zur Folge hat. Außerdem ist 2014 der Abrechnungstau bei den AiB durch mittlerweile eingearbeitete neue Mitarbeiter teilweise abgearbeitet worden. Die außerplanmäßigen Abschreibungen für Gebäude und Grundstücke lagen bei 4,8 Mio. €. Eine außerplanmäßige Abschreibung des Restbuchwertes erfolgt beim unbeweglichen Anlagevermögen dann, wenn alte Gebäude vor einem Neubau abgerissen werden.

Die **Transferaufwendungen** sind um 36,9 Mio. € geringer ausgefallen als geplant. Das wurde bereits im Teilfinanzhaushalt (Punkt 1.2.1.2.2 bzw. 1.2.2.2.2) erläutert. Durch die unterschiedliche Betrachtungsweise sind die Abweichungen allerdings im Teilergebnishaushalt nicht mit denen im Teilfinanzhaushalt identisch.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** haben sich um 11,5 Mio. € erhöht. Das liegt vor allem an Aufwendungen für die es keinen Planansatz gab, da sie schwer planbar sind. So der periodenfremde Aufwand aus Korrekturen von Grundstücken mit Substanzverzehr und Gebäuden in Höhe von 5,0 Mio. €, die Aufwendungen für eingestellte Investitionsmaßnahmen in Höhe von 3,1 Mio. € und die Niederschlagung von Forderungen in Höhe von 1,0 Mio. €.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	32.240	4.604	27.636
Personalauszahlungen	1.086	387	699
unverbrauchte Schenkungsmitel	497	5	492
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	8.038	87	7.951
Gesamt	41.861	5.083	36.778

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

1.4.1.1 Restefonds für Sachauszahlungen

Aus dem Restefonds für Sachauszahlungen wurde in 2014 insgesamt 4,6 Mio. € entnommen.

Davon entfallen auf **unterjährige Restfondsentnahmen** 279 Tsd. €. Hiervon sind 138 Tsd. € für die Finanzierung von zusätzlichen Mietzahlungen wegen der notwendigen Auslagerung eines Teiles der Beschäftigten aus dem Hauptgebäude in der Bayerstr. 28 verwendet worden. Außerdem wurden aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Referat für Bildung und Sport und dem Kulturreferat 100 Tsd. € für die Weiterführung des Moduls Tanz und Schule (Access to Dance) zur Verfügung gestellt. Der Restbetrag wurde für eine finanzielle Beteiligung für das Kunstprojekt an der Messestadt Riem (7 Tsd. €), sowie zur Finanzierung von zusätzlichen Personalkosten für den Einsatz von studentischen Hilfskräften (Umfrage zum Schulklima; 26 Tsd. €) und zur personellen Unterstützung im Rahmen des Organisationsgutachtens beim Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (8 Tsd. €) aufgewendet.

Außerdem wurden **im Rahmen des Nachtrages 2014** 2.560 Tsd. € aus dem Restfonds entnommen. Hiervon wurden 2.000 Tsd. € zur Finanzierung der Fassaden- und Fachlehrsaalsanierung des Maria-Theresia-Gymnasiums (2. Bauabschnitt), 350 Tsd. € für den Kantinenumbau in der Liebherrstr. 13, 134 Tsd. € für die Kostenerhöhung bei der Sanierung der Bezirkssportanlage Demleitnerstr. 2 und 76 Tsd. € zur zeitlich befristeten Finanzierung eines Spitzen- und Leistungssportkoordinators im Nachtrag 2014 eingestellt. Schließlich wurde 1.765 T€ aus dem Restfonds für Sachauszahlungen **zum Ausgleich von Haushaltsüberschreitungen** aufgrund der Vorhabensplanung des Referates für Bildung und Sport aus Restmitteln verwendet. Hiervon entfallen 1.531 Tsd. € auf konsumtive und 234 Tsd. € auf investive Haushaltsüberschreitungen.

Die in den Grundzügen am 22.05.2013 dem Stadtrat aufgrund einer Anfrage von Stadtratsmitgliedern der CSU vorgestellte Vorhabensplanung des Referates für Bildung und Sport ist noch nicht abgeschlossen. Das RBS befindet sich daher mit der Stadtkämmerei in Gesprächen um eine einvernehmliche Lösung, wie die bereits bestehenden Mittelbindungen abgesichert werden können.

1.4.1.2 Restefonds für Personalauszahlungen

Die Mittelbereitstellungen in Höhe von insgesamt 387 Tsd. € dienen zur Finanzierung von befristeten Personalmaßnahmen im Deckungsbereich des Referates für Bildung und Sport, insbesondere zur punktuellen Abfederung von Arbeitsspitzen und um die angemessene Personalausstattung in Bereichen, die einer organisatorischen Neuausrichtung unterlagen, zu gewährleisten.

1.4.1.3 Restefonds für unverbrauchte Schenkungsmittel

Die Restefondsentnahme in Höhe von 5 Tsd. € erfolgte im Rahmen des Haushaltsausgleichs für den Bereich der Kindertagesstätten.

1.4.1.4 Restefonds für Mittel aus zweckgebundenen Finanzpositionen

Zum Ausgleich von Haushaltsüberschreitungen wurden Restefondsentnahmen in Höhe von 75 Tsd. € für zuschussfähige Lernmittel im beruflichen Schulwesen und in Höhe von insgesamt 12 Tsd. € aus Schenkungsmitteln für den Grundschulbereich und für den Sport vorgenommen.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel wurden keine Haushaltsausgabereste auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 7.288 Tsd. €) übertragen.

1.4.3 Investive Reste

Im Referat für Bildung und Sport wurden im investiven Bereich Reste i. H. v. 52.566 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 51.432 Tsd. €) übertragen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	13.044	10.734	+2,60%	3.291	10.087	13.378	2.893	8.119	11.012
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	224	219	-4,65%	39	178	217	39	171	209
Beschäftigte Gesamt	13.268	10.953	+2,45%	3.330	10.265	13.595	2.932	8.290	11.222

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Referat für Bildung und Sport** 2014 eine Unterschreitung von **1,11 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	26.880	+15,83%	31.638	31.135	-1,59%
Schulen	303.003	+6,48%	327.158	322.649	-1,38%
ZIB	9.283	+5,74%	10.151	9.816	-3,30%
AfA*	1.766	-%	0	0	-%
Stahlgruber Stiftung**	151	-%	0	0	-%
RBS Kita	217.020	+7,11%	233.791	232.456	-0,57%
Summe Referat	558.103	+6,80%	602.738	596.056	-1,11%

* AfA ist ab 2014 im Budget des Deckungsbereichs angesiedelt

**Stahlgruber Stiftung ist ab 2014 in der referatsspezifischen Besonderheit Schulen angesiedelt

Die Auszahlungen des Deckungsbereichs unterschreiten den Planansatz um 1,59 %. Die Unterschreitung liegt unterhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen. Aufgrund von Finanzierungsbeschlüssen wurden noch Mittel in Höhe von 677 Tsd. € auf dem Büroweg bereitgestellt, so dass sich die Swingunterschreitung auf 3,7 % erhöht hat.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restfonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-874	-3.446	+294,28%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	134.964	147.390	+9,21%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	134.090	143.944	+7,35%
Beihilferückstellung Auflösung	-141	-579	+310,64%
Beihilferückstellung Zuführung	25.358	27.860	+9,87%
Belastung Beihilferückstellung	25.217	27.281	+8,18%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-100	-32	-68,00%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	858	740	-13,75%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	758	708	-6,60%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-841	-79	-90,61%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	1.801	1.468	-18,49%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	960	1.389	+44,69%
Gesamt	161.025	173.322	+7,64%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Leitlinie Bildung

Im Jahr 2014 wurde im Referat für Bildung und Sport mit allen Geschäftsbereichen der „Masterplan Bildung“ als Weiterentwicklung und Konkretisierung der Leitlinie Bildung erarbeitet. Diese mittelfristige Bildungsstrategie wird im Jahr 2015 dem Stadtrat vorgestellt werden. Die vier wichtigsten Handlungsfelder sind:

- Auf den Anfang kommt es an
- Bildungsentwicklung in Stadtteilen mit geringer Bildungsbeteiligung
- Übergänge
- Ganztagsbildung

Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020

Die Bevölkerungsprognose bis 2030 geht von einem starken Bevölkerungswachstum aus. Das bedeutet, dass insbesondere das Referat für Bildung und Sport zusammen mit dem Baureferat mit zusätzlichen Schulbauplanungen und Planungen von Kindertageseinrichtungen reagieren müssen. Trotz der seit einigen Jahren bestehenden referatsübergreifenden konstruktiven und zielorientierten Zusammenarbeit sowohl in der Arbeitsgruppe Ausbauoffensive zur Realisierung von Kinderbetreuungsplätzen als auch in der Arbeitsgruppe Schulbauoffensive bedarf es neuer Lösungsstrategien zur bedarfs- und zeitgerechten Umsetzung aller Baumaßnahmen. Aus diesem Grund wurde am 05.11.2014 das Aktionsprogramm Schul- und Kita- Bau 2020 beschlossen. Das Aktionsprogramm 2020 stellt durch Neuordnung des Bauunterhalts den Schulen, den Kindertageseinrichtungen und auch den Sporteinrichtungen nicht nur beträchtliche zusätzliche finanzielle Mittel ab 2015 bereit und optimiert die Verfahren, sondern beinhaltet auch eine Reihe von Maßnahmen, die das Verfahren beim Neubau und Erweiterungen beschleunigen. Gemeinsam mit weiteren Referaten gilt es, diese Verfahren schnellstmöglich umzusetzen.

Ausblick Kitaversorgung

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung beschäftigt die Landeshauptstadt München auch weiterhin. Im Bereich der unter 3-jährigen Kinder wird aufgrund der geplanten Baumaßnahmen bis Ende 2015 ein Versorgungsgrad von annähernd 50 % (Stand 01.01.2015: 45 %) erreicht werden. Um das Bevölkerungswachstum auszugleichen und den angestrebten Versorgungsgrad von 60 % zu erreichen, sollen bis zum Jahr 2020 nach derzeitigem Planungsstand ca. 8.000 weitere Plätze geschaffen werden.

Im Kindergartenbereich wird mit einer Erhöhung der Versorgungsquote auf 95 % bis Ende 2015 gerechnet (Stand 01.01.15: 92 %). Auch hier müssen bis zum Jahr 2020 noch 6.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Voraussichtlich Ende 2015 wird das Referat für Bildung und Sport erneut eine kommunale Bedarfserhebung unter dem Titel „Kita-Barometer“ mittels einer Elternbefragung durchführen, um so den Platzbedarf für Familien mit Kindern in der Altersgruppe 0-6 zu aktualisieren.

Auch für das laufende Jahr 2015 bleibt die Personalsituation sehr angespannt. Trotz aller intensiven Anstrengungen fehlen zum Stand 15.03.2015 bei der Abteilung KITA 197 Erzieherinnen und Erzieher und bei der Fachabteilung 4 (Tagesheime) 53 Erzieherinnen und Erzieher, insgesamt 250 Erzieherinnen und Erzieher. Trotz laufender Einstellungen kann diese Personallücke weiterhin nicht geschlossen werden.

Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels geht das Referat für Bildung und Sport davon aus, dass auch zu Beginn des nächsten Kindergartenjahres mit einer Personallücke in der aktuellen Größenordnung zu rechnen ist. Diese Arbeitsmarktsituation betrifft auch freie Träger, sodass weiter das Risiko besteht, dass nicht alle Einrichtungen rechtzeitig und in vollem Umfang den Betrieb aufnehmen können.

Neue pädagogische Fachkräfte zu gewinnen und das vorhandene Personal zu erhalten sind deshalb wichtige Handlungsfelder. Das Referat für Bildung und Sport hat am 10. und 11. März

2015 im Kinder- und Jugendhilfeausschuss sowie im Bildungsausschuss hierzu ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das sowohl Erprobtes verlängert als auch neue Wege beschreitet. Zum Maßnahmenpaket gehören unter anderem Angebote zur Weiterbildung für Kinderpfleger und -pflegerinnen sowie Quer- und Wiedereinsteiger, die Entlastung des vorhandenen pädagogischen Fachpersonals durch vermehrten Einsatz von hauswirtschaftlichen Kräften und attraktive Anreize für Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger wie zum Beispiel familienfreundliche Teilzeitmodelle, Hilfestellung bei der Wohnungssuche und ein Zuzugsdarlehen. Die Zielgruppe für das Weiterbildungsangebot „Assistenzkraftmodell“ soll künftig auch auf Personen erweitert werden, die Vorerfahrungen zum Beispiel als Tagesmutter beziehungsweise Tagesvater oder im Bereich der Mittagsbetreuungen mitbringen. Auch eine Kooperation mit freien und sonstigen Trägern ist geplant. Die Kolleginnen und Kollegen im städtischen KITA-Betrieb sollen durch Maßnahmen der gezielten Personalentwicklung, berufsintegrierte Fortbildungsangebote und Supervision gefördert und unterstützt werden.

Ausblick Schulraumversorgung

Im Bereich der Gymnasien ist bis 2030 mit einer Schüler/Schülerinnensteigerung um 6.299 zu rechnen. Zur Sicherstellung der Raumsituation für die Zukunft verfolgt das Referat für Bildung und Sport für den Bereich der Gymnasien zusätzlich zu dem voraussichtlich im Schuljahr 2016/17 eröffneten Gymnasium München Nord (Eliteschule des Sports) folgende Maßnahmen:

- Neubau von fünf in der Regel 6-zügige Gymnasien (Freiham, Bayernkaserne, Ratzingerplatz, Messestadt Riem, Standortsicherung Münchner Nordosten- SEM)
- Erweiterung bestehender Gymnasien inkl. Sportstättenenerweiterungen (darunter Bildungscampus Westpark)

Im Bereich der Realschulen wird bis 2030/31 von einem Anwachsen der Schülerinnen/Schülerzahlen um 1.598 ausgegangen.

Zur Sicherstellung der Raumsituation bei Realschulen werden folgende Maßnahmen verfolgt:

- Errichtung einer 5-zügigen Realschule auf dem Bildungscampus Freiham
- Planung einer 5-zügigen Realschule im Münchner Norden (Heidemannstraße)
- Planung einer weiteren Realschule (an der Franz-Mader-Straße; jedoch Probleme beim Erwerb des staatl. Schulgrundstücks)
- Errichtung einer Realschule am Standort Aschauer Str. (Ersatz für Marie-Luise-Fleißer-RS)
- Standortsicherung im Münchner Nordosten (SEM)
- Erweiterung bestehender Realschulen inkl. Sportstättenenerweiterungen

Bis zum Jahr 2030 werden im Grundschulbereich 4.308 zusätzliche Schülerinnen und Schüler prognostiziert. Auch im Bereich der Mittelschulen und Förderzentren werden Steigerungen bei den Schülerzahlen erwartet. Am 11.03.2015 wurde dem Stadtrat der Schulentwicklungsplan (SEP) für die öffentlichen Grund-, Mittel und Förderschulen vorgelegt und beschlossen.

Bis 2030 werden 41 Pavillons als Interimslösungen, 44 Schulbauerweiterungen und 35 Schulbau-neubauten geplant.

Alle Erweiterungs- und Neubaunahmen berücksichtigen den Raumbedarf für eine ganztägige Betreuung - soweit dies baulich möglich ist – sowie den besonderen Raumbedarf zur inklusiven Beschulung.

Für den Bereich der beruflichen Schulen wurde ebenfalls der Raumbedarf aufgrund der Planungsprognose ausführlich betrachtet. Ein entsprechender Grundsatzbeschluss dazu wurde am 29.01.2014 gefasst. Auch hier ist es erforderlich, weitere geplante Bauvorhaben, Neu- und Erweiterungsbauten sowie Sanierungen zügig umzusetzen. Konkret sind dies unter anderem die Realisierung eines neuen Standortes für die Beruflichen Schulen im Bereich Farbe und Gestaltung sowie die Realisierung von zwei neuen großen beruflichen Schulzentren.

Als Sofortmaßnahmen werden bis Beginn des Schuljahres 2015/2016 17 Pavillonanlagen errichtet, zum Schuljahr 2016/2017 werden weitere 27 Pavillonanlagen folgen.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Hierzu liegen keine besonderen Sachverhalte vor.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
59011	Betrieb und Steuerung städtischer Einrichtungen	Finanzen	Summe Erlöse	107.401	112.929	+5.528	+5,1%	2.1.2.1.1
			Summe Kosten	284.356	291.926	+7.570	+2,7%	2.1.2.1.2
		Mengen	bedarfsanerkannte Krippenplätze in Häusern für Kinder	858	1.035	+177	+20,6%	2.1.2.1.3
59012	Koordination und Aufsicht der Einrichtungen in nicht-städtischer Trägerschaft	Finanzen	Summe Erlöse	113.344	123.989	+10.645	+9,4%	2.1.2.2.1
			Summe Kosten	263.425	241.915	-21.510	-8,2%	2.1.2.2.2
		Mengen	Reine Krippen in nicht-städt. Trägerschaft	272	225	-47	-17,1%	2.1.2.2.3
59021	Grundschulen	Finanzen	Summe Erlöse	155.155	165.754	+10.599	+6,8%	2.1.2.3.1
59022	Betrieb und Steuerung städtischer Horte	Finanzen	Summe Erlöse	18.171	11.100	-7.071	-38,9%	2.1.2.4.1
59023	Koordination und Aufsicht der Horte in nicht-städtischer Trägerschaft	Finanzen	Summe Erlöse	8.765	1.500	-7.265	-82,9%	2.1.2.5.1
			Summe Kosten	14.612	2.665	-11.947	-81,8%	2.1.2.5.2
		Mengen	Reine Horte in nicht-städt. Trägerschaft	15	19	+4	+26,7%	2.1.2.5.3
			Bedarfsanerkannte Plätze in Horten	895	1.050	+155	+17,3%	2.1.2.5.3
59024	Förderzentren	Finanzen	Summe Kosten	23.513	26.526	+3.013	+12,8%	2.1.2.6.1
			Qualitäten	Teilnahmequote in gebundenen Ganztagsklassen	8,42%	11,90%	3,48%	+41,3%
		Mengen	Anzahl der gebundenen Ganztagsklassen	20	28	+8	+40,0%	2.1.2.6.2
			Schüler/innen in gebundenen Ganztagsklassen	241	336	+95	+39,4%	2.1.2.6.2

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
59031	Mittelschulen	Finanzen	Summe Erlöse	2.419	1.548	-871	-36,0%	2.1.2.7.1
			Summe Kosten	50.280	56.499	+6.219	+12,4%	2.1.2.7.2
		Mengen	Mittagsbetreuungsgruppen	3	4	+1	+33,3%	2.1.2.7.3
59032	Realschulen	Finanzen	Summe Erlöse	27.584	31.964	+4.380	+15,9%	2.1.2.8.1
			Summe Kosten	136.962	140.594	+3.632	+2,7%	2.1.2.8.2
		Mengen	Realschulen	6	4	-2	-33,3%	2.1.2.8.3
			mit offenen Ganztagesangeboten (städt. + staatl. RS)					
			Anzahl der Gruppen in offenen Ganztagesangeboten (städt. + staatl. RS)	6	5	-1	-16,7%	2.1.2.8.4
	Schüler/innen in offenen Ganztagesangeboten (städt. + staatl. RS)	150	106	-44	-29,3%	2.1.2.8.5		
59033	Gymnasien	Finanzen	Summe Erlöse	46.533	50.684	+4.151	+8,9%	2.1.2.9.1
			Summe Kosten	207.804	215.863	+8.059	+3,9%	2.1.2.9.2
		Mengen	Schüler/innen in gebundenen Ganztagesklassen (staatl. Gymnasien)	310	255	-55	-17,7%	2.1.2.9.3
59034	Schulen besonderer Art	Finanzen	Summe Erlöse	5.022	848	-4.174	-83,1%	2.1.2.10.1
		Mengen	Jahreswochentunden Ganztagesangebote (ORI), ohne Sozialpädagogen	18	72	+54	+300,0%	2.1.2.10.2
			Jahreswochentunden Ganztagesangebote (WBGs), ohne Sozialpädagogen	151	51	-100	-66,2%	2.1.2.10.3
			Anzahl der Schüler/innen an Ganztagesangeboten WBGs	754	585	-169	-22,4%	2.1.2.10.4

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
59041	Berufsschulen	Finanzen	Summe Erlöse	94.092	98.600	+4.508	+4,8%	2.1.2.11.1
			Summe Kosten	197.089	201.329	+4.240	+2,2%	2.1.2.11.2
59043	Berufsfachschulen	Qualität Menge	Schüler pro PC	9	6	-3	-38,2%	2.1.2.12.1
			Anzahl päd. PCs	185	284	+99	+53,5%	2.1.2.12.1
59044	Fachschulen	Finanzen Qualität Menge	Summe Erlöse	11.714	14.122	+2.408	+20,6%	2.1.2.13.1
			Schüler pro PC	4	5	+1	+27,4%	2.1.2.13.2
			Anzahl päd. PCs	473	378	-95	-20,1%	2.1.2.13.2
59046	Fachoberschulen	Finanzen	Summe Kosten	26.583	28.558	+1.975	+7,4%	2.1.2.14.1
59047	Berufsoberschulen	Finanzen	Summe Erlöse	4.800	4.282	-518	-10,8%	2.1.2.15.1
59051	Sing- und Musikschule/Schule der Phantasie	Finanzen Qualität Qualität Qualität Qualität	Summe Erlöse	2.746	2.359	-387	-14,1%	2.1.2.16.1
			Schüler auf der Warteliste SMS	3.600	4.477	+877	+24,4%	2.1.2.16.2
			Begabtenförder ung	34	54	+20	+58,8%	2.1.2.16.3
			Teilnehmer mit Ermäßigung SMS	10	12	+2	+20,0%	2.1.2.16.4.
			Teilnehmer mit Ermäßigung SchdPH	6	8	+2	+33,3%	2.1.2.16.4.
59053	Fort- und Weiterbildung	Finanzen Finanzen Zielgruppe Menge Menge Menge Menge	Summe Erlöse	4.525	6.663	+2.138	+47,2%	2.1.2.17.1
			Summe Kosten	6.138	6.583	+445	+7,2%	2.1.2.17.2
			Anz. Der Teilnehmer	24.000	29.318	+5.318	+22,2%	2.1.2.17.3
			durchgeführte Fortbildungen	1.600	1.898	+298	+18,6%	2.1.2.17.4
			Anmeldungen	29.000	39.225	+10.225	+35,3%	2.1.2.17.5
			abgeruf. Fortbildungsstd	232.400	281.069	+48.669	+20,9%	2.1.2.17.6
			überlassene Std. Räume	300	1.288	+988	+329,3%	2.1.2.17.7

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
59054	Bildungsberatung	Finanzen	Summe Erlöse	0	7			2.1.2.18.1
		Finanzen	Summe Kosten	1.857	2.362	+505	+27,2%	2.1.2.18.2
		Qualität	Wartezeit auf Beratertermin n	70	83	+13	+18,6%	2.1.2.18.3
		Qualität	Wartezeit auf Beratertermin n bis 4 Wochen (%)	25	15	-10	-40,0%	2.1.2.18.3
		Qualität	Wartezeit auf Beratertermin n mehr als 4 Wochen (%)	5	2	-3	-60,0%	2.1.2.18.3
		Qualität	ausgegebene Fragebögen	440	582	+142	+32,3%	2.1.2.18.4
		Menge	Beratungskonta kte Weiterbildungs beratung	5.300	4.101	-1.199	-22,6%	2.1.2.18.5
		Menge	Informations- und Fortbildungsver anstaltungen	95	72	-23	-24,2%	2.1.2.18.6
		Menge	Beratungskonta kte Bildung im Quartier	1.115	9.767	+8.652	+776,0%	2.1.2.18.7
59055	Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	Qualität	Klagefälle	50	36	-14	-28,0%	2.1.2.19.1
		Zielgruppe	Auszubildende	12	17	+5	+41,7%	2.1.2.19.2
		Menge	Anträge Schüler-BAföG	4.600	3.563	-1.037	-22,5%	2.1.2.19.3
		Menge	Anträge Meister-BAföG	1.400	1.900	+500	+35,7%	2.1.2.19.4
59056	Überlassung von Frei- und Raumflächen	Finanzen	Summe Kosten	10.623	7.808	-2.815	-26,5%	2.1.2.20.1
		Qualität	Bearbeitungsze it Verträge innerhalb 4 Wochen	50	42	-8	-16,0%	2.1.2.20.2
		Menge	Feste Mieverhältnisse	20	11	-9	-45,0%	2.1.2.20.3

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
59061	Bereitstellen von Infrastruktur für den Sport	Finanzen Menge	Summe Kosten überlassene Stunden Schulschwimmbecken	24.096	28.990	+4.894	+20,3%	2.1.2.21.1
				19.500	16.000	-3.500	-17,9%	2.1.2.21.2
59062	Förderung der Sportorganisationen	Finanzen	Summe Erlöse	1.400	1.178	-222	-15,9%	2.1.2.22.1
59063	Förderung von Sportveranstaltungen und Sportprogrammen	Menge	Programmstunden Freizeitsport	5.600	7.000	+1.400	+25,0%	2.11.23.1
		Menge	Teilnehmerinnen/Teilnehmer Freizeitsport	132.000	232.000	+100.000	+75,8%	2.11.23.1
		Menge	Teilnehmer Feriensportprogramm	1.400	1.638	+238	+17,0%	2.1.2.23.2
		Menge	Anzahl Spielaktionen	250	292	+42	+16,8%	2.1.2.23.3

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

Die Hauptursachen für Abweichungen waren im Bereich der Erlöse nicht periodengerechte Buchungen bei staatlichen Zuschüssen nach BayKiBiG und Lehrpersonalkostenzuschüssen, da Haushaltsjahr und Abrechnungsjahr (Schul- bzw. Kindergartenjahr) nicht übereinstimmen. Abweichungen im Bereich der Kosten wurden in den meisten Fällen durch erhöhte Bauunterhaltsmittel und Reinigungskosten sowie durch gestiegene Rückstellungen für Beamte verursacht, was sich je nach Zusammensetzung der Beschäftigten mehr oder weniger stark auf die Produktkosten auswirkt.

Zu beachten ist weiter, dass Zielgruppen in der Regel nicht beplant werden bzw. nicht steuerbar sind. Das Haushaltsjahr 2014 bildet im Bereich der Zielgruppen, Mengen und Qualitäten in allen schulischen Produkten das Schuljahr 2013/2014 ab.

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt Betrieb und Steuerung städtischer Einrichtungen

2.1.2.1.1

Eine produktgenaue Planung der Zuschüsse nach BayKiBiG ist nicht möglich; im Ist konnte die Produktzuordnung erfolgen (betrifft die Produkte 1.1, 1.2, 2.2 und 2.3).

2.1.2.1.2

Deutlich mehr Ausgaben für Bauunterhalt und durch den Zuwachs in dem bilanzierten Gebäudebestand höhere AfA und Zinsen

2.1.2.1.3

Vermeht Schaffung von Krippenplätzen.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt Koordination und Aufsicht der Einrichtungen in nicht städtischer Trägerschaft

2.1.2.2.1

Eine produktgenaue Planung der Zuschüsse nach BayKiBiG ist nicht möglich; im Ist konnte die Produktzuordnung erfolgen (betrifft die Produkte 1.1, 1.2, 2.2 und 2.3).

2.1.2.2.2

Teilweise weniger Plätze errichtet als geplant (Bauverzögerungen, Personalmangel); Mittel für die Förderformel nicht periodengerecht und in voller Höhe ausgezahlt.

2.1.2.2.3

Teilweise weniger Plätze errichtet als geplant (Bauverzögerungen, Personalmangel).

2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt Grundschulen

2.1.2.3.1

Deutlich mehr Ausgaben für Bauunterhalt und durch den Zuwachs in dem bilanzierten Gebäudebestand höhere AfA und Zinsen

2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt Betrieb und Steuerung städtischer Horte

2.1.2.4.1

Eine produktgenaue Planung der Zuschüsse nach BayKiBiG ist nicht möglich; im Ist konnte die Produktzuordnung erfolgen (betrifft die Produkte 1.1, 1.2, 2.2 und 2.3).

2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt Koordination und Aufsicht der Horte in nicht-städtischer Trägerschaft

2.1.2.5.1

Eine produktgenaue Planung der Zuschüsse nach BayKiBiG ist nicht möglich; im Ist konnte die Produktzuordnung erfolgen (betrifft die Produkte 1.1, 1.2, 2.2 und 2.3).

2.1.2.5.2

Planwert Kosten für PL 2 von BayKiBiG Zuschüssen abhängig, da diese an Freie Träger weitergereicht werden; Ist- Wert valide und entspricht der Produktzuordnung

2.1.2.5.3

Ausbau entsprechend Bedarf

2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt Förderzentren

2.1.2.6.1

Deutlich mehr Ausgaben für Bauunterhalt und durch den Zuwachs in dem bilanzierten Gebäudebestand höhere AfA und Zinsen

2.1.2.6.2

Auf Planungen des Staates zur Einrichtung von Ganztagszügen keinen Einfluss

2.1.2.7 Begründung zu Abweichung bei Produkt Mittelschulen

2.1.2.7.1

Periodenfremde Einnahmen

2.1.2.7.2

Höhere Ausgaben für Bauunterhalt, Reinigung sowie höhere Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen

2.1.2.7.3

Elterninitiative nicht steuerbar

2.1.2.8 Begründung zu Abweichung bei Produkt Realschulen

2.1.2.8.1

Steigende JWST, deshalb Erhöhung des Lehrpersonalkostenzuschusses

2.1.2.8.2

Steigende JWST, deshalb Mehrausgaben Bildungsleistung Unterricht sowie erhöhte personalwirtschaftliche Rückstellungen

2.1.2.8.3

Rückgang der offenen Ganztagsangebote aufgrund der Zunahme des gebundenen Ganztags

2.1.2.9 Begründung zu Abweichung bei Produkt Gymnasien

2.1.2.9.1

Schlussrate Lehrpersonalkostenzuschuss für das Jahr 2013 erst 2014 eingegangen sowie Fehlbuchung Zuschuss Ganztags für Schulen besonderer Art enthalten.

2.1.2.9.2

Deutlich mehr Ausgaben für Bauunterhalt und durch den Zuwachs in dem bilanzierten Gebäudebestand höhere AfA und Zinsen sowie personalwirtschaftliche Rückstellungen höher

2.1.2.9.3

weniger Anmeldungen Ganztags, Elternwille

2.1.2.10 Begründung zu Abweichung bei Produkt Schulen besonderer Art

2.1.2.10.1

Einnahmenverbuchung der Lehrpersonalkostenzuschüsse ist komplett erst 2015 erfolgt; Fehlbuchung Zuschüsse Ganztags ist auf Produkt Gymnasien gebucht

2.1.2.10.2

geänderte Art der Stundenvergabe

2.1.2.10.3

Reduzierung wegen Herausrechnen der Sozialpädagogen

2.1.2.10.4

Teilnahme am Ganztags unterliegt Schwankungen

2.1.2.11 Begründung zu Abweichung bei Produkt Berufsschulen

2.1.2.11.1

periodenfremde Buchungen bei den Lehrpersonalkostenzuschüssen enthalten sowie Veränderung im Abrechnungsverfahren bei den Personalkostensätzen

2.1.2.11.2

Deutlich mehr Ausgaben für Bauunterhalt und durch den Zuwachs in dem bilanzierten Gebäudebestand höhere AfA und Zinsen sowie personalwirtschaftliche Rückstellungen höher.

2.1.2.12 Begründung zu Abweichung bei Produkt Berufsfachschulen

2.1.2.12.1

größere Anzahl von Pcs/Notebooks wegen Ausweitung der Filiale BFS Kinderpflege sowie BFS Kommunikationsdesign

2.1.2.13 Begründung zu Abweichung bei Produkt Fachschulen

2.1.2.13.1

periodenfremde Einnahmen (Schlussrate LPZ von 2013 noch enthalten)

2.1.2.14 Begründung zu Abweichung bei Produkt Fachoberschulen

2.1.2.14.1

Deutlich mehr Ausgaben für Bauunterhalt und durch den Zuwachs in dem bilanzierten Gebäudebestand höhere AfA und Zinsen sowie personalwirtschaftliche Rückstellungen höher.

2.1.2.15 Begründung zu Abweichung bei Produkt Berufsoberschulen

2.1.2.15.1

Rechnungseingang in 2014 nicht rechtzeitig erfolgt

2.1.2.16 Begründung zu Abweichung bei Produkt Sing- und Musikschule/Schule der Phantasie

2.1.2.16.1

Beschlussvorlage bezüglich Erweiterung des Angebotes der Sing- und Musikschule verzögert, deshalb Steigerung der Erlöse (Gebühren) nicht erreicht

2.1.2.16.2

Beschlussvorlage bezüglich Erweiterung des Angebotes der Sing- und Musikschule verzögert, deshalb Anzahl der Schülerinnen auf der Warteliste weiter sehr hoch.

2.1.2.16.3

Anzahl der Anmeldungen zur Begabtenförderung nicht steuerbar

2.1.2.16.4

Anzahl der Sozialermäßigungen nicht steuerbar (Satzung)

2.1.2.17 Begründung zu Abweichung bei Produkt Fort- und Weiterbildung

2.1.2.17.1

Anstieg der ILV aufgrund Erhöhung der Fortbildungskosten wegen Steigung der Anzahl durchgeführter Fortbildungen.

2.1.2.17.2

Steigerung bei Fortbildungen, daher höhere Kosten.

2.1.2.17.3

Steigendes Angebot an Fortbildungen, höhere Zahl der abgerufenen Fortbildungsstunden, da steigende Beschäftigtenzahlen, deshalb steigende Teilnehmerzahlen

2.1.2.17.4

steigende Beschäftigtenzahlen, deshalb steigende Fortbildungszahlen

2.1.2.17.5

Anzahl der Anmeldungen gestiegen wegen steigenden Beschäftigtenzahlen

2.1.2.17.6

Zahl der abgerufenen Fortbildungsstunden erhöht, da mehr Fortbildungen durchgeführt

2.1.2.17.7

erhöhter Raumelegungsbedarf innerhalb RBS

2.1.2.18 Begründung zu Abweichung bei Produkt Bildungsberatung

2.1.2.18.1

Erlöse Bildungsprämie nicht planbar.

2.1.2.18.2

Umlagen im Bereich Personal Grund für Steigerung bei PL 2 Schulpsychologischer Dienst

2.1.2.18.3

Prozessoptimierung dadurch Verringerung langer Wartezeiten.

2.1.2.18.4

Es konnten deutlich mehr Evaluationsfragebögen ausgegeben werden als geplant. Die Ausgabe hängt vor allen Dingen mit der Anzahl der Beratungen in dem Dreimonatszeitraum der Evaluation zusammen.

2.1.2.18.5

Anzahl der Weiterbildungsberatungen war deutlich zu hoch geplant, dagegen mehr Beratungen im Bereich Schullaufbahnberatung.

2.1.2.18.6

Anzahl der Veranstaltungen zu hoch geplant; Nachfrage hat sich in Richtung Einzelfallberatung verschoben.

2.1.2.18.7

Erfassungssystematik wurde geändert.

2.1.2.19 Begründung zu Abweichung bei Produkt Ausbildungs- und Aufstiegsförderung

2.1.2.19.1

Positive Entwicklung; Anzahl der Klagefälle nicht steuerbar

2.1.2.19.2

Veränderungen der Zielgruppenzusammensetzung nicht steuerbar

2.1.2.19.3

Reduzierung der Antragszahlen, nicht steuerbar.

2.1.2.19.4

Antragszahlen nicht steuerbar.

2.1.2.20 Begründung zu Abweichung bei Produkt *Überlassung von Frei- und Raumflächen

2.1.2.20.1

Gebäudeumlagen.

2.1.2.20.2

Personalengpässe: Bearbeitung innerhalb 4-Wochen-Frist nicht immer möglich gewesen

2.1.2.20.3

Bereinigung der Daten (veränderte Zählweise)

2.1.2.21 Begründung zu Abweichung bei Produkt Bereitstellen von Infrastruktur für den Sport

2.1.2.21.1

Erhöhung der Bauunterhaltskosten

2.1.2.21.2

zeitweise Schließung einer Halle wegen Brandschaden

2.1.2.22 Begründung zu Abweichung bei Produkt Bereitstellen von Infrastruktur für den Sport

2.1.2.22.1

Minusertrag im Bereich Zinserfassung

2.1.2.23 Begründung zu Abweichung bei Produkt Förderung von Sportveranstaltungen und Sportprogramme

2.1.2.23.1

Aufgrund der hohen Nachfrage wurde der Freizeitsport ausgeweitet, dadurch auch mehr Teilnehmer

2.1.2.23.2

Angebot der Kurse Feriensport erhöht, dadurch konnten mehr Kinder teilnehmen

2.1.2.23.3

Anzahl Spielaktionen aufgrund der sehr hohen Nachfrage erhöht

3 Status Zielerreichung 2014

Im Jahr 2014 wurde kein Stadtratsziel zu 100% erreicht. Allerdings weisen von den 61 Handlungszielen 34 eine hundertprozentige Erfüllung auf, weitere fünf wurden nahezu vollständig realisiert.

Das Stadtratsziel „Das Angebot an Ganztagsplätzen ist erhöht; die Qualität ist ständig verbessert.“ ist zu 85% erfüllt. Dieses Ergebnis wurde besonders durch den quantitativen und qualitativen Ausbau der Ganztagsangebote v.a. an den städtischen Schulen bewirkt. Außerdem ist das Stadtratsziel „Abhängigkeit der Bildungschancen vom kulturellen und sozialen Kapital ist verringert.“ zu 75% realisiert. Hierzu hat insbesondere die Verankerung der bestehenden Bildungslokale sowie zusätzlich der Beitritt zur Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ beigetragen.

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage 1 zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014 Referat für Bildung und Sport).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	48	61	+27,08%
Referatsziele	0	0	-0%
Stadtratsziele	9	8	-11,11%
Summe Ziele	57	69	+21,05%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Die der untenstehenden Tabelle zu entnehmenden Prozentzahlen zum Zielerreichungsgrad sind nicht direkt den Handlungszielen zugeordnet, sondern es wird ein Durchschnittswert über alle aus dem Stadtratsziel abgeleiteten Handlungsziele gebildet. In der Regel wurde ein Stadtratsziel zu weniger als 100% erreicht, weil ein oder mehrere Handlungsziele in 2014 nicht erreicht wurde/n, während andere Handlungsziele komplett erreicht wurden. In der nachstehenden Tabelle wird daher nur auf das nicht erreichte Handlungsziel Bezug genommen.

Stadtratsziele gerade im Bildungsbereich sind in der Regel mehrjährig angelegt, die Handlungsziele bilden wesentliche Meilensteine zur Erreichung des jeweiligen Stadtratsziels ab und sind auf ein (Schul)jahr bezogen.

Generell ist zu sagen, dass ein Großteil der nicht in vollem Umfang erreichten Handlungsziele auch im Jahr 2014 auf personelle Engpässe zurückzuführen ist. Die im Jahr 2014 laufenden Organisationsprozesse und insbesondere die Vorbereitung des Stadtratsbeschlusses zum Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020 waren sehr arbeitsintensiv und nahmen enorme Personalkapazitäten über alle Geschäftsbereiche hinweg in Anspruch. Die Handlungsziele werden jedoch weiterverfolgt, zeitlich gestreckt und voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 erreicht.

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
Abhängigkeit der Bildungschancen vom kulturellen und sozialen Kapital ist verringert.	75.00%	Nur Handlungsziele bezüglich Umsetzung Konzept Ausbau Berufsschulsozialarbeit und Gewährleistung und Weiterentwicklung der Qualität in Kindertageseinrichtungen sind betroffen.
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben auf 2015/16 Mehrjähriges Ziel
Das Angebot an Ganztagsplätzen ist erhöht; die Qualität ist ständig verbessert.	85.00%	Das städtische Versorgungsziel für Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich von 80% konnte trotz intensiver Bemühungen nicht erreicht werden. (Derzeit: 73%)
		Weiterverfolgung: Ja
		Mehrjähriges Ziel
Die Schulentwicklung wird kontinuierlich qualitativ verbessert.	60.00%	Das Handlungsziel „Mittelschulkonzept ist evaluiert“ wird wegen Zuständigkeit des Staates gestrichen. Die Handlungsziele „Ausstattung der Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Verwaltungsrechnern ist erhöht“ und „Die Leistungsfähigkeit der DV-Anbindung der allgemeinbildenden Schulen ist erhöht“ konnten wegen der Komplexität der Sachverhalte und fehlender Personalressourcen nicht erreicht werden. Beschlussvorlagen sind im Jahr 2015 vorgesehen.
		Weiterverfolgung: Ja

		Verschoben auf 2015
Die Steuerungsgrundlagen des Referates für Bildung und Sport sind weiterentwickelt.	50.00%	Betrifft in erster Linie die Handlungsziele „Leitlinie Sport“, „Überarbeitung Sportförderrichtlinien“ und „Umsetzung Leistungssportkonzept“; zeitliche Verzögerung aufgrund fehlender Personalressourcen
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben in 2016
		Handlungsziel zum Gutachten Kienbaum GmbH bezüglich Umsetzung der Maßnahmen zur Optimierung von Strukturen und Prozessen: Wg. gleichzeitig laufender Großprojekte wurde Projektlaufzeit bis 2016 verlängert.
		Weiterverfolgung: Ja
Die UN-Behindertenrechtskonvention ist schrittweise umgesetzt.	75.00%	Betrifft Teilhandlungsziel „Die inklusiven Qualitätsstandards sind eingehalten und die benötigten Rahmenbedingungen stehen zur Verfügung“ - enthalten im „Inklusionsbeschluss“
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben auf 2015
Ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie an Sportflächen ist sichergestellt.	50.00%	Diesem Stadtratsziel sind 13 Handlungsziele zugeordnet, wovon sechs zu 100% erreicht sind. Insbesondere die vier Handlungsziele bezüglich der Sportflächen konnten wg. fehlender Personalressourcen bzw. wg. Abhängigkeit von externen Akteuren nicht erreicht werden.
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben auf 2015
		Trotz intensiver Bemühungen konnte die Vollversorgung der Kinder in der Altersgruppe bis sechs Jahre nicht erreicht werden (derzeit 45% bzw. 92%).
		Weiterverfolgung: Ja
		Mehrjähriges Ziel
		Das Teilhandlungsziel zur Reduzierung der freien Stellen konnte nicht erreicht werden.
		Weiterverfolgung: Ja
Mehrjähriges Ziel		
Kinderbetreuung aus einer Hand ist umgesetzt.	60.00%	Das Handlungsziel zur Überarbeitung der Gebühren- und Benutzungssatzung der Kindertagesstätten ist in Bearbeitung.
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben auf 2016 (Beschlussvorlage)
Übergänge sind optimiert.	60.00%	Von sechs Handlungszielen sind drei zu 100% realisiert.

		Das Handlungsziel „Ein Konzept zur Förderung der Übergänge in den Hochschulen und Universitäten für beruflich Qualifizierte ist in Abstimmung mit den Hochschulen und Universitäten erstellt.“ ist wg. Abhängigkeit von externen Akteuren nicht realisiert.
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben auf 2016
		Das Handlungsziel „Ein Konzept für die Online-Schulabsolventenbefragung allgemeinbildender Schulen ist umgesetzt.“ ist nicht erreicht wg. fehlender Personalressourcen
		Weiterverfolgung: Ja
		Verschoben auf 2016
		Das Handlungsziel „Ein optimiertes Konzept für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz ist erarbeitet“ ist wegen zu hoher Kosten gestrichen.
		Weiterverfolgung: Nein

4 Sonstiges

Hierzu liegen keine besonderen Sachverhalte vor.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Sozialreferat

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Leitung der Bezirkssozialarbeit (BSA) und der Sozialbürgerhäuser/Soziales Pädagogische Fachdienste

Im Jahr 2014 waren die zentralen Themen der BSA die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf Flucht und Zuwanderung und die Auseinandersetzung mit zukünftigen Strategien im Umgang mit den Problembereichen Wohnungslosigkeit und dem Unterstützungsbedarf in der Lebenslage Alter.

Der unerwartet hohe und ungebrochene Zustrom an Flüchtlingen hat die gesamte Organisation vor große Herausforderungen gestellt. Die Betreuung der Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung und die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) fällt zwar ganz überwiegend in die Verantwortung der Wohlfahrtsverbände und des Jugendamts. Eine Ausnahme bilden dabei jedoch die Maßnahmen zur Abwendung von Gefährdungen im Kinderschutz und bei Erwachsenen in Erstaufnahmeeinrichtungen und den staatlichen Gemeinschaftsunterkünften, die bei der BSA in den Sozialbürgerhäusern liegt. Nicht zuletzt die teilweise chaotischen Zustände in der Bayernkaserne machten die Arbeit für das zuständige SBH Schwabing-Freimann dabei sehr schwierig und erforderten die Zuschaltung von Personalressourcen durch interne Verschiebungen.

Eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pädagogik halfen seit Februar 2014 in der Abteilung S-II-E/UF aus. Hierfür wurde kontinuierlich und verbindlich, aber in wechselnder Besetzung jeweils eine Vollzeitkraft zur Unterstützung im Clearing und der Hilfeerschließung für die umF eingesetzt.

Im Sommer 2014 hat die Leitung der Bezirkssozialarbeit und der Sozialbürgerhäuser/Soziales zur Bewältigung der krisenhaften Entwicklung im Bereich umF Personalressourcen weit jenseits der Zuständigkeit zur Verfügung gestellt. Ad hoc fanden sich zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillig bereit, die Jugendlichen in den Übergangseinrichtungen im Schichtbetrieb zu betreuen. Ab der letzten Augustwoche wurde auch außerhalb der üblichen Arbeitszeiten vier Wochen lang die Betreuung vor Ort verantwortlich organisiert und durch insgesamt 50 Kolleginnen und Kollegen von der Basis bis hin zur Sozialbürgerhausleitung gewährleistet.

Die armutsmotivierte Zuwanderung aus Ländern der Europäischen Union erwies sich als weiteres neues Arbeitsfeld der BSA. Die Problemlagen sind dabei vielschichtig und reichen von Fragen des Kinderschutzes bei bettelnden Kindern, im sogenannten „wildem Campieren“ und in prekären Wohnverhältnissen bis hin zu komplexen Fragestellungen bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungsansprüchen der betroffenen Erwachsenen und Familien sowie Fragen der Erwachsenengefährdung. Die BSA stand hier vor großen Herausforderungen hinsichtlich Rolle und Auftrag, aber vor allem auch in Bezug auf unklare Eingriffsmöglichkeiten, fehlende Hilfsangebote und uneindeutige Zuständigkeiten. Erschwert wurde diese Situation durch die große mediale Aufmerksamkeit, die dem Thema zuteil wurde.

Im engen Zusammenwirken sowohl referatsintern als auch -übergreifend, in erster Linie mit Kreisverwaltungs- und Planungsreferat sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt, ist es gelungen die Zuständigkeiten und offenen Verfahrensfragen zu klären, aber auch die ersten Ansätze einer gemeinsamen Position zu entwickeln. Mit der Einrichtung der referatsübergreifenden Begehungsgruppe für Objekte im prekären Wohnen wurden dabei auch neue Wege in der Kooperation entwickelt.

In engem Zusammenhang damit ist die schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt in München zu sehen. Jenseits der beengten Zustände in prekären Wohnverhältnissen, die Kindeswohlgefährdungen häufig unabhängig von den sonstigen vorhandenen Ressourcen der Familien auslösen, hat der Verlust der Wohnung und ein längerer Verbleib von Menschen im Notunter-

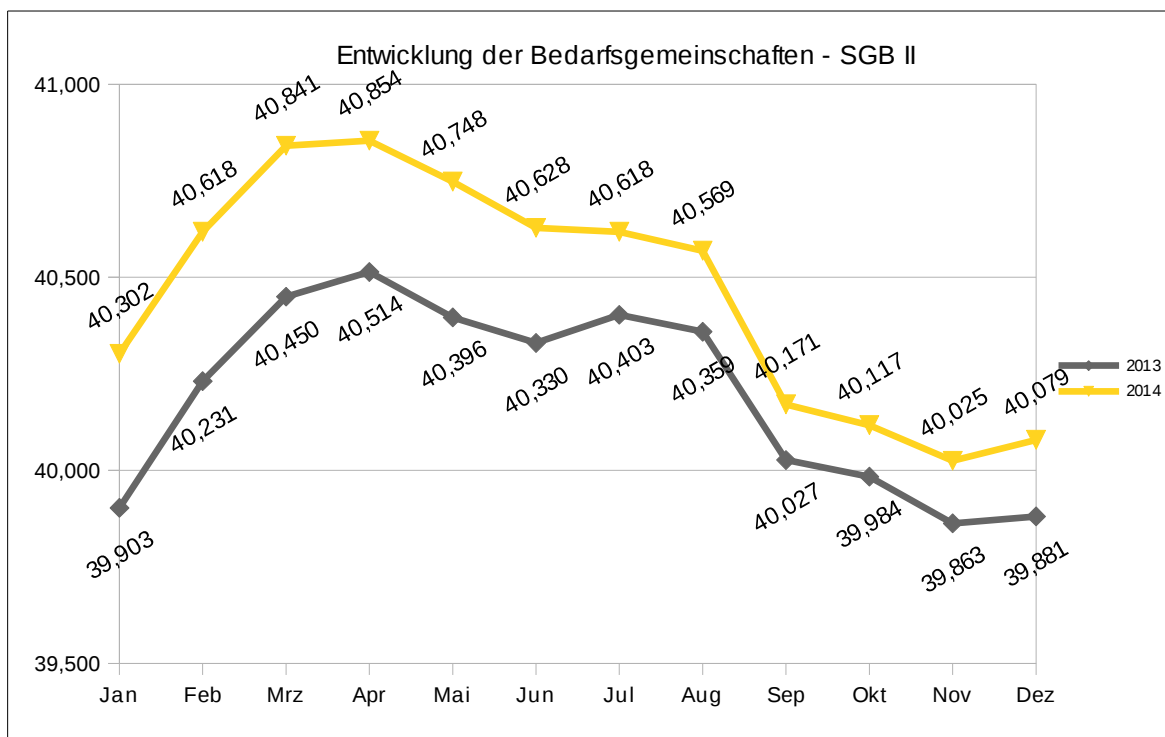
bringungssystem zahlreiche negative Auswirkungen. Im Sinne der Leitlinie „Wohnen statt Unterbringen“ wurde die Arbeitsweise der BSA in der Zentralen Wohnungslosenhilfe im Rahmen eines Umstrukturierungsprojekts betrachtet, um den Fokus noch mehr als bisher auf die Vermittlung in dauerhaftes Wohnen richten zu können. Dazu wurde das Modell „BSAplus“ mit dem Aufgabenschwerpunkt Entwicklung der Wohnperspektive und Einführung des Ziel- und Maßnahmenplans für wohnungslose Haushalte entwickelt, das im Jahr 2015 erprobt wird.

Die demographische Entwicklung hat selbstverständlichen Einfluss auf die Arbeitsfelder der BSA. Im Zusammenhang mit dem Stadtratsauftrag zur Schaffung des Gesamtkonzepts Altenhilfe begann ein umfangreicher Entwicklungs- und Diskussionsprozess. Die Betrachtung der gegenwärtigen Arbeitsstrukturen und Aufgabenzuschnitte wies auf Veränderungsbedarfe im Umgang mit Personengruppen hin, die im weiteren Projektverlauf in 2015 genauer beschrieben und zur Umsetzung vorbereitet werden sollen.

**Amt für Soziale Sicherung
Leistungen nach dem SGB II**

Zum 31.12.2014 bezogen insgesamt 74.149 Münchnerinnen und Münchner in 40.079 Haushalten Leistungen nach dem SGB II. Damit ist die Zahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres (73.063 Personen bzw. 39.881 Haushalte) erwartungsgemäß leicht um 1,5 % bzw. 0,5 % angestiegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften - also der Haushalte, die Leistungen nach dem SGB II beziehen - im Vergleich zum Jahr 2013.



Die aufgewendeten Kosten der Unterkunft erhöhen sich durch den Anstieg der Bedarfsgemeinschaften von 228,7 Mio. € auf 236,6 Mio. €, die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft pro Monat und Haushalt sind gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen und liegen jetzt bei durchschnittlich fast 473 Euro. Dies ist nicht die tatsächliche Miete pro Bedarfsgemeinschaft, sondern der pro Haushalt ausgezahlte Betrag, also die angemessene Miete abzüglich vorhandenem Einkommen.

Im Jahr 2014 konnten rund 26,6 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) in den Arbeitsmarkt integriert werden. Bei den Integrationen ist zum Jahresende (rund 13.700 Integrationen bei durchschnittlich 51.800 eLb) im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 1,4 %

zu verzeichnen. Trotz des guten Ergebnisses bei den Integrationen konnten leider die Menschen im Langzeitleistungsbezug hiervon nicht profitieren, ihr Bestand stieg weiter an. Mit 26,5 Mio. € standen für 2014 rund 1,1 Mio. € mehr für Eingliederungsleistungen zur Verfügung, als im Jahr 2013. Für 2015 werden zwar etwas höhere Mittel als im Jahr 2014 bereit gestellt, allerdings wurden die Kostensteigerungen im Verwaltungsbudget nicht ausgeglichen. Dies führt dazu, dass mehr Mittel umgeschichtet werden müssen als in 2014.

Leistungen nach dem SGB XII

Wie in den Vorjahren bereits immer wieder thematisiert, steigt die Armut der älteren Menschen weiterhin an. Inzwischen beziehen 13.527 und damit fast 5,3 % der Münchnerinnen und Münchner über 64 Jahre Grundsicherung im Alter (4. Kapitel SGB XII). Von diesen Leistungsbezieherinnen und -bezieher sind über die Hälfte (55,7 %) Frauen, etwas mehr als 40 % besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer über 64 Jahre, die Leistungen der Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen müssen, beträgt 13,9 % und ist damit beinahe viermal so hoch wie bei der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung. Hinzu kommen über 5.800 Münchnerinnen und Münchner unter 65 Jahren, die dauerhaft oder vorübergehend erwerbsgemindert sind, und existenzsichernde Leistungen nach dem 3. oder 4. Kapitel des SGB XII benötigen.

Für alle diese Menschen ist es in München deutlich schwieriger, mit dem vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Existenzminimum auszukommen. So liegt der eigens für München ermittelte Kaufkraftindex rund 5 % über dem Bundesdurchschnitt - um das soziokulturelle Existenzminimum zu gewährleisten, muss der Münchner Regelsatz also um 5 % höher sein, als vom Gesetzgeber vorgegeben. Diesem Umstand hat der Münchner Stadtrat zuletzt in seinen Beschlussfassungen vom 28.11.2012, 27.11.2013 und vom 20.11.2014 Rechnung getragen. Er hat im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Regelsätze im 3. und 4. Kapitel SGB XII angehoben. Der Regelsatz für eine(n) Alleinstehende(n) oder einen Haushaltsvorstand liegt damit ab dem 01.01.2014 bei 411 €, ab dem 01.01.2015 bei 420 € und damit aktuell 21 € über dem gültigen Bundessatz.

Der steigenden Zahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher folgend, sind auch die Kosten für Leistungen nach dem 3. und 4. Kapitel des SGB XII von bislang 126 Mio. € im Jahr 2013 auf nunmehr 133 Mio. € gestiegen. Diese Kosten werden jedoch für das 4. Kapitel zu einem großen Teil durch den Bund erstattet. So wurden für das Jahr 2014 grundsätzlich 100 % dieser Kosten (nur gesetzliche Transferleistungen, ohne Personalkosten, ohne freiwillige Aufstockung) erstattet und damit der städtische Haushalt um rund 109 Mio. € entlastet.

Die Zahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher in der Hilfe zur Pflege hat sich in den letzten beiden Jahren spürbar erhöht. So erhielten Ende 2010 noch rund 1.700 Münchnerinnen und Münchner nach dem SGB XII Pflegegeld und ggf. ergänzend dazu Pflegesachleistungen, 2014 waren es bereits 1.946 Personen. Bei der nahezu gleichbleibenden Zahl aller Pflegebedürftigen (SGB XI und SGB XII, amtliche Pflegestatistik) von rund 25.000 Menschen kommt es zu einer langsamen aber nicht zu vernachlässigenden Entwicklung: Ein offenbar immer größer werdender Anteil der Pflegebedürftigen in München benötigt neben den Leistungen der Pflegeversicherung aufzählende Leistungen nach dem SGB XII. Weiterhin hoch sind die Pro-Kopf-Kosten mit rund 29.000 Euro und Jahr. Insgesamt wurden im Jahr 2014 Transferleistungen in Höhe von 58,5 Mio. € für pflegerische Leistungen und hauswirtschaftliche Versorgung aufgewendet. Im Vergleich zum Jahr 2013 (53,6 Mio. €) entspricht diese eine Steigerung von rund 9 %, die sich mit den höheren Vergütungen für ambulante Pflegedienste erklären lässt.

Stadtjugendamt

Unbegleitete minderjährige und erwachsene Flüchtlinge Implementierung des Übergangswohnen

Mit den seit Anfang 2014 stark ansteigenden Zahlen von neu ankommenden jungen, unbegleiteten Flüchtlingen und der Verpflichtung der Jugendämter, die Minderjährigen unter ihnen in Obhut zu nehmen und bedarfsgerecht zu versorgen, sind das Sozialreferat der Landeshauptstadt München und sein Stadtjugendamt bekanntermaßen vor große Herausforderungen gestellt.

Nach langjähriger Kritik von Parteien, Lobbyverbänden sowie von Seiten der öffentlichen und freien Jugendhilfe wurde im August 2013 im Freistaat Bayern die Beendigung der Sondersituation für die 16-bis 17-jährigen unter den neu einreisenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) eingeleitet.

Seit dem 01.01.2014 sind nun die Jugendämter in Bayern für alle neu einreisenden umF zuständig. Das neue Verfahren sieht gemäß den Vorgaben des SGB VIII die Unterbringung der 16- bis 17-Jährigen in Jugendhilfeeinrichtungen (statt wie zuvor in Gemeinschaftsunterkünften) vor.

Um die dafür benötigte Fachlichkeit zu gewährleisten, wurden zu Beginn des Jahres 2014 in Absprache mit dem Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration verstärkt Plätze in zentralen Inobhutnahmestellen (ZiO) im Regierungsbezirk Oberbayern für die Inobhutnahme und Unterbringung der neu einreisenden 16- bis 17-jährigen umF geschaffen. Neben München (bis zu 100 Plätze) erfolgte 2014 eine bayernweite Ausweitung auf weitere Standorte (Schwaben 92 Plätze, Oberpfalz 22 Plätze, Mittel-/Unter-/Oberfranken 90 Plätze, Niederbayern 10 Plätze). Die unter 16-jährigen sowie die weiblichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wurden wie bisher schon in bestehenden Einrichtungen der Jugendhilfe (Schutz-einrichtungen) untergebracht.

Unter der Prämisse, dass das umF-spezifische Clearingverfahren (umfassende Erstversorgung, individuelle Bedarfsklärung und Vermittlung in eine geeignete Jugendhilfemaßnahme) durchschnittlich 2 – 3 Monate dauert, sollten über die ZiOs bayernweit ca 600 Jugendliche im Jahr untergebracht und versorgt werden. Diese Planung der ZiO Plätze basierte auf den Zahlen für 2012 (444) und 2013 (453) für 16- bis 17-jährige umF, die bayernweit neu eingereist waren.

Der für 2014 errechnete Planwert von 600 neu einreisenden unbegleiteten 16- bis 17-jährigen Flüchtlingen bayernweit wurde in München bereits im ersten Halbjahr 2014 erreicht. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass eine bislang nicht gekannte Zunahme von minderjährigen Flüchtlingen bis Ende 2014 zu erwarten ist und die geplanten Plätze in den zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen (ZiO) nicht ausreichen würden, um die jungen Flüchtlinge nach den Standards der Jugendhilfe zu versorgen. Im Ergebnis wurden bis zum 31.12.2014 insgesamt 2.610 junge minderjährige Flüchtlinge (davon ca. 80% 16- bis 17- Jährige umF) neu durch das Stadtjugendamt München in Obhut genommen. Dies ist alleine für München eine Vervierfachung der bayernweit angenommen Zahlen.

Zur Versorgung und Unterbringung der unbegleiteten 16- bis 17- jährigen Flüchtlinge reichten die bayernweit geschaffenen Plätze in den ZiO nicht aus. Das Stadtjugendamt sah sich zunehmend einer enormen Herausforderung von steigenden Zahlen von jungen Flüchtlingen gegenüber, die mit den bislang im Amt zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen nicht mehr bewältigbar waren.

In Kooperation mit den Münchner Jugendhilfeträgern und unter Einbeziehung der Regierung von Oberbayern (Heimaufsicht) wurde deswegen das „Übergangswohnen für umF“ als ein modifiziertes Jugendhilfekonzept für die steigende Anzahl der jungen 16- bis 17- jährigen jungen Flüchtlinge geschaffen. In einer an Kindeswohl orientierten Erstaufnahmesituation erfolgt innerhalb von 2 - 3 Monaten ein Clearing zum individuellen Hilfebedarf und im Anschluss die Vermittlung in eine bayernweite Jugendhilfe.

Das Stadtjugendamt und der Verbund ambulanter Münchner Jugendhilfeträger verständigten sich darauf, dass das Stadtjugendamt als Träger dieser Einrichtungen des Übergangwohnens fungiert und die Jugendhilfeträger in einem Verbund die pädagogische Betreuung in den Einrichtungen des Übergangwohnens gewährleisten.

Ab April 2014 wurde im Haus 19 und 20 auf dem Gelände der Bayernkaserne mit knapp 130 Plätzen die Grundlage eines geregelten Verfahrensablaufes geschaffen. Nach dem Ankommen im Haus 19 erfolgt die Alterseinschätzung und eine Gesundheitsuntersuchung gemäß dem Asyl-

verfahrensgesetz. Im Anschluss erfolgt die Verlegung der umF in den Bereich des Übergangswohnens in eine der Münchner Dependancen der Bayernkaserne, zur Durchführung des Clearings und zur Vorbereitung auf die bayernweite Verlegung in eine geeignete Jugendhilfeeinrichtung.

2014 sind in 16 Dependancen bis zu 800 junge Flüchtlinge durch ca. 170 Fachkräfte der Münchner Jugendhilfeträger betreut worden. Im gesamten Jahr 2014 waren es insgesamt 2.610 umF, die im Rahmen der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII neu untergebracht wurden.

Da die im System vorgesehenen Jugendhilfeeinrichtungen in Bayern nicht bedarfsgerecht ausgebaut werden konnten, bestand bis Mitte 2014 ein massiver Stau in der Weitervermittlung von jungen Flüchtlingen. Seit dem 01.11.2014 läuft die bayernweite Verlegung mit Unterstützung des StMAS verstärkt an, so dass seitdem bis zu 200 junge Flüchtlinge monatlich die Übergangswohnformen in München verlassen und in eine geeignete Jugendhilfeeinrichtung verlegt werden konnten. 2015 soll diese Verlegungspraxis fortgesetzt werden. Um eine Erhöhung der bayernweiten Verlegungen von jungen Flüchtlingen in Jugendhilfeeinrichtungen steuern zu können, ist dringend ein leistungsstarkes und verlässliches Controlling- und Datenerfassungssystem notwendig, um die Komplexität von Fallzugängen und Fallabgängen abbilden zu können und damit eine präzisere Planungsgrundlage zur Verfügung zu haben.

Mit dem oben beschriebenen Systemwechsel zum 01.01.2014 war auch eine Änderung der bisherigen Praxis zur Alterseinschätzung der jungen Flüchtlinge geboten. Für die 16- bis 17-jährigen neu ankommenden umF, die überwiegend ohne Ausweispapiere oder Dokumente einreisen, erfolgte die Klärung, ob die vom Flüchtling angegebene Minderjährigkeit, die Voraussetzung für eine Inobhutnahme, vorliegt, bislang durch die Regierung von Oberbayern. Dies wurde nun Aufgabe der Jugendämter.

Gemäß den Handlungsempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vom Mai 2014 wird dies in einem Gespräch mit dem jungen Flüchtling geklärt. Das beim Stadtjugendamt angewendete Verfahren basiert auf einer Bewertung der psychosozialen Reifung und wird grundsätzlich von jeweils zwei in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen erfahrenen sozialpädagogischen Fachkräften unter Mitwirkung einer psychologischen Fachkraft und der Hinzuziehung eines Dolmetschers geführt.

Im Ergebnis werden ca. 70 % der jungen Flüchtlinge als minderjährig bestätigt.

Das familienunterstützende Angebot aus der Armutszuwanderung aus dem Blickwinkel der Kinder und Jugendhilfe

FamAra - Beratungs- und Unterstützungsstelle für wohnungslose Familien aus der EU

In der Kälteschutzperiode 2012/2013 waren 79 Kinder/Jugendliche und deren Eltern/alleinreisende Mütter/Begleitpersonen in den Kälteschutzräumen untergebracht. Zudem gab es vermehrt Meldungen von Familien, die auf der Straße angetroffen wurden, bzw. in überfüllten Wohnräumen, Wohnwägen oder Autos lebten und übernachteten. Diese Familien kamen überwiegend aus dem südosteuropäischen EU-Ausland (Bulgarien und Rumänien). Aus rechtlicher Sicht handelte es sich hierbei um Haushalte, bei denen die Stadt nicht zur sicherheitsrelevanten Unterbringung verpflichtet ist (d.h. es besteht kein Anspruch auf Unterbringung im regulären Wohnungssystem der Stadt München).

In der Kälteschutzperiode 2013/2014 wurde vom Sozialreferat verstärkt auf die angespannte Lebenssituation dieser Familien reagiert. Die Zuweisung von Familienhaushalten (d.h. Kinder mit alleinreisenden Müttern/Begleitpersonen und Schwangeren) erfolgte in ein Jugendgästehaus; ab Januar 2014 erfolgte die Zuweisung für diesen Personenkreis auch über der Null-Grad-Grenze. Zudem konnte ab dem 11. Januar 2014 ein neu initiiertes „Tagesangebot“ durch das Evangelische Hilfswerk (EHW) in den Räumen des internationalen Familienzentrums „Treffam“ sieben Tage die Woche, täglich von 10 – 17h angeboten werden, um insbesondere den Kindern tagsüber einen warmen, kindgerechten Aufenthalt zu sichern.

Die Erfahrungen der stadtweiten Beratungsdienste mit den betreffenden Familienhaushalten zeigte, dass die überwiegende Zahl der Familien die Möglichkeit einer kurzfristigen Rückkehr in ihr

Heimatland nicht ernsthaft in Betracht ziehen. Ferner ist davon auszugehen, dass auch weiterhin Familien/alleinreisende Mütter mit minderjährigen Kindern und Schwangere nach München kommen werden, um sich hier eine neue Lebensperspektive zu erarbeiten und um selbständig zu leben.

Auf der Grundlage dieser Informationen und Überlegungen, sowie der steigenden Inanspruchnahme des Tagesangebotes und den positiven Entwicklungen für die dort betreuten Kinder und Jugendlichen, wurde zum Ende der Kälteschutzperiode entschieden, das Tagesangebot weiterhin ganzjährig anzubieten und eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen. Am 03.06.2014 wurde dem KJHA dazu ein Beschluss zur Weiterfinanzierung und Ausbau des Angebotes vorgelegt. Mit der Zustimmung des KJHA konnte die Fortführung und die fachliche Weiterentwicklung des ursprünglichen Tagesangebotes gesichert werden.

FamAra

Das Tagesangebot in Trägerschaft des Evangelischen Hilfswerkes (EHW) wurde unter dem Namen FamAra (Fam = Familie und Ara (latein.) = Zufluchtsort) eröffnet.

FamAra ist ein ganzjähriges Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien aus der EU in der Armutzuwanderung und hat 7 Tage die Woche von 10 – 17h geöffnet. Das Angebot FamAra bietet Beratung, Unterstützung und Förderung.

Zielsetzungen FamAra

FamAra richtet sich an neu aus dem EU Ausland zugewanderte und im System der Wohnungslosenhilfe nicht anspruchsberechtigte Familien/alleinreisende Mütter mit minderjährigen Kindern sowie an Schwangere, die ohne festen Wohnsitz (Wohnwagen, Auto, Zelt, bei Bekannten ...) in München leben und für die eine Rückkehr in die Heimat nicht in Frage kommt. FamAra will die Eltern/Familien bei der Entwicklung von Perspektiven beraten und unterstützen. Ziel von FamAra ist es, allen Kindern und Jugendlichen in diesen Familien den Zugang zu vorschulischer, schulischer und beruflicher Bildung im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten zu ermöglichen.

Neben dem tagesstrukturierenden Angebot mit seinem Spiel- und Förderangeboten und der sozialpädagogischen Beratung ist ein wesentlicher Bestandteil eine aufsuchende Sozialarbeit, um die obdachlosen Familien/alleinreisenden Mütter mit minderjährigen Kindern und Schwangere in der Armutzuwanderung zu erreichen, die bislang noch keinen Kontakt zu diesem Angeboten hatten um ihnen so niederschwellige Zugänge zu FamAra zu ermöglichen.

Das Angebot findet vorübergehend in der Bayernkaserne Haus 10 statt, bis entsprechende Räume in der Rosenheimerstraße bezogen werden können. Die personelle Ausstattung beträgt 2,6 Vollzeitstellen + Honorarkräfte nach Bedarf. Aufgrund der Vervielfachung der Personenzahl innerhalb eines halben Jahres seit Beschlussfassung am 03.06.2014 wurde ab dem 01.12.2014 bis zum 31.12.2015 eine befristete Vollzeitstelle Sozialpädagogik aus Zuschussmitteln des Stadtjugendamtes finanziert.

Seit dem 11.01.2014 wurden ca. 280 Personen, davon 170 Kinder/Jugendliche (das sind über 100 Familienhaushalte) durch FamAra betreut. Die Familien haben durchschnittlich 2 Beratungstermine pro Woche. Das tagesstrukturierende Angebot im Haus 10 besuchen pro Woche im Durchschnitt 15 – 20 Familien mit 35 – 45 Kindern. Es wurden 18 Gefährdungsmeldungen an das SBH/BSA weitergeleitet.

Unterstützung Familien mit Handicap in München

Bericht „Infobörse für Familien mit Handicap“ am 26.09.2014

Beschreibung und Ablauf

Am 26.09.2014 fand erstmalig im Alten Münchner Rathaus die „Infobörse für Familien mit Handicap“ statt. Unter Federführung des Aktionsforums für Familien und der Fachstelle Familie wurde ein Konzept entwickelt um das breite Angebot für Familien mit Kindern und/oder Elternteilen mit Behinderungen in München in Form einer Messe vorzustellen.

Kooperationspartner in der Organisation waren verschiedene städtische Referate, der Behindertenbeirat der Stadt München, die Münchner Wohlfahrtsverbände und der Bezirk Oberbayern. Eltern und Familien wie auch Fachleute konnten sich bei freiem Eintritt umfassend an mehr als 50 Messeständen informieren und die Gelegenheit nutzen, miteinander in Kontakt zu kommen. Im Rahmenprogramm konnten sich zusätzlich folgende Partizipationsprojekte mit ihren Aktivitäten präsentieren:

- Medienzentrum München: Kurzinterviews mit Besucherinnen und Besuchern, geführt von behinderten und nicht-behinderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, aufbereitet und präsentiert über Monitor
- „Das Grüne Klapprad“ - inklusive Band mit Unterhaltungsmusik
- MADONNA – Kunstprojekt in Form einer Großwand-Slideshow von alleinerziehenden Frauen mit behinderten Kindern
- Kinderchor einer Gruppe der Stiftung ICP (Infantile Cerebralparese)

Weiterhin wurde in einem vom Bayerischen Rundfunk moderierten Interview eine Diskussion zum Thema „Familien mit Handicap in München“ geführt. Am Gespräch nahmen die Bundesbehindertenbeauftragte und damalige Stadträtin Frau Verena Bentele, Herr Stadtrat Christian Müller, Herr Stadtrat und Münchner Behindertenbeauftragter Oswald Utz sowie Frau Angelika Pollmächer, eine betroffene Mutter teil.

Drei Organisationen hielten Spielangebote für Kinder verschiedenen Alters an ihren Ständen bereit. Weiterhin bestand die Möglichkeit einer kostenfreien Kinderbetreuung.

Bei einem „Hot-Spot“, der vom Referat für Bildung und Schule gestaltet wurde, konnten Besucherinnen und Besucher Anregungen und Kritik anbringen.

Zahlen und Fakten

Es nahmen 52 ausstellende Organisationen und Einrichtungen mit ca. 150 Fachkräften sowie 420 Besucherinnen und Besucher teil.

Von den Evaluationsbögen wurden 144 Exemplare ausgefüllt und zurückgeleitet. Dies entspricht einer Rücklaufquote von ca. 30%, davon 106 vom Fachpersonal und Interessierten, 37 von Eltern und ein Bogen eines Jugendlichen. Allgemein wurde die Veranstaltung als sehr positiv bewertet. Etwa 80% der Eltern konnten ihre Anliegen formulieren und ein konkretes Ergebnis mitnehmen. Über 90 % der Besucherinnen und Besucher würden die Veranstaltung weiterempfehlen und wünschen sich eine Wiederholung.

Impressionen von der Infobörse wurden als Trailer (YouTube Video) und mit einer Bildergalerie auf www.muenchen.de/familie hinterlegt.

Amt für Wohnen und Migration

Vermittlung in dauerhaftes Wohnen

Das Jahr 2014 stand erneut unter dem Eindruck eines stark angespannten Münchner Mietwohnungsmarktes. Der wesentliche Grund für die anhaltende Anspannung ist die hohe Zahl an Zuzügen aus dem In- und Ausland. Ferner verstärken die ungebrochene wirtschaftliche Prosperität Münchens sowie die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen die Wohnungsknappheit zusätzlich. Das sukzessive Abschmelzen des geförderten Wohnungsbestandes durch Bindungsabläufe und der stete Anstieg der akuten Wohnungslosigkeit trug zu einer weiteren Verschärfung der Situation bei.

Die Folgen sind steigende Mietpreise im frei finanzierten Bereich, was wiederum zu einer erhöhten Nachfrage nach gefördertem und somit preiswertem Wohnraum führt. Im Jahr 2014 wurden rund 23.900 Anträge auf gefördertem Wohnraum gestellt. Dies entspricht einem Zuwachs von 7% im Vergleich zu 2013. Die Zahl der berechtigten (registrierten) Haushalte bleibt auf hohem Niveau (rd. 12.400 Haushalte), wovon rd. 67% in der höchsten Dringlichkeitsstufe registriert sind. Auch hier ist ein Anstieg zu 2013 zu verzeichnen, was auf eine Zunahme an verschärften Wohn- und Lebenssituationen der Antragstellerinnen und Antragsteller schließen lässt.

Die Zahl der Wohnungsvergaben hat sich im Jahr 2014 leicht verbessert. Insgesamt konnten ca. 3.761 Wohnungen vergeben werden (davon sind 2.916 Wiedervergaben). Dies sind 328 Wohnungsvergaben mehr als im Jahr 2013. Die Gesamtzahl der Wohnungsvergaben reicht jedoch nicht aus, um für die notwendige Entspannung zu sorgen.

Um das Sofortunterbringungssystem zu entlasten, wurden alle zur Zwischennutzung angebotenen Wohnungen unverzüglich mit interessierten Wohnungssuchenden belegt. Von Juli 2013 bis August 2014 wurden 113 Wohnungen an 190 Wohnungslose zur Zwischennutzung vermittelt. Nach Beendigung der Zwischennutzung erfolgte eine Weitervermittlung in dauerhaften Wohnraum. Eine erneute Wohnungslosigkeit wurde somit vermieden.

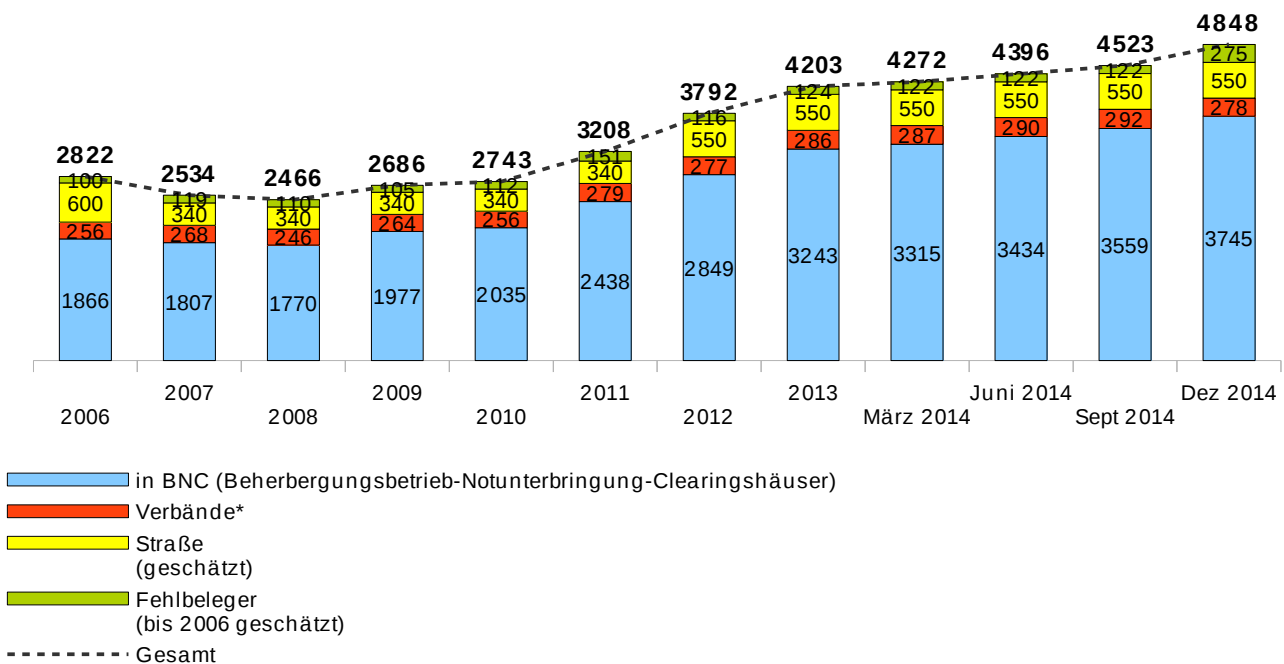
Anstieg der Wohnungslosigkeit

Im Vergleich zum Jahresende 2013 ist die Zahl der wohnungslosen Menschen in München erneut gestiegen. Befanden sich im Dezember 2013 noch 3.529 Personen in Beherbergungsbetrieben, Notquartieren, Clearinghäusern und Häusern der Verbände (davon 960 Kinder und Jugendliche) im städtischen und verbandlichen Sofortunterbringungssystem, so waren es zum Stichtag 31.12.2014 bereits 4.023 Personen, davon 1.229 Kinder und Jugendliche. Der weiter anhaltende Zustrom großer Familienhaushalte (in der Regel anerkannte Flüchtlinge, die ihre Familien aus dem Heimatland nachholen) und der Zuzug aus den neuen EU-Beitrittsländern sorgten weiterhin im Wesentlichen für diese Steigerung.

Hinzu gezählt werden muss zudem noch die Personengruppe der sogenannten „Fehlbeleger“, die sich noch in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften aufhalten aber durch die LH München untergebracht werden müssten. Zum Dezember 2014 handelte es sich hierbei um 275 Personen. Hierunter fallen vor allem Flüchtlinge aus dem Krisengebiet Syrien, welche relativ schnell einen Aufenthaltstitel erhalten. Oft handelt es sich hierbei um Großfamilien.

2014 waren immer noch die zu niedrigen Fertigstellungen im Neubau von Objekten für die Vermittlung von Haushalten mit geringem Einkommen spürbar, dauerhaft wegfallende Belegrechte und Verringerung der Chancen auf dem freifinanzierten Wohnungsmarkt sind ebenso verstärkt spürbar geworden, so dass die Vermittlungsquote deutlich gesunken ist. Beide Effekte zusammen haben zu einer Erhöhung des Bestands im Sofortunterbringungssystem geführt.

Entwicklung der Wohnungslosenzahlen



Entwicklung Kälteschutz

In der Kälteschutzperiode 2013/2014 wurden 27.568 Übernachtungen für insgesamt 2.443 Personen vermittelt, d.h. dass im Durchschnitt jede Person 11,6 Nächte im Kälteschutzprogramm war. Hierbei handelte es sich um 2.368 Erwachsene, davon 1.933 Männer und 435 Frauen und 75 Kinder. Hierfür wurden, vor allem in der Bayernkaserne, dem Haus International sowie der Pension Central maximal 526 Bettplätze zur Verfügung gestellt. Überwiegend kamen die Haushalte aus den EU-2-Staaten Rumänien und Bulgarien.

Aufgrund der ökonomischen Entwicklung in diesen Ländern wurde auch für die Kälteschutzperiode 2014/ 2015 mit einer weiter hohen Nachfrage gerechnet. Deshalb standen grundsätzlich 690 Bettplätze zur Verfügung, zuzüglich einer Reserve von 120 Bettplätzen. Da seit dieser Kälteschutzperiode keine Temperaturgrenze mehr für die Öffnung der Kälteschutzräume vorgegeben war, erfolgte durchgehend eine hohe Auslastung der Übernachtungsmöglichkeiten. Bis Mitte März 2015 hatten bereits 3.220 Personen (Männer und Frauen) und 137 Müttern mit Kindern das Angebot des Kälteschutzes in Anspruch genommen.

Wildes Campieren und prekäres Wohnen

Der seit Ende 2013 bestehende referatsübergreifende Arbeitskreis „Wildes Campieren“ wurde Ende 2014 um die Thematik „Prekäre Wohnverhältnisse“ erweitert. In Bezug auf wildes Campieren wird nach wie vor die Linie vertreten, dass dies nicht geduldet werden kann. Werden hilfebedürftige Personen angetroffen, suchen Streetworker des Evangelischen Hilfswerks diese Standorte auf, klären den Hilfebedarf und beraten über Unterstützungsmöglichkeiten. Sollten Familien mit Kindern angetroffen werden, wird unverzüglich die zuständige Bezirkssozialarbeit eingeschaltet, die dann prüft, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt oder ein Jugendhilfebedarf besteht.

Bei prekären Wohnverhältnissen prüft in der Regel ein referatsübergreifendes Außendienstteam, ob eine Gefahr für Leib und Leben besteht und schreitet im Rahmen der bestehenden rechtlichen Grundlagen ein. Zur Verfügung stehen hier lediglich baurechtliche und allgemeine sicherheitsrechtliche Eingriffsmöglichkeiten. Auch hier prüft die Bezirkssozialarbeit etwaige Kindeswohlgefährdungen und einen womöglich bestehenden Jugendhilfebedarf. Die Mietberatung des Amtes für Wohnen und Migration bietet eine Beratung und Unterstützung in mietrechtlichen Fragen an. Zudem erfolgt eine Prüfung, ob Zweckentfremdung von Wohnraum oder eine Mietpreisüberhöhung vorliegt.

Zusammenfassend kann bereits jetzt festgestellt werden, dass die Mieter in diesen Wohnverhältnissen in der Regel keine mietrechtliche Unterstützung beanspruchen und auch nicht bei Fragen der Mietpreisüberhöhung oder einer Zweckentfremdung mit der Stadt zusammenarbeiten. Der Grund hierfür liegt in der Angst, diesen bescheidenen Wohnraum zu verlieren.

Forderung nach einem Wohnungsaufsichtsgesetz

Unter Federführung des Sozialreferates/Amt für Wohnen und Migration wurde eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit dem Thema „Prekäre Wohnverhältnisse“ befasst. Mitte November 2014 legte die Arbeitsgruppe einen Entscheidungsvorschlag vor, der die Wiedereinführung eines Wohnungsaufsichtsgesetzes beinhaltete, um der Landeshauptstadt München ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Wohnungsmisstände zu ermöglichen. Die Arbeitsgruppe wird nun Vorschläge erarbeiten, die aus Sicht der Stadt in einem neuen Wohnungsaufsichtsgesetz berücksichtigt werden müssen, um dem heutigen Wohnungsmarkt und dessen Auswüchsen gerecht zu werden. Ausgangspunkt ist das aufgehobene Wohnungsaufsichtsgesetz von 1974, das aber inhaltlich und in der Terminologie an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen ist.

Die Eckpunkte des neuen Bayerischen Wohnungsaufsichtsgesetzes würden den in der alten Regelung vorgesehenen Befugnissen entsprechen: Festlegung von Mindestanforderungen, Befugnis der Kommunen, die Beseitigung von Misständen anzuordnen, sowie eine Unbewohnbarkeitserklärungen und Überbelegungsverbote auszusprechen.

Darüber hinaus sind die Kommunen zu ermächtigen, bei Anzeichen von Verwahrlosung in den Wohngebäuden oder Außenanlagen Überprüfungen durchzuführen. Soweit die Verfügungsberechtigten die Misstände nicht beseitigen, sind Ordnungsmaßnahmen bzw. die Möglichkeit einer Ersatzvornahme vorzusehen. Die Vorschläge der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe

werden innerhalb des ersten Halbjahrs 2015 vorgelegt.

Stab und Task-Force zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen

Aufgrund der steigenden Bedarfswahlen von Flüchtlingen und Wohnungslosen wurde 2014 ein referatsübergreifender Stab mit einer Beteiligung der Regierung von Oberbayern unter der Leitung der Sozialreferentin eingerichtet. In diesem Gremium sind auch die Verwaltungsbeiräte des Stadtjugendamtes und des Amtes für Wohnen und Migration, sowie der Korreferent des Sozialreferats vertreten. Unterstützt wird dieses Gremium durch eine Task-Force, in der alle beteiligten Referate, sowie ebenfalls die Regierung von Oberbayern vertreten sind. Ziel dieser Gremien ist eine bedarfsgerechte Versorgung wohnungsloser Haushalte mit vorübergehendem Wohnraum sicherzustellen und der Regierung von Oberbayern ausreichende, bzw. quotenerfüllende Kapazitäten zur Versorgung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

Nach dem administrativen Kollaps der Aufnahmeeinrichtung München wurden von städtischer wie staatlicher Seite neue Dependancen und - zur Überbrückung - Not-Aufnahmeeinrichtungen geschaffen. Zum Jahresende 2014 waren in München ca. 5.700 Flüchtlinge untergebracht. Der Ausblick für das Jahr 2015 ist geprägt von einer Ausnahme-Prognose, einer Hochrechnung auf Basis des Zugangs des letzten Quartals 2014 auf das Jahr 2015. Demnach entfällt auf München die Verpflichtung ca. 12.000 Flüchtlinge unterzubringen. Wie in 2014 wird die Stadtverwaltung alles daran setzen, die Regierung von Oberbayern im Rahmen dieser Verpflichtungen handlungsfähig zu halten und damit eine Zuweisungen zu vermeiden.

Erfüllung der Zielzahlen aus "Wohnen in München V" im Bereich des Kommunalen Wohnungsbauprogramms Teilprogramm B und C

Für die Zielgruppe der wohnungslosen Haushalte spielen die Teilprogramme – das Kommunale Wohnungsbauprogramm für Benachteiligte am Wohnungsmarkt, das Kommunale Wohnungsbauprogramm für Clearingzwecke und das Sozial Betreute Wohnhaus eine besonders wichtige Rolle. Die errichteten Wohnungen stehen dem Sozialreferat langfristig mit gesicherten Belegungsrechten zur Verfügung. Aufgrund der steigenden Bedarfslage wurde in Wohnen in München V die Zielzahl von 150 WE/a auf 200 WE/a angehoben.

Für das Programm sind folgende drei Kenngrößen relevant:

- Bauträgerauswahl: jährliche Grundstückssicherung und Bauträgerauswahl
- Bewilligungen: Anzahl der im Programm pro Jahr geförderten WE
- Fertigstellungen: Anzahl der im Jahr fertig gestellten WE

Bauträgerauswahl:

Trotz der Anhebung um 25% im Zuge von Wohnen in München V konnten die Zielzahlen in 2012 mit 96% und in 2013 mit 89% in der Bauträgerauswahl nahezu erfüllt werden. Für das Jahr 2014 konnten - aufgrund von Personalengpässen - für die Teilprogramme keine Wohneinheiten über die Grundstückssicherung und Bauträgerauswahl gesichert werden. Im Jahr 2001 wurde KomPro B/C in Verbindung mit Wohnen in München III beschlossen. Im Jahr 2002 wurden die ersten Projekte gestartet und im Oktober 2005 wurde das erste Bauwerk fertiggestellt. Seit dem Programmstart wurden 1.659 Wohneinheiten dem Programm zugeführt.

Bewilligungen:

Im Programmjahr 2014 wurden mit 59% der Jahreszielrate allein 117 Wohneinheiten für das Kommunale Wohnungsbauprogramm für Benachteiligte am Wohnungsmarkt bewilligt und in die Fördersystematik gebracht.

Fertigstellung:

Die jährliche Anzahl der Wohnbaufertigstellungen ist je nach Projektbedingungen erheblichen Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2014 konnten 112 Wohneinheiten fertiggestellt und bezogen werden. Von Programmbeginn bis zum 31.12.2014 sind in Summe 1.186 Wohneinheiten für die Teilprogramme des Kommunalen Wohnungsbauprogramms fertiggestellt und bezogen worden. Im Rahmen des kommunalen Wohnungsbauprogramms - Teilprogramm B werden in 2015 voraussichtlich 100 WE fertiggestellt.

Zweckentfremdungssatzung

Der Schutz des Wohnraumbestandes ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Münchner Wohnungspolitik. Besonders wirksam und seit Jahrzehnten bewährt ist hier der konsequente Vollzug des Zweckentfremdungsrechtes, insbes. die Verfolgung illegaler Zweckentfremdungen. Die Zweckentfremdung von Wohnraum ist in München seit 1972 verboten und sorgt seitdem zuverlässig dafür, dass sich der Wohnraumbestand in der Landeshauptstadt nicht unrechtmäßig verringert. Dies ist umso wichtiger als die notwendigen Neubauzahlen seit Jahren nicht erreicht werden und der Zuzug nach München weiterhin ungebrochen ist, bzw. sich nach neuesten Prognosen stetig steigert.

In den letzten Jahren wurden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Wohnraumerhalt jährlich im Durchschnitt 182 illegale Zweckentfremdungen entdeckt, untersagt, geahndet und die Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zurückgeführt.

In den Jahren 2005 – 2014 handelte es sich um 1.823 Wohneinheiten mit insgesamt rund 124.000 m² Wohnfläche. Um diese Größenordnung anschaulicher zu machen: dies überschreitet die Wohnbebauung am Ackermannbogen deutlich (dort handelt es sich derzeit um 1.700 Wohnungen). Im Vergleich dazu: die Herstellungskosten für eine EOF-geförderte Wohnung belaufen sich incl. Grundstück auf rund 233.000 € (Quelle: Referat für Stadtplanung und Bauordnung: Bericht zur Wohnungssituation 2012/2013). Damit entstünden der Landeshauptstadt München Kosten in Höhe von jährlich rund 42,4 Mio €, wenn sie pro Jahr 182 EOF-geförderte Wohnungen erstellen wollte.

Die Zunahme von Ferienwohnungsangeboten und andere Kurzzeit-Vermietungen stellen den Zweckentfremdungsvollzug vor neue Herausforderungen. Insbesondere Kurzzeitvermietungen an arabische Besucher der Landeshauptstadt, die oft kommen, um die medizinischen Leistungen der Kliniken in Anspruch zu nehmen, waren im Jahr 2014 oft Thema der Berichterstattung.

Um intensiver gegen Zweckentfremdungen von Wohnraum vorgehen zu können, hat der Stadtrat dem zuständigen Fachbereich 5,5 zusätzliche Stellen bewilligt (Vollversammlung des Stadtrates vom 08.07.2014).“

Hilfen in Ergänzung zu gesetzlichen Leistungen und Stiftungsmanagement

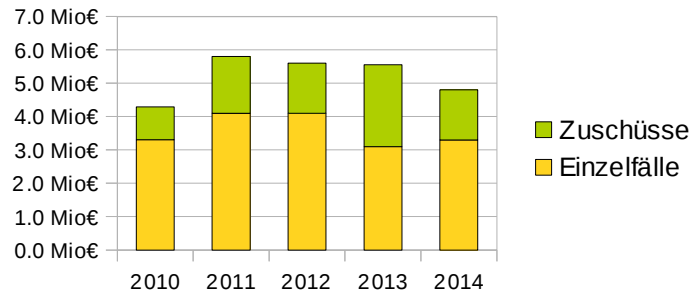
Die Landeshauptstadt München betreut 168 Stiftungen mit sozialer Zweckausrichtung sowie zwei Stiftungen aus dem Bereich Gesundheit und medizinische Forschung. Dies zeugt von einem hohen sozialen Engagement der Münchnerinnen und Münchner und von einem großen Vertrauen in ihre Stadt. Mit den Stiftungserträgen werden jedes Jahr in München einmalige Hilfen an einkommensschwache oder sonst benachteiligte Menschen in Not bzw. finanzielle Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen als Ergänzung zu Leistungen aus anderen Produkten geleistet.

Der Service der Stiftungsverwaltung umfasst neben der Akquise und Beratung potentieller Stifterinnen und Stifter auch die Nachlassabwicklung sowie die Errichtung einer Stiftung zu Lebzeiten oder von Todes wegen; diese Leistungen werden auch für die städtischen Referate erbracht. Im Rahmen des Stiftungsmanagements erfolgt die satzungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung der Vermögenswerte der 170 Stiftungen, die Erfüllung erbrechtlicher Auflagen, Betreuung von Stiftungskuratorien, etc.

Mittelverwendung 2014

Der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftungsverwaltung liegt auf der Verwendung der Stiftungserträge für den von der Stifterin bzw. dem Stifter festgelegten guten Zweck.

Im Jahr 2014 wurden Mittel in Höhe von über 4,8 Mio. € für die verschiedenen sozialen Stiftungszwecke ausgeschüttet.

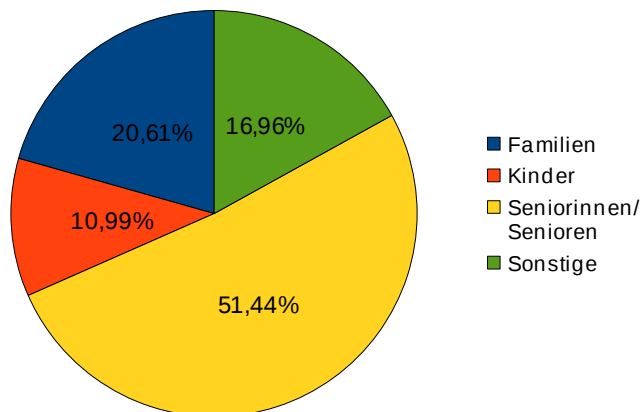


Für in München lebende sozial benachteiligte Menschen in Not wurden in 2014 über 3,3 Mio. € in Form von Einzelfallhilfen ausgegeben, 176 steuerbegünstigte Münchner Einrichtungen mit sozialer Zielsetzung erhielten Zuschüsse in Höhe von insgesamt rd. 1,5 Mio. €.

Einzelfallbeihilfen:

Mit den o.g. Stiftungsmitteln in Höhe von über 3,3 Mio. € konnten über 9.000 Haushalte (bzw. fast 14.000 Personen) in besonderen Notsituationen erreicht werden.

Verteilung der Ausgaben für Einzelfälle



Prozentual gliedert sich die Verteilung dieser Einzelfallbeihilfen nach Personengruppen wie folgt: Im Jahr 2014 fielen über 50% der Stiftungsmittel im Bereich Seniorinnen und Senioren an.

Zuschüsse:

Beispielhaft sei hier herausgegriffen: Die Barbara König-Stiftung und die Elfriede Spitz-Stiftung gewährten einen Zuschuss in Höhe von 60.000 € an das Hauner'sche Kinderspital für ein Spezialgerät zur schnelleren individualisierten Diagnostik von Leukämie bei Kindern und Jugendlichen.

Zusätzlich zu der Stiftungsmittelausschüttung von über 4,8 Mio. € wurden über 2,5 Mio. € für den Betrieb und Unterhalt der 5 stiftungseigenen Altenheime mit derzeit 477 Plätzen und 412 Wohnungen sowie der 3 Kinder- und Jugendheime mit 301 Plätzen aufgewendet.

Nachlassabwicklung und Spenden 2014

Die sozialen Stiftungen wurden im Jahr 2014 aus Nachlässen und Spenden von Münchner

Bürgerinnen und Bürgern um rund 3,4 Mio. Euro gestärkt.

In den nächsten Jahren ist aufgrund der weiterhin niedrigen Zinsen auf dem Finanzmarkt der nachhaltige Vermögenszufluss über Nachlässe, Zustiftungen und Spenden für eine Sicherung der Stiftungserträge von immenser Bedeutung.

Immobilienverwaltung 2014

Der Stiftungsverwaltung obliegt vergleichbar einer Eigentümerstellung die Verantwortung für die Immobilien der Stiftungen. Zum Stand 31.12.2014 ist ein Bestand von insgesamt rd. 90 Immobilien mit 540 Wohn-/Gewerbeeinheiten und 134 sonstigen Einheiten zu verzeichnen.

Im letzten Jahr hat der Sozialausschuss Sanierungsmaßnahmen für die Stiftungsanwesen Pilotystraße 8 und Kreuzstraße 9 beschlossen. Im Frühjahr 2015 haben die Sanierungsmaßnahmen begonnen. Die Sanierung für die Kreuzstraße 9 wird voraussichtlich bis Ende des Jahres und für die Pilotystraße 8 bis Mitte des nächsten Jahres abgeschlossen sein. Für das Anwesen Rothmundstraße 3 wurde in 2014 ein Entwicklungskonzept für eine Sanierung erarbeitet und Anfang 2015 im Sozialausschuss beschlossen. Weitere Entwicklungskonzepte für die Stiftungsanwesen Keferstraße 24 und Stollbergstraße 1 wurden in Auftrag gegeben und werden im laufenden Jahr in den Sozialausschuss eingebracht.

Neben den Sanierungsimmobilen bildete die Vermeidung von Leerstand durch die Zwischennutzung von freien Wohneinheiten einen wesentlichen Schwerpunkt. In 14 Anwesen mit insgesamt 28 Wohneinheiten und einer Gewerbeeinheit konnte bis jetzt eine Zwischennutzung realisiert werden. Davon wurden 12 Einheiten an Freie Träger der Wohlfahrtspflege für die Belegung mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Eine Einheit konnte einem Freien Träger der Wohlfahrtspflege für eine Büronutzung und 16 Einheiten konnten durch das Amt für Wohnen und Migration mit wohnungslosen Haushalten belegt werden.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die Erfüllung der kommunalen Aufgaben, sowohl des eigenen als auch des übertragenen Wirkungskreises, wurde im Sozialreferat 2014 im Rahmen des vom Stadtrat genehmigten und dotierten 14. Produktplans, mit inhaltlich 41 Produkten, sicher gestellt.

Die Erfüllung der kommunalen Aufgaben, die in den Zuständigkeitsbereich des Sozialreferats fallen, war im Jahr 2014 und ist nach derzeitigem Kenntnisstand auch in Zukunft gewährleistet.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.801.431	20.653.856	+1.852.425	+9,85%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	197.073.277	280.341.009	+83.267.732	+42,25%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.746.452	3.879.788	-866.664	-18,26%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.408.468	9.905.564	+1.497.096	+17,80%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	42.273.587	37.175.451	-5.098.136	-12,06%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.335.746	2.281.214	-2.054.532	-47,39%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	164.191	160.163	-4.028	-2,45%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	275.803.152	354.397.045	+78.593.893	+28,50%
9	- Personalauszahlungen	155.147.235	166.423.700	+11.276.465	+7,27%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	2.698	+2.698	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.052.429	20.066.924	+5.014.495	+33,31%
12	- Transferauszahlungen	843.923.678	935.016.812	+91.093.134	+10,79%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.078.819	18.582.874	-495.945	-2,60%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.033.202.161	1.140.093.008	+106.890.847	+10,35%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-757.399.009	-785.695.963	-28.296.954	+3,74%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.946.810	521.111	-1.425.699	-73,23%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	6.148	1.900	-4.248	-69,10%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	13.508	0	-13.508	-100,00%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	694.860	663.031	-31.829	-4,58%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	2.661.326	1.186.042	-1.475.284	-55,43%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	24.895.890	24.118.995	-776.895	-3,12%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.893.446	1.851.404	-42.042	-2,22%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	7.879.051	12.242.431	+4.363.380	+55,38%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	34.668.387	38.212.830	+3.544.443	+10,22%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-32.007.061	-37.026.788	-5.019.727	+15,68%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-789.406.070	-822.722.751	-33.316.681	+4,22%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-789.406.070	-822.722.751	-33.316.681	+4,22%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	22.642.436	-20.554.354	-43.196.790	-190,78%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-393	393	+786	-200,00%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	22.642.829	-20.554.747	-43.197.576	-190,78%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-766.763.241	-843.277.498	-76.514.257	+9,98%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-766.763.241	-843.277.498	-76.514.257	+9,98%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind alle Über- und Unterschreitungen von 10 % und mindestens 1 Mio. € sowie alle Über- und Unterschreitungen über 10 Mio. € zu erläutern.

Die **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** betragen in 2014 354.397 Tsd. € und liegen damit um 78.594 Tsd. € (+ 28,50 %) über dem Ist-Ergebnis 2013.

Bei den **Zuwendungen** beläuft sich das Ist 2014 auf 20.654 Tsd. €. Das Ist-Ergebnis 2013 betrug 18.801 Tsd. € und war damit um 1.853 Tsd. € geringer. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Für **Sonstige Transfereinzahlungen** beträgt das Ist 2014 280.341 Tsd. €. Das Ist-Ergebnis 2013 beläuft sich auf 197.073 Tsd. € und ist damit um 83.268 Tsd. € niedriger. Hauptgrund für die Abweichung sind erheblich höhere Erstattungen vom Bund aufgrund der Grundsicherung für Senioren und für jüngere Erwerbsunfähige im Rahmen von SGB XII. Zusätzlich haben sich auch noch die Erstattungen vom Land im Rahmen vom Asylbewerberleistungsgesetz deutlich erhöht.

Bei den **Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** beläuft sich das Ist-Ergebnis 2014 auf 3.880 Tsd. €. Das Ist 2013 betrug 4.746 Tsd. € und war damit um 867 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Für **Privatrechtliche Leistungsentgelte** beträgt das Ist 2014 9.906 Tsd. €. Das Ist-Ergebnis 2013 weist 8.408 Tsd. € aus und war damit um 1.498 Tsd. € niedriger. Hauptgrund für die Abweichung sind wesentlich höhere Ersätze in 2014 beim Amt für Soziale Sicherung sowie bei den Ferienmaßnahmen. Dagegen sind die Einnahmen für Mieten und Pachten gegenüber 2013 vor allem bei den Städtischen Unterkünften gesunken, dies liegt an dem städtischen Projekt „Münchner Facility Management“ (mfm), bei dem Objekte an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften übergegangen sind.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** beträgt das Ist-Ergebnis 2014 37.175 Tsd. €. Das Ist 2013 beläuft sich auf 42.274 Tsd. € und war damit um 5.099 Tsd. € höher. Hauptgrund für die Abweichung sind geringere Verwaltungskostenerstattungen vom Bund in 2014 für die Kosten der Unterkunft (KdU).

Für **Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** beträgt das Ist 2014 2.281 Tsd. €. Das Ist-Ergebnis 2013 betrug 4.336 Tsd. € und war damit um 2.055 Tsd. € höher. Hauptgrund für die Abweichung sind in 2014 geringere Einnahmen bei den städtischen Unterkünften, die im Rahmen des stadtweiten Projektes „Münchner Facility Management“ (mfm) an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften übergegangen sind.

Bei den **Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen** beläuft sich das Ist-Ergebnis 2014 auf 160 Tsd. €. Das Ist 2013 beträgt 164 Tsd. € und ist damit um 4 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** betragen in 2014 1.140.093 Tsd. € und liegen damit um 106.891 Tsd. € (+ 10,35 %) über dem Ist-Ergebnis 2013.

Für **Personalauszahlungen** wurden in 2014 166.424 Tsd. € aufgewendet. Das Ist 2013 beläuft sich auf 155.147 Tsd. € und war damit um 11.277 Tsd. € geringer. Hauptgrund für die Abweichung sind in 2014 wesentlich höhere Dienstbezüge für Tarifbeschäftigte und somit auch höhere Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen in 2014 20.067 Tsd. €. Das Ist 2013 beträgt 15.052 Tsd. € und war damit um 5.015 Tsd. € niedriger. Hauptgrund für die Abweichung waren höhere Auszahlungen in 2014 für Verwaltungs- und Betriebsausgaben im Bereich von DV-Leistungen von it@M.

Bei den **Transferauszahlungen** beläuft sich das Ist-Ergebnis 2014 auf 935.017 Tsd. €. Das Ist 2013 betrug 843.924 Tsd. € und war damit um 91.093 Tsd. € niedriger.

Hauptgründe für die Abweichung sind in 2014 wesentlich höhere Ausgaben bei den Leistungen nach SGB VIII, für Unterbringung in Beherbergungsbetrieben, Leistungen nach SGB XII, Zuschüsse an freie Träger, Leistungen nach SGB II und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Darüber hinaus sind auch höhere Ausgaben bei der Einkommensorientierten Zusatzförderung angefallen.

Die **Sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** betragen in 2014 18.583 Tsd. €. Das Ist 2013 beläuft sich auf 19.079 Tsd. € und war damit um 496 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** betragen in 2014 1.186 Tsd. € und liegen damit um 1.475 Tsd. € (- 55,43 %) unter dem Ist-Ergebnis 2013.

Die **Einzahlungen aus Investitionszuwendungen** betragen in 2014 521 Tsd. €. Das Ist 2013 beläuft sich auf 1.947 Tsd. € und war damit um 1.426 Tsd. € höher. Hauptgrund für die Abweichungen sind Einzahlungen in 2013 aus Investitionsförderungen vom Land bei den Notquartieren für Wohnungslose.

Bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen** beläuft sich das Ist-Ergebnis 2014 auf 2 Tsd. €. Das Ist 2013 beträgt 6 Tsd. € und war damit um 4 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen** weisen in 2014 0 Tsd. € auf. Das Ist 2013 betrug 14 Tsd. € und war damit um 14 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** betragen in 2014 663 Tsd. €. Das Ist 2013 beläuft sich auf 695 Tsd. € und war damit um 32 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** betragen in 2014 38.213 Tsd. € und liegen damit um 3.544 Tsd. € (+10,22 %) über dem Ist-Ergebnis 2013.

Die **Auszahlungen für Baumaßnahmen** betragen in 2014 24.119 Tsd. €. Das Ist 2013 beläuft sich auf 24.896 Tsd. € und war damit um 777 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen** weisen in 2014 1.851 Tsd. € auf. Das Ist 2013 beläuft sich auf 1.893 Tsd. € und war damit um 42 Tsd. € höher. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Bei den **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** beläuft sich das Ist-Ergebnis 2014 auf 12.242 Tsd. €. Das Ist 2013 betrug 7.879 Tsd. € und war damit um 4.363 Tsd. € geringer. Hauptgründe für die Abweichung waren in 2014 Auszahlungen für Investitionsförderungen bei den Wohnungsloseneinrichtungen und bei den Notquartieren für Wohnungslose.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.322.100	18.322.100	20.653.856	+2.331.756	+12,73%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	282.462.000	266.588.500	280.341.009	+13.752.509	+5,16%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.780.100	3.780.100	3.879.788	+99.688	+2,64%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.028.000	7.301.900	9.905.564	+2.603.664	+35,66%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	36.869.100	36.869.100	37.175.451	+306.351	+0,83%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.472.300	486.900	2.281.214	+1.794.314	+368,52%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	160.200	160.200	160.163	-37	-0,02%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	351.093.800	333.508.800	354.397.045	+20.888.245	+6,26%
9	- Personalauszahlungen	156.317.200	166.861.200	166.423.700	-437.500	-0,26%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	2.698	+2.698	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	16.934.200	21.789.700	20.066.924	-1.722.776	-7,91%
12	- Transferauszahlungen	879.620.400	913.365.800	935.016.812	+21.651.012	+2,37%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.381.500	16.813.400	18.582.874	+1.769.474	+10,52%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.071.253.300	1.118.830.100	1.140.093.008	+21.262.908	+1,90%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-720.159.500	-785.321.300	-785.695.963	-374.663	+0,05%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.264.800	2.287.700	521.111	-1.766.589	-77,22%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	1.900	+1.900	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	634.400	634.400	663.031	+28.631	+4,51%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	2.899.200	2.922.100	1.186.042	-1.736.058	-59,41%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.854.000	22.973.900	24.118.995	+1.145.095	+4,98%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.936.800	4.792.000	1.851.404	-2.940.596	-61,36%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	18.630.800	16.097.300	12.242.431	-3.854.869	-23,95%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	33.421.600	43.863.200	38.212.830	-5.650.370	-12,88%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-30.522.400	-40.941.100	-37.026.788	+3.914.312	-9,56%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-750.681.900	-826.262.400	-822.722.751	+3.539.649	-0,43%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-750.681.900	-826.262.400	-822.722.751	+3.539.649	-0,43%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-20.554.354	-20.554.354	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	393	+393	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-20.554.747	-20.554.747	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-750.681.900	-826.262.400	-843.277.498	-17.015.098	+2,06%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-750.681.900	-826.262.400	-843.277.498	-17.015.098	+2,06%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Bei den nachstehend erläuterten Planansätzen handelt es sich um Planansätze inkl. der Anmeldungen zu den Nachträgen.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei sind alle Über- und Unterschreitungen von 10 % und mindestens 1 Mio. € sowie alle Über- und Unterschreitungen über 10 Mio. € zu erläutern.

Die **Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit 354.397 Tsd. € um 20.888 Tsd. € (+ 6,26 %) über den erwarteten Einzahlungen 2014.

Die **Zuwendungen** wurden in Höhe von 18.322 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis weist einen Betrag in Höhe von 20.654 Tsd. € aus und liegt damit um 2.332 Tsd. € über dem Planansatz. Hauptgrund für die Abweichung sind die zweckgebundenen Schenkungsmittel, die nicht planbar sind.

Für **Sonstige Transfereinzahlungen** waren in 2014 266.589 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 280.341 Tsd. € und liegt damit um 13.752 Tsd. € über dem Planwert. Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind erhebliche Mehr-einnahmen durch den Bund beim SGB XII. Darüber hinaus sind auch die Einnahmen beim SGB II und die Erstattungen vom Land beim Asylbewerberleistungsgesetz gestiegen. Dem gegenüber stehen Mindereinnahmen bei den Beherbergungsbetrieben sowie geringere Erstattungen vom Bezirk beim SGB VIII.

Die **Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** wurden in Höhe von 3.780 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis weist einen Betrag in Höhe von 3.880 Tsd. € aus und liegt damit um 100 Tsd. € über dem Planwert. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Für **Privatrechtliche Leistungsentgelte** wurden in 2014 7.302 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 9.906 Tsd. € und liegt damit um 2.604 Tsd. € über dem Planansatz. Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind die einmalige Rückzahlung eines Investitionskostenzuschusses beim Amt für Soziale Sicherung (wurde nachträglich umgebucht) sowie höhere Ersätze bei den Ferienmaßnahmen und bei Migration und Integration.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurden in 2014 mit 36.869 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 37.175 Tsd. € und liegt damit um 306 Tsd. € über dem Planwert. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Für **Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** waren in 2014 487 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 2.281 Tsd. € und liegt damit um 1.794 Tsd. € über dem Planansatz.

Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planwert und Ist-Ergebnis ist der Übergang der städtischen Unterkünfte an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften im Rahmen des stadtweiten Projektes „Münchner Facility Management“ (mfM). Da die Objekte von den Wohnungsbaugesellschaften verwaltet werden, sind die Einzahlungen vom Amt für Wohnen und Migration nur sehr schwer zu kalkulieren und wurden offenbar viel zu niedrig geplant.

Die **Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen** wurden in 2014 160 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich ebenfalls auf 160 Tsd. €. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit 1.140.093 Tsd. € um 21.263 Tsd. € (+ 1,90 %) über den kalkulierten Auszahlungen 2014.

Die **Personalauszahlungen** wurden mit 166.861 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis weist einen Betrag in Höhe von 166.424 Tsd. € aus und liegt damit um 437 Tsd. € unter dem Planansatz. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** wurden in 2014 21.790 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 20.067 Tsd. € und liegt damit um 1.723 Tsd. € unter dem Planwert. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Transferauszahlungen** wurden in 2014 in Höhe von 913.366 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 935.017 Tsd. € und liegt damit um 21.651 Tsd. € über dem Planansatz. Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind wesentlich höhere Ausgaben bei der gesetzlichen Jugendhilfe nach SGB VIII. Darüber hinaus haben sich auch die Ausgaben nach SGB II, dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Zuschüsse an freie Träger erhöht. Außerdem sind in den Ist-Ausgaben Schenkungsmittel enthalten, die nicht planbar sind.

Für **Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** waren in 2014 16.813 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 18.583 Tsd. € und liegt damit um 1.770 Tsd. € über dem Planwert.

Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis ist der Übergang der städtischen Unterkünfte an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften im Rahmen des stadtweiten Projektes „Münchner Facility Management“ (mfm). Da die Objekte von den Wohnungsbaugesellschaften verwaltet werden, sind die Auszahlungen vom Amt für Wohnen und Migration nur sehr schwer zu kalkulieren und wurden offenbar viel zu niedrig geplant.

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit 1.186 Tsd. € um 1.736 Tsd. € (- 59,41 %) unter den erwarteten Einzahlungen 2014.

Bei den **Einzahlungen aus Investitionszuwendungen** waren in 2014 2.288 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 521 Tsd. € und liegt damit um 1.767 Tsd. € unter dem Planansatz.

Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planwert und Ist-Ergebnis sind Bauverzögerungen bei den Notquartieren für Wohnungslose, dadurch ist die Investitionsförderung vom Land in 2014 deutlich zurückgegangen.

Die **Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** wurden in 2014 in Höhe von 634 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 663 Tsd. € und liegt damit um 29 Tsd. € über dem Planansatz. Es liegt keine berichtspflichtige Abweichung vor.

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen im Haushaltsjahr 2014 mit 38.213 Tsd. € um 5.650 Tsd. € (- 12,88 %) unter den erwarteten Auszahlungen 2014.

Die **Auszahlungen für Baumaßnahmen** wurden in 2014 in Höhe von 22.974 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 24.119 Tsd. € und liegt damit um 1.145 Tsd. € über dem Planansatz. Es liegt keine beitragspflichtige Abweichung vor.

Bei den **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen** waren in 2014 4.792 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 1.851 Tsd. € und liegt damit um 2.941 Tsd. € unter dem Planwert. Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind hohe Planansätze bei den Belegrechten beim Amt für Wohnen und Migration, bei denen keine Ist-Ausgaben angefallen sind.

Die **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** wurden in 2014 in Höhe von 16.097 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 12.242 Tsd. € und liegt damit um 3.855 Tsd. € unter dem Planansatz.

Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planwert und Ist-Ergebnis sind Verzögerungen und damit geringere Ist-Ausgaben bei den Wohnbauförderzuschüssen und den Grundstückskosten für das Kommunale Wohnungsbauprogramm (KomPro) sowie bei den Investitionsförderungen an stationäre Einrichtungen im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes. Dagegen sind für das Ledigenheim Bergmannstr. hohe Ist-Ausgaben ohne Planansatz 2014 angefallen.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19.101.662	20.215.856	+1.114.194	+5,83%
3	+ Sonstige Transfererträge	225.515.230	264.014.364	+38.499.134	+17,07%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.230.698	3.466.970	+236.272	+7,31%
5	+ Auflösung von Sonderposten	163.086	152.552	-10.534	-6,46%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.715.119	11.974.430	+259.311	+2,21%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	41.913.676	38.922.626	-2.991.050	-7,14%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.568.424	25.295.284	+16.726.860	+195,22%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	310.207.895	364.042.082	+53.834.187	+17,35%
11	- Personalaufwendungen	155.479.462	166.651.839	+11.172.377	+7,19%
12	- Versorgungsaufwendungen	19.777.889	23.197.105	+3.419.216	+17,29%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.762.547	19.159.396	-1.603.151	-7,72%
14	- Planmäßige Abschreibungen	20.659.205	19.036.303	-1.622.902	-7,86%
15	- Transferaufwendungen	875.151.161	942.414.322	+67.263.161	+7,69%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.624.390	23.735.076	+1.110.686	+4,91%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.114.454.654	1.194.194.041	+79.739.387	+7,16%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-804.246.759	-830.151.959	-25.905.200	+3,22%
17	+ Finanzerträge	165.056	161.315	-3.741	-2,27%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	165.056	161.315	-3.741	-2,27%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-804.081.703	-829.990.644	-25.908.941	+3,22%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	13.920	0	-13.920	-100,00%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	-13.920	0	+13.920	-100,00%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-804.095.623	-829.990.644	-25.895.021	+3,22%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	303.453	+303.453	-%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	106.598.054	104.267.124	-2.330.930	-2,19%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-910.693.677	-933.954.315	-23.260.638	+2,55%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Die **Erträge** betragen im Jahr 2014 364.042 Tsd. € und liegen damit um 53.834 Tsd. € (+ 17,35 %) über dem Ist-Ergebnis 2013.

Bei den **Sonstigen Transfererträgen** ergibt sich im Jahr 2014 ein Ist-Ergebnis in Höhe von 264.014 Tsd. €. Gegenüber 2013 ist dies eine Erhöhung um 38.499 Tsd. €. Es liegt eine berichtspflichtige Abweichung vor, auf die Begründungen beim Teilfinanzhaushalt wird verwiesen.

Die **Sonstigen ordentlichen Erträge** betragen im Jahr 2014 25.295 Tsd. € und liegen damit um 16.727 Tsd. € über dem Ist-Ergebnis 2013.

Hauptgrund für die Abweichung sind sehr hohe Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie höhere Erträge im Bereich Sonstige ordentliche Erträge im Bereich Verschiedenes.

Die **Aufwendungen** liegen im Jahr 2014 bei 1.194.194 Tsd. € und liegen damit um 79.739 Tsd. € (+ 7,16 %) über dem Ist-Ergebnis 2013.

Bei den **Personalaufwendungen** ist ein Ist-Ergebnis 2014 von 166.652 Tsd. € festzustellen, das um 11.173 Tsd. € über dem Ist von 2013 liegt. Es liegt eine berichtspflichtige Abweichung vor, auf die Begründung beim Teilfinanzhaushalt wird verwiesen.

Die **Versorgungsaufwendungen** belaufen sich in 2014 auf 23.197 Tsd. € und sind damit gegenüber 2013 um 3.419 Tsd. € gestiegen. Hauptgrund für die Abweichung sind höhere Zuführungen zur Pensionsrückstellung für Beamte.

Die **Transferaufwendungen** betragen in 2014 942.414 Tsd. € und sind damit gegenüber 2013 um 67.263 Tsd. € gestiegen. Es liegt eine berichtspflichtige Abweichung vor, auf die Begründungen beim Teilfinanzhaushalt wird verwiesen.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.322.100	18.322.100	20.215.856	+1.893.756	+10,34%
3	+ Sonstige Transfererträge	282.462.000	266.588.500	264.014.364	-2.574.136	-0,97%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.780.100	3.780.100	3.466.970	-313.130	-8,28%
5	+ Auflösung von Sonderposten	155.600	155.600	152.552	-3.048	-1,96%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.484.600	7.774.100	11.974.430	+4.200.330	+54,03%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	36.869.100	36.869.100	38.922.626	+2.053.526	+5,57%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	265.700	768.200	25.295.284	+24.527.084	+3192,80%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	351.339.200	334.257.700	364.042.082	+29.784.382	+8,91%
11	- Personalaufwendungen	156.550.900	167.094.900	166.651.839	-443.061	-0,27%
12	- Versorgungsaufwendungen	27.267.000	19.668.300	23.197.105	+3.528.805	+17,94%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.157.200	22.307.200	19.159.396	-3.147.804	-14,11%
14	- Planmäßige Abschreibungen	19.634.900	19.634.900	19.036.303	-598.597	-3,05%
15	- Transferaufwendungen	879.778.400	913.523.800	942.414.322	+28.890.522	+3,16%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.044.200	16.186.900	23.735.076	+7.548.176	+46,63%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.118.432.600	1.158.416.000	1.194.194.041	+35.778.041	+3,09%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-767.093.400	-824.158.300	-830.151.959	-5.993.659	+0,73%
17	+ Finanzerträge	160.600	160.100	161.315	+1.215	+0,76%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	160.600	160.100	161.315	+1.215	+0,76%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-766.932.800	-823.998.200	-829.990.644	-5.992.444	+0,73%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	5.200	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	-5.200	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-766.938.000	-823.998.200	-829.990.644	-5.992.444	+0,73%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	270.900	270.900	303.453	+32.553	+12,02%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	98.543.100	99.165.400	104.267.124	+5.101.724	+5,14%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-865.210.200	-922.892.700	-933.954.315	-11.061.615	+1,20%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Der Planansatz der **Erträge** wurde im Jahr 2014 mit einem Betrag von 334.258 Tsd. € kalkuliert. Das Ist-Ergebnis wird mit 364.042 Tsd. € ausgewiesen und liegt damit um 29.784 Tsd. € (+ 8,91 %) über dem Planansatz des Nachtragshaushaltes.

Bei den **Zuwendungen** waren in 2014 18.322 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis weist einen Betrag in Höhe von 20.216 Tsd. € aus und liegt damit um 1.894 Tsd. € über dem Planansatz. Es liegt eine berichtspflichtige Abweichung vor, auf die Begründungen beim Teilfinanzhaushalt wird verwiesen.

Für **Privatrechtliche Leistungsentgelte** waren in 2014 7.774 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 11.974 Tsd. € und liegt damit um 4.200 Tsd. € über dem Planansatz. Es liegt eine berichtspflichtige Abweichung vor, auf die Begründungen beim Teilfinanzhaushalt unter den Ertragsarten Privatrechtliche Leistungsentgelte wird verwiesen.

Für **Sonstige ordentliche Erträge** waren in 2014 768 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 25.295 Tsd. € und liegt damit um 24.527 Tsd. € über dem Planwert. Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind sehr hohe Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie Erträge für die nachträgliche Entlastung in der Aufwands- und Ertragsrechnung für Rückstellungen, die nicht planbar sind.

Der Planansatz der **Aufwendungen** liegt im Haushaltsjahr 2014 bei 1.158.416 Tsd. €. Das Ist-Ergebnis beträgt 1.194.194 Tsd. € und liegt damit um 35.778 Tsd. € (+ 3,09 %) über dem Planansatz des Nachtragshaushaltes.

Die **Versorgungsaufwendungen** wurden 2014 in Höhe von 19.668 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 23.197 Tsd. € und liegt damit um 3.529 Tsd. € über dem Planansatz. Hauptgründe für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind höhere Aufwendungen bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger und Beamte.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** waren in 2014 in Höhe von 22.307 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 19.159 Tsd. € und liegt damit um 3.148 Tsd. € unter dem Planwert. Hauptgrund für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind geringere Aufwendungen für IT-Leistungen an den städtischen Eigenbetrieb it@M durch Verzögerungen bei der Rechnungsstellung für die Telekommunikation und Verzögerungen von laufenden Projekten.

Die **Transferaufwendungen** waren in 2014 in Höhe von 913.524 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beträgt 942.414 Tsd. € und liegt damit um 28.890 Tsd. € über dem Planansatz. Es liegt eine berichtspflichtige Abweichung vor, auf die Begründungen beim Teilfinanzhaushalt wird verwiesen.

Für **Sonstige ordentliche Aufwendungen** wurden in 2014 16.187 Tsd. € geplant. Das Ist-Ergebnis beläuft sich auf 23.735 Tsd. € und liegt damit um 7.548 Tsd. € über dem Planwert. Hauptgründe für die Abweichung zwischen Planansatz und Ist-Ergebnis sind Aufwendungen aus der Pauschalwertberichtigung, periodenfremde Aufwendungen aus Korrekturen von Grundstücken mit Substanzverzehr und Gebäuden. Darüber hinaus sind auch Aufwendungen aus Niederschlagung und Erlass angefallen. Alle diese Aufwendungen sind nicht planbar.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	12.120	2.447	9.674
Personalauszahlungen	1.513	0	1.513
unverbrauchte Schenkungsmitel	683	159	524
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	2.666	17	2.649
Gesamt	16.982	2.623	14.360

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Die Entnahmen im Betrachtungszeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2014 bei den **Sachauszahlungen** dienen in erster Linie zur Finanzierung von

- Mehrkosten aufgrund von befristeten Personalzuschaltungen (zumeist Aushilfen aufgrund des Fachkräftemangels in den Sozialbürgerhäusern) in Höhe von rund 1.200 Tsd. €
- Mehrkosten durch Umbau und Einrichtung von Betriebssporträumen im Verwaltungsgebäude Orleansplatz 11 zur Verankerung des Betriebssports im Betrieblichen Gesundheitsmanagement des Sozialreferats in Höhe von rund 470 Tsd. €
- Mehrkosten aufgrund des Einbaus von Personennotrufanlagen in zwei neu angemieteten Verwaltungsgebäuden mit Parteiverkehr in Höhe von rund 160 Tsd. €.

Dem Restefonds **Personalauszahlungen** wurden keine Mittel entnommen.

Dem Restefonds **unverbrauchte Schenkungsmitel** wurden 159 Tsd. €, vorwiegend zur Finanzierung von befristeten Personalzuschaltungen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements, entnommen.

Aus dem Restefonds der **zweckgebundenen Finanzpositionen** wurden insgesamt 17 Tsd. € für diverse Maßnahmen zweckentsprechend verwendet.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich der Bauunterhaltungsmittel (GR 500 und 503) wurden wie bereits im Vorjahr keine Haushaltsausgabereste auf das Haushaltsjahr 2015 übertragen.

1.4.3 Investive Reste

Im Sozialreferat wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 8.389 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 13.308 Tsd. €) übertragen. Diese verteilen sich wie folgt

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (GR 932):	129 Tsd. €
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (GR 935):	2.777 Tsd. €
Auszahlungen für Baumaßnahmen (GR 94):	4.527 Tsd. €
Auszahlungen für Investitionszuschüsse (GR 98):	956 Tsd. €

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	3.580	2.973	+5,04%	1.091	2.678	3.769	994	2.128	3.122
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	21	21	+50,24%	3	28	31	3	28	31
Beschäftigte Gesamt	3.601	2.993	+5,35%	1.094	2.706	3.800	997	2.156	3.153

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Sozialreferat 2014** eine Unterschreitung von **0,54 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalauszahl. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	96.571	+7,81%	104.681	104.114	-0,54%
BSA	16.491	+4,70%	17.482	17.266	-1,24%
SGB XII	7.788	+5,11%	7.715	8.186	+6,10%
JustM	2.624	-6,94%	1.788	2.442	+36,58%
Notquartiere	11.791	+8,90%	14.690	12.840	-12,59%
Jobcenter	18.681	+8,51%	20.467	20.271	-0,96%
MKH	3.820	+5,31%	3.633	4.023	+10,73%
MMH	1.313	+0,23%	1.338	1.316	-1,64%
Summe Referat	159.079	+7,15%	171.794	170.458	-0,78%

Die IST/Plan-Abweichung beim Deckungsbereich des Sozialreferats liegt innerhalb des Swing. Das Budget gilt somit als eingehalten.

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restfonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-394	-956	+142,64%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	15.880	18.981	+19,53%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	15.486	18.025	+16,40%
Beihilferückstellung Auflösung	-67	-163	+143,28%
Beihilferückstellung Zuführung	3.058	3.583	+17,17%
Belastung Beihilferückstellung	2.991	3.420	+14,34%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	-102	-76	-25,49%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	1.171	955	-18,45%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	1.069	879	-17,77%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-414	-42	-89,86%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	254	360	+41,73%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-160	318	-298,75%
Gesamt	19.386	22.642	+16,80%

Erläuterung:

In der Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung 2013 ist irrtümlich die Inanspruchnahme der Rückstellung mit eingerechnet.

Die Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung 2013 beträgt richtig 446 Tsd. €

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Amt für Soziale Sicherung

Für die kommenden Jahre werden weiterhin die wirtschaftliche und demografische Entwicklung bestimmende Themen bleiben. Risiken wie die Schuldenkrise in Südeuropa oder auch die weiterhin noch nicht absehbare Auswirkungen des russisch-ukrainischen Konflikts werden dabei Faktoren sein, die das wirtschaftliche Wachstum und damit die Bereitschaft zu Neueinstellungen beeinträchtigen können. Eine solche Entwicklung schlägt sich insbesondere im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II nieder - so profitieren Leistungsbezieherinnen und -bezieher hier einerseits selbst bei niedriger Gesamtarbeitslosigkeit weniger von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, andererseits bekommen sie negative Entwicklungen mit als Erste zu spüren.

Die Landeshauptstadt München hat sich im Jahr 2015 entschieden, durch eine einmalige Anhebung des Kommunalen Finanzierungsanteils i. H. v. maximal 1,6 Mio. € die Folgen der restriktiven Haushaltspolitik des Bundes im Zusammenhang mit der Zuweisung des Globalbudgets für das Jobcenter München auszugleichen. Die Mittel werden dazu verwendet, um den arbeitslosen Münchnerinnen und Münchnern im SGB II Bezug zusätzliche Maßnahmen und Förderungen ermöglichen zu können. Die LHM leistet somit einen besonderen Beitrag zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Auch muss wie in den letzten Jahren von einem weiteren kontinuierlichen Anstieg der Zahl älterer Menschen sowie der Menschen, die aufgrund dauerhafter Erwerbsminderung nicht mehr arbeiten können, ausgegangen werden, die aufgrund niedriger oder gar fehlender Rentenansprüche auf Leistungen der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung angewiesen sind. So rechnet das Sozialreferat mit einem weiteren Anstieg auf ca. 18.050 Personen im Jahr 2015 bzw. 18.800 Personen im Jahr 2016.

Stadtjugendamt

Generelle wesentliche Entwicklungen mit Wirkung auf die Jahre 2015 ff.

Trotz des steten Ausbaus von Einrichtungen der Jugendhilfe und Plätzen im Bereich des Übergangwohnens im vergangenen Jahr konnten die Bedarfe in und für München bislang nicht ausreichend gedeckt werden. Dies liegt einerseits an den steigenden Zahlen von Inobhutnahmen, andererseits ist dies aber auch der schwierigen Immobilien- und Fachkräftesituation in München geschuldet.

Besonders die für 2015 prognostizierten steigenden Inobhutnahme-Zahlen um 34 % zum Vorjahr stellen eine große Herausforderung in der Bewältigung dieser Aufgabe dar. Das Stadtjugendamt geht für 2015 von mindestens 3.500 neu ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in München aus.

Der IST-Bestand von Plätzen im Übergangsbereich betrug Anfang 2015 rund 650 Plätze. Für 2015 wird prognostisch von einem Mehrbedarf von mindestens 750 Plätzen ausgegangen. Dies erfordert im ersten Halbjahr des Jahre 2015 eine massive Platzakquise sowie Anmietung von geeigneten Objekten und Häusern mit über 100 Plätzen pro Einheit. Ziel ist der Ausbau auf bis zu 1.000 Plätzen im Übergangsbereich sowie einer Reserve von knapp 500 Plätzen zu den Spitzenzeiten. Eine geringere Platzkapazität würde basierend auf den Erfahrungen des letzten Jahres ein

zu großes Risiko darstellen und erneut zu Überbelegungen führen.

Ein weiterer problematischer Punkt sind die zunehmenden Schwierigkeiten der Münchner Jugendhilfeträger in der Akquise von geeigneten (sozial)pädagogischen Fachkräften für den Bereich der Betreuung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen im Bereich des Übergangwohnens.

Mit dem Beschluss des KJHA vom 10.03.2015 zur „Neustrukturierung des Aufgabenfeldes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Stadtjugendamt“ besteht für das Stadtjugendamt die Möglichkeit, sich im Rahmen einer neu aufzubauenden Organisationseinheit für umF für die nächsten Jahre krisenfester zu organisieren.

Erfreulicherweise sieht sich das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration dank der intensiven Interventionen des Sozialreferates mit in der Verantwortung der landesweiten Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

Zudem hat die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des SGB VIII beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingebracht, um zu erreichen, dass bereits unmittelbar aus der Ankommenssituation heraus ein bundesweiter Verteilschlüssel Anwendung findet. Bei Erfolg dieser Bundesratsinitiative stellt dies für das Stadtjugendamt eine erhöhte Möglichkeit auf sofortige Weitervermittlung einer großen Anzahl von umF dar.

Darüber hinaus sollen bayernweit zügig weitere zentrale Inobhutnahmestellen für die Erstaufnahme (Alterseinschätzung, Gesundheitsuntersuchung und Registrierung) von neu einreisenden umF in allen Regierungsbezirken entstehen. Nach der Erstaufnahme sollen die umF zügig in Anschlussdiensten vermittelt werden.

Amt für Wohnen und Migration

Auch in 2015 ist nicht mit einer Entspannung des Münchner Mietwohnungsmarktes zu rechnen. Bereits für 2015 werden für München 1,542 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner prognostiziert. Die mittleren Bevölkerungsprognosen gehen von insgesamt 1,633 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2020 aus. Korrespondierend mit der hohen Zuzugsprognose ist auch mit einem Anstieg der Zahl der Haushalte mit niedrigem Einkommen oder Transferleistungsbezug zu rechnen, welche wiederum preisgünstigen geförderten Wohnraum nachfragen werden.

Auch im Bereich der Wohnungslosigkeit wird von drastischen Steigerungsraten ausgegangen. Es ist daher auch für 2015 notwendig, alle zur Verfügung stehenden Zwischennutzungsmöglichkeiten zu nutzen, um das Sofortunterbringungssystem zu entlasten. Auch aufgrund großer Sanierungsvorhaben wird die Zahl der zu vermittelnden Wohnungen 2015 unter dem Niveau von 2014 bleiben.

Die in den nächsten Jahren vor allem von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften (GWG und GEWOFAG) geplanten Neubaufertigstellungen werden erst mittelfristig für Entlastung sorgen. Die erreichbaren Zielzahlen können jedoch den rasant wachsenden Wohnungsbedarf nicht vollständig decken.

Der Münchner Wohnungsmarkt gilt für Investoren, trotz der seit Jahren angespannten Lage, weiterhin als besonders risikoarm und im internationalen Vergleich immer noch als eher unterbewertet. Das lässt einen weiteren Anstieg des Mietniveaus erwarten.

Stiftungsverwaltung

Die hohe Ausschüttung von Stiftungsmitteln für den guten Zweck ist bislang über einen Abbau vorhandener Stiftungsrücklagen aus vergangenen Jahren sowie einen großen Beitrag von Spenden und Zustiftungen möglich.

Da sich die Bedarfe in München auch künftig aufgrund der prognostizierten wachsenden Kinder-

und Altersarmut nicht ändern bzw. verringern werden, wird mit der Vergabe von Stiftungsmitteln auch weiterhin ein wichtiger Beitrag, in Ergänzung zu gesetzlichen Leistungen, zum sozialen Frieden in München geleistet. Aufgrund der anhaltend niedrigen Zinslage am Kapitalmarkt ist jedoch wohl auch mit einem Rückgang an möglichen Ausschüttungen zu rechnen; darauf deutet auch die rückläufige Trend aus der Grafik unter obigem Abschnitt zur Mittelverwendung hin.

Bei den Immobilien wird der Hauptfokus auch in 2015 noch einmal auf der Ausarbeitung von Entwicklungskonzepten und der Umsetzung von Sanierungskonzepten liegen. Die bereits sehr erfolgreiche Kooperation mit den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege und den Amt für Wohnen und Migration im Bereich der Zwischennutzungen von Stiftungsimmobilien wird weiter optimiert und fortgesetzt.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Es sind keine sonstigen Feststellungen zu treffen.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60 1.1.1	Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Finanzen	(P) Erstattung Transferleistungen durch üö.Tr. (v.a. Bund)	107.103	112.621	+5.518	+5,2%	2.1.2.1
			(P) Summe Erlöse	111.650	117.315	+5.665	+5,1%	
			(PL 1) Grundsicherung für 65-jährige und ältere	100.187	101.982	+1.795	+1,8%	
			(PL 3) Hilfe zum Lebensunterhalt für nicht dauerhaft Erwerbsgeminderte	23.505	20.751	-2.754	-11,7%	
			(P) Summe Kosten	159.729	158.552	-1.177	-0,7%	
		Menge	(PL 3) Anzahl der nicht dauerhaft erwerbsgeminderten Leistungsbezieher/innen	2.661	2.226	-435	-16,3%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60 1.1.2	Grundsicherung für Arbeitssuchende	Finanzen	(P) Erstat- tung Trans- ferleistun- gen durch Bund	56.948	60.849	+3.901	+6,9%	2.1.2.2
			(P) Erstat- tung Ver- waltungs- kosten durch Bund	35.459	37.562	+2.103	+5,9%	
			(P) Summe Er- löse	92.408	98.420	+6.012	+6,5%	
			(PL 1) Wirtschaf- tliche Hilfen für Be- darfsge- meinschaf- ten durch das Job- center München	281.526	287.144	+5.618	+2,0%	
			(PL 2) Ein- gliederung und Ar- beitsver- mittlung durch das Jobcenter München	8.825	9.501	+676	+7,7%	
			(PL 4) Bil- dung und Teilhabe für Kinder und Ju- gendliche in Haushal- ten mit Bezug von Arbeitslo- sengeld II oder Sozi- algeld	7.969	8.499	+530	+6,7%	
			(P) Sum- me Kosten	299.872	306.696	+6.824	+2,3%	
			60 5.6.2	Hilfen zur Gesundheit	Finanzen	(P) Erstat- tungen Transfer- leistungen üö.Tr.	9.486	11.523
(P) Sonsti- ge	0	5.100				+5.100	+100,0%	
(P) Sum- me Erlöse	9.486	16.630				+7.144	+75,3%	
(PL 1) Hil- fen zur Gesund- heit	21.740	23.321				+1.581	+7,3%	
(P) Sum- me Kosten	21.741	23.323				+1.582	+7,3%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.2.1.5	Kindertages-betreuung	Finanzen / Kosten	Großta- gespflege / Fördermit- tel freie Träger	1.353.116	642.493	-710.623	-52,5%	2.1.2.4
		Finanzen / Kosten	(PL 1) Kin- derta- gespflege in Familien	5.929.319	6.367.803	+438.484	+7,4%	2.1.2.4a
		Finanzen / Erlöse	(P) Summe der Zuschüsse (BayKiBiG)	1.349.163	1.818.208	+469.045	+34,8%	2.1.2.4b
		Menge	Plätze in Kinderta- ges-pflege in Familien	1.474	1.215	-259	-17,6%	2.1.2.5
		Menge	Plätze in Großta- ges-pflege mit Er- satzbe- treuung	770	279	-491	-63,8%	2.1.2.6
60.2.2.1	Erziehungsangebote	Menge	Anzahl der Kinder, die durch Frü- he Hilfen des Kin- derschut- zes er- reicht wer- den	880	724	-156	-17,7%	2.1.2.7
		Erlöse	(P) Erlöse aus Trans- ferleistungen (Kosten- beiträge, - ersätze, Er- stattungen, etc.)	41.426.319	31.990.377	-9.435.942	-22,8%	2.1.2.7a
			(P) Sonstige Erlöse (Verwal- tungskos- tenerstatun- gen, Zu- weisungen, Erlöse aus Rückstel- lungen etc.)	155.772	6.058.677	5.902.905	+3789,4%	2.1.2.7b
		Kosten	(PL 1, 3, 4) Kosten städt. Heime (MWH, MKH, MMH, Just M; ab 2013 nur noch Just M) (in den ein- zelnen Produkt- leistungen enthalten) :	3.105.905	3.581.825	475.920	+15,3%	2.1.2.7
			(PL 2) Ambulante Erzie- hungs- und Eingliede- rungshilfen	35.073.578	33.262.548	-1.811.029	-5,2%	2.1.2.7.d

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.2.2.1	Erziehungsangebote	Kosten	(PL 3) Teilstationäre Erziehungs- und Eingliederungshilfen	35.548.901	33.926.847	-1.622.054	-4,6%	2.1.2.7d
			(PL 4) Erziehungshilf. u. Eingl.hilf. in Pflegefam. u. stat. Einrichtung.	165.783.498	189.993.934	24.210.436	+14,6%	2.1.2.7c
60.2.3.2	Beistandschaft, Beurkundung, Rechtsberatung	Finanzen	Kosten	6.458.409,00	6.839.147,00	+380.738	+5,9%	2.1.2.8
60.3.1.1	Jugendarbeit	Menge	betreute Kinder bei Ferienangeboten	11.500	15.236	3.736	+32,5%	2.1.2.10
		Finanzen/Erlöse	(P) Sonstige Erlöse	873.782	1.494.626	620.844	+71,1%	2.1.2.10a
		Finanzen / Kosten	(PL 1) Regionale Angebote (Freizeitstätten)	32.112.731	33.388.961	1.276.231	+4,0%	2.1.2.10b
			(PL 2) Überregionale Angebote	9.097.475	9.863.196	765.720	+8,4%	2.1.2.10c
			(PL 3) Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit	2.456.835	2.732.221	275.386	+11,2%	2.1.2.10d
			(PL 4) Ferienangebote	3.866.444	4.650.922	784.478	+20,3%	2.1.2.10e
60.3.1.2	Jugendsozialarbeit	Finanzen / Erlöse	(P) Summe der Zuschüsse	641.100	1.014.267	373.167	+58,2%	2.1.2.10f
		Finanzen / Kosten	(PL 1) Schulsozialarbeit	18.092.759	16.706.353	-1.386.406	-7,7%	2.1.2.10g
			(PL 2) Maßnahmen zur SchülerInnenförderung	3.234.895	3.871.520	636.625	+19,7%	

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.3.2.1	Familienangebote	Finanzen / Kosten	Familienbildung	5.387.332	5.905.495	518.163	+9,6%	2.1.2.9
			(PL 2) Beratung und Mitwirkung der BSA in familiengerechten Verfahren	499.627	6.013.887	5.514.260	+1103,7%	2.1.2.9a
			(PL 3) Erziehungs-, Ehe-, Familien- Lebensberatung	29.885.597	20.495.931	-9.389.666	-31,4%	
			(P) Summe Kosten	35.772.556	32.415.312	-3.357.244	-9,4%	
60.4.1.2	Vermittlung in dauerhaftes Wohnen	Finanzen / Erlöse	(PL2) Erlöse Gebühren	20	0	-20	+100,0%	2.1.2.11
			(PL3) Mieteinnahmen	0	-16	-16	+100,0%	2.1.2.12
			(PL 6) Wohnungsbauförderung (Zusatzförderung EOF) (in T€)	15.729	14.758	-971	-6,2%	2.1.2.13
			Kosten	516	400	-116	-22,5%	2.1.2.14
			(PL 2) Kosten pro Registrier. / Städt. Dienstkräfte(Kostenanteil)	437	284	-153	-35,0%	2.1.2.15
			(PL 2) Kosten pro Wohnungsvergabe / Städt. Dienstkräfte (Kostenanteil)	228	176	-52	-22,5%	2.1.2.15
			(PL 6) Wohnungsbauförderung (Zusatzförderung EOF)	16.882	15.752	-1.130	-6,4%	2.1.2.13

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.4.1.2	Vermittlung in dauerhaftes Wohnen	Qualitäten	(PL 5) (W) Überprüfte Wohnun- gen (=alle WE mit „vor Ort“ Ermittlung oder Ak- tenanlage)	730	619	-111	-15,2%	2.1.2.16
			(PL 5) (W) davon Wohnungs- freima- chungen	30	16	+14	+46,7%	2.1.2.17
		Zielgruppen	(PL 1) von Wohnungs- vergaben sind: von Wohn.- losigk. bed- rohte Hh.	11	9	-2	-18,2%	2.1.2.18
			(PL5+6) Anteil der geforderten Whg an al- len Münchner WE	10	6	-4	-40,0%	2.1.2.19
		Leistungsmengen	(PL2) ge- stellte An- träge auf Registrie- rung – städtische Dienstkräf- te	1.700	2.037	+337	+19,8%	2.1.2.20
			(PL2) Re- gistrierun- gen – städ- tische Dienstkräf- te	1.000	1.314	+314	+31,4%	2.1.2.20
			(P) Woh- nungs-ver- gaben	2.800	3.761	+961	+34,3%	2.1.2.21
			(PL1) da- von Wie- derverga- ben	2.200	2.916	+716	+32,5%	2.1.2.21
			(PL 5) Ein- gegangene Überprü- fungshin- weise für geförderte Wohnun- gen	5.200	8.295	+3.095	+59,5%	2.1.2.22
60.4.1.3	Wohngeld	Finanzen	Produkt- kosten	5.665	5.959	+294	+5,2%	2.1.2.23
		Finanzkenn- zahlen	Kosten Bescheid und aus- gez. Wohngeld	436	567	+131	+30,1%	2.1.2.24

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.4.1.4	Vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfen für akut Wohnungslose	Finanzen/ Erlöse	(P) Summe Gebühren/ Entgelte	1.094	1.470	+376	+34,4%	2.1.2.1.25
			(P) Sonstige	16.507.889	12.952.860	-3.555.029	-21,5%	2.1.2.25a
			(P) Summe Erlöse	16.508.983	14.459.527	-2.049.456	-12,4%	2.1.2.25a
		Finanzen/ Kosten	(PL4) Verbandshäuser	6.152	6.512	+360	+5,9%	2.1.2.1.26
		Finanzkennzahlen	(P) Finanzierungsanteil Gebühren/ Entgelte	2	3	+1	+40,3%	2.1.2.1.27
		Finanzkennzahlen	(PL2) Betreuungskosten Pro Person in Pensionen/ Wohnheimen	8.616	6.849	-1.767	-20,5%	2.1.2.1.28
		Qualitäten/ Wirkungen	(PL 1,2,3) (Q) innerhalb eines Jahres in dauerhaftes Wohnen/ Anschlusswohnen vermittelte Haushalte	650	450	-200	-30,8%	2.1.2.1.29
		Qualitäten/ Wirkungen	(PL 1,2,3) (Q) durch die ZEW im Berichtsjahr erarbeitete Wohnperspektiven	650	500	-150	-23,1%	2.1.2.1.30
		Qualitäten/ Wirkungen	(PL 1-4) (W) In Wohnen/ Anschlussmaßnahmen vermittelte Hh. Aus gesamtem Hilfesystem	600	480	-120	-20,0%	2.1.2.1.31
		Zielgruppen	(PL 1-4) Anzahl unter 18-jährige im Sofortunterbringungssystem	826	1.000	+174	+21,1%	2.1.2.1.32
		Leistungsmengen	(PL 2) Plätze in Pensionen	2.507	3.019	+512	+20,4%	2.1.2.1.33
Leistungsmengen	(PL 2) Personen in Pensionen	2.519	2.943	+424	+16,8%	2.1.2.1.34		

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.4.1.5	Übergangs- und langfristig betreute Wohnformen	Finanzen/Erlöse	(PL 1) Summe Mieteinnahmen	703	1.726	+1.023	+145,5%	2.1.2.36
		Finanzen/Kosten	(PL 2) Probewohnen	1.488	931	-557	-37,4%	2.1.2.39
		Finanzen/Kosten	(PL 3) Städtische Unterkünfte (mit Nutzungsverhältnis)	3.244	2.262	-982	-30,3%	2.1.2.40
		Finanzkennzahlen	(P) Finanzierungsanteil Gebühren/Mieten	5	14	+9	+173,3%	2.1.2.42
		Wirkungen	(PL 4) (Q) Anteil der aufgegebenen einzeln gemieteten Wohnungen	15	0	-15	-100,0%	2.1.2.43
		Zielgruppen	(P) Kund(inn)en: Frauenanteil bei Alleinstehenden	30	22	-8	-27,4%	2.1.2.44
		Zielgruppen	(P) Kund(inn)en: Anteil der Alleinstehenden	76	64	-12	-15,6%	2.1.2.44
		Zielgruppen	(P) Kund(inn)en: Anteil der sonstigen Mehrpersonenhaushalte	9	2	-7	-73,3%	2.1.2.44
		Leistungsmengen	(PL 3) Bestand städtischer Unterkünfte (mit Nutzungsverhältnis)	200	1	-199	+99,5%	2.1.2.48
		Leistungsmengen	(PL 3,4) Beratung durch BSA in städt. Unterkünften / Objektanmietungen	52	6	-1	+88,5%	2.1.2.49
Leistungsmengen	(PL 4) Bestand angemieteter Wohnungen	76	32	+58	-57,9%	2.1.2.50		

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.4.1.6	Maßnahmen zum Erhalt von Mietverhältnissen	Finanzen/Kosten	(PL 4) Sozialpädagogische Nachsorge	2.531	2.782	+251	+9,9%	2.1.2.52
			(PL 5) Präventive Hilfen zum Wohnungserhalt	4.700	7.839	+3.139	+66,8%	2.1.2.53
		Finanzkennzahlen	(PL 2) Kosten pro HH mit Mietschuldenübernahme	2.166	3.356	+1.190	+54,9%	2.1.2.54
			(PL 3) Kosten pro HH mit Grundreinigung	12.608	8.841	-3.767	-29,9%	2.1.2.55
			(PL 5) Kosten pro HH Unterstütztes Wohnen (Prävention)	23.502	39.591	+16.089	+68,5%	2.1.2.56
		Zielgruppe	(P) Anteil der HH mit minderjährigen Kindern (ohne alleinerz. HH)	15	20	+5	+33,3%	2.1.2.57
			(P) Anteil der SGB II-Bezieher/-innen an den Kunden/-innen	45	23	-22	-48,9%	2.1.2.57
		Leistungsmengen	(PL 1) Aufsuchende Sozialarbeit im Rahmen der Gesamtkonzeption	2.500	2.107	-393	-15,7%	2.1.2.51
			(PL 2) Geldleistung für Haushalte (HH) mit Mietschulden	1.350	844	-506	-37,5%	2.1.2.54
			(PL 2) davon Haushalte mit Hilfen nach SGB I	870	513	-357	-41,0%	2.1.2.54
			(PL 2) davon Haushalte mit Hilfen nach SGB XII	480	331	-149	-31,0%	2.1.2.54
			(PL 3) Grundreinigung bei verwaorlosten Wohnungen	200	285	+85	+42,5%	2.1.2.55
			(PL 4) Sozialpädagogische Nachsorge (von der FaSt eingeleitet)	600	259	-341	-56,8%	2.1.2.57

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.4.1.8	Schaffung preiswerten Wohnraumes	Finanzen / Erlöse	(PL 1) Mieterlöse Teilprogramm B	570.259	1.369.968	+799.709	+140,2%	2.1.2.58a
		Finanzen / Kosten	(PL 1) Wohnungsbau für Benachteiligte am Wohnungsmarkt (Teilprogramm B) und für Clearingzwecke (Teilprogramm C)	6.563	7.853	1.290	19,7%	2.1.2.58
			(P) Summe Kosten	23.687.188	25.076.912	+1.389.725	+5,9%	2.1.2.63
		Qualität	(PL 1) (Q) Im laufenden Jahr fertiggestellte Wohneinheiten nach Teilprogramm B	112	87	-25	22,3%	2.1.2.59
			(PL 1) (Q) Anteil der Wohnhäuser, in denen max. 30 WE erstellt werden (Jahresrate im Berichtszeitraum)	83	100	17	20,5%	2.1.2.64
		Kennzahlen	(PL 1) Zuschuss Bürgerchaftliches Engagement (BE)	1.600	932	-668	-71,7%	2.1.2.62
		Menge	(PL 1) Bewilligte WE nach Teilprogramm B	11	117	106	963,6%	2.1.2.60
			(PL 1) Bewilligte WE nach Teilprogramm C	25	0	25	-100%	2.1.2.61

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.5.4.2	Förderung von Bildung, Aktivitäten und Engagement behinderter und älterer Menschen	Finanzen / Kosten	(PL 4) Förderung von Aktivitäten, Bildung und Engagement von Menschen mit Behinderung	1.922	1.236	-686.081	-35,7%	2.1.2.70
60.5.5.1	Individuelle Hilfe bei Pflegebedürftigkeit und bei Behinderung	Finanzen / Erlöse	(P) Erstattungen Transferleistungen überörtliche Träger	2.877.902	2.079.835	-798.067	-27,7%	2.1.2.71
			(P) Sonstige (Verwaltungskostenerstattungen)	778	1.385.019	+1.384.241	+177827,0%	
			(P) Summe Erlöse	4.590.680	5.090.854	+500.174	+10,9%	
		Finanzen / Kosten	(PL 2) Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	3.499	4.088	+589.398	+16,8%	2.1.2.72
60.6.1.1	Wirtschaftliche Hilfen für Flüchtlinge Wirtschaftliche Hilfen für Flüchtlinge	Finanzen / Erlöse	(P) Sonstige (Kostenerstattung Regierung von Oberbayern/ROB)	25.354	32.770	7.416	29,2 %	2.1.2.65a
		Finanzen	(PL 1) Hilfen zur Lebensführung (in T €)	14.413	13.172	-1.241	0	2.1.2.65
			(PL 2) Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (in T €)	9.464	15.790	6.326	1	2.1.2.66
			(PL 3) Sonstige Hilfen in begründeten Einzel- und Härtefällen (in T €) Erlöse	5.281	3.940	1.341	0	2.1.2.66
			(PL 4) Sonstige Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (in T €)	194	849	655	3	2.1.2.67

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlub+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
60.6.2.1	Integrationshilfen nach Zuwanderung	Leistungsmengen	(PL 2) Beratungen im integrierten Beratungszentrum Sprache (IBZ) im AfWM	800	1.000	+200	+25,0%	2.1.2.68
		Leistungsmengen	(PL2) angebotene Plätze in den städtisch finanzierten Kursen	280	409	+129	+46,1%	2.1.2.69

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.1.1.1 Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Höhe der Erlöse aus der Erstattung von Transferleistungen ist nicht direkt beeinflussbar und richtet sich ausschließlich nach der Höhe der geleisteten Transferausgaben. Diese fallen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (PL 1 und 2) aufgrund der gestiegenen Zahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher um 2,4 Mio. Euro höher aus, die nahezu vollständig vom Bund erstattet wurden. Die noch verbleibenden Mehreinnahmen in Höhe von rund 3 Mio. Euro sind auf einen nicht angepassten Planwert bzw. auf Planungsunschärfen zurückzuführen. Im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt (PL 3) fallen aufgrund zurückgegangener Leistungsbezieherzahlen die Kosten niedriger als erwartet aus. Die Ursachen für diesen Rückgang sind noch zu ermitteln

2.1.2.2 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.1.1.2 Grundsicherung für Arbeitssuchende

Die Erlöse speisen sich fast ausschließlich aus den Erstattungsleistungen des Bundes für die kommunalen Kostenanteile im Transferleistungsbereich sowie für die der Stadt entstandenen Verwaltungskosten. Je höher diese Kosten ausfallen, desto höher sind die Erstattungszahlungen. Die Transferkosten (PL 1) liegen aufgrund der höheren Inanspruchnahme über Plan. So verblieben am Jahresende fast 2.000 Menschen mehr im Leistungsbezug als ursprünglich erwartet. Dementsprechend schließen die Kosten mit rund 6,8 Mio. Euro höher ab, als geplant. Zudem wurde hier das Budget im Rahmen des Nachtragshaushalts nicht wie vorgesehen erhöht, sondern fälschlicherweise reduziert. Durch die Kürzung des Eingliederungstitels im Jobcenter durch den Bund und die Tatsache, dass der Bund trotz steigender Verwaltungskosten keinen finanziellen Ausgleich leistet, kommt es im Bereich der Arbeitsvermittlung (PL 2) zu einem höheren kommunalen Kostenanteil als geplant. Dieser höhere kommunale Kostenanteil zeigt sich wiederum in stabilen Integrationszahlen. Bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe (PL 4) erfolgte die Planung auf Basis des Rechnungsergebnisses 2012, die im Jahr 2013 erfolgte Personalaufstockung im Bereich freiwilliger Leistungen (die sich hier zum Teil kostenmäßig auswirkt) wurde bei den Planungen bislang noch nicht berücksichtigt.

- 2.1.2.3 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.5.6.2 Hilfen zur Gesundheit**
Die Abweichungen sind hier in erster Linie auf nicht planbare Beträge für bzw. aus Rückstellungen zurückzuführen. So wurden kostenseitig rund 2 Mio. Euro für Rückstellungen gebucht, als Erlös wurden 5,1 Mio. Euro aus der Auflösung von Rückstellungen gebucht. Zusätzlich konnten 2 Mio. Euro aus der Erstattung des überörtlichen Trägers verbucht werden. Diese Erstattungen sind abhängig von der Höhe der abrechnungsfähigen Kosten und nicht oder nur bedingt planbar.
- 2.1.2.4 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.1.5/ PL 2**
Es war eine massive Erhöhung (um 857.646 €) der Zuschüsse für Träger im Bereich Großtagespflege geplant. Da der Ausbau der Plätze aufgrund von Problemen bei der Stellenbesetzung trotz eines deutlichen Anstiegs noch hinter dem Plan zurück liegt, liegen die Kosten für z.B. Ersatzbetreuung bei freien Trägern deutlich unter dem Plan. Auch die Investitionskosten, die für neue Großtagespflegen eingeplant waren, konnten 2014 aufgrund von abgelaufenen Antragsfristen nur in wenigen Fällen an die Träger ausgezahlt werden.
- 2.1.2.4a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.1.5**
Erhöhung der Umlagen aus den SBH.
- 2.1.2.4b Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.1.5**
Der Plan 2014 wurde Mitte 2013 berechnet. Zu diesem Zeitpunkt war die positive Einnahmeentwicklung aus BayKiBiG- und Bundesmitteln noch nicht berechenbar. Es ist zu erwarten, dass die Erlöse aus BayKiBiG aufgrund von Erhöhung der Zuwendung pro Kind sowie Erhöhung der Anzahl der Kinder weiter ansteigen.
- 2.1.2.5 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.1.5/ PL1**
Gründe für die Nichterreicherung des Planwerts (Anzahl der Plätze in der Kindertagespflege) sind u.a., Wiedereinstieg der Tagesmutter in eine Berufstätigkeit außerhalb der Kindertagespflege, Tätigkeitsuntersagung durch Vermieter. Im Vergleich zum Ist 2013 ist beträgt der Rückgang der Plätze 3 %
- 2.1.2.6 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.1.5/ PL 2**
Diff Plan/Ist 2014: Der geplante Ausbau im Bereich der Großtagespflege konnte erst 2014 begonnen werden, da die für 2013 vorgesehenen Stellen erst im Laufe 2014 nach und nach besetzt werden konnten. Daher bleibt der Platzanzahlanstieg trotz einem deutlichen Zuwachs von 178 auf 279 Plätze im Bereich der Großtagespflege hinter den ursprünglichen Planungen zurück. (Ursprünglich geplanter Ausbau der Großtagespflege laut Beschluss vom 08.10.13 um 600 Plätze auf 770 Plätze bis 2014). Es ist beabsichtigt, den Ausbau mit einem reduzierten Ausbauziel von 470 Plätze fortzuführen (geplanter Beschluss: „Ausbau der Großtagespflege wird fortgesetzt“ 07.07.2015 KJHA).
- 2.1.2.7 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.2.1/ PL 1**
Geringeres Ist 2014 durch unbesetzte Stellen bei den Kinderkrankenschwestern des RGU, regionale Ungleichverteilung in der Auslastung (teilweise Vermittlungsstopp wegen Überauslastung, in anderen Regionen dagegen fehlender Bedarf; Ausgleich aufgrund der langen Anfahrtswege zu anderen Regionen i.d.R. nicht möglich)
- 2.1.2.7a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.2.1**
Auf Grund einer Gesetzesänderung werden Kosten für Asylbewerber seit Oktober 2012 i.d.R. nicht mehr durch die Reg. v. Obb. erstattet, sondern durch den vom Bundesverwaltungsamt festgestellten kostenerstattungspflichtigen überörtlichen Träger. Die Entscheidungen über die Kostenerstattung verzögern sich dadurch im Vergleich zu den Vorjahren erheblich, so dass seither insgesamt weniger Kosten erstattet wurden. In wie weit ein Ausgleich erzielt werden kann (im wesentlichen nicht beeinflussbar) muss 2015 ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushalts geprüft werden.
- 2.1.2.7b Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.2.1**
Das Ist 2014 enthält allein 5.611.514,25 € Erlöse aus Rückstellungen für Rechnungen aus dem Vorjahr, also nicht verbrauchte Rückstellungen.
- 2.1.2.7c Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.2.1**
Seit Jahren andauernde nicht beeinflussbare Fallzahlsteigerungen unbegleiteter Flüchtlinge. 2014 waren 2.610 Neuzugänge zu verzeichnen (2013: 553 Neuzugänge).

- 2.1.2.7d Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.2.1**
Rückgang der Rückgang der teilstationären und ambulanten Erziehungshilfen, Fallzahl nicht steuerbar
- 2.1.2.8 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.2.3.2/ PL 1 und 2**
Kostensteigerung wegen Tarifierhöhung (Personalkosten) und bei den Sachkosten wegen Umzug (Jan. 2015) in ein neues Dienstgebäude, das komplett neu eingerichtet wurde Ende 2014
- 2.1.2.9 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.2.1/ PL 1**
Erhöhung der Kosten durch Tarifsteigerungen, Neuaufnahme einer Einrichtung (Pöllatstraße, KJHA 17.09.13) sowie Entfristung mehrerer Stellen im Bereich Frühe Förderung (KJHA 25.02.14)
- 2.1.2.9a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.2.1**
Plan 14: Sekundärkostenverrechnung fehlerhaft: Die Umlagen aus den Sozialbürgerhäusern für die BSA-Leistung „Prävention, Intervention und Begleitung“ wurden im Plan 2014 fälschlicherweise auf Produktleistung 3 statt PL2 verrechnet. Dies wurde ab September 2014 berichtigt.
- 2.1.2.10 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.1/ PL 4**
In der KJHA Sitzung vom 02.07.2013 wurden für Ausbau und Ermäßigungen eine Palette von Maßnahmen bzw. Erhöhung des Budgets um insg. 673.546 € (hiervon 250.000 € für freie Träger) beschlossen. Zum Zeitpunkt der Planung für das Jahr 2014 war noch nicht ersichtlich, wie die Umsetzung erfolgen wird, daher wurde der Plan zurückhaltend angesetzt Zahlen zu den Finanzen fehlen in der obigen Tabelle; entsprechend fehlt auf die Begründung
- 2.1.2.10a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.1**
Nicht kalkulierbare zweckgebundene Spenden bei den Ferienangeboten
- 2.1.2.10b Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.1**
PL 1: Abweichung PLAN 2014 / IST 2014 mit rund 1.28 Mio. €: Hiervon betreffen rund 800.000 € die Sekundärkostenverrechnung der Umlagen für Gebäude- und Mietkosten (mfm), nicht steuerbar. Die restlichen Mehrkosten betreffen die Erhöhungen bei Förderung freier Träger.
- 2.1.2.10c Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.1**
PL 2: Abweichung PLAN 2014 / IST 2014 mit rund 766.000 €: Die Mehrkosten betreffen die Erhöhungen bei Förderung freier Träger, siehe hierzu Fußnote 7. Die Fördererhöhungen an freie Träger bei PL 2 sind insgesamt höher als die 766.000 €. Dies liegt daran, dass bei der Sekundärkostenverrechnung der Umlagen für Gebäude- und Mietkosten (mfm) die IST-Kosten 2014 gegenüber Plan 2014 geringer sind.
- 2.1.2.10d Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.1**
PL 3: Abweichung PLAN 2014 / IST 2014 mit rund 275.000 €: Die Mehrkosten betreffen ausschließlich die Erhöhungen bei Förderung freier Träger.
- 2.1.2.10e Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.1**
Nicht kalkulierbare zweckgebundene Spenden bei den Ferienangeboten
- 2.1.2.10f Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.2**
Die Summe der Zuschüsse überstieg den Plan, (dies war nicht absehbar) wie folgt: Zuweisungen von Bund und Land aufgrund nachträglicher Vertragsverlängerungen, nicht vorherplanbare Schenkungen und sonstige Einnahmen
- 2.1.2.10g Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.3.1.2**
zusätzliche Ausgaben: 331.000,- € BuT, 70.000,- € Bunt kickt gut, 50.000,- € cpn, sowie Umschichtungen im Sachgebiet
- 2.1.2.11 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Erlöse PL 2 sind in Erlöse PL 1 enthalten
- 2.1.2.12 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Die Vergabe erfolgt durch die GWG und GEWOFAG . In 2014 daher nur noch Restabwicklung dieser Produktleistung.
- 2.1.2.13 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Auszahlungen abhängig von der Baufertigsstellung und den persönlichen Voraussetzungen der anspruchsberechtigten Haushalte, daher nicht steuerbar

- 2.1.2.14 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Vergaben sind erfreulicherweise wieder gestiegen. Kosten pro Vergabe deshalb geringer, obwohl Kosten absolut gestiegen sind.
- 2.1.2.15 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Zahl der Registrierungen und Vergaben deutlich gestiegen, deshalb Kosten pro Registrierung bzw. Vergabe gesunken.
- 2.1.2.16 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Überprüfungshinweise sind nicht steuerbar, da diese abhängig von der Fluktuation im geförderten Wohnungsbestand sind. Gegensteuerung ist daher nicht erforderlich.
- 2.1.2.17 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Wohnungsfreimachungen nicht steuerbar, da abhängig von der rechtlichen Voraussetzung des Einzelfalles
- 2.1.2.18 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60. 4.1.2**
Entscheidung über Angebot eines Mietvertrages liegt beim Verfügungsberechtigten nicht steuerbar
- 2.1.2.19 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Bautätigkeit im freifinanzierten Wohnungsbau attraktiver. Errichtung geförderten Wohnraums nur durch Verpflichtung aus Münchner Mischung
- 2.1.2.20 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich stark auf Nachfrage nach preisgünstigen Wohnraum aus.
- 2.1.2.21 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
Positive Entwicklung. Plan-Zahlen waren aufgrund von fehlenden Daten (Einführung neues IT-System) nur Schätzwerte
- 2.1.2.22 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.2**
durch Änderung der IT im Bereich Einwohnermeldedaten derzeit keine Umzugsmeldungen möglich
- 2.1.2.23 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.3**
2014 weniger Antragstellende und Wohngeldempfangende, dies hängt mit der allgemeinen Entwicklung des Wohngeldes zusammen. Im gesamten Bundesgebiet ist bei der Zahl der Wohngeldempfänger in den Jahren 2011 bis 2014 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen. Die Mieten und Einkommen sind in den letzten Jahren gestiegen, die beim Wohngeld berücksichtigungsfähigen Miethöchstbeträge und Einkommensgrenzen aber seit 2009 nicht. Dies führt zu vielen Ablehnungen. Diese Werte können von der Landeshauptstadt München nicht beeinflusst werden, da sie durch ein Bundesgesetz geregelt sind.
Personalreduzierungen und dadurch Senkung der Produktkosten konnten nicht durchgeführt werden, da nach der Bundestagswahl 2013 eine Erhöhung des Wohngeldes für das 1. Quartal 2015 angekündigt wurde. Diese Erhöhung ist immer wieder, nun endgültig auf den 01.01.2016 verschoben worden. Durch die Erhöhung wird sich eine deutliche Steigerung der Antrags-, Bescheid- und Empfängerzahlen ergeben und das bereits eingearbeitete Personal wird benötigt.
- 2.1.2.24 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.3**
Verwaltungskosten pro ausgezahltem Euro Wohngeld.
Höhere SBH-Umlagen als geplant, Gesamtkosten werden nur auf die ca. 44% positiven Bescheide dargestellt, aber 56 % der Anträge müssen negativ beschieden werden, diese Ablehnungen erfordern einen ähnlichen Arbeitsaufwand der bei dieser Darstellung keine Berücksichtigung findet.
- 2.1.2.25 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1 4 / PL 1- 5**
Mehreinnahmen im Bereich der Notquartiere durch verdichtete Belegung und abweichende Beplanung durch Umsetzung MFM.
- 2.1.2.25a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5**
Kostensenkung durch ILV-Änderungen im Rahmen von mfm
- 2.1.2.26 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5**
Es erfolgte eine Anerkennung/Übernahme der Tarifsteigerungen bei den Mitarbeitern der Verbände.
- 2.1.2.27 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5**

Mehreinnahmen im Bereich der Notquartiere

2.1.2.28 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Wesentliche Steigerung der untergebrachten Personenanzahl bei etwa gleichbleibender Personalausstattung

2.1.2.29 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Signifikant bricht der bislang immer als wichtige Abflussmöglichkeit dienende freifinanzierte Wohnungsmarkt als Sektor für Gering- bzw. Nichtverdienende weg. Für Großfamilien sind auch im geförderten Bereich kaum ausreichend große Wohnungszuschnitte vorhanden. Eine schnelle Vermittlung scheidet oft sowohl an der großen Konkurrenz auf dem niedrigpreisigen Sektor als auch an den mangelnden verfügbaren Wohnungen.

2.1.2.30 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Aufgrund der rapid ansteigenden Zahl der Personen, welche im Jahr 2014 im Sofortunterbringungssystem untergebracht werden mussten, zum Teil intensive sozialpädagogische Betreuung benötigten und der gegebenen mangelnden Vermittlungsmöglichkeiten in den freien Wohnungsmarkt nahm die Zahl der erarbeiteten Wohnperspektiven ab.

2.1.2.31 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Siehe unter 2.1.2.30

2.1.2.32 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Es ist eine zunehmenden Anzahl von Großfamilien mit vielen Kindern im Sofortunterbringungssystem zu verzeichnen. Maßgeblich für diese Steigerung sind die verkürzten Asylverfahren vor allem für Flüchtlinge aus Syrien. Hier handelt es sich oft um kinderreiche Familien, welche relativ schnell eine Anerkennung erhalten und dann im Sofortunterbringungssystem untergebracht werden müssen. Aufgrund der Größe der Familien bestehen so gut wie keine Vermittlungschancen auf dem freien Wohnungsmarkt.

2.1.2.33 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Aufgrund der stetig anwachsenden Zahl von unterzubringenden Personen erfolgte eine entsprechende Ausweitung bei den Platzkapazitäten. Die flexibelste Möglichkeit ist hier, die Kooperation von Betreibern im Beherbergungsgewerbe zu suchen.

2.1.2.34 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.4/ PL 1- 5

Der Zustrom unterzubringender Personen ist kaum beeinflussbar. Obwohl die Instrumente zur Vermeidung von Wohnungsverlust in München gut greifen, gibt es trotzdem Haushalte die ihre Wohnung verlieren, weil die Rechtslage nichts anderes zulässt. Zum anderen gibt es Personengruppen (Obdachlose, Flüchtlinge mit Bleiberecht, u.ä.) die gar keinen zu erhaltenden Wohnraum haben sondern, erst mal einen benötigen.

2.1.2.36 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 / PL 1

mfm relevant. Einspielung zur 13. Periode 2014 von Objektverwaltungskosten der GWG, diese verzerrt das Rechnungsergebnis da 2014 niedriger beplant wurde ; wird mit Wertefluss bereinigt, entsprechende Anpassung Plan 2015. Leider wurden fälschlicherweise Verwalterkosten – und Erlöse der GWG in der 13. Periode 2014 in SAP eingespielt, obwohl nach Eigentumsübergang hier kein Aufwand und Ertrag mehr für das Sozialreferat bestanden hat.

2.1.2.39 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 / PL 2

Planunterschreitung 2014 wegen geringerer Umlage für Probewohnen

2.1.2.40 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 / PL 3

Planunterschreitung 2014 wegen geringerer Umlage für Unterkünfte und Objekte

2.1.2.42 Begründung zur Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 /P

Die Mieteinnahmen wurden im Plan wegen mfm nicht berücksichtigt. Verrrechnung derzeit weiterhin auf das Produkt. Kä rung im Rahmen der Umsetzung von mfm.

2.1.2.43 Begründung zur Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 /PL4

Ursprünglich hätten mehr einzelangemietete Wohnungen aufgegeben werden sollen. Allerdings wurden sie dringend wegen der steigenden Wohnungslosenzahlen benötigt und weitergeführt.

2.1.2.44 Begründung zur Abweichung bei Produkt 60.4.1.5/P

Der Anteil einer bestimmten Personengruppe ist fachlich nicht steuerbar und daher

nicht planbar.

- 2.1.2.48 Begründung zur Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 /PL3**
Übergabe der städtischen Unterkünfte im Rahmen von mfm an die städtischen Wohnbaugesellschaften – daher nicht mehr produktrelevant.
- 2.1.2.49 Begründung zur Abweichung bei Produkt 60.4.1.5 /PL3,4**
Auftrag der Bezirkssozialarbeit (BSA) ist die Begleitung und Unterstützung zur Wohnbefähigung in Wohnformen mit Nutzungsverhältnissen. Aufgrund von Rückgang der Wohnformen mit Nutzungsverhältnissen im Produkt – weniger Beratungen.
- 2.1.2.50 Begründung zur Abweichung bei Produkt 60.4.1.5/PL4**
Wohnungsrückgabeprogramm; die angemieteten Wohnungen wurden teilweise zurückgegeben und keine mehr neu angemietet.
- 2.1.2.51 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6**
Bedingt durch rückläufige Fallzahlen. Antragsaufkommen nicht planbar
- 2.1.2.52 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6/ PL 4**
Die hohe Steigerung bei der präventiven Nachsorge ergibt sich daraus, dass der Zuschuss für diese (Neuregelung) nicht im Plan berücksichtigt wurde. Zudem sind die Umlagen (SBH) höher als geplant. Keine Gegensteuerung erforderlich.
- 2.1.2.53 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6/ PL 5**
Planüberschreitung auf Grund gestiegener Umlage für BSA/SBH. Nachdem die BSA in dieser Produktleistung nicht tätig wird, ist eine Werteflussänderung zu veranlassen.
- 2.1.2.54 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6/PL 2**
Neben einem tatsächlichen Rückgang der Neuzugänge und damit auch ein Rückgang der Mietschuldenübernahmen, wirkt sich hier die Umstellung der Datenerfassung (Generierung aus WIM-Datenbank) aus.
- 2.1.2.55 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6/PL 3**
Die Zuordnung der Leistung über Lämmkom wurde verändert. Grundreinigungen von rein gewerblichen Anbietern wurden bisher häufig nicht dem Produkt zugeordnet. Damit ergibt sich eine Fallzahlsteigerung, die sich aber nicht auf die verrechneten Transferkosten (Entgelte) auswirkt. Eine Fallzahlsteigerung ist auch in der Zaducs-Auswertung feststellbar. Das Auftragsaufkommen ist nicht planbar.
- 2.1.2.56 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6/ PL 5**
In der PL 5 laufen verschiedene Positionen (Entgelte im Unterstützen Wohnen, Zuschüsse sowie die BSA/SBH Umlagen) im Finanzbereich zusammen. Dies verursacht eine Verzerrung der Finanzkennzahl. Das neue Datenblatt ab 2015 wurde angepasst.
- 2.1.2.57 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.6.**
Auf die Änderungen der Zielgruppe haben wir keinen Einfluss
Die mit Einführung des Gesamtkonzeptes festgelegte Zielzahl von 600 scheint etwas überschätzt zu sein. Die Anzahl steigt aber ständig, was auf eine noch nicht abgeschlossene Etablierung der Maßnahme hindeutet.
- 2.1.2.58 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
Der Planungsansatz der kalkulatorischen Kosten war zu niedrig.
Abweichungen begründen sich durch die Jahreshochrechnung ausgehend vom Halbjahresstand
- 2.1.2.58a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
Erträge, Mieteinnahmen, Zinserträge der Investitionen, positive Entwicklung der bewilligten Wohneinheiten
- 2.1.2.59 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
ausgehend von einer annualen Rate von 200 WE (175 WE Teilprogramm B und 25 WE Teilprogramm C, SBW) Projektverzögerungen im Bauablauf und Bauzeitenplan insbesondere durch hohen Abstimmungsaufwand, Insolvenzen bei beauftragten Firmen sowie Gerichtsverfahren.
- 2.1.2.60 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
1) Es konnten mehr Wohneinheiten im Teilprogramm B als ursprünglich erwartet in 2014 bewilligt werden.
2) die Anzahl der bewilligten Wohneinheiten ist u.a. abhängig von der Anzahl der akquirierten Grundstücke.

- 2.1.2.61 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
Die im Planungsjahr angedachte Bewilligung für das Clearinghaus Funkkaserne konnte nicht in 2014 abgeschlossen werden. Die Bewilligung hat keinen Einfluss auf den Planungs- und Baufortschritt.
- 2.1.2.62 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
Im ersten Halbjahr 2014 wurde für das Teilprogramm B eine Maßnahme im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements beantragt. Keine weiteren Maßnahmen wurden durchgeführt.
- 2.1.2.63 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
Die Planungssumme erfolgt über die Kennwerte benötigtes Eigenkapital + Investitionskosten- Grundstücks- und Wohnbauförderzuschüsse der Teilprogramme B + /C +/BR +/SBW, In 2014 konnten mehr Projekte als geplant abgerechnet werden, dazu kamen enorme Kostenausgabesteigerung durch Erhöhung der Projektkosten der Baumaßnahmen.
- 2.1.2.64 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.4.1.8**
Konzeptionelle Grundlage Kommunales Wohnungsbauprogramm Teilprogramm B – Kleinteilige Wohnbauvorhaben mit max 30 WE. Planerisch wird versucht das Baurecht auf den Grundstücken auszuschöpfen. Je nach Grundstücksgröße und Nutzungsbedarfe können nicht immer alle Richtgrößen eingehalten werden. Wohnbauvorhaben nach dem Kommunalen Wohnungsbauprogramm für Benachteiligte am Wohnungsbaumarkt können daher manchmal die konzeptionellen Zielgrößen überschreiten.
- 2.1.2.65 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.6.1.1**
Die Leistungen bei den Hilfen zur Lebensführung fielen insgesamt geringer aus als erwartet, da es lediglich in der Erstaufnahmeeinrichtung große Zuwächse gab, diese jedoch noch nicht in Gemeinschaftsunterkünften in München untergebracht werden konnten. Im Gegensatz zu den Gemeinschaftsunterkünften wird im Bereich der EA nur der Barbetrag ausgezahlt, da dort die Mahlzeiten von der ROB noch als Sachleistung ausgereicht werden. Bei der prognostizierten Fallzahl in Gemeinschaftsunterkünften wären die Gesamtkosten wohl sogar höher als geplant ausgefallen.
- 2.1.2.65a Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.6.1.1**
Ausgaben werden zu 100% von ROB erstattet, jedoch erfolgt die Abrechnung mit einem Zeitversatz von 3 Monaten, so dass Ausgaben und Einnahmen eines Jahres nie zu 100% deckungsgleich sein können
- 2.1.2.66 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.6.1.1**
In der Vorausplanung sind die Leistungen bei Krankheit nach § 4 AsylbLG und die Leistungen zum Erhalt der Gesundheit nach § 6 AsylbLG nur schwer voneinander abzugrenzen und vor auszuplanen. Daher müssen diese beiden Ausgabeposten gemeinsam betrachtet werden, so dass die gesamten Kosten für die Gesundheitsversorgung in 2014 absolut nur um 34% angestiegen sind. Diese Steigerung erklärt sich durch die extrem hohen Zugangszahlen und der sehr starken Fluktuation in der EAE, da speziell die neu in Deutschland ankommenden Flüchtlinge einen sehr hohen akuten Behandlungsbedarf haben.
- 2.1.2.67 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.6.1.1**
Grundsätzlich wechselte die Zuständigkeit der umF gesetzlich bedingt ab 01.01.2014 zum Jugendamt. Allerdings gab es für die ersten Monate des Jahres 2014 noch eine Übergangsregelung bis Ende Mai 2014 für die umF in der Bayernkaserne, die zum Zeitpunkt der Planung noch nicht bekannt war, so dass hier noch Betreuungskosten anfielen. Aufgrund einiger Vorfälle musste der Umfang der Betreuung in dieser Zeit massiv noch oben gefahren werden, so dass die Kosten überproportional anstiegen. Befanden sich zum 01.01.2014 noch ca. 130 umF in Haus 58 in der Bayernkaserne, verließen die letzten 19 Ende Mai das Haus. Der hier angegebene Wert beschreibt die durchschnittliche Belegung pro Monat in dieser Zeit.
- 2.1.2.68 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.6.2.1**
Beratungen im integrierten Beratungszentrum Sprache (IBZ) im AfWM
Zeitweise unbesetzte Stellen sind nun wieder besetzt. Dadurch können wieder mehr Kunden beraten werden.

- 2.1.2.69 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.6.2.1**
 angebotene Plätze in den städtisch finanzierten Kursen
 Das Angebot an städtisch finanzierten Kursen konnte im Rahmen der vorhandenen finanziellen Mittel ausgeweitet werden. 280 Plätze ergaben sich rechnerisch unter der Annahme, dass jeder Kursteilnehmer 600 Stunden teilnimmt. Tatsächlich haben nicht alle Teilnehmer volle 600 Stunden in Anspruch genommen. Sie wurden aber als ein Platz gezählt, da es darum geht, darzustellen, wie viele Personen erreicht wurden.
- 2.1.2.70 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.5.4.2**
 Zuschüsse von freien Trägern nicht vollständig abgerufen, Planwerte zukünftig in Überarbeitung.
- 2.1.2.71 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.5.5.1**
 Es sind grundsätzlich altersunabhängige Hilfen, Altersstruktur aufgrund von deren Langfristigkeit; die Verteilung ist nicht beeinflussbar. Niedrigere Erstattung aufgrund nicht periodengerechter Abrechnung, nicht weiterhin nicht beeinflussbare Erlöse aus Reduzierung von Rückstellungen.
- 2.1.2.72 Begründung zu Abweichung bei Produkt 60.5.5.1**
 Heranziehung zu Bedarfsermittlung und Auszahlung mit 100 % Refinanzierung (seit 01.01.2009), wenn die Pflege mit angestellten Laienhelfern im sog. „Arbeitgebermodell“ sichergestellt wird und diese auch die EGH-Mobilitätshilfe (zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben; individuell abgerechnet in Anspruch genommen) erbringen, sowie nicht beeinflussbare Kosten aus Umbuchung von Hilfen zur Gesundheit.

3 Status Zielerreichung 2014

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	24	31	+29,17%
Referatsziele			-%
Stadtratsziele	14	15	+7,14%
Summe Ziele	38	46	+21,05%

3.2. Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Sonderdarstellung für NICHT oder TEILWEISE NICHT erreichte Ziele 2014

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	a) Gründe für Nichterreicherung - Beschreibung des Grundes...
		b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.
		c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...
S2 – Um auf dem Münchner Wohnungsmarkt Haushalte mit ausreichend geeignetem Wohnraum zu versorgen,	87%	a.) Zu S 2.1: Die enormen Rückstände (v.z.Teil >300 WE) aus den vergangenen Jahren konnten zum Großteil aufgeholt werden. In den Jahren 2012 und 2013 konnten trotz Erhöhung um 25% die Zielzahlen knapp erreicht werden. Dies stellt einen erheblichen Erfolg dar. Für das Jahr 2014 konnten zwar einige

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	<p>a) Gründe für Nichterreichung - Beschreibung des Grundes...</p> <p>b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.</p> <p>c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...</p>
<p>sind die Instrumentarien für die Bedarfe der Zielgruppen umgesetzt und weiterentwickelt.</p> <p>Leitlinie PM: C.1</p> <p>Ursächlich für die Nichterreichung: S 2.1</p>		<p>Grundstücke für das Programm akquiriert werden, der für die Zielerreichung notwendige Bauträgerauswahlbeschluss ist aus personellen Engpässen aber erst für das erste Quartal 2015 vorgesehen. Grund hierfür sind nicht genügend verfügbare Grundstücke, daher großer Abstimmungsaufwand auf Grund eines hohen Nutzungsdrucks etc.</p> <p>Neubau: Die Rückstände in der Fertigstellung können weiter abgebaut werden.</p> <p>Bestandsprogramm: Überarbeitung der Programmkonditionen wurde bei Wohnen in München V durchgeführt. Aufgrund der Bedarfslage muss auch eine Zielgruppenspezifische Anpassung erfolgen. Hierzu bedarf es eines Projektauftrages. Der Ausbau der sozialorientierten Hausverwaltung um eine ökologische Komponente befindet sich in der Weiterentwicklung.</p> <p>b.) Zu S 2.1: Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>c.) Zu S 2.1: Schwerpunktsetzung auf die Akquise von Grundstücken. Die Grundstücksakquise verlangt auf Grund bekannter Schwierigkeiten (Flächenknappheit, langfristige Prüfverfahren, Nutzungs-Konkurrenzen, Verstärkter Ankauf auf dem Privatmarkt, Entwickeln von neuen Modellen zur Belegungsbindung - Erbbau etc.) einen erhöhten Bedarf an Personalressourcen. Es wurde für 2014 ein Beschlussskizzenentwurf zur Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen im Produkt zur Entscheidung auf den Weg gebracht.</p>
<p>S3 – Um auf dem Münchner Wohnungsmarkt Haushalte mit ausreichend geeignetem Wohnraum zu versorgen, sind die Instrumentarien für die Bedarfe der Zielgruppen umgesetzt und weiterentwickelt.</p> <p>Leitlinie PM: C1</p> <p>Ursächlich für die Nichterreichung: S 3.1, S</p>	85%	<p>a.) Zu S 3.1: Die für die Unterbringung der Hilfebedürftigen notwendigen baulichen Maßnahmen im Notquartier in der Kastelburgstraße konnten 2014 aus Kapazitätsgründen noch nicht erfolgen und sind für 2015 vorgesehen. Für die Umsetzung der Beherbergung und Betreuung in der Burmesterstraße sind noch weitere konzeptionelle Abstimmungen notwendig – hier wird frühestens 2016 eine Umsetzung erfolgen.</p> <p>Zu S 3.5: Mit Beschluss der VV vom 30.07.2014 wurden die finanziellen Mittel für die Betreuung gesichert, sowie der Ausschreibung der Trägerschaft zugestimmt. Auf Grund von Bauverzögerungen verschiebt sich nun die</p>

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	a) Gründe für Nichterreichung - Beschreibung des Grundes...
		b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.
		c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...
3.5		<p>Bezugsfertigkeit der Wohnungen.</p> <p>b.) Zu S 3.1: Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>Zu S 3.5: Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>c.) Zu S 3.1: Für Dezember 2015 ist die Eröffnung des Erweiterungsbaus in der Kastelburgstraße vorgesehen. Hier sollen 15 Plätze für hilfebedürftige Männer geschaffen werden. Die sozialpädagogische Betreuung vor Ort wird durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines freien Trägers erfolgen. Die Vergabe erfolgt nach öffentlicher Ausschreibung voraussichtlich im Herbst 2015. 15 weitere Plätze für Hilfebedürftige sind im Objekt Burmesterstraße geplant. Eine endgültige konzeptionelle Abstimmung hat noch nicht stattgefunden. Hier wird eine (u.a. bauliche) Umsetzung allerdings nicht vor 2016 erfolgen. Zu S 3.5: Die Bezugsfertigkeit verschiebt sich auf das Jahr 2019 bzw. 2020. Die Auswahl der Trägerschaft wird 2017 durchgeführt.</p>
<p>S4 – Lebenswerte Nachbarschaften sind entwickelt und stabilisiert.</p> <p>Leitlinie PM: 8.1</p> <p>Ursächlich für die Nichterreichung: S 4.1</p>	60%	<p>a) Zu S 4.1: Ist einmalig für 2014 über Haushaltsausgabereise umgesetzt. Die einmalige Finanzierung konnte umgesetzt werden.</p> <p>b) Zu S 4.1: Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>c) Zu S 4.1: Dauerhafte Finanzierung über Stadtratsbeschluss Quartal III oder IV geplant. Die Beschlussvorlage „Nachbarschaftsarbeit in München stärken“ wurde in 2014 auf den Weg gebracht und auf 2015 verschoben. Im Rahmen des politischen Abstimmungsprozesses wird die Beschlussvorlage den Verhandlungsergebnissen angepasst.</p>
<p>S6 – Das Sozialreferat fördert nachhaltig die Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft. Es übernimmt hierbei eine stadtweit koordinierende Funktion und setzt sich für ein inklusives Schulsystem in München ein.</p> <p>Leitlinie PM: C.6</p>	80%	<p>a.) Zu S 6.1: Die Einrichtung des Koordinierungsbüros zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurde am 24.07.2013 in der VV des Stadtrats beschlossen. Stelleneinrichtung und -besetzung sind derzeit aber noch nicht abgeschlossen.</p> <p>Zu S 6.2: Das Ziel wurde in seiner Gewichtung und Ausrichtung verändert.</p> <p>b.) Zu S 6.1: Das Ziel wird fortgeführt</p> <p>Zu S 6.2: Das Ziel wird weiter verfolgt.</p> <p>c.) Zu S 6.1: Stellenbesetzungsverfahren laufen,</p>

Stadttratsziel	Zielerreichung in %	a) Gründe für Nichterreichung - Beschreibung des Grundes...
		b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.
		c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...
Ursächlich für die Nichterreichung: S 6.1, S 6.2		keine weiteren Maßnahmen erforderlich Zu S 6.2: Die ursprüngliche Vorstellung von 4 Modellprojekten wurde zu Gunsten von 6 Projekten für ein inklusives Förder- und Betreuungsangebot an Schulen nach § 35a SGB VIII i.V. mit §§ 11, 13 SGB VIII verändert. Eine Interessenabfrage an die freien Träger ist erfolgt.
S7 – Die Veränderungen unseres Stadtgefüges in Neubaugebieten werden aktiv begleitet, um der Segregation im sozialen Raum entgegenzuwirken. Leitlinie PM: C1 Ursächlich für die Nichterreichung: S 7.1	30%	a.) Zu S 7.1: Ein Grobkonzept ist entwickelt. Die interne Diskussion ist noch nicht abgeschlossen, ob das entwickelte Konzept so realisierbar ist. Gespräche mit dem PLAN haben stattgefunden, das PLAN hat Zahlen über die großen Neubauvorhaben vorgelegt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird derzeit zurückgestellt. b.) Zu S 7.1: Ziel wird weiterverfolgt. c.) Zu S 7.1: Die interne Diskussion wird fortgeführt.
S8 – Durch unterstützende Maßnahmen sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Stadtgesellschaft integriert. Leitlinie PM: C1 Ursächlich für die Nichterreichung: S 8.1, S 8.4	90%	a) Zu S 8.1: Die stark steigenden Unterbringungszahlen in Verbindung mit zunehmendem Mangel an dauerhaften Wohnraum führen dazu, dass viel mehr UF aufgenommen werden müssen, als weitervermittelt werden können. Das Unterbringungssystem muss fortlaufend erweitert werden. Derzeit stehen hierzu nicht ausreichend geeignete Objekte zur Verfügung. Eine dauerhafte Integration in die Stadtgesellschaft ist aufgrund des nicht vorhandenen Wohnraums schwierig zu erreichen. Zu S 8.4: Das Projekt "Schule für Alle" (früher Mercator) wurde 2014 fortgesetzt, die EU-Förderung läuft bis Mitte 2015. Eine Ausweitung des Projektes ist aufgrund der einschränkenden EU Förderbestimmungen nicht möglich. Die Zielgruppenvorgaben schränken stark ein, es dürfen den EU-Vorgaben nach (fast) nur Drittstaatsangehörige mit gesichertem Aufenthalt gefördert werden. Das heißt, dass viele Optionskinder, Kinder aus den EU-Staaten und Flüchtlinge kaum zum Zuge kommen. <u>Zielerreichung:</u> In Bezug auf die Schulen 100% erreicht (26 Schulen, frei werdende Plätzen konnten sofort nach besetzt werden) In Bezug auf die Schüler/innen 80% erreicht (Anzahl geförderte Schüler/innen zu Mercator Zeiten über

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	a) Gründe für Nichterreichung - Beschreibung des Grundes...
		b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.
		c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...
		<p>500 Schüler/-innen, 2014 ca. 400) In Bezug auf die Studierenden 90% erreicht (ca. 110 Studierende anstatt 120) Grund hierfür sind die restriktiven EU Vorgaben.</p> <p>b) Zu S 8.1: Das Ziel wird weiterverfolgt. Zu S 8.4: Das Ziel wird weiterverfolgt.</p> <p>c) Zu S 8.1: Es werden Wohnungen in Unterkünften und angemieteten Wohnungen im Rahmen einer bedarfsgerechten Gesamtkonzeption bereitgestellt und weitere Unterbringungsmöglichkeiten gesucht und die Betreuung fortlaufend erweitert und angepasst. Dies geschah mittels einer Stadtratsvorlage im Juli 2014. Dennoch ist Wohnen und Betreuung von heranwachsenden unbegleiteten Flüchtlingen in Wohnprojekten nicht in ausreichendem Umfang gesichert.</p> <p>Zu S 8.4: Im zweiten Quartal 2015 entscheidet sich, ob die EU und LHM das Projekt fortführen möchte. Von der Entscheidung des Stadtrates hängt es ab, ob das Projekt als dauerhaftes Förder- und Beratungsprogramm fortgeführt werden kann. Davon würden über 500 (neu zugewanderte und hier geborene) Schüler/innen mit Sprachförderbedarf und über 120 Studierende profitieren. Die interkulturelle Öffnung von Schulen und der Lehrerbildung könnte intensiviert werden.</p>
<p>S11 – Die Erziehungskompetenzen in belasteten Familien sind gestärkt.</p> <p>Leitlinie PM: A7</p> <p>Ursächlich für die Nichterreichung: S 11.1</p>	50%	<p>a) Zu S 11.1: Zeitliche Gründe</p> <p>b) Zu S 11.1: Das Ziel wird weiter verfolgt.</p> <p>c) Zu S 11.1: Das Ziel wird modifiziert und sukzessive realisiert. In einer Arbeitsgruppe mit TeilnehmerInnen von RBS, Sozialreferat und freien Trägern werden 2015 Vorschläge zur Umsetzung erarbeitet und abgestimmt.</p>
<p>S12 – Gefährdeten Kindern und Jugendlichen ist Schutz geboten.</p> <p>Leitlinie PM: A1</p> <p>Ursächlich für die</p>	60%	<p>a) Zu S 12.1: Zeitliche Gründe</p> <p>Zu S 12.2: Zeitliche Gründe Zu S 12.2: Eine Übernahme von vier weiteren Standorten ist noch nicht erforderlich, da vorübergehend hierfür Bundesmittel aus der Bundesinitiative Frühe Hilfen für 2015 und gegebenenfalls darüber hinaus akquiriert werden</p>

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	a) Gründe für Nichterreicherung - Beschreibung des Grundes...
		b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.
		c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...
Nichterreichung: S 12.1, S 12.2, S 12.3		<p>konnten. Zu S 12.2: Zeitliche Gründe Zu S 12.2: Aus fachlichen Gründen werden andere Konzepte (Elterntalk und Ostapje) höher priorisiert. Zu S 12.2: Andere Prioritätensetzung Zu S 12.2: Zeitliche Gründe</p> <p>Zu S 12.3: Zeitliche Gründe</p> <p>b) Zu S 12.1: Das Ziel wird weiter verfolgt. Zu S 12.2: Das Ziel wird weiter verfolgt. Zu S 12.2: Das Ziel wird weiter verfolgt. Zu S 12.2: Wird weiter verfolgt Zu S 12.2: Wird nicht weiter verfolgt. Zu S 12.2: Das Ziel wird weiter verfolgt. Zu S 12.2: Das Ziel wird weiter verfolgt</p> <p>Zu S 12.3: Das Ziel wird weiter verfolgt.</p> <p>c) Zu S 12.1: Vollerhebung in allen Einrichtungen bei Jugendlichen über 14 Jahren zum Herbst 2015 Zu S 12.2: Der Ausbau von 90 auf 180 Plätze im Programm <u>Ostapje</u> wurde auf 2016 verschoben, das Ziel HIPPY wurde zu 100 % erreicht Zu S 12.2: Der Ausbau um zwei weitere Standorte wurde auf 2016 verschoben. Zu S 12.2: Der weitere Bedarf wird im Rahmen des Modellprojekts Familienstützpunkte geprüft Zu S 12.2: Die Übernahme in die Regelförderung wurde von 08/2014 auf 05/2015 verschoben. Zu S 12.3: Das Projekt soll um 2 Jahre bis zum 31.12.2019 verlängert werden. Im Jahr 2015 werden die restlichen Untersuchungen abgeschlossen und die Auswertung der Untersuchungsergebnisse vorgenommen.</p>
S13 – Jugendliche und junge Volljährige sind lebenslagenorientiert gestärkt. Leitlinie PM: A7 Ursächlich für die Nichterreicherung: S 13.2	70%	<p>a) Zu S 13.2: Zeitliche Gründe</p> <p>b) Zu S 13.2: Das Ziel wird weiter verfolgt.</p> <p>c) Zu S 13.2: Zwischennutzung von Wohnungsleerständen für das Übergangswohnen umF</p>
S14 – Das Sozialreferat stärkt die Rechte der	68%	a) Zu S 14.1: Zeitliche Gründe

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	a) Gründe für Nichterreichung - Beschreibung des Grundes...
		b) Weiterverfolgung Ziel ja / nein - Ziel wird weiterverfolgt / wird nicht weiterverfolgt.
		c) Maßnahmen zur Zielerreichung - Beschreibung der Maßnahme, damit das Ziel noch erreicht wird...
Kinder und unterstützt den uneingeschränkten Zugang benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu Bildung, Sport und Kultur. Leitlinie PM: 14.30 Ursächlich für die Nichterreichung: S 14.1, S 14.2		Zu S 14.2: Zeitliche Gründe
		b) Zu S 14.1: Das Ziel wird weiter verfolgt. Zu S 14.2: Wird weiter verfolgt
		c) Zu S 14.1: Das Ziel wurde in seinem Zeitverlauf verändert. Es wurde in eine erweiterte Erprobungsphase umgewandelt und wird voraussichtlich planmäßig bis 2016 umgesetzt. Zu S 14.2: Das Konzept und die Umsetzungsstrategie werden dem KJHA im III. Quartal 2015 vorgelegt werden.
S15 – Eine familienfreundliche Stadtgesellschaft ist durch effektive regionale Vernetzung bestehender Netzwerke gefördert. Leitlinie PM: 13.2 Ursächlich für die Nichterreichung: S 15.1	50%	a) Zu S 15.1: Zeitliche Gründe
		b) Zu S 15.1: Wird weiter verfolgt

4 Sonstiges

Es sind keine sonstigen Feststellungen zu treffen.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Stadtkämmerei

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Die Stadtkämmerei erfüllt alle Aufgaben des zentralen Finanzwesens für die gesamte Stadtverwaltung und setzt die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen fest. Daneben versteht sie sich auch als Dienstleisterin und Beraterin in Finanzfragen. Die Stadtkämmerei unterstützt die Referate in ihrer dezentralen Finanzverantwortung auf der Grundlage des Produktorientierten Haushalts. Wesentliche Ziele und Strategien des Verwaltungshandelns der Stadtkämmerei im Jahr 2014 spiegeln sich insbesondere in den formulierten Stadtratszielen wider. Diese sind ein integriertes System für das Finanz- und Kreditmanagement, die unverzügliche und umfassende Vereinnahmung von kommunalen Steuern und Forderungen, ein einheitliches System der Rechnungswesenprozesse, versicherungsrechtliche Risikodeckungen, Erfüllung steuerlicher Pflichten und optimierte Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit durch verstärkte Nutzung moderner Datensysteme.

Auch das Jahr 2014 war für die Stadtkämmerei wieder durch die Mitwirkung an einer Vielzahl von laufenden Projekten und Folgearbeiten zu beendeten Projekten geprägt. Diese erforderten in hohem Maße personelle Kapazitäten. Zu den Projekten gehörten unter anderem PSCD (Kassen- und Einnahmemanagement in der öffentlichen Verwaltung), Treasury (Finanz- und Liquiditätsmanagement), Rechnungswesenprozesse und -ressourcen, SEPA-Umstellung, CAFM (IT-Unterstützung für das Immobilienmanagement).

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die der Stadtkämmerei obliegenden Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises (Art. 7 Abs. 1 GO i. V. m. Art. 83 BV, Art. 8 Abs. 1 GO) wurden auch 2014 wieder ordnungsgemäß erfüllt, insbesondere:

- Verwaltung des gemeindlichen Vermögens (insb. Kapitalanlagen),
- Erstellung der Haushaltspläne für die Landeshauptstadt München (Schlussabgleich und Nachtrag 2014 sowie Modellrechnung und Detailplanung 2015),
- Erhebung öffentlicher Abgaben zur Deckung des eigenen Bedarfs (Erhebung von Gewerbe-, Grund-, Hunde- und Zweitwohnungsteuer),
- Sicherstellung der finanziellen Grundlagen der Landeshauptstadt München für die Erfüllung sämtlicher Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises.

Die Stadtkämmerei wird auch weiterhin die Nachhaltigkeit in der Haushaltsplanung, im Haushaltsvollzug und im Finanzcontrolling und damit die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt München sicherstellen können.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.763	37.710	+3.947	+11,69%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	682	1.152	+470	+68,91%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	493.053	509.280	+16.227	+3,29%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.330.363	5.104.327	-226.036	-4,24%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	5.857.861	5.652.469	-205.392	-3,51%
9	- Personalauszahlungen	26.878.298	28.094.122	+1.215.824	+4,52%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	16	+16	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.880.703	11.411.414	+2.530.711	+28,50%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.343.667	3.041.217	+1.697.550	+126,34%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	37.102.668	42.546.769	+5.444.101	+14,67%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-31.244.807	-36.894.300	-5.649.493	+18,08%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.554	576	-978	-62,93%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	1.554	576	-978	-62,93%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	98.966	85.656	-13.310	-13,45%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	98.966	85.656	-13.310	-13,45%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-97.412	-85.080	+12.332	-12,66%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-31.342.219	-36.979.380	-5.637.161	+17,99%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-31.342.219	-36.979.380	-5.637.161	+17,99%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-210.723	-1.176.694	-965.971	+458,41%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-510	-32	+478	-93,73%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	-210.213	-1.176.662	-966.449	+459,75%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-31.552.432	-38.156.042	-6.603.610	+20,93%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-31.552.432	-38.156.042	-6.603.610	+20,93%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Beim Vergleich der Ist-Werte von 2013 mit den Ist-Werten von 2014 im Teilfinanzhaushalt der Stadtkämmerei kam es bei drei Positionen zu berichtspflichtigen Abweichungen von mehr als 10 % und mind. 500 Tsd. €:

- **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**

Die Ist-Werte 2014 stiegen im Vergleich zu 2013 um 2.531 Tsd. € und 28,5 % an. Die deutliche Steigerung von 2013 auf 2014 beruht vor allem auf dem Anstieg der Auszahlungen für die Dienstleistungen von it@M. Im Vergleich zu 2013 zahlte die Stadtkämmerei in 2014 2.295 Tsd. € mehr aus. Zum einen wurden Rechnungen für 2013, insb. im Bereich der IT-Vorhaben und Projekte, durch den Eigenbetrieb erst weit in 2014 gestellt und konnten daher auch erst dann beglichen werden. Zum anderen war die Klärung strittiger Rechnungsinhalte aus 2012 und 2013 erst in 2014 abgeschlossen, weshalb auch hier eine Auszahlung erst in 2014 erfolgen konnte. Die Auszahlungen für die Jahre 2012 und 2013 in 2014 beliefen sich auf 1.476 Tsd. €. Ein weiterer Faktor für die gestiegenen Auszahlungen sind die generellen Teuerungen für die Leistungen von it@M im Vergleich zum Vorjahr.

- **Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)**

Die Ist-Werte 2014 stiegen im Vergleich zu 2013 um 1.698 Tsd. € und 126,34 % an. Begründung: Der deutliche Anstieg im Vergleich zu 2013 war u.a. auf folgende vier Positionen zurück zu führen:

- Geschäftsausgaben/-auszahlungen: Steigerung um 1.307 Tsd. €, insb. aufgrund der Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsmanagement für die Städtisches Klinikum München GmbH i.H.v. 1.025 Tsd. €.
- Portokosten: Steigerung um 247 Tsd. € aufgrund der SEPA-Umstellung und der damit verbundenen Anschreibeaktionen der Stadtkämmerei.
- Auszahlungen an den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband: Neben den jährlich zu zahlenden Mitgliedsbeiträgen i.H.v. 129 Tsd. € fielen auch 2014 wieder zusätzliche Auszahlungen für Prüfungen durch den BKPV an. Im Vergleich zu 2013 stiegen diese Auszahlungen um 71 Tsd. €.
- Erstattungen an verbundene Unternehmen: Erstattung von Personalkosten aufgrund einer Abordnung i.H.v. 77 Tsd. €, die Mittel dazu standen im Bereich „Personalauszahlungen“ bereit.

- **Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten (Zeile 32)**

Die Ist-Werte 2014 für die Einzahlungen fremder Finanzmittel bzw. durchlaufender Posten stiegen im Vergleich zu 2013 um 966 Tsd. € und 458,41 % an.

Ursächlich dafür war die falsche Buchung der Beamtenbezüge für Januar 2015 im Dezember 2014: Bei der Übergabe der Beamtenbezüge für Januar 2015 aus dem Personalabrechnungssystem paul@ an das MKRw, Modul CO, am 17.12.2014 wurde fälschlicherweise das Buchungsdatum 01.12.2014 verwendet. Richtig wäre der 01.01.2015. Daher wurden im Rechnungswesen die Beamtenbezüge für Januar 2015 i.H.v. 1.177 Tsd. € - zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bezügen für Dezember 2014 – ebenfalls im Dezember 2014 eingebucht.

Die Korrekturen wurden von der zentralen Finanzbuchhaltung über ein eigens dafür eingerichtetes Rechnungsabgrenzungskonto (190296 - "Bildung bzw. Auflösung ARAP-Beamte 01/2015") per Sachkontenumbuchung durchgeführt. Eine Stornierung über das Ursprungsmodul HCM bzw. eine "normale" Stornierung und Neueinbuchungen in den FI-Sachkonten waren leider nicht möglich.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.600	32.600	37.710	+5.110	+15,67%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.000	44.000	1.152	-42.848	-97,38%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	311.400	410.600	509.280	+98.680	+24,03%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.397.900	9.397.900	5.104.327	-4.293.573	-45,69%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	9.785.900	9.885.100	5.652.469	-4.232.631	-42,82%
9	- Personalauszahlungen	27.109.600	28.739.300	28.094.122	-645.178	-2,24%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	16	+16	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.822.000	11.453.300	11.411.414	-41.886	-0,37%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.473.700	3.873.700	3.041.217	-832.483	-21,49%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	39.405.300	44.066.300	42.546.769	-1.519.531	-3,45%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-29.619.400	-34.181.200	-36.894.300	-2.713.100	+7,94%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	576	+576	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	0	0	576	+576	-%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	58.500	65.000	85.656	+20.656	+31,78%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	58.500	65.000	85.656	+20.656	+31,78%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-58.500	-65.000	-85.080	-20.080	+30,89%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-29.677.900	-34.246.200	-36.979.380	-2.733.180	+7,98%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-29.677.900	-34.246.200	-36.979.380	-2.733.180	+7,98%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-1.176.694	-1.176.694	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-32	-32	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-1.176.662	-1.176.662	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-29.677.900	-34.246.200	-38.156.042	-3.909.842	+11,42%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-29.677.900	-34.246.200	-38.156.042	-3.909.842	+11,42%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Beim Vergleich der Plan-Werte 2014, Stand Nachtrag, mit den Ist-Werten von 2014 im Teilfinanzhaushalt der Stadtkämmerei kam es bei vier Positionen zu berichtspflichtigen Abweichungen von mehr als 10 % und mind. 500 Tsd. €:

- **Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 7)**

Unter diesem Punkt werden im Teilfinanzhaushalt der Stadtkämmerei insb. Säumniszuschläge, Mahngebühren und Verzugszinsen ausgewiesen. Diese Einzahlungen unterliegen teils deutlichen jährlichen Schwankungen. Aufgrund der Abhängigkeit von der Zahlungsmoral der Zahlungspflichtigen sind diese Einzahlungsarten nur schwer planbar. Bei der Haushaltsplanung wird daher in der Regel auf dem unveränderten Ist-Ergebnis des Vorjahres aufgesetzt. In der Folge kam es nun in 2014 zu einer deutlichen Abweichung von -4.294 Tsd. € bei den sonstigen Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit.

- **Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)**

Der Ist-Wert 2014 weicht um 832 Tsd. € vom Planwert 2014 ab. Hauptursächlich dafür waren die Auszahlungen für die Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsmanagement für die Städtisches Klinikum München GmbH. Von den geplanten 1.900 Tsd. € kamen nur 1.025 Tsd. € zur Auszahlung. Die verbliebenen Mittel werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 verwendet und ausgezahlt.

- **Einzahlungen fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten (Zeile 32)**

Der Ist-Wert beträgt -1.177 Tsd. €. Ihm gegenüber steht kein Planwert. Es handelt sich hierbei um die Rechnungsabgrenzung für die fehlerhaften Personalauszahlungen für die Beamtenbezüge aus Januar 2015 wie unter Ziffer 1.2.1.2 ausführlich begründet.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Entw. von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.180	38.201	+3.021	+8,59%
5	+ Auflösung von Sonderposten	255	178	-77	-30,20%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.051	170	-881	-83,82%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	494.572	532.357	+37.785	+7,64%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.975.083	14.088.491	+6.113.408	+76,66%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	8.506.141	14.659.397	+6.153.256	+72,34%
11	- Personalaufwendungen	26.988.464	28.401.018	+1.412.554	+5,23%
12	- Versorgungsaufwendungen	9.225.039	10.687.642	+1.462.603	+15,85%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.458.851	11.246.166	+1.787.315	+18,90%
14	- Planmäßige Abschreibungen	322.120	297.995	-24.125	-7,49%
15	- Transferaufwendungen	0	0	0	-%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.205.612	8.106.856	+5.901.244	+267,56%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	48.200.086	58.739.677	+10.539.591	+21,87%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-39.693.945	-44.080.280	-4.386.335	+11,05%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-39.693.945	-44.080.280	-4.386.335	+11,05%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-39.693.945	-44.080.280	-4.386.335	+11,05%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	22.349.136	25.633.892	+3.284.756	+14,70%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.126.130	7.360.108	+2.233.978	+43,58%
S8	= Ergebnis des Teilergebnishaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-22.470.939	-25.806.496	-3.335.557	+14,84%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Beim Vergleich der Ist-Werte von 2013 mit den Ist-Werten von 2014 im Teilergebnishaushalt der Stadtkämmerei kam es bei vier Positionen zu berichtspflichtigen Abweichungen von mehr als 10 % und mind. 500 Tsd. €:

- **Sonstige ordentliche Erträge (Zeile 8):**

Die Ist-Werte 2014 stiegen im Vergleich zu 2013 um 6.113 Tsd. € und 76,66 %. Begründung: Unter dieser Position in der Teilergebnisrechnung der Stadtkämmerei befinden sich diverse Konten für Säumniszuschläge, Verzugszinsen, Mahngebühren, Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwert- und Pauschalwertberichtigungen sowie Erträge aus der Auflösung von allgemeinen und personalwirtschaftlichen Rückstellungen, welche regelmäßig größeren Schwankungen unterliegen und i.d.R. nicht direkt beeinflussbar oder gar planbar sind. Im Vergleich zu 2013 stiegen in 2014 insb. die Erträge für die Säumniszuschläge und Verzugszinsen um 3.624 Tsd. € und die Erträge für die Auflösung oder Herabsetzung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen um 3.170 Tsd. €. Im Gegenzug gingen die Erträge aus der

Auflösung von Rückstellungen um 918 Tsd. € zurück.

- **Versorgungsaufwendungen (Zeile 12):**

Die Ist-Werte 2014 stiegen im Vergleich zu 2013 um 1.463 Tsd. € und 15,85 %. Unter der Position „Versorgungsaufwendungen“ werden bei der LHM die Aufwendungen für die personalwirtschaftlichen Rückstellungen ausgewiesen. Im Vergleich zu 2013 sind die Aufwendungen für die Pensionsrückstellungen für Beamte und Versorgungsempfänger um 1.226 Tsd. € und für Beihilferückstellungen um 237 Tsd. € gestiegen. Die Beträge für die personalwirtschaftlichen Rückstellungen werden zentral vom Personal- und Organisationsreferat ermittelt. Auf die Höhe dieser Beträge hat die Stadtkämmerei keinen Einfluss. Für nähere Erläuterungen wird auf die Ausführungen des POR im Band 1 „Jahresabschluss“ verwiesen.

- **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13):**

Die Ist-Werte 2014 stiegen im Vergleich zu 2013 um 1.787 Tsd. € und 18,90 %. Ursächlich dafür sind vor allem die gestiegenen Aufwendungen für it@M. Auf die Begründung unter Ziffer 1.2.1.2 „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ wird verwiesen.

- **Sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeile 16):**

Die Ist-Werte 2014 stiegen im Vergleich zu 2013 um 5.901 Tsd. € und 267,56 %. Ursächlich dafür sind vor allem die gestiegenen Aufwendungen für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsmanagement für die Städtisches Klinikum München GmbH sowie gestiegene Portokosten aufgrund der SEPA-Umstellung und der damit verbundenen Anschreibeaktionen der Stadtkämmerei (Steigerung insgesamt um 1.122 Tsd. €). Auf die Begründung unter Ziffer 1.2.1.2 „Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ wird verwiesen. Zusätzlich erhöhten sich die Aufwendungen für Einzel- und Pauschalwertberichtigungen um 4.748 Tsd. € (Berücksichtigung von Ausfallrisiken bei einzelnen bzw. diversen pauschalen Forderungen in der Bilanz).

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.600	32.600	38.201	+5.601	+17,18%
5	+ Auflösung von Sonderposten	200	200	178	-22	-11,00%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.000	44.000	170	-43.830	-99,61%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	311.400	410.600	532.357	+121.757	+29,65%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	9.464.900	9.426.400	14.088.491	+4.662.091	+49,46%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	9.853.100	9.913.800	14.659.397	+4.745.597	+47,87%
11	- Personalaufwendungen	27.148.000	28.777.700	28.401.018	-376.682	-1,31%
12	- Versorgungsaufwendungen	12.501.000	9.411.200	10.687.642	+1.276.442	+13,56%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.822.000	10.484.200	11.246.166	+761.966	+7,27%
14	- Planmäßige Abschreibungen	288.800	288.800	297.995	+9.195	+3,18%
15	- Transferaufwendungen	0	0	0	0	-%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.434.100	3.835.300	8.106.856	+4.271.556	+111,37%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	52.193.900	52.797.200	58.739.677	+5.942.477	+11,26%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-42.340.800	-42.883.400	-44.080.280	-1.196.880	+2,79%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-42.340.800	-42.883.400	-44.080.280	-1.196.880	+2,79%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-42.340.800	-42.883.400	-44.080.280	-1.196.880	+2,79%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	24.292.400	23.947.300	25.633.892	+1.686.592	+7,04%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.341.300	7.144.100	7.360.108	+216.008	+3,02%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-25.389.700	-26.080.200	-25.806.496	+273.704	-1,05%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Beim Vergleich der Plan-Werte 2014, Stand Nachtrag, mit den Ist-Werten von 2014 im Teilergebnishaushalt der Stadtkämmerei kam es bei drei Positionen zu berichtspflichtigen Abweichungen von mehr als 10 % und mind. 500 Tsd. €:

- **Sonstige ordentliche Erträge (Zeile 8):**

Der Ist-Wert liegt um 4.662 Tsd. € und 49,46 % über dem Planwert. Hauptursächlich sind die Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen. Diese Erträge sind nicht planbar. Einem Planwert von 0 € standen in 2014 Erträge von 4.225 Tsd. € gegenüber.

- **Versorgungsaufwendungen (Zeile 12):**

Der Ist-Wert liegt um 1.276 Tsd. € und 13,56 % über dem Planwert. Die Aufwendungen für Pensionsrückstellungen für Beamte und Versorgungsempfänger

liegen 1.146 Tsd. € über dem Plan-Ansatz für 2014, bei den Beihilferückstellungen beträgt die Überschreitung 361 Tsd. €. Wie bereits unter 1.3.1.2 erläutert, werden diese Beträge zentral vom POR ermittelt und sind von der Stadtkämmerei nicht beeinflussbar.

- **Sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeile 16):**

Der Ist-Wert liegt um 4.272 Tsd. € und 111,37 % über dem Planwert. Ursächlich dafür sind die bereits unter Ziffer 1.3.1.2 genannten gestiegenen Aufwendungen für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsmanagement für die Städtisches Klinikum München GmbH, gestiegene Portokosten aufgrund der Anschreibeaktionen im Zuge der SEPA-Umstellung sowie die Aufwendungen für Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	4.790	24	4.766
Personalauszahlungen	3.979	-	3.979
unverbrauchte Schenkungsmitel	-	-	
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	-	-	
Gesamt	8.769	24	8.745

Gem. dem neuen Konzept der Stadtkämmerei zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten gibt es ab 2015 keine Restefonds mehr. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die enthaltenen Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

1.4.2 Haushaltsauszahlungsreste

Über die Restefonds hinaus wurden bei der Stadtkämmerei 2014 keine Haushaltsauszahlungsreste gebildet.

1.4.3 Investive Reste

Die Reste für die Finanzposition "Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände" (0300.935.9330.6) beliefen sich Ende 2014 auf 108 Tsd. € und wurden in das Folgejahr 2015 übertragen. Der Bestand hat sich insbesondere aufgrund größerer Umzüge Ende 2013 und damit verbundener Neu- und Ersatzbeschaffungen noch Anfang 2014 weiter verringert.

Die Reste der Finanzposition "DV-Anlagen, Software" (0300.935.9364.5) i.H.v. 999 Tsd. € wurden zum Jahresabschluss 2014 wie beschlossen zugunsten des Projekts PSCD eingezogen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	602	537	+0,19%	255	348	603	244	294	538
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	0	0	-%	0	0	0	0	0	0
Beschäftigte Gesamt	602	537	+0,19%	255	348	603	244	294	538

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich bei der **Stadtkämmerei 2014** eine Unterschreitung von **2,48 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Deckungsbereich Referat	26.878	+4,27%	28.739	28.025	-2,48%
		-%			-%
Summe Referat	26.878	+4,27%	28.739	28.025	-2,48%

Die Auszahlungen des Deckungsbereichs unterschreiten den Planansatz um 2,48 %. Die Unterschreitung liegt unterhalb des Swing von 1% der Personalauszahlungen.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-120	-123	+2,50%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	7.679	8.916	+16,11%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	7.559	8.793	+16,32%
Beihilferückstellung Auflösung	-43	-21	-51,16%
Beihilferückstellung Zuführung	1.464	1.701	+16,19%
Belastung Beihilferückstellung	1.421	1.680	+18,23%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	0	0	-%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	82	71	-13,41%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	82	71	-13,41%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	-264	0	-%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	202	334	+65,35%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	-62	334	-638,71%
Gesamt	9.000	10.878	+20,87%

Erläuterung:

Im Rechenschaftsbericht 2013 ist die Auflösung der Beihilferückstellung irrtümlich mit -43 Tsd. € angegeben.

Der richtige Wert der Auflösung der Beihilferückstellung 2013 war -20 Tsd. €

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Im Rechenschaftsbericht 2013 hatte die Stadtkämmerei von den Schwierigkeiten im Projektverlauf des Projekts PSCD berichtet. Bei PSCD handelt es sich um das IT-Verfahren für die Verwaltung der Debitoren bzw. Geschäftspartner. Dieses Verfahren soll mittelfristig das Altverfahren PKF komplett ablösen.

Aufgrund der Entscheidung des Stadtrats, die Projektlaufzeit bis Ende 2021 zu verlängern und hierfür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, haben sich die Projektrisiken deutlich verringert. In 2014 konnte mit dem Verfahren zur Festsetzung der Kindertagesstätten-Gebühren ein großes Vorverfahren erfolgreich an PSCD angebunden werden.

Die nächste große Herausforderung für 2015 besteht nun darin, das Grundsteuerverfahren mit ca. 520.000 aktiven Konten an PSCD anzubinden. Parallel dazu sind die Vorbereitungen zu treffen, um in 2016 das Festsetzungsverfahren für die wichtigste Einnahmequelle der LHM, die Gewerbesteuer, an PSCD anzudocken.

Nach wie vor stellt die Fluktuation und der Fachkräftemangel im IT-Bereich ein großes Risiko für die Aufgabenerfüllung dar. Zwar werden alle IT-Stellen grundsätzlich sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch auf dem externen Arbeitsmarkt angeboten. Das Bewerberfeld lässt jedoch nicht hoffen, in absehbarer Zeit alle offenen Stellen besetzen zu können. Bewerbungen sind zwar durchaus vorhanden. Allerdings zeigt sich immer wieder, dass gerade die externen Bewerberinnen und Bewerber trotz Vorliegen der formellen Voraussetzungen (Studienabschluss für die QE 3 und die QE 4) die notwendigen Anforderungen an die / den künftigen Stelleninhaber/in nicht oder nur teilweise erfüllen können. Andererseits wird Bewerberinnen und Bewerbern, die ihre Qualifikation auf andere Weise erworben haben, mangels Nachweis eines abgeschlossenen Hochschulstudiums der Zugang zum städtischen Arbeitsmarkt verwehrt. Geeignete Bewerber/innen bewerben sich in der Regel auf mehrere offene Stellen. Sofern diese in mehreren Verfahren zum Zug kommen, entscheiden sie sich in der Regel für den bestdotierten Arbeitsplatz. Das hat zur Folge, dass die übrigen Verfahren mangels Alternativen wiederholt werden müssen.

Mit einer Entspannung der schwierigen personellen Situation für die Stadtkämmerei im IT-Bereich ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Es steht vielmehr zu befürchten, dass der Demografie-Effekt auch in anderen Verwaltungsbereichen zu vielen offenen Stellen führt und dort angesichts der bestehenden Vergütungsregelungen die Nachfrage von Seiten des externen Marktes eher verhalten sein wird.

Als Risiken können sich damit auch im Jahr 2015 die Vielzahl von IT-Projekten/IT-Vorhaben erweisen, in denen die Stadtkämmerei aufgrund der Verknüpfung zum Finanzmanagement unter SAP beteiligt werden muss. Insbesondere das Projekt Computer Aided Facility Management (CAFM) stellt aufgrund seiner Größe und Komplexität eine besondere Herausforderung für die nächsten Jahre dar. Hinzu kommen die aufgrund der vorstehend geschilderten Entwicklungen zu erwartenden Probleme bei der Besetzung insbesondere schlecht vergüteter Stellen (QE2 in Entgeltgruppe E5 oder E6), auf denen nach den derzeitigen Regeln zur Stellenbewertung keinerlei Entwicklungsmöglichkeit geboten werden kann, die jedoch für das Funktionieren z.B. des städtischen Zahlungsverkehrs von großer Bedeutung sind.

Es bleibt abzuwarten, welche Strategien hier entwickelt werden, um die Risiken zu minimieren.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Nach dem Schluss des Haushaltsjahres 2014 sind keine Sachverhalte eingetreten, die einen bedeutenden Einfluss in positiver oder negativer Weise auf den kommenden Jahresabschluss nehmen können.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
6102000	Haushaltswirtschaft	Finanzen	Kosten PL 1	9.330	9.885	+555	+5,9%	2.1.2.1
6102000	Haushaltswirtschaft	Qualität/ Wirkungen	Differenz Haushaltsanmeldungen	20.000.000	24.600.000	+4.600.000	+23,0%	2.1.2.1
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Finanzen	Erlöse	10.303	11.770	+1.467	+14,2%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Finanzen	Kosten	10.303	11.770	+1.467	+14,2%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Qualität/ Wirkungen	durchschnittliche Kosten pro Schadensfall	410	299	-111	-27,1%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Qualität/ Wirkungen	Zuführung und Erträge NRFM	5.373	469	-4.904	-91,3%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Qualität/ Wirkungen	abgewendeter Schaden	560	1.080	+520	+92,9%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Mengen	Bearbeitete Schadensfälle	2.352	3.271	+919	+39,1%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Mengen	Zahlungsvorgänge	5.623.000	6.629.713	+1.006.713	+17,9%	2.1.2.2
6103110	Finanzierungsmanagement & Kasse	Mengen	Buchhaltungsvorgänge	640.000	494.000	-146.000	-22,8%	2.1.2.2
6103100	Gemeindesteuern	Finanzen	Kosten PL 1	7.960	8.385	+425	+5,3%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Finanzen	Kosten PL 3	923	1.230	+307	+33,3%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Finanzen in €	Finanzkennzahlen (Hundesteuerbescheid)	22,51	29,92	7,41	+32,9%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Finanzen in €	Finanzkennzahlen (Hundesteuer)	0,30	0,40	0,10	+33,3%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Qualität/ Wirkungen	Anzahl eingelegerter Rechtsmittel – Gewerbesteuer	290	157	-133	-45,9%	2.1.2.3

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
6103100	Gemeindesteuern	Qualität/ Wirkungen	Anzahl ein- gelegter Rechtsmittel – ZWS	800	545	-255	-31,9%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Zielgruppen	Hundesteu- erzahler – weiblich	21.088	17.526	-3.562	-16,9%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Zielgruppen	Zweitwoh- nungssteu- erzahler – weiblich	3.405	4.479	1.074	+31,5%	2.1.2.3
6103100	Gemeindesteuern	Zielgruppen	Zweitwoh- nungssteu- erzahler – männlich	4.695	3.338	-1.357	-28,9%	2.1.2.3
6103103	Sonstige Forderungen	Finanzen in €	Finanz- kennzahlen (Kosten je Sollstellung)	9,99	8,46	-1,53	-15,3%	2.1.2.4
6103103	Sonstige Forderungen	Qualität/ Wirkungen	Anzahl ein- gelegter Rechtsmittel	270	223	-47	-17,4%	2.1.2.4
6103103	Sonstige Forderungen	Mengen	Sollstellun- gen	1.400.000	1.720.290	320.290	+22,9%	2.1.2.4
6103103	Sonstige Forderungen	Mengen	Sollstellun- gen - Mieten und Pachten	86	61	-25	-29,1%	2.1.2.4
6103103	Sonstige Forderungen	Mengen	Sollstellun- gen – Kin- dertages- stättenge- bühren	56	47	-9	-16,1%	2.1.2.4
6103103	Sonstige Forderungen	Mengen	Sollstellun- gen – Son- dernut- zungsge- bühren	12	14	2	+16,7%	2.1.2.4
6103108	Münchener Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Finanzen	Erlöse, Steuerungs- umlage	5.281	2.858	-2.423	-45,9%	2.1.2.5
6103108	Münchener Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Finanzen	Kosten, laufender Betrieb	3.755	1.370	-2.385	-63,5%	2.1.2.5
6103108	Münchener Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Finanzen	Kosten, Weiterent- wicklung	1.128	790	-338	-30,0%	2.1.2.5
6103108	Münchener Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Finanzen	Kosten, Projekte	398	699	301	+75,6%	2.1.2.5
6103108	Münchener Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Finanzen in €	Finanz- kennzahlen (Kosten je betreuten User)	535,72	283,73	-251,99	-47,0%	2.1.2.5

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
6103108	Münchner Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Finanzen in €	Finanzkennzahlen (Kosten je Std Weiterentwicklung)	130,46	80,09	-50,37	-38,6%	2.1.2.5
6103108	Münchner Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Qualität/ Wirkungen	Umsetzungsquote Weiterentwicklungsaufträge	74	31	-43	-58,5%	2.1.2.5
6103108	Münchner Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Qualität/ Wirkungen	Anzahl Tickets, Lösungszeit unter 10 Std	80	61	-19	-23,3%	2.1.2.5
6103108	Münchner Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Mengen	laufender Betrieb – betreute User	7.009	4.827	-2.182	-31,1%	2.1.2.5
6103108	Münchner Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport	Mengen	Projekte – Stunden für Projekte von Referaten	12.650	21.266	8.616	+68,1%	2.1.2.5

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

2.1.2.1 Begründung zu Abweichungen bei Produkt Haushaltswirtschaft / PL 1 Haushaltsplanung und Controlling

- Finanzen, Kosten: Die Erlöse aus der Steuerungsumlage spiegeln die Produktkosten. Diese sind aufgrund diverser Faktoren im Vergleich zum Plan 2014 höher ausgefallen. Hauptursächlich waren hier u.a. die IT-Kosten, Steuerungsumlage und Leitungsumlage.
- Qualitäten/Wirkungen: Die Differenz zwischen Haushaltsanmeldungen der Referate und Haushaltsentwurf der Stadtkämmerei unterliegt unterschiedlich starken Schwankungen. Das Ergebnis hängt jeweils von der Qualität der Anmeldungen der Referate zum Haushaltsentwurf ab und ist daher schwer planbar.

2.1.2.2 Begründung zu Abweichungen bei Produkt Finanzierungsmanagement & Kasse

- Finanzen, Erlöse: Die Erlöse aus der Steuerungsumlage spiegeln die Produktkosten. Da die Ist-Kosten den Planwert überschreiten, fallen dementsprechend die Erlöse aus der Steuerungsumlage höher aus.
- Finanzen, Kosten: Die Kosten für das IT-Fachverfahren Treasury wurden im Ist 2014 anders als im Plan direkt der Produktleistung Treasury zugeordnet. Aufgrund dessen stiegen die Ist-Kosten 2014 gegenüber dem Plan deutlich an. Auf den Referatshaushalt der Stadtkämmerei hat dies keine Auswirkungen, da es sich nur um eine andere Verteilung im Wertefluss zwischen den Produkten handelt.

- Qualitäten/Wirkungen:
 - Die durchschnittlichen Kosten je bearbeitetem Schaden sind in 2014 gegenüber dem Plan deutlich geringer ausgefallen. Die Anzahl der Schäden und der Umfang der Schadenbearbeitung ist nicht planbar, sondern wird von den tatsächlichen Schadenereignissen und -umfängen bestimmt. Die Schadenfälle sind 2014 deutlich höher ausgefallen, die eingesetzten Kapazitäten und Kosten blieben im Gegenzug fast unverändert.
 - Die Zuführung und Erträge in der Nebenrechnung Finanzmanagement (NRFM, ehemals ZAR) sind 2014 gegenüber dem Planwert deutlich geringer ausgefallen. In der Nebenrechnung Finanzmanagement finden sämtliche Ergebnisse des Kredit- und Liquiditätsmanagements Berücksichtigung. Dies betrifft vor allem laufend umzuschuldende Kredite, Kreditneuaufnahmen und bereits abgeschlossene Zinssicherungsgeschäfte sowie Zinserträge aus dem Cashmanagement. Erfasst werden alle Zinsminderausgaben, Zinsmehrausgaben, die Kosten des Kredit- und Liquiditätsmanagements und sonstige begünstigende und belastende Ereignisse. Gemäß Stadtratsbeschluss vom 18.03.2009 wird die ehemalige Zinsausgleichsrücklage seit Umstellung auf das doppelte Rechnungswesen zum 01.01.2009 nur noch in Form einer virtuellen Nebenrechnung ohne Haushaltsrelevanz geführt. Aufgrund ständiger, nicht vorhersehbarer Veränderungen an den Finanzmärkten und der schwer kalkulierbaren Kassenlage sind auch größere Plan/Ist-Abweichungen bei den Zu- und Abführungen der NRFM nicht zu vermeiden.
 - Der abgewandte Schaden ist 2014 gegenüber dem Planwert mit 1.080 Tsd. € fast doppelt so hoch ausgefallen wie im Plan geschätzt. Hier ist der Schaden gemeint, der durch die Rechnungsprüfung für die LHM abgewendet werden kann. Dieser ist aufgrund teilweise großer Einzelfälle schwankend. In den geschätzten Planwerten werden keine großen Einzelfälle berücksichtigt.
- Leistungsmengen:
 - Die Anzahl der bearbeiteten Schadensfälle ist 2014 um fast 40 % auf 3.271 deutlich gestiegen. Die Anzahl der Schäden und der Umfang der Schadenbearbeitung ist nicht planbar, sondern wird von den tatsächlichen Schadenereignissen und -umfängen bestimmt.
 - Die Anzahl der Zahlungsvorgänge ist 2014 um mehr als 1 Mio. gestiegen. Der Planwert basierte auf Zahlen des Vorjahres. Die Erhöhung der Zahlungsvorgänge im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus dem Buchungskreis des RBS (2013: 468.553 Buchungen, 2014: 1.572.319 Buchungen).
 - Die Anzahl der Buchhaltungsbelege ist im Vergleich zum Planwert um ca. 23 % gesunken. In 2014 wurde die Auswertungsgrundlage umgestellt. Dadurch sind die Zahlen mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

2.1.2.3 Begründung zu Abweichungen bei Produkt Gemeindesteuern / PL 1 Gewerbesteuer und 3 Hundesteuer

- Finanzen, Kosten: Die Ist-Kosten der Produktleistungen Gewerbesteuer und Hundesteuer für 2014 übersteigen den Planwert. Hauptursächlich dafür sind u.a. die gestiegenen IT-Kosten.
- Finanzen, Finanzkennzahlen: Auf Grund der gestiegenen Ist-Kosten der Produktleistung Hundesteuer gegenüber der fast gleich gebliebenen Anzahl an Hundesteuerbescheiden, haben sich die Kosten je Hundesteuerbescheid um 32,9 % erhöht. Auch die Kosten je festgesetztem Euro Forderung Hundesteuer in 2014 erhöhten sich 2014 um 0,10 € bzw. 33,2 % aufgrund der gestiegenen Ist-Kosten für diese Produktleistung.
- Qualität: Die Anzahl eingelegter Rechtsmittel für Grundsteuer, Hundesteuer und Zweitwohnungsteuer fiel 2014 geringer aus als ursprünglich angenommen.
 - Bei der Grundsteuer ist die Zahl der Widersprüche aufgrund von möglicher

Verfassungswidrigkeit der Grundsteuer weiterhin stärker abgesunken als bei der Planung vermutet.

- Die Schätzung für die Hundesteuer erfolgte aufgrund der zuvor sehr hohen Zahl der Rechtsmittel aufgrund der neuen Erlasspraxis. Tatsächlich wurden in 2014 aber deutlich weniger Rechtsmittel bei der Hundesteuer eingelegt als vermutet.
 - Der Grund für die gesunkene Anzahl von eingelegten Rechtsmitteln gegen die Festsetzungen der Zweitwohnungsteuer liegt neben der verbesserten Routine der Sachbearbeiter/innen vor allem an der Umstellung auf PSCD. Durch die hier gebundene Arbeitszeit insbesondere in der 2. Jahreshälfte wurden im Vergleich zu den Vorjahren weniger Fälle bearbeitet und darum weniger Bescheide versandt, demzufolge erfolgten weniger Reaktionen.
- Zielgruppen: Der Anteil der männlichen oder weiblichen Hundsteuerpflichtigen und Zweitwohnungsteuerzahler ist nicht planbar bzw. vorhersehbar.

2.1.2.4 Begründung zu Abweichungen bei Produkt Sonstige Forderungen

- Finanzen, Finanzkennzahlen: Grund für den Rückgang der Kosten je Sollstellung ist der stärkere Anstieg der Sollstellungen (siehe auch Erläuterungen zu Mengen) gegenüber den Kosten (Ursache für den Kostenanstieg sind unter anderem die gestiegenen IT-Kosten).
- Qualität: Die Anzahl der Rechtsmittel ist deutlich gefallen; die Zahl ist nicht beeinflussbar.
- Leistungsmengen:
 - Die Erhöhung der Anzahl an Sollstellungen ist hauptsächlich auf vermehrte Sollstellungen bei den Kindertagesstättengebühren zurückzuführen. Wegen erheblicher Rückstände bei der Einbuchung der Forderungen im Fachreferat, begründet durch die DV-Umstellung, kommt es gehäuft zu Berichtigungsbuchungen, wobei hier Erhöhungen sowie Minderungen zu Buche schlagen. Zudem wirkt sich im Bereich der Kita-Gebühren die getrennte Sollstellung von Essens- und Besuchsgeldern nach wie vor aus (vgl. Erläuterung im 1. Halbjahr). Des Weiteren sind im Bereich Sondernutzungsgebühren wegen Satzungsänderung mehr Sollstellungen zu verzeichnen.
 - Der Rückgang der Erlöse aus den Mieten und Pachten ist auf folgende Gründe zurückzuführen: 2014 war eine deutliche Reduktion der Sollstellungen für Erbbauzinsen im Vergleich zu 2013 um 19,62 % zu verzeichnen. Dieser Rückgang zu 2013 resultierte daraus, dass in einer Vielzahl von Fällen die LHM sowohl Erbbaurechtsnehmer als auch Erbbaurechtsgeber ist. Solche internen Vorgänge werden in PKF nicht mehr abgebildet. In 2013 war die Höhe der Erlöse wegen Abarbeitung von Arbeitsrückständen besonders hoch, dieser Effekt ist in 2014 nicht mehr aufgetreten.
 - Es ergab sich ein Rückgang der Kindertagesstättengebühren, da seit Beginn des Einrichtungsjahres 2013/2014 für Kinder, die im darauffolgenden Schuljahr schulpflichtig werden, eine Ermäßigung der Kita-Gebühren um bis zu 100,00 € pro Monat eingeführt wurde.
 - Sondernutzungsgebühren: Die Gebührensatzung wurde geändert, was in den meisten Fällen zu Gebührenerhöhungen führte.

2.1.2.5 Begründung zu Abweichungen bei Produkt Münchner Kommunales Rechnungswesen – Systemsupport (CCC)

- **Finanzen, Finanzkennzahlen:**
 - Die Erlöse aus der Steuerungsumlage spiegeln die Produktkosten. Da die Ist-Kosten den Planwert unterschreiten, fallen dementsprechend die Erlöse aus der Steuerungsumlage niedriger aus.
 - Die Ist-Kosten lagen deutlich unter den Plan-Ansätzen für 2014. Diese sind aufgrund diverser Faktoren im Vergleich zum Plan 2014 geringer ausgefallen. Hauptursächlich

waren hier u.a. geringere Personalkosten, insb. personalwirtschaftliche Rückstellungen sowie geringere Kosten für it@M, da die Zuordnung der Kosten für die einzelnen Fachverfahren im Ist 2014 direkt zu den primär nutzenden Produkten erfolgte (z.B. Fachverfahren Treasury zum Produkt Finanzierungsmanagement & Kasse).

- Die Überschreitung der Kosten bei der Produktleistung Projekte ist hauptsächlich dem Projekt PSCD zuzuschreiben, gleichzeitig erklärt dies die Unterschreitung der Kosten bei laufendem Betrieb und Weiterentwicklung, im Hinblick auf die derzeit geringe Stellenbesetzungsquote in diesem Bereich (vgl. Fußnote 1).
- Die Kosten je betreutem User sind im Vergleich zum Plan 2014 deutlich gesunken. Ursächlich dafür sind zwei wesentliche Faktoren: Die Leistungsmenge der betreuten User bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres 2013, aber deutlich unter dem Planwert 2014. Die Planabweichungen resultieren aus Userbereinigungen sowie einem angenommenen Bedarf an ausgeweiteter SAP-Nutzung, der so nicht eingetreten ist. Zum anderen sind die Ist-Kosten 2014 wesentlich geringer ausgefallen (Begründung: siehe oben).
- **Qualität:**
 - Die Umsetzungsquote für die Entwicklungsaufträge in 2014 liegt bei nur 31 %. Dies entspricht einer absoluten Zahl von 12 Entwicklungsaufträgen. 2014 wurden aber tatsächlich 42 Entwicklungsaufträge umgesetzt, von denen 30 noch aus dem Jahr 2013 stammen und nicht bei der Berechnung der Umsetzungsquote für das Jahr 2014 berücksichtigt werden.
 - Das Nichterreichen des Zielwertes von 80 % beim Anteil der Tickets mit einer Lösungszeit von 10 Stunden und weniger beruht auf mehreren Gründen. Neben Personalfuktuation und zusätzlich benötigtem Aufwand zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter, ist das Ticketaufkommen um 13,5 % gegenüber 2013 gestiegen.
- **Leistungsmengen:**
 - Die Leistungsmenge der betreuten User bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres 2013, aber deutlich unter dem Planwert 2014. Die Planabweichungen resultieren aus Userbereinigungen sowie einem angenommenen Bedarf an ausgeweiteter SAP-Nutzung, der so nicht eingetreten ist.
 - Im Jahr 2014 wurde der Großteil der vorhandenen Kapazitäten für Projekte und die Weiterentwicklung des Finanzmanagements unter SAP verwendet. Die geleisteten Stunden für Projekte der Referate sind daher deutlich höher ausgefallen als geplant. Das erhöhte Ist gegenüber dem Planansatz resultiert aus dieser Verschiebung, einer verbesserten Zeiterfassung und somit einer genaueren Verteilung auf die Produktteileistungen sowie dem Aufbau von Resturlaub und Überstunden.

3 Status Zielerreichung 2014

Die vollständige Auflistung der Stadtratszielerreichung 2014 ist der Anlage zu entnehmen (Stadtratszielerreichung für das Jahr 2014, Stadtkämmerei).

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	11	12	+9,09%
Referatsziele	0	1	-0%
Stadtratsziele	6	8	+33,33%
Summe Ziele	17	21	+23,53%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Stadtratsziel	Zielerreichung in %	weiteres Vorgehen
<p>Das Betriebliche Gesundheitsmanagement sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz sind strategisch weiterentwickelt. <i>Leitlinie PM: 15</i></p>	0,00 %	<p>Die Erstellung des Gewaltpräventionskonzepts wurde in 2014 zunächst zurück gestellt, da ein stadtweites Grundkonzept erarbeitet werden soll, welches erst anschließend um referatsspezifische Besonderheiten ergänzt wird.</p>
<p>Das Finanzmanagement (Rechnungswesenprozesse) der Landeshauptstadt München ist bis 31.12.2014 in einem einheitlichen System durchgängig und transparent abgebildet.</p>	63.00%	<p>Die Abweichung zur Zielsetzung ergibt sich zum einen aus noch vorliegenden Auswirkungen der Umorganisation der IT gem. dem 3-Häuser-Modell. Es sind noch nicht alle neuen Prozesse definiert bzw. etabliert, sodass es zu längeren Ticketbearbeitungszeiten kam. Zum anderen sind gerade im Bereich des für die Ticketbearbeitung zuständigen Teams noch Stellen vakant. Ein notwendiger Personalmehrbedarf wurde im Stadtratsbeschluss Nr. 14-20 / V 01818 vom 17.12.2014 festgehalten.</p> <p>37% der Entwicklungsaufträge wurden innerhalb von drei Wochen geschätzt. Für komplexe Sachverhalte mit mehreren Beteiligten reicht diese Zeit oft nicht aus. Die Aufträge werden dann in Abstimmung mit dem Auftraggeber termingerecht umgesetzt. Das Ziel wird weiterverfolgt, die zeitnahe und termingerechte Bearbeitung von EA hängt allerdings stark von der Anzahl der eingereichten Anträge ab. Ein Controlling zur Unterstützung der zeitnahen Umsetzung der EAs wurde 2014 beim dIKA-MKRw installiert. Darüber hinaus wurde die zuständige Kundenbetreuung nun als Hauptaufgabe wahr genommen. Diese wird zukünftig ein Auftragsmanagement im dIKA-MKRw aufbauen.</p> <p>Mit Beschluss der Vollversammlung Nr. 14-20 / V01726 vom 17.12.2014 wurde das Projekt PSCD bis einschließlich 2021 verlängert. 2014 wurde die Anbindung des Fachverfahrens Zweitwohnungsteuer realisiert. Ab 2015 ist das Projektziel die Anbindung der Fachverfahren entsprechend der Projektplanung. Für 2015 ist demnach die Anbindung der Fachverfahren Grundsteuer, Musik- und Singschule (MuKu) und Einwohnermelderegisterauskünfte (EWO) als Handlungsziel definiert.</p> <p>Durch die Umsetzung des BI-Healthcheck (Maßnahmenpaket I) konnte die Stabilität und Performance des Systems BI signifikant erhöht werden. Dies stellt die Voraussetzung für eine umfassende dezentrale Ausweitung des BI-Berichtswesens dar. Als weitere Maßnahme zur zukünftigen Zielerreichung wurde das Projekt „BI-Relasewechsel“ begonnen. Das BI-Berichtswesen für die Stadtkämmerei wurde gemäß Anforderung zur Verfügung gestellt.</p>

<p>Die Insellösungen bzw. durch Drittleistungen abgedeckten IT-Anforderungen für das Treasury der Landeshauptstadt München sind gemäß Beschluss des Stadtrats vom 16.03.2011 durch ein integriertes System ersetzt und an das MKRw angebunden.</p>	<p>80.00%</p>	<p>Die Umsetzung der Einführung eines integrierten Systems mit Anbindung an das MKRw liegt bei einer Zielerreichung von 80%. Das Teilprojekt Marktrisikomanagement (MRM) wurde wegen Verzögerungen im Gesamtprojekt auf das Jahr 2015 verschoben. Der Abschluss des Teilmoduls sowie der Gesamtprojektabschluss sind zum 30.12.2015 geplant.</p>
--	---------------	--

4 Sonstiges

Es liegen keine zu berichtenden Sachverhalte vor.

5 Anlagen

- Zielerreichungsberichte 2014
- Datenblätter

Revisionsamt

1 Referatsebene

1.1 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung des Referats in 2014

1.1.1 Referatsspezifische Entwicklung

Das Revisionsamt sieht die Optimierung von Strukturen und Prozessen im Hinblick auf die Organisation des Amtes als kontinuierliche Aufgabe an. Grundlegende Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr haben sich 2014 jedoch nicht ergeben.

1.1.2 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Das Revisionsamt erfüllt durch seine Rechnungs- und Kassenprüfung ordnungsgemäß den gesetzlichen Prüfauftrag nach Art. 103 ff. GO. Es unterliegt dabei weder einem gesetzlichen noch einem städtischen Standard. Das Revisionsamt sieht sich als zukunftsorientierte Prüfungs- und Beratungseinrichtung und wählt die Prüfthemen risikoorientiert aus.

1.2 Teilfinanzhaushalt

1.2.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.2.1.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Entwicklung von 2013 auf 2014			
		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	546	0	-546	-100,00%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	477.716	544.598	+66.882	+14,00%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	-%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	478.262	544.598	+66.336	+13,87%
9	- Personalauszahlungen	4.874.148	5.049.540	+175.392	+3,60%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	196.964	281.561	+84.597	+42,95%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.230	43.420	+9.190	+26,85%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	5.105.342	5.374.521	+269.179	+5,27%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-4.627.080	-4.829.923	-202.843	+4,38%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	15.605	0	-15.605	-100,00%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	15.605	0	-15.605	-100,00%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.438	4.662	+1.224	+35,60%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	3.438	4.662	+1.224	+35,60%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	12.167	-4.662	-16.829	-138,32%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-4.614.913	-4.834.585	-219.672	+4,76%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-4.614.913	-4.834.585	-219.672	+4,76%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-1	-209.157	-209.156	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	-3	-21	-18	+600,00%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	2	-209.136	-209.138	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln			0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-4.614.911	-5.043.721	-428.810	+9,29%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven			0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-4.614.911	-5.043.721	-428.810	+9,29%

1.2.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Es liegen keine berichtspflichtigen Abweichungen vor. Die Leistungserstellung lief wie geplant.

1.2.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.2.2.1 Übersicht

Ein- und Auszahlungsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	557.800	529.300	544.598	+15.298	+2,89%
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	0	-%
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	-%
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	557.800	529.300	544.598	+15.298	+2,89%
9	- Personalauszahlungen	5.169.300	5.312.200	5.049.540	-262.660	-4,94%
10	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	-%
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	210.300	273.300	281.561	+8.261	+3,02%
12	- Transferauszahlungen	0	0	0	0	-%
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.800	46.800	43.420	-3.380	-7,22%
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	-%
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	5.426.400	5.632.300	5.374.521	-257.779	-4,58%
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-4.868.600	-5.103.000	-4.829.923	+273.077	-5,35%
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	-%
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	-%
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	0	0	0	0	-%
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	-%
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	-%
22	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4.500	5.000	4.662	-338	-6,76%
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	-%
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	-%
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	-%
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	4.500	5.000	4.662	-338	-6,76%
S6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen S4 und S5)	-4.500	-5.000	-4.662	+338	-6,76%
S7	= Finanzierungsmittelüberschuss/ Finanzierungsmittelfehlbetrag (= Zeilen S3 und S6)	-4.873.100	-5.108.000	-4.834.585	+273.415	-5,35%
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0	0	-%
26b	+ Einzahlungen aus mit der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	0	0	0	0	-%
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0	0	-%
27b	- Auszahlungen für mit der Tilgung von Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0	0	0	-%
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	0	0	0	0	-%
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen S8 und S9)	0	0	0	0	-%
S11	= Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (= Zeilen S7 und S10)	-4.873.100	-5.108.000	-4.834.585	+273.415	-5,35%
28	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
29	- Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	-%
S12	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)	0	0	0	0	-%
30	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
31	- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0	0	0	0	-%
32	+ Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-209.157	-209.157	-%
33	- Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten	0	0	-21	-21	-%
S13	= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)	0	0	-209.136	-209.136	-%
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln				0	-%
S14	= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)	-4.873.100	-5.108.000	-5.043.721	+64.279	-1,26%
35	+ Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				0	-%
S15	= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende des Haushaltsjahres (= S14 und Zeile 35)	-4.873.100	-5.108.000	-5.043.721	+64.279	-1,26%

1.2.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Es liegen keine berichtspflichtigen Abweichungen vor. Die Leistungserstellung lief wie geplant.

1.3 Teilergebnishaushalt

1.3.1 Entwicklung von 2013 auf 2014

1.3.1.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Ist 2013 EUR	Ist 2014 EUR	Ist 2013/2014 – Abw. EUR	Ist 2013/2014 – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	-%
5	+ Auflösung von Sonderposten	188	188	0	0,00%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	546	0	-546	-100,00%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	522.005	569.390	+47.385	+9,08%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	50.182	1	-50.181	-100,00%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	572.921	569.579	-3.342	-0,58%
11	- Personalaufwendungen	4.874.148	5.078.856	+204.708	+4,20%
12	- Versorgungsaufwendungen	2.086.536	2.415.659	+329.123	+15,77%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	199.698	279.016	+79.318	+39,72%
14	- Planmäßige Abschreibungen	25.509	23.513	-1.996	-7,82%
15	- Transferaufwendungen	0	0	0	-%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.274	45.351	+10.077	+28,57%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	7.221.165	7.842.395	+621.230	+8,60%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-6.648.244	-7.272.816	-624.572	+9,39%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-6.648.244	-7.272.816	-624.572	+9,39%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-6.648.244	-7.272.816	-624.572	+9,39%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	7.649.689	8.101.537	+451.848	+5,91%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.014.032	1.262.275	+248.243	+24,48%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-12.587	-433.554	-420.967	+3344,46%

1.3.1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen

Es liegen keine berichtspflichtigen Abweichungen vor. Die Leistungserstellung lief wie geplant.

1.3.2 Entwicklung im Berichtsjahr 2014

1.3.2.1 Übersicht

Ertrags- und Aufwandsarten		Berichtsjahr 2014				
		Plan Schlussabgl. EUR	Plan Nachtrag EUR	Ist EUR	Ist/Plan NT – Abw. EUR	Ist/Plan NT – Abw. %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	-%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	-%
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	-%
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
5	+ Auflösung von Sonderposten	200	200	188	-12	-6,00%
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	-%
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	557.800	529.300	569.390	+40.090	+7,57%
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.000	13.600	1	-13.599	-99,99%
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	-%
10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	-%
S1	= Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	565.000	543.100	569.579	+26.479	+4,88%
11	- Personalaufwendungen	5.178.400	5.321.300	5.078.856	-242.444	-4,56%
12	- Versorgungsaufwendungen	2.838.100	1.890.800	2.415.659	+524.859	+27,76%
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	210.600	273.800	279.016	+5.216	+1,91%
14	- Planmäßige Abschreibungen	22.800	22.800	23.513	+713	+3,13%
15	- Transferaufwendungen	0	0	0	0	-%
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.700	37.700	45.351	+7.651	+20,29%
S2	= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	8.287.600	7.546.400	7.842.395	+295.995	+3,92%
S3	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-7.722.600	-7.003.300	-7.272.816	-269.516	+3,85%
17	+ Finanzerträge	0	0	0	0	-%
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	-%
S4	= Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	0	0	0	0	-%
S5	= Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-7.722.600	-7.003.300	-7.272.816	-269.516	+3,85%
19	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	-%
20	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-%
S6	= Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)	0	0	0	0	-%
S7	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)	-7.722.600	-7.003.300	-7.272.816	-269.516	+3,85%
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	7.942.000	7.928.700	8.101.537	+172.837	+2,18%
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.265.900	1.252.600	1.262.275	+9.675	+0,77%
S8	= Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)	-1.046.500	-327.200	-433.554	-106.354	+32,50%

1.3.2.2 Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die vom POR geplanten Versorgungsaufwendungen (Zeile 12) sind 2014 rund 525 Tsd. € höher ausgefallen als geplant und betragen 2.416 Tsd. €.

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

Weitere berichtspflichtige Abweichungen liegen nicht vor.

1.4 Reste

1.4.1 Restefonds

	Bestand am 31.12.2013 (in Tsd. €)	Entnahmen in 2014 (in Tsd. €)	Bestand am 31.12.2014 (in Tsd. €)
Sachauszahlungen	113	22	91
Personalauszahlungen	332	0	332
unverbrauchte Schenkungsmitel	0	0	0
Mittel aus zweckgeb. FiPo's	0	0	0
Gesamt	445	22	423

Die Stadtkämmerei hat ein neues Konzept zur Bildung von Haushaltsauszahlungsresten entwickelt, demnach es ab 2015 keine Restefonds mehr geben wird. Die bestehenden Restefonds wurden aufgelöst und die Mittel (Bestand am 31.12.2014) werden im Jahresabschluss 2014 eingezogen.

Es wurden 17.000,- € zur Deckung einer nicht geplanten Überschreitung im Personalbereich verwendet. Die Entnahme in Höhe von 5 Tsd. € erfolgte zur Deckung geringfügiger Budgetüberschreitungen im Bereich der Sachauszahlungen.

1.4.2 Haushaltsausgabereste

Im Bereich des Revisionsamts wurden keine Haushaltsausgabereste gebildet.

1.4.3 Investive Reste

Im Revisionsamt wurden im investiven Bereich Reste i.H.v. 12 Tsd. € auf das Haushaltsjahr 2015 (Vorjahr: 11 Tsd. €) übertragen.

1.5 Personal

Personalstand 2014:

Stichtag ist jeweils der 31.12.	Entw. von 2013 auf 2014			Anzahl 2014			Vollzeitäquivalente 2014		
	Anzahl 2013	VzÄ 2013	Abw./VzÄ Zu 2014	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
Beschäftigte	86	79	-6,57%	44	37	81	43	32	74
Beschäftigte in Ausb. (i.w.S.)*	0	0	-%	0	0	0	0	0	0
Beschäftigte Gesamt	86	79	-6,57%	44	37	81	43	32	74

* Beschäftigte in Vorbereitung auf einen Berufsabschluss im weitesten Sinne.

Personalauszahlungen 2014:

Auf Referatsebene ergibt sich beim **Revisionsamt** 2014 eine Unterschreitung von **4,93 %**.

Deckungsbereiche und referatsspezifische Besonderheiten:

Deckungsbereich / Referatsspezifische Besonderheiten	Entwicklung von 2013 auf 2014			Ist (in Tsd. €)	Ist/Plan NT – Abw. in %
	Ist 2013 (in Tsd. €)	Ist 2013/2014 – Abw. in %	Budget NT Personalausz. (in Tsd. €)		
Referatsspezifische Besonderheit	4.874	+3,61%	5.312	5.050	-4,93%
Summe Referat	4.874	+3,61%	5.312	5.050	-4,93%

Bei den referatsspezifischen Besonderheiten findet keine Swingbetrachtung statt. Ihr Personalbedarf wird voll finanziert. Überschreitungen haben insofern keine Folgen. Unterschreitungen führen in Konsequenz zu keiner Zuführung in den Restfonds.

Rückstellungsart	2013 (in Tsd. €)	2014 (in Tsd. €)	Abw. in %
Pensionsrückstellung Beamte Auflösung	-43	0	-%
Pensionsrückstellung Beamte Zuführung	1.754	2.029	+15,68%
Belastung Pensionsrückstellung Beamte	1.711	2.029	+18,59%
Beihilferückstellung Auflösung	-7	0	-%
Beihilferückstellung Zuführung	332	386	+16,27%
Belastung Beihilferückstellung	325	386	+18,77%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Auflösung	0	0	-%
Pensionsrückstellung Eigenversorgung Zuführung	0	0	-%
Belastung Pensionsrückstellung Eigenversorgung	0	0	-%
Altersteilzeitrückstellung Auflösung	0	0	-%
Altersteilzeitrückstellung Zuführung	0	32	-%
Belastung Altersteilzeitrückstellung	0	32	-%
Gesamt	2.036	2.447	+20,19%

Allgemeine Ausführungen zur Entwicklung der Personalkosten werden vom POR zentral in Band 1 „Jahresabschluss“ eingestellt.

1.6 Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung

Zum jetzigen Zeitpunkt sind weder Chancen noch Risiken von besonderer Bedeutung für die kommenden Haushaltsjahre bekannt.

1.7 Nachbericht über Sachverhalte nach Ende des Haushaltsjahres 2014

Nach Ende des Haushaltsjahres 2014 sind im Bereich des Revisionsamts keine Sachverhalte aufgetreten, die Einfluss auf den Jahresabschluss 2014 nehmen könnten.

2 Produkt-Ebene

2.1 Produkte: wesentliche, eingetretene Abweichungen

2.1.1 Übersichtstabelle zu den wesentlichen Produktabweichungen bei den Produkten über 5 Mio. € Budgetvolumen

Produkt Nr.	Produktbezeichnung	Finanzen Qualität Wirkung Zielgruppen Menge	Kennzahl	Schlab+NT 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Ist 2014 (Finanzen in Tsd. €)	Abw. absolut (Finanzen in Tsd. €)	Abw. in %	Verweis auf Begründung/ Erläuterung (siehe)
500900103	Rechnungs- und Kassenprüfung	Kosten Erlöse	---	8.786	9.087	+301	+3,4%	
		Finanzkennzahl	Kosten pro Mengeneinheit/ je Stunde und VZÄ (in €)	61	77	+16	+26,2%	2.1.2
		Leistungsmenge	Eingesetzte Arbeitszeit für den jährlichen Bericht zur örtlichen Rechnungsprüfung einschließlich unterjähriger Teilberichte sowie Beratungstätigkeit in Stunden	143.978	118.382	-25.596	-17,8%	2.1.2

2.1.2 Begründungen und Erläuterungen zu den Abweichungen

Im Bereich der Produktkosten und Erlöse liegen keine berichtspflichtigen Abweichungen vor. Die Leistungserstellung lief wie geplant.

Durch Beurlaubungen und unbesetzte Stellen sind im Revisionsamt zum 31.12.2014 insgesamt 74 von 90 geplanten Stellen besetzt.

Zur Berechnung der jährlich eingesetzten Arbeitszeit wird die Anzahl an VZÄ mit der statistisch durchschnittlichen Arbeitszeit einer Normalarbeitskraft in Stunden multipliziert. Um daraus die Kosten pro Stunde und VZÄ zu berechnen werden die Produktgesamtkosten durch diese jährlich eingesetzte Arbeitszeit geteilt.

Die geringere Anzahl an VZÄ führt somit unmittelbar zu einer geringeren Leistungsmenge und somit zu rechnerisch höheren Kosten pro Stunde.

3 Status Zielerreichung 2014

Mit Beschluss der Vollversammlung Nr. 08-14 / V 13378 vom 27.11.2013 hat der Stadtrat auf die Vereinbarung eines gesonderten Stadtratsziels für das Revisionsamt verzichtet.

3.1 Anzahl vorgelegter Ziele 2014

Anzahl	2013	2014	Veränderung in %
Handlungsziele	0	0	-%
Referatsziele	0	0	-%
Stadtratsziele	0	0	-%
Summe Ziele	0	0	-%

3.2 Nicht erreichte Stadtratsziele und weiteres Vorgehen in 2015 bzw. 2016 zur geplanten Zielerreichung

Da keine Ziele vorgelegt wurden entfällt dieser Punkt.

4 Sonstiges

Im Jahr 2014 waren keine Änderungen auf Produkt-Ebene zu verzeichnen. Neue Projekte wurden überdies nicht begonnen.

5 Anlagen

- Datenblatt